

**KIM IL SUNG**

**WERKE**

**WERKTÄTIGE DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!**

# KIM IL SUNG

## WERKE

33

*Januar–Dezember 1978*

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
PYONGYANG, KOREA  
1988

# INHALT

## NEUJAHRSANSPRACHE

*1. Januar 1978* ..... 1

## ZUR SCHAFFUNG VON DOPPELANBAU-GEBIETEN UND ZUR SPEZIALISIERUNG DER AGRARPRODUKTION

Rede auf der Beratung mit Agrarfunktionären, *26. Januar 1978* ..... 10

## FÜR EINEN NEUEN AUFSCHWUNG IN DER AGRARPRODUKTION DURCH KONSEQUENTE DURCHSETZUNG DER EINHEIMISCHEN ACKERBAUMETHODE

Rede auf dem Landwirtschaftskongreß der Republik, *27. Januar 1978* ..... 23

## FÜR DIE WIRKSAME MOBILISIERUNG DER PARTEIMITGLIEDER UND ANDEREN WERKTÄTIGEN ZUM ENERGISCHEN KAMPF FÜR DIE VORFRISTIGE ERFÜLLUNG DES 2. SIEBENJAHRPLANS

Rede auf dem 16. Plenum des ZK der PdAK in der V. Wahlperiode,  
*28. Januar 1978* ..... 43

## DURCH DIE LÖSUNG DES EIWEISSFUTTERPROBLEMS DIE GEFLÜGEL- ZUCHT WEITERENTWICKELN

Rede auf der Beratung mit Funktionären der Geflügel- und Viehwirtschaft,  
*7. Februar 1978* ..... 56

## ÜBER DIE VERBESSERUNG UND INTENSIVIERUNG DER AN- UND VERKAUFSARBEIT

Rede auf der Beratung der Mitarbeiter des Bereiches An- und Verkauf,  
*7. Februar 1978* ..... 70

## EINIGE FRAGEN BEI DER ARBEIT MIT DER SCHULJUGEND

Rede vor den Mitarbeitern des Zentralvorstandes des VSJAK und des  
Bildungskomitees, 8. Februar 1978 .....79

## FÜR EINEN GROSSEN FANGERTRAG DURCH DIE WEITER- ENTWICKLUNG DER FISCHWIRTSCHAFT

Rede auf der Beratung der Funktionäre der Fischwirtschaft, 14. Februar  
1978 .....91

## ZUR LÖSUNG DER ANGESpanNTEN SITUATION IM EISENBAHN- TRANSPORT

Rede auf der Beratung von Mitarbeitern des Bereiches Eisenbahn-  
güterverkehr, 13. März 1978 ..... 120

## ZU EINIGEN FRAGEN BEI DER ERHÖHUNG DER ELEKTROENERGIE- ERZEUGUNG UND DER VERBESSERUNG DER ARBEIT DES GESUNDHEITSWESENS

Rede vor verantwortlichen Funktionären der Wirtschaftsabteilungen des  
ZK der Partei und des Verwaltungsrates, 21. März 1978 ..... 132

## REDE AUF DER BERATUNG DER LEITENDEN FUNKTIONÄRE DES VERWALTUNGSRATES

30. März 1978 ..... 145

## ÜBER DIE UMFANGREICHE ERSCHLIESSUNG VON MARSCHLAND UND DESSEN LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZUNG

Rede auf der Beratung der Funktionäre der Landwirtschaft, 3. April 1978 ..... 156

## ÜBER DIE ERHÖHUNG DER ÖRTLICHEN BUDGETEINNAHMEN

Rede auf der gemeinsamen Sitzung des Politkomitees der ZK der PdAK  
und des Zentralen Volkskomitees, 11. April 1978 ..... 170

GESPRÄCH MIT EINER DELEGATION DES JAPANISCHEN KOMITEES  
FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DER SELBSTÄNDIGEN FRIEDLICHEN  
VEREINIGUNG KOREAS

*17. April 1978* ..... 178

DAS SOZIALISTISCHE ARBEITSGESETZ DER DEMOKRATISCHEN  
VOLKSREPUBLIK KOREA

Angenommen auf der 2. Tagung der Obersten Volksversammlung der  
DVRK in der VI. Legislaturperiode, *18. April 1978* ..... 183

Abschnitt I Grundprinzip der sozialistischen Arbeit ..... 183

Abschnitt II Die Arbeit ist heilige Pflicht aller Bürger ..... 186

Abschnitt III Die sozialistische Arbeitsorganisation ..... 188

Abschnitt IV Das sozialistische Verteilungsprinzip ..... 190

Abschnitt V Die Arbeit und die technische Revolution, Die Erhöhung der  
technischen Qualifikation der Werktätigen ..... 193

Abschnitt VI Arbeitsschutz ..... 195

Abschnitt VII Arbeit und Erholung ..... 197

Abschnitt VIII Die Fürsorge des Staates und der Gesellschaft für die  
Werktätigen ..... 198

ZUR WEITEREN VERSTÄRKUNG DER ROLLE DER MITARBEITER  
DER VOLKSMACHTORGANE

Rede vor den Funktionären der Volksmachtorgane, *20. April 1978* ..... 201

1. Konsequente Einhaltung des sozialistischen Arbeitsgesetzes ..... 201

2. Die Verstärkung der Funktion und Rolle der örtlichen Machtorgane ..... 206

3. Umsichtigere Fürsorge für das Leben des Volkes ..... 209

4. Bessere Anleitung des Rechtsverhaltens ..... 219

5. Die Verbesserung der Hilfe für die Stadt Pyongyang ..... 222

GESPRÄCH MIT EINER DELEGATION DER SOZIALISTISCHEN PARTEI JAPANS	
13. Mai 1978 .....	224
GESPRÄCH MIT DEM EHEMALIGEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER REPUBLIK PERU	
24. Mai 1978 .....	231
ÜBER DIE LÜCKENLOSE VORBEREITUNG DER KOMMENDEN ACKERBAUSAISON	
Rede auf der Beratung der Agrarfunktionäre, 12. Juni 1978 .....	241
GESPRÄCH MIT EINER DELEGATION DES INTERNATIONALEN VERBINDUNGSKOMITEES ZUR SELBSTÄNDIGEN FRIEDLICHEN VEREINIGUNG KOREAS	
15. Juni 1978 .....	270
ÜBER EINIGE AKTUELLE WIRTSCHAFTSAUFGABEN DES BEZIRKES NORD-PHYONGAN	
Rede auf der erweiterten Tagung des Parteikomitees des Bezirkes Nord- Phyongan der PdAK, 25. bis 26. Juli 1978 .....	277
ÜBER EINIGE ERFAHRUNGEN BEI DER LÖSUNG DER AGRARFRAGE IN UNSEREM LAND	
Gespräch mit Funktionären der Staats- und Wirtschaftsorgane, 28. Juli 1978 .....	331
1. Über die Bodenreform .....	332
2. Über die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft .....	348
3. Über die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution auf dem Land .....	375
4. Über die Stellung und Rolle der Kreise beim Aufbau des sozialistischen Dorfes .....	394

UNTER DEM HOCH ERHOBENEN BANNER DER JUCHE-IDEOLOGIE  
DEN AUFBAU DES SOZIALISMUS WEITER BESCHLEUNIGEN

Bericht auf der Festveranstaltung anlässlich des 30. Jahrestages der  
Gründung der DVRK, *9. September 1978* .....406

1. Die Juche-Ideologie in der Tätigkeit des Staates konsequent  
durchsetzen und die drei Revolutionen kraftvoll vorantreiben.....409

2. Laßt uns die Machenschaften zur Etablierung von „zwei Korea“ vereiteln  
und das Vaterland auf friedlichem Wege vereinigen .....424

3. Mögen die aufstrebenden Länder geschlossen gegen Imperialismus und  
alle Arten des Vormachtstrebens kämpfen .....431

GRUSSADRESSE AN DIE MITARBEITER UND STUDENTEN DER  
TECHNISCHEN HOCHSCHULE „KIM CHAEK“

*26. September 1978* .....440

DURCH KONSEQUENTE DURCHSETZUNG DER THESEN ÜBER DIE  
SOZIALISTISCHE BILDUNG EINE WENDE IM BILDUNGSWESEN  
HERBEIFÜHREN

Rede auf dem Republiktreffen der Pädagogen, *1. Oktober 1978* .....444

ÜBER DIE HAUPTAUFGABEN DES BEZIRKSPARTEIKOMITEES  
KANGWON

Rede auf der erweiterten Plenartagung des Komitees des Bezirkes  
Kangwon der PdAK, *5. und 6. Oktober 1978* .....467

ÜBER DIE KORREKTUR DES LEITUNGSSYSTEMS IN DER  
FISCHWIRTSCHAFT UND DIE WEITERE FESTIGUNG IHRER  
MATERIELL-TECHNISCHEN BASIS

Rede auf der Beratung der Mitarbeiter im Fischereiwesen des Bezirkes  
Süd-Hamgyong, *12. Oktober 1978* .....507

GESPRÄCH MIT DEM CHEFREDAKTEUR DER JAPANISCHEN  
POLITISCH-THEORETISCHEN ZEITSCHRIFT „SEKAI“

*21. Oktober 1978* .....526

ÜBER DIE VERBESSERUNG DER LANDESPFLEGE UND DER  
KOMMUNALWIRTSCHAFT

Rede auf der Beratung der verantwortlichen Mitarbeiter des Ministeriums  
für Landespflege und des Ministeriums für Kommunalwirtschaft, 9.  
*November 1978* .....541

ZUM BESCHLEUNIGTEN AUFBAU DES SOZIALISMUS DURCH EINE  
GEZIELTE FINANZWIRTSCHAFT

Rede auf dem Landeskongreß der Mitarbeiter des Finanz- und  
Bankwesens, 23. *Dezember 1978* .....553

# NEUJAHRANSPRACHE

*1. Januar 1978*

Genossen!

Ein Jahr des erfolgreichen Kampfes für das Gedeihen des Vaterlandes sowie das Glück des Volkes liegt hinter uns, und voller Hoffnung begrüßen wir das neue Jahr 1978, das Jahr, in dem wir den 2. Siebenjahrplan in Angriff nehmen.

Heute, da ein weiterer glänzender Meilenstein auf dem kürzesten Weg zum Sozialismus und Kommunismus gesetzt worden ist und ein neuer Vormarsch in Richtung auf noch höhere Gipfel des sozialistischen Aufbaus beginnt, strömt das ganze Land vor unendlicher Begeisterung und revolutionärer Leidenschaft über.

Unseren heldenhaften Arbeitern und Genossenschaftsbauern, den tapferen Angehörigen der Volksarmee, der werktätigen Intelligenz sowie allen Menschen, die erfüllt vom großen Stolz des Siegers und mit heroischem Kampfgeist das neue Jahr begehen, entbiete ich meine herzlichsten Glückwünsche.

Meine kämpferischen Grüße zum neuen Jahr gelten den Revolutionären, den patriotisch und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, den Jugendlichen und Studenten sowie den verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung Südkoreas, die sich den faschistischen Repressalien der US-Imperialisten und ihrer Helfershelfer nicht beugen, sondern beharrlich für demokratische Freiheiten und die Vereinigung des Vaterlandes kämpfen.

Ferner möchte ich den sechshunderttausend Japankoreanern sowie allen im Auslandskoreanern, die mit großem nationalem Stolz und

patriotischem Enthusiasmus den Jahreswechsel begehen und dabei weit entfernt in der Fremde das sozialistische Vaterland als Leuchtturm der Hoffnung vor Augen haben, Grüße und Glückwünsche zum neuen Jahr übermitteln.

1977 war ein Jahr stolzer Siege, in dem an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus glänzende Erfolge erzielt wurden.

Erfüllt von brennender Treue zur Partei und zur Revolution entfaltete unser Volk einen angestrengten Kampf und meisterte so in hervorragender Weise gewaltige Aufgaben beim sozialistischen Aufbau.

Durch diesen Kampf konnten wir im vergangenen Jahr die angespannte Situation, die im Prozeß der Verwirklichung des Sechsjahrplans in einigen Wirtschaftsbereichen zeitweilig entstanden war, voll und ganz beseitigen und eine solide Basis schaffen, um noch höhere Ziele einzunehmen. Damit haben wir aufbauend auf der Festigung der beim sozialistischen Aufbau bereits erreichten Erfolge umfassende Vorbereitungen getroffen, um selbstbewußt den 2. Siebenjahrplan in Angriff nehmen zu können.

Im vergangenen Jahr brachten die tapferen Kämpfer im Bereich Güterverkehr den „200-Tage-Kampf für die Revolution im Transportwesen“ dynamisch voran, wodurch sie auf diesem Gebiet eine Wende herbeiführten. Durch ihr tatkräftiges Ringen gelang es, die materiell-technische Basis des Eisenbahngüterverkehrs weiter zu festigen, den Kurs auf konzentrierten, Stafetten- und Kontainertransport aktiv durchzusetzen und somit den Transportbedarf der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft umfassend zu decken.

Auch die treuergebenen Arbeiter in der extraktiven Industrie vollbrachten vorbildliche Leistungen. In Verwirklichung des Kurses, die extraktive Industrie der verarbeitenden Industrie konsequent voranzustellen, führten sie in den Kohle- und Erzbergwerken einen energischen Kampf um die Realisierung großangelegter Rekonstruktions- und Ausbauvorhaben sowie um die Verbesserung der technischen Ausrüstung, in dessen Ergebnis eine enorme Steigerung der Kohle- und Erzproduktion erreicht wurde. Durch einen als Treuebeweis geltenden dynamischen Kampf um Leistungssteigerung erzielten vor allem die heldenhaften Arbeiter der Vereinigten Kohlebergwerke in den

Gebieten Tokchon, Kaechon und Kujang sowie des Kohlenbergwerkes Tukjang und des Kohlekombinates Anju vor kurzem eine Steigerung der Produktion im Vergleich zum Vorjahr auf das Doppelte.

Die Arbeiter im Maschinenbau, in der Energiewirtschaft, in der chemischen Industrie und in allen anderen Industriezweigen erfüllten voriges Jahr ebenfalls in hervorragender Weise die ihnen übertragenen revolutionären Aufgaben und trugen damit aktiv zum Aufbau des Sozialismus in unserem Lande bei.

In der Landwirtschaft wurden 1977 überragende Ergebnisse erzielt. Trotz der überaus ungünstigen Wetterbedingungen, die aufgrund der polaren Kaltluftinflüsse vom Beginn des Frühjahrs anhielten, erhoben sich die ganze Partei, das ganze Volk und die ganze Armee, um das Dorf tatkräftig zu unterstützen. Dadurch und durch die konsequente Verwirklichung der einheimischen Ackerbaumethode wurde die bisher größte Ernte eingebracht – auf der Höhe von 8,5 Mio. t Getreide konnte die Fahne des Sieges gehißt werden. Das ist ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit der Agrarpolitik unserer Partei und die große Lebenskraft der einheimischen Ackerbaumethode.

Im energischen Ringen unserer Werktätigen in der Landwirtschaft sowie des gesamten Volkes um die Durchsetzung des Fünf-Punkte-Kurses zur Umgestaltung der Natur wurde die Beregnung von 200 000 Hektar Trockenfeldern abgeschlossen, das Bewässerungssystem weiter vervollständigt und somit eine solide Grundlage dafür gelegt, um auch unter den ungünstigsten klimatischen Bedingungen den Feldbau sicher betreiben zu können.

Auch bei der Entwicklung von Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst sowie allen anderen Bereichen der sozialistischen Kultur wurden im Vorjahr gewaltige Fortschritte erzielt.

Durch eine ständige Gefechts- und Einsatzbereitschaft sorgten die Angehörigen unserer Volksarmee, der Volksschutzeinheiten, der Roten Arbeiter-und-Bauern-Wehr und der Roten Jungen Garde sowie die Kräfte der öffentlichen Sicherheit für den zuverlässigen Schutz der revolutionären Errungenschaften und der Sicherheit des Vaterlandes.

Im vergangenen Jahr führten wir inmitten einer Atmosphäre des hohen politischen Enthusiasmus, die das ganze Land erfaßte, erfolgreich

die Wahlen der Abgeordneten zur Obersten Volksversammlung durch und bildeten – von der einmütigen Unterstützung und dem Vertrauen des gesamten Volkes begleitet – eine neue Regierung der Republik. Auf diese Weise wurde unsere revolutionäre Macht weiter gestärkt und die Unbesiegbarkeit der politisch-ideologischen Einheit unseres Volkes, das fest um die Regierung der Republik geschart ist, erneut bekräftigt. Das ist das unerschütterliche Unterpfand, das es unserem Volk ermöglicht, den revolutionären Kampf und den Aufbau noch dynamischer zu beschleunigen und künftig noch größere Siege und Erfolge zu erringen.

In der Tat war 1977 ein bedeutsames Jahr, in dem im politischen Leben unseres Volkes und beim Aufbau des Sozialismus epochale Fortschritte gemacht wurden. Freudigen Herzens zurückblickend auf das vergangene Jahr, das durch Sieg und Ruhm erstrahlte, möchte ich unserer heldenhaften Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern, den tapferen Volksarmeeangehörigen, der werktätigen Intelligenz und allen anderen Menschen, die ihre grenzenlose Treue zur Partei und Revolution unter Beweis gestellt und an sämtlichen Fronten des sozialistischen Aufbaus unvergängliche Leistungen vollbracht haben, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Dank der selbständigen Außenpolitik und der aktiven außenpolitischen Tätigkeit der Regierung der Republik wurde im vergangenen Jahr die internationale Solidarität mit unserer Revolution weiter verstärkt. Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit vielen Ländern der Welt entwickelten sich weiter, und die Reihen der Unterstützer und Sympathisanten für unsere revolutionäre Sache wuchsen beträchtlich an.

Zum neuen Jahr erlaube ich mir, den Völkern der sozialistischen Länder, der Nichtpaktgebundenen und aller anderen befreundeten Länder der Welt, die der gerechten revolutionären Sache unseres Volkes aktive Unterstützung und Solidarität erweisen, meine herzlichen Grüße und Glückwünsche zu übermitteln.

Genossen!

Mit dem Beginn des neuen Jahres steht heute vor unserem Volk die schwere und zugleich ehrenvolle Aufgabe, den 2. Siebenjahrplan in Angriff zu nehmen.

Der 2. Siebenjahrplan ist ein gewaltiges Programm der Wirtschaftsentwicklung, das zum Ziel hat, die Wirtschaftskraft des Landes weiter zu stärken und den vollständigen Sieg des Sozialismus zu beschleunigen. Mit der Erfüllung des neuen Perspektivplanes wird die selbständige sozialistische nationale Wirtschaft unseres Landes auf der Grundlage moderner Wissenschaft und Technik weiter gefestigt und entwickelt sowie beim Voranschreiten unseres Volkes zum Sozialismus und Kommunismus ein epochaler Fortschritt erzielt werden.

Das Jahr 1978 ist das erste Jahr der Erfüllung des 2. Siebenjahrplanes, so daß ab heute ein neuer Kampf für uns beginnt. Ob der neue Perspektivplan erfolgreich durchgeführt werden kann oder nicht, hängt in entscheidendem Maße von den diesjährigen Anstrengungen ab. Generell ist es so, daß ein guter Anfang Voraussetzung für gute Ergebnisse ist. Die gesamte Partei und das ganze Volk müssen sich wie ein Mann zum Kampf um die siegreiche Erfüllung der diesjährigen Aufgaben erheben und an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus einen neuen, gewaltigen Aufschwung bewirken.

Die Hauptstoßrichtung bei der Durchführung des 2. Siebenjahrplanes ist die extractive Industrie. Nur wenn man ihr Priorität einräumt, lassen sich sowohl Brennstoff- und Energieprobleme erfolgreich lösen und eine ausreichende Versorgung der verarbeitenden Industrie mit Rohstoffen sichern als auch die Deviseneinnahmen aktiv erhöhen. Deshalb liegt der Schlüssel zur erfolgreichen Realisierung des 2. Siebenjahrplanes in der konsequenten Voranstellung der extractiven Industrie. Wir müssen in diesem Jahr unsere Anstrengungen auf diesen Zweig richten, die Kohle- und Erzbergwerke verstärkt rekonstruieren, sie erweitern, ihre Produktionskapazität entscheidend erhöhen und somit bei der Erfüllung des 2. Siebenjahrplanes die Priorität der extractiven Industrie gewährleisten.

Auch im Transportwesen sind ständige Neuerungen zu vollbringen. Der Bereich Güterverkehr hat die Aufgabe, den von unserer Partei dargelegten Kurs auf die drei Transportarten – den konzentrierten, kombinierten Transport mit Zug, LKW und Schiff sowie den Containerverkehr – konsequent durchzusetzen und so den steigenden Transportbedarf der Volkswirtschaft noch umfassender zu decken.

Durch weitere Erhöhung der Stabilität der Schienen und eine beträchtliche Steigerung der Zahl der Güterwagen ist der Massen- und Langstreckentransport per Eisenbahn aktiv zu entwickeln. Neben dem Schienentransport muß auch der Straßen- und Schiffstransport verstärkt und der kombinierte Transport per Eisenbahn, Kraftfahrzeuge und Schiffe umfassend garantiert werden, damit stets eine rechtzeitige Belieferung der Betriebe in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft sowie der Baustellen mit Gütern und Anlagen erfolgen kann.

Der Maschinenbau ist das Herz der Industrie und die Grundlage des technischen Fortschritts. Eine gute Arbeit in diesem Bereich ist die Voraussetzung sowohl für eine rasche Entwicklung der extraktiven Industrie und des Güterverkehrs als auch für ein erfolgreiches Vorschreiten aller anderen Zweige der Volkswirtschaft. In diesem Jahr hat der Maschinenbau die Aufgabe, die Ausrüstungen und Anlagen für die neuen Werke bedarfsgerecht zu produzieren sowie großdimensionale und andere Typen von Werkzeugmaschinen für die verschiedenen Volkswirtschaftszweige in großer Zahl zu fertigen. Gleichzeitig müssen die für die Entwicklung der extraktiven Industrie dringend benötigten Maschinen und Ausrüstungen, wie z. B. Großraum-LKW, Kompressoren, schwere Bagger und Bulldozer, die zur Gewährleistung des Güterverkehrs notwendigen Elektro- und Diesellokomotiven, Waggons verschiedener Typen sowie Großfrachter verstärkt hergestellt werden.

Ich bin fest davon überzeugt, daß alle im Maschinenbau tätigen Arbeiter und Techniker im neuen Jahr den hohen Erwartungen der Partei entsprechen und die ihnen übertragenen ehrenvollen Aufgaben in hervorragender Weise erfüllen werden.

In den anderen Zweigen der Industrie sind dieses Jahr ebenfalls Neuerungen zu vollbringen. In allen Industriebereichen kommt es darauf an, einen dynamischen Kampf um die maximale Ausnutzung der bereits geschaffenen Produktionskapazitäten zu führen, alle Anlagen voll auszulasten, die Produktion zu normalisieren und die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern, um so die diesjährigen Planaufgaben unbedingt überzuerfüllen.

Große Anstrengungen sollten wir auch 1978 auf die Landwirtschaft richten. Ein effektiver Ackerbau und hohe Erträge in der Getreideproduktion sind Voraussetzung dafür, daß auch die Industrie schnell entwickelt, das Lebensniveau des Volkes weiter verbessert und alle anderen beim Aufbau des Sozialismus auftretenden Fragen umfassend gelöst werden können. Angesichts der Tatsache, daß sich die Nahrungsmittelsituation in der Welt mit jedem Tag verschärft, gewinnt eine optimal betriebene Landwirtschaft um so mehr an aktueller Bedeutung. Dem Agrarbereich obliegt es, rechtzeitige und lückenlose Vorbereitungen auf die kommende Saison zu treffen, den Forderungen der einheimischen Ackerbaumethode gemäß den Feldbau auf wissenschaftlich-technischer Grundlage zu betreiben und dadurch in diesem Jahr erneut eine Rekordernte einzubringen.

Um die Getreideproduktion zu erhöhen, muß man – da der Einfluß der polaren Kaltluftmassen anhält – konsequente Maßnahmen zur Verhinderung von Dürreschäden treffen. Das ganze Volk hat sich dafür einzusetzen, daß kein Tropfen Wasser ungenutzt abfließt, sondern es aufgefangen wird, in großem Maßstab Brunnen angelegt und noch mehr Wasserquellen erschlossen werden, damit die bewässerte Trockenfeldfläche ständig wächst.

Die dynamische Beschleunigung der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der Kulturrevolution – ist der konsequente Kurs, den unsere Partei beim Aufbau des Sozialismus verfolgt, und eben in der Meisterung dieser drei Revolutionen liegt das entscheidende Unterpfand für Siege in sämtlichen Bereichen. Auch in diesem Jahr sind wir aufgerufen, unter dem hoch erhobenen Banner der drei Revolutionen diese tatkräftig voranzutreiben, auf allen Gebieten der Revolution und des Aufbaus einen neuen Aufschwung zu bewirken sowie unsere revolutionären Kräfte politisch, ökonomisch und militärisch weiter zu stärken.

Der 2. Siebenjahrplan stellt eine äußerst schwere, gewaltige Aufgabe dar und erfordert einen angestregten Kampf der ganzen Partei und des gesamten Volkes. Wir müssen diesen Plan aus eigener Kraft, mit eigener Technik und eigenen Ressourcen erfüllen. Alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen sind aufgerufen, sich mit der Juche-

Ideologie unserer Partei fest auszurüsten und den revolutionären Geist des Schaffens aus eigener Kraft voll zu entfalten, um auf diese Weise die beim sozialistischen Aufbau auftretenden schwierigen, komplizierten Probleme mit eigenen Kräften zu lösen und sämtliche Hindernisse und Schwierigkeiten mutig zu bewältigen. Durch aktives Erschließen der inneren Reserven sowie verstärktes Ringen um Produktionssteigerung und Sparsamkeit in allen Volkswirtschaftszweigen sind mit den vorhandenen Arbeitskräften, Anlagen und Materialien noch mehr Produktions- bzw. Bauleistungen zu erbringen.

Auf der kürzlich durchgeführten Tagung der Obersten Volksversammlung wurden wichtige Aufgaben zur Stärkung der Volksmacht dargelegt. Unsere Volksmacht ist ein sich für die werktätigen Volksmassen einsetzender treuer Diener des Volkes, eine mächtige Waffe in der Revolution und beim Aufbau. Durch ihre weitere Festigung sowie die allseitige Verstärkung ihrer Funktion und Rolle haben wir die Interessen der Volksmassen konsequent zu schützen und den sozialistischen Aufbau dynamisch voranzutreiben.

Der revolutionäre Enthusiasmus unserer Menschen ist gegenwärtig außerordentlich groß, und auch die Lage des Landes ist ausgesprochen positiv. Die Frage ist nur, wie unsere Funktionäre es verstehen, diese stürmische Begeisterung unseres Volkes zu lenken und zu leiten.

Die leitenden Funktionäre der Partei, des Staates und der Wirtschaftsorgane sind aufgerufen, sich solche revolutionären Charaktereigenschaften anzueignen, daß sie sich mit einer Einstellung des Herren der Revolution tatkräftig um die Meisterung ihrer eigenen Arbeit bemühen, die Lösung jeder Aufgabe von einer verantwortungsbewußten Einstellung zur Arbeit aus anpacken und bewältigen sowie eine einmal begonnene Sache unbedingt zu Ende führen. Des weiteren müssen sie alle sich konsequent dem Bürokratismus widersetzen, sich stets unter das Volk begeben, dessen Willen und Bedürfnisse umfassend ergründen und ihre Tätigkeit nach den Interessen der Menschen ausrichten. Der politischen Arbeit haben sie den Vorrang einzuräumen, damit der selbstbewußte Eifer und die schöpferischen Fähigkeiten der Volksmassen tatkräftig entfacht werden.

Da wir uns noch auf dem Weg der Revolution befinden, dürfen wir uns auf keinen Fall der Selbstzufriedenheit über die bereits erreichten Erfolge hingeben. Alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen müssen Müßiggang und Laxheit zurückweisen, stets und überall auf revolutionäre Weise arbeiten, lernen und leben sowie einen ständigen Vormarsch und ständige Neuerungen sichern.

Wir haben ein klares Kampfziel und eine strahlende Perspektive.

Schreiten wir alle unter dem hoch erhobenen Banner des Kommunismus und dem revolutionären Banner der Juche-Ideologie energisch voran im Ringen um erfolgreiche Erfüllung des 2. Siebenjahresplanes und die Beschleunigung der selbständigen friedlichen Vereinigung des Vaterlandes!

## **ZUR SCHAFFUNG VON DOPPELANBAU- GEBIETEN UND ZUR SPEZIALISIERUNG DER AGRARPRODUKTION**

**Rede auf der Beratung mit Agrarfunktionären**

*26. Januar 1978*

Heute möchte ich über einige Fragen der Agrarproduktion sprechen.

In einigen Gegenden des Bezirkes Süd-Hwanghae sollten wir Gebiete für die jährliche Einbringung von zwei Ernten schaffen und die Agrarproduktion spezialisieren.

Das Gebiet der Halbinsel Ongjin im Bezirk Süd-Hwanghae, das die Kreise Ongjin, Ryongyon, Kangryong und Jangyon umfaßt, ist für die zweimalige Bestellung in einem Jahr geeignet. Deshalb ist es durchaus möglich, zweimal in einem Jahr zu ernten, wenn man die Felder einebnet und die Arbeiten mechanisiert, weil diese Gegend klimatisch günstig ist und weiträumige flache Felder aufweist.

Allein nach vorläufigen Berechnungen gibt es in einigen Kreisen dieses Bezirkes, darunter in Ongjin und Ryongyon, 18 000 Hektar Felder im Flachland, die zwei Ernten zulassen würden. Wenn die Agrarfunktionäre die Arbeit gut organisieren und diese Felder doppelt bestellen würden, so käme das der Gewinnung von fast 20 000 Hektar Neuland gleich. Eine solche Fläche dem Marschland abzurufen, ist nicht einfach.

Von den Äckern, die den staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben (GLB) in den Kreisen Ongjin, Ryongyon, Kangryong, Jangyon und Thaethan gehören, müssen wir die Flachlandfelder, die leicht einzuebnen und günstig zu bewässern sind,

in Doppelanbauflächen umwandeln und dieses System im breiten Umfang einführen.

Dort hat jeder Landwirtschaftsbetrieb die Agrarproduktion zu spezialisieren. Nur dann ist es möglich, die Anbautechnik schnell zu entwickeln und die Mechanisierung zu beschleunigen sowie mit wenigen Arbeitskräften einen guten Ackerbau zu betreiben. Das zeigt uns klar die Erfahrung des Staatlichen Komplexen Landwirtschaftsbetriebes Nr. 5.

Im Doppelanbau-Gebiet der Halbinsel Ongjin sind Weizen und Gerste als Hauptfrucht und Bohnen oder Tabak als Folgefrucht anzubauen. Gegenwärtig wird dort mehr Mais angebaut, was künftig zu unterlassen ist. Die GLB dieser Gegend haben zwar im vorigen Jahr 9 t Mais pro Hektar geerntet, aber sie sollten lieber davon Abstand nehmen. In letzter Zeit war dort zwar kein Taifun, wenn sie jedoch von einem heimgesucht würden, wäre eine Mißernte unvermeidlich. Maisanbau ist für eine taifungefährdete Region ungeeignet. Der verstärkte Maisanbau dort gleicht einer Spekulation und einem Opiumhandel auf Gutglück.

Wenn künftig die Bewässerung und Mechanisierung mit guten Ergebnissen vorankommen und der Weizenanbau spezialisiert ist, könnte es uns ohne weiteres gelingen, auch auf Feldern mit Doppelbestellung 4 bis 5 t Weizen je Hektar zu ernten. Der Landwirtschaftsbetrieb Nr. 5 im Bezirk Ryanggang hat einen solchen Hektarertrag geplant. Es wäre unlogisch, wenn der Bezirk Süd-Hwanghae hinter dieser Leistung zurückstehen würde.

Als Folgefrucht von Weizen und Gerste sind verstärkt Sojabohnen anzubauen. Bei der Doppelbestellung geht es hauptsächlich um den Fruchtwechsel von Getreidekulturen.

Es empfiehlt sich, z. B. den Komplexen Kreislandwirtschaftsbetrieb Ryongyon auf den Anbau von Sojabohnen als Folgefrucht zu spezialisieren. Dieses Kombinat hat schon eine bestimmte Grundlage für die Mechanisierung und könnte daher schon von diesem Jahr an damit beginnen, wenn sein Bewässerungssystem richtig funktioniert und die Böden etwas weiter planiert sind.

Wird das ganze Gebiet im Bezirk Süd-Hwanghae, in dem jährlich

zwei Ernten möglich sind, mit Sojabohnen bestellt, so kommt das der Gewinnung von 20 000 Hektar Anbaufläche für Sojabohnen als Hauptfrucht gleich. Dort können wir 60 000 t Soja ernten, vorausgesetzt, der Hektarertrag beträgt 3 t. Dann ist es möglich, in unserem Land die Frage der Gewinnung von Soja weitgehend zu lösen.

Sojastengel können zerkleinert als Futter verwendet werden, was auch für die Entwicklung der Viehwirtschaft in den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben günstig ist. Weizen- und Gerstestroh könnte sowohl als Futtermittel als auch für die Gewinnung von Humus verwendet werden.

Der Anbau von Tabak als Folgefrucht ist ebenfalls zu spezialisieren. Nur dann ist es möglich, dessen Anbautechnik zu entwickeln, moderne Trockenkammer zu errichten und so die Produktion zu steigern. Tabak als Zweitfrucht ist nur in einigen Kreisen anzubauen.

In den Gebieten des Bezirkes Süd-Hwanghae, die zwei Ernten pro Jahr erlauben, dürfen Kulturen wie Mohrenhirse und Raps nicht angebaut werden.

Die Schaffung von Doppelanbau-Gebieten in diesem Bezirk und die Spezialisierung des Anbaus von Weizen, Gerste, Bohnen und Tabak führen nicht zur starken Reduzierung von Maisanbauflächen. Da dort nahezu 100 000 Hektar Maisanbauflächen bestehen, wird es bei der Maisproduktion keine großen Probleme geben, auch wenn einige Flächen für die Doppelbestellung genutzt werden.

Die Gestaltung solcher Anbaugebiete und die Spezialisierung der Agrarproduktion setzen vor allem sachkundige Bodeneinebnung voraus.

Nur dem Standard gemäß geplante Felder ermöglichen es, die Ackerbauarbeiten zu mechanisieren, zweimal in einem Jahr zu ernten und die Agrarproduktion zu spezialisieren. Dafür muß der Staat seine Investition auf die Gebiete mit Doppelbestellung konzentrieren, mehr Bulldozer und andere Maschinen für die Meliorierung von Sumpfgebieten einsetzen, Felldraine beseitigen und alle Felder in standardisierte verwandeln.

Die Einebnung von Böden oder Gebieten, wo zwei Ernten im Jahr möglich sind, darf nicht dazu verleiten, gleich alle Böden in Hügel-

landschaften zu meliorieren. Im Kreis Jangyon z. B., in dem es sowohl im Flachland als auch auf Hügelland viele Felder gibt, sind vorerst lediglich Böden im Flachland einzuebnen.

Die Gestaltung entsprechender Anbaugebiete und die Spezialisierung der Agrarproduktion erfordern ferner, die Feldarbeiten zu mechanisieren und zu modernisieren.

Ohne dies ist es unmöglich, die Doppelbestellung, die eine termingerechte und schnelle Beendigung aller Ackerbauarbeiten verlangt, einzuführen und die Agrarproduktion zu spezialisieren.

Künftig ist in den erwähnten Anbaugebieten der gesamte Ackerbau, von der Kultivierung des Weizens ganz zu schweigen, zu mechanisieren. Der Anbau von Sojabohnen läßt sich ebenfalls ohne weiteres mechanisieren. Wenn wir die Furchenbreite angemessen festlegen und dementsprechende Maschinen entwickeln, können wir alle Ackerbauarbeiten einschließlich der Aussaat, der Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln und des Jätens maschinell bewältigen. So wird in den Ländern gearbeitet, die beim Sojabohnenanbau erfolgreich sein sollen.

Dank der Mechanisierung der Landarbeiten werden im Staatlichen Komplexen Landwirtschaftsbetrieb Nr. 5 von jedem Beschäftigten 10 Hektar Ackerfläche bearbeitet. Der Bezirk Süd-Hwanghae muß künftig alle Ackerbauarbeiten in den besagten Anbaugebieten hundertprozentig mechanisieren, damit jeder, wenn auch nicht 10 Hektar, so aber doch 8 oder 7 Hektar Felder betreuen kann. Da im Jahr zwei Ernten eingebracht werden, reicht es, wenn jeder nur 5 Hektar Ackerland bearbeitet. Auf dem gerade stattfindenden Landwirtschaftskongreß der Republik sprach eine Traktoristin des Komplexen Kreislandwirtschaftsbetriebes Ryongyon darüber, daß 9 Personen in ihrer Familie als Traktoren tätig sind. Künftig sollten alle GLB-Mitglieder Traktoren bedienen und den Ackerbau maschinell betreiben können.

Für die Mechanisierung und Modernisierung in der Landwirtschaft muß der Staat mehr investieren, mehr Traktoren und andere moderne Landmaschinen produzieren und sie der Landwirtschaft liefern. Mit dem Blick auf die Zukunft müssen wir auch Maßnahmen für die Beschaffung von Weizenmähreschern ergreifen.

In allen Gebieten, wo jährlich zwei Ernten möglich sind, ist ein Bewässerungssystem einzurichten.

Beim Reisanbau wird gegenwärtig noch viel Wasser vergeudet. Dieser Tendenz muß ein Ende gesetzt werden, damit das Wasser sparsam genutzt und auch für die Bewässerung von Trockenfeldern verwendet werden kann. Es gilt außerdem, an geeigneten Stellen Brunnen anzulegen und aktiv weitere Wasserquellen aufzuspüren, um die Trockenfelder zu bewässern.

Die Schaffung solch eines Systems in den betreffenden Gebieten ist nicht weiter problematisch. Weizen benötigt eigentlich nicht viel Feuchtigkeit. Deshalb können die Funktionäre das Wasserproblem dort ohne weiteres lösen, wenn sie die Arbeiten genau aufeinander abstimmen.

Die Gestaltung solcher Gebiete und die Spezialisierung der Agrarproduktion erfordern, daß man sich vor Ort mit der Realität vertraut macht und alles genau berechnet.

Ich würde gern direkt vor Ort sein und die Arbeit organisieren, aber dafür habe ich keine Zeit. Deshalb sollten die Funktionäre des Staatlichen Plankomitees, des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee und des Landwirtschaftskomitees die betreffenden Gebiete konkret untersuchen und gehörige Vorschläge unterbreiten. Sie sind jedoch zur Zeit nicht einmal genau darüber informiert, wieviel Felder es gibt, auf denen im Jahr zwei Ernten möglich sind. Sie dürfen nicht nur planlos herumlaufen, sondern sollten jedes einzelne Feld aufsuchen, es eingehend untersuchen und sich mit den Möglichkeiten, die es bietet, vertraut machen.

Es wäre angebracht, in diese Untersuchungsarbeit die Funktionäre der Bezirkslandwirtschaftskomitees sowie Lehrer und Studenten der Landwirtschaftshochschulen in den Bezirken einzubeziehen.

Auf der Grundlage solch einer sachgerechten Arbeit kommt es darauf an, festzulegen, welche Felder maschinell zu bearbeiten, welche zu bewässern und welche einzuebnen sind, und dementsprechende Zeichnungen anzufertigen.

Wenn künftig in einigen Kreisen im Bezirk Süd-Hwanghae, darunter in den Kreisen Ongjin, Kangryong, Ryongyon und Jangyon, durchdacht

angelegte Doppelanbau-Gebiete entstanden sind, können diese Ortschaften zu leistungsfähigen Zentren der Getreideproduktion werden, die Taifunen trotzen.

Ferner müssen wir einen Plan ausarbeiten, wonach sich der Kreis Unggi im Bezirk Nord-Hamgyong auf den Sojabohnenanbau spezialisiert.

Bisher baute man dort verschiedenartige Kulturen an, darunter Sojabohnen und Mais, aber bei keiner Kultur wurde eine ordentliche Ernte eingebracht. Im vergangenen Jahr wurden je Hektar nur 3,2 t Mais produziert. Beim Anbau von Sojabohnen der Sorte „Hambuk Nr. 18“ auf 500 Hektar Fläche als Zwischenfrucht betrug der durchschnittliche Hektarertrag nur 800 kg und auf 400 Hektar als Hauptfrucht alles in allem 1,8 t. Der Getreideertrag in diesem Kreis ist in der Hauptsache deshalb so niedrig, weil die Standortverteilung der Kulturen nicht den Boden- und Klimabedingungen gemäß erfolgte und der Ackerbau nicht wissenschaftlich fundiert betrieben wurde. Wenn die gewünschte Ernte bei Mais und Sojabohnen ausgeschlossen ist, dann ist es besser, sich nur auf eine von beiden Kulturen zu spezialisieren.

Der Kreis Unggi muß sich auf die Spezialisierung des Anbaus von Sojabohnen orientieren. Was es möglich macht, Fachkräfte in diesem Bereich auszubilden, die Anbautechnik zu verbessern und Erfahrungen zu sammeln.

Da in erster Linie Sojabohnen angebaut werden, ist der Maisanbau auf eine Menge zu reduzieren, die für die Viehwirtschaft nötig wäre.

Eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Sojabohnenanbau ist die Bewässerung der betreffenden Felder.

Diese Kulturart braucht viel Feuchtigkeit. Angaben zufolge nimmt sie während der Blütezeit am meisten Wasser in Anspruch, und die Körner bleiben klein, wenn sie bei der Reife zu wenig Wasser bekommen.

Wir müssen uns danach erkundigen, wieviel Felder in diesem Kreis vom Bewässerungssystem erfaßt worden sind, und dort zuerst Sojabohnen anbauen. Man sollte sich dafür einsetzen, auf noch nicht bewässerten Feldern ein entsprechendes System zu schaffen. Der Kreis Unggi befindet sich am Fluß Tuman und ist wasserreich. Deshalb ist es dort kein Problem, die Trockenfelder zu bewässern, wenn nur Pumpen geliefert werden.

Erfolg beim Sojabohnenanbau setzt ferner ertragreiches Saatgut voraus.

Man sollte sich nach Kräften um die Gewinnung solchen Saatgutes bemühen, damit man eine Art entwickeln und anbauen kann, die den Klima- und Bodenbedingungen im Bezirk Nord-Hamgyong entspricht und die Dichtpflanzung möglich macht.

Wenn ein geeignetes Saatgut vorhanden ist, wäre es ratsam, es noch in diesem Jahr versuchsweise im Kreis Unggi zu kultivieren und, falls ein gutes Ergebnis erzielt wird, mit Hilfe staatlicher Investitionen Bewässerungsanlagen zu bauen, mehr Maschinen zur Verfügung zu stellen sowie Maßnahmen einzuleiten, um den Boden fruchtbar zu machen. Man sollte Agrarwissenschaftler dorthin schicken, damit sie dabei helfen, den Anbau von Sojabohnen wissenschaftlich fundiert zu sichern, und die entsprechende Forschungsarbeit leisten.

Der Bezirk Nord-Hamgyong hat viele Möglichkeiten für die Getreideproduktion. Für die Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Bezirk stellte der Staat bisher so gut wie keine Investitionsmittel zur Verfügung, und der Bezirk selbst hat auch nicht viel dafür getan. Im Ergebnis dessen erlitt er bei der verheerenden Dürre im vergangenen Jahr die größten Schäden.

Zu empfehlen ist, daß sich der Staatliche Komplexe Landwirtschaftsbetrieb Nr. 5 und der Staatliche Landwirtschaftsbetrieb Phothae im Bezirk Ryanggang auf den Anbau von Kartoffeln spezialisieren, die exportiert werden. Das erwähnte Kombinat verfügt über ein relativ hohes technisches Niveau, und sein Hektarertrag bei Kartoffeln ist ganz beachtlich. Deshalb ist es möglich, den Ertrag zu steigern, wenn die Arbeit gut organisiert und die Kartoffelproduktion spezialisiert wird.

Mir ist bekannt, daß es im Kreis Unhung, Bezirk Ryanggang, etwa 2000 Hektar Hochebene gibt, die effektiv zu nutzen sind.

Zu begrüßen ist der Vorschlag, in diesen Hochebenen Weiden zu schaffen und 10 000 Schafe zu züchten. Man kann das Einkommen erheblich vergrößern, wenn man dadurch Wolle gewinnt und verkauft. Da ein Schaf im Jahr durchschnittlich 3 bis 4 kg Wolle liefert, können von 5000 Schafen 15 t Wolle gewonnen werden. Da der Aufkaufpreis

für 1 kg Wolle 40 Won beträgt, machen 15 t ein Einkommen von 600 000 Won möglich.

Die Züchtung von Schafen ermöglicht es auch, viel Fleisch zu produzieren. Man beabsichtigt, 5000 von 10 000 Schafen den Winter über zu halten und die andere Hälfte davon zu schlachten. Das macht eine Fleischproduktion von 125 t möglich, vorausgesetzt, ein Schaf liefert 25 kg Fleisch. Verkauft man die Schafsfelle, so kann man das Einkommen beachtlich steigern.

Die 2000 Hektar Hochebenen im Kreis Unhung dürfen nicht ungenutzt bleiben, sondern müssen der Schafhaltung dienen. Früher kam im Bezirk Ryanggang die Schafzucht nicht voran. Der Staat stellte ihm viele Schafe bereit, die jedoch wegen mangelhafter Pflege erfroren und verhungerten, was nicht wieder passieren darf. Da der Bezirk ausgedehnte Weideflächen zur Verfügung hat, während andere Bezirke wegen Mangels an solchen Plätzen keine Viehzucht betreiben, sollte er die Arbeit gut organisieren und intensiv Schafe halten.

Die Zahl der Lämmer ist rechtzeitig zu sichern. Ein Schaf wirft 1 bis 2 Junge. Wenn jedes Jahr 5000 Schafe geschlachtet werden, erwächst daraus das Problem der Versorgung mit Jungtieren, dem es Beachtung zu schenken gilt.

Es wäre ratsam, das Schaffleisch entweder Einheiten der Volksarmee oder den Arbeitern zu liefern.

Ferner ist der Tabakanbau zu spezialisieren.

Zur Zeit wird diese Kultur überall angebaut, und jeder Landwirtschaftsbetrieb erntet eine kleine Menge, was es unmöglich macht, seinen Anbau zu modernisieren und die Produktion schnell zu steigern.

Zur raschen Erhöhung der Tabakproduktion ist der Anbau entschieden zu spezialisieren. Auch Materialien anderer Länder lassen erkennen, daß es besser ist, den Anbau von Industriepflanzen wie Tabak zu spezialisieren und zu intensivieren.

Die Spezialisierung ermöglicht es, die Anbautechnik zu entwickeln, die Trocknung und Verpackung zu modernisieren, die Fachkräfte konzentriert einzusetzen und auch die Leitung des Tabakanbaus zu verbessern sowie auf geringeren Anbauflächen größere Erträge zu sichern. Da der Tabakanbau bisher verzettelt war, mußte man große

Einbußen in Kauf nehmen, weil man ihn nicht ständig unter Kontrolle haben und intensiv leiten konnte.

Die Spezialisierung und Steigerung der Tabakproduktion ermöglicht die Erwirtschaftung von mehr Valuten. Tabak ist eine wichtige Devisenquelle.

Die Spezialisierung des Tabakanbaus setzt die gezielte Gestaltung von speziellen Landwirtschaftsbetrieben voraus. Zur Steigerung dieser Produktion wurden früher GLB in den Gebieten, wo der Tabakanbau gute Ergebnisse brachte, dazu angehalten, Getreide zu produzieren und zusätzlich auf einer Fläche von 25 Hektar Tabak anzubauen. Man sollte das beibehalten und eigens neue Spezialbetriebe für den Tabakanbau schaffen. Wenn es sich als notwendig erweist, die genannten GLB in solche Spezialbetriebe zu verwandeln, ist das akzeptabel.

Spezialbetriebe dieser Art sind dort zu bilden, wo diesbezüglich Traditionen bestehen und die erforderlichen Saisonarbeiter vorhanden sind. Das Pflücken von Tabakblättern ist arbeitsaufwendig. Die GLB sind zur Zeit außerstande, die Anbaufläche erheblich zu erweitern und den Anbau zu spezialisieren, und das hängt im wesentlichen damit zusammen, daß Arbeitskräfte für das Pflücken von Tabakblättern kaum gesichert werden können.

Im Gebiet Yuson des Kreises Hoeryong im Bezirk Nord-Hamgyong, wo der Tabak gut gedeiht, sind einige Spezialbetriebe dieser Art zu bilden. Dort hat der Tabakanbau eine bestimmte Tradition, es gibt einen Betrieb der örtlichen Industrie, und in der Nähe befindet sich ein Kohlenbergwerk. Die Bildung solcher Spezialbetriebe in diesem Gebiet wäre günstig sowohl für die Bereitstellung der Saisonarbeiter als auch für die Beschaffung von Kohle, die für die Trocknung des Tabaks notwendig ist. Es soll in diesem Gebiet sechs GLB geben, die nötigenfalls zu Spezialbetrieben für Tabakanbau umgestaltet werden können.

Es empfiehlt sich, auch im Kreis Songchon, Bezirk Süd-Phyongan, landwirtschaftliche Spezialbetriebe dieser Art zu bilden, ist doch der Songchon-Tabak weltbekannt.

Wenn solche Betriebe entstehen, müßten die kleinen Tabakfelder in den einzelnen GLB auf Maisanbau umgestellt werden.

Zur Spezialisierung des Tabakanbaus muß der Staat diesen Betrieben Investitionsmittel zur Verfügung stellen und Maßnahmen für die Modernisierung der Tabakproduktion ergreifen. Dazu gehört, in diesen Landwirtschaftsbetrieben Bewässerungsanlagen zu errichten und ihnen in großer Zahl verschiedenartige Maschinen und Ausrüstungen zu liefern, damit die Tabakproduktion wirkungsvoll mechanisiert werden kann. Die Trockenanlagen sind besonders modern einzurichten.

Ferner ist es wichtig, für jeden landwirtschaftlichen Betrieb genau die Arbeitskräfte zum Pflücken der Tabakblätter zu bestimmen. In dieser Saison müssen auch Hausfrauen der betreffenden Kreisstadt und der Arbeitersiedlungen sowie Werktätige der örtlichen Industriebetriebe Hilfe leisten. Es gilt, einen Vertrag darüber zu schließen, inwieweit die betreffenden Kreise während dieser Saison die landwirtschaftlichen Betriebe durch Arbeitseinsätze unterstützen, und dieser sollte dann auch eingehalten werden.

In den GLB, die speziell Tabak anbauen, ist der Ernteertrag pro Hektar zu erhöhen.

Der Hektarertrag ist im Weltmaßstab nicht so hoch. Angaben zufolge produziert das Land mit dem höchsten Ertrag etwa 2,9 t je Hektar. Viele Länder bauen zur Zeit Tabak in Massenproduktion an. Wie mir berichtet wurde, bringt ein Land im Jahr mehr als 160 000 t Tabak ein. Bei uns wird er nur in begrenztem Umfang angebaut, wobei jedoch der Hektarertrag lediglich 2,12 t beträgt. Deshalb ist er entschieden zu erhöhen.

Die landwirtschaftlichen Spezialbetriebe für den Tabakanbau sollten durch Intensivierung und Modernisierung der Produktion den Hektarertrag auf 4 t steigern. Das ist durchaus möglich, wenn man die Zahl der Pflanzen je Phyong vergrößert, sie gezielt mit Wasser versorgt, gemäß der technischen Normierung Dünger zuführt sowie die Tabakblätter rechtzeitig pflückt. Der Landwirtschaftsbetrieb Nr. 7 produzierte im vergangenen Jahr 6,6 t Tabak pro Hektar. Man hat gesagt, daß es möglich sei, den Ernteertrag noch mehr zu erhöhen, wenn künftig der Tabakanbau spezialisiert und intensiviert wird. Würde bei uns der Hektarertrag auf 4 t steigen, bedeutete dies das höchste Niveau im Weltmaßstab.

Die gesamte Ernte der Spezialbetriebe ist auszuführen. Wenn in diesem Jahr solche Betriebe entstehen und sie jeweils 4 t pro Hektar einbringen, könnten wir vom nächsten Jahr an 20 000 t Tabak exportieren, und damit 20 Mio. Rubel bzw. 10 Mio. Pfund Sterling erwirtschaften. Modern eingerichtete Tabakfabriken und der Export besser verarbeiteten Tabaks bringen entschieden mehr Valuten.

Der Bedarf an Tabak ist gegenwärtig groß in der Welt. Das erfordert, dessen Produktion zu erhöhen, mehr davon zu exportieren und Devisen zu erwirtschaften. Der Bezirk Nord-Hamgyong könnte mehr Devisen einbringen, wenn dort gute Zigaretten produziert und ausgeführt würden.

Der Tabak, der in den Doppelanbau-Gebieten im Bezirk Süd-Hwanghae als Folgefrucht produziert wird, sollte in der Tabakfabrik Sinchon verarbeitet und bei uns verbraucht werden.

Man kann die Arbeit zur Gestaltung von Gebieten der Doppelbestellung und von landwirtschaftlichen Spezialbetrieben nicht gleichzeitig leisten. Dies bedarf richtiger Kalkulationen und allmählicher Realisierung. Es wäre angebracht, die Gestaltung solcher Gebiete in etwa ein bis zwei Jahren zu planen und durchzuführen.

Meines Erachtens ist es auch ratsam, die Schaffung landwirtschaftlicher Spezialbetriebe für Tabakanbau in etwa zwei Jahren abzuschließen, indem in jedem Jahr einige entstehen. Es ist nicht einfach, Betriebe einzurichten, die fähig sind, jährlich 20 000 bis 30 000 t Tabak auszuführen.

Der Verwaltungsrat muß gemäß meiner heute dargelegten Richtung einen konkreten Plan aufstellen, aus dem hervorgeht, welche Landwirtschaftsbetriebe in diesem und welche im nächsten Jahr zu derartigen Spezialbetrieben umgestaltet und welche Maschinen und Ausrüstungen ihnen bis wann bereitgestellt werden.

Die Bezirke, die sich mit der Einrichtung dieser Betriebe beschäftigen werden, müssen das unter Kontrolle behalten und gut organisieren.

Dadurch sollte es uns in einigen Jahren gelingen, im Bezirk Süd-Hwanghae Gebiete für die Doppelbestellung zu schaffen und in einigen Orten Spezialbetriebe zu errichten, um dadurch beim Anbau einer

Reihe von Kulturen, darunter von Weizen, Sojabohnen und Tabak, einen Umschwung einzuleiten.

Auf dieser Beratung wurde die Meinung vorgebracht, daß wachstumsreduzierende Mittel bereitgestellt werden sollten, da die Weizenpflanzen lagern könnten, wenn ihre Zahl 3000 je Phyong übersteigt. Zur Verhütung dieser Gefahr ist das zwar notwendig, aber dazu müßte es auch schon genügen, weniger Stickstoffdünger einzusetzen.

Zur Zeit befasse ich mich mit Materialien über den Weizenbau: Manche Länder wenden die besagten Mittel, hauptsächlich aber die letztgenannte Methode an, um das Lagern zu verhüten.

In unserem Land wird jetzt auf die Weizenfelder viel Stickstoffdünger ausgebracht. Es wäre jedoch besser, an reiner Nährstoffmenge ungefähr 60 bis 80 kg von diesem Dünger je Hektar einzusetzen.

Mit der Zuführung angemessener Mengen Stickstoffdünger läßt sich das Lagern von Weizen durchaus vermeiden. Das zeigen klar unsere Erfahrungen beim Reisbau. Früher wurde die gesamte Menge Stickstoffdünger in zwei- oder dreimaligen Gaben schon vor dem 25. Juni auf die Reisfelder ausgebracht. Das hatte zur Folge, daß die Reispflanzen zuviel Dünger auf einmal aufnahmen und dann wegen Stoffwechselstörungen lagerten. Damals stand in den Lehrbüchern der Landwirtschaftshochschulen geschrieben, daß es nicht zugelassen werden darf, nach dem 25. Juni noch Dünger auf den Reisfeldern einzusetzen. Jetzt wird jedoch ein solches Übel vermieden, weil mehrmals gedüngt wird, damit die Pflanzen die ganze Menge an wirksamen Komponenten aufnehmen können. Allein im vergangenen Jahr stellten wir fest, daß aufgrund des richtigen Dünungssystems keine Reispflanze lagerte, obwohl die Staudenzahl je Phyong auf mehr als 1700 vergrößert worden war. Der Weizenanbau unterscheidet sich nicht besonders vom Reisanbau.

Die Wissenschaftler und Techniker der Landwirtschaft sollten durch das Studium ausländischer Materialien und durch eigenständige Forschungen eine rationelle Dünungsmethode finden, die zum Erfolg beim Weizenbau ohne Anwendung wachstumsreduzierender Mittel führt.

Auf dem diesmaligen Landwirtschaftskongreß wurden viele Fragen

ausgiebig erörtert. Eine Ausnahme bilden nur die Produktion von Obst Und Seidenkokons, aber dabei gibt es keine besonderen Engpässe. Einige Agrarfunktionäre zwingen den GLB ohne Maulbeerbäume die Seidenraupenzucht auf, so daß die GLB-Mitglieder in den landwirtschaftlichen Spitzenzeiten ins Gebirge Maulbeerbaumblätter sammeln gehen müssen, Was künftig keinesfalls zu dulden ist. Mit dieser Zucht sollten sich nur die GLB befassen, die über Maulbeerbäume verfügen.

Es ist zu begrüßen, daß sich alle Kongreßteilnehmer, wie sie sagten, durch meine Rede und durch andere Diskussionsbeiträge über die einheimische Ackerbaumethode Klarheit verschafft haben. Die Landwirtschaft darf von nun an nicht auf Gutdünken betrieben werden. Die schnelle Steigerung der Agrarproduktion setzt voraus, das technische Niveau zu erhöhen und den Ackerbau nach wissenschaftlich-technischen Methoden zu betreiben.

# **FÜR EINEN NEUEN AUFSCHWUNG IN DER AGRARPRODUKTION DURCH KONSEQUENTE DURCHSETZUNG DER EINHEIMISCHEN ACKERBAUMETHODE**

**Rede auf dem Landwirtschaftskongreß der Republik**

*27. Januar 1978*

Genossen!

Unser mehrtägiger Kongreß ist erfolgreich verlaufen. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Landestreffen der Sieger, der Agrarhelden.

Der Bericht war aufschlußreich, und auch die Diskussionsbeiträge vieler Genossen waren hochinteressant und überzeugend. Viele Genossen haben ihre bemerkenswerten Leistungen und heroischen Kampfes verdienste zur Sprache gebracht, die für die Kongreßteilnehmer sehr lehrreich sind. Die Diskussionsredner zogen nicht nur Bilanz über ihre Leistungen, sondern brachten auch ihren aner kennenswerten Entschluß zum Ausdruck, die landwirtschaftliche Produktion auf ein höheres Niveau zu heben.

Ich möchte alle Kongreßteilnehmer, die Agrarhelden, die leitenden Mitarbeiter der die Landwirtschaft unterstützenden Betriebe, die Funktionäre der Staats- und Wirtschaftsorgane, die leitenden Mitarbeiter der Bezirksparteikomitees und aller anderen Parteikomitees sowie die Organisatoren des Kongresses, die für den hervorragenden Ablauf dieses Treffens gesorgt haben, zu ihrer guten Arbeit beglückwünschen.

Wir zogen hier Bilanz über eine so reiche Ernte, wie wir sie im

vorigen Jahr zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes eingebracht haben. Diese Auswertung ist sehr bedeutsam und ruhmreich.

In der Tat sind die Ergebnisse unserer vorjährigen Agrarproduktion ganz gewaltig. Beim Hektarertrag von Reis überholten wir den Stand der im Weltmaßstab entwickeltsten Länder. Auch in der Maisproduktion haben wir die führenden Staaten fast eingeholt. Beim Anbau von Reis und Mais – den Hauptkulturen der Agrarwirtschaft – konnten wir also schon das Weltniveau erreichen, und in allen Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion, einschließlich der Erzeugung von Gemüse und Industriepflanzen, haben wir herausragende Erfolge erzielt.

Die großen Leistungen im Agrarbereich sind der klugen Führung unserer Partei und dem heldenmütigen Kampf unserer Werktätigen in der Landwirtschaft für die Verwirklichung der sozialistischen Agrarthesen sowie der Tatsache zu verdanken, daß die ganze Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter, Wissenschaftler, Techniker und Armeangehörigen, in einem Großeinsatz die Dörfer tatkräftig unterstützt hat.

Eine der hauptsächlichen Faktoren dafür, daß sich unsere Landwirtschaft in den letzten Jahren sprunghaft entwickelt hat, liegt in der Verstärkung der Potenz der Industrie.

Ohne unsere mächtige Industrie wäre es ausgeschlossen, den Dörfern Traktoren, Lastkraftwagen, Wasserpumpen und andere Landmaschinen sowie Ackerbaumaterialien, darunter chemische Düngemittel, Herbizide und Spurenelemente, ausreichend zur Verfügung zu stellen. Die leistungsstarke Industrie ermöglichte es uns, die für die landwirtschaftliche Produktion unentbehrlichen modernen Maschinen und Materialien nach Belieben zu liefern. Unsere Republik versorgt die Dörfer heute mit so viel elektrischem Strom, wie sie brauchen. Meines Erachtens gibt es kaum Länder, die wie wir die Dörfer vollständig elektrifiziert haben und in unbegrenzter Menge Energie für die landwirtschaftliche Produktion nutzen. Auch in der Traktorenanzahl je 100 Hektar Anbaufläche reiht sich unser Staat in die Gruppe der entwickelten Länder ein.

Entsprechend dem Fünf-Punkte-Programm zur Umgestaltung der

Natur, das im Oktober 1976 auf dem 12. Plenum des ZK der Partei in der V. Wahlperiode aufgestellt wurde, haben wir in etwas mehr als einem Jahr die Bewässerung auf ca. 200 000 Hektar Trockenfeldern abgeschlossen. Diese erstaunliche Leistung ist dem heldenhaften Kampf unserer Arbeiterklasse, der werktätigen Volksmassen und gleichzeitig der Potenz der Industrie zu verdanken.

Die großartigen Erfolge in der Landwirtschaft beweisen anschaulich, wie mächtig die selbständige, sozialistische nationale Wirtschaft unseres Landes ist, und sie bringen die Lebenskraft unseres sozialistischen Industriestaates weiterhin zur Geltung. Vor aller Welt können wir mit Recht auf das Potential unserer sozialistischen Industrie stolz sein.

Anlässlich dieses Kongresses, der die Erfolge in der vorjährigen landwirtschaftlichen Saison auswertet, schätze ich die heroischen Kampfleistungen der Mitglieder der PdAK und der anderen Arbeiter, werktätigen Bauern sowie Wissenschaftler und Techniker hoch ein. Sie haben auf einem Ruinenfeld begonnen, das die barbarischen Bombenangriffe der US-imperialistischen Aggressoren hinterlassen hatten, und die Verleumdung des Gegners, daß wir selbst in hundert Jahren nicht wieder auferstehen würden, zunichte gemacht, indem sie binnen kurzer Zeit eine komplex entwickelte moderne Industrie geschaffen und dadurch unser Land in einen sozialistischen Industriestaat verwandelt haben.

Die von unserer Republik errungenen großartigen Siege in der Landwirtschaft stellen die Richtigkeit der Thesen zur sozialistischen Agrarfrage realistisch und in Form von materiellen Ergebnissen unter Beweis.

Um die sozialistischen Agrarthesen zu verwirklichen, legte unsere Partei für jeden Zeitabschnitt der revolutionären Entwicklung eine kluge Politik und Orientierung dar und setzte sie konsequent durch. In Übereinstimmung mit dem Kurs, der in den Agrarthesen unterbreitet wurde, erhob sie das Banner der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der kulturellen – und mobilisierte aktiv alle Bauern sowie Arbeiter, Wissenschaftler, Techniker und Armeeangehörigen, um diese Revolutionen auf dem Lande tatkräftig voranzubringen. In den 14

Jahren seit der Veröffentlichung der Agrarthesen im Februar 1964 haben wir wahrhaft große Leistungen vollbracht. Da unsere Partei eine bewährte Linie ausgearbeitet hat und alle Parteiorganisationen eine gezielte organisatorische Arbeit für die Durchsetzung dieser Linie geleistet haben, konnten wir beim Aufbau des sozialistischen Dorfes beachtliche Erfolge verbuchen.

Die hervorragenden Errungenschaften unserer Landwirtschaft sind auch dem einmütigen heldenhaften Kampf unseres Volkes zu danken, das fest um die Partei zusammengeschlossen ist.

Unsere Partei hat ein heroisches Volk. Es hat in einem mehr als 15 Jahre währenden harten bewaffneten Kampf die imperialistischen japanischen Eindringlinge niedergeschlagen, ist aus dem dreijährigen erbitterten Krieg gegen die US-imperialistischen Aggressoren als Sieger hervorgegangen und hat auf den Trümmern infolge dieses Krieges, den ihm die US-Imperialisten aufgezwungen haben, das sozialistische Vaterland aufgebaut. Unsere Partei ist überaus stolz auf solch ein Volk, das fest um die Partei vereint ist und ohne das wir nicht imstande gewesen wären, im heutigen hohen Chollima-Tempo voranzuschreiten.

Unsere Menschen setzten sich im einmütigen Zusammenschluß um die Partei voller Kraft für den Aufbau des sozialistischen Dorfes ein: die Industrie unterstützte die Landwirtschaft, die Stadt half dem Land, die Arbeiterklasse leistete der Bauernschaft aktive Hilfe. Folglich konnten beim Aufbau der sozialistischen Agrarwirtschaft gewaltige Erfolge erreicht werden. Nach dem Krieg begann unser Volk auf den Trümmern mit leeren Händen; dennoch gelang es ihm, jährlich 300 000 Hektar Anbaufläche zu bewässern, so daß in wenigen Jahren eine Million Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche an das Bewässerungsnetz angeschlossen wurde. Auf diesem Wege wurde unsere Republik zu einem Land, in dem die Wasserversorgung dank entsprechender Bewässerungsmaßnahmen gesichert ist. Mehr noch: Im letzten Jahr wurden im Interesse der Überwindung der arktischen Kälteeinwirkungen 200 000 Hektar Trockenfelder in Bergtälern – d. h. in Gebieten, wo dieses Vorhaben schwerer zu realisieren ist – bewässert. Das in etwas mehr als einem Jahr zu bewerkstelligen, ist eine in der Welt nur selten erreichte Leistung. Sollte man darin keine Wundertat

sehen? Ist das nicht das Epos eines heldenhaften Volkes, das im hohen Chollima-Tempo vorwärtsschreitet?

Mit größter Genugtuung darüber, daß wir gerade am heutigen 14. Jahrestag der Veröffentlichung der sozialistischen Agrarthesen die großartigen Siege beim Aufbau des sozialistischen Dorfes auswerten, spreche ich im Namen des ZK der Partei und der Regierung der Republik unserer heldenhaften Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern, den Soldaten der Volksarmee, den Wissenschaftlern und Technikern sowie allen anderen Bürgern, die im engen Zusammenschluß um die Partei für die Realisierung der Agrarthesen durch Feuer und Wasser gegangen sind und selbstlos gekämpft haben, meinen herzlichen Dank aus.

Genossen! Wir haben im hinter uns liegenden Jahr in der Landwirtschaft wahrhaft große Siege errungen und vieles geschaffen, worauf wir stolz sein können. Wir dürfen uns mit dem bisher Erreichten jedoch nicht im geringsten zufriedengeben. Die Zukunft verlangt uns mehr ab, als wir bislang getan haben.

Auf der ersten Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode, die unlängst stattfand, wurde der neue Siebenjahrplan angenommen.

Die Agrarwirtschaft hat die schwere, aber ehrenvolle Aufgabe, im Zeitraum dieses zweiten Siebenjahrplans 10 Millionen Tonnen Getreide zu produzieren. Außerdem müssen wir in diesem Bereich das vom V. Parteitag aufgestellte Programm der technischen Revolution verwirklichen, um die Bauern von körperlich schwerer Arbeit zu befreien sowie die Bewässerung, Elektrifizierung, Mechanisierung und Chemisierung in der Landwirtschaft, die in den Thesen zur sozialistischen Agrarfrage dargelegt sind, besser zu realisieren.

Um alle diese Vorhaben erfolgreich zu bewältigen, müssen wir die Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Landwirtschaft, ihre Modernisierung und Verwissenschaftlichung beschleunigen und gestützt auf die bereits erreichten Erfolge noch vieles andere mehr bewerkstelligen.

Vor allem geht es um die konsequente Realisierung des Fünf-Punkte-Programms zur Umgestaltung der Natur, das auf dem 12.

Plenum des ZK der Partei in der V. Wahlperiode vorgelegt wurde.

Unsere Werktätigen in der Landwirtschaft und die anderen Bürger haben um die Verwirklichung des Beschlusses dieses Plenums, der den Abschluß der Bewässerung von 400 000 Hektar Trockenfeldern vorsieht, gerungen. Dadurch wurden schon 200 000 Hektar bewässert, auf der anderen Hälfte der Fläche muß das kurzfristig noch realisiert werden. Das betrifft solche ungünstigen Gegenden, wo hauptsächlich Schacht- und Rohrbrunnen angelegt und von weither Kanäle gezogen werden müssen, was einen angestregten Kampf erforderlich macht. Wir müssen uns nach Kräften für die Vollendung der Bewässerung der Trockenfelder und für den Abschluß dieser Arbeiten auf den noch verbliebenen 200 000 Hektar noch in diesem Jahr einsetzen.

Die Bodeneinebnung ist zielstrebig vorzunehmen, damit die komplexe Mechanisierung verwirklicht werden kann.

Sie kommt zur Zeit nicht umfassend genug zustande, und die Landmaschinen werden nicht voll ausgelastet, was hauptsächlich auf die mangelhafte Einebnung des Bodens zurückzuführen ist. Um die komplexe Mechanisierung allseitig durchführen zu können, müssen die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) alle unnötigen Raine beseitigen, Steinhäufen und Steine von Trockenfeldern räumen, die Raine der Reisfelder in Ordnung bringen und die Parzellierung der Naß- und Trockenfelder abschaffen.

Im neuen Siebenjahrplan ist die Erschließung von 100 000 Hektar Marschland vorgesehen. Dafür sind Baggerschiffe und Frachter zu bauen sowie genügend andere Ausrüstungen und Materialien zu liefern.

Die konsequente Realisierung des von der Partei aufgestellten Fünf-Punkte-Programms ist eine Voraussetzung dafür, daß das Ziel der Produktion von 10 Mio. t Getreide erreicht wird. Deshalb rufe ich heute unsere Parteimitglieder, alle Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler und Techniker sowie alle anderen Werktätigen auf, einen großen Beitrag zur Verwirklichung des genannten Ziels zu leisten, indem sie unter Einsatz ihrer ganzen Kräfte und Kenntnisse das Fünf-Punkte-Programm zur Umgestaltung der Natur in wenigen Jahren so optimal wie möglich in die Tat umsetzen.

Die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft ist ebenfalls zu

vollziehen.

Hierfür muß den Dörfern eine Vielzahl von Traktoren bereitgestellt werden. Bisher hat der Staat in die Traktorenproduktion große Kraft investiert und die Dörfer mit zahlreichen Maschinen beliefert.

Die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft setzt jedoch einen noch größeren Fuhrpark voraus.

Wir sehen im zweiten Siebenjahrplan vor, 8 bis 10 Traktoren je 100 Hektar Anbaufläche einzusetzen. Deshalb müssen mehr Traktoren vom Typ „Chollima“, „Phungnyon“, „Chungsong“ und „Jonjin“ dem Lande zur Verfügung gestellt werden.

Das betrifft auch Lastkraftwagen.

Die im vorigen Jahr aufgeschichteten hohen Getreideschober sind immer noch nicht völlig abtransportiert worden. Zur Zeit liegen auf den Druschplätzen der GLB Millionen Tonnen Getreide auf Lager. An all dem kann man sehen, daß es auf dem Lande an Transportmitteln fehlt. In der nächsten Zeit ist die LKW-Produktion zu steigern, damit auf jeweils 100 Hektar Anbaufläche mindestens 3 bis 4 Fahrzeuge entfallen.

Wir brauchen auch mehr Reiserntekombines für die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft, damit auch die Erntearbeiten – so wie die Reisverpflanzung – vollständig mechanisiert werden können. Das Traktorenwerk „Kum Song“ hat sich verpflichtet, jährlich 1000 Reiserntekombines zu produzieren. Diese Zahl reicht allerdings noch nicht aus, um den Reisanbau komplex zu mechanisieren. Den Dörfern müßten mehr Maschinen dieser Art zur Verfügung stehen.

Wir brauchen auch Maisvollerntemaschinen, Kartoffel- und Gemüseerntemaschinen sowie Maschinen für die Aussaat der Gemüse- und in Nährtöpfen angezogenen Maissetzlinge.

Um die komplexe Mechanisierung erfolgreich voranzubringen, müssen die Mitarbeiter der Forschungsinstitute für Landmaschinen und die Maschinenbauer ihre Rolle verstärken.

Das stellt die Landmaschinenforschungsinstitute vor die Aufgabe, ihre Arbeit zu intensivieren und binnen kurzer Zeit einen Traktor zu konstruieren, der im Vergleich zu den jetzigen leichter zu bedienen und leistungsstärker ist sowie bei geringerem Kraftstoffverbrauch eine

höhere Geschwindigkeit erreicht. Zugleich müssen sie in großer Anzahl moderne Landmaschinen erzeugen, darunter verschiedene Vollerntemaschinen und Maschinen für das Verpflanzen von Setzlingen. Dem Maschinenbau obliegt es, Maschinen und Ersatzteile, die für die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft benötigt werden, beizeiten in ausreichender Menge zu liefern. So müssen sie sich wirksam für die endgültige Realisierung der Agrarthesen einsetzen, indem sie entsprechend der vom V. Parteitag gewiesenen Orientierung die Unterschiede zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Arbeit bedeutend verringern und es allen Werktätigen der Landwirtschaft ermöglichen, ihre Arbeit maschinell auszuführen.

Ich nehme diesen Bauernkongreß zum Anlaß, um die Mitarbeiter der Landmaschinenforschungsinstitute sowie die Arbeiter, Techniker und Angestellten im Bereich Maschinenbau aufzurufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Kennziffern der Landwirtschaft im zweiten Planjahrsiebt übererfüllt und die in den Thesen zur sozialistischen Agrarfrage gestellten Aufgaben der technischen Revolution auf dem Lande bis ins letzte verwirklicht werden.

Des weiteren gilt es, die Chemisierung in der Landwirtschaft tatkräftig voranzubringen.

Während des Sechsjahrplanes haben wir eine Reihe von Düngemittelfabriken, einschließlich des Harnstoffwerkes im Vereinigten Chemiewerk „Jugend“, errichtet und das Ziel der Produktion von Chemiedüngern erreicht. Wir sind jedoch noch nicht in der Lage, die für die Agrarproduktion notwendigen verschiedenen chemischen Düngemittel in befriedigender Menge herzustellen. Zwar verfügen wir über genügend Stickstoffdünger, bei Phosphordüngemittel gibt es jedoch noch einen Engpaß. In den letzten Jahren ist der Bedarf an diesem Dünger größer geworden, um in der Agrarproduktion die Auswirkungen der arktischen Kaltluft zu überwinden. Ihr starker Einfluß macht es erforderlich, daß man mehr Phosphordünger als Stickstoffdüngemittel einsetzt, um die landwirtschaftlichen Erträge zu erhöhen. Aus diesem Grunde stehen wir vor der wichtigen Aufgabe, die Phosphordüngerproduktion rasch zu steigern.

Deshalb ist in erster Linie ausreichend Schwefelsäure herzustellen.

Der chemischen Industrie obliegt es, ein Verfahren zur Herstellung von Phosphordüngern ohne Schwefelsäure einzuführen. Es kann doch nicht sein, daß diese Düngemittel ausschließlich mit Schwefelsäure zu erzeugen sind. Anstelle von Schwefelsäure könnte man Salpetersäure verwenden.

Wir müssen einerseits große Anstrengungen unternehmen, um mehr Schwefelsäure zu gewinnen, und andererseits im großen Maßstab das Verfahren der Phosphordüngerherstellung aus Salpetersäure einführen, um die Produktion von diesem Dünger um mehr als auf das Doppelte zu steigern.

Wir haben selbst um die Sicherung der Kalidüngererzeugung noch nachhaltiger zu ringen.

Dabei erreichen wir noch keine befriedigenden Ergebnisse. Deshalb beziehen wir Kali im Austausch gegen Stickstoffdünger aus dem Ausland. Obwohl dieser Handel nicht schlecht ist, wäre eine eigene Produktion besser. Im Gegensatz zur Industrie ist die Landwirtschaft saisonabhängig. Wenn wir bei Kali auf den Import angewiesen bleiben, könnte es vorkommen, daß auf Grund unerwarteter Probleme die Liefertermine einmal nicht eingehalten werden können oder die bestellte Menge nicht ausreicht. Da das die Landwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde, haben wir im zweiten Siebenjahrplan vorgesehen, Anlagen für die Kalidüngerproduktion aufzubauen und selbst große Mengen davon herzustellen.

Die Funktionäre, Wissenschaftler und Techniker sowie alle Arbeiter der für die Düngemittelerzeugung zuständigen Bereiche, darunter des Ministeriums für Chemieindustrie und des Bergbaukomitees, sind verpflichtet, in kurzer Zeit die Produktion der Phosphordünger steigern und aus eigener Kraft große Mengen Kalidünger herzustellen, um so auch mehr Mineraldüngemittel für die Chemisierung in der Landwirtschaft zu liefern.

Diese setzt außerdem eine große Menge verschiedener Agrochemikalien voraus. Aus diesem Grund hat das Ministerium für Chemieindustrie unter anderem wirksame Herbizide, Insektizide und wachstumsfördernde oder -hemmende Stoffe herzustellen, die für die Chemisierung in der Landwirtschaft benötigt werden.

Es ist keineswegs leicht, alles, was für die Chemisierung in der Landwirtschaft erforderlich ist, im eigenen Land zu produzieren, und es erfordert das tatkräftige Bemühen aller Mitarbeiter dieses Bereiches. Jeder einzelne Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker in der chemischen Industrie ist aufgerufen, aktiv das zu erschließen, was uns noch fehlt, und umfassend moderne Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik einzuführen, um so alle Fragen bei der Chemisierung in der Landwirtschaft selbst zu lösen.

Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind sachkundig zu lagern, und auch auf dem Gebiet der Verpackung sind revolutionierende Veränderungen herbeizuführen.

Die Werktätigen der Landwirtschaft konzentrieren sich lediglich auf die Erzeugung der Agrarprodukte, ergreifen aber keine befriedigenden Maßnahmen für ihre geeignete Lagerung und Verpackung. Infolgedessen werden sie nicht beizeiten abtransportiert und nur nachlässig aufbewahrt, so daß nicht geringe Verluste entstehen. Wir müssen in dieser Hinsicht bessere Arbeit leisten und auch bei der Verpackung eine grundlegende Änderung vollziehen, damit es nicht mehr vorkommt, daß die mit Mühe erzeugten Getreidekörner verderben bzw. verlustig gehen.

Das ist deshalb so dringend notwendig, weil man den Bauern das Flechten der Strohsäcke endgültig ersparen muß. Wir haben die Bauern durch die Mechanisierung der Agrarproduktion nicht nur von der körperlich mühsamen Landarbeit, sondern auch vom Strohsackflechten zu entlasten. Das wird zwar schon maschinell verrichtet, so daß es nicht mehr so anstrengend sein dürfte, aber trotzdem bleibt dadurch im Winter kaum noch Zeit für die Weiterqualifizierung. Wenn eine verbesserte Aufbewahrung und Verpackung der Agrarprodukte die Strohsäcke überflüssig machen würde, könnten die Werktätigen der Landwirtschaft im Winter auf diese Arbeit verzichten.

Die Funktionäre der Landwirtschaft und der anderen volkswirtschaftlichen Bereiche müssen sich mit ihrer ganzen Kraft für die Lösung dieses Problems einsetzen, um Verluste an Agrarerzeugnissen zu vermeiden und die Bauern nicht nur von schwierigen und aufwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten, sondern auch vom Strohsackflechten vollständig zu entlasten.

Es müssen zahlreiche moderne Lagerhäuser entstehen, in denen Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse sachgemäß aufbewahrt werden können. Zugleich gilt es, Düngemittellager zu erbauen und in großer Menge Container herzustellen. Das ist eine Voraussetzung für den rechtzeitigen Transport und die richtige Lagerung der Agrarprodukte und Düngemittel und somit für einen erfolgreichen Ackerbau insgesamt.

Des Weiteren sind leistungsstarke Trocknungsanlagen zu errichten, damit die entsprechenden Erträge durch Trocknen vor dem Verderb bewahrt werden können. Wenn man Tabak z. B. nicht sofort sachgemäß trocknet, verdirbt er und zerbröckelt.

Die Dörfer müssen mehr mit verschiedenen Verpackungsmaterialien für landwirtschaftliche Erzeugnisse beliefert werden. Eine gute Verpackung erhöht den Wert des Agrarproduktes als Ware.

Wir haben sowohl auf diesem Gebiet eine grundlegende Verbesserung zu erzielen als auch für den rechtzeitigen Transport und eine sachgerechte Lagerung zu sorgen, damit uns bei den mühsam erbrachten landwirtschaftlichen Erträgen auch nicht die geringsten Verluste entstehen.

Des Weiteren muß man sich aktiv um die Auswahl der Gegenden bemühen, die eine zweimalige Feldbestellung jedes Jahr zulassen.

Damit das ganze Volk trotz der Begrenztheit unserer Anbauflächen in Wohlstand leben kann, müssen wir die vorhandenen Böden effektiv nutzen und die Agrarproduktion umfassend intensivieren. Das bedeutet z. B., daß möglichst überall in jährlicher Zweierfruchtfolge angebaut wird.

Im Vorjahr konnten hierbei bemerkenswerte Erfahrungen gesammelt werden. Ein GLB baute auf einem Gemüsefeld pro Hektar 10 t Mais als Vorfrucht und 100 t Gemüse als Hauptfrucht an. Das grenzt an ein Wunder. Solche herausragenden Ergebnisse müssen verallgemeinert werden. Wenn in den Gebieten südlich von Pyongyang und Hamhung entsprechend dieser Erfahrung mit Hilfe des Mehrfruchtanbaus auf den Gemüsefeldern 10 t Mais und 100 t Gemüse pro Hektar eingebracht würden, käme dies einer Gewinnung von 30 000 Hektar Neuland gleich. Man könnte 300 000 t Mais zusätzlich produzieren, ohne den

Gemüseanbau zu behindern. Das wäre ein großartiger Erfolg.

Wir haben schon vor langem nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Bezirk Süd-Hwanghae Getreidekulturen in einem einmaligen Fruchtwechsel jedes Jahr bestellen soll. Dort kommt man der Forderung der Partei nach einem zweimaligen Fruchtanbau zwar teilweise, aber immer noch zu wenig nach. Vorläufigen Berechnungen zufolge könnten weitere 50 000 Hektar Anbaufläche erschlossen werden, wenn man die Felder in den Gegenden von Ongjin, Jangyon, Ryongyon, Kangryong und Thaethan zweimal jährlich mit Getreidekulturen bebauen würde. Wenn das alles gut gelingt, könnte man als Vorfrucht zuerst 4 bis 7 t Weizen oder Gerste und als Folgefrucht mindestens 3 t Sojabohnen einbringen. Das würde einem Maisertrag von 10 t pro Hektar nicht nachstehen. Wenn durch den Mehrfruchtanbau die Sojabohnenernte erhöht würde, könnte man die Ernährungslage der Bevölkerung bedeutend verbessern.

Eine zweimalige Bebauung der Gemüsefelder und einiger Äcker des Bezirkes Süd-Hwanghae ist also schließlich der Gewinnung von 80 000 Hektar Neuland gleichzusetzen. Diese Methode ist relativ unaufwendig, wohingegen die Erschließung von 100 000 Hektar Marschland schwer ist. Alle Parteiorganisationen, staatlichen und landwirtschaftlichen Leitungsorgane müssen ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die Gebiete auszuwählen, wo eine jährliche Zweierfruchtfolge möglich ist.

Die Forschungsarbeit in der Landwirtschaftswissenschaft muß ebenfalls intensiviert werden.

Hierbei haben wir bereits auf ansehnliche Leistungen zu verweisen. Die Agrarwissenschaftler haben die Maissaat verbessert, das System der Gewinnung von Hybriden erster Generation durchgesetzt und in großen Mengen Saatgut von guten Reissorten gewonnen.

Ich möchte den Landwirtschaftswissenschaftlern bei dieser Gelegenheit für ihre Forschungsergebnisse meine Wertschätzung und meinen Dank aussprechen.

Um ausgehend von den bereits erzielten Erfolgen die Agrarproduktion auf eine höhere Stufe zu heben, müssen wir sie nach wissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten gestalten. Das verlangt von den Agrarwissenschaften noch die Lösung einer Reihe von

Problemen.

Vor allem kommt es auf die Verbesserung der Anbaumethoden an.

Die Gewinnung von gutem Saatmaterial ist dabei der erste Schritt. Daneben ist es aber auch von großer Bedeutung, wie man das Düngungssystem durchsetzt und die Kulturen anbaut.

Die Natur- und Klimabedingungen unseres Landes wechseln von Tal zu Tal, von der Vorder- zur Rückseite und vom Kamm zu den mittleren Lagen und dem Fuß eines Berges. Ebendeshalb müssen die Agrarwissenschaftler entsprechend dem Prinzip „Die richtige Kultur auf den richtigen Boden“ Methoden der Sortenwahl und des Anbaus erforschen und die Bauern umfassend damit vertraut machen.

Es gibt noch viel über den Ackerbau auf Hochgebirgsplateaus zu erforschen. Die Wissenschaftler sollten große Anstrengungen unternehmen, um die Kultivierungsmethoden in solchen Gegenden zu vervollkommen.

Ebenso sind Untersuchungen zum Verfahren der jährlichen Zweierfruchtfolge bei Getreidekulturen und zielgerichtete Forschungen zur Pflanzung von Industriepflanzen, wie Hanf und Heilkräuter, sowie zum Obstanbau sachkundig vorzunehmen. Das betrifft insbesondere den Sojabohnenanbau.

Unser Land war ursprünglich ein Zentrum der Sojabohnenerzeugung. Deshalb müßten wir darin auf alle Fälle hohe Fertigkeiten haben. Die Agrarwissenschaftler haben sich nach besten Kräften um die Verbesserung der Methoden der Sojabohnenproduktion zu bemühen.

Außerdem geht es darum, das Saatgut weiterhin zu verbessern.

Wir haben noch keine Maissorte entdeckt, die auch bei Dichtpflanzung windbeständig und ertragreich ist. Aufgabe der Wissenschaftler ist es, Zuchtmaterial für Mais zu gewinnen, der kleinwüchsig und halmfest ist, mehr Kolben ansetzt und sich in einer Dichte von mindestens 90 000 bis 100 000 Pflanzen pro Hektar anbauen läßt.

Ich rufe alle Wissenschaftler im Bereich der Landwirtschaft auf, sich voller Energie für die Lösung der wissenschaftlich-technischen Probleme einzusetzen, auf die die Partei hingewiesen hat.

Die kulturelle Revolution auf dem Lande ist dynamisch voranzubringen.

Sie zielt hauptsächlich darauf ab, daß sich alle Werktätigen der Landwirtschaft ein allseitiges Wissen und mindestens eine technische Fertigkeit aneignen. Die beschleunigte Kulturrevolution und rasche Hebung des allgemeinen kulturellen und technischen Niveaus der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande ermöglichen es, die Aufgaben der technischen Revolution in der Landwirtschaft zu meistern.

Wir müssen erreichen, daß alle in der Landwirtschaft Beschäftigten das Führen von Traktoren und Lastkraftwagen beherrschen, verschiedene Landmaschinen bedienen können und umfassende Kenntnisse über die Agrarwissenschaft und -technik haben.

Gestern hat eine Traktoristin des Komplexen Kreislandwirtschaftsbetriebes Ryongyon, Bezirk Süd-Hwanghae, in ihrem Diskussionsbeitrag davon gesprochen, daß neun Mitglieder ihrer Familie Traktoristen sind. Wie großartig und rühmenswert ist das! Vor Jahren erfuhr ich im Kreis Junghwa, Stadt Pyongyang, daß auch dort ein Ehepaar seiner avantgardistischen Rolle bei der Mechanisierung in der Landwirtschaft besonders gerecht wird, indem er Kraftfahrer und sie Traktoristin ist. Das fand ich ausgezeichnet. Der gestrige Diskussionsbeitrag, dem zufolge sich neun Traktoristen einer Familie der technischen Revolution auf dem Lande widmen, bereitete mir große Freude. Das ist wahrhaft großartig, und unser koreanisches Volk kann stolz darauf sein.

Solch ein hervorragendes Vorbild haben wir weithin bekanntzumachen, damit alle Werktätigen der Landwirtschaft tatkräftig zur technischen Revolution auf dem Lande beitragen. So wie eine ganze Familie zu Maschinisten werden konnte, können alle Genossenschaftsbauern einer Brigade und eines GLB Mechaniker werden. Alle Parteiorganisationen, Funktionäre und Leitungskader der Dörfer können dies ohne weiteres zustande bringen, wenn sie die Arbeit durchdacht organisieren.

Wenn wir alle Werktätigen auf dem Lande dazu veranlassen wollen, sich die Fähigkeit zum Führen von Traktoren und Lastkraftwagen und agrotechnische Kenntnisse anzueignen, müssen wir zunächst die Schulbildung verbessern.

Alle allgemeinbildenden Schulen haben konsequent den Kurs der

Partei durchzusetzen, der darauf abzielt, daß alle Schüler mindestens eine technische Fertigkeit besitzen, damit sie nach dem Oberschulabschluß ausnahmslos alle in der Lage sind, Traktoren und Lastkraftwagen zu fahren. Der Staat darf mit Traktoren und LKW nicht sparen und muß sämtlichen Oberschulen im ganzen Land welche zur Verfügung stellen, damit die Jugendlichen daran praktische Erfahrungen sammeln können.

Die Schulen müssen auch mehr Kenntnisse über Bodenkunde, Biologie und den Anbau von Agrarkulturen usw. vermitteln. Obwohl bei uns prinzipiell die allgemeinbildenden Schulen landesweit die gleichen Fächer und anhand der gleichen Lehrprogramme unterrichten, sollte eine Änderung in der Richtung überprüft werden, daß die Schulen auf dem Lande künftig den technischen Unterricht, der für die Agrarproduktion sowie für die Mechanisierung und Chemisierung in der Landwirtschaft von Bedeutung ist, noch mehr verstärken. Auf diesem Wege ist zu erreichen, daß die Oberschulabgänger in der Landwirtschaft ohne eine weitere Lehre die ihnen übertragene Arbeit ausgezeichnet verrichten können.

Zugleich gilt es, die Verbreitung technischer Kenntnisse auf dem Lande zu intensivieren.

Die GLB dürfen nicht nur darauf warten, daß der Staat für sie Traktoristen ausbildet, sondern sie müssen selbst viele heranziehen. Es ist eine Aktion ins Leben zu rufen, bei der jeder Traktorist der Brigade für Mechanisierung einige neue Fahrer ausbildet, damit alle Genossenschaftsmitglieder das Führen von Traktoren und LKW lernen.

Den Genossenschaftsbauern ist auch das für die Agrarproduktion unentbehrliche wissenschaftliche und technische Wissen beizubringen. Zu diesem Zweck muß man vor allem die landwirtschaftswissenschaftlichen und -technischen Propagandakabinette in den Dörfern in häufig besuchte Stützpunkte verwandeln, die den Bauern in komplexer Weise agrarwissenschaftliche und technische Kenntnisse, wie z. B. über Boden, Saatgut, Düngemittel und Herbizide etc., allgemein veranschaulichen und vermitteln.

Auf diesem Wege müssen wir ausnahmslos alle unsere Werktätigen der genossenschaftlichen und staatlichen Landwirtschaftsbetriebe in die

Lage versetzen, sich die zur Meisterung ihrer Arbeit notwendigen wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten anzueignen.

Die Verstärkung der Rolle der Landwirtschaftshochschulen ist für die Beschleunigung der Kulturrevolution auf dem Lande von besonderer Bedeutung.

Unsere Republik hat gegenwärtig in jedem Bezirk eine Landwirtschaftshochschule. Die Anleitung dieser Lehranstalten durch die Partei ist zu intensivieren, und sie sind besser einzurichten, damit sich die Qualität der Lehre entscheidend erhöht. Die Aufgabe dieser Hochschulen ist es, den Studenten die einheimische Ackerbaumethode unserer Partei näherzubringen und sie vorbildlich auszubilden, damit sie als Absolventen auf dem Lande mit revolutionärem Elan und wie Hausherrn arbeiten und zu Bahnbrechern werden, die die Werktätigen der Landwirtschaft bei der Verwirklichung der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution mitreißen.

Abschließend möchte ich auf einige aktuelle Aufgaben im Ackerbau eingehen.

Vor der Eröffnung dieses Kongresses haben die Teilnehmer in Pjongyong einen Kurs über die einheimische Ackerbaumethode besucht und intensiv die Agrarpolitik unserer Partei studiert. Während der Tagung haben sie die in der vorjährigen landwirtschaftlichen Saison erreichten hervorragenden Erfolge ausgewertet und über umfassende Maßnahmen beraten, um die wertvollen Erfahrungen zu verallgemeinern. Nach Ihrer Rückkehr müssen Sie, gestützt auf die hier erörterten Erkenntnisse und Aufgaben, gründliche Vorbereitungen für den diesjährigen Ackerbau treffen.

Vor allem sind konsequente Schritte zur Überwindung der arktischen Kaltlufteinwirkungen einzuleiten.

Den Meinungen der Wissenschaftler zufolge dauern die Kälteeinflüsse bis zum Jahr 2000, d. h. noch 23 Jahre an. Inwieweit sich ihre Vorhersage bestätigt, muß man erst abwarten. Daß die Welt wegen dieser anormalen klimatischen Bedingungen aber schon in ein Chaos geriet, ist bereits eine Tatsache.

Aus diesem Grunde lautet die dringendste Aufgabe für die Landwirtschaft, gemäß dem vom 13. Plenum des ZK der Partei in der

V. Wahlperiode aufgestellten Kurs weitere Maßnahmen zur Überwindung der arktischen Kaltluftauswirkungen einzuleiten. Die Agrarfunktionäre und alle Mitarbeiter der Landwirtschaft müssen diese ungünstigen Witterungsverhältnisse stets in ihrer Arbeit berücksichtigen und ihnen durch einen energischen Kampf entgegenwirken.

Aktuellen Angaben des Amtes für Meteorologische Dienste zufolge sollen der diesjährige April und Mai ziemlich kalt sein und der Frühling eine Woche später als sonst beginnen. Ich weiß nicht, ob seine Prognose zutreffen wird, aber es ist doch zu empfehlen, fest davon auszugehen und konsequente Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wenn man sich umsichtig auf alle möglichen Fälle vorbereitet, braucht man sich nicht vor Witterungsunbilden zu fürchten; falls sie dann ausbleiben, ist es um so besser.

Um die arktischen Kaltlufteinwirkungen in der Landwirtschaft zu überwinden, muß vor allem eine ausreichende Menge von gutem Humus vorbereitet werden.

Damit angelegte Frühbeete ermöglichen die Aufzucht kräftiger Setzlinge, die frühzeitig verpflanzt werden können. Alle GLB müssen einen aktiven Kampf für die Erzeugung großer Mengen qualitäts-gerechten Humus entfalten.

Die Jungpflanzen sind ausnahmslos in Frühbeeten anzuziehen, um die Auswirkungen der polaren Kaltluft zu überwinden. Dann kann man trotz der durch die Kälteeinflüsse verursachten harten Bedingungen einen sicheren Reisanbau betreiben. Das ist wissenschaftlich erwiesen.

Der Staat beabsichtigt in diesem Jahr, mehr Plastikfolie als ursprünglich vorgesehen zu liefern. Die Sicherstellung von Humus und Plastikfolie ist eine Voraussetzung für die Aufzucht und saisongemäße Verpflanzung kräftiger Setzlinge. Die Erfahrungen zeigen, daß man die Reispflänzchen am günstigsten zwischen dem 7. und 20. Mai ausbringt. Alle GLB müssen sofort lückenlose Maßnahmen treffen, um die Reissetzlinge hundertprozentig in Frühbeeten anzuziehen und rechtzeitig verpflanzen zu können.

Bei der gegenwärtigen Vorbereitung des Ackerbaus kommt es ferner auf die Instandsetzung der Landmaschinen an.

Vor Beginn der landwirtschaftlichen Saison müssen die Traktoren,

Reispflanzmaschinen und alle anderen Agrargeräte einwandfrei repariert und gewartet sowie sämtliche Ackerbaumaterialien bereitgestellt werden. Die erforderlichen landwirtschaftlichen Geräte, wie Hacken und Sicheln, sind in ausreichender Menge herzustellen.

Die Aufbewahrung des Saatgutes ist zu verbessern.

Seine sachgemäße Lagerung ist eine Voraussetzung für die rechtzeitige Aussaat. Im vergangenen Jahr haben manche GLB nicht darauf geachtet, was einen Mangel an Sämereien und somit eine gewisse Verspätung bei der Feldbestellung zur Folge hatte. Damit sich solche Erscheinungen in diesem Jahr nicht wiederholen, ist das Saatmaterial ordentlich zu lagern.

Eine der vorrangigen Aufgaben bei der Vorbereitung des Ackerbaus ist das sofortige Auffüllen der Stauseen.

Zur Zeit haben manche Staubecken wenig Wasser. Der Bezirk Süd-Phyongan hat bereits ein Umlaufsystem des Staubeckenwassers geschaffen und die Stauseen fast gefüllt, so daß sie bis zur landwirtschaftlichen Saison ihren normalen Pegelstand erreichen werden. Wenn der Bezirk Nord-Phyongan die im Bau befindliche Pumpstation Sinam kurzfristig fertigstellt, könnte er die Wasserversorgung sichern. Die Bezirke Süd- und Nord-Hwanghae jedoch sind nicht imstande, mit den aufgefangenen Wassermengen die Felder ausreichend zu bewässern. Aus diesem Grunde muß man in Süd-Hwanghae dafür sorgen, daß der Unpha-See sofort angestaut und der im Gang befindliche Kanalbau noch vor Beginn der landwirtschaftlichen Arbeiten beendet wird. Der Bezirk Nord-Hwanghae muß seine ganze Kraft darauf konzentrieren, das Bauvorhaben zum Hochpumpen des Wassers aus dem Ryesong-Fluß bald abzuschließen.

Mit einem Wort, fast alle Bezirke haben die Stauseen nicht vollständig mit Wasser gefüllt. Deshalb müssen wir den Kampf für das Auffangen von Wasser als eine Aktion der ganzen Partei, des ganzen Staates und des ganzen Volkes tatkräftig entfalten, so daß alle Staubecken schnell gefüllt werden.

Die Fläche der bewässerten Trockenfelder ist ständig zu erweitern, weil das eine rasche Erhöhung der Getreideproduktion ermöglicht.

Deshalb müssen wir uns entsprechend den Beschlüssen des 12. Plenums des ZK der Partei in der V. Wahlperiode dynamisch darum bemühen, 400 000 Hektar Trockenfelder zu bewässern.

Auf einem bewässerten Maisfeld lassen sich 10 t je Hektar ernten. Selbst wenn der Ertrag nur 8 t betrüge, wären es auf 400 000 Hektar bewässerten Maisfeldern 3,2 Mio. t; wenn man je Hektar 10 t rechnet, kann man 4 Mio. t erzielen. Bei der Maisproduktion könnte man den Hektarertrag auf alle Fälle erhöhen, wenn man die Hybriden erster Generation anbauen, sie reichlich bewässern, düngen und auch sorgfältig pflegen würde.

Damit wir in diesem Jahr die Landwirtschaft entsprechend unseren eigenen Ackerbaumethoden wissenschaftlich und technisch fundiert betreiben können, ist die Bodenanalyse überall kurzfristig abzuschließen.

Die Analysetafeln, die die GLB zur Zeit besitzen, sind alt und in einer Zeit angefertigt worden, in der die Untersuchungsverfahren noch dürftig waren, so daß sie wenig realistisch sind. Die Analyse ist richtig vorzunehmen und die Bodenzusammensetzung eines jeden Feldes ist genau festzustellen; ansonsten ist man außerstande, für alle Äcker eindeutig die Art und Menge des zuzuführenden Düngers zu bestimmen und einen wissenschaftlich begründeten Ackerbau zu betreiben. Auf der vor kurzem stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des Politkomitees des ZK der Partei, des Zentralen Volkskomitees und des Verwaltungsrates wurde beschlossen, daß jeder Bezirk die Studenten seiner Landwirtschaftshochschule im Winter für die Untersuchung der Böden und die Anfertigung von neuen Bodenanalysetafeln für alle Felder zu mobilisieren hat.

Dem Landwirtschaftskomitee, den Bezirksparteikomitees und Bezirkslandwirtschaftskomitees obliegt es, diese Aktion konsequent zu kontrollieren und sachkundig anzuleiten. Der Verwaltungsrat und das Ministerium für Chemieindustrie müssen dafür Sorge tragen, daß die für die Bodenanalyse benötigten Chemikalien beizeiten zur Verfügung stehen, damit die Arbeit in kurzer Zeit bewältigt werden kann.

Die GLB müssen auch Windschutzzäune anfertigen, um dadurch Schäden durch Wind zu verhüten.

Alle GLB sind verpflichtet, den Ackerbau lückenlos vorzubereiten, damit die Aussaat rechtzeitig erfolgt, kräftige Jungpflanzen angezogen und die Reis- sowie die in Nährtöpfen gezogenen Maissetzlinge saisongemäß verpflanzt werden. Auf diesem Wege müssen sie in diesem Jahr einen weiteren Aufschwung herbeiführen und den Kampf um die Erfüllung des Produktionszieles von 8,8 Mio. t Getreide zu einem siegreichen Ende führen.

Die Teilnehmer dieses Kongresses und alle Werktätigen der Landwirtschaft haben sich zuverlässig mit der Juche-Ideologie unserer Partei auszurüsten, im Sinne unserer Agrarpolitik wie Hausherrn zu arbeiten und sich kraftvoll für die noch attraktivere Gestaltung unseres sozialistischen Dorfes einzusetzen.

Ich rufe die Agrarfunktionäre und alle Werktätigen der Landwirtschaft dazu auf, das Produktionsziel von 10 Mio. t Getreide vorzeitig zu erreichen und im Interesse der konsequenten Verwirklichung der „Thesen zur sozialistischen Agrarfrage in unserem Lande“ unter dem roten Banner der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution – auf dem von der Partei gewiesenen Weg voranzuschreiten.

# **FÜR DIE WIRKSAME MOBILISIERUNG DER PARTEIMITGLIEDER UND ANDEREN WERKTÄTIGEN ZUM ENERGISCHEN KAMPF FÜR DIE VORFRISTIGE ERFÜLLUNG DES 2. SIEBENJAHRPLANS**

**Rede auf dem 16. Plenum des ZK der PdAK  
in der V. Wahlperiode  
28. Januar 1978**

Auf der heutigen Plenartagung des ZK der Partei haben wir einen Brief an alle Parteimitglieder verabschiedet. Dieser Brief des Zentralkomitees wird die Parteimitglieder und die anderen Werktätigen dazu veranlassen, einen energischen Kampf um die Erreichung der hohen Ziele des 2. Siebenjahrplans zu entfalten und erneut den revolutionären Geist des heldenhaften koreanischen Volkes beim sozialistischen Aufbau vor aller Welt zu demonstrieren.

In den zurückliegenden Jahren schickte unsere Partei ihren Mitgliedern jedesmal einen Brief, wenn sie auf harte Schwierigkeiten und Prüfungen stieß, und forderte sie und die anderen Werktätigen zu tatkräftigen Bemühungen für deren Meisterung auf. So überwand sie entschlossen die aufgetretenen Probleme.

Bekanntlich haben die US-Imperialisten im Vaterländischen Befreiungskrieg Ende 1952 große Kontingente ihrer Aggressionsstreitkräfte in unser Land geholt und die „Neue Offensive“ von Eisenhower gestartet, die das Ziel hatte, an der Ost- und Westmeerküste großangelegte Landemanöver durchzuführen, die Linie Hanchon–Pyongyang–Wonsan zu „besetzen“ und dadurch unsere Front vom Hinterland abzuschneiden und die Hauptkräfte der Volksarmee

„einzukreisen und zu vernichten“. Die Lage war wirklich sehr ernst, und die Schwierigkeiten und Prüfungen waren hart. Unsere Partei schickte im Januar 1953 an alle Parteimitglieder einen Brief, der sie zum entscheidenden Kampf für die Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten und den endgültigen Sieg im Krieg aufrief. Alle Parteimitglieder, die anderen Werktätigen und die Offiziere und Soldaten der Volksarmee nahmen diesen Brief von ganzem Herzen an und bekundeten beispiellosen Mut, patriotische Hingabe und Masseneroismus, um die „Neue Offensive“ des US-Imperialismus zu vereiteln und den großen Sieg im Vaterländischen Befreiungskrieg zu erringen.

Auch in der Zeit, in der sich bei uns die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse vollzog und die Chollima-Bewegung weiterentwickelte, rief unsere Partei in einem Brief ihre Mitglieder und anderen Werktätigen eindringlich dazu auf, einen großen Aufschwung beim sozialistischen Aufbau herbeizuführen. Unsere Partei vertraute dem Volk und das Volk unserer Partei, sie überwandern im festen Zusammenschluß mutig die sich auftürmenden Schwierigkeiten und Prüfungen, sie brachten Revolution und Aufbau erfolgreich voran.

So wie wir in den zurückliegenden Jahren an alle Parteimitglieder Briefe geschickt und einen neuen großen Aufschwung im revolutionären Kampf und beim Aufbau herbeigeführt haben, müssen wir auch diesmal auf diese Weise die Parteimitglieder und anderen Werktätigen nachhaltig zum Kampf für die Verwirklichung der hohen Ziele des 2. Siebenjahrplans, des grandiosen Programms des sozialistischen Aufbaus, aufrufen.

Daß wir uns heute mit einem solchen Brief an die Parteimitglieder wenden, bedeutet nicht, daß wir uns vor irgendwelche Schwierigkeiten und Prüfungen gestellt sehen. Unsere Wirtschaftslage ist gegenwärtig günstig.

In der extraktiven Industrie, Metallurgie, Baustoff- und chemischen Industrie sowie in den anderen Schlüsselindustrien wächst zur Zeit die Produktion weiter, und wir haben eine sichere Perspektive, die eine vorfristige Erfüllung des 2. Siebenjahrplans möglich macht.

Um die Landwirtschaft steht es ebenfalls sehr gut. Durch den

Einfluß der arktischen Kaltluft haben viele Länder Mißernten, wir erzielen jedoch jedes Jahr reiche Ernten. Auf dem jüngsten Landwirtschaftskongreß der Republik haben die Vorsitzenden der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) und die Agrarfunktionäre ihre großen Erfolge und wertvollen Erfahrungen beim vorjährigen Ackerbau ausgewertet und den festen Entschluß gefaßt, in diesem Jahr 8,8 Mio. t Getreide zu produzieren.

Der Lebensstandard unseres Volkes ist heute im Vergleich zu früher spürbar gestiegen. Wegen Mangels an Materialien waren wir in den letzten Jahren zwar nicht imstande, viele Wohnhäuser zu bauen, aber unser Volk braucht sich weder um eine Wohnung, noch um Ernährung und Bekleidung zu sorgen.

Wenn wir überhaupt Schwierigkeiten haben, so lediglich die, daß die Elektroenergiesituation wegen der Auswirkungen der arktischen Kaltluft in gewissem Maße angespannt ist. Obwohl wir in der Vergangenheit viele Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt einigen Millionen Kilowatt gebaut haben, mangelt es uns noch an Elektrizität, weil sie wegen der anhaltenden verheerenden Dürre in den letzten Jahren noch nicht voll ausgelastet werden konnten.

Im Sechsjahrplanzeitraum entstanden viele Betriebe, die aber zur Zeit wegen Strommangels nicht wie erforderlich mit Rohstoffen und anderen Materialien beliefert werden.

Wir haben in den hinter uns liegenden Jahren die modernen, großen Wärmekraftwerke Pyongyang, Pukchang, Chongchongang und Unggi errichtet. Deshalb können wir verschiedene Bereiche der Volkswirtschaft mit Strom versorgen, obwohl die Wasserkraftwerke nicht wie gewünscht arbeiten.

Die Probleme, mit denen wir heute auf dem Weg des Voranschreitens konfrontiert sind, haben jedenfalls vorübergehenden Charakter und sind durchaus nicht unüberwindbar.

Wenn alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen entschlossen herangehen, sind sie ohne weiteres in der Lage, die vor uns stehenden Schwierigkeiten zu bezwingen.

Der revolutionäre Elan unseres Volkes ist sehr hoch.

Alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen eilten am Morgen

des ersten Januars, nachdem sie die Neujahrsansprache gehört hatten, zu ihrem Betrieb und begannen den energischen Kampf für die Verwirklichung des 2. Siebenjahrplans. Das beweist, wie fest sie um den Führer und das ZK der Partei zusammengeschlossen sind.

Wie ich gestern auf dem Landwirtschaftskongreß der Republik gesagt habe, ist unser Volk wahrhaftig ein gutes Volk. Es hat die japanischen und US-amerikanischen Imperialisten besiegt, auf den Kriegstrümmern die zerstörte Volkswirtschaft wiederaufgebaut und unser Land kurzfristig in einen starken sozialistischen Industriestaat verwandelt.

Weil wir solch ein ausgezeichnetes Volk haben, sind wir in der Lage, jedwede Schwierigkeiten beim sozialistischen Wirtschaftsaufbau entschlossen zu überwinden und das hohe Ziel des neuen Perspektivplans vorfristig zu erreichen. Es hängt davon ab, wie die Funktionäre die Parteimitglieder und anderen Werktätigen zur Verwirklichung des 2. Siebenjahrplans organisieren und mobilisieren.

Die Parteiorganisationen aller Ebenen müssen alle Kader, Parteimitglieder und die anderen Werktätigen zum energischen Kampf für die vorfristige Erfüllung dieses Plans anspornen und damit beim sozialistischen Wirtschaftsaufbau noch einmal einen großen revolutionären Aufschwung herbeiführen.

Vor allem müssen die leitenden Wirtschaftsfunktionäre ihre organisatorische Arbeit verstärken.

Die Hauptreserve für die Produktionssteigerung liegt gegenwärtig in der richtigen Organisation der Wirtschaft. Nach der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode intensivierten die Wirtschaftsfunktionäre ihre Arbeit und trieben die Produktion dynamisch voran. Als Ergebnis wurde der Plan des ersten Monats dieses Jahres auf vielen Gebieten der Volkswirtschaft erfolgreich realisiert. Offen gesagt, die Betriebe haben bisher kaum den Produktionsplan für Januar erfüllt. Im Vorjahr hatte die Kohleindustrie Planrückstände, wodurch das Produktionswachstum vieler Volkswirtschaftszweige nicht wenig behindert wurde. Aber die Funktionäre in diesem Bereich intensivierten in diesem Jahr ihre Wirtschaftsarbeit. Infolgedessen wurde der Plan für die Kohleförderung

in der ersten Januarhälfte übererfüllt, und die Produktion steigt weiter. Zur Zeit erhöht sich auch die Erzeugung von chemischen Düngemitteln. Der Produktionsplan für Januar dieses Jahres, der wesentlich höher als der für den gleichen Zeitraum des Vorjahres ist, wird erfolgreich verwirklicht. Wir haben in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr den Düngemittelbetrieben weder Strom zusätzlich geliefert, noch besonders leistungsstarke Ausrüstungen zur Verfügung gestellt. Die Steigerung der Produktion in diesen Betrieben ist allein darauf zurückzuführen, daß die Funktionäre die Wirtschaft einwandfrei organisiert haben.

Auch im Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ ist die Produktion im Aufstieg. Auf der erweiterten Plenartagung des Politkomitees des ZK der Partei im November vorigen Jahres wurde die Maßnahme ergriffen, die Stadt Chongjin vom Bezirk Nord-Hamgyong zu trennen und in eine bezirksgleichgestellte Stadt umzuwandeln sowie die Anleitung ihres Hüttenwerkes zu verstärken. Seitdem steigt die Produktion in diesem Werk ständig, und es scheint imstande zu sein, seinen Januarplan überzuerfüllen. Die Zementfabrik Sunchon produziert täglich einige tausend Tonnen. Es ist durchaus möglich, den Jahresplan zu überbieten, wenn sie weiter mit solchem Tempo voranschreitet.

Durch die angespannte Situation im Transportwesen werden zur Zeit die produzierten Stähle, chemischen Düngemittel und Kohlen nicht beizeiten befördert. Also gilt es, noch einmal den „200-Tage-Kampf um die Revolution im Transportwesen“ zu entfalten, um die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft ausreichend mit Rohstoffen und anderem Material zu beliefern. Dadurch wird es möglich, die Produktion noch mehr als jetzt zu steigern. Wenn die Wirtschaftsfunktionäre durchdacht vorgehen und den revolutionären Elan der Werktätigen entfachen, können wir den 2. Siebenjahrplan durchaus vorfristig erfüllen. Manche von ihnen leisten jedoch keine gute organisatorische Arbeit.

Der Hauptfehler in der Wirtschaft liegt darin, daß es an einem guten Arbeitssystem und einer Arbeitsordnung mangelt. Die von mir einst geschaffene brachte der Verwaltungsrat durcheinander. Als Folge davon entstanden in der Wirtschaftsarbeit des öfteren Lücken und Disziplinlosigkeiten, und die Arbeit wurde verzettelt, so daß nicht eine

einzigste Sache richtig funktioniert.

Der wesentlichste Fehler der Wirtschaftsfunktionäre besteht darin, daß sie bürokratisch und subjektivistisch vorgehen, manipulieren und nicht vom Herrenstandpunkt aus arbeiten.

Bei der Planaufstellung z. B. sind sie äußerst bürokratisch und subjektivistisch. Die Mitarbeiter im Staatlichen Plankomitee haben den Produktionsplan für Januar dieses Jahres am grünen Tisch ausgearbeitet und den unteren Stellen aufoktroiert. Sie beriefen sich auf diesen und jenen Mangel und stellten die Anforderungen an die Zementfabrik Sunchon sehr niedrig. Deshalb beauftragte ich sie, diesen Plan etwas zu erhöhen. So haben sie ihn fast verdoppelt. Ebenso wurde der Januarplan für die Stahlproduktion im Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ auf subjektivistische Weise zu niedrig gehalten, weshalb ich seine Änderung empfahl.

Viele Wirtschaftsfunktionäre setzen den Kurs auf die Vereinheitlichung und Detaillierung des Plans nicht durch und arbeiten diesbezüglich aufs Geratewohl. Sie kennen die Arbeits- und Materialverbrauchsnormen kaum und peilen bei der Planausarbeitung über den Daumen.

Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie mit wenig Material und Arbeitskräften die Produktion zu steigern ist, sondern gehen bei ihrer Arbeit so vor, daß sie heute mal dies und morgen mal jenes erledigen.

Unter ihnen kommt es nicht selten vor, daß sie sich aufs Manipulieren einlassen. Manche sind nicht bestrebt, die anstehenden Probleme mit vereinten Kräften zu lösen, sondern schieben die Verantwortung nach oben oder unten ab und gehen nicht vom Herrenstandpunkt aus an die Arbeit heran.

Alle Wirtschaftsfunktionäre müssen Bürokratismus, Subjektivismus und Manipulantentum ein für allemal beseitigen und ihre Arbeit basierend auf einer herrengemäßen Einstellung lückenlos organisieren.

Das Taeaner Arbeitssystem ist konsequent durchzusetzen.

Auf der ersten Tagung des Verwaltungsrates, die unlängst stattfand, hob ich eindringlich hervor, daß alle Bereiche und Abschnitte das Arbeitssystem und die Disziplin von früher wiederherstellen und

weiterentwickeln müssen.

Hierbei ist es wichtig, das Taeaner Arbeitssystem durchgängig zu verwirklichen. Es ermöglicht den Wirtschaftsfunktionären, gestützt auf die Masse der Produzenten die Wirtschaft wissenschaftlich und rationell zu verwalten, ohne subjektivistische Entscheidungen zu fällen. Sie sollten sich deshalb tatkräftig dafür einsetzen und die Leitung der sozialistischen Wirtschaft entschieden verbessern.

Vor allem kommt es auf eine lückenlose Planung an.

Die sozialistische Wirtschaft ist eine Planwirtschaft, und ohne Planung kann sie keinen Schritt vorankommen. In der sozialistischen Gesellschaft sind alle Bereiche der Volkswirtschaft eng miteinander verbunden. Deshalb wird die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft in starkem Maße beeinflusst, wenn irgendein Bereich Planrückstände aufweist oder auch nur ein im Plan vorgesehenes Erzeugnis nicht produziert wird. Zur schnellen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft ist es deshalb wichtig, einen wissenschaftlich fundierten und mobilisierenden Plan aufzustellen, den man unbedingt erfüllen muß.

Das setzt die konsequente Beseitigung des Subjektivismus bei der Planausarbeitung und die richtige Berücksichtigung der objektiven Bedingungen voraus. Das heißt mit anderen Worten, die Kapazität der Ausrüstungen, die Rohstoff- und Materiallieferung, das Niveau der technischen Qualifikation der Werktätigen, ihr Bewußtseinsstand und ihre materielle Versorgung müssen richtig berechnet werden.

Um einen wissenschaftlichen und mobilisierenden Plan auf der Grundlage exakter Berechnungen der Produktionsfaktoren – Material und Menschen – aufstellen zu können, müssen die Wirtschaftsfunktionäre die massenverbundene Linie strikt befolgen.

Das bedeutet, daß sie unter die Massen gehen, die Massen mobilisieren und durch die Beratung mit ihnen den Plan aufstellen.

Die direkten Produzenten wissen über die Produktion besser Bescheid. Sie kennen besser als andere die Ausrüstungen, die Rohstoff- und Materiallieferung und das technische Niveau der Arbeiter. Erst wenn die Wirtschaftsfunktionäre unter die Massen gehen und mit ihnen die Planvorhaben besprechen, können sie einen der Realität entsprechenden wissenschaftlich fundierten und mobilisierenden Plan

aufstellen und die inneren Reserven maximal erschließen.

Nach dem Plenum des ZK der Partei im Dezember 1956 war ich im Stahlwerk Kangson. Ich fragte die verantwortlichen Betriebsfunktionäre und Techniker danach, ob die Produktion von 90 000 t Walzgut mit ihrer Blockwalzstraße, die eine Nennleistung von 60 000 t hat, möglich sei. Sie meinten, das sei schwierig. Deshalb ließ ich die Arbeiter in einem Raum zusammenkommen, der als Lager gedacht war, und hielt vor ihnen folgende Rede: Die Situation im Lande ist zur Zeit sehr schwierig, die US-Imperialisten und die Syngman-Rhee-Marionettenclique erheben ein wütendes Geschrei nach einem „Feldzug gegen den Norden“. Großmachtchauvinisten üben auf uns Druck aus, und unter ihrer Schirmherrschaft treten Sektierer gegen die Partei auf. Wem sollen wir also vertrauen? Niemand außer Ihnen. Dürfen Sie also mutlos sein? Je schwieriger die Situation wird, desto mutiger müssen wir arbeiten. Nach diesen offenen Worten ließen mich die Arbeiter hochleben, und jeder brachte seine Entschlossenheit zum Ausdruck, nicht nur 60 000 t, sondern 90 000 t Stahlwalzgut zu produzieren. Sie sagten, daß sie Sektierer in den Elektroöfen werfen würden, und forderten, daß man solche Leute zu ihnen schicken sollte. Die Arbeiter im Stahlwerk Kangson erzeugten im Jahr 1957 mit der 60 000-t-Blockwalzstraße 120 000 t Stahlwalzgut, was ihre Verpflichtung bei weitem übertraf. Das war eine an ein Wunder grenzende Leistung. Danach stieg die Produktionsleistung der Maschine auf 450 000 t, und heute beträgt sie 900 000 t. Diese Blockwalzstraße im Vereinigten Stahlwerk Kangson ist eine Anlage von historischer Bedeutung.

Nach dem Dezemberplenum des ZK 1956 begaben sich auch andere Mitglieder des Präsidiums in die wichtigen Betriebe. Die leitenden Funktionäre gingen mitten unter die Massen und rüttelten sie auf, so daß überall Wunder und Neuerungen vollbracht wurden. Im Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ hieß es damals, es könnten nur 190 000 t Roheisen produziert werden. Die dortigen Arbeiter haben sich jedoch erhoben und produzierten stattdessen 270 000 t.

Wenn die Wirtschaftsfunktionäre unter die Massen der Produzenten gehen und sie mobilisieren, sind ohne weiteres große Reserven zu erschließen. Also müssen sie die Massenlinie konsequent durchsetzen

und einen realen und anspornenden Plan aufstellen.

Außerdem ist die Materialzulieferung abzusichern.

Die Voranstellung der extraktiven Industrie und die termingemäße Bereitstellung von Rohstoffen und anderen Materialien sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Übererfüllung des 2. Siebenjahrplans. Den Wirtschaftsfunktionären obliegt es, entsprechend der Forderung des Taaener Arbeitssystems mit aller Konsequenz ein System zu schaffen, wonach die übergeordneten Stellen sich um die rechtzeitige Materiallieferung zu kümmern haben.

Alle Wirtschaftsfunktionäre müssen ihre Arbeit beherrschen.

Anderenfalls sind sie außerstande, Bürokratismus und Subjektivismus zu beseitigen und die Arbeit in den Griff zu bekommen. Ein guter Reiter lenkt sein Pferd, indem er die Zügel fest in beiden Händen hält. Tut er das nicht, galoppiert das Tier aufs Geratewohl los.

Die GLB-Vorsitzenden kennen sich in ihrer Arbeit aus und betreiben mit wissenschaftlich-technischen Methoden den Ackerbau. Sie sind sowohl in der Ausarbeitung detaillierter Pläne als auch im Düngungssystem bewandert und leiten ihre Betriebe bemerkenswert gut. Auf dem jüngsten Landwirtschaftskongreß hörte ich ihre Diskussionsbeiträge mit an und stellte fest, daß sie alle qualifiziert sind und niveauvoll diskutieren.

Wenn die Leiter der Betriebe ihre Arbeit so wie die GLB-Vorsitzenden meisterten, würden sie allen Problemen beikommen. Allen Wirtschaftsfunktionären obliegt es, ihre Arbeit zu beherrschen, durchdacht vorzugehen und ihre Aufgaben mit der Methode „Eins nach dem anderen“ zu bewältigen.

Ferner müssen die verantwortlichen Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees die Industriebetriebe intensiv anleiten.

Unsere Partei ist eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die für die Verwirklichung ihrer historischen Aufgaben kämpft. Deshalb müssen die Parteifunktionäre pflichtgemäß ihre größte Aufmerksamkeit der Anleitung der Betriebe schenken und unter den Arbeitern intensiv politisch wirken sowie ihren revolutionären Enthusiasmus und ihre schöpferische Weisheit in starkem Maße zur Geltung bringen.

Manche verantwortlichen Funktionäre des Kreispartei Komitees

suchen gegenwärtig jedoch häufig Maisfelder, aber nur ungern Betriebe auf. Falls sie dorthin kommen, machen sie lediglich einen Rundgang durch das Betriebsgelände.

Auch die aus der Arbeiterklasse stammenden verantwortlichen Funktionäre der Kreispartei Komitees suchen die Betriebe selten auf. Der Verantwortliche Sekretär eines Kreispartei Komitees, der ehemals Arbeiter und sogar Sekretär eines Bezirkspartei Komitees für Industrie war, läßt sich nicht in den Betrieben seines Kreises sehen. Als er noch im Bezirkspartei Komitee als Sekretär für Industrie tätig war, kam er zu Anleitungszwecken noch in die Werke des Bezirkes. Nachdem er Verantwortlicher Sekretär des Kreispartei Komitees geworden ist, läuft er nur noch in die GLB.

Die Tatsache, daß die verantwortlichen Funktionäre des Kreispartei Komitees die Industriebetriebe zur Zeit nicht anleiten, liegt anscheinend daran, daß die Betriebe vergrößert wurden und die Direktoren und Chefingenieure Hochschulabsolventen sind.

Das gleiche trifft auf die verantwortlichen Funktionäre der Bezirkspartei Komitees zu.

Ein gewisser Verantwortlicher Bezirkspartei sekretär begibt sich nicht in die Industriebetriebe, sondern nur in die Landwirtschaft. Jedesmal, wenn ich ihn anrief, war er nicht in einem Betrieb, sondern in den ländlichen Kreisen.

Die verantwortlichen Funktionäre der Bezirkspartei Komitees inspizieren die Hochschulen offensichtlich deshalb nicht, weil sich dort Professoren und Doktoren befinden.

Daß die verantwortlichen Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees zur Zeit die Anleitung der Betriebe und Hochschulen vernachlässigen, ist der größte Fehler.

Es gibt keinen Grund, warum sie diese Aufgabe nicht erfüllen können. Da sie mehr als andere durch die Partei erzogen sind, haben sie sich mit dem einheitlichen ideologischen System der Partei ausgerüstet und wissen über die Politik der Partei Bescheid. Obwohl die Direktoren und Chefingenieure der Betriebe Hochschulabschluß haben und die Hochschullehrer Professoren oder Doktoren sind, haben sie kein hohes politisches Niveau und kennen die Parteipolitik nicht besser als die

verantwortlichen Sekretäre der Bezirks-, Stadt- und Kreisparteikomitees.

Zwar können sie sich in den Betrieben nicht konkret nach einem technischen Prozeß erkundigen, weil ihnen die Direktoren und Chefindenieure in technischen Dingen überlegen sind, aber sie können ohne weiteres die Betriebe anleiten und kontrollieren, indem sie die Parteipolitik als Maßstab nehmen.

Sie sind verpflichtet, sich mutig in die Betriebe zu begeben, um die Durchsetzung der Parteipolitik zu kontrollieren und Fehler rechtzeitig zu berichtigen. Sie müssen sich entschieden von der Übernahme der administrativen Aufgaben und derartigen Arbeitsweisen trennen, des öfteren mit den Arbeitern in den Betrieben zusammenkommen und sich mit ihnen unterhalten sowie an Parteizellenversammlungen und an Sitzungen des Betriebsparteikomitees teilnehmen, um Probleme herauszufinden und rechtzeitig zu klären sowie die Massen der Produzenten zur Verwirklichung der Parteipolitik energisch zu mobilisieren.

Es ist notwendig, künftig Lehrgänge für die verantwortlichen Sekretäre der Kreisparteikomitees zu organisieren, damit sie die Betriebe richtig anleiten können.

Ferner müssen die Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees als treue Diener des Volkes fleißig arbeiten.

Vor einigen Tagen besuchten sie einen Lehrgang. Anscheinend haben sie noch kein richtiges Bild von ihrer Arbeit. Weil das Wirtschaftskomitee beim Bezirksvolkskomitee aufgelöst und die Abteilung für Wirtschaft in den Bezirks-, Stadt- und Kreisparteikomitees wieder geschaffen wurde, sagen manche von ihnen, sie hätten nichts weiter zu tun, als sich um das Komitee zur Anleitung des sozialistischen Rechtsverhaltens zu kümmern. Das ist ein großer Irrtum. Wer Aufgaben sucht, wird viele finden. Auf Arbeit muß man zugehen, denn sie kommt nicht von allein. Ihre Behauptung, daß es für sie nichts zu tun gäbe, resultiert daraus, daß sie die Politik der Partei nicht eingehend studieren. Wenn sie sich damit befaßten, würden sie wissen, was für Arbeit sie zu leisten haben.

Ich habe ihnen gegenüber bereits mehrmals betont, daß dem Leben des Volkes große Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Dennoch

befassen sie sich kaum damit, das Maisverarbeitungswerk und die Fabrik für Speiseöl aufzubauen und die Bevölkerung ständig damit zu versorgen.

Die Vorsitzenden der Volkskomitees der Bezirke, Städte und Kreise vernachlässigen ebenso ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß große Mengen Hühner gehalten und auf die Bauernmärkte gebracht werden. Schon allein das Halten von Hühnern in den Reisschälfabriken der Kreise und ihr Verkauf würde es ohne weiteres ermöglichen, die hohen Preise für diese Tiere auf den Bauernmärkten zu verhindern.

Die von mir auf der Tagung der Aktivisten im Fischereiwesen des Westmeergebietes erteilte Aufgabe, daß die Betriebe nebenberufliche Fischereibrigaden organisieren und die Arbeiter ständig mit Fisch versorgen sollen, realisieren sie ebenfalls nicht. Das ist ganz falsch.

Wie ich immer wieder gesagt habe, sind die Vorsitzenden der Volkskomitees der Bezirke, Städte und Kreise die Verantwortlichen der örtlichen Machtorgane und Hausherrn, die die Verantwortung für das Leben der Bürger in ihren Gebieten tragen. Deshalb müssen sie vom Standpunkt eines Hausherrn aus ihre Arbeit verantwortungsbewußt leisten.

Vor allem müssen sie die Volksversammlung einberufen, über aufgeworfene Fragen beraten und sie gesetzlich regeln. Hierbei können keine Verantwortlichen Sekretäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees an ihre Stelle treten. Die Parteisekretäre sowie die Vorsitzenden der Volkskomitees der Bezirke, Städte und Kreise haben jeweils ihre eigenen Aufgaben. Das heißt jedoch nicht, daß die Vorsitzenden außerhalb der Anleitung und Kontrolle von Seiten der Parteiorganisationen stehen dürfen. Sie müssen ganz und gar als Parteimitglied unter deren Anleitung und Kontrolle leben und gestützt auf sie ihre Arbeit konsequent durchführen.

Den Vorsitzenden obliegt es, ständig zu überwachen und zu kontrollieren, ob die Funktionäre der örtlichen Staats- und Wirtschaftsorgane die Befehle des Präsidenten, die Gesetze der Obersten Volksversammlung, die Beschlüsse und Direktiven des Zentralen Volkskomitees sowie die Beschlüsse der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees richtig verwirklichen. Niemand kann ihnen die genannten Pflichten abnehmen. Sie sollen unter der Kontrolle der

Parteiorganisationen stehen, aber sie sind verpflichtet, die Parteifunktionäre gesetzlich streng zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie z. B. in eigenmächtiger Weise Arbeitskräfte einsetzen, um sich in einer Obstplantage ihr Haus bauen zu lassen.

Die Vorsitzenden der Volkskomitees sollten in ihren Wirkungsbereichen die Arbeit der Vorsitzenden der Verwaltungskomitees aktiv unterstützen.

Man kann sagen, daß diese Verwaltungskomitees den Abteilungen für Wirtschaft beim Volkskomitee der Bezirke, Städte und Kreise entsprechen. Demnach haben ihre Vorsitzenden die Arbeit der Verwaltungskomitees aktiv zu unterstützen, damit sich das Lebensniveau des Volkes ständig verbessert.

Wenn sie deren Arbeiten unterstützen und dem Bezirkslandwirtschaftskomitee und dem Kreiskomitee zur Leitung der GLB aktiv helfen, können die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei-Komitees Zeit dafür gewinnen, ihre Arbeit noch besser zu leisten und sich intensiv mit den Arbeitern in den Betrieben zu beschäftigen, um die Industrie noch schneller zu entwickeln. Das ist jedoch nicht der Fall, sie behindern im Gegenteil noch ihren Fortschritt. Sie dürfen nicht nur ihren Posten hüten, sondern müssen zu treuen Dienern des Volkes werden, die sich verantwortungsbewußt um sein Leben kümmern.

Da im Zentralen Volkskomitee die Abteilung für örtliche Volkskomitees geschaffen wurde, obliegt es ihm, die Arbeit mit den Vorsitzenden der Volkskomitees der Bezirke, Städte und Kreise zu verstärken, damit die örtlichen Machtorgane ihrer Rolle gerecht werden.

Zunächst kommt es darauf an, die Tagungen der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees einzuberufen und die Maßnahmen zur konsequenten Durchführung der von mir auf der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode dargelegten Aufgaben zu erörtern.

Alle Parteiorganisationen müssen den Brief des ZK der Partei an ihre Mitglieder gründlich besprechen, damit alle Parteimitglieder und die anderen Werktätigen zur vorfristigen Verwirklichung des 2. Siebenjahrplans voranschreiten.

# **DURCH DIE LÖSUNG DES EIWEISSFUTTERPROBLEMS DIE GEFLÜGELZUCHT WEITERENTWICKELN**

**Rede auf der Beratung mit Funktionären der  
Geflügel- und Viehwirtschaft**

*7. Februar 1978*

Die Bewältigung des Eiweißfutterproblems ist gegenwärtig von sehr großer Bedeutung für die Entwicklung der Geflügel- und Viehzucht. Solange diese Frage nicht gelöst worden ist, kann weder die Futtermittelnorm gesenkt noch die Produktion von Fleisch und Eiern gesteigert werden.

In jener Zeit, als die Kwangpho-Entenfarm unter Mangel an Futtermitteln litt, hatte ich dafür gesorgt, daß ihr 800 t Mais geliefert wurden. Nach einiger Zeit erkundigte ich mich, ob die Produktion von Entenfleisch und Eiern durch die Maisverfütterung erhöht und die Letalität verringert worden sei. Es gab jedoch gegenüber früher keine große Veränderung. Deshalb begab ich mich in dem darauffolgenden Jahr in diese Farm und stellte fest, daß diese Mißstände immer noch nicht behoben worden waren, weil die dortigen Mitarbeiter den Enten kein Eiweißfutter, sondern nur viel Getreidefutter verabreichten.

Manch einer im Bereich Geflügelhaltung behauptete früher, es sei nichts dagegen einzuwenden, die Hühner in den Farmen nicht mit Eiweißstoffen oder Spurenelementen, sondern lediglich mit Mais zu füttern. Da die paar Hühner, die jeder Bauernhaushalt hält, im Freien hin und her laufen und Maden, Fliegen, Würmer, Grashüpfer und anderes Ungeziefer aufpicken, ist es überflüssig, ihnen gesondert

Kraftfutter zu geben. Für die in den Farmen gehaltenen Hühner jedoch ist die Bereitstellung von Eiweißfutter unerlässlich, weil sie keinen Auslauf haben und daher nicht in der Lage sind, Insekten und anderes Getier zu fressen.

Obwohl allorts Hühner- und Entenfarmen entstanden sind, ist eine Steigerung der Produktion von Eiern und Fleisch kaum möglich, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß den Hühnern und Enten nicht genügend Eiweißfutter verabreicht werden kann.

Legehennen und Masthühner brauchen Futter mit einem Eiweißanteil von mindestens 16 %. Besonders bei den Hennen können die Legeleistungen bei mangelhafter Kraftfuttergabe nicht erhöht werden, da Eier selbst hauptsächlich aus Eiweiß bestehen. Für die Produktion von 1 kg Hühnerfleisch wurden früher 2,4 kg Futtereinheiten aufgewandt. Heute dagegen sind es 3,6 kg Futtereinheiten, d. h. eine Steigerung gegenüber früher um 1,2 kg. Das ist deshalb so, weil das für die Masthühner bestimmte Futter einen Eiweißgehalt von höchstens 7 bis 8 % aufweist.

Bei uns gibt es allorts modern eingerichtete große Hühner- und Entenfarmen. Deshalb entbehrt es jeder Grundlage, daß die Fleisch- und Eierproduktion wegen des Eiweißfutterproblems nicht normalisiert werden kann. Wir müssen in irgendeiner Weise dieses Problem bewältigen und somit die Produktion von Fleisch und Eiern steigern, um die Bevölkerung regelmäßig damit zu versorgen.

Die Lösung der Eiweißfutterfrage erfordert in erster Linie, die Aufzucht von Regenwürmern in großem Umfang zu entfalten.

Es heißt, daß in einigen Ländern wie Würmernaufzucht in solch starkem Maße betrieben wird, daß sie als Kraftfutter verwendet und sogar exportiert werden. Würmer sind ein hochwertiges Eiweißfutter; sie lassen sich sehr schnell vermehren und leicht züchten.

Um dieses Kraftfutter in breitem Maße aufzubringen, muß jeder Bezirk eine Versuchsanstalt für Würmernaufzucht einrichten. Da auch diese Zucht auf wissenschaftlicher Grundlage zu erfolgen hat, ist jeder Bezirk aufgerufen, eine solche Versuchsanlage zu schaffen und nach der exakten Festlegung der entsprechenden technischen Kennziffern diese in breitem Umfang zu verallgemeinern. Ihre Weiterleitung an die

Basis und das Abhalten von entsprechenden Beratungen allein reichen jedoch nicht aus, um die Würmeraufzucht weiter zu fördern.

Angebracht wäre es, diese Versuchsanstalten dort zu errichten, wo sich die großen Hühnerfarmen befinden. Das beträfe die Sopho-Hühnerfarm in der Stadt Pyongyang, die Hühnerfarmen Kangso oder Ryonggang im Bezirk Süd-Phyongan, Kusong im Bezirk Nord-Phyongan, Haeju im Bezirk Süd-Hwanghae und Sariwon im Bezirk Nord-Hwanghae.

In diese Versuchsanstalten sind Wissenschaftler sowie jeweils rund 10 bis 20 Absolventen aus den Ober- und Fachschulen zu schicken, die zu Fachkräften für die Würmeraufzucht auszubilden sind. Insbesondere sollten der zu errichtenden Pyongyanger Versuchsanstalt befähigte Wissenschaftler zur Verfügung gestellt werden. Außerdem hat dieser Betrieb etwa 20 bis 30 Aspiranten aufzunehmen, die später an andere Einrichtungen delegiert werden können.

Die Aufgabe dieser Versuchsanstalten besteht darin, die technischen Kennziffern für die Würmeraufzucht richtig festzulegen, im Anschluß daran öffentliche Präsentation der Mustereinheit zu organisieren und auch Bücher, wie z. B. Erfahrungssammlungen, zu verfassen. Daneben haben sie Techniker in andere Gebiete zu senden, um auch dort die Würmerzucht durchzusetzen.

Würmer lassen sich sowohl unter freiem Himmel als auch in geschlossenen Räumen vermehren. Man braucht lediglich die Ernährungs- und Existenzbedingungen sowie eine geeignete Temperatur zu sichern.

Zu publizieren sind auch die Materialien über die Würmeraufzucht, die in den „Informationen zur neuen Technik“ veröffentlicht worden sind.

Auch die anderen Hühnerfarmen haben Maßnahmen einzuleiten, um die Produktion dieses Futtermittels zu erhöhen.

Die Würmerzuchtmethode, die man im Landwirtschaftsbetrieb Nr. 7 praktiziert hat, ist lediglich in den Reismühlen oder auf Druschplätzen vertretbar. Bei großen Hühnerfarmen bringen sie jedoch keinen Nutzen. Diese sollten Würmerzuchtbetriebe erbauen.

Die großangelegte Zucht von Regenwürmern in den genannten

Betrieben setzt voraus, eine Vielzahl von Kästen herzustellen. Wenn man – wie das gegenwärtig der Fall ist – 200 g Würmer in einem 0,2 m<sup>2</sup> großen Kasten vermehrt, so ist das ein recht beachtliches Ergebnis. Da man zur weiteren Aktivierung der Würmeraufzucht möglichst viele Kästen braucht, sollten nicht 0,5, sondern 5 oder sogar 50 Mio. Stück davon hergestellt werden.

Manche Funktionäre behaupten gegenwärtig, daß es gut sei, wenn ein Huhn täglich 10 Würmer bekommt. Die Würmerzucht hat jedoch nichts damit zu tun, ob ein Huhn täglich soundsoviele lebende Würmer fressen muß oder ob man sie dem Mischfutter beizufügen hat. Hühner brauchen Futter mit 16 %igem Eiweißgehalt, egal, ob die Würmer als Roh- oder Mischfutter verabreicht werden sollen. Wenn sie als Rohfutter verwendet werden, können sie nicht gleichmäßig an die Hühner verteilt werden.

Meiner Meinung nach sollten die Würmer gestampft, den anderen Futtermitteln beigefügt und so den Hühnern verabreicht werden. Dann wäre es unnötig, Mehl aus getrockneten Würmern herzustellen.

An den Fischweihern müssen ebenfalls Würmerzuchtanstalten errichtet werden. Auch für Fische stellen Regenwürmer ein gutes Futter dar.

Ebenso vonnöten ist die Aufzucht von Meerwürmern, die von Aalen, Meeräschen, Seebarsch, Kugelfisch und dergleichen gern gefressen und daher beim Angeln als Köder genommen werden.

Maden sollten ebenfalls in großen Mengen vermehrt und als Hühnerfutter verwendet werden. Das fördert den Fleischansatz und erhöht die Legeleistung.

Verstärkt anzubauen ist auch das Futtergras Aeguk.

Diese Pflanze verfügt über einen hohen Eiweißgehalt. Sie kann im Jahr mehrmals abgemäht werden und liefert daher einen hohen Hektarertrag. In einem Land werden, wie ich hörte, pro Hektar bis zu 300 t geerntet. Der Nachteil dieser Pflanze ist der, daß sie erst im Spätfrühling aufgeht. Dafür wächst sie aber noch bis in den Spätherbst hinein.

Unsere Funktionäre richten gegenwärtig kein großes Augenmerk auf den Anbau dieses Futtergrases und reden immer nur davon, daß der Maisanbau vorteilhafter und der Ertrag der Futterpflanze Aeguk zu

niedrig sei. Nur wenige bauen sie an und vernachlässigen sogar die Pflege der ausgesäten Pflanzen. Das ist grundfalsch.

Das Landwirtschaftskomitee ist verpflichtet, die Anbauflächen dieses Futtergrases zu erweitern und den Hektarertrag entschieden zu erhöhen.

Da diese Pflanze einen hohen Nährstoffbedarf hat, kann man ohne weiteres 180 bis 200 t je Hektar erzeugen, wenn man sie dicht aussät und reichlich Dünger zuführt. Sie wächst schnell, wenn man jedesmal im Anschluß an eine Ernte pro Hektar rund 200 kg Düngemittel ausbringt.

Das Landwirtschaftskomitee sollte entweder darauf hinwirken, daß die Hühner- und Entenfarmen Ländereien für den Anbau des Futtergrases Aeguk zur Verfügung gestellt bekommen, oder dafür sorgen, daß die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) diese Futterpflanze kultivieren und an die genannten Farmen verkaufen. Eine Möglichkeit wäre, daß man in der Nähe der Hühner- und Entenfarmen gesonderte Brigaden gründet, die sich auf den Anbau dieses Futters spezialisieren und es den Farmen auf der Grundlage eines entsprechenden Vertrages liefern.

Der Tudan-Entenfarm sollten einige Felder zur Verfügung gestellt werden, um die Anbauflächen für Aeguk erweitern zu können.

Über den Anbau dieser Pflanze muß eine verstärkte Forschungsarbeit betrieben werden.

Unsere Funktionäre richten ihr Augenmerk nicht auf die Kultivierung dieses Futtergrases. Das ist der Grund, weshalb es keine exakte Festlegung von technischen Kennziffern gibt. In manchen Hühner- und Entenfarmen ist zwar die versuchsweise Züchtung dieser Pflanze mit dem Ziel der Ertragssteigerung im Gange, aber das beansprucht noch viel Zeit. Will man den Hektarertrag von Aeguk erhöhen, so ist die Pflanzenzahl je Phyong zu vergrößern und ein entsprechendes Düngungssystem zu schaffen.

Ebenso ist es notwendig, die Pflanze Aeguk optimal zu verarbeiten.

Wenn man das Futtergras zermahlt und Bittersalz zusetzt, so gerinnt es zu einer Masse wie Tofu. Fügt man diese dem Mischfutter oder Maismehl bei, kann ein hochwertiges Kraftfutter entstehen. Diese

Masse wird dann mit Mischfutter vermengt und granuliert. In dieser Form wird es von Hühnern oder Enten sehr gern gefressen werden.

In der Vergangenheit verfütterten manche Hühner- und Entenfarmen manuell hergestelltes Aeguk-Gallert, was zur Steigerung der Produktion von Fleisch und Eiern beitrug.

Ich beauftragte das Landwirtschaftskomitee, ein Futtermittelwerk für die Verarbeitung von Aeguk zu erbauen, und versprach, ihm die Materialien, Maschinen und Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen. Es hat diese Aufgabe aber immer noch nicht erfüllt. Unsere Funktionäre sprechen heutzutage nur ständig davon, daß die Pflanze Aeguk großen Nutzen bringt, aber die Versuchsproduktion von Kraftfutter wird von ihnen nicht beharrlich in Angriff genommen. Gelingt es nicht, Kraftfutter durch Verarbeitung dieses Futtergrases herzustellen, wird es uns schwerfallen, das Eiweißfutterproblem zu bewältigen.

Früher lösten einige Länder dieses Problem mit Hilfe von großen Mengen Fischmehl, aber auch sie erzeugen heute Kraftfutter unter Anwendung von Würmern und Ausscheidungsprodukten, weil sie den Fischfang nicht weiter erhöhen können. In keinem Land findet man gegenwärtig Presseartikel über die Herstellung von Kraftfutter aus Fischmehl. Die Tendenz geht heute weltweit dahin, das Kraftfutter nicht aus Fischmehl, sondern auf der Basis von Würmern oder Gras zu gewinnen. Um das Eiweißfutterproblem zu lösen, müssen wir die Pflanze Aeguk in großem Umfang anbauen und sie effektiv verarbeiten. Da wir zur Zeit nicht genug Sojabohnen und Fischmehl produzieren, müssen wir verstärkt das Futtergras Aeguk anbauen und es zu Kraftfutter verarbeiten. Das ist der beste Weg für die Lösung des Eiweißfutterproblems.

Hierfür ist es erforderlich, daß die Hühner- und Entenfarmen jeweils eine Futtermittelfabrik für die Verarbeitung von Aeguk errichten, für die die benötigten Maschinen und Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen sind.

Gelingt uns dieses Vorhaben, können wir das Hühner- und Entenfutter aus Aeguk herstellen. Die Verarbeitung darf nicht mehr wie bisher manuell erfolgen. Die gegenwärtige Epoche ist ein Zeitalter der Wissenschaft, deshalb müssen wir diese Prozesse mechanisieren.

Preßrückstände von Aeguk sollte getrocknet und dem Mischfutter

beigemengt an die Tiere verfüttert werden. Dieses Futter ist nützlicher als Mehl aus anderen Pflanzen, weil es Eiweiß enthält.

Die Anbauflächen für die Pflanze Kukhwa sind zu erweitern.

Dieses Futtergras, das einen höheren Eiweißgehalt als Aeguk aufweist und zu den mehrjährigen Pflanzen gehört, bietet uns große Möglichkeiten, noch mehr Kraftfutter zu produzieren.

Ich habe mir sagen lassen, daß die Pflanze Kukhwa von Rindern nicht besonders gern gefressen wird. Das ist jedoch eine Frage der Gewohnheit. Auch das Futtergras Aeguk wurde von den Rindern anfangs verschmäht, aber inzwischen haben sie sich angepaßt und nehmen es gern. Man sagt, daß in einigen Ländern der gesamte Bedarf an Rinderfutter mit Aeguk-Gras abgedeckt wird. Ähnlich verhält es sich auch mit der Verfütterung von Kukhwa an Rinder.

Zum Anbau dieser Futterpflanze sollten bestimmte Flächen in der Umgebung von Hühner-, Enten- und Schweinefarmen genutzt werden. Damit meinen wir aber nicht, daß man das bereits ausgesäte Aeguk-Futtergras wieder vernichten sollte. Beide Futterpflanzen sind jeweils wie geplant anzubauen.

Zur Kraftfutterbeschaffung sind auch die Ausscheidungsprodukte zu nutzen.

Wenn wir Exkreme aus Hühner-, Enten- und Schweinefarmen bzw. Abprodukte aus Schlachthäusern, wie z. B. Gedärme und Fleischwaschwasser, bestmöglich verarbeiten, können wir daraus ein ergiebiges Kraftfutter herstellen. Die Exkreme aus den genannten Farmen sind deshalb effektiv zu nutzen. Neben diesen Abprodukten aus den Schlachthäusern lassen sich auch Fleischabfälle von verendeten Haustieren gut als Futterquelle für Haustiere verwenden. In der Fischwirtschaft muß ebenfalls Eiweißfutter aus Fischabfällen und Innereien hergestellt werden.

Ebenso gilt es, mehr Harnstofffutter zu gewinnen.

Es geht darum, Gründungskulturen in ausreichender Menge anzubauen. Das sollte im Anschluß an die Maisernte erfolgen, um mehr Futter für Haustiere gewinnen zu können. Unsere Funktionäre sprechen heute voller Sorge vom Mangel an Futtermitteln, ergreifen jedoch keinerlei Maßnahmen, um dieses Problem durch den Anbau von

Gründungskulturen als Folgefrucht von Mais zu lösen. Bisher werden lediglich auf 30 000 bis 50 000 Hektar Maisfeldern Kohle und Rüben als Folgefrucht bestellt. Die Anbauflächen von Mais, auf die Gründungspflanzen als Folgefrucht gebracht werden können, belaufen sich mindestens auf 200 000 Hektar, von den Feldern in kalten Gebieten mal ganz abgesehen. Gelingt es, Gründungspflanzen wenigstens auf Flächen dieser Größenordnung zu kultivieren, kann in nicht geringem Maße zur Deckung des Futterbedarfs beigetragen werden. Das ist eine nicht allzu schwierige Sache. Es genügt, die Maisfelder zu pflügen, die Samen dieser Pflanzen auszusäen und sie nach einiger Zeit abzumähen. Da die Maisernte bis zum September abgeschlossen wird, können die Pflanzen, deren Samen im Anschluß an die Maisernte ausgesät worden sind, zwei Monate lang recht gut wachsen. Dafür sollte ein schnellwüchsiges, ertragreiches Elitesaatgut mit einem hohen Eiweißgehalt ausgewählt werden.

Das Landwirtschaftskomitee muß Maßnahmen treffen, um die Gründungspflanzen auf Maisfeldern als Folgefrucht anzubauen und so das Futteraufkommen zu erhöhen.

Die Dichtpflanzung von Pferdebohnen ist versuchsweise vorzunehmen. Sie enthalten eine große Menge Kohlenhydrate und Eiweiße, aber wenig Fette, und können deshalb als hochwertiges Kraftfutter verwertet werden. Allerdings haben wir bei dieser Kultur noch keine entsprechende Ertragshöhe erreicht. Sie wird im Bezirk Ryanggang angebaut, bringt aber nur niedrige Hektarerträge. Wenn wir das Problem Eiweißfutter mit Pferdebohnen lösen wollen, müssen wir die Hektarerträge entscheidend erhöhen. Eine beträchtliche Steigerung im Vergleich zum jetzigen Stand wäre durch Dichtpflanzung möglich. Dagegen ist auch gar nichts einzuwenden. In diesem Jahr muß diese Methode auf den Feldern, die in dem erschlossenen Marschland entstanden sind, versuchsweise praktiziert werden.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen in bezug auf das Kraftfutter sind stärker voranzubringen.

Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiet erweisen sich als größter Mangel bei der Geflügel- und Viehhaltung. In der Geflügel- und Viehzucht befaßt man sich noch nicht eingehend mit der Futterkunde,

ebenso wie man in der Landwirtschaft unzureichende Forschungen über den Anbau betreibt. Man kann sagen, daß die Futterkunde dem Wissensbereich Anbau gleichkommt. So wie man sich auf letzterem Gebiet darüber Gedanken zu machen hat, welche Mengen an NPK- und Spurenelementedünger bzw. wann und auf welche Art und Weise Herbizide zugeführt werden müssen, ist es im Bereich Futterkunde notwendig, Untersuchungen darüber anzustellen, wieviel Getreide und Kraftfutter an Haustiere verabreicht werden muß, um die Produktion von Fleisch und Eiern zu erhöhen. Anderenfalls ist es nicht möglich, viele Hühner und Enten zu halten.

Die Wissenschaftler im Bereich der Geflügel- und Viehwirtschaft dürfen sich nicht nur an die Würmer- und Madenaufzucht klammern, sondern müssen ihre Kraft vielmehr in die Erforschung verschiedener Arten von Eiweißfutter investieren.

Ich habe heute morgen in einem Artikel gelesen, daß es von hohem Effekt ist, die mit Harnstoff versetzte Kraftfutterpaste an Milchkühe zu verfüttern, was für uns jedoch weniger von Interesse ist. Die Haltung von Milchkühen ist zwar für die Länder angebracht, die über weite Flächen und ausgedehnte Weiden verfügen, aber wir können den Bestand an diesen Tieren nicht vergrößern, da unsere landwirtschaftliche Nutzfläche sehr beschränkt ist.

Es ist vorteilhafter, Soja als Gewürzpaste *Toenjang* verarbeitet direkt für die menschliche Ernährung zu nutzen, als sie mit Harnstoff versetzt an Kühe zu verfüttern, um Trinkmilch zu produzieren. Wie aus einer unmittelbar nach dem Waffenstillstand durchgeführten Analyse von Sojapaste und Milch ersichtlich ist, besitzt sie einen hohen Nährwert, der dem von Milch keinesfalls nachsteht. Es empfiehlt sich, beide Nahrungsmittel noch einmal einer vergleichenden Nährwertanalyse zu unterziehen.

Die Haltung von Milchkühen in unserem Land zielt darauf ab, die Kinder ausreichend mit Milch zu versorgen. Künftig dürfte es meiner Meinung nach genügen, im Kreislandwirtschaftskombinat Unggi, in der Rinderfarm von Ryokpho, in der Ryonggang-Milchkuhfarm und in anderen bestehenden Betrieben einige Milchkühe zu halten und keine weiteren neuen Anlagen dieser Art zu errichten.

In unserem Lande sollte man versuchen, den Bedarf an Milch nicht durch die Haltung von Milchkühen, sondern durch den Anbau von Sojabohnen und die Produktion von Sojabohnenmilch zu decken. Diese steht der Kuhmilch keinesfalls nach. Die erwähnten Milchsorten bestehen aus pflanzlichen bzw. tierischen Eiweißen. Gegenwärtig tendieren auch die Europäer dazu, sich mehr von pflanzlichen als von tierischen Eiweißen zu ernähren, da damit eine Verlängerung der Lebenserwartung verbunden ist. Diese liegt bei den Ostasiaten durchschnittlich höher als bei den Europäern, was auf die Ernährung mit großen Mengen pflanzlicher Eiweiße zurückzuführen ist.

Die Wissenschaftler der Geflügel- und Viehwirtschaft sollten bei ihrer Forschungsarbeit mehr Wert auf das eiweißhaltige Hühner-, Enten- und Schweinefutter als auf Untersuchungen des Milchkuhfutters legen.

Um dieses Vorhaben erfolgreich zu verwirklichen, müssen wir entsprechende Forschungskollektive organisieren.

Zur Zeit gibt es kein für Kraftfutter zuständiges Forschungskollektiv, und folglich befassen sich nur wenige mit der einschlägigen Fachliteratur, die bereits in großer Zahl aus dem Ausland bezogen worden ist. Deshalb muß ein zuverlässiges Forschungskollektiv gegründet werden, das unter Hinzuziehung dieser ausländischen Veröffentlichungen ein den Gegebenheiten unseres Landes entsprechendes hochwertiges Kraftfutter zu entwickeln hat.

Die Versuchsfarmen für die Gänse- und Hühneraufzucht in der Stadt Pjongyang sind mit dem Ziel entstanden, Futterexperimente durchzuführen. Dabei geht es darum, in der Gänseversuchsfarm den Tieren nicht vollwertiges, sondern halbvollwertiges Futter zu geben. Den Rassegänsen sollte vollwertiges Futter zur Verfügung stehen, während die Mastgänse mit Gras zu füttern sind. Da über das vollwertige Futter bereits ausreichend publiziert worden ist, sind diesbezügliche Versuche überflüssig.

Wenn die Gänse, die in dieser Farm 60 Tage lang gefüttert wurden, jeweils 5,4 kg wiegen, so ist das recht zufriedenstellend. Dieses Gewicht steht jedoch den in anderen Ländern erzielten Ergebnissen immer noch nach. Die Versuchsfarm für Gänseaufzucht muß durch

entsprechende Experimente mit den Tieren erreichen, daß sie nach 60 Tagen 7 bis 8 kg wiegen.

Ich beauftragte die Versuchsfarmen für Gänse- und Hühneraufzucht, Futtersuche durchzuführen und dabei den Gänsen, Enten und Hühnern vollwertiges und halbvollwertiges Futter sowie andere unseren realen Verhältnissen entsprechende Futtermittel zu verabreichen. Diese Versuchsfarmen haben zum einen die Gänse, Enten und Hühner so zu füttern, wie man das im Ausland praktiziert, und zum anderen die bei uns entwickelten Futtermittel einzusetzen, wobei das Körpergewicht der Tiere jeweils durch Wiegen zu ermitteln ist. Die Versuchsfarmen für Gänse und Enten bzw. für Hühner müssen entsprechende Futterexperimente anstellen, um die technischen Kennziffern bestimmen zu können. Diesen Farmen sollte man Praktikanten schicken und auch helfen, Betriebe für Würmer- und Madenaufzucht bzw. für die Verarbeitung von Aeguk-Futtergras zu errichten.

In den zentralen Organen und Institutionen muß darauf hingewirkt werden, daß man sich zu den beiden Farmen begibt und ein bis zwei Jahre lang die verschiedensten Futtersuche mit dem Geflügel durchführt, um auf deren Grundlage exakte technische Kennziffern festzulegen.

Auch die Bezirke müssen selbständige Versuche mit eiweißhaltigem Hühner- und Entenfutter aufnehmen. Das erfordert, den Hühner- und Entenfarmen spezielle Aufträge zu erteilen. Die Aufgabenstellung hat so zu erfolgen, daß die eine Hühnerfarm beispielsweise die Pflanze Aeguk und die andere Würmer und Maden für ihre Futterexperimente verwendet. Gelingt es uns, in der Zentrale und in den Bezirken dabei gute Erfahrungen zu sammeln, sollten diese in Form von Büchern publiziert werden.

Die Produktion von Kraftfutter muß planmäßig erfolgen.

Zwar konnten wir jedes Jahr den Plan der Getreideproduktion erörtern, aber es wurde uns keine Gelegenheit geboten, den Plan der Geflügel- und Viehhaltung einer eingehenden Diskussion zu unterziehen.

Im Anschluß an die heutige Zusammenkunft sollte der Verwaltungsrat mit den Funktionären der Geflügel- und Viehwirtschaft ausführlich über die Maßnahmen zur Bewältigung der Eiweißfutter-

probleme beraten und einen entsprechenden Plan ausarbeiten. In dieser Beratung sollte den Hühner- und Entenfarmen ein Plan auferlegt werden, in dem z. B. vorgesehen ist, daß die eine soundsoviel Würmer und Maden züchten und die andere ihre Anbauflächen für die Futterpflanzen Aeguk und Kukhwa um soundso viel erweitern muß, um die Eiweißfutterprobleme zu lösen und gemäß der verabreichten Kraftfuttermenge soundsoviel Eier und Fleisch zu produzieren. Wenn die genannten Farmen keinen exakten Plan haben, wird Futtergetreide verschwendet. Zur Zeit stehen hunderttausende Tonnen Futtergetreide zur Verfügung. Trotzdem ist eine Steigerung der Produktion von Fleisch und Eiern nicht möglich, ohne die Engpässe bei Kraftfutter zu überwinden. In jedem Bezirk sind einige Betriebe für die Versuchsproduktion von Eiweißfutter zu bestimmen.

Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, exakte Berechnungen über die Erzeugung von Weizenkleie, Sojabohnenschrot und anderem Kraftfutter anzustellen, und einen Plan zur Versorgung der Hühner-, Enten- und Schweinefarmen mit eiweißhaltigem Futter auszuarbeiten. Des weiteren müssen konkrete Aufträge erteilt werden, z. B. woher die Hühner- und Entenfarmen die erforderlichen Materialien und Ausrüstungen beziehen sollen. Wir dürfen nicht verlangen, daß sie den Bedarf an solchen Materialien und Ausrüstungen aus eigenem Aufkommen decken.

Der ausgearbeitete Produktionsplan für Eiweißfutter ist vor allem an die Stadt Pyongyang und den Bezirk Süd-Phyongan sowie an alle anderen Bezirke in den westlichen Gebieten weiterzuleiten und auf dieser Grundlage an alle Bezirke in den östlichen Gebieten zu senden.

Nachdem der Plan auf der Bezirksebene weitergeleitet worden ist, muß einmal in der ersten Hälfte und dann noch einmal gegen Ende des Jahres Bilanz über seine Verwirklichung gezogen werden. Der Verwaltungsrat hat den Stand der Produktion von Eiweißfutter und von Eiern und Fleisch in den jeweiligen Farmen konsequent auszuwerten und einen Bericht über die diesbezüglichen Materialien zu erstatten.

Wir brauchen keine weiteren Schweinefarmen anzulegen, sondern müssen dafür sorgen, daß die bestehenden Betriebe dieser Art, darunter die in Kangso und Pyongyang, in hervorragender Weise geleitet werden und daß die Bauernhaushalte in großem Umfang Schweine halten. Wir

sind nicht in der Lage, etwaige neue Farmen mit Futter zu versorgen, weil sich Schweine hauptsächlich von großen Mengen Getreidefutter ernähren.

Nur die Kwangdok-Schweinefarm macht heute bei der Schweinehaltung gute Fortschritte, wobei sie die Verbrauchsnorm von Getreidefutter senkt. Dort wird eine beispielhafte Zucht und Pflege entsprechend den Erfordernissen der technischen Vorschriften geleistet, was zur Verringerung von Tierverlusten und zur Steigerung der Fleischproduktion führt. Im hinter uns liegenden Jahr hat dieser Betrieb 600 t Fleisch über seine eigentliche Kapazität hinaus produziert. Er ist jetzt zuständig für die regelmäßige Versorgung der Armeeingehörigen mit Schweinefleisch sowie für die Lieferungen von Lederstiefeln, Seifen und verschiedenen Bürsten einschließlich Zahnbürsten und dergleichen. Er deckt auch selbständig den Bedarf an Getreide- und Kraftfutter.

Die anderen Schweinefarmen jedoch sind nicht in der Lage, mit dem Betrieb in Kwangdok mitzuhalten. Sie produzieren weniger Fleisch bei höherem Verbrauch an Getreidefutter. In letzter Zeit entstanden zwar allorts modern eingerichtete Schweinefarmen mit dem Ziel, die Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen, aber sie werden gegenwärtig von unseren Funktionären nicht ordentlich bewirtschaftet.

Solche Mißstände bei der Schweinehaltung machen sich z. Z. sogar schon in der Volksarmee bemerkbar, weil eine regelmäßige Belieferung der Armeeingehörigen mit Fleisch nicht möglich ist.

Damit sie sich von Fleisch ernähren können, haben wir der Volksarmee eine Vielzahl von Schweinefarmen übergeben. Die Ursache für entstandene Mißerfolge bei der Fleischproduktion besteht meines Erachtens darin, daß den Farmen keine gesunden Ferkel zur Verfügung gestellt wurden. Die Volksarmee muß darauf hinwirken, daß die Schweinefarmen ausreichend gute Ferkel erhalten, damit mehr Fleisch erzeugt werden kann.

Es sind in großem Umfang Kaninchen zu halten.

Im letzten Jahr züchtete der Verband der Sozialistischen Jugend der Arbeit über 8,8 Mio. Kaninchen, die 2966 t Fleisch lieferten, das teils aufgekauft, teils den in der Umgebung der Schulen liegenden

Kinderkrippen und -gärten sowie den Werktätigen in den Betrieben gegeben wurde. Außerdem fertigte man Pelzmäntel und -mützen an, die den im Bereich der Demarkationslinie stationierten Angehörigen der Volksarmee geschickt wurden – das sind Leistungen, die überaus begrüßenswert sind. Deshalb wies ich darauf hin, daß den Schulen, die im vorigen Jahr viele Kaninchen gezüchtet haben, ein Geschenk zu machen ist.

Da Kaninchen pflanzenfressende Tiere sind, kann man sie in großer Zahl halten, ohne Getreidefutter zu verbrauchen. Der Jugendverband sollte in diesem Jahr eine umfassende Aktion ins Leben rufen, um mehr als 9 Mio. Kaninchen zu züchten. Das würde die Fleischproduktion auf 18 000 t steigern, wenn man 2 kg pro Kaninchen rechnet. Bei der Haltung von Kaninchen ist die Produktion von Fell bedeutsamer als die von Fleisch.

Wenn die Kinder und Jugendlichen viele Kaninchen aufziehen, können sie sich die Liebe zur Arbeit aneignen und obendrein viele Devisen verdienen.

Der Verband der Sozialistischen Jugend der Arbeit muß dafür sorgen, daß für die im vorigen Jahr erworbenen Devisen Experimentiereinrichtungen importiert und den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

# **ÜBER DIE VERBESSERUNG UND INTENSIVIERUNG DER AN- UND VERKAUFSARBEIT**

**Rede auf der Beratung der Mitarbeiter  
des Bereiches An- und Verkauf**

*7. Februar 1978*

Die aktive Sammlung von Glasbruch, Altgummi, -papier, -plasten, -textilien, leeren Flaschen und örtlichen Spezialprodukten wie Wildfrüchten, Wildgemüse und Arzneipflanzen durch eine verbesserte An- und Verkaufstätigkeit ist für die Steigerung der Produktion von Waren des täglichen Bedarfs und die Hebung des Lebensniveaus des Volkes von großer Bedeutung.

Vor kurzem habe ich mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die An- und Verkaufsarbeit intensiviert und systematischer gestaltet werden muß. In letzter Zeit sollen sich nun Parteiarbeiter in Hausgemeinschaften, Institutionen, Betriebe und genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe (GLB) begeben und dort aktive Aufklärungs- und Propagandaarbeit geleistet haben. Als Ergebnis wurden, wie ich hörte, die örtlichen Industriebetriebe mit vielen Sekundärrohstoffen wie z. B. Altgummi, Glasbruch, Altplasten, -papier, -textilien und leeren Flaschen, die für die Herstellung von Waren des täglichen Bedarfs nötig sind, beliefert. Allein im Januar dieses Jahres wurden im ganzen Land 1323 t Alttextilien gesammelt. Das kommt der kostenlosen Gewinnung von 1300 t Watte gleich.

Zur Zeit bemühen sich die Parteifunktionäre energisch um die Auffindung und Nutzbarmachung von Sekundärrohstoffen für die

Konsumgüterproduktion, aber die Mitarbeiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane handeln nicht so. Die Aufklärungs- und Propagandaarbeit der Parteifunktionäre, die die Massen dazu aufruft, mit dem Standpunkt eines Hausherrn an der An- und Verkaufsarbeit teilzunehmen, kann nicht auf Dauer, sondern nur kampagnemäßig erfolgen.

Die Mitarbeiter der zuständigen Bereiche sind verpflichtet, sie weiter zu verbessern und zu intensivieren, damit noch mehr Altmaterialien für die Produktion von Waren des täglichen Bedarfs aufgespürt und genutzt werden.

Vor allem ist es notwendig, die Bestimmungen über den Aufkauf insgesamt zu überprüfen und erforderlichenfalls zu korrigieren.

Weil die bestehenden Vorschriften zu streng und kompliziert sind, beteiligt sich die Bevölkerung nicht gern an der Aufkaufbewegung und hat kein großes Interesse dafür. Als ich einmal den GLB Yaksu im Kreis Changsong besuchte, erzählte ich dessen Mitgliedern, daß die GLB in den Niederungen Schwierigkeiten haben, weil es ihnen an Stielen für Äxte, Sicheln, Hacken, Schaufeln und Spitzhacken etc. mangelt, und daß man mehr Bargeldeinnahmen erzielen und auch dem Staat Nutzen bringen kann, wenn man im Winter in den Bergen entsprechende Bäume fällt, in großen Mengen derartige Stiele erzeugt und zum Kauf anbietet. Und ich fragte, warum sie diese Möglichkeit nicht nutzen. Ihre Antwort lautete, daß sie das zwar ohne weiteres könnten, ihnen gegenwärtig aber nicht der Sinn danach stünde, weil das nur Unannehmlichkeiten mit sich brächte: Die Aufkäufer verhielten sich ihnen gegenüber schikanös und redeten nur von Güteklassen und Formalitäten. Sie meinten, während der Winterzeit hätten sie lieber ihre Ruhe, indem sie ohne Hast den Dünger bereitstellen und sich auf die Ackerbestellung vorbereiten. Ich erkundigte mich ferner, warum die Wildfruchterträge nicht gesteigert wurden. Die Berge im Kreis Changsong seien doch so reich an Wildfrüchten, daß ich sie als „goldene Berge“ bezeichnet habe. Aber sie verdienten diese Bezeichnung nicht, wenn man die Früchte nicht sammelt. Sie gaben mir zur Antwort, daß sie zwar eine Fülle von Wildfrüchten, darunter wildwachsenden Birnen, Weintrauben, Actinidia und Sanddorn,

sammelten, diese aber immer mehrere Tage lagerten und dadurch verfaulten, weil die Festlegung der Güteklasse und sonstige Formalitäten so lange dauerten.

Wie ich hörte, wird zur Zeit z. B. auch der Verkauf eines getragenen Anzugs mit einer komplizierten Prozedur verbunden. Die Aufkauforgane überprüfen und registrieren unnötigerweise den Personalausweis und dessen Nummer, wenn sie Waren von Privatpersonen erwerben.

Die Mitarbeiter der zuständigen Organe sind verpflichtet, die bestehenden Aufkaufbestimmungen zu überprüfen und sämtliche unpassenden und zu komplizierten Punkte zu korrigieren, damit alle Bürger aktiv an dieser Bewegung teilnehmen.

Zugleich ist es notwendig, die Planstellen dieser Institutionen rationell umzugestalten.

Zur Zeit leitet die Hauptverwaltung für Aufkauf und Getreidewirtschaft des Komitees für Dienstleistungen fast die gesamte Arbeit dieses Bereichs, was in vieler Hinsicht unzweckmäßig ist. Mit dem An- und Verkauf kann es nicht vorangehen, wenn allein diese Hauptverwaltung dafür verantwortlich ist, und das muß ja auch nicht so sein. Dafür findet sich nirgendwo eine Festlegung.

Meines Erachtens sollte man einen Apparat für An- und Verkauf nicht nur in dieser Hauptverwaltung, sondern auch im Ministerium für Leichtindustrie und in der Hauptverwaltung für Örtliche Industrie beim Bezirksverwaltungskomitee einrichten. Das ermöglicht es, schwierige Probleme bei dieser Arbeit befriedigend zu lösen.

Ihre Hauptaufgabe muß die Hauptverwaltung für Aufkauf und Getreidewirtschaft des Komitees für Dienstleistungen im Aufkauf von Getreide sehen. Sie hat aber auch Strohsäcke und -seile anzukaufen, weil dies die hauptsächlichlichen Verpackungsmaterialien für Getreide sind. Ferner müssen von ihr die für den Export bestimmten Erzeugnisse, wie Obst und Tabak etc., sowie die Waren für den zwischenbezirklichen Austausch angenommen werden.

Die Verwaltung An- und Verkauf des Ministeriums für Leichtindustrie muß Rohstoffe für die Leichtindustrie, darunter Obst, Tabak, Pfefferminze, Leder und Wolle, ankaufen. Besser wäre es

jedoch, wenn Tabak z. B. unmittelbar an die Tabakwarenfabriken geliefert werden würde.

Die Verwaltung An- und Verkauf der Hauptverwaltung für Örtliche Industrie beim Bezirksverwaltungskomitee sollte die Erfassung von Altgummi, -plasten, -papier, -textilien, Glasbruch, leeren Flaschen und Cremebehältern übernehmen. Beim Ankauf von leeren Parfümfläschchen z. B. sind die normalen Richtpreise für unbeschädigte und entsprechend herabgesetzte Preise für beschädigte Fläschchen zu zahlen. Die erstgenannten sind in die Betriebe für Kosmetika und die letztgenannten in die Flaschenbetriebe zur Wiederverwendung zu schicken. Die besagte Verwaltung muß ebenso die von den Betrieben der örtlichen Industrie benötigten Rohstoffe, darunter Obst und Eicheln, aufkaufen.

In den Kreisen sind Ankaufsstellen zu eröffnen. Früher, als in jedem Kreis gesonderte Betriebe für den Aufkauf von allgemeinen Erzeugnissen und Nahrungsgütern bestanden, ging es mit ihm noch mehr oder weniger gut voran. Seit deren Zusammenlegung jedoch liegt diese Arbeit im argen. In den Betrieben für Getreidewirtschaft erfolgt der Getreideaufkauf aufgrund der strengen rechtlichen Kontrolle diszipliniert und gut, während dies in den Aufkaufbetrieben nicht der Fall ist. Sie sind mittlerweile nicht mehr als ein bürokratisches Organ. An ihrer Stelle müßten Ankaufsstellen entstehen, die auf kommerzieller Basis arbeiten. Ebenso wie die Betriebe ihre Erzeugnisse über die Handelskontoren verkaufen, müßten aufgekaufte Waren aus den Ankaufsstellen bezogen werden. Allgemeine Gebrauchsgegenstände und Nahrungsmittel sollten zweckmäßigerweise in gesonderten Ankaufsstellen angeboten werden. In den ländlichen Kreisen, wo hauptsächlich Agrarprodukte aufgekauft werden, könnte man sie z. B. gleich mit einer Verkaufsstelle koppeln.

Aber auch in den Städten und Industriegebieten müßte es Ankaufsstellen geben.

Für sie benötigt man u. a. einen Leiter, einen Buchhalter, einen Aufkäufer und einen Verkäufer. Als Leiter sind junge Menschen ungeeignet. Sie wollen solch eine Funktion nicht übernehmen und werden zu Nichtstuern, wenn man sie ihnen trotzdem überträgt. Frauen

oder ältere, umsichtige Männer sind besser dafür geeignet.

Bei der Ankaufstätigkeit ist der Kommissionshandel zu fördern. In den ländlichen Gemeinden sollte man solche Zweigstellen gründen, die ihre Waren dann an die Ankaufsstellen der Kreise weiterleiten. Auf diese Weise kann man mehr verschiedene Waren beschaffen. Eine Ankaufsstelle des Kreises Sakju z. B. könnte in der Gemeinde Kumbu ein derartiges Kommissionsgeschäft eröffnen und einen dort ansässigen älteren Bürger, der keine schwere körperliche Arbeit mehr verrichten kann, mit der Leitung beauftragen. Solch eine Arbeit muß man natürlich vergüten und im Falle einer Planübererfüllung entsprechend prämiieren. Die Ankaufsstellen der Kreise müssen für den wöchentlichen Abtransport der angenommenen Gegenstände sorgen.

Auch der ambulante Aufkauf ist zu verbessern.

Zur Zeit läßt diese Arbeit zu wünschen übrig. Da künftig die Aufkaufbetriebe abgeschafft und dafür Ankaufsstellen gegründet werden, sollten die Aufkäufer von Ort zu Ort gehen, um die benötigten Gegenstände zu beschaffen.

In den nordöstlichen Gegenden Chinas gab es seinerzeit viele Händler, die süßes Gallert aus Getreide feilboten. Sie wanderten damit von Dorf zu Dorf und veräußerten es entweder für Geld oder tauschten es gegen Tischgeschirr und Löffel aus Messing oder gegen Gummi ein. Diese Dinge brachten sie wiederum mit einem Fuhrwerk zu einem Laden, um sie dort weiterzuverkaufen. Eine andere Gruppe dieser „Huolang“ genannten Wanderhändler zog Glöckchen schlagend mit runden Kiepen umher und handelte mit solchen Artikeln wie Wolle, Nähadeln, Parfüm und Seife etc. Sie führten auf ihren Wanderungen zwar immer nur eine bestimmte Menge an Waren mit sich, konnten diese aber zu von ihnen selbst festgesetzten Preisen verkaufen, weil es auf dem Lande daran mangelte. Sie boten sie auch an den Dorfbrunnen an, wo die Frauen zum Wasser holen hinkamen. Auch der Sonderkommissar in der Ostmandschurei Wang trieb während seiner Illegalität einen solchen Handel. Das diente dem Aufrechterhalten der Verbindungen. Als ich ihn einmal fragte, ob diese Handelstätigkeit überhaupt profitabel sei, antwortete er, daß sie viel Gewinn einbringe.

Ambulante Aufkäufe sind nichts Besonderes, dazu ist jeder fähig.

Wenn man z. B. in den Kohlenbergwerken unter denjenigen, die keine schwere Arbeit mehr verrichten können, oder unter den Rentnern zuverlässige Personen auswählt und ihnen die entsprechenden Methoden vermittelt, kann man sie ohne weiteres damit betrauen. Diese Arbeit ist nicht besonders schwer, weil man mit Lastkraftwagen fahren würde. Künftig ist diese Tätigkeit ordnungsgemäß durchzuführen.

Es ist unerlässlich, daß Ankaufsstellen mit Betrieben der örtlichen Industrie und bezirksgeleiteten Verkaufsstellen für Agrarprodukte Verträge abschließen.

Nur wenn die Ankaufsstellen auf dieser Basis die örtlichen Industriebetriebe rechtzeitig mit Rohstoffen und Material beliefern, können diese die Produktion normalisieren und das Erzeugnissortiment erweitern. Unzulässig ist es hingegen, daß sich die örtlichen Industriebetriebe selbst mit dem Einkauf befassen. Wenn sie alle für sich die verschiedenen Rohstoffe und Materialien um die Wette einkaufen und dadurch die Aufkaufpreise eigenmächtig erhöhen oder herabsetzen würden, könnte ein Chaos entstehen. Deshalb sollte man ihnen den direkten Rohstoff- und Materialaufkauf untersagen, damit sie sie auf vertraglicher Grundlage von den Ankaufsstellen beziehen. Diese sollten Glasbruch, Altpapier, -plaste und dergleichen aufkaufen und sie je nach Notwendigkeit dem Ministerium für Leichtindustrie oder den örtlichen Industriebetrieben übergeben.

Wenn Ankaufsstellen mit örtlichen Industriebetrieben und bezirksgeleiteten Verkaufsstellen für Agrarprodukte einen Vertrag schließen, muß das urkundlich fixiert werden. Ein Vertrag zwischen Ankaufsstellen und örtlichen Industriebetrieben muß in allen Kennziffern konkret sein. Das macht es den örtlichen Industriebetrieben möglich, von den Ankaufsstellen bezogene Rohstoffe und Materialien rechtzeitig zu nutzen und die Produktion ohne große staatliche Zulieferung zu normalisieren. Wird in einer Kosmetikfabrik die Produktion von 100 000 Fläschchen Parfüm geplant, so sollten ihr der Staat etwa 60 000 und die Ankaufsstellen rund 40 000 leere Fläschchen bereitstellen. Man muß davon ausgehen, daß der Plan nicht erfüllt werden kann, wenn diese 40 000 Fläschchen nicht geliefert werden. Da jetzt solch eine Regelung fehlt, sind die Kosmetikfabriken nicht gewillt,

die rückgeführten Cremedosen, Parfümfläschchen usw. wieder zu verwerten, sondern wollen vom Staat nur neue bekommen. Aus diesem Grunde muß man bei der Aufschlüsselung von Produktionsplänen auf die örtlichen Industriebetriebe deutlich festlegen, in welchem Umfang die Rohstoffe und Materialien vom Staat bzw. von den Ankaufsstellen zu liefern sind.

Bei der Rückführung von Parfümfläschchen müßte den Ankaufsstellen der Neupreis gezahlt werden. Den entsprechenden Geldbetrag, den die Kosmetikfabriken benötigen, um die Preisdifferenz abzugleichen, muß ihnen der Staat zur Verfügung stellen. Das ist für ihn immer noch rentabler als die material-, arbeits- und transportaufwendige Herstellung neuer Fläschchen.

Auch das Ministerium für Leichtindustrie kann Verträge mit den Ankaufsstellen schließen. Es wäre gut, darüber weiter nachzudenken.

Die Ankaufsstellen sollten auch die Zusammenarbeit mit den bezirksgeleiteten Verkaufsstellen für Agrarprodukte auf eine vertragliche Basis stellen. Gegenstände wie Besen, Kalebassen, gerillte Holzschüsseln, Wäscheschläger, Waschbretter, Schwingen und Axtstiele, die keiner weiteren Bearbeitung bedürfen, könnten von den Ankaufsstellen erworben und zum Teil in Direktverkaufsstellen der Bevölkerung des betreffenden Kreises angeboten, zum Teil aber auch den bezirksgeleiteten Verkaufsstellen für Agrarprodukte geliefert werden. Wenn das vertraglich geregelt wäre, könnte man das nur begrüßen.

Werden künftig mehr solche Gerätschaften aufgekauft, erhöht sich das Interesse der älteren und vieler anderer Bürger an der Herstellung und dem Verkauf dieser Waren. Soll der Bereich An- und Verkauf blühen, so müssen sowohl Käufer als auch Verkäufer daran interessiert sein. Das ergibt sich nicht im Selbstlauf, nur durch eine Änderung am Stellenplan oder eine Umbenennung des Betriebes.

Die Ankaufsstellen müssen die wirtschaftliche Rechnungsführung einführen.

Dazu muß der Staat ihnen bestimmte Finanzmittel zuweisen, ebenso wie die Bank den Betrieben Umlaufmittel zur Verfügung stellt. Erst dann können sie ihre Arbeit aufnehmen.

Der Plan der Ankaufsstellen sollte in allen Kennziffern sehr konkret sein.

Der Leistungsbewertung der Aufkäufer darf nicht der Stand der wertmäßigen Planerfüllung zugrundeliegen, sondern der Stand der Planerfüllung in Kennziffern. Nur dann ist es möglich, ihre Arbeit richtig einzuschätzen und voranzubringen. Anderenfalls kann es vorkommen, daß ein Aufkäufer den ganzen Tag umherbummelt und erst zuletzt einige teurere Gegenstände erwirbt und damit die Erfüllung des Plans melden kann. Sie können ihren Plan wertmäßig schon übererfüllen, wenn sie z. B. nur ein paar Hunde aufkaufen. Unabhängig davon, ob der Aufkaufpreis eines Gegenstandes 100 Won oder lediglich 1 Won beträgt, müßten für den gleichen Arbeitsaufwand auch gleiche Arbeitseinheiten gelten.

Erfolge auf diesem Gebiet lassen sich nur erzielen, wenn man die ideologische Erziehung der Aufkäufer intensiviert und zugleich materielle Stimuli anwendet und Auszeichnungen vornimmt. Bei Planübererfüllung sollte man Prämien überreichen. Nur dann können die Aufkäufer für ihre Arbeit Interesse entwickeln und ihrer Pflicht gerecht werden.

Aber gegenwärtig erhalten sie weder Prämien noch Auszeichnungen, so daß sie ihrer Tätigkeit und den für sie geltenden Plänen nur Desinteresse und Gleichgültigkeit entgegenbringen. Manche Aufkäufer wollen möglichst wenig ankaufen, aus der Furcht, daß die Waren abhanden kommen könnten, wenn sie nach dem Erwerb nicht bald abtransportiert würden.

Ein Planplus in allen Kennziffern muß mit Prämien belohnt und der umgekehrte Fall durch Lohnkürzung geahndet werden.

Den Ankaufsstellen sind Transportmittel zur Verfügung zu stellen, damit die eingekauften Waren rechtzeitig befördert werden können.

Sie müßten Fahrräder haben, damit die Aufkäufer beweglicher sind und auf diese Weise mehr Dinge ankaufen und heranschaffen können. Bei der Versorgung mit Fahrrädern sind auch Kästen mitzuliefern, die auf den Rädern montiert werden können.

Den Ankaufsstellen müssen ferner Lastenfahrräder bereitgestellt werden, und zwar jeder von ihnen etwa 10. So könnte ein Rad für die

Heranschaffung von aufgekauften Dingen aus zwei Gemeinden eingesetzt werden.

Des weiteren benötigen sie kleine und große LKW. Man muß ihnen etwa 200 kleine LKW zur Verfügung stellen.

Die ländlichen Ankaufsstellen sollten ruhig auch Fuhrwerke benutzen, während die Geschäfte in der Stadt Fahrräder und Lastenfahrräder nutzen sollten.

Der Verwaltungsrat sollte untersuchen, wie viele LKW von den Aufkaufbetrieben repariert werden können und wie viele den Ankaufsstellen neu bereitgestellt werden müssen. In der Zukunft sind die LKW der Ankaufsstellen rechtzeitig zu reparieren.

Die Funktionäre sollten den Aufkäufern mit der richtigen Einstellung begegnen. Sie spielen eine wichtige Rolle, da sie die örtlichen Industriebetriebe mit den benötigten Rohstoffen und Materialien beliefern. Aber manch ein Funktionär hält die Aufkäufer für Nichtstuer und setzt sie bedenkenlos für berufsfremde Arbeiten ein. Das ist grundverkehrt und hat künftig zu unterbleiben.

## **EINIGE FRAGEN BEI DER ARBEIT MIT DER SCHULJUGEND**

**Rede vor den Mitarbeitern des Zentralvorstandes  
des VSJAK und des Bildungskomitees**

*8. Februar 1978*

Heute möchte ich über einige Fragen bei der Arbeit mit der Schuljugend sprechen.

Die Schüler sind intensiver zu erziehen, damit sie die öffentliche Moral und Ordnung bewußt einhalten.

Zur Zeit kommt es nicht selten vor, daß sie dagegen verstoßen.

Informationen des Ministeriums für Eisenbahnwesen zufolge fahren manche von ihnen schwarz und benehmen sich nicht ordentlich.

Das gleiche trifft auch auf die Bushaltestellen zu. Als ich am Morgen eines kalten Wintertages einmal eine Rundfahrt durch die Straßen Pyongyangs machte, beobachtete ich folgende Begebenheit: An einer Haltestelle standen die Menschen in einer Reihe hintereinander und warteten auf den Bus. Unter ihnen waren auch viele Frauen mit einem Baby. Als ein Bus kam, drängten sich einige Jungen vor, stießen diese Frauen beiseite und stiegen vor ihnen ein. Solch ein Verhalten verletzt die elementarsten Prinzipien der Moral.

Es gibt auch Schüler, die nicht auf ihr Outfit achten. Manche von ihnen kleiden sich unordentlich und setzen ihre Mütze schief auf.

Das schlechte Benehmen der Kinder und Jugendlichen ist darauf zurückzuführen, daß die Organisationen des Verbandes der Sozialistischen Jugend der Arbeit Koreas (VSJAK) und die Schulen die Erziehungsarbeit vernachlässigen.

Manche Funktionäre begründen z. B. die Verstöße gegen die Verkehrsregeln damit, daß dieser Tage Winterferien sind und die Schüler frei haben, was aber jeder Logik entbehrt. Hätte man auf sie intensiv eingewirkt, damit sie bewußt die öffentliche Moral und Ordnung einhalten, würden sie ihnen auch in den Ferien nicht zuwiderhandeln.

Daß sie zur besseren Wahrung dieser Verhaltensweisen intensiver erzogen werden müssen, habe ich mehr als einmal unterstrichen. Vor allem habe ich bei jeder Gelegenheit – sogar früher bei einer Plenartagung des Ministerkabinetts – mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der gewissenhaften Unterstützung des Eisenbahnwesens und der beispielhaften Einhaltung der Verkehrsregeln hingewiesen.

Die VSJAK-Organisationen und die Schulen haben sich jedoch nicht intensiv mit der diesbezüglichen Erziehung beschäftigt. Weder haben die Jugendorganisationen einen Vortrag über die Unterstützung des Eisenbahnwesens und die vorbildliche Einhaltung der Verkehrsregeln veranstaltet, noch haben die Pädagogen etwas über diese Themen in den Lehrbüchern über die kommunistische Moral geschrieben.

Alle Mitglieder der Gesellschaft sind zur strikten Einhaltung der öffentlichen Moral und Ordnung zu erziehen. Das ist keine bloße administrative Arbeit, sondern eine bedeutsame Aufgabe, die direkt mit der Umformung des Bewußtseins der Menschen zusammenhängt.

Vor allem die Kinder und Jugendlichen sind in diesem Geiste heranzubilden, zu wahren Kommunisten zu machen und wie die ganze Gesellschaft zu revolutionieren. Das ist eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit. Die Angehörigen der jungen Generation verlassen einmal die Schule und treten dann in das Berufsleben ein. Sie sind die zukünftigen Herren unserer Gesellschaft.

Immer wieder weise ich darauf hin, daß jene, die sich schon in der Schulzeit nicht gern waschen, ihre Haare nicht rechtzeitig schneiden lassen und ihre Schuhe nicht putzen, auch im Beruf nachlässig sind.

Im vergangenen Winter war ich einmal im Wärmekraftwerk Chongchongang. Der Direktor, der Chefingenieur und die anderen Mitarbeiter des Betriebes haben in unserer Zeit studiert und sind Funktionäre geworden. Sie verwalteten das Werk jedoch ganz miserabel, weil früher

die Jugendorganisationen und die Schulen die Erziehung der Schuljugend vernachlässigt haben.

Wenn ich eine Truppe der Volksarmee besuche, lasse ich mir vor allem zeigen, wie die Soldaten ihre Kaserne in Ordnung halten und wie sie die Uniform tragen, denn so läßt sich ihre Gefechtsbereitschaft einschätzen. Dort, wo man auf die Kleiderordnung achtet, die Umgebung sauber hält und die Kaserne attraktiv gestaltet, sind im Unterschied zu den Einheiten, wo man all dies nicht tut und sich Vorkommnisse häufen, der Bewußtseinsstand der Soldaten hoch und die Gefechtsbereitschaft gut.

Die VSJAK-Funktionäre und die Mitarbeiter des Bildungswesens sind verpflichtet, ihre erzieherische Einflußnahme auf die Schuljugend zu verstärken, damit sie sich verantwortungsvoll entsprechend der öffentlichen Moral und Ordnung verhält.

Hierbei geht es vor allem um die Unterstützung des Eisenbahnwesens und um die gewissenhafte Einhaltung der Straßenverkehrsordnung.

Die Eisenbahn ist die Schlagader des Landes und die Lokomotive der Volkswirtschaft. So wenig wie ein Mensch mit geöffneter Schlagader lebensfähig ist, kann auch die Wirtschaft eines Landes nicht funktionieren, wenn das Eisenbahnwesen gelähmt wird. Daher versteht es sich von selbst, daß alle Mitglieder der Gesellschaft das Eisenbahnwesen unterstützen und mit deren Ausrüstungen pfleglich umgehen müssen.

In der Vergangenheit verboten die japanischen Imperialisten den Koreanern sogar, sich in der Nähe von Bahngleisen aufzuhalten. Wenn ein Koreaner den Bahnkörper nur betrat, wurde er schon geohrfeigt und mit einer Geldstrafe belegt. Diese Methode ist in unserer Gesellschaft zur Durchsetzung von Disziplin und Ordnung natürlich ungeeignet. Wir müssen uns unbedingt auf eine intensive Überzeugungsarbeit orientieren, damit alle Bürger mit der Eisenbahn pfleglich umgehen und die Straßenverkehrsordnung bewußt einhalten.

Der Jugendverband und die Schulen haben die Pflicht, ihre Tätigkeit in dieser Richtung zu intensivieren und eine Bewegung zum pfleglichen Umgang mit den Bahnanlagen ins Leben zu rufen.

Wir müssen alle Schüler so erziehen, daß sie ihre Schulen und Dörfer lieben und den Straßen, Bussen, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, Wäldern und Flüssen das nötige Verantwortungsgefühl entgegenbringen.

Die Kinder und Jugendlichen müssen auf ihr Outfit achten und ihren Alltag kulturvoll gestalten, was zum Ethos eines Kommunisten gehört.

Ich hebe stets hervor, daß man auf sein Aussehen achten und sein Leben kulturvoll gestalten muß.

Unmittelbar nach der Befreiung war ich einmal bei O Ki Sop. Er war unrasiert und ließ sich die Haare lang wachsen. Auf dem Schreibtisch lagen Krümel verstreut, der Aschenbecher war voller Zigarettenstummel, und er las, zurückgelehnt und mit den Schuhen auf dem Tisch, in irgendeinem Buch. Auf meine Frage, was denn das bloß zu bedeuten hätte, antwortete er, das sei „proletarisch“. Da sagte ich ihm: „Du darfst die Arbeiterklasse nicht beleidigen. Sie ist es, die alles produziert; sie stellt Autos und Flugzeuge her und baut Hochhäuser. Sie ist die zivilisierteste Klasse der Welt. In der kapitalistischen Gesellschaft führen die Arbeiter ein armes Leben, weil sie kein Geld haben, was aber nur auf die Fäulnis dieser Gesellschaftsordnung zurückzuführen ist. Selbst unter den so schweren Bedingungen des bewaffneten antijapanischen Kampfes haben wir ordentlich gelebt; wenn es im Winter kein Wasser gab, wuschen wir uns mit Schneewasser, wir errichteten unbedingt ein Abort, auch wenn es nur für eine Nacht war, und wir reparierten zerrissene Bekleidung beizeiten. So sollte sich ein Kommunist verhalten.“

Eine unordentliche Lebensweise wirkt sich auch auf die Gedanken aus und führt letztendlich dazu, daß man vom rechten Weg abkommt.

Der Jugendverband und die Schulen müssen alle Kinder und Jugendlichen dazu anhalten, auf ihr Äußeres zu achten und das Alltagsleben kulturvoll zu gestalten.

Das gilt insbesondere für Pyongyang. Pyongyang ist die Metropole der Revolution und wird von vielen Ausländern besucht. Wenn die Pyongyanger Schüler nachlässig gekleidet sind, kann unser Land sein Gesicht verlieren.

Für eine Erziehung im Geiste der bewußten Einhaltung der

öffentlichen Moral und Ordnung werden gute Lehrbücher benötigt. Das Lehrbuch „Kommunistische Moral“ sollte durch Fragen der richtigen Einstellung gegenüber den Eisenbahnanlagen, Straßen, Wäldern, Flüssen, Dörfern, öffentlichen Gebäuden, Grünanlagen und dergleichen mehr ergänzt werden.

Man muß für ein intensiveres Organisationsleben im VSJAK und in der Kinderorganisation sorgen. Nur in diesem Rahmen entwickeln sich die Schüler ideologisch, stählen sie sich revolutionär und gewöhnen sich an Organisiertheit und Diszipliniiertheit. Die genannten Organisationen sind verpflichtet, in ihren Reihen eine revolutionäre Atmosphäre zu schaffen und Erscheinungen des Verstoßes gegen die öffentliche Moral und Ordnung ideologisch zu bekämpfen. Dadurch ist zu erreichen, daß sich alle Kinder und Jugendlichen als Bürger des „Vaterlandes des Juche“ moralisch sauber und bewußt in bezug auf die Befolgung der öffentlichen Normen entwickeln.

Die Erziehung der Schüler ist durch eine inhaltsreiche Gestaltung des außerschulischen Lebens zu verstärken.

Zur Zeit betätigen sich die Schüler beim Bergwandern oder fahren in ein Lager der Kinder- oder Jugendorganisation, was auch gutzuheißen ist. In Zukunft sollten sie ihre Freizeit noch öfter so verbringen. Dadurch können die Heranwachsenden sich abhärten und besser mit der Natur und dem kulturellen Erbe vertraut machen.

Um das außerschulische Leben besser organisieren zu können, bedarf es verschiedener Erziehungseinrichtungen.

Wir sind dabei, im zweiten Siebenjahrplanzeitraum in jeder Bezirksstadt jeweils einen schönen Schülerpalast zu errichten, der dann als Stützpunkt für eine inhalts- und abwechslungsreiche außerschulische Beschäftigung der Schüler dienen kann.

Der Pyongyanger Schülerpalast ist zwar recht groß, aber nicht sehr ansehnlich. Jetzt würden wir einen solchen Palast prachtvoller bauen. Der in Kaesong sieht zwar gut aus, ist aber zu klein. Die in den Bezirksstädten aufzubauenden Paläste sollten auf der Grundlage wohldurchdachter Projekte ein schönes Äußeres erhalten. Wenn in jeder Bezirksstadt solch ein Gebäude und in Pyongyang ein großer Studienpalast des Volkes entsteht, wird es, was größere öffentliche

Einrichtungen anbelangt, den jungen Menschen an nichts mehr fehlen.

Für die Schüler sollte man Exkursionen nach Pjongjang organisieren. Wenn sie sich unmittelbar mit der Entwicklung der Metropole der Revolution vertraut machen, werden sie noch glücklicher und stolzer sein, unter der Fürsorge der Partei heranzuwachsen und zu lernen, und sie werden sich zu noch besseren Mitstreitern der Revolution entwickeln.

In Pjongjang gibt es verschiedene Besichtigungsziele, wie z. B. Mangyongdae und die Gemeinde Ponghwa, den Ehrenhain der Revolutionäre auf dem Berg Taesong, das Koreanische Revolutionsmuseum, das Museum über den Sieg im Vaterländischen Befreiungskrieg, die U-Bahn und die Kim-Il-Sung-Universität. Das Geschichtsmuseum, das Koreanische Folkloremuseum und das Koreanische Museum für Bildende Kunst sind für die Erziehung der Schüler von Bedeutung, weshalb eine Besichtigung empfehlenswert ist.

Für diese Exkursionen sind die entsprechenden Bedingungen zu schaffen, sonst ist ein reibungsloser Ablauf undenkbar und die Ordnung der Hauptstadt könnte beeinträchtigt werden.

Vor allem hat man für die nötigen Unterkünfte zu sorgen. Es ist zu empfehlen, nach dem Muster eines Kinderlagers ein Schülerhotel einzurichten.

In Pjongjang muß künftig solch ein attraktiv eingerichtetes Hotel für Schüler entstehen, in dem Erzieher für ihre Betreuung einzusetzen sind.

Den jungen Besuchern sollten auch Busse zur Verfügung stehen. Die Besichtigungen in Pjongjang können sie zwar gruppenweise zu Fuß bewältigen, um aber z. B. zur Gemeinde Ponghwa zu kommen, die weit von Pjongjang entfernt ist, benötigt man unbedingt Busse.

Die Ausflüge nach Pjongjang müssen unter allen Umständen nach den Regeln des Lagerlebens vorbereitet werden. Bei mangelhafter Organisation könnte etwas Unvorhergesehenes geschehen, und die Schüler könnten einen negativen Eindruck bekommen. Alle Schulen haben ihre Exkursionen in die Hauptstadt ordnungsgemäß anzumelden, und die Lehrer sind verpflichtet, die Schüler an dem vereinbarten Tag pünktlich nach Pjongjang zu begleiten. Es ist ein konkreter

Besichtigungsplan auszuarbeiten, wie z. B. Mangyongdae am ersten Tag, Revolutionsmuseum am zweiten Tag, U-Bahn usw. an den darauffolgenden Tagen.

Es ist angebracht, für die Exkursion mindestens 10 Tage vorzusehen, um die Schüler gut mit Pyongyang vertraut zu machen. Wenn nur eine Woche festgelegt wird, weil zu viele Schüler die Hauptstadt besuchen wollen, kann man nicht alles sehen, denn allein die Besichtigung des Koreanischen Revolutionsmuseums nimmt doch mindestens schon zwei Tage in Anspruch.

Die Reise nach Pyongyang kommt hauptsächlich für Schüler der Oberschulen in Frage. Die Grundschüler sind dafür noch zu klein. Mit ihnen sollte man lieber nahe liegende revolutionäre Gedenkstätten, Betriebe und Kulturparks besuchen.

Es wäre zu empfehlen, daß nicht alle, sondern nur diejenigen an der Pyongyang-Exkursion teilnehmen dürfen, die ausgezeichnet lernen, sich anständig benehmen und vorbildlich in der Kinder- und Jugendorganisation mitwirken.

Für die Studenten der pädagogischen Hochschulen und Lehrerhochschulen ist sie obligatorisch, weil sie nach Abschluß ihres Studiums unterrichten sollen.

Im Interesse einer besseren Erziehung der Heranwachsenden ist die Rolle der Mitarbeiter des VSJAK und der Lehrer entschieden zu erhöhen.

Zur Zeit begehen sie oft den großen Fehler, die Schüler nicht genügend zu fordern. Auch angesichts der Verstöße gegen die öffentliche Moral und Ordnung versäumen es manche von ihnen, rechtzeitig entsprechende Schritte zur Überwindung dieses Mißstandes einzuleiten. Sie sollten sich stets darüber im klaren sein, daß sie für die Erziehung der Schüler unmittelbar verantwortlich sind, und dementsprechend hohe Anforderungen stellen.

Unter den Mitarbeitern des Jugendverbandes und des Bildungswesens sollte auch eine ideologische Auseinandersetzung geführt werden, um die genannten Mängel zu überwinden.

Bei der Ausbildung der Leiter der Kinderorganisation und des VSJAK in den Schulen muß sich die Qualität erhöhen. Nicht wenige

von ihnen haben nur eine unklare Vorstellung davon, wie man Schüler erziehen soll. Um die Erziehung in den Schulen verbessern zu können, muß man die Leiter besser ausbilden.

Die Schülerbewegung zur Haltung von Kaninchen ist noch umfassender zu führen.

Durch diese Bewegung wurden im letzten Jahr 8 826 500 Kaninchen gezüchtet. Davon entfielen 6 834 500 auf die Oberschulen, von denen wiederum 3 748 300 in gemeinschaftlichen Ställen der Schulen und 3 086 200 von den Schülern in Einzelhaltung gezogen wurden. Die Jugendlichen in den Dörfern und Betrieben lieferten 1 992 000 Tiere ab. Die Produktion von beinahe 9 Mio. Kaninchen in einem Jahr ist eine großartige Sache.

Ich erlaube mir, allen Schülern, Lehrern und Mitarbeitern der Schulen sowie den Funktionären der Kinder- und Jugendorganisation, die zu diesem vorbildlichen Ergebnis in der Kaninchenhaltung beigetragen haben, im Namen des ZK der Partei und in meinem eigenen Namen zu danken.

Bei dieser Bewegung waren die Schüler des Bezirks Süd-Hwanghae die besten. Dort haben die Mädchen-Oberschule Ongjin im Kreis Ongjin und die Oberschulen Paeksok, Uryong und Saenal im Kreis Sinchon sowie Honghyon und Sorim in den Kreisen Paechon und Jaeryong jeweils 10 000 Tiere gezüchtet. Diese sechs Schulen sind die einzigen, die solch ein hohes Ergebnis erreicht haben. Obwohl der Kreis Sinchon über keine besonders günstigen Bedingungen verfügt, gehören seine drei Schulen zu den genannten sechs. Auch die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) dieses Kreises, darunter die GLB Paeksok und Saenal, sind alle vorbildlich. Der GLB Sorim im Kreis Jaeryong treibt ebenfalls einen guten Ackerbau.

Nach Bezirken aufgeschlüsselt haben im Vorjahr 5000 Kaninchen produziert: 17 Oberschulen im Bezirk Süd-Hwanghae, 8 in Süd-Hamgyong, 7 in Nord-Hwanghae, 4 in Nord-Hamgyong, 3 in Nord-Phyongan, 2 in der Stadt Chongjin und jeweils eine in den Bezirken Süd-Phyongan, Kangwon, Ryanggang und Jagang sowie in den Städten Pyongyang und Kaesong. Das zeigt, daß sich auch die Schüler der

Bezirke Süd-Hamgyong und Nord-Hwanghae viel Mühe gegeben haben.

Der Bezirk Süd-Phyongan ist bei dieser Bewegung zurückgeblieben. Er hat zwar die größte Bevölkerungszahl und verfügt über günstige Bedingungen, aber nur eine einzige Lehranstalt konnte dort 5000 Tiere züchten, geschweige denn das Ziel von 10 000 erreichen. Beim Ackerbau ist der Bezirk führend, bei der Kaninchenhaltung jedoch steht er hinten an – daraus läßt sich schließen, daß die Jugendarbeit dortzulande zu wünschen übrig läßt.

Den Stadtbezirken im Zentrum Pyongyangs fällt die Kaninchenhaltung natürlich schwer, die Randbezirke hingegen bieten aufgrund ihrer hügeligen, grasbewachsenen Landschaft naturgemäß günstige Voraussetzungen. Im letzten Jahr jedoch ist Pyonyang den Erwartungen kaum gerecht geworden.

Die Schulen und Schüler, die bei dieser Bewegung vorbildlich waren, sollen mit Preisen ausgezeichnet werden.

Den beispielhaften Oberschulen sind Fernseher, Musikinstrumente sowie Unterrichts- und Einrichtungsgegenstände, die von allen gemeinsam genutzt werden können, als Geschenke zu übergeben. Das wird sicherlich einen positiven Einfluß auf die Erziehung der Schüler zum Kollektivismus ausüben. Den oben erwähnten 10 000-Kaninchen-Schulen sollte man gesondert eine größere Anerkennung zuteil werden lassen.

Den einzelnen vorbildlichen Schülern sollen Romane, Hefte, Füllfederhalter und ähnliche Dinge als Geschenke überreicht werden.

Sowohl die Kollektiv- als auch die Einzelauszeichnungen sollten Mitarbeiter des Zentralvorstandes des VSJAK an Ort und Stelle vornehmen.

Über diese vorbildlichen Schulen und Schüler muß auch in der Zeitung ausführlich berichtet werden.

Der Zentralvorstand des VSJAK ist verpflichtet, die Bewegung zur Haltung von Kaninchen auszuwerten und die Kinder und Jugendlichen dazu anzuhalten, sich weiter aktiv daran zu beteiligen.

In diesem Jahr haben die Schüler die Aufgabe, über 9 Mio. Kaninchen zu halten. Das ergibt ebenso viele Felle und große Mengen

Fleisch, die man den Kindergarten- und Schulkindern als Fellbekleidung, wie z. B. Mützen und Handschuhe, bzw. als Nahrungsmittel wieder zugute kommen lassen kann. Mit Kaninchenhaaren gefütterte Decken erfreuen sich einer großen Nachfrage. Man könnte auch einen Teil der Kaninchenfelle exportieren und dafür Versuchsausrüstungen einführen, um die Schullabore noch besser auszustatten.

Eine erfolgreiche Kaninchenhaltung setzt Eliterassen voraus. Die Hauptverwaltung für Geflügelhaltung und Tierzucht beim Landwirtschaftskomitee sollte den Schulen leistungsstarke Zuchtkaninchen aus den Farmen zur Vermehrung der Kaninchenrassen übergeben. Weiße Kaninchen sind eine gute Sorte. Schwarz gefärbte Wolle weißer Kaninchen ist auch sehr schön.

Die Schulen haben darauf zu achten, daß sich die Rassen nicht degenerieren, da eine fortgesetzte Inzucht letztendlich zu ihrer Unbrauchbarkeit führt.

Das Kaninchenfell und -fleisch muß gut verarbeitet werden.

Die Felle sollten dem Ministerium für Leichtindustrie zur Weiterverarbeitung übergeben werden. Dieses ist verpflichtet, für die Kindergarten- und Schulkinder gute Fellmützen daraus herzustellen.

Ein Teil der Felle soll der Volksarmee zur Verfügung gestellt werden. Wie mir berichtet wurde, bekommen die Soldaten der Volksarmee Mäntel aus Kaninchenfell, die aufgrund ihrer geringen Strapazierfähigkeit jedoch ungeeignet für sie sind.

Kaninchenfelle sind in bestimmten Mengen auszuführen, um Valuten zu erwirtschaften. Man muß dafür sorgen, daß die dadurch in diesem Jahr gewonnenen Devisen – sofern es keine Reserven vom letzten Jahr mehr gibt – für die Einfuhr von schulischen Versuchsausrüstungen genutzt werden.

Kaninchenfleisch kann in den Lebensmittelbetrieben der Kreise verarbeitet werden. In Konserven wird es von den Schülern gern zum Bergwandern und ins Ferienlager mitgenommen werden. Auch die Volksarmee sollte man mit diesem Fleisch versorgen.

Die Mitglieder der Jugend- und Kinderorganisation sind aufgerufen, sich aktiv an der Schaffung von Wirtschaftswäldern zu beteiligen.

Hierbei geht es vor allem um die Aufforstung zum Zwecke der Papierherstellung.

In diesem Bereich haben wir momentan einen großen Engpaß. Obwohl in der letzten Zeit nicht wenige gute Romane geschrieben worden sind, können sie nicht in hoher Auflage gedruckt werden, weil es uns sehr an dem nötigen Papier mangelt.

Die Steigerung der Papierproduktion ist bei der Kulturrevolution von sehr großer Bedeutung. Selbst wenn künftig das ganze Land an das Fernhnetz angeschlossen sein wird, braucht man Papier zum Schreiben und zum Drucken von Büchern.

Wir haben die Absicht, im zweiten Planjahrsiebt eine revolutionäre Wende in der Papiererzeugung herbeizuführen. Um den ständig wachsenden Bedarf zu decken, sind mindestens 500 000 t Papier pro Jahr notwendig. Zur Meisterung dieses Vorhabens ist es unerlässlich, einen modernen Großbetrieb und gleichzeitig für jeweils drei Kreise eine mittlere oder eine kleine Papierfabrik zu errichten. Natürlich wäre es besser, wenn es in jedem Kreis eine solche gäbe. Aber wenn die entsprechenden Rohstoffe fehlen, nützen uns auch noch so viele Papierwerke nichts.

Gegenwärtig wird das Papierwerk „18. November“ gebaut. Es wird nach seiner Fertigstellung jährlich 200 000 Festmeter Holz benötigen. Auch in Haeju ist solch eine Fabrik geplant, aber ihre Rohstoffbelieferung ist noch nicht geklärt. Ursprünglich wollte man dort Schilfrohr aus Ongjin verwenden, das dort jedoch – wie sich jetzt herausstellte – schlecht gedeiht. Reis- und Maisstroh wären zwar geeignete Ausgangsstoffe, müssen aber aufgrund der starken arktischen Kälteeinflüsse für die Produktion von Humus genutzt werden.

Am besten läßt sich aus Holz Papier herstellen. Auch gegenwärtige internationale Tendenzen zeigen, daß man hauptsächlich diesen Rohstoff und nicht Reis- oder Maisstroh nutzt. Um die Papierproduktion steigern zu können, müssen große Wälder angelegt werden, die für diese Zwecke Holz liefern. Der Jugendverband und die Kinderorganisation sind aufgerufen, viele schnellwüchsige Bäume anzupflanzen, um die Papierrohstofffrage lösen zu helfen.

Gemäß den bisherigen Erfahrungen wächst die Pyongyang-Pappel

am schnellsten. Diese Bäume, die vor rund 10 Jahren an der Straße nach Mangyongdae eingesetzt worden sind, haben schon eine beträchtliche Größe erreicht. Die Schulen sind verpflichtet, in ihrer Umgebung, an Ufern und Straßen in großer Menge Pyongyang-Pappeln anzupflanzen. Dieser Baum muß insbesondere in den Bezirken Nord-Phyongan und Jagang verstärkt kultiviert werden. Außer ihm gibt es nicht wenige andere schnellwüchsige Baumarten. Die Schulen haben die Aufgabe, viele dieser schnellwüchsigen, als Papierrohstoff geeigneten Gehölze zu pflanzen und sich dabei von den zuständigen Funktionären beraten zu lassen.

An Hügeln sind Sträucher einzusetzen, aus denen sich normales Schreibpapier erzeugen läßt. Unter Zusatz von Bleichmitteln kann auch qualitätsgerechtes Papier hergestellt werden.

Für eine großangelegte Aufforstungskampagne ist die Frage der Baumsetzlinge zu lösen. Ungenutztes Land, wo man Baumschulen anlegen kann, ist allorts vorhanden. Dabei denke ich z. B. an die Umgebung der Chongchon-Brücke und an das Mündungsgebiet des Taeryong-Flusses. Wenn die Mitglieder der Jugend- und Kinderorganisation die Uferzonen nutzbar machen, kann man große Flächen für Baumschulen gewinnen. Baumsetzlinge nehmen durch Hochwasser in der Regenzeit keinen Schaden. Wenn nach dem Absinken des Wassers Schmutz, der sich auf den Blättern abgesetzt hat, mit Wasser weggespült wird, welken die Junggehölze nicht, sondern erholen sich zu neuer Frische.

Zugleich muß man sich um die Aufforstung von Ölbaumwäldern bemühen.

Das ist eine bedeutsame Aufgabe zum Wohle der kommenden Generationen. Der Jugendverband und die Kinderorganisation sollten die hierbei bislang erreichten Ergebnisse auswerten und weitere diesbezügliche Vorhaben energisch in Angriff nehmen.

# **FÜR EINEN GROSSEN FANGERTRAG DURCH DIE WEITERENTWICKLUNG DER FISCHWIRTSCHAFT**

**Rede auf der Beratung der Funktionäre der Fischwirtschaft**

*14. Februar 1978*

Im vergangenen Winter wurde viel *Myongthae* (Alaskapollak) gefangen. Es war der bislang höchste Fangertrag, obwohl wir schon immer große Mengen dieses Fisches angelandet haben.

Im Namen des ZK der PdAK, der Regierung der Republik und in meinem eigenen Namen spreche ich allen Arbeitern, Technikern und Angestellten der Fischwirtschaft, die im hinter uns liegenden Winter solch einen großen Erfolg erreicht haben, meinen Dank aus.

Die Weiterentwicklung der Fischwirtschaft ist von überaus großer Bedeutung dafür, die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern. Das verlangt die Lösung einiger Probleme, nämlich erstens des Getreide-, zweitens des Gemüse-, drittens des Fisch- und dann des Fleischproblems.

Vollständig überwinden konnten wir die Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Getreide- und Gemüseerzeugnissen. Nun harret lediglich die Eiweißfrage noch einer Lösung.

Der schnellste und rationellste Weg hierbei besteht darin, große Mengen Fisch zu fangen. Die Versorgung mit eiweißhaltigen Stoffen läßt sich in unserem Land, das an drei Seiten vom Meer umgeben ist, bedeutend schneller und ökonomischer durch die Förderung der Fischwirtschaft sichern als durch die Weiterentwicklung der Viehwirtschaft. Zweifellos liefert Fleisch neben Eiweiß gleichzeitig Fette. Das heißt aber nicht, daß man unbedingt Fleisch essen muß, um

seinem Körper diese Nährstoffe zuzuführen. Fette kann man über entsprechende pflanzliche Produkte und Eiweiß über Fisch aufnehmen. Die Ernährung mit Fisch fördert den Stoffwechsel und die Gesundheit. Die Jugendlichen und Schüler werden in der Volksarmee groß und stämmig, weil sie viel mit Fisch und anderen nährstoffreichen Lebensmitteln versorgt werden.

Als ich mir einmal die gemeinsamen Darbietungen der Schüler-  
laienkünstler des ganzen Landes ansah, mußte ich feststellen, daß die Schülerinnen aus Sinpho groß und kräftig waren, die anderen hingegen nicht. Das lag daran, daß die Mädchen aus Sinpho viel Fisch aßen.

Die Partei schenkte der Förderung der Fischwirtschaft stets große Aufmerksamkeit, um den Tisch der Bevölkerung abwechslungsreicher zu decken. Aber aufgrund mangelhafter Tätigkeit der zuständigen Funktionäre gelingt es nicht, den erreichbaren Fangertag zu erzielen.

Während meiner Vor-Ort-Anleitung des Ostmeergebiets im Herbst 1976 machte ich mich mit der Sachlage der Fischwirtschaft vertraut, und dabei stellte ich fest, daß viele Fischer im Jahr nur drei Monate auf Fang waren und in den übrigen neun Monaten so gut wie nichts taten. Das wird in ihnen Trägheit und Faulenzerei erwecken und ihren revolutionären Elan herabsetzen. Um mit diesen Erscheinungen Schluß zu machen, habe ich auf der Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Ostmeergebiet mit Nachdruck gefordert, die Zahl der Fangschiffe zu erhöhen, sie universell einsetzbar zu machen und zu jeder Jahreszeit auf offener See Fischerei zu betreiben. Die zuständigen Funktionäre jedoch versäumten es, für die Meisterung dieser Aufgabe eine aufeinander abgestimmte organisatorische Arbeit zu leisten. Das ist der Grund, weshalb die Fischer im Ostmeergebiet auch im vergangenen Winter auf die althergebrachte Weise arbeiteten. Das Fischereiwesen kennt sich nur im winterlichen *Myongthae*-Fang aus, versteht es aber nicht, sich im Sommer mit Fischfang zu beschäftigen.

Den Werktätigen in der Fischwirtschaft ist es auch nicht gelungen, die Aufgaben, die ich im letzten Frühjahr auf der Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Westmeergebiet gestellt habe, befriedigend zu bewältigen.

Die leitenden Funktionäre und die Arbeiter dieses Zweiges sollten

die im Vorjahr beim Fischfang aufgetretenen Fehler so schnell wie möglich beheben und die Fischwirtschaft voranbringen, um die Erträge zu erhöhen.

Vor allem gilt es, zu allen Jahreszeiten auf dem Meer zu sein, um mehr Fisch zu fangen.

Voller Tatkraft muß man sich dafür einsetzen, im Sommer auf dem Ostmeer große Fängerträge zu erzielen.

Bisher haben sich die Beschäftigten der Fischwirtschaft im Ostmeer nur im Winter mit dem Fang befaßt, aber nicht im Sommer. Sie dachten bis jetzt nicht einmal daran, im März auf Fang hinauszufahren. Da man dortzulande im Sommer die Fischerei nur auf hoher See, nicht aber in den von der Küste 100 bis 150 sm entfernten Gewässern betreibt, fischen die Japaner in den Gewässern unseres Landes. Das heißt, wir lassen unsere Hausschweine weglaufen, nur um Wildschweine zu jagen. Die Japaner sollen zwar jährlich 50 000 bis 60 000 t Fisch in unseren Gewässern gefangen haben; wie hoch der Fangertrag aber wirklich ist, ob Hunderttausende oder Millionen Tonnen, wissen wir nicht. Die Japaner bitten uns derzeit, ihnen die Fischerei in unseren Territorialgewässern zu ermöglichen, und planen gegenwärtig, uns den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans zu schicken, um ein Fischfangabkommen mit uns abzuschließen.

Ich habe die Funktionäre der Fischwirtschaft mehrmals mit Nachdruck beauftragt, die Möglichkeiten der Tiefseefischerei zu erforschen. Statt dies zu tun und die Fischbestände zu untersuchen, behaupten sie, es gäbe in der Tiefsee keine Fische, und ließen sogar Veränderungen in den Lehrbüchern vornehmen.

Sie sind verpflichtet, sich von Passivität und Konservatismus loszusagen und voller Verantwortung die Arbeit zu organisieren, anzuleiten und zu kontrollieren, um vom März an im Ostmeer große Mengen Fisch aufzubringen. Dieses Jahr muß man intensiv darum ringen, auch im März viel anzulanden. Ob der Fischfang im besagten Monat möglich sein wird, kann man wohl erst auf See feststellen. Auf dem Ostmeer, etwa 100 bis 150 sm vom Festland entfernt, wird man sicher auf Fischschwärme stoßen. Ich schlage vor, in diesem März erst einmal auf See Erfahrungen zu sammeln, ungeachtet dessen, ob wir viel

oder wenig Fisch fangen.

Da im Sommer dort bisher kein Fischfang erfolgte, wissen wir auch noch nicht, welche Arten von Stand- und Wanderfischen es dort gibt.

Die Mitarbeiter des Fischereiinstituts Ostmeer des Instituts der Fischereiwissenschaften beim Ministerium für Fischereiwesen haben – wenn die Myongthae-Fangaison im Februar endet – die Aufgabe, ab März in den von der Küste 100 bis 150 sm entfernten Gebieten die Bestände allseitig zu erkunden. Dann werden sie die Fischschwärme lokalisieren können.

Das Ministerium sollte dafür zwei Verarbeitungsmutterschiffe sowie Fang- und Fischortungsschiffe einsetzen, damit sie die Schwärme aufspüren und fangen können. Die Ortungsschiffe haben in der Nähe der Mutterschiffe die Schwärme ausfindig zu machen und festzustellen, wo und wie ergiebig sie sind, in welcher Tiefe sie ziehen und wie hoch die Wassertemperatur ist. Das müssen sie dann den Fangschiffen per Funk mitteilen, damit diese sie mit Treib- und Grundschieppnetzen sowie mit Ringwaden fangen können.

Wenn die Funktionäre des Fischereiwesens im Ostmeergebiet und die dortigen Fischer im kommenden Sommer in den 100 bis 150 sm entfernten Gewässern große Mengen Fisch aufbringen, wird das ihr Interesse an der Küstenfischerei wecken, und sie werden nicht weiter bestrebt sein, zum Fang unbedingt auf die hohe See hinauszufahren, denn die Fahrt dorthin dauert mehr als zehn Tage, während man in die küstennahen Gebiete nur einen Tag unterwegs ist. Werden dazu noch etwa fünf Verarbeitungsmutterschiffe eingesetzt, können die Fangschiffe von dort viel Fisch anlanden. Das Ministerium und die jeweiligen Bezirksparteikomitees sollten die Fangflotten so organisieren, daß sie sowohl in den Küstengewässern als auch auf hoher See, sowohl in flachen als auch in tiefen Gewässern, sowohl während der Hin- als auch während der Rückfahrt Fisch aufbringen können.

Einschneidende Maßnahmen sind erforderlich, um im Westmeer die Fangerträge zu erhöhen.

Dort gibt es u. a. viele Schwebegarnelen, Garnelen, Sandaale und Harengula zunasi Bleeker, die den Appetit anregen.

Unmittelbar nach der Befreiung des Landes begab ich mich nach Haeju, um einer Massenkundgebung beizuwohnen. Dort wurde ich mit sehr schmackhaftem Harengula bewirtet. Nach Pyongyang zurückgekehrt, fragte ich meinen Onkel, der in Mangyongdae wohnte, ob das Westmeer reich an diesem Fisch sei. Er bejahte dies. Weil die Japaner ihn immer wieder belästigt hatten, indem sie plötzlich in seinem Haus erschienen und ihn fragten, ob ich nicht zurückgekommen sei, ging er, um sich der Beobachtung durch diese Horden zu entziehen, nach Hanchon, wo er sich mit dem Fischfang befaßte. Daher wußte er über die Fischvorkommen im Westmeer gut Bescheid.

Im Westmeergebiet ist es unerlässlich, die Küstenfischerei weiterzuentwickeln, um mehr Schwebegarnelen, Harengula und verschiedene andere Meeresprodukte anzulanden.

Da sich dort alle Fanggründe in den Küstengewässern befinden, muß man zum Fischen nicht unbedingt auf die offene See hinausfahren. Die Fischereibetriebe an der Westküste orientieren sich trotz des geringen Fangertrages weiter auf den Hochseefang. Manche von ihnen bringen sogar auf dem Meer vor Shanghai, China, Fisch auf, was nicht weiter als Verschwendung von Treibstoff ist. Aus diesem Grunde unterzog ich diese Praktik auf der vorjährigen Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Westmeergebiet einer Kritik und unterstrich mit Nachdruck, wie wichtig die Weiterentwicklung der Küstenfischerei ist.

Höhere Fangerträge im Westmeer setzen voraus, daß in der Nähe der Fanggründe Fischereizentren entstehen und die Zahl der Arbeitstage der Fangschiffe erhöht wird. Wenn die Fischer während der Fangsaison etwa drei oder vier Monate in diesen Stützpunkten bleiben und Fischfang betreiben, erhöhen sich die Fangtage der Schiffe, wodurch mehr Fisch gefangen werden kann. Sie würden sich sehr freuen, wenn sie sich danach etwa zwei bis drei Tage zu Hause um ihre Familien kümmern könnten. Da es aber zur Zeit solche Zentren nicht gibt, bringen die Fischer weder ausreichend Fanggut auf noch bleiben sie von Unannehmlichkeiten im Alltag verschont.

Gegenwärtig benötigen die Schiffe für die Fahrt zum Fangplatz und Rückfahrt mehr Zeit als für das Fischen selbst. Das stellten neben den Fischern einer Fischereigenossenschaft in der Stadt Songrim und des

Fischereibetriebes Sinuiju auch andere Fischer im Westmeergebiet, mit denen ich mich letztes Jahr unterhalten habe, fest. Es soll üblich sein, daß man in einer Fischereigenossenschaft zum Fischfang auf dem Meer vor Hanchon zwei Tage für die Hinfahrt, einen Tag für den Fischfang und zwei, bei verpaßter Flut sogar drei bis vier Tage für die Rückfahrt braucht. Auch die Fischer des Fischereibetriebes Sinuiju, die auf dem Meer vor Cholsan arbeiten, sollen für die Hin- und Rückfahrt jeweils zwei Tage benötigen und lediglich einen Tag fischen. Wie ich hörte, nehmen die Fangtage ab, weil die Fischer nach dem Verladen des Fanggutes im Fischereibetrieb nicht gleich, sondern erst nach einigen Tagen wieder auslaufen. Deshalb wies ich auf der Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Westmeergebiet darauf hin, daß in der Nähe der Fanggründe Fischereibasen errichtet, die Fänge dort angelandet und mit LKW bis zum Verbraucherort transportiert werden müssen.

Die Parteiorganisationen in diesem Gebiet und das Fischereiwesen treffen jedoch keine Maßnahmen, um diese Zentren kurzfristig zu schaffen und in Betrieb zu nehmen. Dabei ist das gar nicht so schwer. Es genügt, wenn dort eine Landungsbrücke zum Anlegen der Schiffe, Tanks zum Einsalzen und Salzlager entstehen. In diesen Zentren müssen künftig Kühlhäuser und Betriebe für die Herstellung von schuppenartigem Eis erbaut werden. Weil der gegenwärtige Fangertrag auf dem Westmeer niedrig ist, gibt es nur wenig Fisch, den diese Einrichtungen einzufrosteten hätten.

In den Fischereizentren müssen Leitungen zur Versorgung der Schiffe mit Wasser verlegt und auch Kraftstoffbehälter aufgestellt werden. Das Wasserproblem ist gegebenenfalls durch Querverbindungen zu Stauseen oder durch die Aushebung von Brunnen zu lösen. Damit sich die Schiffsbesatzung ausruhen kann, sollten in jedem Zentrum einige ländliche Unterkünfte, ein Ambulatorium, eine Badeanstalt und ein Friseursalon entstehen. Ich schlage vor, die Badeanstalten mit Duschen zu versehen, damit viele davon Gebrauch machen können. Einer der Friseursalons aus der Stadt könnte dorthin verlegt werden. Des weiteren muß man eine Verkaufsstelle einrichten, wo sich die Fischer alle erforderlichen Waren des täglichen Bedarfs, wie Seife, Streichhölzer, Zigaretten, Zahnbürsten und Zahnpasta,

kaufen können. Restaurants sind überflüssig, da jedes Schiff eine Kombüse hat.

Der Verwaltungsrat hat jedem Fischereizentrum einige LKW zur Verfügung zu stellen, damit die Fischer mit Gemüse, anderen Lebensmitteln und sonstigen Waren versorgt werden können.

Die Zentren sollten auch mit Telefonanschlüssen versehen sein, damit sich die Fischer jederzeit mit ihren Betrieben in Verbindung setzen können.

Laut dem Beschluß der Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Westmeergebiet sollten etwa zehn Fischereibasen entstehen, und zwar im Bezirk Süd-Hwanghae in der Nähe von Ongjin, Monggumpho und Unryul, im Bezirk Süd-Phyongan in der Nähe von Onchon, Jung-san, Sukchon und Mundok und im Bezirk Nord-Phyongan in Cholsan und Jongju sowie an der Mündung des Chongchon und auf der Insel Sinmi.

Bei der Schaffung der Fischereizentren im Westmeergebiet sollten die Betriebe aktiv mithelfen. Das Fischereiwesen wird nicht imstande sein, hohe Fangerträge zu erreichen, wenn es nicht wie die Landwirtschaft von ihnen nachhaltig unterstützt wird. Man muß endlich Schluß damit machen, nur Fisch zu fordern, aber keine Hilfe leisten zu wollen.

Außerdem sind diese Zentren gut zu leiten.

Die Werktätigen der Fischereibetriebe, -genossenschaften und nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden sind dazu anzuhalten, beim Fischfang auf dem Meer ein Zentrum zu nutzen, das ihrem Fangplatz am nächsten liegt. Also haben sich die Fischer nur auf den Fang zu spezialisieren, und die Fischereizentren haben das Fanggut zu verarbeiten.

Ein Fischereizentrum sollte einen Leiter und einige Mitarbeiter zur Verfügung haben und nach dem System der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten. Für ihre Benutzung sind bestimmte Gebühren zu entrichten. Die Fischer sollten für das Haarschneiden und die Nutzung der Badeanstalten zahlen. Den Fischereizentren obliegt es, das Fanggut entsprechend den Wünschen der Fischer an seine Bestimmungsorte, wie z. B. an Kaufhäuser, weiterzuleiten und die entsprechenden Kosten dafür einzukassieren. Sie haben wie ein

Vermittler mit dem von den Schiffen übernommenen Fanggut zu verfahren. Auf diese Weise sollten sie selbständig arbeiten.

Die Fischwirtschaft im Westmeer hat die Aufgabe, Maßnahmen für die Beschäftigung der Fischer einzuleiten, da sie im Winter, wenn das Meer zufriert, nicht zum Fang auslaufen können.

Die dortigen Fischer machen zwischen den sommerlichen Fangsaisons fast vier Monate lang so gut wie nichts. Der Bereich Fischereiwesen im Westmeergebiet sollte ihnen in dieser Zeit rund einen Monat lang das Studium ermöglichen und sie damit beauftragen, ihre Schiffe zu überholen sowie die Netze und anderen Fanggeräte auszubessern. Man muß sich Gedanken darüber machen, was man, falls noch Zeit übrig bleibt, in dieser Zeit zu tun hat. Den Fischern sind Bedingungen zu schaffen, damit sie auch im Winter nicht ohne Beschäftigung bleiben. Es gibt für den Menschen nichts Unvernünftigeres als ein Leben ohne Arbeit.

Der Zweiten Wirtschaftsabteilung des ZK der Partei, dem Verwaltungsrat und den zuständigen Bezirksparteikomitees obliegt es, sich nach dem Stand der Schaffung der Fischereizentren zu erkundigen und schnellstmöglich entsprechende Schritte einzuleiten. Besonders die Verantwortlichen Sekretäre und die Sekretäre für ökonomische Angelegenheiten der Bezirksparteikomitees sind verpflichtet, voller Verantwortung die Errichtung dieser Basen persönlich zu organisieren.

Ein großer Fangertrag setzt viele moderne Schiffe voraus.

Zur Anlandung großer Mengen Fisch im Ostmeer müssen Schiffe vom Stapel laufen, die selbst bei schwerem Seegang Fischfang betreiben können. Das Ostmeer hat im Gegensatz zum Westmeer häufig hohen Wellengang – besonders im Dezember. Da man aber bisher keine entsprechenden Schiffe baute, müssen die Fischereibetriebe am Ostmeer jedes Jahr im Winter, wenn es dort große Schwärme von *Myongthae* gibt, rund 20 Tage auf ihre Fangfahrten verzichten. Geht man davon aus, daß sie täglich ca. 15 000 t *Myongthae* fangen, gehen ihnen in dieser Zeit also etwa 300 000 t Fisch verloren. Deshalb ist es unumgänglich, eine Vielzahl von Schiffen zu bauen, die auch bei ungünstiger Witterung und starkem Seegang arbeiten können. 1000-Tonner sind nicht schlecht, aber es ist fraglich, ob sie diesen

Anforderungen gerecht werden können. Früher ist zwar schon einmal solch ein Schiff gebaut worden, aber manche Funktionäre der Fischwirtschaft haben es gleich als unbrauchbar abgeschrieben, ohne es auch nur ein einziges Mal eingesetzt zu haben, weshalb die Produktion weiterer Schiffe dieser Tonnage eingestellt wurde. Das zeugt davon, daß sich bei ihnen wie bei manchen Bauern immer noch der Konservatismus hält, der sich darin äußert, daß sie nicht für das Neue aufgeschlossen sind, sondern auf dem Alten bestehen.

Bei meinen persönlichen Anleitungen der Landwirtschaft konnte ich in den letzten Jahren feststellen, daß manche Bauern den neuen Agrarmethoden mit Skepsis begegnen und sie nicht akzeptieren wollen. Sie sind erst dann bereit, sie zu übernehmen, wenn die Praxis sie von ihren Vorteilen überzeugt hat. Besonders hartnäckig war man im Bezirk Hamgyong – dort führte man die neuen Methoden erst nach rund vier Jahren ein. Die Bürger vom Bezirk Süd-Phyongan sind da ein wenig besser, obgleich sie sich ebenfalls drei Jahre lang geweigert haben, die Methode der Aufzucht von Reissetzlingen in Frühbeeten einzuführen, was uns großen Ärger bereitet hat. Auch im vergangenen Jahr hat dieser Bezirk die Frühbeete noch mit offenen Gräben anstatt mit Dräns versehen.

Es hieß, ein Schiff mit 1000 tdw könne zwar einen hohen Fangertrag erzielen, wäre aber bei starkem Wellengang nicht mehr seetüchtig. Daran ist jedoch allein die Konstruktion schuld. Wird sie einwandfrei ausgeführt, ist auch die Sicherheit garantiert. 1000-Tonner scheinen mir dagegen zu groß zu sein.

Es wäre zu begrüßen, wenn viele 400-PS-Schiffe gebaut würden. Wegen schweren Seegangs sollen sie im Dezember 1973 zwei, 1974 drei, 1975 fünf und 1976 drei Tage nicht ausgelaufen sein.

Es empfiehlt sich, die Produktion dieser Schiffe zu erweitern und jährlich mindestens 30–40 von ihnen vom Stapel laufen zu lassen. Der Bau von Schiffen dieser Leistungsklasse ist nicht allzu schwer. Es sind Maßnahmen einzuleiten, um mehr von ihnen mit Stahlblechen aus eigener Produktion herzustellen.

Welches Schiff auch bei hohem Wellengang noch seetüchtig ist, sollte man nach eingehenden Beratungen mit den zuständigen

Funktionären ermitteln. Vor allem hat man konkret die Form und die Tonnage der Schiffe zu untersuchen, ehe man weitere baut. Das ist deshalb so wichtig, weil man einmal gebaute Schiffe nicht einfach wieder abschreiben kann.

Der Leiter einer bei uns weilenden Parteidelegation eines nordeuropäischen Landes erzählte mir, daß die Schiffe bei ihnen 100 Jahre lang eingesetzt werden und es immer noch viele Wasserfahrzeuge mit Glühkopfmotoren gibt. Obwohl jenes Land auf eine entwickelte Maschinenbauindustrie und Fischwirtschaft verweisen kann, macht es immer noch Gebrauch von Fangschiffen mit solchen Motoren.

Wir brauchen auch 3750-Tonner. Das ist eine Vorbedingung für die Hochseefischerei. Diese Schiffe lassen sich auf offenem Meer ohne weiteres einsetzen.

Ihre gesteigerte Produktion ermöglicht auch den Fischfang in den Gewässern anderer Länder. Viele nichtpaktgebundene Staaten gestatten es uns, in ihren fischreichen Hoheitsgewässern zu fischen, denn es ist ja sowohl für sie als auch für uns von Vorteil, wenn wir rund 30–50 % des Fanges ihnen überlassen und den Rest selbst verbrauchen. Der Ministerpräsident eines blockfreien Staates beabsichtigt, uns in diesem Jahr einen Besuch abzustatten, und bei dieser Gelegenheit wollen wir mit ihm die Frage des Fischfangs erörtern.

Ich schlage vor, die Werft Wonsan in einen Betrieb umzufunktionieren, der sich auf den Schiffsbau spezialisiert. Sie ist damit zu beauftragen, jährlich jeweils zwei Mutterschiffe mit 20 000 und 15 000 tdw herzustellen.

Nur wenn sie während der *Myongthae*-Saison auf dem Meer im Einsatz bleiben, können sich die kleinen Schiffe auf sie stützen und große Mengen Fisch aufbringen. Hohe Fangerträge lassen sich erst dann erzielen, wenn die Mutterschiffe an einer bestimmten Stelle verbleiben und den 400-PS-Schiffen ständig ihre Ladung abnehmen, die weiter den Fang zu betreiben haben, anstatt immer wieder damit den Hafen anzulaufen.

Gut wäre es, wenn daneben durch die Steigerung der Produktion viele Kähne in der Fangsaison von *Myongthae* auf die See hinaus- und dann, mit Fanggut beladen, wieder zurückgeschleppt würden.

Eine Werft soll einen Schleppkahn mit 300 tdtw hergestellt haben. Es wäre angebracht, ihn mit einem Eigenantrieb zu versehen. Mit Kabinen und einem Gesellschaftsraum braucht er nicht ausgestattet zu werden, sondern nur mit einer Kapitänskajüte und einem Maschinenraum, denn er fährt nicht auf die offene See hinaus, sondern befördert nur den Fang aus den Küstengewässern. Wenn Fischfrachter gebaut werden müssen, dann eben nicht 300-, sondern 800- oder 1000-Tonner.

Das Ministerium für Fischereiwesen soll versuchsweise einen Frachter bauen. Wenn er sich bewährt, ist seine Produktion aufzunehmen.

Den Fischereibetrieben am Ostmeer sollten keine Schiffe mit weniger als 400 PS zur Verfügung gestellt werden. Die derzeitigen 200-PS-Fangschiffe sind abzuschreiben, wenn sie defekt werden. Sie sind nur für die kleine Küstenfischerei geeignet. Die Fischereigenossenschaften werden solche Wasserfahrzeuge gut gebrauchen können.

Die Fabriken sollten ebenfalls selbst Schiffe bauen, um nebenwirtschaftlich große Mengen Fisch zu fangen.

Im Westmeer ist der Fischfang ohne weiteres auch mittels kleiner Schiffe mit drei, vier, sechs oder acht Mann Besatzung möglich. Man braucht sie nur mit einem 16-PS-Motor vom Traktor „Jonjin“, mit einem 28-PS-Motor vom Traktor „Chollima“, mit einem 75-PS-Motor vom Traktor „Phungnyon“ oder mit einem 100-PS-Motor, die auch bei uns hergestellt werden, auszustatten.

Bei Mangel an Stahlblechen sollten in den westlichen Gebieten Fangschiffe aus Holz gebaut werden, die sich bei guter Qualität 15 bis 20 Jahre lang einsetzen lassen.

Das Ministerium für Fischereiwesen hat dieses Jahr plangemäß Fangschiffe herzustellen, und zwar mit einheimischen Motoren.

Die Wasserfahrzeuge der Fischereibetriebe im Westmeergebiet sind zu motorisieren und zu modernisieren. Das ermöglicht es den Fischern, bei leichter Arbeit mehr Fisch zu fangen. Darauf wurde zwar auf der vorjährigen Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens im Westmeergebiet hingewiesen, es gibt aber immer noch viele Schiffe, die nicht motorisiert sind. Für die kurzfristige Realisierung dieser Aufgabe

sind Traktorenmotoren bereitzustellen.

Ein hoher Fangertrag setzt ferner voraus, die Fischortung gezielt durchzuführen.

Das Ministerium für Land- und Seetransport ließ zwei moderne Fischortungsschiffe vom Stapel laufen, die bis März fertiggestellt und dem Ministerium für Fischereiwesen übergeben werden müssen, wofür das Ministerium für Maschinenbau Elektrokabel, Diesel- und Elektromotoren und andere notwendige Ausrüstungen und Materialien schnellstens auszuliefern hat. Auf diese Weise sind sie dann ab April für die Erkundung von Fischschwärmen einzusetzen.

Die zuständigen Komitees und Ministerien, darunter die Ministerien für Chemie- und für Leichtindustrie, sollten die für den Bau von Fischortungsschiffen erforderlichen Materialien konzentriert bereitstellen.

Auch die Fischortungsschiffe, die sich im Westmeer befinden, sind mit weiteren Ausrüstungen zu versehen, damit sie ihre Arbeit intensivieren können.

Das Ministerium für Volksstreitkräfte sollte dabei durch den Einsatz seiner Flugzeuge helfen. Meines Erachtens wäre es angebracht, auf einem beliebigen Flugplatz ständig Maschinen bereitzuhalten, damit sie bei Anforderung durch die Fischereibetriebe im Ostmeergebiet sofort starten können.

Verschiedenartige Geräte und moderne wissenschaftlich-technische Mittel und Materialien, die für die Fischerei notwendig sind, müssen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Zur Zeit vermißt man das noch, besonders im Westmeergebiet. Es ist nicht in Ordnung, nur hohe Fangerträge zu verlangen, ohne die erforderlichen Bedingungen zu schaffen.

Dem Verwaltungsrat und dem Ministerium für Fischereiwesen obliegt es, durchgreifende Maßnahmen einzuleiten, um die Schiffe mit den besagten Geräten, Mitteln und Materialien auszustatten.

Netze und andere Fanggeräte sind erforderlichenfalls bei uns selbst zu produzieren oder aus dem Ausland zu beziehen. Da sich die Zahl der Fangschiffe im Westmeergebiet stark erhöht hat, sind Netze einzuführen, selbst wenn dafür gewisse Summen Valuten ausgegeben werden müssen. Das trifft auch auf das Fischereiwesen im

Ostmeergebiet zu.

Nur solche Netze, die bei uns nicht hergestellt werden können, sind zu importieren, und für die Netze, zu deren Produktion wir imstande sind, muß Zwirn eingeführt werden. Man braucht doch nicht große Mengen an Devisen für die Einfuhr von Netzen auszugeben, die wir selbst erzeugen können, weil wir doch über entsprechende Fabriken verfügen. Durch die Verarbeitung von importierten Zwirnen kann man viele Valuten einsparen.

Das Ministerium für Leichtindustrie ist verpflichtet, dem Westmeergebiet für den Fang von Schwebegarnelen, Garnelen, Sandaalen und anderen Meeresprodukten engmaschige Netze zur Verfügung zu stellen.

Die Wollweberei Hamhung muß ausreichend mit Kohle versorgt werden, damit sie die Produktion von Vinalon-Streckgarn steigern kann.

Die Fangschiffe sind ferner mit Funkgeräten auszustatten. Das macht es ihnen möglich, ständig in Verbindung zu bleiben und durch armeeähnliches Operieren in großen Mengen Fisch zu fangen. Ich halte es für angebracht, im Fischereiwesen ein Funkkommandosystem einzurichten und auch Flotten zu organisieren, damit wie in der Armee vorgegangen wird.

Die großen Fangschiffe sollten Funkanlagen erhalten, mit denen man das Festland erreichen kann. Der Maschinenbau hat den Bedarf der Fischereibetriebe an diesen Apparaten zu decken, und zwar solche, die in den Kompanien der Volksarmee gebraucht werden.

Netzaufsichtsgeräte sind aus dem Ausland einzuführen. Ich schlage vor, etwa 100 solche Geräte zu importieren, denn ihr Einzelpreis beträgt nur etwa 3500 Pfund Sterling. Wir sollten sie aber auch selbst herstellen.

Dem Verwaltungsrat obliegt es, für das Fischereiwesen 1 Mio. Pfund Sterling abzuzweigen, damit es neben Netzen und anderen Fischfanggeräten auch wissenschaftlich-technische Mittel und Materialien einführen kann. Es hat dafür noch in diesem Jahr die entsprechenden Devisen für den Staat zu erwirtschaften.

Neben der Versorgung des Fischereiwesens mit Ausrüstungen und

Material ist auch die Kontrolle über ihre Aufbewahrung und Pflege zu intensivieren.

Da diese gegenwärtig vernachlässigt wird, gibt es dabei eine Reihe von Unzulänglichkeiten. Die Staatliche Kontrollkommission beim Zentralen Volkskomitee und die Kontrollkommissionen der Bezirksvolkskomitees haben streng zu überprüfen, wie das Fischereiwesen die Schiffe, Fanggeräte, Kühlhäuser und Lager etc. verwaltet.

Auch die Sektion Anleitung für die Fischereipolitik der Zweiten Wirtschaftsabteilung des ZK der Partei muß das Fischereiwesen stärker überwachen.

Des weiteren gilt es, die Fischverarbeitung zu modernisieren.

Dann kann man aus den gleichen Fischen schmackhaftere Produkte herstellen. Fisch enthält verschiedene Nährstoffe, weshalb er – sofern er gut verarbeitet wird – für die menschliche Ernährung geeigneter ist als Fleisch.

Derzeit setzen sich unsere Funktionäre aber nicht intensiv genug dafür ein, die Fischverarbeitung zu modernisieren, und lassen dies auf Gutglück vorankommen. Sie verhalten sich gegenüber der Versorgung der Bürger damit gleichgültig. Da wir ausreichend Fisch fangen, könnten wir den Tisch der Bevölkerung abwechslungsreicher decken, wenn die Verarbeitung modernisiert würde. Daher ist es unerlässlich, entsprechende moderne Methoden zu erforschen und in größeren Mengen vielfältigere und schmackhaftere Erzeugnisse zu liefern.

Die Verarbeitung von *Myongthae* ist zu verbessern.

Dieser Fisch ist bei uns sehr beliebt. Er enthält verhältnismäßig wenig Fett, aber viel Eiweiß und Kalzium, ist daher gesund und zudem wohlschmeckend. Aus seinen Rogen und anderen Innereien lassen sich Marinaden herstellen, seine Leber findet für Nahrungsmittel und Medikamente Verwendung. Von ihm muß man so gut wie nichts wegwerfen. Er hat auch nicht den intensiven, unangenehmen Fischgeruch. Deshalb haben die Koreaner seit alters her den Tisch für einen Verstorbenen auch mit *Myongthae* gedeckt. Anscheinend bevorzugten auch unsere Vorfahren diesen Fisch.

Da er nicht schlecht riecht, haben auch die aus ihm bereiteten Pelmeni und Würste einen guten Geschmack. *Myongthae*-Wurst

schmeckt z. B. wunderbar, wenn man ihn nach dem Ausweiden mit seiner Leber, seinem Rogen und mit Fleisch füllt. Bei sorgfältiger Verarbeitung ist er auch als Imbiß für Kinderkrippen- und Kindergartenkinder sowie für Schüler und Reisende gut geeignet.

Gegenwärtig werden zwar hunderttausende Tonnen *Myongthae* gefangen, aber unbefriedigend verarbeitet. Unsere Bürger können daraus nur Suppen, Rogenmarinaden und andere Zuspeisen anfertigen. Etwas anderes ist ihnen nicht bekannt. Die Rogenmarinade macht man zu salzig und zu scharf, so daß sie ungesund ist. Das Fischereiwesen hat die Verarbeitung von *Myongthae*, der bei uns in großen Mengen gefangen wird, zu modernisieren, um ihn schmackhafter verarbeiten zu können.

Auch Sandaale, Garnelen und Muscheln etc. müssen besser verwertet werden.

Sie enthalten viel Eiweiß, Kalzium und verschiedene andere Nährstoffe.

Die Tendenz in der Welt geht zu einem höheren Verbrauch dieser Meeresprodukte. Kohl- oder Spinatsuppe schmecken z. B. ausgezeichnet, wenn man ihnen etwas Sandaal oder Garnele zugibt. Mit getrocknetem Muschelfleisch gebratene Rüben sind ebenfalls sehr schmackhaft.

Unsere Funktionäre aber lassen aus Garnelen und Muscheln nur Marinaden herstellen. Sie werden von unseren Bürgern zweifellos gern gegessen und müssen daher auch in großen Mengen angeboten werden, damit allein kann man aber den Speiseplan unserer Bevölkerung nicht abwechslungsreicher gestalten. Man hat aus ihnen zahlreiche andere verschiedenartige Produkte zuzubereiten.

Die Verarbeitung von Harengula bedarf ebenfalls einer Verbesserung.

Es handelt sich dabei um einen schmackhaften, fettreichen Kleinfisch. Das Fischereiwesen sollte daraus Konserven herstellen. Wenn das Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ im kommenden Jahr Weißbleche produziert, können für die Bevölkerung Fischkonserven in beliebiger Menge geliefert werden.

Schwebegarnelen muß man vor allem einlegen.

Ihre Marinaden sind appetitanregend, kalziumreich und wohlschmeckend, so z. B. zu einer Schale voll Reis und grünem

Paprika. Man kann damit auch Suppen und *Kimchi*-Salat verfeinern. Die Anwohner des Flusses Taedong haben sich früher anstelle des Gewürzes *Toenjang* häufiger Schwebegarnelen-Marinade zubereitet. Sie kann dieses Gewürz ersetzen. Künftig sollte man sie industriell oder in Fässern und Bottichen herstellen.

Ferner sind gezielte Untersuchungen zur Nutzung von Haifischleber anzustellen.

Angaben zufolge macht die Leber eines Blauhais 25 % des gesamten Gewichts aus und besteht zu 75 % aus Öl. 90 % des Lebertrans sollen sich aus Squalen zusammensetzen, das man als Ausgangsstoff für wirksame Medikamente verwendet. Squalen soll stark osmotisch sein und eine wiederbelebende, sterilisierende, neutralisierende und lähmende Wirkung haben. Es soll besonders wirksam bei der Behandlung von solchen Krankheiten wie Tbc, Hämorrhoiden, Leberkrebs, Asthma, Hypertonie und Hepatitis sein. Die Anwendung von Squalenarzneien soll das Altern und das Ergrauen der Haare verzögern. Auch in den Büchern der traditionellen koreanischen Medizin steht geschrieben, daß die Leber von Blauhais wirksam hilft, den Organismus zu entgiften.

Andere Länder extrahieren aus der Haileber Squalen und stellen daraus Injektionen und verschiedene andere Medikamente her. Unsere Ärzte und Wissenschaftler hingegen führen keinerlei Forschungsarbeit darüber durch.

Die Medizin ist verpflichtet, auf diesem Gebiet aktiver zu werden und aus Squalen vielfältige Arzneimittel zu gewinnen. Dann können wir Hepatitis und etliche andere Krankheiten bekämpfen. Da bei uns gegenwärtig schon Lebertran und Injektionen aus Insam und jungem Hirschgeweih produziert werden, müßten wir auch ohne weiteres in der Lage sein, wirksame Medikamente aus Squalen herzustellen.

Des weiteren sind Schritte zur Lagerung von Fisch einzuleiten.

Das ist nicht weniger wichtig als der Fischfang selbst. Wenn wir durch einschneidende Maßnahmen große Mengen Fisch lagern, können wir die Bevölkerung zu allen Jahreszeiten damit versorgen. Ein noch so großer Fangertrag bleibt letzten Endes ohne Nutzen, wenn er nicht entsprechend aufbewahrt wird. Es muß unbedingt rechtzeitig für eine

gute Lagerung des Fanggutes gesorgt werden.

Leider ist die Fischwirtschaft gegenwärtig in dieser Hinsicht recht inaktiv. Es gibt zwar mehr als 10 Kühlhäuser mit jeweils 10 000 t Lagerkapazität, sie allein reichen aber für die riesigen Mengen Fisch nicht aus.

Es müssen Methoden der Lagerung von nicht ausgenommenen Fischen erforscht werden. Materialien zufolge wird in einem Land der Fisch in gesättigter Salzlösung eingelegt.

Dieser Methode gleicht der Vorschlag des Ministeriums für Fischereiwesen, im Freien Tanks zum Einsalzen von unverarbeitetem Fisch aufzustellen. Dadurch soll sich das Einlegen mechanisieren und schneller bewerkstelligen lassen. Da wir dieses Verfahren noch nicht getestet haben, können wir aber noch keine klare Aussage darüber treffen.

Es hat zweifellos eine Reihe von Nachteilen. Für Privatunternehmen in kapitalistischen Ländern, die nur wenig Fisch aufbringen, mag es geeignet sein, aber nicht für unsere staatlichen Betriebe mit ihren großen Fangresultaten. Der Fisch könnte faulen, wenn man ihn massenweise unverarbeitet in den Tank füllt. Die Salzlösung soll bei einer bestimmten Konzentration die Vermehrung von Bakterien fördern. Manche Bakterien sollen sich in 1–2%iger Salzlösung rapide vermehren. Die Methode des Fischeinsalzens in gesättigten Salzlösungen macht es deshalb nicht möglich, Fisch in großen Mengen haltbar zu machen. Unsachgemäßes Vorgehen dabei führt zum Abbau von Eiweiß, Fetten, Kohlenhydraten und Vitaminen, die im Fisch enthalten sind. Ferner verlangt dieses Verfahren eine Unmenge von Zement, Stahl, Holz, Elektromotoren, Pumpen und anderen Ausrüstungen und Materialien. Schon das Einsalzen von 200 000 t Fisch setzt den Bau von mindestens 200 Tanks mit einem Fassungsvermögen von 1000 t voraus, wofür zehntausende Tonnen Zement notwendig sind. Damit die Fische im Tank nicht faulen, muß gerührt und die Sole ausgewechselt werden, was wiederum u. a. hunderter Elektromotoren, Pumpen und Rührer bedarf. Die Methode des Fischeinlegens in gesättigten Salzlösungen ist also kein gutes Verfahren, das breit verallgemeinert werden sollte.

Bei unsachgemäßer Anwendung könnte das gesamte mit Mühe angelandete Fanggut faulen und zur Verschwendung von vielen Ausrüstungen und Materialien führen.

Nach dem Krieg errichteten wir unzählige Tanks zum Einlegen von Makrelen, was sich aber als nutzlos erwies. Seinerzeit sagten die leitenden Mitarbeiter des Fischereiwesens, daß alljährlich große Makrelenschwärme durch unsere Küstengewässer ziehen, und schlugen mir vor, Tanks zum Einsalzen zu erbauen. Ich stimmte diesem Vorschlag zu und ließ trotz der dadurch entstehenden Zementknappheit im Wohnungsbau solche Tanks errichten, nur um die Bevölkerung mit Fisch versorgen zu können. Aber seit dem darauffolgenden Jahr wurden keine Makrelenschwärme mehr in den Küstengewässern des Ostmeeres ausfindig gemacht, so daß die Tanks zu nichts nützten. Sicherlich gibt es davon noch viele.

Das Ministerium für Fischereiwesen beabsichtigt erneut, viele Tanks zum Einsalzen von Fisch zu errichten, was jedoch zu unterbleiben hat. Da man noch keine Erfahrungen mit dem Einlegen von Fisch in gesättigter Salzlösung hat, könnte der unüberlegte Bau von unzähligen Behältern zu einer ebensolchen Vergeudung von Ausrüstungen und Materialien führen wie ehemals das Anlegen der Makrelentanks. Diese Methode sollte erst einmal versuchsweise angewandt werden.

Das Einsalzen von ausgenommenen Fischen in Holzfässern wird zwar seit alters her bei uns praktiziert, ist aber für eine massenweise Verarbeitung ungeeignet. Außerdem könnten wir gar nicht so viele Arbeitskräfte stellen, wie zum Ausweiden von Fisch benötigt würden. In irgendeinem Winter war einmal so viel *Myongthae* angelandet worden, daß sogar die Mitglieder des Politkomitees des ZK der Partei und die stellvertretenden Ministerpräsidenten veranlaßt wurden, sich um das Ausweiden der Fische zu kümmern. Auch gegenwärtig werden zu diesen Arbeiten im Winter noch viele Bürger mobilisiert, was in Zukunft jedoch abzubauen ist.

Vorteilhafter als das Haltbarmachen durch Einsalzen ist das Einfrieren. Es ermöglicht uns, die Bevölkerung bis zum Beginn der sommerlichen Fangsaison mit dem im Winter in reichlichen Mengen aufgebrauchten und frisch gehaltenen Fisch zu versorgen und viele

Arbeitskräfte einzusparen, die für die Ausweidearbeiten hätten bereitgestellt werden müssen. Wenn wir die 15 000 t *Myongthae*, die wir gegenwärtig täglich fangen, tiefkühlen, kann der Bevölkerung das ganze Jahr über Frischfisch angeboten werden. Auf Lager liegen bereits rund 140 000 t Gefrierfisch, der sich kaum von Frischfisch unterscheidet.

Das Einfrosteln von in Amorphakörben abgepacktem Fisch in Tiefkühlzellen ist sowohl für den Transport mit der Eisenbahn als auch für die Lagerung vorteilhaft. In den vorhandenen vielen Kühllagern lassen sich große Mengen Gefrierfisch aufbewahren. Dort, wo es diese Lager nicht gibt, sollte man den gefrorenen Fisch in einem kühlen Waldstück aufschichten oder in einem Waldgebiet Zwischenlager errichten. Ein an einem schattigen Platz mit Sägespänen abgedeckter Eiswürfel hält sich bis Mai. Bewahrt man den Gefrierfisch abgedeckt an einer kühlen Stelle auf, wird er lange nicht schmelzen. Würde er an solchen Orten wie den Bergpässen Masik und Yangdok gelagert, könnte er lange in gefrorenem Zustand erhalten werden. Es ist angebracht, in diesen Orten Holzbaracken zur Lagerung von Gefrierfisch zu errichten.

Die Fischwirtschaft hat die Aufgabe, Tiefkühlhäuser zu erbauen, damit das Fanggut unverzüglich eingefrostet werden kann.

Das ist absolut unproblematisch, da wir über Zement und Stahl verfügen und auch Tiefkühlanlagen herstellen. Zwei der derzeitigen Kühlbetriebe sollten in Tiefkühlhäuser mit einer Tagesleistung von 10 000 t umgebaut werden. Man braucht dort nur die vorhandenen Gefrierzellen aufzustellen. Die Tiefkühlung von Fisch dauert 4 Stunden, kann also innerhalb eines Tages sechsmal wiederholt werden. Die besagten beiden Tiefkühlhäuser könnten folglich täglich 20 000 t Fisch einfrosteln. Das würde uns in die Lage versetzen, jeden noch so großen Fang noch am selben Tag tiefzukühlen.

Meiner Meinung nach wäre es allerdings besser, einen neuen, modernen Tiefkühlbetrieb mit einer Tagesleistung von 2000 t zu projektieren und in diesem Jahr etwa zwei und im kommenden Jahr weitere drei bis vier solcher Einrichtungen zu errichten. Ich schlage vor, dieses Jahr jeweils ein solches Kühlhaus in Yanghwa oder Tanchon zu erbauen, weil dort große Mengen Fisch gefangen werden. Da in der

Stadt Tanchon viele Arbeiter wohnen und das Meer davor fischreich ist, empfiehlt sie sich für dieses Vorhaben. Wenn man den dort eingefrorenen Fisch am Fuße der Berge in der Schlucht Komdok lagert, wird er sich bis Mai halten.

Das Tiefkühlhaus ist so zu projektieren, daß der gesamte Verarbeitungsprozeß – vom Abfüllen der Fische in die Behälter bis hin zum fertigen Gefrierfisch – eine Fließstraße darstellt. Das Fanggut aus dem Meer ist sauber und bedarf daher keiner Säuberung. Beim Abfüllen in Behälter muß durch Rütteln das Entstehen von Hohlräumen verhindert werden. Dann sind die Fische mit einem Förderband oder einer Lore in eine Tiefkühlzelle zu befördern. Nach vier Stunden ist der nunmehr gefrostete Fisch durch neue Fischbehälter zu ersetzen.

Beim Gefrierprozeß muß die Temperatur nicht allmählich und stufenweise, sondern mit einem Schlag herabgesetzt werden. Es empfiehlt sich, den Fisch bei mindestens minus 40 °C einzufrieren. Erst dann sterben alle Bakterien im Fisch ab, so daß er nicht verfault.

Die Tiefkühlhäuser müssen mit großen Kühlanlagen versehen sein, die zur Zeit jedoch noch nicht bei uns produziert werden. Ihre Herstellung und Lieferung an die Kühlhäuser wäre sehr zu begrüßen. Auch die Chemieindustrie hat einen großen Bedarf daran. Der Maschinenbau hat deshalb Maßnahmen einzuleiten, um sie zu entwickeln.

Der Verwaltungsrat sollte eingehend die Frage der Projektierung und des Baus von Tiefkühlhäusern erörtern.

Auch die zuständigen Parteiorganisationen müssen der Verarbeitung von Fisch viel Beachtung schenken. Sie haben sich verstärkt ideologisch damit auseinandersetzen, daß der Fisch verfault oder verschwendet wird.

Des weiteren hat eine gezielte Züchtung von Meerespflanzen und Mollusken zu erfolgen.

Palmen- und Seetang sind sehr gesund, erhalten jung und tragen zu einem langen Leben bei. Sie fördern insbesondere das Wachstum und die Gesundheit der Kinder. Die Versorgung der Kinderkrippen- und Kindergartenkinder mit gut verarbeitetem Palm- und Seetang garantiert deren Gesunderhaltung. Auch bei der Behandlung

verschiedener Krankheiten haben sie sich als sehr wirksam erwiesen. Die Schwellungen bei Wöchnerinnen gehen z. B. sofort zurück, wenn sie Palmen- oder Seetang zu sich nehmen. Diese Meerespflanzen werden seit alters her viel von den Koreanern gegessen.

Auch die japanische Küche kennt sie schon seit langem. Als die japanischen Imperialisten unser Land erobert hatten, plünderten sie auch unsere Ressourcen an Palmentang, Seetang und anderen Meerespflanzen. Unter den Gütern, die wir während des bewaffneten antijapanischen Kampfes von ihnen erbeuteten, befand sich auch verarbeiteter Palmentang. Die Angehörigen der „Strafexpeditionen“ trugen Tüten bei sich, die pulverisierte Sandaale und das Gewürz *Toenjang* mit gerebeltem Palmen- und Seetang enthielten. Dies lösten sie in kaltem oder kochendem Wasser auf und aßen es sozusagen als kalte bzw. warme Suppe.

Mittlerweile haben auch die Europäer die gesundheitsfördernde Wirkung dieser Meerespflanzen erkannt und damit begonnen, sie für ihre Ernährung zu nutzen.

Im Ost- und Westmeer unseres Landes gibt es sehr viele Stellen, wo die Züchtung von Palmen- und Seetang möglich ist. Diese Meerespflanzen werden aber nur wenig gesammelt, weil sich die Funktionäre des Fischereiwesens statt auf ihre Aufzucht nur auf den Fischfang konzentrieren. Deshalb stehen sie nur den Wöchnerinnen genügend zur Verfügung, den übrigen Bürgern aber nicht.

Die Funktionäre der Fischwirtschaft sollten große Anstrengungen für die Aufzucht dieser Meerespflanzen unternehmen und jährlich 1 bis 1,5 Mio. t ernten.

Trotz günstiger Bedingungen für deren Aufzucht darf man nicht subjektivistisch vorgehen und einen überspannten Produktionsplan aufstellen. Es erweist sich als erforderlich, entsprechende Aufzuchtbasen zu schaffen und die Produktion stufenweise zu steigern. Eine Jahresernte von 1 Mio. t Palmen- und Seetang entspricht im getrockneten Zustand einer Masse von 100 000 t.

Die Erhöhung ihrer Produktion setzt voraus, Finanzmittel für die Schaffung von Aufzuchtbasen bereitzustellen. Manche glauben, die Produktion in der Fisch- und Landwirtschaft ließe sich auch ohne

Investitionen steigern, was jedoch ein gewaltiger Irrtum ist. Nichts fällt vom Himmel. Mißernten in den letzten Jahren haben in vielen Ländern eine Nahrungsmittelkrise verursacht, aber wir bringen jedes Jahr eine reiche Ernte ein. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir der Agrarwirtschaft große Bedeutung beigemessen und unsere Mittel konzentriert in sie investiert haben. Eine hohe Produktion von Palmen- und Seetang ist möglich, wenn die entsprechenden Finanzen für die Aufzucht bereitgestellt werden.

Für die Aufzucht von jungen Palmentangpflanzen sind Sommerbeete anzulegen. Das ist eine Voraussetzung zur Steigerung des Ertrages.

Auch die für die Aufzucht erforderlichen Flöße und Seile sind zur Verfügung zu stellen. Das gleiche gilt für Trocknungsanlagen. Da die Meeresküsten sehr feucht sind, stellt das Trocknen der Seepflanzen ein Problem dar. Es ist somit unumgänglich, die Aufzuchtstützpunkte mit entsprechenden Anlagen zu versehen und künftig, mit steigender Produktion, weitere zu liefern.

Des weiteren ist die Forschung über die Aufzucht dieser Meerespflanzen zu aktivieren.

*Halocynthia aurantium* ist massenweise zu züchten.

Dabei handelt es sich um Hemichordaten, die an Felsen auf dem Meeresboden leben und daher ohne weiteres gezüchtet werden können. Das Ostmeer ist dicht mit ihnen bevölkert.

Sie sind ein guter Devisenbringer. Im Ausland sollen verarbeitete *Halocynthia* sehr gefragt und teuer sein. Schon ein Glas einer daraus hergestellten Spirituose soll einen Dollar kosten.

In Zukunft müssen große Mengen davon für den Export gezüchtet werden. Sie eignen sich aber nicht als Massennahrungsmittel. Ihre Analyse ergab, daß sie Lysin, Threonin, Valin und andere lebensnotwendige Aminosäuren – den Bausteinen von Eiweißen – enthalten. *Halocynthia* setzen sich scheinbar hauptsächlich aus diesen Bestandteilen zusammen. Ferner enthalten sie, so hieß es, Kupfer, Zink, Mangan und andere verschiedene Spurenelemente, die für den menschlichen Organismus nützlich sind.

Weil man sich bei uns nicht gründlich mit der Lebensmittelforschung befaßt, weiß man noch nicht einmal darüber

Bescheid, ob Halocynthia eßbar sind oder nicht. Deshalb werden sie auch einfach weggeworfen, wenn sie am Palmentang hängenbleiben.

Im Ausland ist dieses Wassertier sehr gefragt. Daher soll es in großem Maßstab gezüchtet und exportiert werden. Dadurch wird man viele Valuten erwirtschaften können. Unsere Aufgabe ist es, künftig große Mengen sowohl gezüchteter als auch natürlich gewachsener Halocynthia auszuführen.

Ihre Verarbeitung muß verbessert werden. Man könnte sich die Methoden dazu zwar im Ausland aneignen, aber besser wäre es, wenn wir von unseren eigenen, darin erfahrenen Fachleuten – die es sicherlich geben wird – lernen würden.

Im Ministerium für Fischereiwesen sollten einige Mitarbeiter für die Aufzucht von Meerespflanzen und Mollusken zuständig sein.

Ferner muß der Umsatz von Fisch organisatorisch gut aufeinander abgestimmt werden.

Er ist über die Geschäfte und Direktverkaufsstellen für Meeresprodukte der Bevölkerung anzubieten. Im Sozialismus sind die Warenhäuser Versorgungsorgane für die Bevölkerung, weshalb eine gleichmäßige Lieferung voraussetzt, den Umsatz von Fisch über diese Häuser zu vereinheitlichen.

Bei einem großen Angebot in diesen oben genannten Geschäften und Direktverkaufsstellen können die Einwohner nach ihrem Bedarf Fisch kaufen, ohne dabei Schlange stehen zu müssen. In irgendeinem Jahr bot das Vereinigte Stahlwerk Kangson seinen Beschäftigten täglich einige Tonnen Fisch an. Die Kunden brauchten nicht anzustehen, nichts wurde unter dem Ladentisch verkauft und niemand reichte Beschwerden ein, weil immer der Fisch dar war. Ein ausreichendes Angebot in den Fischläden und -direktverkaufsstellen macht es überflüssig, daß die Mitarbeiter der Fischereibetriebe und -genossenschaften für die Verteilung von Fisch an Institutionen und Betriebe geschäftig hin und her laufen. Es darf aber auch nicht vorkommen, daß sie sich mit Fischprodukten wichtig oder beliebt machen. Anderenfalls ist eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Meeresprodukten nicht möglich.

Wenn die Funktionäre der Fischwirtschaft den Bestellungen man-

cher Betriebe unüberlegt nachkommen, können die unaufrichtigen Praktiken nicht beseitigt werden. Künftig bedarf es einer strengen Disziplin, um die Fischereiprodukte nur in den oben genannten Verkaufsstellen zum Verkauf bringen zu können.

Das Fanggut der Fischereibetriebe muß in den jeweiligen Fachgeschäften und -direktverkaufsstellen und das der Fischereigenossenschaften und der nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden in den Fischläden der Kreise und den werkseigenen Fischdirektverkaufsstellen verkauft werden. Ob die GLB, die sich mit der Agrarwirtschaft und Fischerei befassen, auch die Fischgeschäfte beliefern, bleibt ihnen freigestellt.

Wohnheime sollten auf der Basis eines Vertrages von den Fischdirektverkaufsstellen versorgt werden, während die einzelnen Familien in den Fischläden einzukaufen haben.

Wenn dieses Jahr jeder täglich 100 g Fisch bekommt, entfallen somit auf eine 5köpfige Familie täglich 500 g. Das ist schon ein recht hohes Niveau.

Die Fischdirektverkaufsstellen des Ministeriums für Fischereiwesen sind künftig diesem Ministerium und dem Komitee für Dienstleistungen zu unterstellen, wobei das Ministerium für die Fischversorgung und das Komitee für die Handelstätigkeit zuständig zu sein hat.

Die Preise für Fisch und dessen Verarbeitungsprodukte müssen exakt festgelegt werden.

Anderenfalls könnte die Produktion darunter leiden. Einst hat man in vielen Gebieten an der Westküste, darunter in Onchon und Hanchon, viele Marinaden hergestellt. Wegen mangelhafter Kalkulationen hatten die zuständigen Funktionäre jedoch die Preise dafür zu niedrig festgesetzt, so daß sie nirgendwo zum Verkauf angeboten wurden. Ihre Zubereitung ist sehr zeitraubend und mit einem großen Verbrauch an Gewürzen verbunden. Ohne die Selbstkosten für verschiedene Marinaden, wie z. B. gewürzte Muscheln und Schwebegarnelen, genau untersucht zu haben, legten die Mitarbeiter der Preisbildung die Preise nur anhand von Grobkalkulationen fest, und zwar nach dem Motto: 1 kg Fisch kostet 35 Jon, also kann man 1 kg Marinade auch schon für

15 Jon verkaufen. Ich kritisierte sie deswegen und ordnete an, die Preise für Marinaden etwas zu erhöhen.

35 Jon für 1 kg Fisch ist zu billig.

Das entspricht nicht einmal dem Zehntel des Preises für 1 kg Hühnerfleisch, der 4, 80 Won beträgt. Der Nährwert von Hühnerfleisch liegt aber sicherlich bei weitem nicht zehn Mal höher als der von Fisch. Angemessener wäre ein Preis von mindestens 1 Won pro Kilogramm Fisch. Es ist aber nicht einfach, jetzt nur deshalb den Preis zu erhöhen.

Es erweist sich ferner als notwendig, den diesjährigen Fangplan richtig auszuarbeiten.

Er sieht für 1978 vor, im ersten Quartal 294 000 t, im zweiten 282 000 t, im dritten 278 600 t und im vierten 759 000 t Fisch und andere Meeresprodukte anzulanden, die Kennziffer für das erste Quartal scheint mir aber zu niedrig zu sein. Es ist bar jeder Logik, daß im März nur 12 000 t aufgebracht werden können. In diesem Monat lassen sich allein mit Harengula und Schwebegarnelen im Westmeer schon höhere Erträge erzielen. Meiner Meinung nach kann man im März rund 30 000 t Meeresprodukte aufbringen. Die Mitarbeiter der Fischwirtschaft sollten genauestens kalkulieren, wie hoch die Fangquoten im März sein können.

Der Jahresplan für Harengula beträgt 10 000 t, sollte aber auf rund 25 000 t erhöht werden, da das Westmeer reich an diesem Fisch ist.

Recht gut wäre es, wenn man in diesem Jahr 12 000 t Sandaale fischen würde. Das würde eine Verdoppelung des vorjährigen Fangertrages, der 6000 t betrug, bedeuten. Sandaale gibt es in Schwärmen sowohl im West- als auch im Ostmeer.

Ich halte es für richtig, den Fangplan von 95 100 t Sardellen unverändert zu belassen.

Der vorgesehene Fang von 5000 t Garnelen ist recht ansprechend. Das entspräche dem Dreifachen gegenüber dem Vorjahr.

Die Realisierung der Kennziffer bei Schwebegarnelen – 50 000 t – wäre sehr zu begrüßen, denn im vergangenen Jahr betrug sie nur 6 000 t. Ihre Fangsaison ist im Westmeer am längsten, weshalb ein Fangertrag von rund 50 000 t ohne weiteres erreichbar ist. Sie schmecken ausgezeichnet.

Der Plan für den Fang von *Sawara nipponia* – einer Makrelenart – soll ebenfalls etwas höher angesetzt werden. Er betrug im Vorjahr nur 900 t, kann aber dieses Jahr bei genügender Bereitstellung von Netzen nicht nur auf 5000 t, sondern auf 10 000 t erhöht werden. Die Funktionäre des Fischereiwesens behaupten, man könne nur 7000 t *Sawara* aufbringen, weil diese Fischart sich schwer fangen läßt. Das ist eine passive Haltung. Da sie aber daran festhalten, können wir sie nicht dazu zwingen, 10 000 t anzulanden. Für dieses Jahr sollte ein Fangergebnis von 7000 t *Sawara* vorgesehen werden.

Der *Chantherines modestus* ist wohlschmeckend. An diesem Fisch ist unser Westmeer arm, aber das auf chinesischer Seite reich. Hier muß man sich sowohl mit hohen wie auch mit niedrigen Fangresultaten zufriedengeben.

Es ist vorgesehen, in diesem Jahr einen Fang von 4000 t *Clupanodon punctatus* zu erzielen, was ebenfalls ein zu niedrig angesetzter Plan ist. Ich weiß nicht, warum man nicht daran denkt, einen größeren Ertrag zu erreichen, denn das Westmeer ist dicht von dieser Fischart besiedelt. Wenn es schwer sein sollte, ihn wegen des Mangels an Netzen in größeren Mengen aufzubringen, so muß man uns davon informieren und sich vornehmen, durch den Erhalt von Netzen mehr Fisch zu fangen. Man kann doch nicht tatenlos sitzenbleiben! Es ist ein Ausdruck von mangelnder Aktivität, daß man nicht bestrebt ist, sich zwecks Überwindung von Schwierigkeiten an uns zu wenden.

Auch *Clupanodon punctatus* muß in großer Menge aufgebracht werden. Diese Fischart, die im Westmeer viel vorkommt, ist wohlschmeckend. Bei guter Arbeit wird es uns gelingen, dieses Jahr nicht nur 4000 t, sondern ein Vielfaches davon anzulanden.

Die diesjährigen Fangplankennziffern sind im allgemeinen zu niedrig. Sie müssen daher erneut überprüft und erforderlichenfalls höher angesetzt werden.

Das Ostmeergebiet will im kommenden Sommer 557 000 t Fisch aufbringen. Der Plan für die Hochseefischerei darf nicht in den Fangplan für die sommerliche Saison mit einbegriffen werden. Die 200 000 t Fisch, die dieses Jahr die Hochseefischerei anlanden wird, ausgenommen, wird das Ostmeergebiet also voraussichtlich einen Fang

von 357 000 t erreichen. Diesen Plan halte ich noch für etwas niedrig, aber gegenüber dem Vorjahr für einen großen Schritt nach vorn. Das besagte Gebiet konnte im Sommer des vergangenen Jahres nur 306 000 t Fisch anlanden, den Fang auf hoher See mitgerechnet. Im Ostmeer gibt es eigentlich gegenüber dem Westmeer bedeutend mehr und größere Fanggründe und fischwirtschaftliche Ressourcen, weshalb man dort auch 3 bis 5 mal mehr Fisch aufbringen müßte. Trotzdem gedenken wir nicht, dem Ostmeergebiet einen anspruchsvolleren Fangplan für die Sommerzeit vorzugeben.

Es empfiehlt sich, in diesem Gebiet einen beispielhaften Kampf für den Fischfang in der Sommerzeit des laufenden Jahres wie geplant zu entfalten. Ab März sollte er eine kollektive Fischerei organisieren und sich mit dem Fang mit Treibnetzen, Ringwaden und Langleinen befassen.

Die Mitarbeiter der Hauptverwaltung für das Fischereiwesen im Ostmeergebiet dürfen nicht ihre Büros hüten, sondern müssen persönlich mit den Fischortungsschiffen auf die See hinausfahren und den Fischfang anleiten.

Wir sollten die Fischwirtschaft in diesem Bereich nach ihren Fangleistungen in der kommenden Sommersaison beurteilen.

Der diesjährige Fangplan des Westmeergebiets muß etwas höher angesetzt werden. Im vergangenen Jahr konnte er wegen Mangels an Schiffen und Gerätschaften nur geringe Erträge erzielen, aber dieses Jahr wird es ihm gelingen, den Fang auf das Drei- bis Vierfache zu steigern, wenn er sich mit etwa 300 weiteren Schiffen ausstattet, Netze und verschiedene andere Geräte genügend erhält und durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Fischereizentren die Fangtage der Schiffe maximal erhöht.

Statt daran zu denken, im Westmeergebiet durch die Schaffung von zuverlässigen Fischereistützpunkten und die Steigerung der Zahl der Arbeitstage der Schiffe größere Mengen Fisch aufzubringen, wollen die leitenden Mitarbeiter der Hauptverwaltung für Fischereiwesen im Westmeergebiet auch in diesem Jahr wie im Vorjahr nach veralteten Methoden Fischerei betreiben lassen. Ihnen mangelt es an Verbundenheit mit der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk. Ihnen

fehlt auch der Geist, die Politik der Partei vorbehaltlos durchzusetzen, und sie haben auch keine richtige ideologische Einstellung dazu, für die Bevölkerung mehr Fisch zu fangen. Wenn sie sich der Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk verbunden fühlen würden, hätten sie für dieses Jahr keinen so niedrigen Plan für den Fang im Westmeergebiet aufgestellt. Statt sich beharrlich um die Verwirklichung der Politik der Partei zu bemühen, geben sie sich gegenwärtig dem Müßiggang hin und bestehen lediglich auf den früheren alten Erfahrungen.

Auch die Fischwirtschaft kann erst dann wirksam angeleitet werden, wenn sie von jungen Funktionären, die in unserer Zeit Hochschule besucht haben und zuverlässig mit der Juche-Ideologie gewappnet sind, kontrolliert wird.

Dem Verwaltungsrat obliegt es, durch eingehende Beratungen mit den Funktionären des zuständigen Bereiches den diesjährigen Fangplan für das Westmeer noch einmal zu überarbeiten und erneut vorzulegen.

Das Fischereiwesen ist verpflichtet, neben der Aufstellung exakter Fangpläne eine strikte Disziplin durchzusetzen, nach der sie bedingungslos erfüllt werden.

So wie in der Industrie bei Nichterfüllung des Staatsplanes die betreffenden Betriebe streng zur Rechenschaft zu ziehen sind, muß das auch für das Fischereiwesen gelten. Der Staatsplan ist ein Gesetz, und niemand hat das Recht, dagegen zu verstoßen. Bei Nichterfüllung dieses Planes muß jeder Zweig vor Partei und Staat die Verantwortung tragen und gesetzlichen Maßregelungen unterworfen werden.

Die Fischwirtschaft darf nicht so wie bisher arbeiten, daß man den ganzen Sommer über so gut wie nichts tut und erst in der Winterzeit durch einen großen Fangertrag von *Myongthae* den Plan erfüllt, sondern muß energisch darum ringen, ihn für jede Dekade, jeden Monat und in allen Kennziffern termingerecht zu realisieren.

Sie hat die Produktion nach Dekade und Monat gründlich auszuwerten. Das muß in der Brigade, der Abteilung, im Betrieb, Bezirk und Ministerium für Fischereiwesen erfolgen. Im zentralen Gremium ist die Produktion in der Fischwirtschaft für jede Dekade und jeden Monat regelmäßig zu kontrollieren und darüber Bericht zu erstatten. Erst dann kann in diesem Bereich die Plandisziplin

konsequent durchgesetzt werden.

Es kam bisher nicht selten vor, daß bei geringem Fangertrag aufgebauschte Lügenberichte gemeldet wurden. Das darf sich niemals wiederholen.

Die Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees haben die Fischwirtschaft verstärkt anzuleiten.

Da sie dies derzeit vernachlässigen, kommt es in diesem Bereich zu keinen Neuerungen, sind dessen Werktätige nicht von dem Geist, die Politik der Partei bedingungslos zu realisieren, durchdrungen, und bei ihnen macht sich nach wie vor Faulenzerei bemerkbar. Die Parteikomitees sind verpflichtet, die Anleitung des Fischereiwesens zu intensivieren und die Linie und Politik der Partei in diesem Bereich beizeiten und mit aller Konsequenz in die Tat umzusetzen.

Eigentlich hatte ich vor, dieses Jahr nach dem Landwirtschaftskongreß im März eine Aktivistenkonferenz des Fischereiwesens einzuberufen, um den Stand der Erfüllung der auf den Aktivistenkonferenzen des Fischereiwesens im Ost- und Westmeergebiet von mir dargelegten Aufgaben auszuwerten und die leitenden Mitarbeiter dieses Zweiges und die Fischer anzuspornen, damit sie in diesem Sommer beim Fischfang ein Beispiel geben. Da aber die Fischwirtschaft die von mir gestellten Aufgaben kaum befriedigend erfüllt hat, ist es nun nicht notwendig, in diesem Jahr eine solche Aktivistenkonferenz abzuhalten. Ich schlage vor, diese Zusammenkunft erst im kommenden Jahr abzuhalten, wenn der Fangplan für die diesjährige Fischerei, d. h. für das erste Jahr des zweiten Planjahrsiebents durch einen tatkräftigen Kampf erfolgreich bewältigt wurde.

Die Fischwirtschaft ist aufgerufen, die von mir auf den genannten Aktivistenkonferenzen und auf dieser Beratung dargelegten Aufgaben konsequent zu meistern und so mehr Fisch zu fangen.

# **ZUR LÖSUNG DER ANGESpanNTEN SITUATION IM EISENBAHNTRANSPORT**

**Rede auf der Beratung von Mitarbeitern  
des Bereiches Eisenbahngüterverkehr**

*13. März 1978*

In der Gegenwart hat die Lösung der angespannten Situation im Schienentransport eine sehr große Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft.

Wie ich bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht habe, ist die Eisenbahn die Schlagader des Landes und der Vorreiter der Volkswirtschaft. Erst wenn die Frage Eisenbahntransport geklärt ist, ist eine Normalisierung der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft und eine erfolgreiche Erfüllung des zweiten Siebenjahrplans möglich. Der Schienenverkehr ist gegenwärtig jedoch nicht in der Lage, den rasch anwachsenden Transportbedarf der Volkswirtschaft umfassend zu decken. Da dieser Bereich die Rohstoffe und Materialien nicht rechtzeitig in die Betriebe befördert, kommt es zu nicht wenigen Störungen in der Produktion.

Obwohl im hinter uns liegenden Jahr im Eisenbahngüterverkehr der „200-Tage-Kampf für die Revolution im Transportwesens“ entfacht worden war, ist die Situation nach wie vor angespannt. Ab 5. Januar dieses Jahres wurde noch einmal ein solcher „200-Tage-Kampf“ initiiert, und sollte es uns dieses Jahr wiederum nicht gelingen, hier eine Entspannung zu erreichen, kann das eine nationale Blamage zur Folge haben, da diese Frage mit der Autorität unseres Landes im Zusammenhang steht.

Im Bereich Eisenbahngüterverkehr ist die Revolution im Transportwesen tatkräftig voranzutreiben und somit eine entscheidende Lösung der bestehenden Probleme herbeizuführen.

Vor allem muß die Streckenelektrifizierung energisch forciert werden.

Auf der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode haben wir als Hauptaufgabe des zweiten Siebenjahrplans formuliert, durch eine beschleunigte Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft, ihre Modernisierung und Umgestaltung nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft die sozialistische ökonomische Basis weiter zu festigen und das Lebensniveau des Volkes um eine Stufe zu erhöhen.

Wenn wir im Schienentransport die Durchsetzung der Eigenständigkeit realisieren wollen, müssen wir die Eisenbahn elektrifizieren. Da bei uns bisher noch kein Erdöl produziert wird, würden der Verzicht auf die Elektrifizierung und der Einsatz von Diesellokomotiven unweigerlich dazu führen, daß man auf Ölimporte angewiesen wäre. Das würde eine Abweichung vom Kurs unserer Partei auf die Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft bedeuten.

Einige Funktionäre vertreten die Ansicht, daß man ein paar Diesellokomotiven aus dem Ausland kaufen müßte. Hierbei ist aber das Problem der Kraftstoff. Wenn wir solche Lokomotiven einführen, dann aber kein Erdöl bekommen, hat das große Schwierigkeiten zur Folge. Früher wurden auf den Hauptstrecken häufig Dieselloks eingesetzt. Sie sollten jetzt nur noch für Werkbahnen z. B. Verwendung finden. Es reicht aus, über so viele dieser Lokomotiven zu verfügen, wie man etwa im Falle eines Krieges bräuchte. Da ist der Betrieb von Diesellokomotiven günstiger als von E-Loks, weil die Stromleitungen durch feindliche Bombenangriffe unterbrochen werden könnten. Das Erdöl, das für den Einsatz dieser Triebfahrzeuge im Ernstfall benötigt wird, kann man künftig importieren. Diese Fahrzeuge sollten sowohl selbst produziert als auch im Bedarfsfalle aus dem Ausland eingeführt werden, um über eine Reserve zu verfügen. Mit einem ausreichenden Bestand an Diesellokomotiven ist der Transport in Kriegszeiten

uneingeschränkt zu gewährleisten.

Dampflokomotiven sind im Kriegsfall auch ungünstig. Ihr Betrieb erfordert ständiges Auffüllen von Wasser und Kohle und ist daher sehr kompliziert. Sie sollten höchstens auf Nebenstrecken im Bezirk Nord-Hamgyong und anderen Gebieten im Norden eingesetzt werden. In Notfall können sie zwar in begrenztem Maße auch auf Hauptstrecken betrieben werden, es ist aber grundsätzlich anzuraten, sie auf Neben- und Anschlußstrecken zu beschränken. Da ihre Verwendung ein Zeichen von Rückständigkeit ist, sollten sie im Normalfall auf Hauptstrecken nicht zum Einsatz gelangen.

Mit der Elektrifizierung benötigt die Eisenbahn auch keine Eierbriketts mehr. Obwohl der Bedarf der metallurgischen und anderer Betriebe an diesem Brennstoff sehr hoch ist, können die Brikettfabriken wegen unregelmäßiger Kohlelieferungen keine hohen Produktionsleistungen vollbringen. Die Probleme bezüglich der Kohle haben uns vom ersten Tag nach der Befreiung an bis heute ständig Sorgen bereitet. Die Verfeuerung von Eierbriketts in Dampflokomotiven bringt hohe Verluste an Kohle mit sich. Wenn wir allein die hierfür benötigte Kohle an andere Länder verkaufen, können wir das gesamte Kupfer, das zur Streckenelektrifizierung gebraucht wird, importieren.

Ein weiterer Vorteil der Elektrifizierung besteht darin, daß die Reparatur der Triebfahrzeuge erleichtert wird, weil nur noch E-Loks betrieben werden. Gegenwärtig treten hier eine Reihe komplizierter Probleme auf, da die Eisenbahn sowohl E-Loks als auch Diesel- und Dampflokomotiven unterhält.

Durch die Elektrifizierung können bei Verkürzung der Transportzeiten mehr Güter befördert werden.

Eine E-Lok kann im Flachland bis zu 3000 t ziehen und hat auch an starken Steigungen noch eine hohe Zugkraft. An solchen Stellen vermag eine Dampflokomotive dagegen nicht mehr als 500 t zu bewältigen. Da unser Land sehr bergig ist, ist die Elektrifizierung der Strecken entschieden günstiger.

Auch wenn eine gewisse Menge an Kupfer dabei aufzuwenden ist, müssen wir die Elektrifizierung der Eisenbahn in kürzester Frist

vollenden und den Kurs auf konzentrierten, Stafetten- und Container-Transport durchsetzen, damit mehr Güter in die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft befördert werden.

Die Elektrifizierung der Strecke Kilju–Hyesan ist schnellstens fertigzustellen. Sie ist im wesentlichen abgeschlossen, nur die Kraftstromleitungen können angeblich nicht verlegt werden, da es an Winkelstählen mangelt. Daher habe ich angewiesen, dieses für die dortigen Bauarbeiten benötigte Material so schnell wie möglich bereitzustellen.

Die Strecke Sariwon–Haeju muß elektrifiziert werden. Erst dann ist es möglich, den im Zementwerk Sunchon produzierten Zement in kürzester Zeit in den Hafen von Haeju zu bringen.

Auch die Strecken Pongsan–Kowon und Kusong–Kujang sind zu elektrifizieren. Diese Arbeiten sind so schnell wie möglich auszuführen, denn momentan sind die beiden Linien nicht sehr stark befahren. Die letztgenannte Strecke bietet sich ausgezeichnet für den Transport von Kohle an. Mit der Fertigstellung der erstgenannten Strecke wird eine durchgängige Elektrifizierung der Linie erreicht, die den Ost- und Westteil des Landes miteinander verbindet, so daß die Güterumschlagmenge bedeutend erhöht werden kann. Wenn man eine Einheit der Volksarmee zur Elektrifizierung der Strecke Pongsan–Kowon einsetzt, ist es möglich, die Bauarbeiten in etwa einem halben Jahr abzuschließen.

Die Strecken Pyongyang–Nampho, Sinanju–Manpho und Jongju–Chongsu sind ebenfalls zu elektrifizieren. Die Linie Sariwon–Unryul braucht dabei nicht sofort erfaßt zu werden, da die dortige Umschlagmenge nicht sehr groß ist.

Im zuständigen Bereich hat man zu überprüfen, bei welchem Abschnitt mit der Elektrifizierung zu beginnen ist, die Reihenfolge richtig festzulegen und dann dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiten rasch vorangetrieben werden.

Jährlich sollten mindestens 500 bis 600 km Strecke elektrifiziert werden, damit das gesamte Projekt in kurzer Frist abgeschlossen werden kann. Alle hieran beteiligten Bauarbeiter sind aufgerufen, einen hohen revolutionären Elan und schöpferische Aktivitäten zu entfalten,

um das Bautempo zu beschleunigen.

Für die Elektrifizierung der Eisenbahn ist es notwendig, viele Elektrolokomotiven zu bauen.

Gegenwärtig ist der Ausstoß an diesen Schienenfahrzeugen zu gering. Pro Jahr müssen wenigstens 50 bis 60 Stück gefertigt werden. Bei lückenloser organisatorischer Arbeit durch die Funktionäre müßte es ohne weiteres möglich sein, hier noch Reserven zu erschließen. Wenn man im Elektrolokomotivwerk „Kim Jong Thae“ die Schichtarbeit effektiv organisiert sowie den Produktionsprozeß mechanisiert und automatisiert, können mehr E-Loks hergestellt werden.

Den zur Produktion dieser Fahrzeuge benötigten Glimmer wird man in geringem Umfang aus dem Ausland einführen müssen. Da hierfür jährlich nur einige Dutzend Tonnen gebraucht werden, kann deren Import nicht sehr devisaufwendig sein.

Das genannte Lokomotivwerk verlangt offenbar die sofortige Einstellung weiterer 700 Arbeitskräfte. Hierbei sollte man auf demobilisierte Armeeangehörige zurückgreifen.

Die Elektrifizierung der Eisenbahn erfordert viel Kupfer. Es spielt bei diesem Vorhaben überhaupt die wichtigste Rolle. Da in dieser Hinsicht gegenwärtig ein Engpaß besteht, bleiben wir bei der Streckenelektrifizierung hinter unseren Möglichkeiten zurück.

Die Erhöhung der Kupferproduktion setzt eine ausreichende Belieferung der Buntmetallhütten mit Kupfererzkonzentrat voraus. Das liegt in den Kupferbergwerken zur Zeit zwar auf Halde, kann aber nicht wie erforderlich abtransportiert werden, so daß eine Steigerung der Kupferproduktion unmöglich ist. Als ich mich bei einem verantwortlichen Parteifunktionär des Bezirkes Ryanggang telefonisch nach dem Stand der Gewinnung von Kupfererzkonzentrat erkundigte, erhielt ich eben die Auskunft, daß genug davon auf Halde liege, der pünktliche Abtransport jedoch Schwierigkeiten bereite. Ich erwiderte ihm, daß die Verantwortung hierfür zwar auch bei der Eisenbahn liege, sein Bezirk sich ihr aber ebenfalls nicht entziehen dürfe, und fragte ihn, warum man denn dort nicht die Streckenelektrifizierung vorantreibe. Daraufhin versprach er, die Bauarbeiten rasch zu forcieren, sobald der Boden getaut sei.

Um das für die Elektrifizierung der Eisenbahn benötigte Kupfer bereitzustellen, sollte man Erzkonzentrat in gewissem Umfang auch importieren. Zur Zeit liegen entsprechende Angebote aus vielen Ländern vor, so daß es bei einer geschickten Außenhandelstätigkeit möglich sein müßte, diese Importe durch den Verkauf von solchen Produkten wie Zement ohne weiteres zu realisieren. Da wir über Hüttenbetriebe verfügen, können wir bei Vorhandensein von Erzkonzentrat genügend Kupfer produzieren.

Wir müssen dafür sorgen, daß in dieser Frage eine entscheidende Lösung herbeigeführt und das zur Streckenelektrifizierung benötigte Kupfer in ausreichender Menge bereitgestellt wird.

Da für die Elektrifizierung von einem Kilometer 3 t Kupfer gebraucht werden, müßte man bei einer Lieferung von nur etwa 3000 t an das Ministerium für Eisenbahnwesen bereits viele Abschnitte fertigstellen können.

Ferner ist die Produktion von Eisenbahnwaggonen entschieden zu erhöhen.

Die Basis dafür ist in unserem Land vorhanden. Wenn wir die bestehenden Produktionszentren erweitern und effektiv nutzen, können wir jährlich etwa 6000 schwere Güterwagen herstellen. Das ist ein gewaltiger Ausstoß, der reichen müßte, um nicht nur den Bedarf im Eisenbahngüterverkehr zu decken, sondern sogar einen Austausch aller alten Wagen zu ermöglichen.

Selbst eine Produktion von etwa 5000 Güterwaggonen pro Jahr wäre ein beachtliches Ergebnis. Will man die angespannte Situation im Eisenbahntransport lösen, muß man sich schon kühne Gedanken machen und diese kühn in die Praxis umsetzen; eine passive Arbeitsweise, mit Hau-Ruck-Aktionen und Lückenstopferei, ist da fehl am Platze.

Gegen Ende des zweiten Siebenjahrplans haben wir eine jährliche Produktion von 3500 Güterwagen vorgesehen. Damit ist jedoch eine Lösung des Transportproblems unmöglich. Dem zuständigen Bereich obliegt es, den Plan der Güterwagenproduktion zu korrigieren und hierbei eine entscheidende Steigerung zu erzielen.

Um das zu erreichen, ist vor allem die Kapazität der Waggonfabrik

„4. Juni“ weiter zu erhöhen. Dieser Betrieb verfügt über einen großen Schmelzöfen, ein ausgedehntes Werksgelände und hochqualifizierte Arbeiter, so daß eine Erweiterung der Produktionskapazität ohne weiteres möglich sein müßte. Sie wäre weitaus vorteilhafter als der Bau einer neuen Waggonfabrik. Die jährliche Fertigung von 3000 Güterwagen in diesem Betrieb ist zu niedrig. Seine reale Kapazität ist schwer feststellbar, da er in der Vergangenheit durch mangelnde Materiallieferungen nicht voll ausgelastet werden konnte. Wenn dieses Werk ausreichend Material geliefert bekommt, der Produktionsprozeß mechanisiert und teil- bzw. vollautomatisiert wird und man zur Serienfertigung übergeht sowie die Leitungstätigkeit gemäß den Forderungen des Taeaner Arbeitssystems verbessert, müßten allein in dieser Fabrik ohne weiteres jährlich etwa 4000 Waggons hergestellt werden können.

Es empfiehlt sich, im Ministerium für Eisenbahnwesen die leitenden Mitarbeiter der Waggonfabrik „4. Juni“ zusammenzurufen, um mit ihnen die Fragen zu besprechen, die geklärt werden müssen, damit die Produktion gesteigert werden kann.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß auch im Eisenbahnwerk Chongjin Güterwagen gefertigt werden.

Da es in unserem Land außer der Waggonfabrik „4. Juni“ keinen weiteren Betrieb gibt, der Güterwagen produziert, wollten wir vormals in Kangdok in der Stadt Chongjin mit importierten Anlagen ein solches Werk errichten. Aufgrund bestimmter Umstände wurde dann jedoch dessen Bau eingestellt. Man sollte erreichen, daß im Eisenbahnwerk Chongjin Waggons hergestellt werden, ohne die entsprechenden Produktionsanlagen aus dem Ausland einzuführen. Es ist anzuraten, dem Betrieb die benötigten Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen, damit dort jährlich etwa 2000 Güterwagen ausgestoßen werden.

Will man eine Steigerung der Produktion von Güterwaggon erreichen, müssen im Bereich des Ministeriums für Eisenbahnwesen Achsstahlschmieden und Betriebe zur Herstellung von Gummischläuchen geschaffen werden.

Gegenwärtig kann das genannte Ministerium nicht auf eigene Schmiedebetriebe zurückgreifen, sondern bezieht die Schmiede-

produkte von Zulieferern. Auf diese Weise ist keine Normalisierung der Produktion möglich. Da es bei uns nur einige wenige große metallurgische Werke gibt, können diese nicht alle von den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft geforderten Stahlmaterialien liefern. Auch wenn man die Mitarbeiter dieser Betriebe wegen nichttermingemäßer Lieferungen noch so sehr kritisiert – sie können nichts daran ändern, weil ihre Belastung zu groß ist. Wenn man im Verwaltungsrat auch den Fabriken, die einen Schmelzofen besitzen, sowie den bezirksgeleiteten Stahlwerken entsprechende Planaufgaben erteilt, könnte man große Mengen Normstahl erzeugen.

Dem Ministerium für Eisenbahnwesen ist anzuraten, einen Schmiedebetrieb einzurichten und Achsstahl künftig selbst zu schmieden.

Daneben muß das Ministerium auch über eine Produktionsstätte für Gummischläuche verfügen. Gegenwärtig gibt es nur einen Betrieb, der solche Erzeugnisse herstellt – die Gummifabrik Pyongyang, auf die in dieser Hinsicht alle angewiesen sind. Mit diesem einen Betrieb kann man unmöglich den Bedarf der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft an Gummischläuchen decken. Das genannte Ministerium sollte getreu des revolutionären Geistes des Schaffens aus eigener Kraft eine solche solide Produktionsstätte aufbauen, Rohstoffe und Material beziehen und die für den Eigenbedarf benötigten Gummischläuche herstellen.

Man hat dafür zu sorgen, daß der Bereich dieses Ministeriums bedingungslos mit Roheisen versorgt wird. Da zur Zeit das in den metallurgischen Betrieben produzierte Roheisen ausschließlich zur Stahlerzeugung verwendet wird, ist eine regelmäßige Deckung des Bedarfs der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft nicht möglich. Im Verwaltungsrat hat man zu überprüfen, wie hoch der tägliche Verbrauch an Roheisen in den Bereichen der Ministerien für Eisenbahnwesen und Maschinenbau sowie des Landwirtschaftskomitees ist, und dafür zu sorgen, daß von dem in den metallurgischen Betrieben produzierten Roheisen ein gewisser Prozentsatz bedingungslos in diese drei Bereiche abgezweigt wird. Eine etwaige Nichteinhaltung dieser Lieferverpflichtungen seitens der

metallurgischen Betriebe sollte künftig als Nichterfüllung ihrer Produktionspläne gewertet werden.

Dem Eisenbahnwesen sind Zinn, Antimon und alle anderen benötigten Rohstoffe und Materialien bereitzustellen.

Ebenso müssen Maßnahmen ergriffen werden, um schwere Schienen selbst zu produzieren.

Da man verstärkt schwere Güterwagen einsetzt, sollte man sich auf jeden Fall Gedanken darüber machen, auch die entsprechenden Schienen selbst herzustellen, und nicht nur auf Importe reflektieren. Im Vereinigten Eisenhüttenwerk Hwanghae werden gegenwärtig ein Härteofen und eine Richtmaschine installiert. Wenn diese Arbeiten abgeschlossen sind, kann die Produktion schwerer Schienen anlaufen.

Das Ministerium für Eisenbahnwesen hat mit dem Ministerium für Metallurgie genaue Absprachen darüber zu treffen, wie viele schwere Schienen künftig das erwähnte Eisenhüttenwerk ausstoßen kann.

Die Streckenelektrifizierung und der verstärkte Einsatz schwerer Güterwagen setzen eine Erhöhung der Produktion von Betonschwellen voraus.

Da unser Land nicht sehr reich an Holzvorkommen ist, habe ich bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen, anstelle von Schwellen und Stempeln aus Holz solche aus Beton zu verwenden. Diese Tendenz wird dadurch bestärkt, daß wir bei Zement über eine große Produktionskapazität verfügen. Allein die des Zementwerkes Sunchon beträgt gegenwärtig 3 Mio. t. Im Verwaltungsrat beabsichtigt man, in dieser Fabrik noch zwei weitere Brennöfen zu installieren. Dazu besteht jedoch keine Notwendigkeit. Bereits jetzt kommt es dort schon zu Behinderungen in der Produktion, weil der erzeugte Zement nicht rechtzeitig abtransportiert werden kann; die Errichtung von zwei weiteren Öfen würde daher das Problem Transport noch mehr verschärfen.

Meiner Meinung nach wäre es besser, das Zementwerk Chonnaeri auszubauen, als das in Sunchon zu erweitern. Im Gebiet der Ostküste gibt es sowohl Anthrazit als auch viel Kalkstein. Der Ausbau der genannten Fabrik würde es ermöglichen, in Zukunft dort große Mengen Zement zu erzeugen.

Betonschwellen sollten aus Zement von hoher Festigkeit gefertigt werden. Es ist dafür zu sorgen, daß die Hersteller von Betonschwellen mit solchem Zement aus Sunchon beliefert werden. Sehr zu begrüßen ist die Anweisung des Ministeriums für Eisenbahnwesen, bei der Produktion dieser Schwellen anstelle von hochfestem Stahldraht mit 4 mm D hochfesten Betonstahl mit 8 mm D zu verwenden. Das Ministerium sollte nicht anstreben, diese Bewehrungsstähle im eigenen Bereich herzustellen, sondern sie von den Stahlwerken beziehen. Bei solchen Produkten ist es günstiger, sich auf Lieferungen aus den Stahlwerken zu stützen.

Um die Schwierigkeiten im Eisenbahngüterverkehr zu überwinden, kommt es weiterhin auf eine optimale Organisation des Transports an. Ist sie gewährleistet, dann ist es auch unter den gegenwärtigen Bedingungen möglich, die Transportleistungen für verschiedene Zweige der Volkswirtschaft zu erhöhen sowie umwelt- und jahreszeitlich bedingte Einflüsse zu verhindern. Wir müssen voraussehen, daß es aufgrund der arktischen Kälteeinwirkungen zu Naturkatastrophen und anderen außergewöhnlichen Situationen kommen kann. Die USA und andere kapitalistische Länder klagen zur Zeit über überaus schwere Naturschäden, die auf die arktische Kältewelle zurückzuführen sind. Auch im vergangenen Winter wurden die USA von einer äußerst strengen Kälte heimgesucht, die von starken Schneefällen begleitet war, so daß landesweit der Verkehr zusammenbrach. In einigen Bundesstaaten kam es zu einem solch gewaltigen Chaos, daß der Notstand ausgerufen werden mußte. In der Gegenwart, da viele Länder der Erde unter den Einflüssen der arktischen Kaltluftmassen leiden, können wir auch von unserem Land nicht behaupten, daß es von jeglichen Schäden verschont bleiben wird. Bereits jetzt schon kommt es aufgrund dieser Einwirkungen während der Regenzeit und im Winter zu Behinderungen im Schienentransport.

Es ist nicht notwendig, daß das Ministerium für Eisenbahnwesen unter Voraussicht von jahreszeitbedingten Einflüssen, Naturschäden u. ä. zu viele Reservelokomotiven unterhält. Diese sind zwar für Notfall gut geeignet, bieten jedoch keine Gewähr für die Lösung sämtlicher Probleme. Um den genannten Einflüssen vorzubeugen, muß man bei

der Eisenbahn durch eine optimale Organisierung des Transports dafür sorgen, daß ein größerer Vorlauf an Beförderungsleistungen erreicht wird, so daß die Betriebe eine Reserve an Gütern anlegen können. Wird das vernachlässigt, kann es infolge von Naturkatastrophen oder anderer unerwarteter Ereignisse zu einem gewaltigen Chaos kommen. Daß zur Zeit in den Wärmekraftwerken die Elektroenergieproduktion nicht normalisiert werden kann, ist auch hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß keine Kohlevorräte angelegt wurden.

Mehrmals täglich erhalte ich Berichte über den Stand der Energieerzeugung. Da der Eisenbahngüterverkehr nicht in der Lage ist, die Kraftwerke reichlich mit Kohle zu versorgen, sondern immer nur mit Mengen, die gerade knapp für einen Tag reichen, ist die Normalisierung der Produktion nach wie vor unmöglich.

Künftig müssen wir erreichen, daß der Bereich Eisenbahntransport im Frühjahr, Sommer und Herbst, wenn keine Verkehrsbehinderungen auftreten, mehr Güter befördert, damit die Betriebe gewisse Mengen bevorraten können. Wenn die täglich zu leistende Umschlagmenge 240 000 t betragen muß, so sollte man die Betriebe veranlassen, mehrere Zwischenlager zu errichten, um den Umfang auf 250 000 bis 280 000 t zu erhöhen. Dann wird es möglich sein, in den Betrieben nicht geringe Reserven an Rohstoffen und Materialien zu schaffen. Diese müßten mindestens für 15 Tage oder einen Monat ausreichend sein, denn erst dann kann verhindert werden, daß sich eventuelle Transportstörungen während der Regenzeit oder im Winter auf die Produktion auswirken.

Auch die Exportgüter sind beizeiten zu befördern und zu bevorraten. Weil ihre Lieferung mit dem Ausland vertraglich gebunden ist, müssen sie rechtzeitig versandt werden. Gegenwärtig hat das Transportwesen hier keinen Vorlauf geschaffen, so daß es im Falle von unvorhergesehenen Situationen bei der Eisenbahn zu Transportausfällen und damit zu Exportrückständen kommen kann.

Dem Verwaltungsrat und dem Staatlichen Plankomitee obliegt es, unter Berücksichtigung der jahreszeitlich bedingten Einflüsse auf den Eisenbahngüterverkehr dessen Plan zu korrigieren, damit im Frühjahr, Sommer und Herbst die Umschlagmenge erhöht wird.

Die diesjährige Rechenschaftslegung über den „200-Tage-Kampf zur Revolution im Transportwesen“ hat auf vorbildliche Weise zu erfolgen. Ich möchte, daß sie Anfang August auf der Plenartagung des ZK der Partei vorgenommen wird. Das Ministerium für Eisenbahnwesen muß einen konkreten Plan aufstellen, welche Probleme ab sofort im Zeitraum des zweiten Siebenjahrplans im Eisenbahntransportwesen zu lösen sind, und ihn dem Plenum des ZK vorlegen.

Alle Arbeiter, Techniker und Angestellten dieses Bereiches sind aufgerufen, in Vorbereitung auf die ZK-Plenartagung den „200-Tage-Kampf zur Revolution im Transport“ noch einmal kraftvoll zu entfalten und somit eine Wende im Eisenbahngüterverkehr herbeizuführen.

# **ZU EINIGEN FRAGEN BEI DER ERHÖHUNG DER ELEKTROENERGIEERZEUGUNG UND DER VERBESSERUNG DER ARBEIT DES GESUNDHEITSWESENS**

**Rede vor verantwortlichen Funktionären der  
Wirtschaftsabteilungen des ZK der Partei  
und des Verwaltungsrates**

*21. März 1978*

Das Ministerium für Elektroenergie hat einen sehr interessanten schriftlichen Vorschlag eingereicht, wie man unter Ausnutzung der Abwärme von Dampfkesseln in den Betrieben und Industrieöfen Strom erzeugen kann. Bei Installation von Generatoren soll man auf diesem Wege große Mengen Strom gewinnen können – mit einem 35-t-Kessel schon 3000 kW. Das ist beachtlich.

Die Erhöhung der Elektroenergieproduktion ist eine sehr wichtige Frage bei der erfolgreichen Erfüllung des zweiten Siebenjahrplanes. Die Lösung des Stromproblems macht es möglich, die Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu normalisieren.

Da gegenwärtig die Einflüsse der polaren Kaltluftmassen groß sind, läßt sich das mit Wasserkraftwerken allein nicht vollständig erreichen. Daher haben wir in der jüngsten Zeit viele Wärmekraftwerke gebaut, die bei der Lösung dieses Problems eine sehr große Rolle spielen. Aber die Energiesituation ist nach wie vor angespannt. Also ist die Stromerzeugung durch Nutzung der Abwärme von betriebseigenen Dampferzeugern und Industrieöfen von immenser Bedeutung.

Bei uns gibt es viele dafür geeignete Dampfkessel und Öfen.

Manche Betriebe erzeugen unter Verbrauch von großen Mengen Kohle Dampf mit übererhöhtem Druck und setzen diesen durch einen Dekompressor wieder herab, um ihn für die Produktion und Heizung anwenden zu können. Dadurch verbraucht schließlich nicht wenige wertvolle Kohle umsonst durch die Schornsteine. Mit Generatoren versehen, kann mittels solcher Dampferzeuger sowohl viel Strom erzeugt als auch die Produktion abgesichert werden.

Bei uns gibt es eine Reihe großer Industrieöfen, mit denen wir bei guter Organisation ebenfalls viel Elektroenergie gewinnen können. Die Anwendung eines Trockenverfahrens statt einer Abkühlung des in Koksboxen hergestellten Koks mit Wasser würde es ermöglichen, die Abwärme effektiv zu nutzen und die Koksqualität zu erhöhen.

Reserven für die Stromerzeugung auf der Basis von Abwärme sind in Hülle und Fülle vorhanden, die für die Betriebe und die Stadtheizung bestimmten Dampfkessel und die Industrieöfen, die noch entstehen werden, mit eingeschlossen.

In Anju, Phyongsong, Nampho und anderen Städten sollen künftig jeweils einige 35-t-Kessel für die Stadtheizung errichtet werden, die sich ebenfalls mit Generatoren ausstatten lassen. Dann können wir sowohl Strom erzeugen als auch die Städte mit Wärme versorgen. Da wir viele Stahlrohre produzieren, ist es für uns ökonomischer, die Institutionen und Hochhäuser aus einigen zentralen großen Kesselanlagen statt aus mehreren kleinen zu beheizen, was gegenwärtig der Fall ist. Das bringt eine ungeheure Vergeudung von Arbeitskräften und Kohle mit sich. Von alters her heißt es, daß viele Herde viel Brennstoff verbrauchen. Unter vielen Kesselhäusern in einer Stadt leiden wegen des Rauches und der Kohlenasche aus den Schornsteinen die Umwelt und auch die Hygiene.

Mit der Stromerzeugung durch die Nutzung der Abwärme der betriebseigenen Dampferzeuger und Industrieöfen müssen die Wirtschaftsfunktionäre auch daran gewöhnt werden, den Staatshaushalt sorgfältig zu führen.

Es ist ihr größter Fehler, daß sie dies bis jetzt noch nicht tun. Unser Land ist zwar klein, hat aber eine große Bevölkerungszahl. Die Kinder, Schüler und Studenten, die bei uns über die Hälfte der Bevölkerung

ausmachen, wachsen heran und lernen auf Kosten des Staates. Unser Land verfügt auch über eine zahlenmäßig große Armee und nicht wenig Mitarbeiter der Staatsorgane. Dadurch sind wir gezwungen, den Staatshaushalt sorgfältig zu gestalten, anderenfalls ist unsere Existenz nicht gesichert.

Es ist sehr wichtig, daß die Funktionäre die Angewohnheit ablegen, nachlässig zu arbeiten, und in Zukunft gewissenhafter sind.

Bei der Einschätzung ihrer Arbeit lege ich das Hauptgewicht darauf, ob sie sich selbst, ihre Wohnungen und ihre Arbeitsplätze sauberhalten oder nicht. Auch in den Truppen der Volksarmee stelle ich fest, daß nur in den Truppen Ordnung und strikte Disziplin herrschen, deren Kommandeure ein gepflegtes Outfit haben, immer gut rasiert sind und vorschriftsmäßig handeln. Das betrifft auch die Leitung unserer betriebseigenen Wärmekraftwerke, die nur dann gut funktionieren, wenn deren Leiter haushälterisch arbeiten.

Diese Werke haben große Kapazitäten und laufen gegenwärtig auch recht gut, womit ich zufrieden bin. Sie müssen aber besser geleitet werden, damit sie ihr ganzes Potential voll entfalten können.

Die Ursache dafür, daß dies noch nicht der Fall ist, besteht darin, daß die Dampfkessel und Generatoren veraltet, ihre Kapazitäten im Verhältnis zueinander nicht übereinstimmend und manche Generatoren außer Betrieb sind. Die Wirtschaftsfunktionäre sind verpflichtet, diese Ausrüstungen ordentlich zu warten und zu reparieren sowie alle Generatoren in Gang zu setzen, damit die betriebseigenen Wärmekraftwerke ihre volle Leistungsfähigkeit erreichen können.

In den letzten Jahren hat unsere Agrarproduktion rapide zugenommen. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir die Landwirtschaft konsequent kontrolliert, direkt angeleitet, neue Technik eingeführt, die Ackerbaumethoden verbessert, Disziplin durchgesetzt und gefordert haben, daß dieser Bereich sorgfältig und entsprechend den technischen Vorschriften arbeitet.

Nehmen wir als Beispiel nur den Tabakanbau.

Zu der Zeit meiner Vor-Ort-Anleitung 1976 erzielte der Bezirk Nord-Hamgyong nicht einmal einen Hektarertrag von 1 t. Da holte ich genaue Erkundigungen ein und mußte feststellen, daß er auf einem

Phyong nur 12 Pflanzen kultivierte, was auch noch von den Agrarwissenschaftlern unterstützt wurde. Das ist jedoch eine überaus veraltete Methode. Angaben zufolge baut man in anderen Ländern seit langem 34 bis 37 Pflanzen je Phyong an.

Hätten sich die Agrarwissenschaftler mit dem Studium befaßt, wären sie in der Lage gewesen, dieses Problem rechtzeitig zu erkennen und kurzfristig zu lösen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes in der Nachkriegszeit ließ ich eine Million ausländische Bücher importieren und eine große Bibliothek einrichten, die aber derzeit nur von Studenten und kaum von Wissenschaftlern aufgesucht wird. Da sich die Agrarwissenschaftler nicht weiterbilden, sind sie unzureichend über internationale Entwicklungstendenzen informiert und nicht imstande, nützliche Vorschläge zur raschen Förderung unserer Landwirtschaft zu unterbreiten.

Seit einem Jahr baut der Bezirk Nord-Hamgyong 37 Tabakpflanzen je Phyong an. 12 Pflanzen je Phyong macht 36 000 je Hektar, aber 37 je Phyong macht schon mehr als 110 000 Pflanzen je Hektar. Welcher große Verlust ist uns durch den Anbau von nur 12 Pflanzen je Phyong entstanden!

Schon allein dieses Beispiel läßt deutlich werden, wie sehr die Agrarfunktionäre bisher nach Gutdünken gearbeitet haben. Wir können uns von unseren sehr beschränkten Ackerflächen aber nur dann ernähren, wenn wir bei der Berechnung der Pflanzenzahlen die erforderliche Sorgfalt walten lassen und die Getreideproduktion erhöhen.

Das trifft auch auf die Industrie zu.

Nur wenn die leitenden Mitarbeiter der Betriebe daran gewöhnt sind, sorgfältig zu arbeiten, ist es möglich, die Vergeudung von Arbeitskräften und Material zu vermeiden, Reserven ausfindig zu machen und mit vorhandenen Ausrüstungen, Materialien und Arbeitskräften mehr zu produzieren.

Für die Erzeugung von Strom unter Ausnutzung der Abwärme von betriebseigenen Kesseln und Industrieöfen benötigt man Turbinen, Generatoren und andere entsprechende Ausrüstungen.

Wir müssen also einerseits dafür sorgen, daß sie so weit wie möglich

von uns selbst hergestellt werden, und andererseits Maßnahmen treffen, um sie zum Teil aus dem Ausland einzuführen. Mit diesen zwei Schritten gehen wir ganz sicher vor.

Mit dem Bau von Turbinen und Generatoren ist das im Bau befindliche Schwermaschinenwerk Taeon zu beauftragen.

Der Minister für Maschinenbau schlägt vor, diese Aufgabe der Maschinenfabrik Ryongsong zu übertragen, was ich jedoch nicht befürworten kann. Da dieses Werk noch nicht über die entsprechende Abteilung verfügt, würde das nur die Einstellung der Produktion von Ausrüstungen für andere Objekte zur Folge haben.

Das Werk ist nicht in der Lage, diesen Auftrag zusätzlich zu übernehmen. Da der Verwaltungsrat seinen Direktor jedesmal, wenn es um die Produktion von Ausrüstungen für ein Großobjekt geht, zu sich ruft, nimmt er ständig an Versammlungen teil und kümmert sich kaum um seinen Betrieb. Die verantwortlichen Betriebsfunktionäre sind ruhmbegieriger geworden, und bei ihnen ist Faulenzerei entstanden. Diese Fabrik darf nicht immerzu gelobt werden. Sie machte sich zwar früher durch den Bau von 6000- und 3000-t-Pressen sowie von einer 8-m-Karusseldrehbank und dann durch die Herstellung von Ausrüstungen für das Vinalonwerk „8. Februar“ einen guten Namen, danach hat sie aber nichts geschaffen, was sich sehen ließe. Gegenwärtig geht es abwärts mit ihr. Nur wenige der Anlagen, die sie in den letzten Jahren hergestellt hat, sind von Anfang an einwandfrei gelaufen. Der Sinterofen, der kontinuierlich arbeiten sollte, ist Jahre nach seiner Installation immer noch nicht funktionstüchtig, und die große Erdbohrmaschine ging gleich nach der Aufstellung zu Bruch. So hat die Maschinenfabrik Ryongsong ziemlich an Vertrauen verloren.

Ihr darf man den Bau von Turbinen nicht übertragen. Sie ist das einzige Werk, das wichtige Ausrüstungen für unsere Großobjekte liefert. Deshalb ist darauf zu orientieren, daß sie sich auf diese Produktion spezialisiert und nicht immer wieder andere Aufgaben gestellt bekommt. Das habe ich bereits festgelegt.

Das Schwermaschinenwerk Taeon ist schnell fertigzustellen, damit dort Turbinen und Generatoren produziert werden können.

Die Bauarbeiten gehen allerdings nur schleppend voran. Niemand

fühlt sich richtig verantwortlich dafür, von keiner Stelle werden sie kontrolliert und wirksam angeleitet. Die Funktionäre dreschen nur Phrasen und treiben sie nicht voran. Obwohl mit ihnen schon vor drei Jahren begonnen wurde, konnten sie noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Der Verwaltungsrat hat Maßnahmen zur raschen Fertigstellung des Betriebes zu treffen.

Vor allem sind die Baukräfte auf wichtige Objekte zu konzentrieren, statt sie zu zerstreuen, damit die Bauvorhaben kurzfristig beendet werden können. Die momentane milde Witterung erweist sich als günstig für die Bautätigkeit. Deshalb sollten wir die Kräfte zusammenziehen und einige der wichtigsten Projekte in der ersten Hälfte dieses Jahres zum Abschluß bringen.

Für die beschleunigte Errichtung des Schwermaschinenwerkes Taeon müssen in ausreichender Menge Zement, Stahl und andere Baumaterialien geliefert werden.

Einem Bericht zufolge ruhen gegenwärtig die Dacharbeiten, weil die Lieferung von verzinkten Blechen stockt. Sie lassen sich aber ohne weiteres durch Stahlbleche ersetzen, wenn man diese mit Bleimennige und Ölfarbe anstreicht. Dann sehen sie schön aus, rosten nicht, sind wasserdicht und halten Erschütterungen gut stand.

Für die Bereitstellung dieser Bleche hat das Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ zu sorgen, indem es 2-mm-Feinbleche erzeugt.

Dieses Jahr wollen wir dem Schwermaschinenwerk Taeon noch keinen Produktionsplan geben. Es muß erst Konstruktionsunterlagen und Holzmodelle vorbereiten sowie verschiedene andere technische Vorarbeiten leisten, bevor es ab nächstes Jahr die planmäßige Produktion von zunächst 3000-kW- und 5000-kW-Generatoren und Turbinen aufnimmt.

Man muß einmal damit beginnen, diese Maschinen aus eigener Kraft herzustellen, ansonsten wird man auch später keine besseren liefern können. So wie man nur durch ständiges Reden, Schreiben und Schießen ein gewandter Redner, stilistisch guter Autor und treffsicherer Meisterschütze werden kann, vermag man auch erst dann einwandfreie Maschinen herzustellen, wenn man Erfahrungen dabei sammelt. Generatoren Und Turbinen zu bauen ist nicht allzu schwer. Wenn wir

entschlossen zupacken, können wir das ausgezeichnet bewältigen.

Das Schwermaschinenwerk Taean könnte hierbei wegen des Mangels an technischen Kräften Schwierigkeiten haben. Ich schlage daher vor, einige Kräfte, die sich mit dem Bau von Turbinen befassen, von der Maschinenfabrik Ryongsong dorthin umzusetzen.

Beim Bau von Dampfkesseln gibt es keine großen Probleme. Da sie nur aus Rohren zusammengebaut sind, kann man sie in beliebigen Mengen herstellen, wenn diese zur Verfügung stehen. Von nun an muß unser Land ein System der Herstellung von 35-t-Heizkesseln schaffen und sie in großer Stückzahl liefern.

Das Ministerium für Außenwirtschaft ist verpflichtet, einen Teil der Ausrüstungen für die Stromerzeugung zu importieren. In diesem Jahr sind 21 Kleingeneratoren einzuführen. Allein durch deren Anschluß an die betriebseigenen Kessel und die Industrieöfen sollen 92 000 t Kohle eingespart werden können, was eine riesige Menge ist.

Künftig sind in allen betriebseigenen Kesselhäusern und Industrieöfenanlagen nach Möglichkeit Generatorenausrüstungen zu installieren, um Strom zu erzeugen.

Im weiteren gehe ich kurz auf die geologische Erkundung ein.

In diesem Bereich müssen junge und kräftige Männer eingesetzt werden, um die Reihen der Geologen zu stärken.

Es gibt viele Orte, die geologisch noch zu erkunden sind. Vor kurzem soll man im Kreis Unpha, Bezirk Nord-Hwanghae, beim Ausgraben eines Brunnens ein Kohlelager entdeckt haben. Daraus können wir schließen, daß es mit der geologischen Erkundung bisher schlecht stand. Diese Lagerstätte befindet sich unweit der Kohlengrube Pongsan, die seit der Herrschaftszeit des japanischen Imperialismus besteht. Unmittelbar nach der Befreiung arbeitete die Eierbrikettfabrik nicht, so daß es sehr schwierig war, die Lokomotiven in Gang zu setzen. Zu jener Zeit nutzten wir die Kohlengrube Pongsan 2 bis 3 Jahre lang sehr effektiv. Danach stellte ich den Funktionären des besagten Bezirkes mehrmals die Aufgabe, das Gebiet um Pongsan gründlich zu erkunden, was aber bis heute nicht geschehen ist. Sonst hätten sie dort schon längst Kohlevorkommen gefunden.

Eine gezielte geologische Untersuchung macht es möglich, nicht nur

Kohle-, sondern auch Erzlagerstätten zu entdecken. Einst behauptete man, es gäbe bei uns kein Mangan. Im Bezirk Süd-Hwanghae soll aber Manganerde von niedrigem Gehalt vorkommen. Bei uns ist auch Gips erkundet worden, den man bisher einfuhrte. Wir werden uns mit vielem Notwendigem noch befriedigender versorgen können, wenn die Erkundungsarbeit verbessert wird.

Ihre Intensivierung setzt eine größere Zahl von Erkundungsarbeitern voraus. Bereits früher habe ich hervorgehoben, daß dieser Bereich mindestens 80 000 Beschäftigte haben muß, zur Zeit sind es aber kaum 50 000. Ihm sind die benötigten Ausrüstungen regelmäßig zu liefern und die zusätzlichen Arbeitskräfte bereitzustellen.

Der Verwaltungsrat hat diesbezüglich einen Entwurf vorzulegen, denn das Politkomitee des ZK der Partei sieht vor, über die Arbeit dieses Bereiches zu beraten.

Nun zum Gesundheitswesen.

Gegenwärtig steht es damit nicht sonderlich gut. Den Landkrankenhäusern mangelt es an Arzneimitteln, medizinischen Instrumenten und Geräten. Wir haben das Gesundheitswesen schon mehrmals kritisiert und eine Reihe von Maßnahmen getroffen, aber es gab noch keine bemerkenswerten Verbesserungen. Deshalb wollen wir uns diesmal konkret mit dem Stand der Produktion von Medikamenten und medizinischen Instrumenten und Geräten vertraut machen, um dieses Problem im Politkomitee des ZK der Partei zur Diskussion zu stellen und praktische Schritte einzuleiten.

Eine Zeitlang hat man sogar in den Kreisen viel davon gesprochen, Röntgenapparate u. ä. herzustellen, inzwischen ist dieser Elan aber vollkommen abgeklungen und niemand redet mehr darüber.

Medizinische Ausrüstungen könnte bei guter organisatorischer Arbeit jeder Betrieb unseres Landes produzieren. Das betrifft insbesondere die mit hohem technischem Niveau. Man muß sie nur damit beauftragen. Das versäumt das Ministerium für Gesundheitswesen jedoch, und dadurch werden die Krankenhäuser selbst mit solchen einfachen Geräten wie Sterilisatoren nicht richtig beliefert.

Es mangelt auch an Arzneimitteln.

Bei uns gibt es zahlreiche große pharmazeutische Werke. Die Aspirinfabrik hat eine sehr hohe Produktionskapazität. Wenn wir sie voll auslasten und große Mengen Aspirin ausführen würden, könnten wir die uns fehlenden Medikamente einführen. Dadurch ließe sich die Arzneimittelfrage schon weitgehend lösen, und man könnte auch in großem Maße Valuten erwirtschaften. Unsere Funktionäre denken aber weder daran noch setzen sie sich dafür ein, für unser Volk ausreichend Medikamente herzustellen.

Seit das Ministerium für Gesundheitswesen für die pharmazeutische Industrie zuständig ist, scheint es um deren Produktion noch schlechter zu stehen. Penicillin und andere Medikamente werden in so geringem Umfang erzeugt, daß die Krankenhäuser manchmal nicht einmal ein Präparat gegen Grippe besitzen. Während meines Aufenthalts im Bezirk Nord-Phyongan im letzten Sommer erkundigte ich mich nach dem Krankenhaus des Kreises Sakju und mußte feststellen, daß ihm nur wenig Medikamente und Behandlungsgeräte zur Verfügung standen.

Die hygienische und prophylaktische Arbeit wird ebenfalls vernachlässigt.

Das ist der Grund, weshalb im vergangenen Jahr die Masern aus einem anderen Land eindringen und sich in einigen Gebieten des Bezirkes Nord-Phyongan verbreiten konnten, obwohl sie bei uns schon längst ausgerottet waren. Deshalb konnten die Kinder dieses Bezirkes im vorigen Jahr nicht am nationalen Kunstfestival der Kinder in Pjongyang teilnehmen.

Zur Verbesserung der Arbeit des Gesundheitswesens muß vor allem eine entscheidende Wende in der Produktion von Medikamenten, medizinischen Instrumenten und Geräten herbeigeführt werden.

Durch die Konzentration der Kräfte auf die pharmazeutische Industrie ist die Herstellung von Arzneimitteln zu erhöhen, insbesondere von jenen, die allgemein sehr gefragt sind.

Außerdem müssen sie besser verpackt werden.

Da die Arzneien von Menschen eingenommen werden, sind sie sauber und schön zu verpacken. Sonst könnte es passieren, daß die Qualität eines Medikaments nach seiner Verpackung beurteilt wird.

Über dieses Problem habe ich bereits mehrmals gesprochen, aber es

hat sich auf diesem Gebiet immer noch nicht viel getan. In vielen Ländern zeigt man Interesse an unserem Penicillin und Streptomycin, aber wegen schlechter Flaschen können wir diese Präparate nicht exportieren. Warum stellt man sie denn nicht in guter Qualität her – gibt es doch bei uns entsprechende Betriebe und Facharbeiter! Würden die Funktionäre dieser Angelegenheit größere Aufmerksamkeit schenken, ließe sich dieses Problem ohne weiteres lösen. Die Verpackung von Medikamenten muß modernisiert werden, selbst wenn wir einige Devisen für den Import entsprechender Ausrüstungen ausgeben müßten.

Bei der Herstellung medizinischer Geräte ist es wichtig, sie qualitätsgerecht zu plattieren. Unsere derzeitigen Geräte sind zwar formschön, aber wegen eines mangelhaften Überzuges unansehnlich. Apparaturen aus dem Ausland sehen besser aus als unsere, weil sie einwandfrei plattiert sind. Sie werden ebenso wie Medikamente für die Humanmedizin verwendet und müssen deshalb auch schön anzusehen sein.

Ehe wir eine Sitzung des Politkomitees über die Arbeit des Gesundheitswesens eröffnen, wollen wir ihren Teilnehmern je ein Beispiel für die bei uns produzierten medizinischen Geräte und Ausrüstungen zeigen. Die Funktionäre müssen die richtige Einstellung zu diesem Problem bekommen und sich für einen raschen Umschwung in diesem Produktionszweig einsetzen. Wenn viele Bereiche zupacken und einige verschiedene Arten von Geräten herstellen, kann diese Frage gelöst werden.

Für die Galvanostegie der medizinischen Apparaturen ist nach seiner Fertigstellung der jetzt noch im Bau befindliche neue Plattierungsbetrieb verantwortlich, dem der zuständige Bereich den dafür benötigten nichtrostenden Stahl und anderes Stahlgut konsequent zu liefern hat.

Wir müssen im Planjahrsiebt eine Revolution in der Produktion von Medikamenten und medizinischen Geräten herbeiführen. Mit unserer Industriebasis können wir alles erreichen, wenn wir entschlossen darangehen.

Neuerungen in der pharmazeutischen Industrie und der Produktion

von medizinischen Geräten und Ausrüstungen sind Voraussetzung dafür, die Überlegenheit des Systems der kostenlosen Behandlung voll zur Geltung zu bringen. Dieses System mag noch so hervorragend sein – die Werktätigen können nicht in seinen vollen Genuß kommen, wenn es an Arzneien und medizinischen Gerätschaften mangelt.

Die traditionelle koreanische Medizin ist aktiv weiterzuentwickeln.

Vor kurzem las ich in einem ausländischen Informationsmaterial, was ein 120jähriger Greis als Rezept für ein langes Leben vorgeschlagen hat. Ich informierte darüber unsere Ärzte, aber sie kannten nichts von den genannten Dingen. Deshalb riet ich ihnen, darüber mit den Ärzten für traditionelle koreanische Medizin zu diskutieren. All die Heilpflanzen aus diesem Rezept sollen bei uns vorkommen. Unseren Ärzten waren sie aber unbekannt, weil sie ihre Forschungsarbeit über die traditionelle koreanische Medizin vernachlässigten.

Traditionelle Arzneimittel werden seit alters her viel von den Koreanern angewandt, deshalb sind sie künftig zu bevorzugen.

Sie sind bei der Therapie sehr wirkungsvoll, wenn dem Patienten nach genauer Diagnose entsprechend seiner physischen Konstitution und seiner Krankheit ein richtiges Rezept verschrieben wird. Verdauungsschwächen z. B. verschwinden bald, wenn man mehrmals den Sud aus diesen Heilmitteln zu sich nimmt.

Eine genaue Rezeptur setzt voraus, die moderne und traditionelle koreanische Medizin miteinander zu verbinden. Gegenwärtig diagnostizieren die Ärzte der letztgenannten Richtung die Krankheiten nur nach Pulsation, wodurch man sie aber nicht richtig erkennen und exakte Rezepte verordnen kann. Sie sollten daher mittels moderner Methoden sowohl Blut- und Urinproben untersuchen als auch den Blutdruck messen. Nur dann ist eine exakte Diagnostik möglich.

Die Medikamente der traditionellen Medizin eignen sich auch gut als Stärkungsmittel und zur Gesunderhaltung. In der modernen Medizin gibt es so gut wie kein Heilmittel, das die Gesundheit schützt und den Körper stärkt. Zu diesem Zweck werden hauptsächlich Vitaminpräparate eingesetzt, und die übrigen Mittel wirken meistens antibiotisch.

Durch eine Großproduktion sind die Medikamente der traditionellen koreanischen Medizin umfassend für die ärztliche Behandlung einzusetzen. In jedem Kreis besteht zwar eine entsprechende Apotheke, ihr stehen aber zu wenig Arzneimittel zur Verfügung. Die Produktion dieser Präparate sollte erhöht und ihr Verkauf dadurch gesteigert werden.

Für die Verhütung von Krankheiten geeignete Nahrungsmittel müssen in größerer Menge erzeugt werden.

Wir verfügen reichlich über sie.

Zur Zeit sollen die Europäer erforschen, warum die Asiaten nicht vorzeitig altern und lange leben, und sich besonders intensiv mit den asiatischen Gerichten befassen. Die Koreaner trinken im allgemeinen keine Milch und essen das Gewürz *Toenjang*. Trotzdem sind sie gesund, weil es viel Aminosäure und Eiweiß und keine Stoffe enthält, die der Gesundheit schaden, Milch aber ist reich an tierischen Fetten und Ölen, die dem Organismus nicht so sehr zuträglich sind.

Die Ausländer bevorzugen das Unsrige und untersuchen dies, manche unserer Funktionäre hingegen verfallen in die Kriecherei, das Westliche nachzuahmen. Fremdes darf nicht verherrlicht werden. Auch bei der Ernährung müssen wir aktiv darum ringen, das uns Eigene zum Tragen zu bringen und weiterzuentwickeln.

Unser Land ist reich an Palmentang, Seegurken, Meerlattich, Seetang und anderen Meeresprodukten, die als Nahrungsmittel dienen und bei der Prophylaxe und Therapie von Krankheiten sehr wirksam sind.

Palmentang ist sehr gesund. Seit alters her ist er für die Koreaner ein begehrtes Nahrungsmittel. Er soll dazu beitragen, die toxischen Stoffe im Körper zu beseitigen und auch Krebs zu verhüten.

Die Ausländer kennen diese Wirkung und nehmen ihn sozusagen als Arznei in kleineren Mengen zu sich. Ich kam einmal mit dem Staatsoberhaupt eines Landes zusammen, der nach dem Essen schwarze Tabletten einzunehmen pflegte. Als ich ihn fragte, was das sei, antwortete er, Palmentang. Wie er essen die Ausländer ihn als Arznei, die Koreaner aber seit eh und je als warme Suppe oder gebraten.

Wie mir berichtet wurde, können bei uns jährlich mehr als 1,2 Mio. t

dieser Tangart gesammelt werden. Sie muß in großer Menge der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Durch Forschungen sind die Methoden weiterzuentwickeln, um daraus verschiedene Lebensmittel herzustellen. In einem Land soll man aus pulverisiertem Palmentang Tee und Kindernahrung herstellen.

Auch Seegurken sind gesund. In unserem Ostmeer gibt es sie viel, wohingegen sie in anderen Ländern wenig vorkommen und daher nicht von vielen Menschen gegessen werden können. In den kapitalistischen Ländern steht sie nur den Kapitalisten zur Verfügung, den Werktätigen kaum. In einem Land wird dieses Meerestier, das von uns importiert wird, nur hohen Gästen angeboten.

Meerlattich und Seetang sind ebenfalls in großer Menge zu sammeln. Meerlattich ist wohlschmeckend und macht die Menschen gesund, und Seetang ist hochwirksam bei der Vorbeugung von Endemien. In einigen Gebieten bekommen ihn lediglich die Wöchnerinnen. Er soll mehr gesammelt werden, damit er allen bereitsteht. Dazu würde es genügen, ausreichend Seile an den Aufzuchtplätzen auszulegen.

Es erweist sich als notwendig, große Mengen Fischmehl herzustellen. Um das Wachstum der Kinder zu fördern, müssen sie viel mit Fischmehl und verschiedenen anderen Meeresprodukten ernährt werden.

Sandaale und Schwebegarnelen sind auch gesundheitsfördernde Nahrungsmittel, die kalziumreich sind sowie viel Eiweiß und verschiedene andere Nährstoffe enthalten. Weil die Bürger des Bezirkes Nord-Hamgyong das nicht wissen, essen sie Schwebegarnelen nicht gern. Daher ist es unerlässlich, in Publikationen viele Beiträge über Nahrungsmittel zu bringen und sie mit verschiedenen anderen Methoden zu popularisieren.

Dem Verwaltungsrat obliegt es, gestützt auf meine heutige Rede Maßnahmen zu treffen und die Arbeiten eine nach der anderen durchzuführen.

## **REDE AUF DER BERATUNG DER LEITENDEN FUNKTIONÄRE DES VERWALTUNGSRATES**

*30. März 1978*

Heute werde ich Ihnen die Gelegenheit bieten, sich die Tonbandaufnahmen von ausländischen ökonomischen und technischen Materialien anzuhören. Das ist meines Erachtens nicht schlecht, obwohl es darunter auch Materialien gibt, mit denen Sie sich bereits vertraut gemacht haben.

In den anderen Ländern wird gegenwärtig infolge der weltweiten Brennstoffkrise in großen Dimensionen um die Einsparung von Elektroenergie, Koks sowie Kraftstoff und um die Nutzung von Abwärme gerungen. Bei uns hingegen bemüht sich niemand darum. Obwohl unlängst auf einer Tagung des Politkomitees des ZK der Partei sogar ein Beschluß über die Verstärkung des Kampfes um Einsparung von Rohstoffen und Strom gefaßt wurde, läßt seine Realisierung noch zu wünschen übrig. Es tut not, so schnell wie möglich Maßnahmen für deren Einsparung und für die Verwertung von Abwärme einzuleiten.

Diese Tonbandaufnahmen sollten Ihnen ein Hilfsmittel sein, um in jedem einzelnen Bereich eine wissenschaftlich-technische Diskussion zu entfalten, die die Frage der Einsparung von Elektroenergie, Koks sowie Kraftstoff und der effektiven Nutzung von Abwärme behandelt. Wenn wir dafür sorgen, daß auch Wissenschaftler und Techniker aktiv an ihr teilnehmen, ist es möglich, verschiedene hervorragende Vorschläge hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Aspekte einzubringen.

Vor allem gilt es, die Debatte über die Elektroenergieeinsparung zu organisieren und sich mit Tatkraft dafür einzusetzen.

Die Stromsituation in unserem Land wird voraussichtlich auch künftig angespannt sein. Angesichts der anhaltenden polaren Kaltlufteinflüsse müssen in großer Anzahl Wärmekraftwerke entstehen, was jedoch eine gewisse Zeit dauert. Selbst wenn wir in den nächsten Jahren planmäßig weitere Wärmekraftwerke errichteten, würde ihre gesamte Produktionskapazität dennoch nur etwa einige hunderttausend Kilowatt betragen. Im gleichen Zeitraum werden jedoch auch neue Werke entstehen, die erheblich größerer Mengen Energie bedürfen, als diese erzeugen können. Aus diesem Grunde ist es wichtig, einerseits Kraftwerke zu bauen und dadurch die Energieerzeugung zu steigern, andererseits muß man aber auch einen energischen Kampf für die Einsparung von Strom entfalten, um den Bedarf daran decken zu können. Der Bau noch so vieler Kraftwerke bleibt ohne jeden Nutzen, wenn die Energie aufs Geratewohl verwendet und vergeudet wird. Das gleicht dem Füllen eines Fasses ohne Boden.

Es ist außerordentlich wichtig, sich besonders in den energieaufwendigen Bereichen für einen sparsamen Verbrauch von Strom einzusetzen. Natürlich muß man auch bei der Beleuchtung – sowohl in den Wohnungen als auch in den Straßen – einsparen, selbst wenn ihr Anteil am Gesamtverbrauch nur gering ist. Die bei uns produzierte Elektroenergie fließt zum größten Teil in die Industrie. Der Chemieindustrie und den anderen energieaufwendigen Zweigen obliegt es also, den Kampf um die Einsparung von Strom zu verstärken.

Die entwickelten Länder führen jetzt verschiedene Methoden ein, um den Stromverbrauch in der Industrie vielfach zu senken. Wir sollten die energieaufwendigen Industriebereiche, wie z. B. die chemischen Betriebe, die Kalziumkarbid, Ätznatron und Ammoniak produzieren, einer allgemeinen Kontrolle unterziehen und dabei die erforderlichen Einsparungsmaßnahmen treffen. Darum bemühen sich selbst die wirtschaftlich hochentwickelten, finanzkräftigen Länder, und so darf unser Land, dem es noch an allem mangelt, schon gar nicht darauf verzichten.

Um viel Elektroenergie einzusparen, muß man ihrer Verschwendung

mit konsequenten Maßnahmen entgegenwirken und eine umfassende technische Neuererbewegung für die Senkung des Stromverbrauches ins Leben rufen. Gegenwärtig tritt man nur mit Worten dafür ein. Dieses Ziel läßt sich mit Losungen allein aber nicht erreichen. Statt nur davon zu reden, müssen wir dafür sorgen, daß die verschiedenen modernen Techniken und Erfahrungen bekanntgegeben und in die Praxis umgesetzt werden, denn nur so kann man mehr Elektroenergie einsparen.

Angaben zufolge ist es hierbei günstig, in der Karbidproduktion die Feuchtigkeit des Anthrazites etwas zu reduzieren, und die Beseitigung von Verunreinigungen im Kalkstein – dem Rohstoff für die Karbidherstellung – soll eine Methode sein, den Stromverbrauch spürbar zu verringern. Ein weiteres bemerkenswertes Verfahren besteht darin, luftdichte Karbidöfen einzusetzen und mit den darin entstehenden Gasen die Beschickungen vorzuwärmen. Unsere Funktionäre versäumen es jedoch, solche Methoden zu erforschen und Maßnahmen für eine Senkung des Stromverbrauches einzuleiten, und legen stattdessen die Öfen schon beim geringsten Mangel an Elektroenergie still.

Kalziumkarbid ist ein grundlegender Ausgangsstoff für unsere chemische Industrie, deshalb können die anderen chemischen Betriebe nicht normal arbeiten, wenn diese Öfen ausfallen. Karbidöfen gibt es bei uns sowohl im Vereinigten Vinalonwerk „8. Februar“ als auch in dem Kalkstickstoffwerk Sunchon und im Chemiewerk Chongsu. Sie arbeiten jedoch wegen Mangels an Strom nicht kontinuierlich, so daß der Produktionsablauf in den anderen Chemiewerken behindert wird. Aufgrund des Kalziumkarbidmangels können wir die Erzeugung von Vinalon und Kalkstickstoffdüngemitteln nicht steigern und das PVC-Werk nicht voll auslasten.

In der Metallurgie wird der Kampf um die Einsparung von Energie ebenfalls vernachlässigt. Eine Zeitlang sprach man davon, die Beschickungen der Elektroöfen vorzuwärmen, um auf diese Weise den Stromverbrauch erheblich zu senken. Für diese Initiative habe ich mich bedankt, aber heute kommt solch ein Verfahren nirgends richtig zur Anwendung. Die Stahlwerke legten stattdessen hohe Energieverbrauchsnormen pro Tonne Stahl fest und ergehen sich in

Selbstzufriedenheit, wenn sie diese unterbieten. Das ist aber keine wirkliche Einsparung von Energie. Sie überziehen die Verbrauchsnorm pro Tonne Stahl nicht, weil sie sie sehr hoch festgelegt haben, was aber in vielen Fällen das Energieverbrauchslimit übersteigt.

Das Bestimmen eines Verbrauchslimits allein bringt keinerlei Nutzen, wenn man nicht gleichzeitig praktische Einsparungsmaßnahmen ergreift. Ansonsten überschreitet das Limit automatisch, Also muß es verschiedene technische Maßnahmen zur Energieeinsparung geben.

Des weiteren muß intensiv um die Senkung des Verbrauchs von Koks und Kokskohle gerungen werden.

In unserem Land gibt es nur zwei große Eisenhüttenwerke, wo diese verbraucht werden. Wenn die leitenden Wirtschaftsfunktionäre das Vereinigte Eisenhüttenwerk Hwanghae und das Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ unter Kontrolle nehmen und dafür sorgen würden, daß sie zwecks Reduzierung ihres Bedarfs moderne Technik einführen, wäre eine Lösung der Koks- und Kokskohlefrage ohne weiteres möglich. Derartige Aktivitäten muß man bei ihnen aber leider vermissen. Weshalb führen sie denn die bereits existierende Technik nicht ein? Anders wäre es, wenn sie sie selbst erfinden sollten.

In anderen Ländern hat man hierfür verschiedene Methoden erfunden und in die Produktion überführt. Allein durch die Erhöhung der Feuchtigkeit der in den Hochofen einzublasenden Luft soll es möglich sein, Koks einzusparen. In einem Land wird durch die Senkung der Feuchte der Beschickungskohle von Koksöfen die Produktionsleistung der Koksbatte erhöht und Kokskohle eingespart. In einem anderen Land heißt es, daß die Beschickungskohle vorgewärmt und außerdem schwachbackende Kohle bis zu 50 % untergemischt wird. Mit Hilfe solcher Methoden ist es durchaus möglich, den Produktionsplan mit der vorhandenen Menge Koks und Kokskohle zu erfüllen.

Angaben zufolge kann man mittels moderner Verfahren die Koksverbrauchsnorm pro Tonne Roheisen auf 300–335 kg senken. Würde uns das gelingen, so wären wir durchaus in der Lage, allein mit dem Koks, der z. Z. in einem Jahr verwendet wird, 5 bis 6 Mio. t Roheisen zu produzieren.

In unseren wissenschaftlich-technischen Materialien steht es geschrieben: es ist vorteilhaft, einen Hochofen entweder mit vorgewärmter Luft oder mit Staubkohle anzublasen. Doch die Wirtschaftsfunktionäre versäumen es, aktive Maßnahmen für die Einführung dieser Methode einzuleiten.

Wie ich hörte, hat man verschiedene Versuche über die Zuführung von Staubkohle in einen Hochofen durchgeführt. Aber wenn man darauf verzichtet, die gewonnenen Erkenntnisse in die Produktion überzuleiten, sind solche Experimente sinnlos. Wir sollten die Aufgabe stellen, die im Versuch erzielten Ergebnisse in der Praxis anzuwenden und für ihre Realisierung zu sorgen. Früher haben wir den Betrieben strenge Vorhaltungen gemacht, wenn sie ihre technische Aufgabenstellung nicht verwirklichten, weil wir das als Nichterfüllung des Plans betrachteten. In letzter Zeit verhalten sie sich solchen Aufgaben gegenüber gleichgültig, was darauf zurückzuführen ist, daß sie kaum einer genauen Kontrolle unterliegen. Von jetzt an müssen wir ihnen Aufträge für technische Neuerungen erteilen und eine strenge Disziplin für deren konsequente Verwirklichung schaffen.

Ein wissenschaftlich-technisches Forum über die Einsparung von Koks und Koks-kohle sollte entweder im Vereinigten Eisenhüttenwerk Hwanghae oder im Eisenhüttenwerk „Kim Chaek“ abgehalten werden. Auf diesem Symposium muß man ausgiebig darüber beraten, welche Verfahren in die Eisenhüttenwerke einzuführen sind, um den Koks- und Koks-kohleverbrauch senken zu können. Die Diskussionsergebnisse sind anschließend dem Politkomitee des ZK der Partei mitzuteilen, das dann die entsprechenden Maßnahmen einleiten muß.

Auch über die Frage der Abwärmeverwertung muß man eine wissenschaftlich-technische Debatte führen.

Es gilt, die Abwärme vielseitig zu nutzen, so unter anderem für die Stromerzeugung, worauf ich unlängst hingewiesen habe.

Mir ist bekannt, daß in einem Land die Abwärme drei- bis viermal genutzt wird. In den kapitalistischen Staaten verwertet man sie mehrfach, um höhere Profite zu erzielen. In der sozialistischen Gesellschaft, wo alle Reichtümer des Landes Eigentum des Volkes sind, muß sie viel besser als unter kapitalistischen Verhältnissen genutzt

werden. Wenn man in der sozialistischen Gesellschaft die Reichtümer des Landes verschwenderisch und planlos verbraucht, nur weil diese Volkseigentum sind, so entspricht das nicht der Einstellung eines Kommunisten.

Die Abwärmeverwertung ist eine sehr interessante Frage. Selbst wenn sie nicht – wie in anderen Ländern – drei- oder viermal, sondern nur ein- oder zweimal genutzt wird, wäre das schon zu begrüßen. Momentan kann man sich auch mit einer einmaligen Ausnutzung zufriedengeben.

Ferner gilt es, um die Lösung der Kraftstofffrage zu ringen.

Gegenwärtig ist die Welt von einer Erdölkrise betroffen, und auch uns mangelt es daran.

Zur Überwindung dieses Problems hat man Transporte verstärkt mit der Eisenbahn zu bewältigen und ihre Elektrifizierung zu beschleunigen. Früher, als wir ausreichend Benzin zur Verfügung hatten, nahmen wir Kurs auf eine umfassende Auslastung der Straßentransportkapazitäten. Aber diese Zeiten sind vorbei. Jetzt haben wir das Zeitalter der Eisenbahnen. Deshalb ist es sehr richtig, sich verstärkt auf diese Beförderungsmöglichkeit zu besinnen und ihre Elektrifizierung voranzubringen.

Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung für eine erhebliche Verminderung der Umweltverschmutzung. Ich habe mir sagen lassen, daß die Menschen in den Großstädten Japans sehr unter der durch die Fahrzeugabgase verursachten Luftverschmutzung leiden. Die Japaner nennen diese Städte selbst „Umwelthöllen“. Angaben zufolge sollen die Lungen fast aller im Zentrum von Tokio wohnenden Menschen durch Umwelteinflüsse geschädigt sein. Deshalb brauchen wir ausländische Städte niemals um deren regen Autoverkehr zu beneiden.

Um Umweltverschmutzungen zu vermeiden, stellte ich bereits die Aufgabe, die Zahl der Busse in den Städten der Bezirke zu begrenzen und stattdessen eine Bewegung für die Steigerung der Produktion von Fahrrädern ins Leben zu rufen. In Pyongyang sind künftig nur O-Busse oder Elektrobusse, die mit Akkumulatoren ausgestattet sind, einzusetzen. Manche Länder produzieren gegenwärtig solche Busse. Wir sollten uns auch darauf orientieren.

Die Maschinenbauindustrie muß die Einspritzdüsenfabrik schnell fertigstellen, damit der Kraftstoffverbrauch gesenkt und eine Verschmutzung der Umwelt vermieden werden kann. Manche Fahrzeuge stoßen derzeit schwarzen Qualm aus, weil die Einspritzdüsen veraltet sind und der Verbrennungsvorgang dadurch nicht gleichmäßig ist. Deshalb ist der Bau dieser Fabrik schnell abzuschließen, um mehr qualitätsgerechte Düsen herstellen zu können, die einen höheren Verbrennungseffekt haben.

Wissenschaftlich-technische Materialien berichten ferner über so interessante Objekte wie die Erzeugung von Elektroenergie aus Erdwärme und die Produktion von Koks aus Torf. Wir müssen jedoch zunächst einmal wissenschaftlich-technische Seminare über die Einsparung von Elektroenergie, Koks und Kraftstoffen sowie über die Nutzung von Abwärme organisieren.

Daran müssen Wissenschaftler, Techniker, Hochschullehrer, Beststudenten und die in den betreffenden Betrieben tätigen Arbeiter teilnehmen. Künftig sind des öfteren solche Diskussionsrunden zu organisieren, um zu erreichen, daß die Wissenschaftler und Techniker ihre Kräfte und Kenntnisse aktiv für den Wirtschaftsaufbau einsetzen und ihr wissenschaftlich-technisches Wissen mit den Erfahrungen und Fähigkeiten der Arbeiter zusammenfließen lassen.

Eine solche Zusammenkunft ist von jetzt an konsequent vorzubereiten und im Sommer dieses Jahres zu veranstalten. Der Termin ist rechtzeitig bekanntzugeben, und auch die Forschungsaufgaben sind beizeiten zu verteilen, damit sich jeder rund zwei Monate lang darauf einstellen kann. Anderenfalls sind in den Diskussionen keine guten Ergebnisse zu erwarten.

Dazu bedarf es auch entsprechender Bedingungen, vor allem des Bereitstellens umfangreicher ausländischer wissenschaftlich-technischer Literatur. Des weiteren muß man ermöglichen, daß die Forschungsarbeit einen oder einen halben Monat direkt in den Produktionsstätten des zuständigen Zweiges betrieben wird.

An den wissenschaftlich-technischen Foren jedes einzelnen Bereiches sollten auch die technischen Mitarbeiter der Maschinenbauindustrie teilnehmen. Nur so läßt sich konkret einschätzen, ob die in

den Diskussionen erarbeiteten technischen Vorschläge in die Produktion eingeführt werden können oder nicht.

Die Organisierung des für diesen Sommer anberaumten Symposiums sollte das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik in die Hand nehmen. Dieses Vorhaben darf man nicht allein der Abteilung Wissenschaft und Bildung des ZK der Partei überlassen, denn es liegt verwaltungsmäßig im Verantwortungsbereich des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik und des Verwaltungsrates; für die parteimäßige Organisierung trägt die Abteilung Wissenschaft und Bildung des ZK die Verantwortung. Die Wirtschaftsabteilungen des ZK der Partei müssen die Vorbereitungen aktiv unterstützen. Die zuständigen Abteilungen des ZK haben für die ideologische Mobilmachung zur erfolgreichen Durchführung des besagten Forums zu sorgen.

Eigentlich müßte die Abteilung Wissenschaft und Bildung des ZK solch ein Symposium initiieren und organisieren. Aber sie klammert sich doch nur an die fachlichen Fragen und ist nicht an den organisatorischen Dingen sowie an der Anleitung der Wissenschaftler interessiert. Wenn die Wissenschaftler nicht von Seiten der Partei angeleitet werden, können sie ihre Arbeit nicht erfolgreich durchführen.

Bei den Symposien hat es demokratisch zuzugehen. Die Erörterung wissenschaftlich-technischer Probleme duldet keine Einteilung in hoch- und niedriggestellte Teilnehmer. Vor allem muß man verbieten, daß die Kader sich als erste zu wissenschaftlich-technischen Fragen äußern. Falls die Wissenschaftler und Techniker die Kader einer Kritik unterziehen, weil sie nicht das in die Produktion eingeführt haben, was im Bereich des Möglichen lag, sollten die Kader Selbstkritik üben. Wenn die Wissenschaftler und Techniker wertvolle Vorschläge einbringen, haben sie diese anzuerkennen und zu unterstützen. Nur auf diese Weise können viele konstruktive Ideen hervorgebracht werden. Wenn die leitenden Funktionäre hingegen hochmütig über die Anregungen der Wissenschaftler und Techniker hinweggehen, werden diese sich nicht mehr zu Wort melden, selbst wenn sie es könnten.

Wenn auch nur ein oder zwei eine andere Ansicht als alle anderen vertreten, sollte man ihre Meinung mit aller Umsicht prüfen und

niemals subjektivistisch ablehnen, nur weil sie eine Minderheit bilden.

Die volle Entfaltung der Demokratie in solch einer Zusammenkunft setzt eine Vielzahl guter Vorschläge voraus, die dazu beitragen können, die Knoten ungelöster Fragen in der Karbid-, Ätznatron- und Eisenhüttenindustrie und in den anderen Industriezweigen zu entflechten.

Im Anschluß an diese Zusammenkünfte sind konkrete Schritte auszuarbeiten, wie die unterbreiteten wissenschaftlich-technisch fundierten, wertvollen Konzeptionen in die Produktion überführt werden können, und dem Verwaltungsrat vorzulegen. Die Vorschläge sind für jeden Zweig und jeden Betrieb genau aufzuschlüsseln: welche Technik in diesem bzw. im nächsten Jahr einzuführen und was in welcher Menge einzusparen ist. Die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates und die Betriebe sind verpflichtet, auf dieser Grundlage einen energischen Kampf um die Senkung des Elektroenergie-, Koks- und Kraftstoffverbrauchs und um die Abwärmeverwertung zu entfalten.

Wenn die Wirtschaftsfunktionäre in dieser Richtung eine abgestimmte organisatorische Arbeit leisten, lassen sich hervorragende Ergebnisse erzielen. Als wir im Jahre 1959 die Bewegung „Jede Werkzeugmaschine bringt neue hervor“ ins Leben riefen, war unser technisches Niveau sehr niedrig. Trotzdem konnten wir in einem Jahr mehr als 10 000 Werkzeugmaschinen zusätzlich produzieren. Heute ist für uns nichts mehr unmöglich, wenn wir es entschlossen anpacken.

Ferner gilt es, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit der Betrieb „10. Mai“ mehr leistungsstarke Kohlenabbaumaschinen herstellen kann.

Man sagt, daß die Kohlenbergwerke erhebliche Schwierigkeiten haben, weil die in diesem Betrieb produzierten Kohlenabbaumaschinen schlecht sind. Deshalb erkundigte ich mich danach und stellte fest, daß die Ursache dafür bei den hydrostatischen Anlagen zu suchen ist. Es wurden Vorschläge vorgebracht, daß es am besten sei, einige für die Herstellung von Druckstromverbraucher erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen zu importieren. Der stellvertretende Leiter der 1. Wirtschaftsabteilung des ZK der Partei muß sich zusammen mit einigen

Maschinenbautechnikern und Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften zu diesem Betrieb begeben, an Ort und Stelle die Produktion von Kohlenabbaumaschinen kontrollieren und mir darüber Bericht erstatten. Die Maschinen und Anlagen, die erforderlich sind, um mehr qualitativ hochwertige Kohlenabbaumaschinen herstellen zu können, sollte man importieren.

Obwohl es theoretisch möglich wäre und auch die entsprechenden Abbauplätze vorhanden sind, können viele Bergwerke, darunter das Kohlenbergbaukombinat Anju, ihre Produktion nicht erhöhen, da es ihnen an Abbaumaschinen mangelt. Allein in Anju fordert man schon vier Stück. Dieses Kombinat verfügt über große Kohlelagerstätten und fördert viel Kohle von hohem Heizwert, so daß unser Land damit auskommen kann.

Wir müssen um jeden Preis binnen kurzer Zeit gute Abbaumaschinen aus eigener Produktion liefern. Es gibt kein Land, das uns sofort solche Maschinen anbietet, und wir wissen auch nicht, ob wir sie in ein oder zwei Jahren geliefert bekommen würden, wenn wir sie jetzt bestellten.

Für die Entwicklung unserer eigenen Produktion müssen wir einen Teil der erforderlichen Ausrüstungen für die Herstellung der hydrostatischen Druckstromverbraucher aus dem Ausland beziehen. Das dauert aber zu lange, deshalb müssen wir darauf hinwirken, daß der Betrieb „10. Mai“ die Anlagen erhält, die den anderen Maschinenfabriken des Ministeriums für Maschinenbau gehören, vorausgesetzt, ihnen werden später importierte Ausrüstungen gleicher Art bereitgestellt.

Ferner müssen die verantwortlichen Funktionäre des Ministeriums für Eisenbahnwesen dafür sorgen, daß Holzcontainer für den Versand von Zement hergestellt werden.

Zur Zeit reden sie nur von der Projektierung dieser Container und unterlassen deren Produktion. Ich kann nicht verstehen, was für Schwierigkeiten es bei der Konstruktion solcher Container aus Holz geben sollte. Dabei handelt es sich lediglich um stabile Bretterkisten, die Last und Druck unbeschadet standhalten müssen. Man wollte die Containerdeckel aus Stahlblech herstellen, wofür sich aber ohne

weiteres auch Holzbretter eignen.

Da wir die Container dringend brauchen, müssen wir so schnell wie möglich welche aus Holz liefern. Es versteht sich, daß Metallcontainer langlebiger sind, aber für ihre Herstellung braucht man eine gewisse Zeit. Deshalb werden wir für die Zukunft den Einsatz von Containern aus Metall vorsehen, vorerst jedoch Holzcontainer benutzen.

# ÜBER DIE UMFANGREICHE ERSCHLIESSUNG VON MARSCHLAND UND DESSEN LANDWIRTSCHAFTLICHE NUTZUNG

**Rede auf der Beratung der Funktionäre der Landwirtschaft**

*3. April 1978*

Heute möchte ich über einige Probleme sprechen, die mit der Marschlanderschließung im Zusammenhang stehen.

In den letzten Jahren ging unsere Reisanbaufläche um zehntausende Hektar zurück, was ein sehr schlimmes Omen ist. Natürlich hängt das auch in bestimmtem Maße damit zusammen, daß ein Teil der Terrassenreisfelder, die vorher viel angelegt worden wären, wieder in Trockenfelder umgewandelt wurden. In den vergangenen Jahren hat man unter Berufung darauf, die Reisanbaufläche erweitern zu wollen, nicht wenige Trockenfelder, auf denen man eine gute Maisernte einbringen kann, zu Terrassenfeldern für den Reisanbau umgestaltet. Das betraf z. B. eine ausgedehnte Ebene, die zum GLB Ryongchon des Kreises Hwangju, Bezirk Nord-Hwanghae, gehört. Deshalb habe ich angeordnet, diese Umwandlungen wieder rückgängig zu machen. Es können aber nur einige tausend Hektar Anbaufläche sein, die dadurch wieder zu Trockenfeldern wurden.

Die Hauptursache ihrer Verringerung besteht darin, daß die Reisfelder Betrieben, Wohnhäusern und Straßen weichen mußten.

Es ist äußerst dringend, daß die bisher reduzierte Fläche wieder ergänzt wird. Hierfür braucht man aber nicht die vorhandenen Trockenfelder in Reisfelder zu verwandeln.

Es gibt bei uns ein ausgedehntes, durch Eindeichung gewonnenes

Neuland, das als Acker genutzt werden muß. Dem letzten Bericht des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee zufolge beträgt seine Gesamtfläche 30 899 Hektar. Davon gehören 14 687 Hektar zum Bezirk Süd-Phyongan, 11 986 Hektar zu Nord-Phyongan und 4226 Hektar zu Süd-Hwanghae.

Von dieser gesamten Fläche werden 24 414 Hektar als Acker, Schilffelder, Stauseen, Fischaufzuchtteiche und Salzgärten genutzt. Von 6485 Hektar liegen 1420 Hektar seit der Eindeichung bereits zwei bis fünf Jahre, 4287 Hektar sechs bis zehn Jahre und 778 Hektar über zehn Jahre brach.

Es ist grundfalsch, daß man das unter Bereitstellung gewaltiger staatlicher Mittel erschlossene Marschland nicht effektiv nutzt.

Eine wichtige Ursache dafür sehe ich im Mangel an Wasser, Arbeitskräften und Maschinen. Wir sollten den perspektivischen Generalbebauungsplan für die Marschlanderschließung im Herbst dieses Jahres beraten und zunächst erst einmal Maßnahmen einleiten, um das bereits durch Eindeichung gewonnene Neuland als Ackerboden nutzbar zu machen.

Vor allem ist das Wasserproblem zu lösen.

Andernfalls ist man nicht imstande, die bereits erschlossenen Marschen als ertragreiche Ackerfelder zu nutzen. Voraussagen der Wissenschaftler zufolge werden die arktischen Kaltlufteinflüsse noch 23 Jahre andauern. Ob sie sich wirklich noch 23 Jahre oder gar noch länger auswirken, kann man nicht vorhersehen. Deshalb sollten wir vor allen Dingen darüber Überlegungen anstellen, wie man im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung des Marschlandes das Wasserproblem lösen kann. Die Aufgabenstellung ist auf diese Weise zu betrachten; die herkömmlichen Methoden sind fehl am Platz. Sofern die arktischen Kaltlufteinflüsse weiter anhalten, würde das genannte Wasserproblem sehr ernste Ausmaße annehmen.

Bei der Urbarmachung des Marschlandes sollten wir uns besonders auf das Einsparen von Wasser orientieren. Gegenwärtig verbrauchen wir pro Hektar Marsch-Reisfeld 1,2 Jongmi Wasser, das sind 0,2 Jongmi mehr als auf den anderen Reisfeldern. Es versteht sich, daß im Anschluß an die Erschließung verhältnismäßig viel Wasser zum

Entsalzen gebraucht wird. Wenn aber auch danach der Wasserverbrauch höher als auf den anderen Reisfeldern ist, dürfte es schwer sein, auf die Dauer die erforderlichen Wassermengen bereitzustellen. Mehr noch: In Zukunft wird die Wasserversorgung zu einem Problem werden, wenn wir 100 000 Hektar Marschland erschließen und als Acker nutzen. Veranschlagen wir pro Hektar einen Wasserverbrauch von 1 Jongmi, so ergibt sich bei dieser Fläche 100 000 Jongmi. Woher soll man diese große Wassermenge beschaffen? In der Nähe der Marschen gibt es keinen Platz zum Bauen eines großen Staubeckens mit einem Fassungsvermögen von 100 000 Jongmi. Die großen Stauseen befinden sich zumeist im Landesinneren; deshalb ist es nicht minder schwierig, das Wasser von dort bis zu den Marschen zu leiten.

Damit die Ackerflächen der erschlossenen Marschländereien weniger Wasser benötigen, muß man ein Untergrundbewässerungssystem schaffen.

Das ist nicht weiter mühselig. Wie ich wiederholt gesagt habe, ist solch ein System einfach zu bauen: Man zieht in bestimmten Abständen Gräben, stellt Querverbindungen zwischen ihnen her und verlegt in diese Plastrohre mit Seitenlöchern. Die porösen Rohrleitungen sind 1 m tief in den Boden einzulassen und ihre Abstände sind so zu halten, daß das aus ihnen austretende Wasser die gesamte zwischen ihnen liegende Fläche bewässern kann.

Auf einer neu erschlossenen Reisanbaufläche von 5000 Hektar im Kreis Onchon, Bezirk Süd-Phyongan, ist ein Untergrundbewässerungssystem als Muster geschaffen worden. Es wurde trotz des enormen Kostenaufwandes erst nicht ordnungsgemäß angelegt, weil es keine entsprechenden Projektierungsunterlagen gegeben hat. Jetzt aber ist man imstande, solch ein funktionstüchtiges System anhand von einwandfreien Projektierungen zu errichten. Alle Agrarfunktionäre sollten dieses System in Onchon einmal besichtigen.

Ein derartiges Bewässerungssystem dient sowohl der Bewässerung als auch der Entwässerung. In Dürreperioden kann dadurch die Bewässerung und bei hohen Bodenfeuchten die Entwässerung erfolgen. Wenn man die Dräns bei Trockenheit seitlich verschließt und dabei den Wasserstand in den seitlichen Wassergräben hebt, wird der Boden durch

ihre kleinen Löcher bewässert; senkt man hingegen ihren Wasserstand bei starken Niederschlägen, dann sickert auch das im Boden angestaute Wasser ab und wird durch die Rohrleitungen abgeleitet. Wenn wir solch ein Bewässerungssystem schaffen, ist es möglich, sowohl in Dürre- als auch in Regenperioden die Feuchte für das Wachstum der Kulturpflanzen zufriedenstellend zu regulieren.

Ein Land hat auf seiner gesamten neu erschlossenen Marschlandfläche ein ideales Untergrundbewässerungssystem angelegt. Dort herrscht ein kaltes Klima, weshalb man auf dem urbar gemachten Land keinen Reis bzw. Mais, sondern Weizen, Gerste und Kartoffeln anbaut und dabei pro Hektar 5,4 t Weizen, 4,2 t Gerste und 35 bis 40 t Kartoffeln einbringt. Das sind weltweit die höchsten Hektarerträge bei diesen Kulturen. So betreibt man in jenem Land auf beschränkter landwirtschaftlicher Nutzfläche einen erfolgreichen Ackerbau, so daß der Eigenbedarf an Fleisch vollauf aus eigener Produktion gedeckt und ein Teil seiner Fleischerzeugnisse sogar noch exportiert werden kann.

Wir aber müssen auf den Feldern des erschlossenen Marschlandes ein derartiges System schaffen und anstelle von Weizen oder Gerste Bergreis anbauen. So ist es möglich, relativ wenig Wasser zu verwenden und zu erreichen, daß der Wasserverbrauch pro Hektar bis auf 0,3 Jongmi gesenkt wird. Dann wirft selbst die Erschließung von 100 000 Hektar Marschland keine Wasserprobleme auf.

Solch ein Bewässerungssystem ist die Voraussetzung dafür, daß die Felder des Marschlandes auch bei geringem Wasseraufwand schnell entsalzt und zum Getreideanbau genutzt werden können. Wenn das Neuland brachliegt oder als Schilffelder genutzt wird, sinkt sein Salzgehalt erst nach längerer Zeit soweit, daß eine Pflanzenkultivierung möglich wird; mit einem Untergrundbewässerungssystem hingegen ist sie schon ein Jahr nach der Marschlanderschließung möglich.

Wie aus dem bisherigen Versuchs-anbau hervorgeht, ist nach meinem Dafürhalten im ersten Jahr nach der Einführung dieses Systems ein Reisertrag von 1,5 t, im zweiten Jahr von 3 t, im dritten Jahr von 4 t und vom vierten Jahr an von über 5 t pro Hektar zu erwarten.

Dieses Bewässerungssystem bringt für den Reisbau auf Marschland viele Vorteile mit sich.

Bei der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen sollten wir darauf orientieren, den anfänglich wegen der Entsalzungsmaßnahmen relativ hohen Wasserverbrauch als baldigst auf höchstens 0,3 Jongmi je Hektar Reisfeld zu senken.

Eine umfangreiche Einführung dieses Systems setzt die Produktion von enormen Mengen PVC-Rohren voraus, weshalb diesbezügliche Schritte unerlässlich sind.

Falls es an PVC mangeln sollte, muß man es importieren, was sich aber trotzdem noch als rentabel erweist. Ich habe mir sagen lassen, daß man für die Schaffung eines solchen Bewässerungssystems auf einem Marschland-Reisfeld 1 t PVC pro Hektar verbraucht, aber der Materialaufwand läßt sich etwas senken, wenn die Wanddicke der Rohre ein bißchen reduziert wird. Angenommen, man verbraucht für das genannte Vorhaben 1 t PVC pro Hektar, dann ist der Import von PVC vertretbar, weil 1 t PVC nur 100 Pfund Sterling kostet. Dieses Bewässerungssystem ermöglicht es uns, im ersten Jahr des Anbaus pro Hektar 1,5 t Reis zu ernten. Wenn wir diese Menge verkaufen, würde das Geld zum Tilgen der Ausgaben für das PVC ausreichen. Allerdings heißt das nicht, daß man die gesamte PVC-Menge für die Plastrohrherstellung einführen muß.

Wir haben bereits einen PVC-Betrieb mit einer Jahreskapazität von 50 000 t aufgebaut, der wegen Mangels an Elektroenergie aber nicht voll ausgelastet ist. Die Produktion von PVC für die Herstellung von Rohren wäre ansonsten überhaupt kein Problem.

Es sind Maßnahmen für die Bereitstellung von Wasserquellen zu ergreifen, um die Reisfelder auf dem Marschland zu bewässern.

Zur Zeit beabsichtigt der Bezirk Süd-Phyongan, durch einen Tunnelbau zwischen den Stauseen Phyongwon und Tokjwa und durch eine Verbindung zwischen dem Bewässerungssystem Phyongnam und dem Bewässerungssystem Kiyang Wasserquellen für die Reisanbaufläche des erschlossenen Marschlandes im Gebiet um Onchon zu sichern. Damit allein läßt sich das Wasserproblem aber nicht bewältigen. Auch in der Nähe des urbar gemachten Marschlandes müssen Wasserreservoirs bzw. kleine Staubecken entstehen.

In einem Land sind, wie man sagt, auf einem Teil des Neulandes

Stauseen zur Eigenversorgung mit Wasser entstanden. Auch im Kreis Onchon, Bezirk Süd-Phyongan, legt man auf einem Teil des urbar gemachten Marschlandes einen Stausee an, was allgemein zu empfehlen ist. Angesichts der niedrigen Niederschläge infolge der Kaltluftauswirkungen könnte es zwar schwierig sein, solche Stauseen mit Wasser zu füllen, aber dieses Problem läßt sich mittels Wasserpumpen ohne weiteres lösen.

Der Landwirtschaft obliegt es, einen Perspektivplan aufzustellen, für welche urbar gemachten Böden in welchem Gebiet Stauseen entstehen müssen, und sofort deren Aufbau in Angriff zu nehmen.

Einzuleiten sind auch Maßnahmen für die Herstellung derjenigen Maschinen, die für die Erschließung bzw. Nutzbarmachung von Marschland unentbehrlich sind.

Solch ein Vorhaben setzt viele Bauarbeiten voraus. Wenn man z. B. ein Untergrundbewässerungssystem schaffen will, muß man Gräben ziehen, Rohre darin verlegen und verschiedene andere komplizierte Bauarbeiten erledigen. Nicht minder schwierig ist auch die Eindeichung des Marschlandes. Solch ein umfangreiches Bauprojekt dürfte selbst unter Einsatz von enorm vielen Arbeitskräften nur schwerlich manuell zu realisieren sein. Zudem ist die Arbeitskräftelage unseres Landes sehr angespannt, weil viele Jugendliche in der Volksarmee sind. Manche Agrarfunktionäre verlangen beim geringsten Anlaß Demobilisierte als Arbeitskräfte. Wo gibt es denn so viele ausgediente Soldaten, um dieser Anforderung nachgehen zu können? Diese Kräfte müssen in den Betrieben und im Flachland, wo es viele Reisfelder gibt, eingesetzt werden, so daß ihre massenweise Entsendung zur Marschlanderschließung ausgeschlossen ist.

Die Urbarmachung von Marschland ist zu mechanisieren, wofür die Herstellung bestimmter Maschinen unerläßlich ist. Wir sollten die Schritte für die Produktion von Ausrüstungen wie z. B. Schiffen, die für die Marschlandeindeichung notwendig sind, später beraten. Einzuleiten sind vor allem Maßnahmen für die Erzeugung der Maschinen, die erforderlich sind, um das durch Eindeichung gewonnene Neuland in Ackerboden zu verwandeln.

In erster Linie muß man die Maschinen herstellen, die man zum

Ziehen der Gräben, zum Verlegen der Dräns und zum Einebnen des Bodens benötigt.

Das manuelle Ausheben der Rohrgräben ist schwierig und mit einem großen Aufwand von Arbeitskräften verbunden. Mit Maschinen läßt sich diese Arbeit hingegen einfach erledigen, da es im Marschboden keine Steine gibt.

Wie mir berichtet wurde, zieht man in einem Land mit Grabenbaggern 2 m tiefe Gräben. Die Versuche mit einigen importierten Maschinen dieser Art haben ergeben, daß sie sehr leistungsstark sind. Wir müssen dafür sorgen, daß sie auch bei uns erzeugt werden.

Die landwirtschaftlichen Arbeiten auf Marschboden-Reisfeldern sollten möglichst alle mechanisiert werden.

Das derart nutzbar gemachte Neuland ist eine weite Ebene. Unter diesen Bedingungen ist es unter allen Umständen möglich, den Reisanbau auf Neuland zu mechanisieren, wenn die verschiedenen Landmaschinen vorhanden sind.

Bereits vor langem habe ich den GLB „3. Juni“ im Kreis Onchon, Bezirk Süd-Phyongan, damit beauftragt, die Mechanisierung und Chemisierung zu verwirklichen und zu erreichen, daß jedes GLB-Mitglied 3 Hektar Marschland-Reisfeld bearbeitet, was jedoch alles noch nicht ausgeführt wurde. Die leitenden Funktionäre des Bezirksparteikomitees Süd-Phyongan haben diesen GLB noch nicht einmal aufgesucht, was äußerst kritikwürdig ist.

Sein Verantwortlicher Sekretär ist gleichzeitig ein Mitglied des Politkomitees des ZK der Partei. Aufgrund dieser Doppelfunktion müßte er eigentlich die von uns gestellte Aufgabe besonders beherzigen und sich verstärkt für ihre Verwirklichung einsetzen. Er neigt jedoch zu Prahlerei und erkundigt sich nicht einmal danach, wie die dem GLB „3. Juni“ übertragenen Aufgaben realisiert werden.

Erfolge beim Reisbau auf Marschboden setzen voraus, daß sich die Funktionäre von überholten Denkweisen und Leitungsmethoden lossagen. In Zukunft werden wir jährlich 10 000 Hektar Marschland urbar machen, was keinesfalls wenig ist. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Kreise des Bezirkes Nord-Hamgyong beträgt jeweils

durchschnittlich 5000 Hektar, 10 000 Hektar neu gewonnene Fläche entsprechen also dem gesamten Ackerland zwei seiner Kreise. Man kann die jeweils einige tausend Hektar großen Ländereien, die man dem Meer abringt, schlecht mit einer Methode bearbeiten, mit der man in grauen Vorzeiten kleine Parzellen bewirtschaftet hat. Es versteht sich, daß einige unserer Funktionäre die Bestellung größerer Ländereien nicht bewältigen können, da sie alte Denkweisen und Leitungsmethoden haben.

Wir sollten eine Großraumwirtschaft planen. Jedem GLB sollen rund 2000 Hektar Ackerland zur Verfügung stehen, damit er moderne Landmaschinen beim Pflügen, Säen, Jäten und Ernten sowie beim Dreschen auf dem Feld einsetzt, um nur reine Körner in den Speichern zu lagern. Auf diesem Wege ist zu erreichen, daß jedes GLB-Mitglied 3 Hektar Reisfeld bearbeitet. Wenn jeder wie bisher nur einen Hektar bewirtschaftet, brauchen wir für die geplante Bestellung von 100 000 Hektar des nutzbar gemachten Marschlandes insgesamt 100 000 kräftige junge Männer, was durchaus nicht leicht ist. Unter der Voraussetzung, daß bei allen Ehepaaren beide Partner berufstätig sind, müßten also mindestens 50 000 Haushalte eingesetzt werden.

Wir sollten den Reisanbau auf Marschland 100prozentig mechanisieren und chemisieren, um zu erreichen, daß ein Genossenschaftsbauer mehr als 3 Hektar Reisfeld bearbeitet. Hierfür ist es unerlässlich, alle notwendigen Landmaschinen zur Verfügung zu stellen.

Die vollständige Mechanisierung der Feldbauarbeiten bedarf einer großen Anzahl moderner Landmaschinen und gleichzeitig der Einebnung und Standardisierung der Felder. Wir sollten dafür sorgen, daß ein solches standardisiertes Feld rund 40 Hektar umfaßt und von einer Arbeitsgruppe bewirtschaftet wird. Angebracht wäre es, wenn ein Traktorist mit einigen GLB-Mitgliedern den Acker pflegen würde.

Um die erforderlichen Maschinen für die Marschlanderschließung bereitstellen zu können, muß man die entsprechende Produktionsbasis dafür schaffen.

Meiner Meinung nach wäre es angebracht, in der Stadt Nampho ein Spezialwerk für diese Art Ausrüstungen zu errichten oder das

Bulldozerwerk Mangyongdae in Pyongyang damit zu beauftragen, neben Bulldozern auch die für die Marschlanderschließung erforderlichen Maschinen herzustellen. Das Bulldozerwerk Mangyongdae wird diese Aufgabe ohne weiteres bewältigen können, da es eigentlich nicht überfordert ist.

Manche Maschinenfabriken arbeiten bisher nicht so, wie es sein müßte. Sie sollen ihre Anlagen vervollkommen und jeweils eine solche Maschinenart erzeugen. Dazu müssen ihnen allerdings Großdrehbänke und dergleichen zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsinstitut für landwirtschaftliche Mechanisierung bei der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ist mit der Herstellung von Grabenziehern und dgl. zu beauftragen, da es zur Zeit keine besonderen Vorhaben zu realisieren hat.

Die mit der Errichtung eines Spezialwerkes für Marschlanderschließungsmaschinen verbundenen Arbeiten dürfen nicht nur dem Landwirtschaftskomitee auferlegt werden. Der Verwaltungsrat muß in Absprache mit dem Ministerium für Maschinenbau selbständig diesbezügliche Schritte einleiten.

Ferner sind Maßnahmen für die Lösung des Saatgutproblems zu ergreifen.

Die Agrarfunktionäre reden zwar häufig über Marschlanderschließung, richten aber wenig Augenmerk darauf, für das erschlossene Land auch geeignete Reissorten zu züchten. Deshalb mangelt es uns noch daran.

Wir brauchen Elitesamen, der auf Marschböden in direkter Aussaat angebaut werden kann. Dann ist es möglich, das Aussäen maschinell vorzunehmen und auf das Umpflanzen zu verzichten, wodurch viele Arbeitskräfte eingespart werden.

Spätreifende Reissorten sind für die direkte Aussaat jedoch ungeeignet, da sie dann geringere Erträge bringen. Rund 10 Jahre lang war ein spätreifendes Reissaatgut probeweise in direkter Aussaat ohne Umpflanzung kultiviert worden. Sein Hektarertrag lag etwa 500 kg unter dem, der von in Frühbeeten vorgezogenen Pflanzen eingebracht werden konnte. Im GLB Hwasong im Pyongyanger Stadtbezirk Ryongsong sank der Ertrag, weil man die spätreifende Reissorte

„Ryongsong“ direkt ausgesät hatte. Der Grund für die geringere Ernte liegt auf der Hand. Wird eine spätreifende Sorte in Frühbeeten vorgezogen und dann umgepflanzt, verkürzt sich ihr Reifeprozess um einen Monat. Wird sie hingegen direkt ausgesät, dann verschiebt sich der Aussaattermin fast um einen Monat, und überdies geht danach noch einige Zeit für die Keimung verloren. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, die Vegetationszeit exakt zu sichern, was das Nichtausreifen bzw. – im günstigsten Fall – eine mangelhafte Entwicklung der Seitentriebe und dadurch eine geringere Kornzahl je Reispflanze zur Folge hat. Eben dadurch kommt es zu Ertragsrückgängen.

Im Interesse einer erfolgreichen Kultivierung in direkter Aussaat muß ein für Marschland geeignetes Reissaatgut gezüchtet werden, das sowohl salzresistent als auch frühreifend und ertragreich ist. Diese Aufgabe sollte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften übertragen werden.

Es ist empfehlenswert, die Marschlandfelder, die über ein Untergrundbewässerungssystem verfügen, mit Bergreis zu bestellen. Zur Zeit baut man diesen Reis wegen der schwierigen Unkrautbekämpfung nicht gern an. Aber da wir über das Untergrundbewässerungssystem und Herbizide verfügen, dürfte die Kultivierung von Bergreis kein Problem mehr darstellen. Es ist ratsam, dieses Saatgut in diesem Jahr versuchsweise zu kultivieren, sofern es uns zur Verfügung steht.

Außerdem obliegt uns die Zucht von Bergreissämlingen. Salzresistenz und Frühreife müssen auch für sie charakteristisch sein.

Bergreissorten, die eine Vegetationszeit von 120 bis 130 Tagen haben, sollten auch importiert werden. Dafür sind entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirksparteikomitees und ihre Sekretäre für Wirtschaft sowie die Funktionäre der Leitungsorgane in der Landwirtschaft sind verpflichtet, auf der Grundlage meiner Ausführungen gründlich darüber nachzudenken, wie die angesprochenen Probleme zu lösen sind, das betrifft also die Schaffung eines Drainage-Systems, die Sicherung von Wasserreservoirs, die Herstellung von Maschinen für die Marschlanderschließung, die Planierung des gewonnenen Neulandes und die Züchtung von

frühreifenden Reissorten für diese Böden. In einem Monat wollen wir auf einer Sitzung des Politkomitees des ZK der Partei diese Fragen konkret beraten.

In der Folgezeit muß die Erschließung von Marschland dann mit Blick auf die Zukunft zielstrebig erfolgen.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche unseres Landes ist nicht groß, aber die Bevölkerungszahl nimmt immer mehr zu. Deshalb müssen wir enorme Anstrengungen für die Lösung der Nahrungsmittelfrage unternehmen. Bis jetzt haben wir uns hierbei in erster Linie darauf konzentriert, die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche maximal zu nutzen und den Hektarertrag zu erhöhen, was in Zukunft aber keine befriedigenden Ergebnisse mehr bringen kann.

Daher kommt es nun darauf an, neben der maximalen Nutzung der verfügbaren Flächen viel Neuland zu gewinnen. Anderenfalls sind wir außerstande, unsere wachsende Bevölkerung zu ernähren und unseren Bedarf an Getreide weiterhin aus eigener Produktion zu decken, so daß wir Nahrungsmittel importieren müssen. Deshalb sollten wir mit Blick auf die Zukunft den Kampf um die Neulandgewinnung entfalten.

Als einzige Reserve dafür bietet sich das Marschland an. In Europa ringt ein Land dem Meer ebenfalls große Marschen ab. Wir sollten dem nacheifern. Man sagt, daß jenes Land unter Einsatz von enormen Devisen Steine aus dem Ausland bezieht und durch Eindeichung dem Meer bis zu 80 m Tiefe Neuland abgewinnt. Wir müssen das Westmeer noch weiter hinaus eindeichen. Sollten wir so wie das genannte Land vorgehen, könnten wir dem Meer bis zu 50 Meilen Boden abringen. Die Mitarbeiter der zuständigen Bereiche haben dieses Problem zu erforschen. Auch im Kreis Kumya, Bezirk Süd-Hamgyong, gibt es Marschböden, deren Eindeichung zu empfehlen ist.

Unser Kampfziel besteht darin, im zweiten Planjahrsiebt die Reisanbaufläche unseres Landes auf 650 000 Hektar zu vergrößern. Um das zu erreichen, ist es unumgänglich, in diesem Perspektivplanzeitraum dem Meer 100 000 Hektar Marschland abzurufen und davon 70 000 Hektar als Reisfelder zu nutzen. Nach der Eindeichung sind die Reisfelder recht einfach anzulegen, und die Bestellung ist nicht so schwierig.

Wird ein Reisertrag von 6 t pro Hektar erzielt, dann werden auf 70 000 Hektar Reisfeldern 420 000 t Getreide eingebracht. Wenn jeder 260 kg verbraucht, können sich mit dieser Menge Getreide 1,6 Mio. Menschen ein Jahr lang ernähren. Dann sind wir in der Lage, im neuen Perspektivplanzeitraum die Nahrungsmittelfrage trotz der zunehmenden Bevölkerungszahl zu lösen.

Im laufenden Jahr müssen wir die Kultivierung von rund 10 000 Hektar gewonnenem Schlick in Angriff nehmen, damit sie vom nächsten Jahr an als Ackerfelder genutzt werden können. Mir wurde von 6485 Hektar noch ungenutztem Neuland berichtet, aber ich vermute, bei konkreterer Ermittlung betrüge seine Fläche beinahe 10 000 Hektar. Wenn das Bereitstellen von 10 000 Hektar zu schwierig ist, sollte man ca. 7000 Hektar sicherstellen, die ab der kommenden Saison landwirtschaftlich genutzt werden können. Ab nächstes Jahr sind für eine geraume Zeit jährlich 10 000 Hektar Marschland einzudeichen und im jeweils folgenden Jahr als Ackerboden zu nutzen. In der Endphase des Siebenjahrplanes sind jährlich 20 000 Hektar einzudämmen, von denen im darauffolgenden Jahr 10 000 Hektar als Ackerfläche zu nutzen sind. Erst auf diesem Wege ist es möglich, die im neuen Perspektivplan vorgesehene Erschließung von 100 000 Hektar Marschland zu realisieren und das Kampfziel der Schaffung von 70 000 Hektar Reisfeld zu erzielen.

Die jährliche Eindeichung von 10 000 Hektar Marschen ist keinesfalls leicht. Mit den primitiven Methoden wie jetzt ist dieses Vorhaben kaum erreichbar. Man muß sich darüber Gedanken machen, wie man dabei Maschinen einsetzen kann. Mit viel Zement läßt sich dieses Vorhaben leicht bewältigen: Man transportiert Betonfertigteile mit Schiffen zu den Deichbaustellen und schichtet sie dort auf. Mit Betonfertigteilen bzw. Steinen kann man in einigen Jahren eine ausgedehnte Neulandfläche durch Eindeichung gewinnen.

Dem Landwirtschaftskomitee obliegt es, Beratungen der zuständigen Mitarbeiter anzuberaumen, den Meinungen der Fachleute Gehör zu schenken und sich mit den Erfahrungen anderer Länder vertraut zu machen, um die effektivsten Methoden dafür ausfindig zu machen.

Einer von den stellvertretenden Vorsitzenden des Landwirtschaftskomitees sollte die Verantwortung für die Anleitung der Marschlanderschließung übernehmen. Es wurde der Antrag gestellt, eine Hauptverwaltung für Marschlanderschließung zu schaffen. Durch die Gründung solch einer Institution und die Besetzung ihrer Leitungsposten wird das Problem aber nicht gelöst. Es geht nicht um einen Stellenplan, sondern darum, daß wirklich Marschland erschlossen werden muß.

Wie dieses Vorhaben gelingt, hängt davon ab, ob die Materialversorgung durch den Staat, die Kontrollausübung durch die örtlichen Machtorgane und die Unterstützung durch die örtlichen Parteiorganisationen gewährleistet wird. Früher haben die örtlichen Parteiorganisationen die Marschlanderschließung aktiv unterstützt, aber heute ist nichts mehr davon zu spüren.

Die Betriebe für Marschlanderschließung, die der Hauptverwaltung für Marschlanderschließung und Bewässerungsanlagenbau unterstellt und zur Zeit für andere Vorhaben eingesetzt sind, müssen sich alle wieder ihrer eigentlichen Aufgabe widmen. Das Bewässerungsanlagenbaukombinat Amnokgang, das im vorigen Jahr in den Bau des Stausees Namdung einbezogen wurde, soll ebenfalls zu seinen einstigen Arbeiten zurückkehren, wenn der Stauseebau abgeschlossen ist.

Ein präziser Generalbebauungsplan für Marschland ist zu schmieden und im Herbst dieses Jahres zu beraten, um es vom nächsten Jahr an planmäßig erschließen zu können.

Der Bezirk Süd-Phyongan hat die Frage des Wohnungsbaus aufgeworfen. Deren Lösung bedarf offensichtlich der schnellen Errichtung bezirkseigener Baumaterialbasen. Da er aufgrund seiner Größe viele Bauvorhaben hat, müssen wir solche Zentren schaffen. Zu empfehlen ist, daß eine davon im Gebiet Nampho und die andere im Gebiet Anju entsteht.

Im Bezirk Nord-Phyongan, und zwar in seinem Zentrum, dem Gebiet Jongju, ist ebenfalls solch eine Basis zu errichten.

Zweckentfremdete Nutzung von Ackerland ist konsequent zu unterbinden.

Für unser Land, dessen landwirtschaftliche Nutzfläche sehr begrenzt

ist, ist jeder Fußbreit Boden wertvoll. Trotzdem werden Äcker immer wieder zu anderen Zwecken mißbraucht. Auch gestern wurde mir von der Volksarmee die Bitte vorgetragen, ein bestimmtes Feld als Baustelle nutzen zu dürfen. Ich habe jedoch angewiesen, daß Häuser nur auf Brachland, wie z. B. an Berghängen, entstehen sollen. Von nun an ist es streng zu verbieten, daß auf Ackerland gebaut wird.

Zum Zweck der Verschönerung werden an den Straßen Bäume gepflanzt, was nicht geschehen soll.

Auch die Verwandlung von Ackerland in Obstplantagen hat zu unterbleiben. Beim geringsten Anlaß versucht man, schwer bestellbare Felder zu Obstgärten umzugestalten, was nicht sein darf. Menschen ernähren sich von Getreide, nicht von Obst allein. Man sollte nicht danach streben, die Fläche der Obstplantagen auszudehnen, sondern die Pflege der vorhandenen Obstbäume verbessern. Wenn man sachgemäß düngt, die Obstsorten veredelt und alte Baumbestände durch junge Pflanzen ergänzt, ist es möglich, die Produktion von Obst erheblich zu steigern und der Bevölkerung in ausreichender Menge Früchte anzubieten.

## **ÜBER DIE ERHÖHUNG DER ÖRTLICHEN BUDGETEINNAHMEN**

**Rede auf der gemeinsamen Sitzung des Politkomitees  
des ZK der PdAK und des Zentralen Volkskomitees**

*11. April 1978*

Die Finanzministerin erstattete den Bericht über den Stand der Realisierung des Staatshaushaltsplans für 1977 und den Staatshaushaltsplan für 1978, aber das örtliche Budget für dieses Jahr scheint zu niedrig angesetzt zu sein.

Es muß erhöht werden. Man darf sich nicht darauf beschränken, mit den von den örtlichen Industriebetrieben erwirtschafteten Geldern nur die Arbeiter und Angestellten zu entlohnen und in kleinem Maßstab Bauvorhaben voranzubringen, sondern man muß sich darüber Gedanken machen, wie man einen weiteren Schritt nach vorn kommen kann. Durch die Ausarbeitung eines höheren örtlichen Etatplans ist zu sichern, daß in den einzelnen Gebieten mehr Konsumgüter erzeugt, die Dienstleistungseinrichtungen ausgebaut werden und der Kundendienst verbessert wird.

Die größte Unzulänglichkeit besteht gegenwärtig in dem ungenügenden Angebot von Artikeln des täglichen Bedarfs und dem zu kleinen Netz von Dienstleistungseinrichtungen. Die Funktionäre sollten intensiv untersuchen, wie diese Fehler kurzfristig umgeändert werden können.

Im Kapitalismus herrscht ein reiches Angebot an Konsumgütern, da jeder sie auf den Markt bringt, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Bei uns jedoch kommt es vor, daß z. B. die landesweite

Lieferung von Zahnbürsten und Streichhölzern bei Stockung der Produktion in den betreffenden Fabriken ausbleibt, weil die Waren des täglichen Bedarfs nur in einigen Großbetrieben erzeugt werden.

Bei uns gibt es auch zu wenig Dienstleistungseinrichtungen. Ein Besucher aus einem kapitalistischen Staat sagte einmal, daß die Vielzahl von Imbißstuben, Herbergen und Reparaturwerkstätten an den Straßen seinem Land große Sorgen bereite. In der sozialistischen Gesellschaft braucht man natürlich nicht so viele solche Einrichtungen wie im Kapitalismus, es darf aber auch nicht zu wenig davon geben.

Nun überlege ich hin und her, wie die Produktion von Waren des täglichen Bedarfs gesteigert und der Kundendienst verbessert werden könnte. Ich habe vor, demnächst „Thesen über den Handel“ zu verfassen. In erster Linie sind alle Funktionäre verpflichtet, meine Rede „Zur Verbesserung und Intensivierung der Arbeit im Handel“, die ich am 8. April 1962 auf der Beratung der Vorsitzenden der Bezirksvolkskomitees gehalten habe, gründlich zu studieren. Sie wurde vor kurzem veröffentlicht und behandelt Fragen der Verbesserung der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs wie auch des zweckentsprechenden Ausbaus und der richtigen Leitung der Dienstleistungseinrichtungen.

Ein wichtiger Weg zur Steigerung der Produktion von Artikeln des täglichen Bedarfs und verschiedenen anderen Waren sowie zur Verbesserung des Kundendienstes besteht darin, den örtlichen Budgetplan hoch anzusetzen und so die örtlichen Staatsorgane dazu anzuhalten, daß sie der Nachfrage ihrer Einwohner selbst nachkommen und für den Staat mehr Finanzmittel erwirtschaften. Nur solch ein anspruchsvoller örtlicher Budgetplan veranlaßt die Mitarbeiter dieser Organe dazu, für dessen Verwirklichung mehr aufzubauen und zu produzieren und für die Erarbeitung größerer Geldsummen schöpferische Aktivität zu bekunden. Dann werden mehr Waren des täglichen Bedarfs im Angebot sein, und das Leben des Volkes wird sich angenehmer gestalten.

In den Bezirken gibt es große Möglichkeiten, die Produktion von kleineren Konsumgütern zu steigern und Geld zu erwirtschaften. Man kann unter anderem Eßtische, gerillte Holzschüsseln und Besen etc.

herstellen oder Blaubeeren und andere Wildfrüchte auf den Markt bringen. Durch die Verarbeitung von Bimsstein z. B., von dem es reiche Vorkommen im Paektu-Gebirge gibt, könnte man nicht wenig Geld erwirtschaften.

Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise machen sich aber weder Gedanken noch strengen sie sich beharrlich an, um mehr Geld zu erwirtschaften. Die Hausfrauen in den Kohlen- und Erzbergarbeitersiedlungen schlagen die Zeit tot, weil es für sie keine Beschäftigung gibt. Das entbehrt jeder Logik und resultiert nur aus dem Mangel an schöpferischen Aktivitäten und einer schlechten organisatorischen Arbeit der Funktionäre. Die Bildung u. a. von Produktionsgenossenschaften und Heimbrigaden würde es ohne weiteres ermöglichen, die nichtberufstätigen Frauen zu beschäftigen. Nötigenfalls wäre auch dazu anzuraten, sie mit dem Anbau von Luffas zu beauftragen.

Wenn ich mir ansehe, wie unsere Werktätigen arbeiten, so gelange ich zu der Feststellung, daß sie in Beharrlichkeit und Ausdauer den Arbeitern im Kapitalismus nachstehen. Beim Fischfang z. B. geben sich die Fischer dort die größte Mühe, um mehr Fische aufzubringen – und sei es auch nur einer –, da sie sonst mit dem Erlös ihre Familien nicht ernähren können, aber unsere Menschen bemühen sich selbst bei einem großen Fischreichtum des Meeres nicht um eine Erhöhung des Fangertrages, weil sie frei von der Angst um Ernährung und Wohnung sind. Bei uns werden die Arbeiter und Angestellten unabhängig von ihrer geleisteten Arbeit mit Getreide versorgt, und zwar zu einem so niedrigen Preis, daß es schon fast kostenlos ist. Deshalb sorgt sich niemand um die lebensnotwendigsten Dinge und keiner arbeitet so emsig wie ein Werktätiger im Kapitalismus. Aus diesem Grunde haben manche Funktionäre schon mehrmals vorgeschlagen, das Rationierungssystem abzuschaffen und Getreide in den allgemeinen Verkauf zu bringen. Fest steht, daß die Menschen dann fleißiger arbeiten würden, um sich die Nahrungsmittel zu beschaffen. Wenn aber das Getreide nicht mehr vom Staat zugeteilt würde und es sich jeder kaufen müßte, würden es die Familien mit vielen nichterwerbsfähigen Angehörigen im Gegensatz zu denen mit wenigen Mitgliedern schwer

haben. Weil sich dieses bei uns eingeführte Versorgungssystem, das es allen Bürgern ermöglicht, sich ohne Sorgen um Nahrungsmittel eines wohlhabenden Lebens zu erfreuen, als gut erwiesen hat, gab ich den Ratschlag, von seiner Abschaffung abzusehen und stattdessen weiter nach anderen Wegen zu suchen.

Die örtliche Industrie ist weiterzuentwickeln, um die lokalen Einnahmen vergrößern und Artikel des täglichen Bedarfs sowie andere Konsumgüter in ausreichender Menge herstellen zu können.

Diesem Bereich der Volkswirtschaft gelingt es nicht, viel Gewinn zu erbringen. Damit die diesjährigen Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um das 1,5- bis 2fache steigen, muß der Verwaltungsrat die Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskomitees und die Leiter der Hauptverwaltungen für örtliche Industrie zu einer Beratung zu sich rufen und einen entsprechenden Plan ausarbeiten. Die Mittel für den örtlichen Investbau sind zu vergrößern, so daß die einzelnen Gebiete mit eigener Kraft erforderlichenfalls weitere Betriebe errichten und ausbauen können. Ferner ist es zu empfehlen, der örtlichen Industrie über den Staatsplan hinaus 2 bis 3 Prozent von den für die Konsumgüterproduktion in der zentralgeleiteten Industrie benötigten Rohstoffen und Materialien zur Verfügung stellen.

Es kommt darauf an, das Netz der Dienstleistungseinrichtungen zu verdichten und durch eine bessere Qualität ihrer Arbeit die Einnahmen zu erhöhen.

Dieser Bereich kann sehr gewinnbringend sein. Das ist schon mit dem Verkauf von Mineralwasser erreichbar, das in unserem Land reichlich vorkommt. Wenn es, in Flaschen abgefüllt, im Zug angeboten wird, werden sich die Reisenden bei Durst damit erfrischen können. Das Mineralwasser von Kangso fördert die Verdauung und verursacht keinen Durchfall. Es wurde angeordnet, in Kangso einen modernen Mineralwasserbetrieb zu errichten und Pyongyang mit dessen Leitung zu betrauen, die Funktionäre der Hauptstadt jedoch versäumten dies unter dem Vorwand, niemand würde das Mineralwasser trinken. Deshalb stellte ich dem kürzlich ernannten Verantwortlichen Sekretär des Parteikomitees der Stadt Taeon die Aufgabe, zuallererst den besagten Betrieb gut instand zu setzen.

Auch die Verarbeitung und der Verkauf von Lebensmitteln, u. a. von Meeres- und Agrarprodukten, sind in breitem Maßstab und entsprechend den örtlichen Besonderheiten zu organisieren. Früher gab es ein großes Angebot an marinierten Produkten, wie z. B. Schwebegarnelen, Garnelen u. ä., an eingesalzenen, gewürzten Paprika und Wildsesamblättern sowie an eingelegtem Knoblauch, heute aber findet man solche Erzeugnisse kaum noch.

Nudeln, Reis und Brot sind ebenfalls anzubieten.

Einige zehntausend Tonnen Weizen- oder Kartoffelmehl würden ausreichen, um den Bedarf der Bürger an Nudeln uneingeschränkt decken zu können. Für eine ausreichende Versorgung der Restaurants hat der Staat Getreide zur Verfügung zu stellen.

Von alters her hat das Geschäft mit Reisgerichten viel Geld gebracht. Deshalb gab es bei uns in der Vergangenheit viele, die eine Gaststätte eingerichtet, Speisen verkauft und daran gut verdient haben. Das ist auch der Grund, weshalb manche Funktionäre diese Menschen ihrer sozialen Herkunft nach zu den Händlern zählten. Das ist aber falsch. Als wir uns 1971 im Bezirk Nord-Phyongan über diesbezügliche Fragen erkundigten, gab es viele solche Fälle. Deshalb sagte ich, daß sie keine Händler sind, sondern Handwerkern gleichen und zu den Besitzlosen gehören.

Speiseeis, Eis am Stiel, Saft und andere Erfrischungsgetränke sind reichlich anzubieten, ebenso gekochte junge Maiskolben und geröstete Bataten.

Wenn man anordnet, diese Maiskolben und Bataten zum Verkauf anzubieten, dann verlangen manche Funktionäre, dies in den Plan aufzunehmen, was auch notwendig wäre. Das Problem besteht aber nicht darin, daß dieser Posten in keinem Plan enthalten ist, sondern darin, daß sie wenig Elan und schöpferische Aktivität an den Tag legen. Sie werden ohne weiteres Mais für den Verkauf zur Verfügung stellen können, wenn sie sich Mühe geben und an den Gemüsefeldern welchen anbauen. Das gleiche gilt auch für Süßkartoffeln, wenn man die Felder an Abhängen und unbebaute Flächen effektiv nutzt. Also ist es vor allem wichtig, daß die Funktionäre Überlegungen anstellen und mit Schöpfertum arbeiten.

Für eine Verbesserung der Dienstleistungen ist deren Netz entsprechend der Einwohnerzahl weiterhin zu verdichten.

Zur Zeit gibt es wenige Dienstleistungseinrichtungen. Ich schlage vor, den einzelnen Gebieten Material bereitzustellen, damit sie selbst die nötigen Einrichtungen zusätzlich erbauen können. Man darf nicht das Einrichten weiterer Nudelrestaurants ablehnen. Die einzelnen Gebiete sind nicht daran zu hindern, mit eigener Kraft unter anderem Schulen und Brücken zu errichten. Man darf nicht die Vereinheitlichung und Detaillierung des Plans vorschieben und sie davon abhalten, nach ihrem Wunsch hygienische Einrichtungen zu bauen. Das Baugeschehen ist zu kontrollieren und Unkorrektheiten sind zu kritisieren, damit sie berichtigt werden.

Wir brauchen mehr Reparaturwerkstätten, Wäschereien, Badeanstalten, Frisiersalons und verschiedene andere Dienstleistungseinrichtungen.

Sie sollten nicht ausnahmslos staatlich sein, sondern auch von noch zu bildenden Heimbrigaden und Servicegenossenschaften etc. geleitet werden. Eine optimale Verwaltung durch solche Brigaden und Genossenschaften wäre auf jeden Fall besser. Da sich die Beschäftigten in den Genossenschaften den Reis selbst kaufen müssen, spornt sie das zu fleißigerer Arbeit und besserem Kundendienst an, weil sie dadurch ihr Einkommen erhöhen können.

Die Organisierung von Heimarbeitsbrigaden ist auch nicht schwer. Für eine Friseurbrigade genügt es schon, wenn man einen Salon mit nichtberufstätigen Frauen im Erdgeschoß eines Appartements einrichtet. Ein Teil des erarbeiteten Geldes ist dann an den Staat abzuführen, der Rest ist unter den Mitgliedern der Brigade zu verteilen. Heimbrigaden könnten vielerlei Aufgaben übernehmen, so z. B. die Verarbeitung von Lebensmitteln, das Anfertigen von Kleidung, die Reparatur von Gebrauchsartikeln, die Verwaltung von Badeanstalten, das Waschen von Wäsche u. v. a. m. Wenn diese Brigaden umfassend organisiert und gewissenhaft geleitet werden, lassen sich zahlreiche Probleme lösen.

Gegenwärtig werden die Budgeteinnahmen hauptsächlich durch den Verkauf von Textilien und anderen Großwaren gesichert. Man soll sich

nicht nur daran klammern, sondern auch durch den Ausbau von Dienstleistungseinrichtungen mehr Geld erwirtschaften. Die Bildung und Verwaltung u. a. vieler Heimbrigaden und Servicegenossenschaften wird es ermöglichen, die staatlichen Einnahmen zu vergrößern und der Bevölkerung besseren Komfort zu bieten. Beispielsweise werden gegenwärtig die Haushalte in manchen Städten und Arbeitersiedlungen mit unverarbeitetem Anthrazit versorgt, wenn aber die noch zu gründenden Genossenschaften gelöcherte Anthrazit-Briketts lieferten, würden die Städte sauberer, würde mehr Kohle eingespart und das Leben der Bevölkerung erleichtert.

Mit der Bildung von Heimbrigaden und Servicegenossenschaften braucht man nicht die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates zu beauftragen. Es reicht aus, wenn sie in den Arbeitervierteln sowie den Kohlen- und Erzbergbauersiedlungen von den Mitarbeitern des Handels organisiert werden.

Wie ich hörte, halten die Betriebe ihre Baderäume und Frisiersalons nicht in Ordnung. Deshalb schlage ich vor, diese den Heimbrigaden und Servicegenossenschaften zu überantworten.

Die Rohstoffe, Materialien und Ausrüstungen, die für das Betreiben dieser Brigaden und Genossenschaften erforderlich sind, sollten vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Einen gewissen Teil sollten sich die Handelseinrichtungen durch Aufkauf selbst beschaffen.

Im laufenden Jahr sollte der Staatshaushaltsplan den einzelnen Gebieten größere Auflagen für Budgeteinnahmen vorgeben, damit die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke ständig alle Hände voll zu tun haben.

Da dies bisher zu vermissen war, haben diese Funktionäre eine falsche Einstellung zum örtlichen Haushaltssystem. Durch Vorgabe eines anspruchsvollen Budgetplans hätte man sie aktivieren sollen, aber ihre Bezirke wurden unterfordert, weshalb ihnen die Verwirklichung dieses Plans sehr leicht fiel. Wenn die Divisions- und Regimentskommandeure in der Volksarmee den Auftrag erhalten, Scharfschießen durchzuführen, gönnen sie sich keine Ruhe und machen sich Gedanken darüber, wie ein erfolgreiches Abschneiden erreicht werden kann. Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees

der Bezirke aber verhalten sich gleichgültig – auch noch nach Übernahme des örtlichen Budgetplans. Unter den Mitarbeitern der örtlichen Volksmachtorgane gibt es nur wenige, die sich anstrengen, um aus den in den Großbetrieben der zentralgeleiteten Industrie anfallenden Abfallmaterialien kleinere Konsumgüter aller Art herzustellen.

Die Verantwortlichen Bezirksparteisekretäre sind erst in jüngster Zeit etwas in Bewegung geraten, seitdem sie nämlich für die zentralgeleitete Industrie zuständig sind und ich diesen Bereich direkt unter meine Kontrolle genommen habe. Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke jedoch sehen mit verschränkten Armen zu und nehmen nicht die Rolle des Hausherrn ihrer Bezirke wahr. Ein unzureichendes Angebot an Eiern und deren Preiserhöhung kümmern sie nicht. Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise treten nicht einmal mit einem Vortrag über die massive Züchtung von Haustieren, wie Hühnern und Kaninchen, auf dem Lande auf und machen sich auch keine Gedanken darüber, wie man durch die Vermehrung von Regenwürmern das Problem der Eiweißfuttermittel lösen kann.

Den Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke sind größere Produktions- und Konsumtionsauflagen zu erteilen, für deren Verwirklichung sie sich stark engagieren müssen. Ferner sollten die Zweiten Wirtschaftsabteilungen der Bezirksparteikomitees ihnen wirksam helfen, damit sie gewissenhaft arbeiten können.

Der Verwaltungsrat hat entsprechend den von mir heute gewiesenen Richtlinien einen neuen Plan für die Erweiterung der örtlichen Budgets aufzustellen. Ich halte es für ratsam, die Frage der Erhöhung der örtlichen Budgets unter Teilnahme der verantwortlichen Mitarbeiter des Verwaltungsrates, der stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee, der Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskomitees und der Mitarbeiter der Zweiten Wirtschaftsabteilung des ZK der Partei ausgiebig zu beraten.

## **GESPRÄCH MIT EINER DELEGATION DES JAPANISCHEN KOMITEES FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DER SELBSTÄNDIGEN FRIEDLICHEN VEREINIGUNG KOREAS**

*17. April 1978*

Ich freue mich sehr über Ihren Besuch in unserem Land und heiÙe Sie auf das allerherzlichste willkommen.

Ich spreche Ihnen meinen tiefempfundenen Dank aus für Ihr Glückwunschsreiben und Ihre Geschenke anläÙlich meines Geburtstages und für Ihre unermüdlichen Bemühungen um die Stärkung der Freundschaft und Verbundenheit zwischen den Völkern Koreas und Japans.

Da Sie des öfteren bei uns zu Besuch weilen, möchte ich mich heute kurz fassen.

Nach Ihrer Rückkehr im Jahr 1976, Herr Delegationsleiter, gab es bei uns kaum große Veränderungen.

Im vergangenen Jahr gelang es uns, die bei der Erfüllung des Sechsjahrplanes in manchen Zweigen der Volkswirtschaft zeitweilig entstandenen Spannungen völlig zu überwinden, und auch unsere Landwirtschaft hatte eine gute Ernte.

Unser Land ist zur Zeit dabei, den zweiten Siebenjahrplan zu erfüllen. Dieses Jahr ist das erste des Planjahrsiebents. Seit dem ersten Tag der Realisierung dieses Plans geht die Arbeit auf allen Gebieten der Volkswirtschaft zügig voran.

Morgen beginnt die zweite Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode. Die Eröffnung war eigentlich für den 19.

April geplant, wurde dann aber um einen Tag vorverlegt, weil wir am 21. April die Ankunft eines Staatsoberhauptes erwarten.

Wir werden auf dieser Zusammenkunft das sozialistische Arbeitsgesetz annehmen. Dann werden wir als erstes Land in der Welt ein ausgezeichnetes sozialistisches Arbeitsgesetz haben.

Seine Verabschiedung ist von überaus großer Bedeutung. Nur mittels eines solchen Gesetzes können alle Menschen noch wirksamer zur Liebe zur Arbeit erzogen werden. Die Menschen formen in der Arbeit ihr Bewußtsein um und schaffen die materiellen Reichtümer der Gesellschaft.

Sie interessieren sich gewiß für dieses Arbeitsgesetz, denn Sie gehören zu denen, die die Arbeiterbewegung anleiten.

Wir sind Ihnen stets dankbar dafür, daß Sie den Kampf unseres Volkes für die Vereinigung des Vaterlandes aktiv unterstützen. Es hat uns mit großer Befriedigung erfüllt, daß Sie auch dieser Tage mit unseren zuständigen Funktionären über viele diesbezügliche Probleme beraten haben.

Es gibt keinen Baum, der nicht beim zehnten Axthieb fällt, heißt es in einem koreanischen Sprichwort. Wenn Sie sich weiterhin für die große Sache unseres Volkes, die Vereinigung des Vaterlandes, einsetzen, wird das meines Erachtens unweigerlich zum Erfolg führen.

Der Kampf des koreanischen Volkes und der des japanischen Volkes sind eng miteinander verbunden. Wenn in Japan die fortschrittlichen Kräfte erstarken und die Arbeiterbewegung siegt, wird die Vereinigung Koreas leicht erreicht werden.

Wie ich schon während des Aufenthalts einer Delegation von gleichgesinnten Mitgliedern der Liberaldemokratischen Partei Japans im Jahr 1975 betonte, kann sich das südkoreanische Park-Chung-Hee-Regime nicht aufrechterhalten, wenn nur eine der beiden Seiten, die es jetzt unterstützen – der US-Imperialismus und die japanische Reaktion –, ihre Hilfe einstellt.

Wir stehen nachhaltig hinter dem Kampf des japanischen Volkes, der zugleich unser Kampf ist und den wir immer Hand in Hand gemeinsam mit ihm austragen werden.

Die heutige Situation unseres Landes ist sehr angespannt. Der US-

Präsident Carter hält nicht sein offizielles Wahlversprechen, daß er die US-Truppen aus Südkorea abziehen werde, und die US-Imperialisten veranstalten dort nach wie vor Militärmanöver.

Ist es denn notwendig, daß die US-Truppen den Bombenabwurf gerade in Südkorea trainieren, wo sie doch in der Umgebung Okinawas auch viele Übungsplätze dafür haben? Auch nach dem Amtsantritt Präsident Carters kommen die strategischen Bomber „B-52“ der US-Luftwaffe nach Südkorea, um dort ihre Übungen durchzuführen.

Zu diesem Zweck haben sie allein in diesem Jahr schon einige Dutzend Male von Okinawa aus die Bucht von Asan in Südkorea angefliegen, und in jüngster Zeit fanden überdies die großangelegten „gemeinsamen operativen Manöver zwischen Südkorea und den USA“ statt. Damit wollen sie uns und die südkoreanische Bevölkerung einschüchtern. Aber die Feinde werden durch keinerlei Bedrohungen das Wachstum und Erstarben der revolutionären Kräfte in Südkorea aufhalten können.

Es ist ein Gesetz, daß auf Repressalien Widerstand folgt und daß dort, wo es ihn gibt, unvermeidlich ein revolutionärer Kampf ausbricht. Aus diesem Grunde wird die südkoreanische Marionettenmacht, die Park-Chung-Hee-Clique, nicht lange bestehen, obwohl sie auf die US-Imperialisten baut und die südkoreanische Bevölkerung unterdrückt und ausbeutet.

Zur Zeit machen die kapitalistischen Länder eine tiefgreifende ökonomische Krise durch. Das betrifft die USA wie auch die kapitalistischen Länder Europas. Deshalb sind die Imperialisten, allen voran die aus den USA, bestrebt, die Nichtpaktgebundenen und die jungen unabhängigen Staaten zu spalten, sie ihrer Roh- und Brennstoffe zu berauben und die alte internationale Wirtschaftsordnung weiter aufrechtzuerhalten. Unter raffinierter Ausnutzung einer Reihe von komplizierten Problemen, die infolge ihrer Kolonialherrschaft entstanden sind, hetzen sie die Länder der dritten Welt gegeneinander auf, spalten sie und säen Zwietracht zwischen ihnen. Es ist eine bekannte Methode der Imperialisten, durch Teilung herrschen zu wollen.

Gegenwärtig bemühen sich die US-Imperialisten hinterhältig darum, die Weltherrschaft zu erlangen. Sie versuchen, den unter Nahrungs-

mittelknappheit leidenden Ländern durch den Verkauf von geringen Mengen Getreide und anderen durch den Verkauf von Waffen ihre politischen Forderungen aufzuzwingen. Kurz gesagt, sie trachten danach, mit Lebensmitteln und Waffen die jungen unabhängigen Staaten zu unterjochen und ihre Interessen zu realisieren.

Unter ihnen gibt es gegenwärtig einige, die die US-Imperialisten nicht offen verurteilen, weil sie sich mit den aus den USA importierten Nahrungsmitteln ernähren. Meiner Meinung nach kann solch eine Erscheinung, daß sich ein Land wegen seiner ökonomischen Abhängigkeit dem Willen anderer unterordnen muß und kein Wort mitreden darf, nicht mehr lange fortbestehen. Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise erhöht sich die Wachsamkeit der Völker immer weiter, und folglich wird sich ihr Kampf noch heftiger entfalten.

Sie sagten, Herr Delegationsleiter, daß Sie der Frage einer stärkeren Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung große Bedeutung beimessen, und wir sind der Ansicht, daß jedes Land unentwegt seine Souveränität behaupten muß. Diese Geschlossenheit kann erst dann stabil sein, wenn die Arbeiterklasse eines jeden Landes mit der Entschlossenheit kämpft, die Revolution ihres Landes selbständig zu meistern. Unseres Erachtens gibt es außer diesem keinen anderen Weg.

Die Völker der Welt treten gegenwärtig gegen Vorherrschaft und Abhängigkeit auf und fordern die Souveränität. Das ist ein Trend in vielen Ländern der Welt.

Der Chefredakteur der französischen Zeitung „*Le Monde*“, der im vergangenen Jahr bei uns zu Besuch war, fragte mich, welche Meinung ich über den Kommunismus europäischer Prägung habe. Darauf antwortete ich, daß uns weder der Kommunismus europäischer Prägung, noch der asiatischer Prägung, noch der irgendeiner anderen Prägung bekannt ist. Ich sagte ihm, daß der Ausdruck „Kommunismus europäischer Prägung“ von den Kapitalisten erfunden worden ist und wir folglich dieser Formulierung nicht zustimmen.

Wir halten es aber für richtig, daß die kommunistischen Parteien der europäischen Länder die Souveränität betonen und auf ihre eigene Art und Weise die Revolution führen wollen. Das hat seine Richtigkeit, denn die konkreten Verhältnisse eines Landes kennt niemand besser als

dessen Arbeiterklasse und dessen Volk, d. h., sie können am besten entscheiden, ob die Revolution mit gewaltsamen oder mit irgendwelchen anderen Methoden zum Sieg geführt werden kann. Nur die Meisterung der Revolution entsprechend den spezifischen Bedingungen macht es möglich, alle Menschen aktiv an ihr zu beteiligen und die Massen auf ihre Seite zu ziehen.

Dieses Jahr wird das Schülerensemble unseres Landes in Japan gastieren. Eigentlich wollte es diese Reise schon 1976 antreten, mußte aber wegen des von den Yankees provozierten „Panmunjom-Vorfalls“ darauf verzichten. Sicherlich wird es sich während seines Aufenthaltes in Japan um die Festigung der Freundschaft und Geschlossenheit Koreas und Japans bemühen, aber ich bitte auch Sie, sich in vieler Hinsicht dafür einzusetzen.

Sie haben das Japanische Komitee für die Unterstützung der Selbständigen Friedlichen Vereinigung Koreas gegründet. Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen aufrichtig. Sie, Herr Delegationsleiter, sagten, daß die zweite Weltkonferenz für die Unterstützung der selbständigen friedlichen Vereinigung Koreas im November dieses Jahres in Japan stattfindet. Unserer Meinung nach ist das eine sehr gute Sache. Zweifelsohne kann auch diese Konferenz nicht sofort große Veränderungen in Richtung der Vereinigung unseres Landes bewirken. Aber das Erwecken der internationalen Aufmerksamkeit durch die wiederholte Organisierung solcher Zusammenkünfte könnte in Zukunft positive Ergebnisse zeitigen.

Ihr Wirken ist keinesfalls vergeblich, sondern sowohl für die Konsolidierung der Freundschaft und Verbundenheit zwischen den Völkern unserer beiden Länder als auch für den Zusammenschluß der Völker der Welt sehr wichtig. Ihre hervorragende Arbeit hat mich tief beeindruckt.

Ich begrüße Sie noch einmal auf das herzlichste. Ihr Besuch bei uns wird sehr zur Stärkung der Freundschaft und Geschlossenheit der Völker Koreas und Japans beitragen.

Ich hoffe, daß Sie sich nach Ihrer Rückkehr nach Japan mehr denn je für dieses Vorhaben einsetzen werden.

Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit.

# **DAS SOZIALISTISCHE ARBEITSGESETZ DER DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIK KOREA**

**Angenommen auf der 2. Tagung der Obersten Volksversammlung  
der DVRK in der VI. Legislaturperiode**

*18. April 1978*

## **ABSCHNITT I GRUNDPRINZIP DER SOZIALISTISCHEN ARBEIT**

**Artikel 1** Die Arbeit im Sozialismus ist eine selbständige und schöpferische Arbeit der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen.

Die Werktätigen in der Demokratischen Volksrepublik Korea arbeiten für das Gedeihen des Vaterlandes, zum Wohle des Volkes und für ihr eigenes Glück und bekunden dabei bewußten Enthusiasmus und schöpferische Initiative.

**Artikel 2** Die Arbeit ist der Quell aller materiellen und kulturellen Reichtümer und ein mächtiges Mittel zur Bezwingung der Natur, zur Umgestaltung der Gesellschaft und zur Umformung der Menschen.

Der Sozialismus und Kommunismus wird durch die schöpferische Arbeit von Millionen Werktätigen erbaut.

In der Demokratischen Volksrepublik Korea ist die Arbeit die heiligste und ehrenvollste Sache.

**Artikel 3** Die Arbeit im Sozialismus ist eine kollektive Tätigkeit der Werktätigen für ihre gemeinsamen Ziele und Interessen.

Die Werktätigen der Demokratischen Volksrepublik Korea arbeiten gemeinsam nach dem kollektivistischen Prinzip „Einer für alle, alle für einen!“; dabei helfen sie einander und gehen Schulter an Schulter.

**Artikel 4** Für die Bürger im Sozialismus ist die Arbeit Pflicht.

In der Demokratischen Volksrepublik Korea beteiligen sich alle arbeitsfähigen Bürger entsprechend ihren Fähigkeiten an der gesellschaftlichen Tätigkeit.

**Artikel 5** Im Sozialismus haben alle Werktätigen das Recht auf Arbeit.

In der Demokratischen Volksrepublik Korea ist die Arbeitslosigkeit ein für allemal beseitigt.

Jeder Bürger kann entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten seinen Beruf frei wählen, der Staat gewährt ihm einen gesicherten Arbeitsplatz und die erforderlichen Arbeitsbedingungen.

**Artikel 6** Die Arbeit im Sozialismus beruht auf einem hohen Bewußtseinsgrad der Werktätigen, die die Herren des Landes, der Gesellschaft, der Revolution und des Aufbaus sind.

Durch die konsequente Realisierung der ideologischen Revolution rüstet der Staat die Werktätigen zuverlässig mit der Juche-Ideologie der Partei der Arbeit Koreas aus und erzieht ihnen allen eine verantwortungsbewußte Einstellung zur Arbeit an.

**Artikel 7** Es ist ein unabdingbares Erfordernis beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die wesentlichen Unterschiede in der Arbeit zu überwinden, sie sinnvoll zu gestalten und sie zum Lebensbedürfnis der Werktätigen zu machen.

Der Staat beschleunigt die technische Revolution, überwindet dadurch die Unterschiede zwischen der körperlich schweren und leichten Arbeit sowie zwischen der Arbeit in der Landwirtschaft und der Industrie, er befreit die Werktätigen von mühevollen Tätigkeiten und verringert allmählich den Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Beschäftigung.

**Artikel 8** Die Hebung des allgemeinen kulturellen und technischen Niveaus der Werktätigen ist ein zuverlässiges Unterpfand für die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus und die Entwicklung der Werktätigen zu befähigten Erbauern des Sozialismus und Kommunismus.

Durch das fortschrittliche Bildungssystem und die volksverbundenen Bildungsmaßnahmen gewährleistet der Staat jedem Werktätigen alle Bedingungen für seine Qualifizierung ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit.

**Artikel 9** Es ist ein gesetzmäßiges Erfordernis beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die Arbeitsproduktivität ständig zu erhöhen und die Produktion schnell zu entwickeln.

Der Staat forciert die drei Revolutionen – die ideologische, die technische und die kulturelle –, entwickelt die Chollima-Bewegung weiter, räumt der politischen Arbeit den ersten Platz ein und sichert eine gute organisatorische Tätigkeit in der Wirtschaft und somit ein hohes Wachstum der Arbeitsproduktivität und das rasche Voranschreiten der Produktion.

**Artikel 10** Die Arbeit im Sozialismus ist im einheitlichen sozialistischen Wirtschaftssystem eine gesellschaftliche Tätigkeit.

Der Staat organisiert im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft die gesellschaftliche Arbeit planmäßig und rationell entsprechend dem Kurs der Vereinheitlichung und Detaillierung der Planung.

**Artikel 11** Alle durch Arbeit geschaffenen materiellen und kulturellen Reichtümer kommen in der Demokratischen Volksrepublik Korea voll und ganz dem Erstarken und der Entwicklung des Landes sowie der Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen zugute.

Der Staat verwirklicht exakt das sozialistische Verteilungsprinzip nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit und erhöht ständig das materielle und kulturelle Lebensniveau der Werktätigen.

**Artikel 12** Die harmonische Verbindung von Arbeit und Erholung sowie der Arbeitsschutz sind ein vom Wesen der sozialistischen Ordnung ausgehendes Erfordernis, in der der Mensch über allem steht.

Zur Reproduktion der Arbeitskraft gewährt der Staat den Werktätigen ausreichend Erholung, und er schützt ihr Leben und ihre Gesundheit durch das System der allgemeinen unentgeltlichen medizinischen Betreuung und das moderne Arbeitsschutzsystem.

**Artikel 13** Die sozialistische Arbeitspolitik der Demokratischen Volksrepublik Korea ist eine kostbare Errungenschaft der Revolution, die bei der Durchsetzung des während des ruhmreichen antijapanischen

revolutionären Kampfes aufgestellten revolutionären Arbeitsprogramms und bei der Verwirklichung der demokratischen und sozialistischen Revolution erzielt wurde.

Der Staat ringt um ihre Weiterentwicklung und um die landesweite Durchsetzung einer volksverbundenen und demokratischen Arbeitspolitik.

## ABSCHNITT II

### DIE ARBEIT IST HEILIGE PFLICHT ALLER BÜRGER

**Artikel 14** Die Werktätigen der Demokratischen Volksrepublik Korea sind die Träger der Revolution und kämpfen für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale.

Liebe zur Arbeit und aufrichtige Beteiligung an der Arbeit – das ist Ehrensache und heiligste Pflicht der Bürger.

Sie sind verpflichtet, sich freiwillig an der sinnvollen Arbeit für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu beteiligen.

**Artikel 15** Das Arbeitsalter beginnt in der Demokratischen Volksrepublik Korea mit dem vollendeten 16. Lebensjahr.

Der Staat verbietet Kinderarbeit.

**Artikel 16** Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden.

Für Schwerstarbeit und Arbeit unter besonderen Bedingungen legt der Staat eine sieben- bzw. sechsstündige Arbeitszeit fest.

Die tägliche Arbeitszeit für werktätige Frauen mit drei und mehr Kindern beträgt sechs Stunden.

**Artikel 17** Die Werktätigen haben die Pflicht, sich im Arbeitsprozeß zu revolutionieren und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen, eine kommunistische Einstellung zur Arbeit und den hohen revolutionären Geist, aus eigener Kraft zu schaffen, zu bekunden und auf diese Weise wie Hausherrn tätig zu sein.

**Artikel 18** Die sozialistische Arbeitsdisziplin ist eine bewußte Disziplin, zu deren konsequenter Einhaltung jeder Werktätige verpflichtet ist.

Die sozialistische Arbeitsdisziplin und die Arbeitszeit sind strikt einzuhalten. Das unerlaubte Verlassen des Betriebes ist untersagt.

**Artikel 19** Die sozialistischen Werktätigen haben die Pflicht, die technische Revolution tatkräftig zu entfalten.

Sie haben ihre technische Qualifikation zu erhöhen, aktiv an der technischen Neuererbewegung mitzuwirken, somit ständig neue Normen aufzustellen und die Produktions- und Bauleistung pro Zeiteinheit zu erhöhen.

**Artikel 20** Die Werktätigen sind verpflichtet, ihre Arbeit voller Würde und mit großem Verantwortungsbewußtsein zu leisten sowie all ihr Wissen und ihre Kraft für die Erschließung noch vorhandener Reserven und Möglichkeiten und die unbedingte Übererfüllung der gestellten Tages-, Monats- und Quartalsaufgaben einzusetzen.

**Artikel 21** Die Werktätigen sind verpflichtet, gewissenhaft zu arbeiten, in der Produktions- und Bautätigkeit die technischen und die Betriebsanleitungen genau einzuhalten und die Qualität der Erzeugnisse ständig zu erhöhen.

**Artikel 22** Die Werktätigen müssen die ihnen anvertrauten Maschinen und Ausrüstungen wie ihren Augapfel hüten, sie auslasten und Rohstoffe sowie andere Materialien optimal einsparen.

**Artikel 23** Die Werktätigen haben die Pflicht, für eine kulturvolle und hygienische Gestaltung ihres Arbeitsplatzes zu sorgen, ihn wachsam zu schützen und die gesetzlich festgelegten Arbeitsschutzbestimmungen strikt einzuhalten, um Unfälle zu vermeiden.

**Artikel 24** Die Stellung der Bürger wird in der Demokratischen Volksrepublik Korea durch ihre Aufrichtigkeit gegenüber der Arbeit bestimmt. Wer in der Arbeit vorbildlich ist, genießt die hohe Achtung des Volkes.

Werktätigen, die sich mit der Einstellung als Hausherren betätigen und beim Aufbau des Sozialismus hervorragende Arbeitsleistungen vollbringen, wird der Titel „Held der Arbeit“ oder eine andere staatliche Auszeichnung verliehen.

### ABSCHNITT III

## DIE SOZIALISTISCHE ARBEITSORGANISATION

**Artikel 25** Die rationelle Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist ein wichtiges Unterpfand für die vollständige Aktivierung aller Arbeitskräfteressourcen sowie für die Entfaltung des schöpferischen Elans und der Talente der Werktätigen und damit für die Sicherung eines permanent hohen Produktionszuwachses.

Die Arbeitskraftreserven in Stadt und Land werden vom Staat grundsätzlich einheitlich mobilisiert und genutzt.

**Artikel 26** Bei der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation setzt der Staat konsequent das Taaener Arbeitssystem durch.

Die Betriebe und Genossenschaften sind verpflichtet, die Arbeitsorganisation als eine Arbeit mit den Menschen zu betreiben, dabei die Massenlinie durchzusetzen und die Kräfte wissenschaftlich und rationell zu nutzen.

**Artikel 27** Grundlage einer gezielten Arbeitsorganisation und einer effektiven Nutzung der Arbeitskraftreserven ist die Planung.

Vom Staat wird ein realistischer und mobilisierender Arbeitsplan aufgestellt und verwirklicht, in dem die verfügbaren und benötigten Arbeitskräfte detailliert berechnet sind.

**Artikel 28** Der Staat bewahrt stets das Prinzip eines proportionalen Arbeitskräfteverhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen produzierenden und nichtproduzierenden Bereichen sowie zwischen den Zweigen der Haupt- und Nebenproduktion.

Die Organe der Arbeitsorganisation und die anderen staatlichen Organe, die Betriebe und die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, die Arbeitskräfte nach dem Prinzip einzusetzen, in erster Linie den Anteil der Arbeitskräfte in den produzierenden Bereichen zu vergrößern und die Zahl der Beschäftigten in den nichtproduzierenden Zweigen entsprechend dem Niveau der Wirtschaftsentwicklung

festzulegen, wobei der Anteil der Arbeitskräfte in der unmittelbaren Produktion systematisch zu erhöhen ist.

**Artikel 29** Der Staat sorgt für die Mobilisierung der Arbeitskräfteressourcen und für die systematische Ausbildung der Jugend und somit für die planmäßige Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftsorgane und die Organe der Arbeitsorganisation aller Ebenen sind verpflichtet, entsprechend den Erfordernissen der Wirtschaftspolitik des Staates einen Plan zur Ergänzung und Koordinierung der Arbeitskräfte aufzustellen und dadurch die Zahl der Beschäftigten, die im Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft vorgesehen sind, rechtzeitig zu sichern und gut koordiniert in den verschiedenen Volkswirtschaftszweigen und Gebieten einzusetzen.

**Artikel 30** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, die Bürger unter Berücksichtigung ihres Geschlechtes, ihres Alters, ihrer Konstitution, ihres Wunsches und ihrer Qualifikation richtig einzusetzen, damit sie ihr Schöpferium und ihre Fähigkeiten maximal entfalten können.

**Artikel 31** Der Staat schafft den Frauen alle Bedingungen für ein aktives Berufsleben.

Die örtlichen Machtorgane und die zuständigen staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, für die Sicherung besserer Arbeitsbedingungen der Frauen Kinderkrippen und -gärten, Kinderkrankenstationen und Dienstleistungseinrichtungen sowie für die nichtberufstätigen Frauen u. a. Heimbrigaden und -genossenschaften zu schaffen, damit sie eine ihren Neigungen entsprechende Arbeit ausüben können.

**Artikel 32** Die Fabriken und die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, unter Berücksichtigung technologischer Besonderheiten, des Niveaus der technischen Ausstattung und der Arbeitsbedingungen etc. die Arbeit richtig zu organisieren, bei der Arbeitskräftelenkung eine strikte Ordnung einzuhalten sowie hinreichend gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit die Vergeudung von Arbeitskräften ausgeschlossen wird und die Beschäftigten ihre acht Stunden Arbeitszeit voll nutzen können.

**Artikel 33** Der Staat setzt konsequent das Prinzip durch, wonach die Werktätigen acht Stunden arbeiten, acht Stunden lernen und sich acht Stunden erholen.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften haben durch eine harmonische Verbindung von Arbeit, Erholung und Weiterbildung für eine ordnungsgemäße Arbeit, ständige Weiterbildung und sinnvolle Freizeitgestaltung der Werktätigen zu sorgen.

**Artikel 34** Die staatlichen Organe und Betriebe sind verpflichtet, einen infolge objektiver Umstände auftretenden zeitweiligen Arbeitskräfteüberschuß abzubauen, indem die Werktätigen rechtzeitig zur vorübergehenden Unterstützung der Produktion in andere Betriebe oder genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe umgesetzt werden.

Den staatlichen Organen und Betrieben ist es untersagt, in solch einem Falle eigenmächtig Arbeiter zu entlassen.

**Artikel 35** Den Industriebetrieben und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben ist es streng verboten, ihre Beschäftigten nach eigenem Ermessen für andere Arbeiten einzusetzen.

Ohne Genehmigung des Staates dürfen keine Produktionsarbeiter mit anderen Beschäftigungen betraut werden.

Während der landwirtschaftlichen Hochsaison darf kein Angehöriger eines genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebes für Arbeiten eingesetzt werden, die nichts mit dem Ackerbau zu tun haben.

**Artikel 36** Die Verwaltungsfunktionäre der Fabriken und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe sind verpflichtet, sich entsprechend der gesetzlich festgelegten Zeit an der Produktionsarbeit zu beteiligen.

#### ABSCHNITT IV

### DAS SOZIALISTISCHE VERTEILUNGSPRINZIP

**Artikel 37** Die Verteilung entsprechend der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit ist ein sozialistisches ökonomisches Gesetz; sie

trägt in bedeutendem Maße dazu bei, daß sich das Interesse der Werktätigen an der Produktion vergrößert, ihr technisches Niveau erhöht und die Entwicklung der Produktivkräfte beschleunigt wird.

Der Staat setzt das sozialistische Verteilungsprinzip konsequent durch, indem er das politische Bewußtsein der Werktätigen ständig erhöht.

Die Werktätigen erhalten unabhängig von Geschlecht, Alter und Nationalität den gleichen Lohn bzw. das gleiche Gehalt für die gleiche Arbeit.

**Artikel 38** Der Staat legt die Lohngruppen nach dem Prinzip fest, daß die aufgewendete körperliche und geistige Arbeitskraft reproduziert und der Lebensstandard der Werktätigen aufrechterhalten werden kann.

Die staatlichen Organe, Betriebe und Produktionsgenossenschaften müssen auf der Grundlage dieser Festlegung und dieses Prinzips die Arbeiter, Angestellten und Genossenschaftsbauern gerecht entlohnen.

**Artikel 39** Die Bezahlung der Arbeiter, Angestellten und Genossenschaftsbauern erfolgt in der Hauptsache in Form von Stücklohn und Zeitlohn zuzüglich diverser Zuschläge und Prämien.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften müssen die Formen der Bezahlung richtig anwenden, damit das Interesse der Werktätigen an der Produktion noch mehr wächst und ihre konstruktiven, schöpferischen Initiativen voll entfaltet werden können.

**Artikel 40** Der Staat schätzt die Erfüllung des Produktionsplanes nach quantitativen Kennziffern und des Plans der Selbstkostensenkung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung genau ein und legt dementsprechend die Lohnfonds der Betriebe fest.

Die Betriebe sind verpflichtet, die Erfüllung des Produktionsplans, die Qualität der Erzeugnisse, den Nutzungsgrad der Ausrüstungen und den Materialverbrauch exakt zu ermitteln und den Werktätigen, die gute Leistungen vollbringen, Prämien zu zahlen.

**Artikel 41** Die Arbeitsnorm ist ein Maßstab für die Einschätzung der Arbeitsergebnisse, und ihre richtige Festlegung ist eine wichtige Voraussetzung für die wirksame Anwendung des sozialistischen Verteilungsprinzips.

Der Staat hält sich bei der Aufstellung der Arbeitsnormen konsequent an die Massenlinie und setzt das Prinzip durch, die Arbeitsnormen unter gewissenhafter Berücksichtigung des Bewußtseinsstandes der Werktätigen, ihres Qualifikationsniveaus und der neuesten wissenschaftlich-technischen Errungenschaften festzusetzen.

**Artikel 42** Der Staat bestimmt in jedem Zweig der Volkswirtschaft einen Musterbetrieb, in dem gemäß den Forderungen des Taaener Arbeitssystems die Betriebsführung vorschriftsmäßig erfolgt und die Kontinuität der Produktion gesichert wird, um anhand der dort ermittelten Werte die staatlichen Standardarbeitsnormen zu fixieren.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, auf deren Grundlage entsprechend der sich entwickelnden Wirklichkeit und den konkreten Bedingungen wissenschaftlich fundierte, moderne Arbeitsnormen festzulegen, sie richtig anzuwenden und ständig zu aktualisieren.

**Artikel 43** Der Maßstab für die Einschätzung der Arbeitsergebnisse der Mitglieder von genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben und der für diese Betriebe arbeitenden Werktätigen sowie für die Bestimmung ihres Anteils an der Verteilung ist die Arbeitseinheit.

Die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe sind verpflichtet, die Arbeitseinheiten exakt zu ermitteln, sie in bestimmten Abständen bekanntzugeben und die den Mitgliedern der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe und den für diese Betriebe arbeitenden Werktätigen zustehenden Anteile gemäß ihren Arbeitseinheiten richtig zu bestimmen.

**Artikel 44** Das Leitungssystem nach Arbeitsgruppen und das Brigadeprämiensystem sind ein wichtiges Unterpfand für die Entwicklung des Kollektivgeistes der Werktätigen in der Landwirtschaft und die präzise Anwendung des sozialistischen Verteilungsprinzips.

Die Leitungsorgane für die Agrarwirtschaft und die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe sind verpflichtet, durch Einführung des Leitungssystems nach Arbeitsgruppen und des Brigadeprämiensystems eine genaue Bewertung der Arbeitseinheiten vorzunehmen und die zusätzlichen Leistungen exakt zu vergüten.

**Artikel 45** Der Staat hält sich fest an das Prinzip, entsprechend der

Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft sowie der Steigerung der Arbeitsproduktivität die Zahlungstarife für die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten aller Bereiche rationell zu regeln, die Einnahmen der Bauern in unterschiedlichen Gegenden gleichmäßig zu erhöhen und das Lebensniveau der Arbeiter, Angestellten und Bauern insgesamt gleichermaßen zu heben.

## ABSCHNITT V

### **DIE ARBEIT UND DIE TECHNISCHE REVOLUTION, DIE ERHÖHUNG DER TECHNISCHEN QUALIFIKATION DER WERKTÄTIGEN**

**Artikel 46** Die Hauptaufgabe der technischen Revolution besteht in der Beseitigung der wesentlichen Unterschiede in der Arbeit und in der Befreiung der Werktätigen von körperlich schweren Tätigkeiten.

Der Staat setzt sich dafür ein, gestützt auf die Ergebnisse der sozialistischen Industrialisierung die technische Revolution auf eine höhere Stufe zu heben, somit die von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen auch von den Fesseln der Natur zu erlösen und ihnen die vollständige Gleichheit im Arbeitsleben zu sichern.

**Artikel 47** Der Staat verwirklicht die allseitige Mechanisierung, Teilautomatisierung und Automatisierung in der Industrie und in allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft, er beseitigt somit die Unterschiede zwischen körperlich schwerer und leichter Arbeit sowie Arbeiten unter hoher Hitzeeinwirkung und gesundheitsschädlichen Bedingungen.

**Artikel 48** Durch die Beschleunigung der technischen Revolution auf dem Dorf festigt der Staat die Erfolge bei der Bewässerung und Elektrifizierung in der Landwirtschaft, vollendet in kurzer Frist die Chemisierung und die komplexe Mechanisierung, verwirklicht somit die Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft und überwindet die wesentlichen Unterschiede zwischen der Arbeit in der Landwirtschaft und der Industrie.

**Artikel 49** Die Wissenschaftler, Techniker und Produzenten müssen durch eine intensive schöpferische Zusammenarbeit eine technische Neuererbewegung auf Massenbasis entwickeln.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, die Neuerer- und Rationalisatorenbewegung aktiv zu fördern und die dabei unterbreiteten Vorschläge rechtzeitig in der Produktion zu realisieren.

Der Staat gewährt den Erfindern, Rationalisatoren und Neuerern, die zur Entwicklung der Volkswirtschaft einen großen Beitrag geleistet haben, Fürsorge und verleiht ihnen entsprechende Titel.

**Artikel 50** Durch das Direktstudium und durch das vielfältige System der Bildung ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit, das Hoch- und Fachschulen der Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, Abend- und Fernstudium erfaßt, bildet der Staat alle Werktätigen zu befähigten Persönlichkeiten heran, die durch die Aneignung neuester wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse in der Lage sind, die modernen Maschinen und Ausrüstungen zu bedienen, die Volkswirtschaft geschickt zu leiten und zu verwalten.

**Artikel 51** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften müssen ein System zum Studium der Technik und technischen Fertigkeiten sowie Weiterbildungslehrgänge schaffen und damit die technische Qualifikation der Werktätigen systematisch erhöhen, so daß sie alle mindestens ein Fach der modernen Technik meistern sowie die Maschinen, Ausrüstungen und Technik in ihren Bereichen beherrschen.

**Artikel 52** Zur Erhöhung der technischen Qualifikation der Werktätigen führt der Staat Eignungsprüfungen für Ingenieure und Facharbeiter durch.

Diese sind in bestimmten Abständen von den Staatsorganen für Wissenschaft und Technik sowie von den Organen der Arbeitsorganisation zu organisieren.

## ABSCHNITT VI ARBEITSSCHUTZ

**Artikel 53** Ein zuverlässiger Arbeitsschutz ist eine wichtige Voraussetzung dafür, den Werktätigen sichere, kulturvollere und hygienischere Arbeitsbedingungen zu schaffen, ihr Leben und ihre Gesundheit zu schützen und zu fördern.

Der Staat setzt konsequent den Kurs durch, den Arbeitsschutz über die Produktion zu stellen.

**Artikel 54** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, ein System der Belehrung über Sicherheitsbestimmungen zu schaffen, den Werktätigen die Arbeitsschutzpolitik nahezubringen, ihnen Wissen über den Arbeitsschutz zu vermitteln und ihn unbedingt zu einer Sache der Massen selbst zu machen.

Niemand darf jemanden zur Arbeit auffordern, ohne ihn mit der Arbeitsschutzpolitik und den Sicherheitsbestimmungen des betreffenden Bereiches bekannt gemacht zu haben.

**Artikel 55** Die erste Pflicht aller staatlichen Organe, Betriebe und Produktionsgenossenschaften besteht in der Gewährleistung sicherer, kulturvollerer und hygienischerer Arbeitsbedingungen.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen und hygienischen Voraussetzungen zum Schutz vor hohen Temperaturen, Gas und Staub zu schaffen wie auch unter Ausnutzung natürlicher und künstlicher Lichtquellen für eine ausreichende Beleuchtung sowie für eine einwandfreie Belüftung zu sorgen, diese Bedingungen ständig zu verbessern und zu vervollkommen, dadurch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zu verhüten und allen Werktätigen einen gefahrlosen, kulturvollen und hygienischen Arbeitsplatz zu gewährleisten.

**Artikel 56** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften müssen vor Produktionsbeginn Sicherheitsinspektionen durchführen und rechtzeitig alle Gefahrenquellen, die das Leben und die Gesundheit der Werktätigen gefährden können, ermitteln und beseitigen.

Kommt es während der Produktion zu einer Unfallgefahr, muß die Arbeit sofort eingestellt und darf erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Gefahr beseitigt ist.

**Artikel 57** Die Bau- und Projektierungsinstitutionen, die entsprechenden Staatsorgane und die Betriebe müssen konsequent die erforderlichen Arbeitsschutzbedingungen berücksichtigen, wenn sie Fabriken, Betriebe, Gebäude und bauliche Anlagen errichten bzw. Maschinen und Ausrüstungen produzieren.

Neue, ausgebaute und reparierte Betriebe, Gebäude und Anlagen dürfen ebensowenig ohne Abnahme bzw. Billigung durch die betreffenden Kontroll- und Aufsichtsorgane ihrer Bestimmung übergeben werden wie die neu produzierten Maschinen und Ausrüstungen.

**Artikel 58** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, eine systematische Reihenuntersuchung zum Schutz der Gesundheit der Werktätigen zu organisieren und rechtzeitig entsprechende notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

**Artikel 59** Der Staat schenkt dem Arbeitsschutz für werktätige Frauen besondere Beachtung.

Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften müssen ausreichende hygienische Arbeitsschutzeinrichtungen für die werktätigen Frauen schaffen.

Es ist verboten, Frauen für körperlich schwere und gesundheitsschädliche Arbeit und Frauen mit Säuglingen sowie Schwangere in Nachtschichten einzusetzen.

**Artikel 60** Der Staat stellt den Werktätigen Arbeitsschutzmittel zur Verfügung und versorgt sie unentgeltlich mit den notwendigen Arbeitsschutzbekleidungen sowie mit hochwertigen Nahrungsmitteln.

Die Werktätigen sind verpflichtet, die jeweils vorgeschriebenen Arbeitsschutzmittel und -bekleidungen unbedingt zu nutzen und

pfleglich mit ihnen umzugehen.

**Artikel 61** Die staatlichen Organe und Betriebe sowie die Produktionsgenossenschaften müssen im Interesse der Produktion strenge Ordnung und Disziplin einführen, Betriebsanweisungen und Arbeitsschutzbestimmungen ausarbeiten und dafür sorgen, daß sie von allen Funktionären und Werktätigen konsequent eingehalten werden.

Der Staat achtet streng darauf, daß man sich gegenüber dem Arbeitsschutz nicht verantwortungslos verhält, damit das Leben und die Gesundheit der Werktätigen nicht folgeschwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

## ABSCHNITT VII ARBEIT UND ERHOLUNG

**Artikel 62** Die Werktätigen haben das Recht auf Erholung.

Der Staat garantiert den Werktätigen allseitig das Recht auf Erholung durch den 8-Stunden-Tag, durch vollbezahlten Urlaub, durch Aufenthalte in Erholungs- und Urlauberheimen auf Staatskosten und durch die ständig zunehmende Zahl verschiedener kultureller Einrichtungen.

**Artikel 63** Die Werktätigen genießen nach geleisteter Arbeit ihre Freizeit.

Den Wirtschaftsorganen und Betrieben ist es untersagt, die Werktätigen zur Leistung von Überstunden zu veranlassen.

**Artikel 64** Die Werktätigen erhalten wöchentlich einen arbeitsfreien Tag.

Die vom Staat festgelegten Feiertage und die Sonntage sind arbeitsfreie Tage.

Wenn Werktätige aus unvermeidlichen Umständen an einem arbeitsfreien Tag eingesetzt werden müssen, haben ihnen die staatlichen Organe, Betriebe und Produktionsgenossenschaften unbedingt einen arbeitsfreien Tag innerhalb der Woche zu gewähren.

**Artikel 65** Die Arbeiter, Angestellten und Mitglieder eines genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebes erhalten einen vollbezahlten Jahresgrundurlaub von 14 Tagen und je nach Beruf einen Zusatzurlaub von 7 bis 21 Tagen.

**Artikel 66** Werkstätige Frauen erhalten unabhängig von der Dauer ihrer Berufstätigkeit außer dem vollbezahlten Grund- und Zusatzurlaub 35 Tage Schwangerschafts- und 42 Tage Wochenurlaub.

**Artikel 67** Der Staat baut das Netz der Erholungs- und Urlauberheime in vielfältiger Form aus, modernisiert ihre Einrichtungen, organisiert in großem Umfang die Touristik sowie Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten etc. und befriedigt somit die wachsenden Bedürfnisse der Werkstätigen nach kulturvoller Freizeitgestaltung.

Die zuständigen Staatsorgane und Betriebe sind verpflichtet, die betriebseigenen Erholungsheime gut zu leiten und dafür zu sorgen, daß sich die Werkstätigen ausreichend erholen können.

## ABSCHNITT VIII DIE FÜRSORGE DES STAATES UND DER GESELLSCHAFT FÜR DIE WERKTÄTIGEN

**Artikel 68** Der Staat macht es zum obersten Prinzip seiner Tätigkeit, verantwortungsbewußt die Lebensbedingungen aller Werkstätigen zu sichern und ihr materielles und kulturelles Lebensniveau ständig zu verbessern.

Die Werkstätigen erhalten ihren Anteil nach der geleisteten Arbeit und genießen zusätzlich große Vergünstigungen durch den Staat und die Gesellschaft.

**Artikel 69** Der Staat stellt den Werkstätigen geeignete und kulturvolle Wohnungen und Wohnheime zur Verfügung.

Auf Kosten des Staates werden moderne ländliche Wohnhäuser gebaut, die den Mitgliedern der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe zur unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung stehen.

**Artikel 70** Der Staat versorgt die Arbeiter und Angestellten sowie ihre unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen zu günstigen Preisen mit Nahrungsmitteln.

**Artikel 71** Der Staat erzieht die Kinder der Werktätigen in modern ausgestatteten Kinderkrippen und Kindergärten auf Kosten des Staates und der Gesellschaft.

**Artikel 72** Der Staat gewährt den Kindern der Werktätigen bis zum Arbeitsalter eine obligatorische und unentgeltliche Bildung in den Lehranstalten aller Stufen bis hinauf zu den Hochschulen.

Alle Studenten und Schüler werden vom Staat zu ermäßigten Preisen mit Schulkleidung und Lehrbüchern versorgt, und die Studenten der Universität, der Hoch- und Fachschulen kommen in den Genuß von Stipendien.

**Artikel 73** Der Staat gewährt den Werktätigen, die durch Arbeitsunfall, Krankheit oder Verletzung die Arbeitsfähigkeit zeitweilig verloren haben, entsprechend der staatlichen Sozialversicherung eine vorübergehende Krankenunterstützung, und denen, die ganz arbeitsunfähig geworden sind, zahlt er nach Ablauf von 6 Monaten eine Invalidenrente.

**Artikel 74** Der Staat gewährt den werktätigen Männern ab vollendetem 60. und den werktätigen Frauen ab vollendetem 55. Lebensjahr entsprechend ihren Dienstjahren eine Altersrente.

**Artikel 75** Im Falle von Arbeitsunfähigkeit läßt der Staat den für ihre hervorragenden Verdienste bei der Arbeit und in der gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit vom Staat Ausgezeichneten oder im Falle ihres Todes ihren Familienmitgliedern besondere Fürsorge zuteil werden.

**Artikel 76** Der Staat und die Produktionsgenossenschaften gewähren den Arbeitern, Angestellten und Mitgliedern der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe für die Dauer des Grund- und Zusatzurlaubs den Durchschnittsverdienst bzw. die Durchschnittsarbeitseinheiten und für die Dauer des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs den ungekürzten Lohn bzw. die Durchschnittsarbeitseinheiten.

**Artikel 77** Im Falle des Todes eines Werktätigen durch Arbeitsunfall, Krankheit, Verletzung und sonstige Gründe gewährt der

Staat dessen unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen Hinterbliebenenrenten und erzieht verwaiste Kinder unter seiner Obhut.

**Artikel 78** Arbeitsunfähige alleinstehende ältere Bürger und Versehrte werden auf Staatskosten in den Alten- und Pflegeheimen betreut.

**Artikel 79** Der Staat läßt allen Werktätigen eine vollkommen unentgeltliche medizinische Betreuung angedeihen.

Die unentgeltliche medizinische Betreuung der Arbeiter, Angestellten und Mitglieder genossenschaftlicher Landwirtschaftsbetriebe sowie ihrer unterstützungsbedürftigen Familienmitglieder erfaßt alle Bereiche, so z. B. die Therapie und Prophylaxe, Aufenthalte in Sanatorien, Entbindungen und dergleichen mehr.

# **ZUR WEITEREN VERSTÄRKUNG DER ROLLE DER MITARBEITER DER VOLKSMACHTORGANE**

**Rede vor den Funktionären der Volksmachtorgane**

*20. April 1978*

Eigentlich wollte ich schon auf der jüngsten Tagung der Obersten Volksversammlung anlässlich der Annahme des sozialistischen Arbeitsgesetzes eine Rede halten, doch der Mangel an Zeit ließ mich darauf verzichten. Deshalb möchte ich die heutige Gelegenheit nutzen, um im Beisein der Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise sowie der Mitarbeiter des Zentralen Volkskomitees und des Verwaltungsrates auf einige Aufgaben einzugehen, die vor den Mitarbeitern der Volksmachtorgane stehen.

## **1. KONSEQUENTE EINHALTUNG DES SOZIALISTISCHEN ARBEITSGESETZES**

Die letzte Tagung der Obersten Volksversammlung verabschiedete das sozialistische Arbeitsgesetz. Es unterscheidet sich in seinem Charakter grundsätzlich von dem Arbeitsgesetz, das unmittelbar nach der Befreiung, zur Zeit der demokratischen Revolution, verkündet wurde.

Jenes war ein demokratisches Gesetz für die Befreiung der Werktätigen von der kolonialen und feudalen Ausbeutung und

Unterdrückung. Das neue hingegen ist ein sozialistisches Arbeitsgesetz und hat zum Ziel, den von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Werktätigen ein souveränes und schöpferisches Leben zu gewährleisten.

Eine wichtige Absicht, die uns veranlaßt, auf der jüngsten Tagung der Obersten Volksversammlung das sozialistische Arbeitsgesetz vorzulegen, besteht darin, alle Werktätigen dazu anzuhalten, mit einer richtigen Einstellung zur Arbeit beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus hohe revolutionäre Begeisterung und schöpferische Aktivität zu bekunden.

Zur Zeit glauben einige, man könne in der kommunistischen Gesellschaft auf Kosten anderer leben, ohne selbst einer Beschäftigung nachzugehen. Das ist aber eine falsche Auffassung von dieser Gesellschaftsordnung, denn sie beruht nicht auf Schmarotzertum und auch in ihr muß jeder arbeiten. Ohne Arbeit können die Menschen weder leben noch die Gesellschaft weiterentwickeln. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus setzt daher voraus, daß alle Werktätigen die Arbeit lieben und sich ihr aufrichtigen Herzens widmen. Nach dem Sieg der sozialistischen Revolution und nach der wesentlichen Lösung der Ernährungs-, Bekleidungs- und Wohnungsfrage ist die Erziehung zu dieser Einstellung besonders wichtig.

Wie ich auch anläßlich der Veröffentlichung der „Thesen über die sozialistische Bildung“ auf dem 14. Plenum des ZK der Partei in der V. Wahlperiode hervorgehoben habe, ist der revolutionäre Elan während der Bodenreform und des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zwar noch sehr hoch, läßt aber schrittweise nach, sobald die Revolution gesiegt hat, die materiell-technische Basis des Sozialismus geschaffen wurde und sich niemand mehr um das tägliche Leben zu sorgen braucht. Davon zeugen sowohl unsere Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau als auch die jener Länder, die schon vor langem die sozialistische Revolution verwirklicht haben.

Bei uns hat ein jeder von Geburt an das Recht auf Nahrung. Der Staat versorgt die Arbeiter und Angestellten so gut wie unentgeltlich mit Lebensmitteln und stellt allen eine Wohnung zur Verfügung. Also genießen unsere Bürger ein von Ernährungs- und Wohnungsorgen

freies Leben. Das ist der Grund, weshalb sich einige rückständige Menschen vor der Arbeit gedrückt haben und ihr nicht aufrichtig nachgekommen sind. Daran zeigt sich, daß auch die Werktätigen auf den Gedanken kommen können, ohne Arbeit auf Kosten anderer zu leben, wenn sie – nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung und nachdem die Ernährungs-, Bekleidungs- und Wohnraumprobleme im wesentlichen gelöst wurden – nicht wirksam zur Arbeit erzogen werden. Daher betrachten wir dies als eine bedeutende Frage bei der kommunistischen Erziehung und setzen große Kräfte dafür ein, das Volk in diesem Sinne zu erziehen.

Dazu muß man in der sozialistischen Ordnung unbedingt die ideologische Einflußnahme und zugleich die rechtliche Kontrolle verstärken.

In der sozialistischen Gesellschaft ist die Arbeit zwar heilig und ehrenvoll, aber noch nicht das erste Lebensbedürfnis und in den verschiedenen Bereichen auch noch durch unterschiedliche Bedingungen geprägt. Außerdem sind im Bewußtsein der Menschen noch etliche Rudimente der alten Ideologien erhalten geblieben. Also ist es unabdingbar, gesetzlich zu verankern, daß alle Bürger bis zum Erreichen des Kommunismus pflichtbewußt zu arbeiten haben. Weil eine solche gesetzliche Kontrolle notwendig ist, existiert der Staat.

Der Sozialismus ist eine auf Kollektivismus basierende Gesellschaftsordnung, in der alle gemeinsam arbeiten und leben. Eine kollektive Arbeit und Lebensführung erfordert aber unbedingt bestimmte Verhaltensnormen und ihre strikte Einhaltung durch alle Bürger.

In der Volksarmee gibt es viele militärische Vorschriften, wie z. B. für den Innen- oder Wachdienst, die genau festlegen, wie das alltägliche Leben zu gestalten, der Dienst zu versehen und in Gefechten vorzugehen ist. Dadurch bewegen sich alle Soldaten wie ein Mann, und die Truppendisziplin und -ordnung wird konsequent gesichert.

Wie in der Armee, so muß es auch in der Gesellschaft Vorschriften und Bestimmungen geben, in denen die Art und Weise der Arbeitsorganisation sowie die Pflichten und Rechte der Werktätigen verankert sind. Und der Staat hat zu kontrollieren, daß sie von allen pflichtbewußt befolgt werden. Erst dann werden alle Mitglieder der

Gesellschaft ihrer Arbeit mit der richtigen Einstellung und aufrichtig nachgehen und den Sozialismus und Kommunismus erfolgreich aufbauen können. Aus diesem Grunde haben wir bereits vor langer Zeit damit begonnen, das sozialistische Arbeitsgesetz zu konzipieren und vorzubereiten, und es schließlich auf der jüngsten Tagung der Obersten Volksversammlung angenommen.

Dieses Gesetz ist ein kommunistisches Lehrbuch für die Erziehung aller Werktätigen zur Liebe zur Arbeit und zu ihrer pflichtbewußten Erfüllung, und es vermittelt die Verhaltensregeln, die in der gemeinschaftlichen Arbeit für Gesellschaft und Kollektiv unbedingt einzuhalten sind. Unser sozialistisches Arbeitsgesetz wird einen großen revolutionären Einfluß auf die progressiven Völker der Welt ausüben und den Kampf der Menschen vieler Länder für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft stark anspornen.

Seine Annahme bedeutet aber keinesfalls, daß sich alle im Arbeitsleben auftauchenden Probleme von selbst lösen. Es kann noch so hervorragend ausgearbeitet worden sein – solange es nicht durchgesetzt wird, bleibt es nur ein Bündel Papier.

Wir haben bisher viele gute Gesetze erlassen: die sozialistische Verfassung, auf deren Grundlage das Gesetz über die Pflege und Erziehung der Kinder, das Landeskulturgesetz und nicht zuletzt die Thesen über die sozialistische Bildung, die von der Obersten Volksversammlung zwar nicht als Gesetz im eigentlichen Sinn angenommen wurden, sich aber kaum von einem solchen unterscheiden. Außerdem haben wir eine Reihe verschiedener gesetzlicher Normen und Bestimmungen ausgearbeitet, die im gesamtstaatlichen Maßstab notwendig sind. Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane haben die Durchsetzung der Gesetze bisher jedoch weder gewissenhaft organisiert noch zielbewußt überwacht und kontrolliert. Folglich haben sich auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Pflege und Erziehung der Kinder und des Landeskulturgesetzes der Schutz und die Förderung der Gesundheit der Kinder sowie der Schutz und die Pflege der Landschaft nicht spürbar verbessert.

Alle gesetzlichen Normen und Bestimmungen unseres Landes spiegeln den Willen und die Forderungen der werktätigen Volksmassen

wider und zielen darauf ab, deren Interessen zu verwirklichen. Daher besteht die bedeutendste und ehrenvollste Aufgabe der dem Volk dienenden Mitarbeiter der Volksmachtorgane darin, diese Festlegungen mit aller Konsequenz zu befolgen. Sie müssen sie den Volksmassen ausführlich erläutern, ihre Bereitschaft, sich an die Gesetze zu halten, erhöhen und ihre uneingeschränkte Verwirklichung aktiver organisieren, überwachen und kontrollieren.

Manche Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees sollen gegenwärtig die Meinung vertreten, sie hätten nichts Besonderes zu tun, was aber bar jeder Logik ist. Die sozialistische Verfassung und die darauf basierenden rechtlichen Normen und Bestimmungen für die verschiedenen Bereiche sind Inhalt und Richtschnur der Arbeit, die die Vorsitzenden der Volkskomitees zu leisten haben. Mit dem Inkrafttreten des sozialistischen Arbeitsgesetzes haben sie nun ein größeres Pensum an Arbeit.

Die Mitarbeiter des Zentralen Volkskomitees, des Verwaltungsrates sowie der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise sollten ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dieses Arbeitsgesetz konsequent zu verwirklichen.

Das ist für die Umformung des Bewußtseins der Werktätigen, die Durchsetzung der sozialistischen Lebensweise und die Weiterentwicklung der Produktivkräfte von überaus großer Bedeutung. Während das Landeskulturgesetz die rechtliche Basis für den Schutz, die Pflege und Umgestaltung der Natur bildet, ist das sozialistische Arbeitsgesetz eine Rechtsvorschrift, die alle Bereiche der Arbeit mit den Menschen, des Berufslebens regelt und in der die Prinzipien der Arbeitsorganisation und die im Arbeitsprozeß einzuhaltenden Verhaltensnormen allumfassend dargelegt sind. Nur wenn die Menschen diesen Festlegungen entsprechend handeln, können sie der Arbeit aufrichtig nachkommen, kann in der ganzen Gesellschaft die revolutionäre Atmosphäre der Liebe zur Arbeit herrschen und die Produktion materieller Güter rapide zunehmen.

Die konsequente Verwirklichung des sozialistischen Arbeitsgesetzes setzt eine bessere Arbeitsorganisation voraus.

Wenn man z. B. die Beschäftigten einer Maschinenfabrik zur vollen

Ausnutzung der gesetzlich festgelegten 8 Stunden Arbeitszeit anhalten will, muß man das Taeaner Arbeitssystem wirkungsvoll durchsetzen und die benötigten Materialien, Werkzeuge und Vorrichtungen bis an die Maschinen heranbringen. Nur dann werden die Arbeiter die vorgeschriebenen 8 Stunden produzieren, ohne ihre Maschinen verlassen zu müssen.

Gegenwärtig wird in manchen Betrieben die Arbeitszeit nicht voll ausgenutzt, was auf ungenügende Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist. Bei meiner Vor-Ort-Anleitung der Kohlenbergwerke im Gebiet um Tokchon im Frühjahr 1977 erfuhr ich, daß die Kumpel während des Zusammenbaus der Stempel auf der Suche nach Beilen, Sägen, Hämmern und anderen Werkzeugen umherlaufen mußten, obwohl sie ihnen unbedingt zur Verfügung zu stehen hätten. Wegen der unzureichenden Arbeitsbedingungen wird nur wenige Stunden am Tag wirklich gearbeitet. Deshalb habe ich dafür gesorgt, daß für jeden Kumpel eine Gesteinsbohrmaschine und solche Werkzeuge wie Beile, Sägen und Hämmer bereitstehen. Das führte zu einem bedeutend schnelleren Vortrieb und zu einer rapiden Zunahme der Kohleförderung. Bei entsprechender Organisation der Arbeit kann man der Forderung des sozialistischen Arbeitsgesetzes nach einem Achtstundentag ohne Einschränkung gerecht werden.

Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane dürfen sich nicht darauf beschränken, dieses Gesetz einfach nur zu akzeptieren, sondern sie müssen konkrete Maßnahmen ergreifen, um alle darin festgelegten Aufgaben in sämtlichen Bereichen zu bewältigen. Auf diesem Wege sollten sie dazu beitragen, daß dieses Gesetz konsequent durchgesetzt wird.

## **2. DIE VERSTÄRKUNG DER FUNKTION UND ROLLE DER ÖRTLICHEN MACHTORGANE**

Gegenwärtig gibt es unter den Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise einige, die die

Wechselbeziehungen zwischen diesen beiden Institutionen nicht genau kennen und ihrer Rolle nur unzureichend gerecht werden.

Das Verhältnis zwischen ihnen gleicht dem zwischen dem Zentralen Volkskomitee und dem Verwaltungsrat. So wie das Zentrale Volkskomitee die Arbeit des Verwaltungsrates anzuleiten und zu überwachen hat, obliegt es den Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees, die Tätigkeit der entsprechenden Verwaltungskomitees anzuleiten, zu überwachen, zu kontrollieren und zu aktivieren. Ferner haben die örtlichen Volkskomitees das Recht, falsche Handlungsweisen der betreffenden Verwaltungskomitees zu unterbinden und rückgängig zu machen.

Früher, als es noch kein Verwaltungskomitee gab, erledigte der Vorsitzende des Volkskomitees in einer Person die Aufgaben der politischen Machtorgane wie auch die staatliche Leitungsarbeit. Da aber mit dem Volkskomitee und dem Verwaltungskomitee inzwischen zwei getrennte Institutionen existieren, muß der Vorsitzende des erstgenannten Gremiums den Vorsitzenden des zweitgenannten Gremiums in seinem Wirken anleiten, kontrollieren und über ihn die staatliche Leitungsarbeit bewerkstelligen.

Die Bezirks-, Stadt- und Kreisverwaltungskomitees müssen sich zentral vom Verwaltungsrat leiten und kontrollieren lassen und lokal in der Zeit zwischen den Tagungen der örtlichen Volksversammlung von den jeweiligen Volkskomitees, den örtlichen Machtorganen.

Obwohl die örtlichen Volkskomitees die Pflicht und Befugnis haben, die Tätigkeit der Verwaltungskomitees anzuleiten und zu überprüfen, kommen ihre Vorsitzenden diesem Auftrag nicht im erforderlichen Maße nach. Daher befinden sich die Leiter der letztgenannten Gremien außerhalb jeder Kontrolle.

Vor kurzem stellte ich auf der gemeinsamen Sitzung des Politkomitees des ZK unserer Partei und des Zentralen Volkskomitees den örtlichen Machtorganen die Aufgabe, im laufenden Jahr die Produktion von Waren des täglichen Bedarfs zu verdoppeln und so die lokalen Budgeteinnahmen zu erhöhen. Die Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskomitees aber sollen gesagt haben, es sei schwer, in der örtlichen Industrie die Produktion zu steigern, und sie sollen sich nicht

aktiv dafür eingesetzt haben, die genannte Aufgabe zu erfüllen. Allein aus diesem Beispiel können wir ersehen, daß die Vorsitzenden der Verwaltungskomitees außerhalb jeder parteilichen und rechtlichen Kontrolle stehen.

Wenn ich als Generalsekretär des ZK der Partei und als Staatspräsident die Aufgabe zur Steigerung der Produktion von Waren des täglichen Bedarfs erteilt habe, so hätten sich die Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskomitees pflichtgemäß von Standpunkt der Partei aus bewußt dafür einsetzen müssen, die Direktive des Generalsekretärs im Geiste der Absolutheit und der Bedingungslosigkeit zu realisieren, und in administrativer Hinsicht hätten sie die Anordnung des Staatspräsidenten aus Pflichtbewußtsein gegenüber dem Gesetz ausführen müssen. Künftig ist es unerläßlich, daß die Vorsitzenden der Verwaltungskomitees unter Führung der Partei stehen und die staatliche Kontrolle dieser Gremien durch die Volkskomitees verstärkt wird.

Die Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees sind verpflichtet, in dem Bewußtsein, für das Mißlingen der Arbeit der Verwaltungskomitees mitverantwortlich zu sein, die Vorsitzenden dieser Gremien anzuleiten und ihnen aktiv zu helfen, damit sie dem Volk noch ergebener dienen.

Der Bürokratismus muß noch aktiver bekämpft werden, um die Funktion und Rolle unserer Volksmachtorgane zu verstärken.

Sie dienen im wahrsten Sinne des Wortes dem Volk. Ihre Mitarbeiter dürfen nicht von oben über das Volk herrschen und im Umgang mit ihm Befehle und Kommandos erteilen, sondern müssen Diener des Volkes sein. Leider kommt es nicht selten vor, daß manche von ihnen immer noch nicht das Wesen und die Mission ihrer Organe erkannt haben und daher bürokratisch vorgehen.

Sie sollten die Rede „Für die Stärkung der Volksmacht“, die ich auf der 1. Tagung der Obersten Volksversammlung in der VI. Legislaturperiode gehalten habe, intensiv studieren und den Bürokratismus energisch bekämpfen. Auf diesem Wege müssen sie alle zu wahrhaft treuen Dienern des Volkes werden.

### **3. UMSICHTIGERE FÜRSORGE FÜR DAS LEBEN DES VOLKES**

Es ist die wichtigste Aufgabe der Mitarbeiter der Volksmachtorgane, sich umsichtig und verantwortungsbewußt um das Leben des Volkes zu kümmern. Das betrifft besonders die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise.

Sie sind direkt für die Anleitung der Organe zuständig, die dem Volke dienen. Die örtlichen Industriebetriebe, die Konsumgüter herstellen, unterstehen dem Verwaltungskomitee, und die kommunalen, Handels-, Aufkaufs- und Getreidewirtschafts- und anderen Dienstleistungseinrichtungen sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen werden vom Volks- und Verwaltungskomitee geleitet. Die rasche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung hängt folglich weitgehend von dem Wirken der Bezirks-, Stadt- und Kreisvorsitzenden dieser Leitungsgremien ab.

Ihre Arbeit muß nach dem Lebensniveau der Einwohner der betreffenden Gebiete beurteilt werden, d. h. danach, wie viele örtliche Industriebetriebe und Dienstleistungseinrichtungen entstanden sind und inwieweit sich das Leben der Bevölkerung verbessert hat, während die Tätigkeit der Werksdirektoren nach der Menge der produzierten Waren einzuschätzen ist. Das Wirken der Mitarbeiter der Machtorgane darf niemals nur nach ihren Reden beurteilt werden.

Sie alle, vor allem die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise, sollten sich mit einer hohen Verbundenheit zur Partei, zur Arbeiterklasse und zum Volk intensiv dafür einsetzen, den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen.

Um das zu erreichen, muß vor allem die Produktion von Konsumgütern durch die Weiterentwicklung der örtlichen Industrie gesteigert werden.

Gegenwärtig gibt es nicht mit Lebensmitteln und Textilien, sondern mit den kleinen Dingen des täglichen Bedarfs wie Zahnbürsten, Zahnpasta, Seife, Bleistiften, Papier, Haarnadeln und Kosmetika

Schwierigkeiten. Die örtlichen Industriebetriebe könnten die Produktion von Zahnbürsten und Zahnpasta, die weder mit einem großen Aufwand an Material und elektrischem Strom noch mit einer besonderen Technik verbunden ist, ohne weiteres sichern. Den Mitarbeitern der Volksmachtorgane würde es gelingen, genügend solche Artikel des täglichen Bedarfs für die Bevölkerung herzustellen, wenn sie die besagten Betriebe gut ausstatteten und gewissenhaft arbeiteten.

Schon seit langem hebe ich mit Nachdruck hervor, daß jeder Bezirk viele Industriebetriebe errichten und für seine Einwohner hinreichend Konsumgüter erzeugen muß und daß die Mitarbeiter der örtlichen Machtorgane das Wirtschaftsleben ihrer Gebiete mit eigener Kraft gestalten müssen.

Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise jedoch bemühen sich weder um die Hebung des Lebensstandards des Volkes noch denken sie gründlich darüber nach, wie sie die Wirtschaft ihrer Gebiete voranbringen können. Die Ursache für die unbefriedigenden Ergebnisse mancher örtlichen Industriebetriebe ist darin zu suchen, daß die Mitarbeiter der Volksmachtorgane ohne das nötige Verantwortungsbewußtsein arbeiten und die Leitung und Kontrolle dieser Betriebe vernachlässigen. Einige Funktionäre vertreten die Meinung, die Produktion von Artikeln des täglichen Bedarfs in den besagten Werken stocke deswegen, weil deren Arbeitskräfte für andere Arbeiten eingesetzt würden, was aber eigentlich nur in der Saison der Umpflanzung von Reissetzlingen geschieht. Da dann das ganze Land zur Hilfeleistung für die Dörfer verpflichtet ist, bilden in der Tat auch die Arbeitskräfte der genannten Betriebe hierbei keine Ausnahme. Bei guter Arbeit könnte jedoch auch in der übrigen Zeit schon viel produziert werden.

Daß die Mitarbeiter der Volksmachtorgane der Herstellung von Konsumgütern wenig Aufmerksamkeit schenken, ist auch aus dem Stand des Produktionsplans für Waren des täglichen Bedarfs ersichtlich, der dieser Tage nochmals besprochen wurde. Im Interesse einer Steigerung der Erzeugung von solchen Dingen zwecks Mehrung der örtlichen Budgeteinnahmen hat der Verwaltungsrat die Vorsitzenden der Bezirksverwaltungs-komitees an der erneuten Beratung des diesjährigen

Produktionsplans für diese Waren teilnehmen lassen; manche dieser Funktionäre sollen sich aber sehr passiv verhalten haben. Nach wiederholten Diskussionen hat der Verwaltungsrat die Plankennziffern zwar erhöht, aber wir können uns immer noch nicht mit ihnen zufriedengeben.

Auch bei Zimmerthermometern wurde die geplante Stückzahl nur um 30 000 heraufgesetzt. Dieses Meßgerät muß jedem Haushalt in Stadt und Land zur Verfügung stehen. Die Dörfer brauchen außerdem Thermometer für ihre Frühbeete und Laboratorien. Deshalb müssen jährlich mehrere Millionen Stück produziert werden. Das ist aber gar nicht so schwer. Die Belieferung mit etwas Glas und Kunststoff wird es den örtlichen Industriebetrieben ermöglichen, dieses Problem zu lösen.

Hygro- und Barometer sind ebenfalls in großer Stückzahl herzustellen, was der Bevölkerung ein kulturvolleres Leben garantieren wird. Leider ist der Produktionsplan für Hygrometer sehr passiv ausgearbeitet worden.

Der neue Plan für die Nadelproduktion sieht gegenüber dem alten nur eine Erweiterung um 4 Mio. Stück vor. Allein bei normalen Nähnadeln liegt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch bei 4 bis 5 Stück, weshalb eine zusätzliche Steigerung der Produktion um nur 4 Mio. Nadeln den Bedarf der Bevölkerung nicht decken kann.

Die Plankennziffer für Rasiercreme ist zwar um 22 Prozent erhöht worden, damit aber immer noch nicht hoch genug.

Die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs setzt voraus, daß die Herstellung von diesen Dingen aller Sortimente den ursprünglichen Plan um das 2- bis 3fache übersteigt.

Das Sortiment der Konsumgüter wie auch die Standards der Waren lassen gegenwärtig zu wünschen übrig. Allein bei Nadeln muß es Stricknadeln, normale und Nähmaschinennadeln geben, wobei sich allein die normalen Nähnadeln schon in dünne, lange, kurze und Stopfnadeln unterscheiden. Wir haben bereits vor langer Zeit die Aufgabe gestellt, das Sortiment von Konsumgütern auf 40 000 zu erweitern, sie wird aber nur unbefriedigend verwirklicht.

Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane bemühen sich nicht aktiv

genug um die Steigerung der Konsumgüterproduktion, und das ist auf ihre mangelnde Verbundenheit mit dem Volk, also ihre unzureichende Bereitschaft, ihm zu dienen, zurückzuführen. Es wäre ein anderes Problem, wenn in den Läden die Waren fehlten, die bei uns noch nicht in großen Mengen hergestellt werden können. Wenn aber selbst die Erzeugnisse nicht im Angebot sind, die bei uns ohne weiteres produziert werden können, dann zeugt das davon, daß es unseren Funktionären an Elan, Verantwortungsbewußtsein und Volksverbundenheit mangelt.

Geleitet von dem starken Willen, durch eine vorbildliche Arbeit der Bevölkerung ein wohlhabendes Leben zu sichern, müssen die Mitarbeiter der Volksmachtorgane aktive Anstrengungen unternehmen, um die örtliche Industrie weiter voranzubringen.

Das ist eine Voraussetzung für die Massenproduktion von Artikeln des täglichen Bedarfs. Zu jener Zeit, da sich dieser Zweig zügig entwickelte, wurden verschiedenartige Waren des täglichen Bedarfs in großen Mengen hergestellt. Sie häuften sich in den Kaufhäusern, und das Leben des Volkes verbesserte sich zusehends.

So wie wir 1958 die örtlichen Industriebetriebe in großem Maßstab errichtet haben, sollten wir alle mit größter Anstrengung diesen Bereich noch einmal emporbringen.

Überall müssen noch mehr örtliche Industriebetriebe errichtet und zahlreiche weitere Heimbrigaden organisiert werden.

Die örtlichen Staatsorgane sollten dafür sorgen, daß erforderlichenfalls bestehende Betriebe instand gesetzt werden und neue entstehen, um auf diesem Weg die Waren, an denen noch ein Mangel besteht oder die noch nicht hergestellt werden, in großen Mengen erzeugen zu können. Ich habe mir sagen lassen, daß zur Zeit manche Mitarbeiter der örtlichen Industrie behaupten, selbst bei starker Erhöhung des Ausstoßes von diesen Gebrauchsartikeln wüchse der Wert ihrer Bruttoproduktion nur unerheblich, und daß sie deshalb kaum gewillt sind, diese Erzeugnisse herzustellen. Das ist aber nicht in Ordnung. Die wichtigste Aufgabe der örtlichen Industriebetriebe besteht nicht etwa darin, die Produktion wertmäßig zu steigern, sondern darin, in großen Mengen vielfältige Gebrauchsartikel zu erzeugen und

somit den Lebensstandard des Volkes zu heben.

Ferner sind weitere kleine und mittlere Chemiebetriebe zu errichten. Früher hat man zwar etliche erbaut, um Farbstoffe und verschiedene andere chemische Erzeugnisse zu gewinnen, aber heute vermissen wir das leider. Es ist nicht richtig und zudem überflüssig, daß viele chemische Klein- und Mittelbetriebe der zentralgeleiteten Industrie angegliedert worden sind. Sie rentieren sich nicht, wenn die zentralgeleitete Industrie sie nur übernimmt und nicht richtig verwaltet. Künftig dürfen die örtlichen Industriebetriebe auf keinen Fall mehr unbedacht zusammengelegt oder der zentralen Industrie angeschlossen werden.

Für ihre weitere Entwicklung ist es außerdem erforderlich, daß sie ihre Belegschaft längere Zeit an ihren Arbeitsplätzen halten.

Nur dann sind sie imstande, die technische und fachliche Qualifikation ihrer Arbeiter entscheidend zu erhöhen und qualitätsgerechte Waren zu erzeugen.

Die Textilfabrik Sakju begann ihre Produktion mit einigen Webstühlen, und die nun schon über 50jährigen, einst nichtberufstätigen Frauen arbeiten bereits 20 Jahre dort. Da die Beschäftigten, wie man sieht, seit langer Zeit an ein und demselben Arbeitsplatz wirken, sind ihr technisches und fachliches Niveau sowie die Qualität ihrer Erzeugnisse sehr hoch.

Die örtlichen Industriebetriebe können erst dann ihre Arbeitskräfte lange an sich binden und ihre technische und fachliche Qualifikation heben, wenn sie anstelle von ledigen mehr verheiratete Frauen einstellen. Manche Funktionäre wollen deren Anzahl jedoch möglichst klein halten und bemühen sich nicht gebührend darum, die Planstellen langfristig zu besetzen. Diese Betriebe haben künftig nach Möglichkeit die nichtberufstätigen Frauen einzustellen und sie an ihre Arbeitsplätze zu binden.

Im Interesse der Weiterentwicklung der örtlichen Industrie sind ferner die örtlichen Rohstoffressourcen effektiver zu nutzen.

Dieser Bereich muß es sich zum Grundsatz machen, die Produktion durch eine maximale Mobilisierung der in seinem Gebiet vorhandenen Ressourcen zu sichern. Auf der Grundlage von Rohstofflieferungen aus

anderen Gebieten oder seitens der zentralgeleiteten Industrie ist es nicht möglich, diesen Bereich voranzubringen und große Mengen verschiedener Konsumgüter zu erzeugen. Schon früher einmal habe ich auf das Beispiel des Bezirkes Jagang verwiesen, der einst nicht daran dachte, für die Herstellung von Rechenbrettern seine eigenen reichen Holzvorkommen zu nutzen, sondern dafür Kunststoffe aus Hamhung bezog. So darf die örtliche Industrie nicht verwaltet werden.

Überall gibt es eine Reihe von nützlichen, verwertbaren Rohstoffquellen. Aus Holz kann man z. B. Bleistiftkästen, Eßstäbchen und Papier herstellen. Die rationelle Ausnutzung örtlicher Gegebenheiten macht es auch möglich, vielfältige Erfrischungsgetränke in großen Mengen zu produzieren und der Bevölkerung anzubieten. So z. B. könnte der Kreis Changsong, Bezirk Nord-Phyongan, aus den in seinem Gebiet reichlich vorkommenden Wildbirnen und der Kreis Samjiyon, Bezirk Ryanggang, aus Blaubeeren Saft oder gallertartige Süßwaren herstellen.

Die örtlichen Industriebetriebe müssen jedenfalls für ihre Konsumgüterproduktion die regionalen Naturreichtümer nutzen und so den Bedarf ihrer Bevölkerung decken. Das, was über den Eigenbedarf hinaus erzeugt wird, kann anderen Gebieten zur Verfügung gestellt werden.

Unsere örtliche Industrie muß modernisiert werden.

Es ist an der Zeit, sie auf eine höhere technische Stufe zu stellen. Ihre Betriebe sollten die technische Ausstattung verbessern, das technische und fachliche Niveau der Arbeiter erhöhen und auf diesem Wege bei solchen Gebrauchsartikeln wie Kühlschränken, Waschmaschinen, Fahrrädern und Ventilatoren usw. die Serienfabrikation gewährleisten.

Die genannten Betriebe sind dazu durchaus in der Lage, wenn ihnen Kleinmotoren und Feinbleche bereitstehen. Sie sind ausreichend damit zu versorgen, indem man die im Bau befindliche Kleinmotorenfabrik schnell fertigstellt und die Feinblecherzeugung erweitert. Auf diese Weise sollten die örtlichen Industriebetriebe die Massenproduktion bei den erwähnten Artikeln sichern und so dazu beitragen, das Lebensniveau des Volkes weiter zu verbessern.

Des weiteren gilt es, das Netz der Dienstleistungseinrichtungen zu verdichten.

Von ihnen gibt es bei uns noch nicht genug. Das betrifft u. a. die

Reparaturwerkstätten für Nähmaschinen, Radios und Fernsehgeräte. Selbst die bestehenden Werkstätten werden nicht intensiv von den Bürgern genutzt, da sie nur unbefriedigend mit den erforderlichen Ersatzteilen beliefert werden. Künftig ist es unerlässlich, weitere Werkstätten für solche und für Fahrradreparaturen zu eröffnen, sie ausreichend mit Ersatzteilen zu versorgen, viele andere Dienstleistungseinrichtungen besser auszustatten und auf diesem Weg das Leben der Bevölkerung zu erleichtern.

Ferner ist die Kommunalwirtschaft zu verbessern.

Das ist für die Erleichterung des Lebens der Bürger von überaus großer Bedeutung. Daher müssen die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise der Kommunalwirtschaft große Aufmerksamkeit schenken.

Vor allem kommt es auf eine bessere Verwaltung der Städte an.

Man kann nicht sagen, daß es gegenwärtig gut damit bestellt ist. Das trifft sowohl für die Bezirks- wie auch für die Kreisstädte zu. Unlängst machte ich eine Rundfahrt durch Tsaan und mußte feststellen, daß diese Stadt sehr schmutzig ist, weil hier und da an den Wohnhäusern Kohlenhaufen und Kohlenasche herumlagen.

Bereits vor langer Zeit hatte ich angeordnet, die Wohnhäuser mit gelöcherten Briketts zu beliefern, sie erhalten aber immer noch die Kohlen so, wie sie abgebaut werden, weshalb die Stadt nicht sauber genug ist. Um sie attraktiv zu gestalten, müssen die Wohnhäuser anstatt mit unverarbeiteter Kohle mit gelöcherten Briketts versorgt werden.

Man darf nicht denken, um die Kommunalwirtschaft stünde es schon gut, wenn viele Häuser entstehen und die Straßen prächtig ausgestaltet werden. Die Städte sind zwar schön aufzubauen, aber zugleich auch sauberzuhalten und gut zu verwalten.

Zur attraktiven Ausgestaltung der Städte müssen den kommunalwirtschaftlichen Betrieben hinreichend Transportmittel zur Verfügung gestellt werden.

Manche Städte vermögen Asche und andere Abfälle nicht rechtzeitig abzutransportieren, weil gegenwärtig sämtliche für die Kommunalwirtschaft bestimmten Lastkraftwagen unüberlegt in den Kraftverkehrsbetrieben zusammengelegt worden sind und daher nicht

für die ursprünglichen Zwecke eingesetzt werden können.

Künftig hat man dafür zu sorgen, daß die kommunalwirtschaftlichen Betriebe die Fahrzeuge ungehindert nutzen können, indem in den Kraftverkehrsbetrieben gesonderte LKW-Kolonnen oder -Brigaden für sie organisiert werden. Die Kraftverkehrsbetriebe sind verpflichtet, diese nur für kommunalwirtschaftliche und keinerlei andere Arbeiten einzusetzen. Das ermöglicht eine bessere technische Wartung der LKW und eine vollständige Deckung des Transportbedarfs der Kommunalwirtschaft.

Sie hat u. a. die wichtige Aufgabe, für ein gutes Trinkwasserversorgungs- und Kanalisationsnetz zu sorgen.

In den Kreisstädten, Arbeitersiedlungen und anderen Städten sind viele Appartements entstanden; mancherorts sind sie jedoch nicht an die Trinkwasserversorgung und Kanalisation angeschlossen worden, was Schwierigkeiten für ihre Bewohner verursacht.

Der Kommunalwirtschaft obliegt es, diese Appartements mit Trink- und Abwasserleitungen zu versehen, den Bürgern Erleichterungen zu schaffen und die Städte kulturvoller und hygienischer zu verwalten. Künftig müssen die Wohnungen auf jeden Fall sofort an das Wasserversorgungs- und Entsorgungsnetz angeschlossen werden.

Die Wohngebäude sind rechtzeitig zu renovieren und in Ordnung zu halten.

Die Volksmachtorgane sollten dafür Sorge tragen, daß die Läden die dafür benötigten Materialien, darunter Papiertapeten, Glas und Zement, stets im Angebot haben. Dann werden die Bürger ihre Wohnungen auch immer sauberhalten.

Eine gute Kommunalwirtschaft nimmt entsprechende Ausgaben in Anspruch.

Es ist erforderlich, sowohl aus dem zentralen wie auch aus dem örtlichen Budget ausreichende Mittel dafür bereitzustellen. Außerdem ist es zu unterbinden, daß diese Mittel willkürlich und zweckentfremdet eingesetzt werden.

Des weiteren muß die Arbeit im Gesundheitswesen verbessert werden.

Dieses überaus wichtige Anliegen dient der Gesunderhaltung der

Bevölkerung. Die Mitarbeiter der örtlichen Machtorgane, allen voran die Vorsitzenden der Bezirksvolks- und Bezirksverwaltungs Komitees, die für das Leben der Bevölkerung verantwortlich sind, müssen dem Gesundheitswesen stets große Aufmerksamkeit schenken.

Vor allem sind die Kreis- und Gemeindekrankenhäuser besser auszustatten und richtig zu leiten.

Zur Zeit gibt es in jedem Kreis ein Krankenhaus, und die Gemeindekliniken wurden in Krankenhäuser verwandelt. Unter solchen Voraussetzungen kann die Gesundheit der Werktätigen zuverlässig geschützt werden, wenn diese medizinischen Einrichtungen die prophylaktische und therapeutische Arbeit verbessern. Die Mitarbeiter der örtlichen Machtorgane haben zu erreichen, daß die Kreis- und Gemeindekrankenhäuser weiter vervollkommen werden, daß sie ihre Arbeit intensivieren und die Gesundheit der Bevölkerung zuverlässig schützen.

Im Interesse einer besseren Prophylaxe und Therapie müssen in großer Menge traditionelle koreanische Medikamente hergestellt werden.

Die medizinischen Einrichtungen neigen dazu, lediglich von den Arzneien der pharmazeutischen Betriebe Gebrauch zu machen. Das ist jedoch zu unterbinden, denn auf diese Weise ist es nicht möglich, die Nachfrage nach Medikamenten zu befriedigen und die ärztlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung voll zu garantieren.

Die einzelnen Gebiete sind aufgerufen, große Mengen traditioneller Heilmittel – Arzneien der Koryo-Medizin – zu gewinnen und anzuwenden. Sie verfügen alle über dafür verwertbare wirksame pflanzliche und tierische Stoffe. Bei etwas Einsatzbereitschaft ist es also ohne weiteres möglich, solche Medikamente wie Phaedoksan und Taejunhapje zu produzieren. Wir werden den Bedarf an Arzneien decken können, sobald wir in den Kreisen Apotheken für traditionelle Koryo-Medizin einrichten, die die Heilmittel nach den Rezepten der Ärzte herstellen.

Mit diesen Medikamenten läßt sich ein sehr guter Gesundheitsschutz betreiben. Den Worten der Mediziner zufolge enthalten sie im Gegensatz zu den chemisch hergestellten Mitteln keine

gesundheitsschädigenden Stoffe und finden auch als Tonikum breite Verwendung. Außer Vitaminpräparaten gibt es unter den synthetisch erzeugten Arzneien kaum eines, das als Stärkungsmittel angewandt wird. Daher sollten wir niemals die traditionellen Heilmittel unterschätzen.

Die guten Traditionen ihrer Herstellung müssen wir künftig überall wiederbeleben und zu einer umfangreichen Produktion ausbauen. Zu diesem Zweck ist allerorts eine aktive Bewegung zum Anbau vieler Heilpflanzen und zum Sammeln wildwachsender Heilkräuter ins Leben zu rufen.

Auch die Akupunktur hat in der Therapeutik verbreitet Anwendung zu finden.

Manche Leute gehen bürokratisch vor und kontrollieren unnötigerweise diejenigen, die die Akupunktur vornehmen. Das ist zu unterlassen. Es handelt sich dabei ebenfalls um eine sehr wirksame Behandlungsmethode. Denjenigen, die sie beherrschen, müssen die nötigen Bedingungen für ihre Ausübung und zum Studium geschaffen werden. Auf diese Weise sind sie aktiv an der medizinischen Betreuungsarbeit zu beteiligen.

Daneben muß die Schröpfung in der Therapie eingesetzt werden.

Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane sollten ferner große Anstrengungen unternehmen, um die Bevölkerung reichlich mit Speiseöl zu versorgen.

Dank des Einsatzes der Arbeitsgruppen wurden die Getreideverarbeitungswerke und die Betriebe zur Herstellung von reisförmigem Maisgranulat im letzten Jahr zwar instand gesetzt, laufen aber immer noch nicht störungsfrei. Deshalb wird der Bevölkerung nicht genügend Speiseöl angeboten. Die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise sollten verantwortungsbewußt dafür sorgen, daß die genannten Betriebe noch in der ersten Hälfte dieses Jahres überholt werden, um Speiseöl kontinuierlich produzieren zu können.

Fabriken, die durch Extraktion Maisöl gewinnen, sind ebenfalls schnell in Betrieb zu nehmen. Das ist eine Voraussetzung für die Herstellung von Seifen und Anstrichmitteln und damit für die

befriedigende Lösung des Problems der Erhöhung des Lebensstandards des Volkes. Wie ich hörte, stockt die Ölproduktion wegen Mangels an Katalysatoren. Sie müssen folglich von dem zuständigen Bereich wie geplant bereitgestellt werden.

Es ist uns noch nicht gelungen, den Beschluß der im August 1977 stattgehabten erweiterten Sitzung des Politkomitees des ZK der Partei über die optimale Versorgung der Bevölkerung mit Speiseöl durch eine revolutionäre Umwälzung bei dessen Gewinnung mit aller Konsequenz in die Tat umzusetzen. Ich rufe Sie heute erneut dazu auf, die Getreideverarbeitungswerke und die Betriebe zur Herstellung von reisförmigem Maisgranulat noch in der ersten Hälfte dieses Jahres vollständig instand zu setzen und der Bevölkerung bedarfsgerecht Speiseöl zu liefern.

#### **4. BESSERE ANLEITUNG DES RECHTSVERHALTENS**

Eine wichtige Aufgabe für die Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees besteht auch in der Anleitung des Rechtsverhaltens.

Leider vermissen wir solche Aktivitäten gegenwärtig. Es gibt deshalb liberale Erscheinungen, die die Rechtsnormen verletzen, und es kommt vor, daß man unter Berufung auf eine bessere Einhaltung der Rechtsordnung die Bürger bedenkenlos bestraft.

Bei ihrer Anleitung ist es vor allem wichtig, die propagandistische und Erziehungsarbeit zu aktivieren, damit alle die rechtlichen Normen und Bestimmungen gut kennen und bewußt einhalten.

Ein intensiveres Rechtsverhalten zielt darauf ab, daß die Menschen die Gesetze befolgen und nicht gegen sie verstoßen. Das setzt voraus, daß sie sich gründlich mit ihnen vertraut machen. Anderenfalls können sie sich nicht entsprechend verhalten.

Die Rekruten der Volksarmee werden zuallererst in den Innendienst- und anderen militärischen Vorschriften unterwiesen. Ebenso müssen die Werktätigen in den Betrieben zwecks gewissenhafter Einhaltung der

Normen des Arbeitslebens u. a. mit den Arbeitsschutz-, technischen und Bedienungsvorschriften bekannt gemacht werden, und alle Mitglieder der Gesellschaft müssen die verschiedenen rechtlichen Normen und Bestimmungen kennen, um sie strikt befolgen zu können. Nur dann werden sie die Gesetze nicht verletzen und sie streng einhalten.

Zwar haben auch die Partei- und die Massenorganisationen die Gesetze zu erläutern, aber in erster Linie ist das die Aufgabe der Volksmachtorgane. Ihre Mitarbeiter dürfen deshalb nicht denken, diese propagandistische Arbeit ginge sie nichts an und sie brauchten nur die Durchführung der Gesetze zu organisieren und zu überwachen. Die Mitarbeiter der Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise sollten sich intensiver als alle anderen damit befassen, die gesetzlichen Normen und Bestimmungen zu popularisieren. So ist zu erreichen, daß alle Werktätigen über die Gesetze gut informiert sind und sie aus eigenem Antrieb befolgen.

Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane dürfen niemals unbegründete Strafen verhängen.

Es kann vorkommen, daß ein Bürger die Gesetze übertritt, was kompromißlos bekämpft werden muß. Das heißt aber nicht, daß jemand ohne jeden Grund den Justizorganen überantwortet oder mit einer Strafe belegt wird. Die Bestrafung an sich ist nicht das eigentliche Ziel. Sie ist nur ein Mittel zur Erziehung der Menschen, damit sie nicht wiederholt die Gesetze verletzen, liebevoll mit dem staatlichen und gesellschaftlichen Vermögen umgehen, mit Liebe zur Arbeit sie aufrichtigen Herzens verrichten und die sozialistische Ordnung verfechten. Daher ist es unerläßlich, bei Gesetzesverstößen die Betroffenen nicht wahllos zu bestrafen, sondern sie je nach Notwendigkeit durch Kritik oder administrative bzw. rechtliche Maßnahmen eines Besseren zu belehren. Nur dann ist es möglich, noch mehr Menschen zu erziehen, umzuformen und für die Revolution zu gewinnen sowie zu erreichen, daß sie für das Vaterland und das Volk besser arbeiten.

Bei der besagten Leitungstätigkeit ist es wichtig, die von den Bürgern eingereichten Beschwerden richtig zu behandeln.

Das ist für die Bekämpfung aller Arten von Autoritätsmißbrauch,

darunter Bürokratismus und Militärkastentum, von großer Bedeutung. Man kann nicht behaupten, daß die Mitarbeiter der Staatsorgane die Gesetze vorbildlich einhalten, nur weil sie dort tätig sind. Es kann vorkommen, daß besonders die Mitarbeiter der Machtorgane, wie z. B. der Volkskomitees, der Organe für öffentliche Sicherheit, der Justizorgane und der Staatsanwaltschaften, die Macht mißbrauchen, die Gesetze übertreten und bürokratisch handeln. Um diese Erscheinungen beizeiten aufdecken und sich mit ihnen intensiv ideologisch auseinandersetzen zu können, muß man die Beschwerden der Bürger unbedingt sofort entgegennehmen und gerecht bearbeiten.

Es geschieht aber gegenwärtig nicht selten, daß die Mitarbeiter der Volksmachtorgane nicht so mit ihnen verfahren.

Sie dürfen niemals aus dem Stegreif behandelt werden, sondern man muß ihnen in jedem Falle gründlich und mit der gebotenen Sorgfalt nachgehen. Denn es kann neben berechtigten auch ungerechtfertigte Eingaben geben, und es könnte unschuldigen Bürgern Schaden entstehen, falls man die Beschwerden oberflächlich bearbeitet, ohne sich über die reale Sachlage ein klares Bild verschafft zu haben.

Die Vorsitzenden der Volkskomitees sind verpflichtet, je nach dem Inhalt und Charakter der eingereichten Beschwerden entweder selbst Erkundigungen anzustellen bzw. die zuständigen Parteiorganisationen, das Organ für öffentliche Sicherheit oder eine andere Institution damit zu beauftragen.

Bei der Klärung einer Eingabe darf man nicht einseitig nur dem, der sie eingereicht hat, oder dem, gegen den sie gerichtet ist, Gehör schenken, sondern man muß sich einen objektiven Standpunkt verschaffen, indem man sich sowohl mit diesen beiden Parteien als auch mit Zeugen unterhält. Nur dann kann man den wahren Sachverhalt genau ergründen und das Problem gerecht klären.

Die Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisvolkskomitees sollten die Beschwerden der Bevölkerung verantwortungsbewußt und genau behandeln, auf diesem Wege den Mißbrauch von Macht und das bürokratische Vorgehen mit aller Konsequenz verhindern und die Rechtsordnung unserer Gesellschaft weiter verstärken.

## **5. DIE VERBESSERUNG DER HILFE FÜR DIE STADT PYONGYANG**

Pyongyang ist die Hauptstadt unseres Landes und eine internationale Stadt, die von vielen Ausländern besucht wird. Im vorigen Jahr weilten bei uns Staats- und Regierungschefs aus 9 Staaten, und im laufenden Jahr erwarten wir noch bedeutend mehr Staatsoberhäupter. Pyongyang wird aber auch von vielen anderen Delegationen z. B. aus dem Bereich der Wirtschaft und Bildung aufgesucht.

Man kann sagen, daß Pyongyang das Antlitz unseres Landes ist. So wie man einen Menschen nach seinem Aussehen beurteilt, schätzen die ausländischen Gäste die Entwicklung Koreas nach ihrem Eindruck von dieser Stadt ein. Deshalb müssen wir Pyongyang schön ausgestalten, was einer Verschönerung des Antlitzes unseres Landes gleichkommt.

Dieses Vorhaben muß vom ganzen Land unterstützt werden.

Alle Bezirke sind dazu aufgefordert, Pyongyang einen bestimmten Teil der von ihnen erzeugten Waren des täglichen Bedarfs zu liefern. Das ist nicht nur eine Unterstützung für Pyongyang, sondern stimuliert auch die Entwicklung der örtlichen Industrie, weil dadurch das Bezirksniveau dieses Bereiches von den Einwohnern Pyongyangs eingeschätzt wird.

Die Vorsitzenden der Bezirksvolkskomitees und -verwaltungskomitees haben sich dafür einzusetzen, daß Pyongyang im laufenden Jahr termingerecht mit den vorgesehenen Waren des täglichen Bedarfs versorgt wird. Die Hauptstadt ist nur mit kleineren Konsumgütern und anderen Grundbedarfsartikeln zu beliefern, nicht aber mit Feinbackwaren, Eiern und Fleisch. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist ab Mai in Angriff zu nehmen.

Die Versorgung der Hauptstadt mit Waren des täglichen Bedarfs, die in der örtlichen Industrie produziert werden, setzt voraus, daß die örtlichen Volksmachtorgane durch eine bessere organisatorische Arbeit für eine entsprechende Produktionssteigerung sorgen. Nur dann ist es

möglich, sowohl Pyongyang zu helfen als auch den Bedarf im eigenen Gebiet zu decken.

Die Erzeugnisse aus den zentralgeleiteten Industriebetrieben sind ebenfalls zuallererst an Pyongyang zu liefern.

Die Zahnpaste beispielsweise, die in der Kosmetikfabrik Sinuiju, einem zentralgeleiteten Industriebetrieb, hergestellt wird, ist zuerst Pyongyang in der erforderlichen Menge zur Verfügung zu stellen, der übrige Teil kann an die anderen Bezirke verteilt werden. Deshalb dürfen sich die Bezirke bei dieser und bei anderen Waren des täglichen Bedarfs nicht auf die zentrale Industrie verlassen, sondern müssen Maßnahmen treffen, um sich aus eigener Produktion damit zu versorgen. Die einzelnen Gebiete können ohne weiteres Zahnpaste u. ä. produzieren, wenn ihnen Tuben bereitstehen. Man sollte überall Schritte einleiten, um einen entsprechenden Betrieb zu errichten und mit eigener Kraft Zahnpaste herzustellen.

Die Bezirke dürfen auch nicht bei anderen Waren des täglichen Bedarfs danach trachten, sie aus den zentralgeleiteten Industriebetrieben zu beziehen, sondern müssen sich darüber Gedanken machen, wie man sie selbst erzeugen und sein Leben mit eigener Kraft gestalten kann.

Ich hoffe, daß Sie sich aktiv für die Verwirklichung des vor wenigen Tagen auf der Tagung der Obersten Volksversammlung angenommenen sozialistischen Arbeitsgesetzes und der auf der heutigen Zusammenkunft gestellten Aufgaben einsetzen und insbesondere im Ringen um die Weiterentwicklung der örtlichen Industrie und die Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes Neuerungen vollbringen werden.

## **GESPRÄCH MIT EINER DELEGATION DER SOZIALISTISCHEN PARTEI JAPANS**

*13. Mai 1978*

Ich bedanke mich für Ihren erneuten Besuch in unserem Land, Herr Vorsitzender Asukada, und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Manche Mitglieder Ihrer Parteidelegation treffe ich zum ersten Mal, einigen hingegen bin ich bereits begegnet. Das Wiedersehen mit Ihnen, Herr Vorsitzender, bereitet mir eine ebensolche Freude, als käme ich mit einem alten Freund zusammen.

Sie besuchen unser Land kurz nach Ihrem erfolgreichen Parteitag, auf dem Sie wieder zum Vorsitzenden gewählt worden sind. Das ist ein Ausdruck Ihres großen Vertrauens gegenüber unserer Partei und unserem Volk und zeigt, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien überaus eng sind.

Ich glaube, Herr Vorsitzender, daß der Aufenthalt Ihrer Delegation in der DVRK bedeutend dazu beitragen wird, die Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien und den Völkern beider Länder zu vertiefen. Ich heiße Sie alle in unserem Land noch einmal herzlich willkommen.

Es erfüllt mich mit großer Freude, daß wir von der Sozialistischen Partei Japans und von Ihnen persönlich tatkräftig unterstützt werden und daß bei den derzeitigen Verhandlungen die Abordnungen unserer beiden Parteien in einer Reihe von Problemen Meinungsübereinstimmung erreicht und die Fortführung des gemeinsamen Kampfes bekräftigt haben.

Von dem Augenblick an, da wir darüber informiert wurden, daß Sie unser Land zu besuchen beabsichtigten, waren wir von dem positiven

Ausgang der Verhandlungen überzeugt. Denn unsere beiden Parteien unterhalten seit langem enge Beziehungen. Sie unterstützen einander, lernen voneinander, arbeiten eng zusammen und erfreuen sich traditioneller freundschaftlicher Verbundenheit.

Wir halten es für eine sehr richtige Orientierung, daß Sie, Herr Vorsitzender, auf dem Parteitag der SPJ erklärt haben. Sie würden sich darum bemühen, daß Japan von der Kontrolle durch die USA befreit wird und daß das japanische Volk den Weg der Souveränität beschreitet und die Souveränität durchsetzt.

Der Kampf für die Souveränität ist eine Haupttendenz der Gegenwart. Es wird sowohl von dem Volk Japans als auch von allen anderen Ländern gefordert. Niemand will sich anderen unterwerfen und unter fremder Herrschaft leben. Nach meinem Dafürhalten ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Völker unserer beiden Länder die Souveränität anstreben.

Wer tritt es aber im Fall unserer Länder zur Zeit mit Füßen?

Das sind die US-Imperialisten, die u. a. die Vereinigung Koreas behindern. Korea und Japan sind gleichermaßen ihrer Aggression und ihrem Druck ausgesetzt. Die japanische Regierung gibt sich den Anschein von Eigenständigkeit, verfolgt in Wirklichkeit aber eine USA-hörige Politik und steht in vieler Hinsicht unter dem Zwang der USA.

Davon zeugt klar und deutlich ihre Einstellung zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Eine solche wird gegenwärtig von den Ländern der dritten Welt gefordert. Selbst wenn sie entsprechend der Vorstellung dieser Staaten zustande käme, wäre Japan durchaus noch in der Lage, seine Wirtschaftsfragen ohne große Probleme zu lösen. Trotzdem klammert es sich an die USA-hörige Politik und tritt gegen das von den Ländern der dritten Welt angestrebte neue Weltwirtschaftssystem auf.

Die politische Abhängigkeit der japanischen Regierung von den USA erkennt man auch an ihrer Haltung gegenüber dem südkoreanischen Regime.

Die USA-hörige japanische Regierung behauptet, das südkoreanische Regime sei keine Marionettenregierung. Dies wird ihr aber niemand glauben, auch wenn sie es noch so hartnäckig behauptet, weil

die Weltöffentlichkeit Bescheid weiß. Diese Tatsache ist nicht zu verbergen. Die nichtpaktgebundenen Länder nehmen deshalb die südkoreanischen Marionetten nicht als Mitglied dieser Bewegung auf, weil sie den Charakter dieses Regimes, das in Südkorea Militärstützpunkte der US-Imperialisten zuläßt, kennen.

Der hartnäckige Versuch der japanischen Regierung, das südkoreanische Regime nicht als Marionettenregierung hinzustellen, erregt öffentliches Ärgernis, hängt aber mit dem Druck der US-Imperialisten zusammen.

Wir haben die Hoffnung, daß sich Japan davon befreien und einen selbständigen Weg beschreiten wird. Zweifellos ist das Ihre aktuelle Kampfaufgabe und ein gemeinsamer Wunsch des koreanischen und des japanischen Volkes, weil die Schicksale beider Völker miteinander verbunden sind.

Wenn sich Japan der US-amerikanischen Kontrolle entzöge, einen souveränen Kurs einschläge und gute Beziehungen zu den Ländern der dritten Welt und den Entwicklungsländern unterhalte, indem es ihnen wirtschaftlich-technisch hilft und dafür benötigte Rohstoffe erhält, würde es meiner Meinung nach nicht nur einen großen Beitrag für die Entwicklung der verschiedenen Länder der Welt, sondern auch für sein eigenes Vorankommen leisten. Japan, ein Inselland, ist größtenteils auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen. Deshalb gibt es für Ihr Land nur einen Weg, nämlich sich mit den Völkern der dritten Welt zusammenzuschließen, ihnen mit seiner entwickelten Wirtschaft und Technik zu helfen und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, die den Interessen aller entspricht. Wenn sich Japan darauf orientiert, kann es meines Erachtens noch besser vorankommen.

Als wirtschaftlich entwickeltes Land kann es durchaus aus eigener Kraft und ohne die Bevormundung der USA auskommen. Aber gegenwärtig erliegen manche japanischen Reaktionäre dem Irrtum, das nicht zu glauben. Weil Japan den USA blindlings folgt, halten es die Völker der Welt für jemanden, der einen rüdigigen Hund auf seinem Rücken trägt, und distanzieren sich von ihm. Wenn es die Beziehungen zu einem rüdigigen Geschöpf wie den USA aufgeben würde, könnte Ihr Land mit noch mehr Ländern gute Verbindungen anknüpfen. Aber weil

es das nicht tut, ernten die Japaner überall in der Welt Haß.

Ich glaube, daß die Länder der dritten Welt Japan unterstützen und es begrüßen würden, wenn es eigenständig handelte.

Auf dem Parteitag der SPJ haben Sie erklärt, daß Sie sich dafür einsetzen werden, daß das japanische Volk die Souveränität durchsetzt und den Zusammenschluß mit den Völkern der Erde verstärkt sowie freundschaftliche Beziehungen mit den Ländern der dritten Welt entwickelt. Das wird meiner Meinung nach sehr von Vorteil sein.

Gegenwärtig konzentrieren viele asiatische Staaten ihre Kraft auf den Wirtschaftsaufbau. In letzter Zeit traf ich mit einigen Staatsoberhäuptern und Delegationen aus Südostasien zusammen. Sie vertraten alle den Standpunkt, daß für die Festigung der Unabhängigkeit ihrer Länder eine selbständige nationale Wirtschaft aufgebaut werden müsse.

Dieses Ziel verfolgt man trotz rückständiger Technik sowohl in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten als auch in Südostasien. Wenn Japan freundschaftliche Beziehungen mit ihnen aufnimmt und ihnen wirtschaftlich-technisch hilft, kann das meiner Ansicht nach von beiderseitigem Nutzen sein.

Das japanische Volk wurde durch Sie in starkem Maße wachgerüttelt. Sein Erwachen ist aber eine Frage der Zeit.

Die Etablierung von „zwei Korea“ ist gegenwärtig die Hauptstrategie der USA in ihrer Koreapolitik. Deshalb zeigen sie sich uns gegenüber jetzt anscheinend entgegenkommend. Im vergangenen Jahr haben sie z. B. davon geschwätzt, unter anderem die Beschränkungen für Reisen in die DVRK für null und nichtig zu erklären und tun so, als würden sie uns damit eine Gunst erweisen. In Wirklichkeit wollen sie aber lediglich „zwei Korea“ etablieren.

US-Präsident Carter sagte einmal, die Menschenrechte dürften nicht verletzt werden, und verunglimpfte und verleumdete in diesem Zusammenhang manche lateinamerikanischen und sozialistischen Länder. Es gibt aber nirgendwo eine „Macht“, die die Menschenrechte so grausam mit Füßen tritt wie die südkoreanische Marionettenclique. Meiner Meinung nach werden die Menschenrechte in Südkorea aufs brutalste mißachtet.

Die dortigen Marionetten nehmen die Bürger fest und inhaftieren sie oder verurteilen sie zum Tode, wenn sie die „friedliche Vereinigung“ auch nur mit einem Wort erwähnen. Sie stempeln sogar Christen als Kommunisten ab, verhaften sie und werfen sie ins Gefängnis, wenn sie sich gegen das Park-Regime äußern.

Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie erklärt haben, die Völker Koreas und Japans sollten gemeinsam für die Demokratisierung der Gesellschaft in Südkorea kämpfen. Das entspricht den Interessen der Bevölkerung unserer beiden Länder.

Die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft ist kein einfaches Problem. Wegen äußerst starker Repressalien ist eine ungehinderte Berichterstattung ausgeschlossen. Infolgedessen ist die südkoreanische Bevölkerung auch nicht genau über den Kampf der Christen gegen das Park-Regime informiert.

Deshalb hoffen wir, daß die SPJ auch künftig die Stimme für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft erhebt, damit das japanische Volk beim Wachrütteln der südkoreanischen Bevölkerung mithilft. Das wird dazu führen, daß die Menschen Südkoreas noch stärker aufgerüttelt werden und sich tatkräftig für die Erneuerung ihrer Gesellschaft einsetzen, denn sie hören und lesen oft japanische Rundfunksendungen bzw. Zeitungen.

Die Annullierung des „Vertrages zwischen Südkorea und Japan“ bedarf allerdings eines langwierigen Kampfes. Trotzdem müssen wir unter dem Banner der Gerechtigkeit weiter voranschreiten.

Wenn die südkoreanische Gesellschaft demokratisiert worden ist, kann die Entspannung in Korea herbeigeführt und können die US-Truppen aus Südkorea abgezogen werden. Die Besetzung Südkoreas durch die US-Truppen wird nur von einer Handvoll reaktionärer Beamter gewünscht, die südkoreanische Bevölkerung ist dagegen.

Die Demokratisierung Südkoreas würde die Vereinigung unseres Landes ermöglichen. Wir wollen Südkorea unsere sozialistische Ordnung niemals aufzwingen, aber die dortigen Machthaber brauchen auch nicht gegen unser Gesellschaftssystem aufzutreten. Wenn der Süden des Landes demokratisiert wird, können wir unsere beiden Ordnungen beibehalten und die Vereinigung Koreas durch die Bildung

einer Konföderation verwirklichen. Daher ist es für uns überaus wichtig, daß Sie den Kampf der Bevölkerung Südkoreas für die Demokratisierung aktiv unterstützen.

Trotz unserer wiederholten Erklärungen, daß wir keinen „Überfall auf den Süden“ planen, sorgen sich die US-Imperialisten z. Z. um zwei Fragen.

Eine davon ist, daß die südkoreanische Bevölkerung, wenn sie von der Park-Chung-Hee-Marionettenclique weiterhin derart unterdrückt wird, sich zu einem Aufstand erheben oder eine Revolution führen könnte und daß wir bei dieser Gelegenheit unverzüglich in Südkorea eindringen könnten.

Die andere besteht darin, daß sie Park Chung Hee zwar gern entmachten möchten, aber wiederum befürchten, daß wir das dadurch entstehende zeitweilige Chaos zum sofortigen Angriff nutzen könnten.

Sie können das Park-Regime also weder an der Macht belassen noch sofort ablösen. Mit einem Wort, sie sind in Südkorea in großer Verlegenheit und wissen deshalb weder aus noch ein.

Um einen Ausweg zu finden, führen sie militärische Manöver durch. Sie setzen sogar ihre auf Okinawa stationierten strategischen Bomber „B-52“ ein, um in Südkorea den Bombenabwurf zu trainieren. Obwohl sich auch in der Umgebung von Okinawa viele Übungsplätze der US-Luftwaffe befinden, haben sie in diesem Jahr schon mehrere Male solche Fliegerkräfte zu Übungen nach Südkorea geholt.

Ihre Begründung, die Piloten müßten das Einhalten von Fluglinien lernen, ist nichts weiter als eine Ausrede, denn die modernen Flugzeuge sind mit Autopilot-Systemen ausgerüstet.

Mit dem Militärmanöver in Südkorea beabsichtigen die US-Imperialisten, dem koreanischen Volk im Norden und Süden und dem japanischen Volk Angst einzujagen. Also sie wollen damit unsere beiden Länder unter Druck setzen und bedrohen.

Gegen diese Manöver müssen nicht nur wir, sondern auch Sie kämpfen. Wir dürfen diese Übungen niemals dulden, denn sie verletzen die Souveränität eines Landes.

Sie, Herr Vorsitzender, betrachten den Abzug der US-Truppen von Okinawa und aus Südkorea als ein und dieselbe Angelegenheit und

wollen sich für dessen Verwirklichung einsetzen. Ich finde, daß Sie das Problem umfassend erkannt haben und eine sehr gerechtfertigte Meinung vertreten. Ich stimme Ihnen darin voll und ganz zu.

Ungeachtet dessen, ob die US-Truppen von Okinawa und aus Südkorea abziehen oder nicht, müssen wir das Kampfziel der Völker unserer beiden Länder klar abstecken. Das ist bei der Verbindung des Kampfes beider Völker und bei der Stärkung der Freundschaft und Verbundenheit zwischen ihnen von überaus großer Bedeutung.

Ich unterstütze aktiv Ihre Ansicht, daß unsere beiden Parteien künftig Schulter an Schulter gegen die Bedrohung des koreanischen und japanischen Volkes durch die US-Imperialisten sowie gegen ihre Manöver zur Behinderung der selbständigen Vereinigung Koreas und zur Beeinträchtigung der Souveränität des japanischen Volkes kämpfen müssen.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir eine Nachricht über die gelungene Vorstellung des Pyongyanger Schülerensembles in Japan übermittelt haben.

Sein Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß es von der SPJ, vielen demokratisch gesinnten Persönlichkeiten und verschiedenen Organisationen in Japan, die sich um die Freundschaft und Geschlossenheit beider Länder bemühen, aktiv unterstützt wurde. Dafür möchte ich der SPJ, den verschiedenen demokratisch gesinnten Persönlichkeiten und uns freundschaftlich gegenüberstehenden Organisationen Japans meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

## **GESPRÄCH MIT DEM EHEMALIGEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER REPUBLIK PERU**

*24. Mai 1978*

Ich möchte Ihnen meinen Dank dafür aussprechen, daß Sie den weiten Weg nicht gescheut haben, um unserem Land einen Besuch abzustatten.

Wir betrachten dies als einen Ausdruck festen Vertrauens und der Zuneigung uns gegenüber. Würden Sie uns nicht vertrauen, wären Sie sicher nicht über den Ozean hinweg in unser weit entferntes Land gekommen, noch dazu mit Ihrer Familie.

Ihr Besuch wird einen großen Beitrag zur Festigung der Freundschaft und Verbundenheit zwischen dem koreanischen und dem peruanischen Volk leisten.

Die hohe Anerkennung, die Sie mir, unserem Volk und unserem Land gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, ist für mich Ehre und Verpflichtung zugleich. Ihre geschätzten Worte sind ein großer Ansporn für unser Volk in seinem Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Vereinigung des Vaterlandes.

Meinen Dank sagen möchte ich für die von Ihnen übermittelten Grüße Seiner Exzellenz, des Präsidenten Ihres Landes. Ich bitte Sie, nach Ihrer Rückkehr auch ihm meine Grüße auszurichten.

Eigentlich hätte ich Sie schon etwas früher empfangen sollen, was jedoch aufgrund einer Reihe von Staatsbesuchen nicht möglich war. Von April dieses Jahres bis jetzt sind die Staatsoberhäupter von sechs Ländern bei uns gewesen; gestern erst hat der rumänische Präsident

seinen Aufenthalt hier beendet und ist wieder abgereist. Morgen erwarten wir den Präsidenten der Volksrepublik Kongo.

In Lateinamerika ist die Zahl der Länder, die mit uns diplomatische Beziehungen haben, nicht sehr groß. Gegenwärtig betrifft das nur Kuba, Guyana und einige andere Staaten.

Wir wünschen uns, in dieser Region viele Freunde zu besitzen. Ich möchte mich von ganzem Herzen dafür bedanken, daß Sie uns mit tiefer Bewunderung für unser Land in vielerlei Hinsicht Unterstützung zuteil werden lassen. Es erfüllt mich mit großer Freude, in Peru einen solch hervorragenden Politiker wie Sie als Freund gewonnen zu haben. Ein Freund ist nichts von vornherein Bestimmtes. Man wird es erst im Prozeß des gegenseitigen Kennenlernens. Ich denke, daß wir durch häufigere Begegnungen unser Verständnis vertiefen und somit unser freundschaftliches Verhältnis noch enger gestalten werden.

Wir schätzen die souveräne Politik, die die Regierung Perus verfolgt, hoch ein und hoffen, daß das peruanische Volk auch in Zukunft die Souveränität verteidigen wird.

Das gegenwärtige Zeitalter ist ein Zeitalter der Souveränität. In der Gegenwart fordern es viele Völker der Erde und beschreiten den Weg der Souveränität.

Die Souveränität ist das Leben eines Landes und einer Nation. Ein Land, das dieses Prinzip nicht vertritt, kann man nicht als völlig souveränen, selbständigen Staat bezeichnen, selbst wenn es die nationale Unabhängigkeit erkämpft hat. Daher ist es für das Land und die Nation äußerst wichtig, sich an die Souveränität zu halten,

Das erfordert den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus. Die Imperialisten verstärken ihre aggressiven Machenschaften gegenüber jenen Ländern, die eine souveräne Entwicklung einschlagen.

Um die Souveränität zu verteidigen, kämpft unser Volk gegen den Imperialismus und gegen jegliche Einmischung durch äußere Kräfte.

Sie haben die DVRK ein entwickeltes Land genannt. Ich glaube, daß diese Bezeichnung noch nicht zutrifft. Die DVRK ist ein Entwicklungsland. Wenn der zweite Siebenjahrplan verwirklicht worden ist, werden wir annähernd das Niveau der entwickelten Länder erreicht haben.

Die Aussichten für die Realisierung dieses neuen Perspektivplanes sind sehr gut. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft, ihre Modernisierung und Umgestaltung nach neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft zu beschleunigen und dadurch die ökonomische Basis des Sozialismus weiter zu festigen sowie das Lebensniveau des Volkes auf eine höhere Stufe zu heben.

Die Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft bedeutet, eine auf eigene Rohstoffe und Technik gestützte, den Gegebenheiten des eigenen Landes entsprechende Wirtschaft aufzubauen und zu entwickeln.

Auf der Grundlage der bereits geschaffenen stabilen selbständigen nationalen Wirtschaft wollen wir künftig die Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft noch umfassender verwirklichen. Erst dann kann man eine souveräne Existenz führen, ohne von anderen Ländern beherrscht zu werden.

Der Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft ist von großer Bedeutung. Sie entscheidet darüber, ob die politische Unabhängigkeit verteidigt werden kann oder nicht. Die Ökonomie stellt die Stütze der Politik dar. Ohne das Rückgrat einer selbständigen nationalen Wirtschaft ist die Bewahrung der politischen Unabhängigkeit eines Landes unmöglich. Das ist eine Wahrheit, die durch das Leben bewiesen worden ist. Daher muß sich jedes Land zur Verteidigung seiner politischen Souveränität unbedingt eine selbständige nationale Wirtschaft schaffen.

Dabei kommt es darauf an, eine auf eigene Roh- und Brennstoffe basierende Industrie aufzubauen und zu entwickeln.

Bei jedem Werk, das in der Vergangenheit errichtet wurde, haben wir dieses Prinzip beachtet. Auch das Vinalonwerk, das Sie in Hamhung besichtigt haben, stützt sich auf Rohstoffe und Technik unseres Landes. Dort produziert man aus Anthrazit und Kalkstein, wovon es bei uns reiche Vorkommen gibt, mit eigener Technik Vinalon. Diese Faser ist der sicherste Ausgangsstoff für unsere Textilindustrie. Aus ihr stellen wir die Bekleidung für unsere Bevölkerung her. Die Vinalonindustrie ist ein eigenständiger Industriezweig unseres Landes.

Früher hatten einige Wissenschaftler unseres Landes vorgeschlagen, ein Kraftwerk auf Erdölbasis zu errichten. Natürlich erfordert der Bau eines solchen Kraftwerkes weniger Investitionen als z. B. die Errichtung eines Wasserkraftwerkes und ist auch in kürzerer Zeit zu bewerkstelligen. Trotzdem wollte ich mich damals ihrer Meinung nicht anschließen, da unser Land noch kein Erdöl produziert. Unter diesen Umständen ist es günstiger, Wärmekraftwerke auf der Basis von Kohle zu errichten, von der wir über reiche Vorkommen verfügen. Was nützt einem ein Erdölkraftwerk, wenn es einmal zu Schwierigkeiten beim Import des Brennstoffes kommt? Deshalb bestand ich damals darauf, ein auf einheimischen Brennstoffen basierendes Wärmekraftwerk zu bauen, auch wenn es etwas mehr Zeit und Kosten beanspruchen sollte.

Obwohl die weltweite Brennstoffkrise gegenwärtig in vielen Ländern zur wirtschaftlichen Stagnation geführt hat, nimmt unsere Wirtschaft davon unberührt eine sichere Entwicklung. Das ist ein Beweis für die Überlegenheit der eigenständigen Industrie unseres Landes. Die Koreaner müssen sich nun einmal auf ihr koreanisches Territorium stützen und dürfen nicht vom Boden anderer Länder leben wollen.

Der Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft bedeutet durchaus nicht, seine Tür zu verschließen und weder ökonomischen Austausch mit anderen Ländern zu betreiben noch deren fortgeschrittene Technik zu übernehmen. Wenn man eine solche Wirtschaft errichtet, eröffnen sich bessere Möglichkeiten sowohl für den ökonomisch-technischen Austausch als auch für die Entwicklung des Handels.

In unserem Land findet man umfangreiche Lagerstätten von Eisenerz. Wenn man es abbaut, daraus Stahl erzeugt und diesen absetzt bzw. daraus wiederum Maschinen herstellt und verkauft, so ist das nicht nur vorteilhafter, als das Erz unverarbeitet zu exportieren, sondern ermöglicht auch eine Erweiterung des Außenhandels.

Bei uns gibt es reiche Vorkommen an Anthrazit und Kalkstein, woraus sich hochwertiger Zement herstellen läßt. Gegenwärtig produzieren wir jährlich 8 Mio. t, wollen aber künftig über 12 Mio. t erreichen. Eine solche Menge würde den Eigenbedarf unseres Landes übersteigen. Deshalb wollen wir in Zukunft mit dem Zement, den wir

selbst nicht verbrauchen können, einen aktiven Außenhandel entwickeln. Vor allem wollen wir damit den gegenseitig ergänzenden Warenaustausch betreiben, wobei wir auf Unterstützung der Länder der dritten Welt orientieren. Diese haben zur Zeit einen hohen Bedarf an Zement, da sie umfangreiche Bauvorhaben realisieren.

Nicht nur in der Wirtschaft unseres Landes, sondern auch in der Politik, in der Kultur, im Militärwesen und auf allen anderen Gebieten vollzieht sich die Entwicklung gemäß den Forderungen des eigenen Denkens.

Wir bemühen uns, alle Menschen zu einer solchen Einstellung zu erziehen, daß sie der koreanischen Revolution dienen. Daher hat heutzutage die Juche-Ideologie einen festen Platz in den Köpfen unserer Menschen.

Auch auf dem Gebiet der Kultur und Kunst vertreten wir konsequent das eigene Denken.

Kultur und Kunst müssen dem eigenen Volk dienen. Unser Volk verlangt eine von sozialistischen Inhalten erfüllte Kultur und Kunst nationaler Prägung. Auch bei Opern oder Liedern gefallen unserer Bevölkerung die eigenen besser als die anderer Länder. Diese entsprechen nicht so richtig den Gedanken und Gefühlen unserer Menschen.

Bei jedem Lied, das unsere Künstler schaffen, achten sie darauf, daß es die Ziele und Bedürfnisse unseres Volkes widerspiegelt. In den Theatern Pyongyangs stehen derzeit Opern auf dem Spielplan, die dem Denken und Fühlen unseres Volkes gerecht werden. Es sind sozialistische Kunstwerke, bei denen die nationale Form mit sozialistischem Inhalt ausgefüllt ist.

Auch im Militärwesen muß man sich konsequent an das eigene Denken halten.

Da Sie selbst aus Armeekreisen stammen, wissen Sie bestens Bescheid, daß man auch auf diesem Gebiet eine eigene Strategie und Taktik braucht, die den Gegebenheiten des eigenen Landes entspricht. Mit einer fremden Kriegskunst, die diese Bedingung nicht erfüllt, kann man die eigene Landesverteidigung nicht umfassend gewährleisten. Natürlich ist es notwendig, die Kriegskunst anderer Länder zu

studieren. Das dient dazu, das eigene militärische Wissen zu erweitern sowie die Strategie und Taktik des eigenen Landes zu entwickeln.

Nehmen wir ein Beispiel.

In einem Land wird den Armeeingehörigen gelehrt, wie man einen Angriff mit Hunderten von Panzern in aufgelöster Ordnung vorträgt. Derartige Gefechtsmethoden sind dort anwendbar, wo Flachland vorherrscht. Da es aber bei uns solche weiten Ebenen für den gleichzeitigen Einsatz von mehreren hundert Panzern nicht gibt, ist es unmöglich, die Strategien und Taktiken dieses Landes einfach zu übernehmen.

Unser Land ist sehr gebirgig. Deshalb brauchen wir eine Kriegskunst, die die Ausnutzung der Berge gestattet. Wir lehren unsere Armeeingehörigen keine fremde Strategie und Taktik, sondern eine, die den Bedingungen unseres Landes entspricht.

Sie haben vom hohen Lebensniveau unseres Volkes gesprochen; bisher jedoch ist es noch nicht sehr hoch. Allerdings braucht sich unsere Bevölkerung um Nahrung, Kleidung und Unterkunft keine Sorgen zu machen. Mit ihrer Geburt erhalten die Kinder bei uns das Recht, mit Reis versorgt zu werden. Vom Tag ihrer Geburt an fallen sie unter die staatliche Lebensmittelzuteilung. Der Staat kauft den Reis für 60 Jon pro kg von den Genossenschaftsbauern auf und verteilt ihn für 8 Jon an die Arbeiter und Angestellten.

Unsere Menschen führen ein gesundes Leben.

Außer zu Feiertagen wird bei uns nicht viel Alkohol verkauft. Dafür ist der Bierumsatz höher.

In unserem Land sind alle Mitglieder der Gesellschaft in einer bestimmten Organisation erfaßt, so daß die Kinder in der Kinderorganisation, die Jugendlichen im Verband der Sozialistischen Jugend der Arbeit, die Gewerkschafter im Gewerkschaftsverband, die Frauen im Frauenbund, die Bauern im Verband der Werktätigen der Landwirtschaft und die Parteimitglieder in der Partei jeweils ihr Organisationsleben führen. Aufgrund dieser Organisiertheit aller Menschen sind z. B. herumlaufende Betrunkene oder ähnliche Erscheinungen nicht zu finden, und alle führen ein gesundes Leben.

In Japan leben 600 000 unserer Landsleute, von denen 100 000

bereits in den nördlichen Teil der Republik zurückgekehrt sind. Man sagt, daß die Frauen dieser Heimkehrer es sehr begrüßen, daß ihre Männer, die in Japan dem Alkohol und Glücksspielen verfallen waren, seit der Rückkehr ins Vaterland derlei Gewohnheiten abgelegt haben. Das zeigt, daß in unserem Land alle Menschen ein anständiges Leben führen.

Sie haben gesagt, daß Sie gern das Geheimnis unserer weisen Führung erfahren möchten. Das Wichtige bei einer Führung ist, unter die Menschen zu gehen und für sie zu arbeiten.

Ich bin immer unter dem Volke. Ich begeben mich zu den Massen, lerne von ihnen, und gleichzeitig lernen sie von mir.

Ich achte den Willen des Volkes. Wenn ich die Linie und die Politik der Partei festlege, höre ich mir vorher stets in umfassender Weise die Meinung der Leute an.

Bei Begegnungen mit Vertretern der Bevölkerung tragen diese alle ihre Probleme offen an mich heran, unter anderem solche Fragen, daß Funktionäre sich in ihrer Arbeit nicht an die Parteipolitik halten. Außerdem unterbreiten sie Vorschläge, wie was gemacht werden sollte.

Lassen Sie mich eine Begebenheit aus der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg erwähnen. Damals hatten die US-Imperialisten hochtönend behauptet, daß Korea selbst in 100 Jahren nicht in der Lage sein würde, wieder neu zu erstehen. Während des Krieges wurde Pyonyang völlig zerstört, nicht ein einziges Haus blieb unversehrt. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand begannen wir, auf einem Aschehaufen die Stadt wiederaufzubauen.

Zu dieser Zeit war ich Vorsitzender des Komitees zum Wiederaufbau der Stadt Pyonyang. Die Funktionäre aus dem Bauwesen wollten damals als Straßenbäume nur Platanen anpflanzen. Eines Tages, als ich eine Baustelle inspizierte, sagten dort ein paar alte Leute zu mir: „Werter General, Pyonyang wurde doch von alters her die ‚Weiden-Hauptstadt‘ genannt, warum pflanzt man eigentlich keine Weidenbäume?“ Nachdem ich das gehört hatte, sorgte ich dafür, daß in Pyonyang Weiden angepflanzt wurden.

Auch die einheimische Ackerbaumethode ist in einem Prozeß entstanden, in dem wir uns unter die Bauern begeben, mit ihnen über

die landwirtschaftlichen Arbeiten diskutiert und diese angeleitet haben.

In der gesamten Linie und Politik unserer Partei und der Regierung der Republik widerspiegelt sich der Wille des Volkes.

Ausländische Journalisten stellen mir manchmal die Frage, wann ich denn die Staatsangelegenheiten leite, wo ich mich doch ständig in der Industrie oder in der Landwirtschaft aufhalten würde. Darauf antworte ich ihnen, daß die Anleitung in den Industriebetrieben und auf dem Lande ja eben gerade die Leitung von Staatsangelegenheiten sei.

Was die Frage der Vereinigung unseres Landes betrifft, so wird sie derzeit von allen Völkern der Welt gewünscht. Korea muß unbedingt vereinigt werden. Unsere Nation zeichnet sich durch einen homogenen Charakter aus und besitzt seit tausenden von Jahren eine einheitliche Kultur und Sprache. Die gesamte Bevölkerung Nord- und Südkoreas sehnt sich nicht nach Teilung der Nation, sondern einzig und allein nach der Vereinigung des Vaterlandes. Lediglich eine extreme Minderheit südkoreanischer Reaktionäre stellt sich dagegen und strebt die Spaltung der Nation an.

Politisch gesehen trägt die Koreafrage einen anderen Charakter als die Deutschlandfrage.

Deutschland ist im Feuer des von ihm entfachten 2. Weltkrieges untergegangen und damit ein Verliererstaat. Die Nachbarländer Deutschlands wünschen nicht dessen Wiedervereinigung.

Im Gegensatz dazu hat unser Land keinen Aggressionskrieg vom Zaune gebrochen, durch den es zerschlagen worden ist, und von einem vereinigten Korea würde auch keine Bedrohung für die benachbarten Staaten ausgehen. Wir sind von solchen großen Ländern wie China, der Sowjetunion und Japan umgeben, für die selbst ein wiedervereinigtes Korea keine aggressive Gefahr darstellen würde. Die Völker und Staatsoberhäupter vieler Länder der Erde unterstützen aktiv den Kampf unseres Volkes für die Vereinigung des Vaterlandes. Mit der Unterstützung der Völker der Welt wird unser Volk die große Sache der Vereinigung des Vaterlandes unbedingt verwirklichen.

Sie haben mich gebeten, etwas über unseren bewaffneten antijapanischen Kampf zu sagen. Im Jahre 1932 gründeten wir die Antijapanische Volkspartisanenarmee und errangen durch einen etwa

15 Jahre dauernden bewaffneten Kampf gegen die japanischen imperialistischen Aggressoren die Befreiung des Landes. Noch ehe wir zu den Waffen griffen, führten wir bereits lange Zeit einen illegalen Kampf. Rechnet man diesen hinzu, so kommen wir auf etwa 20 Jahre harter Auseinandersetzung mit dem japanischen Aggressor. Während des bewaffneten antijapanischen Kampfes hatten wir nicht wenige Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden und mußten manches Leid ertragen. Vor allem im Winter war es aufgrund der Kälte überaus beschwerlich. Im Norden unseres Landes und im Nordosten Chinas schneit es im Winter sehr viel, und es herrscht starke Kälte.

Als wir den antijapanischen bewaffneten Kampf führten, gab es niemanden, der uns Hilfe leistete. In der Gegenwart werden die Länder, die im nationalen Befreiungskampf stehen, von anderen unterstützt, aber damals war die Situation eine andere als heute. Damals mußten wir uns sämtliche Dinge, vor allem Waffen, selbst beschaffen. Diese erbeuteten wir von den Japanern, um uns damit zu bewaffnen.

In dieser Zeit des antijapanischen bewaffneten Kampfes half die Bevölkerung tatkräftig den Soldaten der Koreanischen Revolutionären Volksarmee (KRVA). Wenn eine ihrer Einheiten in ein Dorf einrückte, dann teilten ihr die Bauern immer mit, welche Kuh ihnen und welche der „Volksgesellschaft“ gehörte. Die Kühe der Bauern rührten die Kämpfer der KRVA nicht an, sondern schlachteten stets zum gemeinsamen Verzehr mit den Bauern die Rinder der „Volksgesellschaft“, einer von den japanischen Imperialisten organisierten regierungshörigen Vereinigung. Wenn sich die KRVA wieder aus dem Dorf zurückgezogen hatte, gingen die Bauern zu den Japanern und teilten ihnen mit, daß am gestrigen Abend Einheiten der KRVA ins Dorf gekommen waren und Kühe geschlachtet hatten. Als sich die Japaner dann im Dorf umsahen, fragten sie die Bauern, wieso von deren Tieren nicht ein einziges angerührt war, sondern nur die der „Volksgesellschaft“ geschlachtet worden waren. Daraufhin erwiderten ihnen die Bauern, daß die Soldaten der KRVA genau gewußt hätten, welche Kuh der „Volksgesellschaft“ und welche den Bauern gehörte. So überlisteten sie die japanischen Imperialisten und leisteten der KRVA aktive Hilfe.

Die Bevölkerung schickte deren Einheiten auch große Mengen Lebensmittel. Damals versuchten die Japaner, die Soldaten der KRVA auszuhungern, und führten strenge Aufsicht, so daß ihnen keine Nahrungsmittel von der Bevölkerung zugesandt wurden. Diese aber umging auf verschiedene Weise die Bewachung durch die Feinde und sicherte so weiterhin die Verpflegung der KRVA-Einheiten. War die Kontrolle derart scharf, daß eine Übersendung der Lebensmittel unmöglich war, dann wurde ein Kartoffelacker nicht gehackt, sondern nur zum Schein das Kraut eingeholt und dann den Einheiten mitgeteilt, von welchem Feld sie Kartoffeln holen konnten. Manchmal pflückten die Bauern auch Maiskolben, versteckten sie unter Bäumen und benachrichtigten dann zwecks Abholung die Einheiten.

Auf diese Weise führte die KRVA gestützt auf die Bevölkerung und mit ihrer aktiven Beihilfe den Kampf gegen die japanischen imperialistischen Aggressoren.

Sie haben Pyongyang als eine der schönsten Städte der Welt bezeichnet, aber wir wollen unsere Hauptstadt noch schöner gestalten. Wir beabsichtigen, einen großen Studienpalast des Volkes zu bauen, der nicht nur mit einheimischen, sondern auch zahlreichen ausländischen Publikationen ausgestattet werden soll. Wenn der Bau dieser Einrichtung abgeschlossen ist, verfügt Pyongyang im Prinzip über alle notwendigen großen Gebäude. Dann wird die Stadt im Vergleich zu heute noch schöner sein.

In unserem Land gibt es viele landschaftlich reizvolle Gegenden, von denen an erster Stelle das Kumgang-Gebirge zu nennen ist.

Ich hoffe, daß Sie unserem Land erneut einen Besuch abstatten und dies mit etwas Erholung an einem dieser Orte verbinden werden.

# **ÜBER DIE LÜCKENLOSE VORBEREITUNG DER KOMMENDEN ACKERBAUSAISON**

**Rede auf der Beratung der Agrarfunktionäre**

*12. Juni 1978*

Die heutige Beratung sieht vor, den Stand der Auspflanzung der Reissetzlinge in diesem Jahr auszuwerten und die gründliche Vorbereitung der nächsten Ackerbausaison sowie das tatkräftige Anlegen von Terrassenfeldern zu erörtern.

Zunächst möchte ich eine Bilanz über die diesjährige Verpflanzung der Setzlinge ziehen und auf die lückenlose Vorbereitung der Feldarbeiten im nächsten Jahr eingehen.

Dieses Jahr haben sich unsere Ackerbaumethoden im allgemeinen im Gegensatz zu früher verändert. Die Einflüsse der polaren Kaltluftmassen zwangen uns dazu. Die Methode aus der Zeit, da es noch keinen solchen Einfluss gab, würde nur zu Mißernten und zum Hungern der Bevölkerung führen.

Seit 1973, also bereits das sechste Jahr, halten wir die Landwirtschaft unter Kontrolle und dringen Schritt für Schritt tiefer in sie ein, und dabei ist es uns gelungen, eine Reihe von Fragen zu lösen.

Im laufenden Jahr haben wir damit begonnen, uns mit dem Problem des Aussaattermins tiefgründig zu befassen. Die Überprüfung der Ursachen, warum in den letzten Jahren der Bezirk Nord-Hamgyong wiederholt unbefriedigende Ernten zu verzeichnen hatte, veranlaßte uns dazu, dieser Frage Aufmerksamkeit zu schenken.

Bei der Überprüfung des Ackerbaus jenes Bezirkes gelangte ich zu der Schlußfolgerung, daß die Hauptursache dafür eben in unexakter

Festlegung des Aussaattermins liegen müßte. Deshalb rief ich am 6. März dieses Jahres die Vorsitzenden der GLB, die Verantwortlichen Sekretäre der Kreispartei Komitees und die Vorsitzenden der Kreiskomitees zur Leitung der GLB des besagten Bezirkes zu mir nach Pyonyang und analysierte mit ihnen Kreis für Kreis die Termine der letzten Jahre – und zwar den der Reisaussaat auf Frühbeeten, der Umpflanzung der Reissetzlinge, der Maisaussaat auf Frühbeeten und der Verpflanzung der in Nährtöpfen vorgezogenen Maissetzlinge. Meine Vermutung war richtig. Alle Kreise des Bezirkes hatten den Termin der Aussaat nicht genau festgelegt.

Der Bezirk Nord-Hamgyong hat sich bislang keine Gedanken darüber gemacht, wie unter den Einflüssen der polaren Kaltluft ein guter Ackerbau gesichert werden kann, und stützte sich weiterhin auf herkömmliche Methoden, die angewandt wurden, als es solche Auswirkungen noch nicht gab.

Der Bezirk verpaßte den Zeitpunkt der Reisaussaat und mußte deshalb zu kleine, ungesunde Setzlinge umpflanzen, was zu einem sehr niedrigen Hektarertrag führte. Um den Maisanbau stand es ebenfalls unbefriedigend. Unter Berufung auf die angespannte Arbeitskräftesituation ordneten die verantwortlichen Funktionäre an, mit der Umpflanzung der in Nährtöpfen vorgezogenen Maissetzlinge schon am 20. April zu beginnen, obwohl noch bis Mitte Mai später Frühlingsreif fällt. Infolgedessen erfroren die Setzlinge, und es mußten neue ausgebracht werden, die aber nicht voll ausreifen. Die Jungpflanzen, die den Reif überdauerten, verloren die Blätter, wodurch sie mißgestaltig wuchsen und ihre Früchte nicht ausreifen konnten.

Eine der Hauptursachen für den unbefriedigenden Ackerbau in diesem Bezirk besteht darin, daß es das Landwirtschaftskomitee und der Verwaltungsrat bisher versäumt haben, eine konkrete Anleitung zu geben.

Wie ich immer wieder betone, haben jeder Bezirk und jeder Kreis andere Klima- und Bodenverhältnisse, die sich selbst in ein und demselben GLB vor und hinter dem Berg unterscheiden können. Daher muß die konkrete Anleitung der Landwirtschaft nach dem Prinzip, je nach dem Boden und der Jahreszeit die geeignete Kultur anzubauen,

erfolgen. Das geschah bislang aber leider nicht.

Ich habe in diesem Jahr die Ursachen für die schlechten Ernteergebnisse dieses Bezirkes ergründet und seinen Agrarfunktionären sowie den Verantwortlichen Sekretären der Kreispartei Komitees die Aufgabe gestellt, in den an der Küste liegenden Kreisen ab 15. März den Reis auf Frühbeete auszusäen und die in Nährtöpfen vorgezogenen Maissetzlinge nach dem Reif im späten Frühjahr umzupflanzen. Selbstverständlich birgt die Reisaussaat ab dem genannten Termin, wo der Boden noch nicht getaut ist, viele Probleme in sich. Der Bezirk hat aber in diesem Jahr den gefrorenen Boden wie erforderlich mit Humus bestreut und am 15. März mit der Aussaat des Reises auf Frühbeete begonnen. Als Ergebnis steht der Reis dort ebenso gut wie in den Gebieten um Pyongyang. Im Bezirk Nord-Hamgyong erfolgte diese Aussaat früher vom 4. bis zum 20. April. Von solchen Frühbeeten können die Setzlinge erst etwa ab 10. Juni ausgepflanzt werden, vorausgesetzt, die Wachstumszeit der Jungpflanzen beträgt 50 Tage. Setzlinge, die erst so spät umgepflanzt werden, bestocken sich kaum.

Dieses Jahr ist auch beim Maisanbau eine sehr gute Ernte zu erwarten, weil die in Nährtöpfen vorgezogenen Setzlinge erst nach dem Reifall im späten Frühjahr in den Boden gebracht wurden. Hätten wir in dieser Hinsicht keine Maßnahmen eingeleitet, wäre der Ackerbau in Nord-Hamgyong wieder wie im Vorjahr zugrunde gegangen. Die Temperatur sank dort am 12. Mai dieses Jahres sogar unter minus 4 °C. Wider unsere Anordnung hat man dort im laufenden Jahr auf 800 Hektar Maisfeld die jungen Pflanzen vor dem späten Frühjahrsreif umgesetzt, die durch die Kälte am 12. Mai ausnahmslos eingegangen sind.

Die durch die arktische Kaltluft bedingten klimatischen Schwankungen kann niemand voraussehen, da helfen auch keine meteorologischen Beobachtungen. Ganz unverhofft fällt Reif oder Regen. Allem Anschein nach wird es beim Ackerbau in Nord-Hamgyong dieses Jahr nicht wie im vergangenen zu einer Mißernte kommen.

Als ich dieses Jahr für den Ackerbau im genannten Bezirk die Termine für die Reisaussaat und -umpflanzung sowie für die Verpflanzung der in Nährtöpfen vorgezogenen Maissetzlinge festlegte

und anordnete, diese einzuhalten, sollen die dortigen alten Leute gesagt haben, nun sei alles in bester Ordnung.

Nachdem ich die Unzulänglichkeiten bei den Feldarbeiten in Nord-Hamgyong berichtet hatte, kontrollierte ich die Bezirke an der Westküste, weil ich annahm, ihnen könnten die gleichen Fehler unterlaufen wie dem Bezirk Nord-Hamgyong. Die Kontrolle ergab, daß die Reisaussaat auf Frühbeeten dort ebenfalls zu spät erfolgte. Deshalb berief ich eine Versammlung ein und leitete Schritte ein, um in den westlichen Gegenden durch den Einsatz aller Arbeitskräfte dieses Vorhaben so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Obwohl dieses Jahr die Vorbereitungen für die Aussaat ein wenig verspätet getroffen wurden, ist es um die Feldarbeiten gut bestellt, weil unverzüglich Maßnahmen ergriffen wurden, um sie schnellstmöglich zum Abschluß zu bringen. Hätte man das seinem Selbstlauf überlassen, so wäre der Ackerbau in den westlichen Küstengebieten zugrunde gerichtet worden.

Die Auswertung der diesjährigen Pflege und Umpflanzung von Setzlingen führt uns zu dem Schluß, daß die Reisaussaat auf Frühbeeten unter den Einflüssen der polaren Kaltluft möglichst früh vorgenommen werden muß. Das entspricht auch dem biologischen Prinzip. Da infolge dieser Einflüsse der Frühling verspätet einzieht, im Herbst aber vorzeitig Reif fällt, können die Vegetationsperiode des Reises und seine starke Bestockung erst dann gewährleistet werden, wenn die Aussaat auf Frühbeeten früh vorgenommen wird.

Wann ist nun die günstigste Zeit dafür? Unseren Vor-Ort-Analysen in einigen GLB zufolge ist es am günstigsten, sie in den westlichen Küstengebieten am 10. März zu beginnen und bis zum 20. März abzuschließen.

Der GLB Mangyongdae führte dieses Jahr die Frühbeetaussaat des Reises am 10. März durch und pflanzte die Setzlinge nach 55 Tagen am 5. Mai um. Seine Felder boten von allen, die wir inspiziert haben, den besten Anblick. Sie waren bis zu dem Zeitpunkt besser als im Jahr zuvor gediehen.

Der GLB Ponghwa, Kreis Kangdong, behauptet, die Aussaat ab 10. März vorgenommen zu haben, aber sie scheint in Wirklichkeit später

erfolgt zu sein; meiner Meinung nach so um den 15. bis 17. März herum. Seine Felder gedeihen zwar gut, stehen aber denen des GLB Mangyongdae nach.

Der Landwirtschaftsbetrieb Nr. 7 hat dieses Jahr die Reisaussaat auf Frühbeeten nicht rechtzeitig, sondern erst ab 17. März durchgeführt, weshalb er zu junge Pflanzen umzusetzen hatte. Die Saat steht schlechter als im GLB Mangyongdae.

Der GLB Chongsan in der Stadt Taean hat das Saatgut ab 12. März in die Frühbeete gebracht und die ersten Setzlinge am 5. Mai verpflanzt. Sie waren folglich zwei Tage jünger als die vom GLB Mangyongdae; zwei Tage, die für die Aufzucht von Setzlingen im Frühjahr sehr kostbar sind. Die Anzucht wurde also früher eingestellt, und die Setzlinge erlitten zudem Salzwasserschäden.

Daß die Halme auf den Feldern des GLB Mangyongdae besser stehen als auf denen anderer GLB, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß er die Reisaussaat zwischen dem 10. und 20. März vorgenommen, die Setzlinge 55 Tage lang auf den Frühbeeten gesund aufgezogen und sie zur rechten Zeit umgesetzt hat.

Die diesjährigen Erfahrungen zeigen, daß es für die an das Westmeer grenzenden Bezirke entschieden günstiger ist, diese Arbeit auf den Trockenfeldern in dem angeführten Zeitraum zu erledigen. Da die westlichen Küstengebiete nicht kalt sind, ist es ohne weiteres möglich, am 10. März mit dem Aussäen zu beginnen. Auf Naßfeld-Frühbeeten könnte die Aussaat aber etwas später einsetzen.

Ich schlage vor, auf den Trockenfeldern des Bezirkes Süd-Hwanghae damit etwas eher, also etwa am 7. März, anzufangen.

In den Gebieten nördlich von Hamhung an der Ostküste und in denen nördlich von Jongju an der Westküste sollte dies wie in den anderen Gegenden ab 10. März geschehen.

Prinzipiell kann man sagen: je kälter die Region, desto eher die Aussaat. Erfolgt sie zu spät und werden die jungen Reispflanzen zu früh umgesetzt, haben sie aufgrund der kurzen Wachstumszeit auf den Frühbeeten nur wenige Blätter und Seitentriebe, was zu einem Rückgang des Hektarertrages führt. Aus diesem Grunde muß man auch in den Gebieten nördlich von Hamhung und Jongju grundsätzlich am

10. März mit dieser Arbeit beginnen. Deshalb kommt es dort darauf an, um jeden Preis das Gefrieren der Frühbeete zu verhindern und Maßnahmen zu ergreifen, damit die Beete im Frühling rechtzeitig tauen. Sollte es sehr schwierig sein, wegen des gefrorenen Bodens diesen Termin einzuhalten, muß man spätestens am 15. März mit der Aussaat beginnen. In den Gebieten, wo sich die Reisaussaat verspätet, empfiehlt es sich, die Setzlinge dichter zu stecken.

Angesichts der andauernden Einflüsse der polaren Kaltluft müssen die Reissetzlinge auf den Frühbeeten 50 bis 55 Tage lang vorgezogen werden. Das kalte Frühjahrswetter behindert ihr rasches Wachstum. Daher ist die Bestimmung, die Jungpflanzen 45 bis 50 Tage lang auf Frühbeeten großzuziehen, für ungültig zu erklären. Künftig müssen sie auf alle Fälle 50 bis 55 Tage lang angezogen werden.

Durch eine frühzeitige Reisumpflanzung ist es nicht unbedingt notwendig, weiterhin dreimal zu pflügen. Es empfiehlt sich, die Reisfelder im Herbst und Frühjahr jeweils einmal unter den Pflug zu nehmen, sie dann mehrmals trocken und einmal naß zu eggen.

Die Frühbeete sind sorgfältig zu pflegen. Das darf nie mehr wie bislang aufs Geratewohl geschehen. Die Erfahrungen beim diesjährigen Ackerbau zeigen, daß eine gute Pflege von großer Bedeutung ist. Voraussetzung dafür ist, daß die Beete zu 100 Prozent mit Plastfolien und Strohmatte abgedeckt, mit Reisstrohzäunen vor Wind geschützt und mit Thermometern ausgestattet werden. Sie müssen ferner unbedingt mit 30 bis 35 kg Humusboden je Phyong belegt werden. Dann wachsen die Pflanzen unter noch so ungünstigen Bedingungen gut heran.

Der Reisertrag wird höher liegen als jetzt, wenn die Setzlinge durch eine frühzeitige Aussaat und eine gesunde Anzucht auf Frühbeeten zur rechten Zeit umgesetzt werden können.

In den GLB Mangyongdae und Ponghwa, wo man dieses Jahr so verfahren ist, hat jede Staude bereits durchschnittlich 13 bis 14 Seitentriebe gebildet. Das bedeutet je Phyong 1700 Seitentriebe. Dadurch ist ein Hektarertrag von mehr als 8 t möglich. Bei 2000 Seitentrieben je Phyong durch weitere Bestockung kann er sich auf 9 bis 10 t erhöhen.

Der Ertrag läßt sich im Gegensatz zu früher, als sich die Reisumpflanzung sehr in die Länge zog, bedeutend steigern, wenn die Aussaat auf die Frühbeete in der Zeit vom 10. bis zum 20. März erfolgt und die Umpflanzung der Setzlinge am 5. Mai beginnt und kurzfristig, in etwa zehn Tagen, beendet wird. Das habe ich gemeinsam mit den Bauern getestet, und es ist sicherer als die Materialien der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Damit im kommenden Jahr die Aussaat vorfristig und die Reisumpflanzung rechtzeitig erfolgt, müssen von nun an entsprechende gründliche Vorbereitungen getroffen werden.

Vor allem sind ausreichend Plastikfolien vorzubereiten.

Hierbei ist es wichtig, die vorhandenen Folien sorgfältig aufzubewahren und damit schonend umzugehen.

Leider vermisste ich das jetzt in den GLB. Während meiner Rückfahrt vom Kreis Kangdong sah ich gestern, daß gereinigte Folien in der Sonne getrocknet wurden. Das darf nicht geschehen, denn in der Sonne werden sie bald unbrauchbar, weil die Weichmacher entweichen. Im vorigen Jahr wies ich darauf hin, daß ein Lehrgang organisiert werden muß, um die GLB-Bauern Methoden der Pflege und Aufbewahrung von Folien zu lehren. Fraglich ist, wie dieser Hinweis durchgesetzt wird, denn es wird sehr selten damit so umgegangen, wie es sein sollte. Die GLB-Bauern wissen noch nicht, daß das Trocknen in der Sonne zum frühzeitigen Verschleiß führt.

Während meiner Rundfahrt in diesen Tagen stellte ich fest, daß manche Gemüsefelder immer noch abgedeckt sind. Ich verstehe nicht warum, denn derzeit fällt kein Reif. Wenn die Nachttemperaturen über 5 °C liegen, müssen die Folien zur Aufbewahrung eingerollt werden. Da die GLB sie jedes Jahr vom Staat zur Verfügung gestellt bekommen, vernachlässigen sie ihre Pflege und Aufbewahrung. Es ist nicht in Ordnung, daß sie bedenkenlos mit diesem Material umgehen, für dessen Import Valuten ausgegeben wurden.

In einem Land soll man die Folien 5 Jahre, ja sogar 10 Jahre lang verwenden. Bei uns benutzt man sie aber nur ein oder zwei Jahre und wirft sie dann weg. Das liegt darin begründet, daß die leitenden Mitarbeiter der Landwirtschaft nicht sorgfältig, sondern liederlich

arbeiten, was sich sogar auf die Bauern auswirkt. Die Funktionäre sollten möglichst bald mit ihrer veralteten Arbeitsmethode, aufs Geratewohl tätig zu sein, Schluß machen.

Die Folien sind aus dem Ausland zu beziehen, damit sie den GLB im kommenden Jahr für alle Frühbeete zur Verfügung stehen.

Es ist gründlich zu untersuchen, über wie viele Folien jeder GLB verfügt, und eine strikte Ordnung durchzusetzen, nach der nur die fehlende Menge ausgeliefert werden darf. Im vorigen Jahr hat man die Folien erfaßt, also sollten jene GLB, die bereits 100 % Folien besitzen – und zwar die damals vorhandenen und die in diesem Jahr gelieferten zusammengenommen – keine weiteren bekommen. Dieses Material darf nicht auf jede Nachfrage eines GLB hin bereitgestellt werden. GLB, die 100 % Folien erhalten haben, sollen erst nach 5 Jahren wieder beliefert werden.

Auch Strohmatte sind in dem Maße zu beschaffen, wie zur Abdeckung aller Frühbeete erforderlich sind.

Dieses Jahr konnten sie erst etwas später mit Reissamen besät werden, weil es an diesen Mattem mangelte. Im Herbst sind die Mattem für das nächste Jahr vorzubereiten.

Eine große Menge Humus muß gewonnen werden.

Das habe ich bereits mehrmals hervorgehoben, es wird aber immer noch unbefriedigend durchgesetzt.

Die Wissenschaftler meinen, daß die Einflüsse der polaren Kaltluft bis zum Jahr 2000 andauern würden. Die vor uns liegenden 23 Jahre könnten also davon gezeichnet werden. Unsere Funktionäre aber arbeiten wie Tagelöhner. Die Landwirtschaft ginge ihrem Ruin entgegen, wenn keine durchgreifenden Maßnahmen zur Überwindung dieser Auswirkungen ergriffen würden.

Um den Kälteeinwirkungen Herr zu werden und einen guten Ackerbau zu sichern, muß eine große Menge Humusboden gewonnen werden. Das ist vor allem dann nötig, wenn am 10. März mit der Reissaat auf den Frühbeeten begonnen werden soll. Ansonsten ist das nicht möglich, denn die Saat könnte dann erfrieren.

Die Massenproduktion von Humusboden setzt die Errichtung entsprechender Betriebe voraus.

Humus fällt nicht vom Himmel, sondern muß hergestellt werden. Am besten wäre es, ihn auf chemischem Wege zu gewinnen, was uns aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Zur Zeit gibt es nur ein Verfahren, und zwar das Verrottenlassen von Stroh, Gras, Laubsträuchern und Reiskleie. Manche GLB holen Erde aus Bächen oder sammeln Kohlenasche, um Humus zu gewinnen. Das ist aber keiner. Er muß Wärme abgeben und reich an Nährstoffen sein. Deshalb müssen viele entsprechende Betriebe entstehen, um u. a. aus Reis- und Maisstroh sowie Strauchwerk qualitativ guten Humus herstellen zu können.

Diese Produktion darf nicht als eine Nebensächlichkeiät betrachtet werden. Humus ist ein Rohstoff für die Getreideproduktion.

Eine Aktion zum Absicheln von Gras ist in großem Maßstab ins Leben zu rufen.

Dicht bewachsen damit sind z. B. Stau- und Eisenbahndämme. Wenn man es mäht, wächst es erneut heran und kann dann wieder abgesichelt werden. Das wird aber z. Z. vernachlässigt. Rechtzeitig abgemähte Stau- und Eisenbahndämme bieten auch einen schöneren Anblick.

In den zurückliegenden Jahren machte man darum nur viel Aufhebens, indem man Losungen aufhängte und in den Zeitungen Beiträge brachte, in Wirklichkeit aber wurden nur kleine Flächen abgesichelt. So etwas darf sich in diesem Jahr keinesfalls wiederholen.

Alle Parteiorganisationen und die Leitungsgorgane der Landwirtschaft sollten von nun an diese Aktion dynamisch voranbringen und so erreichen, daß viel Gras gemäht wird. Die Bauern sind dafür zu gewinnen, daß sie das z. B. auf dem Heimweg von ihren Feldern tun und es auf dem Rücken nach Hause bringen.

Auch Strauchwerk und Torf ist dort, wo es vorhanden ist, reichlich abzumähen bzw. abzubauen.

Im Flachland soll man dieses Jahr nach der Reisernte an den Abbau von Torf herangehen. Damit diese Arbeit maschinell verrichtet werden kann, müssen Bagger und andere Maschinen und Ausrüstungen zur Verfügung gestellt werden.

Ferner ist die Forschungsarbeit über die Huminsäure zu intensivieren.

Materialien zufolge können sie anstelle von Humus Verwendung finden. Das darf aber nicht unüberlegt übernommen werden. Schon ein einziger Fehler kann beim Ackerbau überaus ernsthafte Folgen nach sich ziehen. Daher ist der zuständige Bereich verpflichtet, mit Huminsäuren Experimente für Reis und andere Agrarkulturen durchzuführen und konkrete Angaben zu ermitteln.

Es sind Maßnahmen einzuleiten, damit im kommenden Jahr keine Arbeiter für die Unterstützung der Dörfer mobilisiert werden müssen.

Dieses Jahr waren unzählige Kräfte zu diesem Zweck im Einsatz, und zwar einen Monat lang. Das behinderte stark die Produktion in den Leichtindustriebetrieben und Maschinenfabriken, obwohl sie in der Zeit der Arbeitseinsätze auf dem Lande mit genügend Strom versorgt wurden. Daher wollen wir ab nächstes Jahr keine Arbeiter mehr dafür mobilisieren.

Das setzt die Mechanisierung der Reisumpflanzung voraus.

Dadurch können die Jungpflanzen exakter als mit der Hand in den Boden gebracht werden. Die Reispflanzmaschinen unserer Produktion finde ich recht gut. Die Setzlinge bleiben gut im Boden stecken, wenn sie 4 bis 5 Tage nach dem Naßeggen, sobald sich der Schlamm abgesetzt hat, maschinell verpflanzt werden.

Für die allseitige Mechanisierung der Reisumpflanzung muß das Verhältnis Pflanzmaschine-Traktor stimmen. Deshalb schickte ich im März dieses Jahres etliche Mitarbeiter des ZK der Partei, des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee und des Landwirtschaftskomitees mit dem Auftrag an die Basis, in Chongsan, Kochang, Taesong, Yaksu und einigen anderen Gemeinden der Stadt Taean zu untersuchen, wie viele Traktoren einer Pflanzmaschine zuzuordnen sind, um dem Eggen einen Vorlauf einräumen und die Reisumpflanzung ohne Unterbrechung vornehmen zu können. Ihren Angaben zufolge ist das bei einem Verhältnis von 1 zu 1 möglich. Ohne diesen Fakt berücksichtigt zu haben, hat man im Jahr 1975 angeordnet, die Jungpflanzen mit Maschinen umzusetzen, weshalb die GLB Ryongjin, Kreis Kaechon, und Songhak, Kreis Anju, bei Reis eine Mißernte zu beklagen hatten. Seinerzeit konnten diese GLB wegen Mangels an Traktoren nicht 4 bis 5 Tage im voraus eggen, sondern

mußten die Setzlinge gleich danach auf das aufgeschwemmte Feld auspflanzen. Die Jungpflanzen blieben daher nicht im Boden stecken, und es entstanden viele Lücken.

Im Interesse der Mechanisierung der Reisumpflanzung müssen viele Traktoren für das Dorf hergestellt werden. Ohne sie ist eine maschinelle Reisumpflanzung nicht möglich.

Zur Zeit liegen uns keine konkreten Angaben darüber vor, wie viele Traktoren und Pflanzmaschinen jede Arbeitsgruppe der GLB besitzt und wie viele sie noch erhalten muß, um das Umsetzen von Jungpflanzen vollständig mechanisieren zu können. Da die jetzigen Zahlen auf groben Schätzungen basieren, läßt sich aus ihnen nicht die genaue Sachlage herauslesen. Die wirkliche Situation ist gründlich zu untersuchen, damit den GLB künftig die erforderliche Anzahl Traktoren geliefert werden kann. Zu diesem Zweck sind Gruppen aus Mitarbeitern der Staatlichen Kontrollkommission und des Verwaltungsrates zu bilden und in die Dörfer zu entsenden.

Obwohl wir die genaue Stückzahl nicht kennen, weil uns gegenwärtig keine ausführlichen Materialien darüber vorliegen, müssen auf alle Fälle erst einmal 15 000 Traktoren hergestellt werden.

Das Traktorenwerk „Kum Song“ sollte in der Zeit des „100-Tage-Kampfes“, wie bereits entschieden, monatlich 1200 Traktoren vom Typ „Chollima“, d. h. insgesamt 3600 Stück, und ab September in jedem Monat 1500 ausstoßen. Dann werden wir bis Ende April des kommenden Jahres 15 600 Traktoren produzieren können, von denen 2000 exportiert und 13 000 an die Dörfer geliefert werden können.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß man alle Voraussetzungen für deren Bau gewährleisten. Bedingungslos bereitzustellen sind Reifen und andere nötige Ausrüstungen und Materialien. Wenn uns die Herstellung dieser oder jener Dinge Schwierigkeiten bereitet, sollten sie importiert werden.

Dem besagten Traktorenwerk sind die von ihm angeforderten Arbeitskräfte schnell zur Verfügung zu stellen. Das ist auf jeden Fall zu sichern, selbst wenn dadurch andere Betriebe keine neuen Arbeitskräfte erhalten. Das Werk bekam von den angeforderten 1500 Kräften bereits 500, die übrigen 1000 sind ihm schnellstens bereitzustellen.

Die Mechanisierung der Reisumpflanzung macht es notwendig, eine große Stückzahl von Pflanzmaschinen herzustellen.

Mit der Auslieferung von 13 000 Traktoren an die Dörfer im kommenden Jahr werden die GLB, denen das maschinelle Umsetzen von Jungpflanzen möglich ist, 30 000 Traktoren zur Verfügung haben. Dann brauchen sie auch genauso viele Pflanzmaschinen.

Das setzt voraus, daß zum einen die GLB ihre Pflanzmaschinen gut warten und überholen und zum anderen neue hergestellt werden.

Die zuständigen Funktionäre wenden sich derzeit mit der Forderung an uns, ihnen für die Produktion ein anderes Maschinenwerk zu übergeben. Man darf sich nicht immer wieder solch einer Praktik bedienen. Erhalten unsere Funktionäre irgendeinen Auftrag, so denken sie nur daran, ihn so mühelos wie möglich zu erfüllen, und verlangen, ihnen ein anderes Werk zu unterstellen. Selbst wenn man ihnen eine andere Fabrik gäbe, würde das kaum etwas helfen. Die Produktion von Reispflanzmaschinen in solch einem Betrieb würde zu Veränderungen von Kennziffern führen und daher nur Wirrwarr hervorrufen. Besser wäre es, wenn man den Maschinenfabriken, die derzeit Pflanzmaschinen herstellen, Arbeitskräfte und Ausrüstungen bereitstellte und sie damit beauftragte, die Produktion zu steigern.

Die Landmaschinenwerke, über die das Landwirtschaftskomitee und das Ministerium für Maschinenbau verfügen, sind zum Bau von Reispflanzmaschinen zu verpflichten. Maschinenfabriken des Bergbaukomitees und anderer Bereiche dürfen nicht angetastet werden. Die zuständigen Funktionäre haben die Aufgabe, die Herstellung dieser Maschinen konsequent zu organisieren.

Die Massenproduktion von Traktoren und Pflanzmaschinen wird auf allen mechanisierbaren Reisanbauflächen das maschinelle Umsetzen von Jungpflanzen ermöglichen und vom nächsten Jahr an die Arbeiter von Einsätzen auf dem Dorf befreien.

Für die Unterstützung des Dorfes können dann 500 000 bis 600 000 Mitarbeiter der Staatsorgane, Armeeingehörige und Studenten mobilisiert werden, und wir müssen uns darauf einstellen, daß wir vom nächsten Jahr an allein mit ihrer Hilfe die Reisumpflanzung saisongemäß abschließen. Zweifellos ist das eine schwer zu

bewältigende Aufgabe. Wir müssen aber diese Richtung einschlagen.

Sofern sich dennoch der Einsatz von Arbeitern erforderlich macht, dürfen sie nicht wie in diesem Jahr einen ganzen Monat lang, sondern nur einige Tage von der Produktion freigestellt werden, und dann sollten sie in der Hochsaison der Reisverpflanzung in einem unweit ihres Betriebes liegenden GLB mithelfen und abends heimkehren.

Was bringt dem Staat mehr Nutzen, die Mechanisierung der Reisumpflanzung und die Produktionstätigkeit der Arbeiter in ihrem Betrieb durch die Herstellung von Traktoren und Pflanzmaschinen oder die Freistellung der Arbeiter von der Produktion zugunsten eines Hilfeinsatzes für die Dörfer? Trotz des finanziellen Aufwandes ist es vorteilhafter, wenn durch die Mechanisierung der Reisumpflanzung die Bauern selbständig wirtschaften und sich die Arbeiter in ihren Fabriken in der Produktion entfalten können.

Die Mobilisierung der Arbeiter für die Hilfe der Dörfer ruft Schwankungen in der Produktion und beim Baugeschehen sowie ein Chaos in der Arbeitskräftelenkung hervor, und sie bringt große Verluste im staatlichen Maßstab mit sich. Wenn man davon ausgeht, daß jeder Arbeiter pro Jahr durchschnittlich 10 000 Won erwirtschaftet, dann bedeutet ihr Einsatz auf dem Lande jährlich enorme Verluste in der wertmäßigen Produktion.

Der Arbeitseinsatz von unzähligen Kräften für die Unterstützung der Dörfer führt dazu, daß die Bauern schlechte Gewohnheiten annehmen. In den ca. zehn Jahren, die wir das nun schon praktizieren, ist es gang und gäbe geworden, daß die Helfer den Ackerbau betreiben und die Bauern bei der Verteilung ihren Anteil mitbekommen. Die Bauern aber halten dies für eine Selbstverständlichkeit.

Obwohl uns – wie man sieht – das Ausmaß der staatlichen Verluste infolge der Mobilisierung der Arbeiter wohlbekannt war, mußten wir das hinnehmen. Da das Dorf über zu wenig Arbeitskräfte verfügte und die Landwirtschaft noch nicht vollständig mechanisiert worden war, blieb uns nichts anderes übrig, als die Reisumpflanzung mit Hilfe von Saisonkräften vorzunehmen, denn ansonsten hätte das Volk gehungert.

Künftig können wir aber keine Arbeiter mehr dafür mobilisieren. Ab nächstes Jahr muß auch zur Zeit der Reisverpflanzung die Produktion

in den Betrieben normal weiterlaufen. Es kann in der Leichtindustrie wegen des Landeinsatzes der Arbeiter leider nicht die Rede davon sein. Dabei könnte ihre Produktionskurve steil ansteigen, wenn die entsprechenden Betriebe mit den nötigen Rohstoffen und Materialien versorgt und voll ausgelastet würden.

Eine rechtzeitige Umpflanzung der Setzlinge bei einem gleichzeitig normal verlaufenden Produktionsprozeß setzt voraus, daß für die Dörfer auf jeden Fall in großer Stückzahl Traktoren und Pflanzmaschinen hergestellt werden. Allen Ackerbauarbeitsgruppen, die über Felder verfügen, auf denen die maschinelle Reisverpflanzung möglich ist, müssen 2 Traktoren vom Typ „Chollima“ und 2 Pflanzmaschinen bereitgestellt werden, so daß sie einen Traktor zum Pflügen und den anderen zum Eggen einsetzen können. Nur dann läßt sich das Problem lösen. Anderenfalls müßten die Arbeiter auch im kommenden Jahr beim Umpflanzen der Reissetzlinge helfen, wodurch die Industrieproduktion zurückgehen würde.

Setzlingsstechmaschinen sind ebenfalls in großer Stückzahl herzustellen.

Sie werden gegenwärtig in vielen Orten produziert und sollen funktionstüchtig sein. Als ich kürzlich eine in Hamhung hergestellte Maschine in einem GLB dieser Stadt in Augenschein nahm, bestätigte sich das. Den Worten der GLB-Funktionäre zufolge soll eine solche Maschine 30 Arbeitskräfte ersetzen. Sie müssen in Massenproduktion erzeugt und den Dörfern geliefert werden.

Die Versorgung mit Herbiziden ist abzusichern.

Dazu ist es unumgänglich, entsprechende Werke zu errichten und Herbizide aus eigener Kraft zu produzieren. Da man sie gegenwärtig aus dem Ausland bezieht, haben wir Schwierigkeiten damit, denn sie treffen nicht immer rechtzeitig bis zur landwirtschaftlichen Saison ein. Gegenwärtig befinden sich aber zu viele Objekte im Bau, als daß wir mit der Errichtung eines dringend benötigten Herbizidbetriebes anfangen könnten.

Im Augenblick haben wir noch etwas mehr Herbizide einzuführen, damit die Unkräuter möglichst wenig manuell bekämpft werden müssen. Die Reisfelder sind im wesentlichen sauber, was dem Einsatz

einer nicht geringen Menge Herbizide zu verdanken ist.

Die Arbeiter brauchten nicht für die Unterstützung der Dörfer eingesetzt zu werden, und auch die anderen Helfer würden nur 40 Tage arbeiten müssen, wenn den Dörfern ausreichend Herbizide, Traktoren, Pflanzmaschinen und Setzlingsstechmaschinen bereitstünden, so daß das Unkraut 100prozentig mit Herbiziden bekämpft und nicht nur die Umpflanzung, sondern sogar das Herausziehen der Jungpflanzen vollständig mechanisiert werden könnte.

Es müssen mehr Düngemittel produziert werden.

Dieses Jahr steht es damit verhältnismäßig gut. Das geschieht insbesondere im Harnstoffbetrieb des Vereinigten Chemiewerkes „Jugend“ wie geplant. Das führe ich zwar auch auf die neuen Ausrüstungen zurück, aber hauptsächlich darauf, daß seine verantwortlichen Funktionäre für eine gute Wartung der Ausrüstungen sorgen.

Wenn man durch Intensivierung der Agrarproduktion den Hektarertrag von Getreide erhöhen will, müssen große Mengen Dünger hergestellt werden. Getreide erzeugt sich nicht von selbst. Dünger ist Getreide – diese Formulierung basiert darauf, daß sich die Produktion von Getreide proportional zur Düngergabe verhält. Unseren jüngsten Erfahrungen nach werden bei einer Stickstoffdüngierzufuhr von 1 t je Hektar 10 t Getreide produziert. Das Verhältnis Düngungsmenge-Getreide beträgt 1 zu 10.

Als ich während meiner gestrigen Vor-Ort-Anleitung im GLB Hari im Kreis Kangdong, Bezirk Süd-Phyongan, die dortigen Funktionäre fragte, wie hoch voriges Jahr ihr Hektarertrag bei Mais auf den Terrassenfeldern war, antworteten sie, daß nur 5,7 t pro Hektar eingebracht werden konnten, weil ihnen der Verwaltungsrat wegen der Terrassenfelder lediglich 550 kg Stickstoffdünger je Hektar zur Verfügung gestellt hatte. In diesem Jahr verpflichtet man sich dazu, pro Hektar 8 t Mais zu ernten. Da dort ferner ein Bewässerungssystem besteht, müssen je Hektar 800 kg Stickstoffdünger ausgeliefert werden.

Der Maisanbau fordert nur – wie ich immer wieder hervorhebe – drei Dinge, nämlich Wasser, Hybridsaatgut der ersten Generation und Dünger. Dann ist ein Hektarertrag von 10 t ohne weiteres möglich. Fehlt von ihnen auch nur eins, so bleibt die Ertragssteigerung aus.

Da die Düngerproduktion bei den Vorbereitungen auf die kommende Ackerbausaison von überaus großer Bedeutung ist, hat der Verwaltungsrat diese Frage konsequent im Auge zu behalten. Die zuständigen Abteilungen des ZK der Partei und das Wirtschaftskomitee des Zentralen Volkskomitees sollten diesbezüglich eine gebührende Anleitung geben und Kontrollen durchführen.

Das A und O bei der Düngergewinnung bilden die Stickstoffdüngemittel. Das Ministerium für Chemieindustrie hat dabei in diesem Jahr Planrückstände, die sich im nächsten Jahr keinesfalls wiederholen dürfen.

Um Stickstoffdünger wie geplant zu produzieren und damit Behinderungen für den Ackerbau auszuschließen, müssen die zuständigen Fabriken gut gewartet und überholt werden.

Das schließt zwar auch den Harnstoffbetrieb des Vereinigten Chemiewerkes „Jugend“ ein, insbesondere aber das Vereinigte Düngemittelwerk Hungnam, das schon vor langer Zeit erbaut worden ist und dessen Ausrüstungen daher nun veraltet sind. Bisher hat es zwar jedes Jahr seine Ausrüstungen gewartet und repariert, aber nicht gründlich genug, so daß sie immer nur mit Mühe ein Jahr überstehen konnten. Diesmal aber muß die Generalüberholung sorgfältig vorgenommen werden, damit sie bis zur nächsten Instandsetzung und Reparatur defektlos arbeiten können.

Die dafür notwendigen Materialien sind vorbehaltlos auszuliefern, wobei Materialien, deren Produktion bei uns nicht möglich ist, importiert werden müssen. Da dieses Werk vorsieht, bis Ende Juli Dünger herzustellen und im August die Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen, sollte es von nun an rund zwei Monate lang genügend Material vorbereiten, damit sofort im August mit der Generalüberholung begonnen werden kann.

Die zuständigen Abteilungen des ZK der Partei und der Verwaltungsrat haben vor Ort die genaue Situation des Betriebes bis ins Detail zu analysieren und zu überprüfen sowie Maßnahmen dafür einzuleiten, damit die erforderlichen Materialien geliefert werden.

Zur Überwindung der arktischen Kaltlufteinflüsse ist es wichtig, die Gewinnung von Phosphordüngern zu steigern. Werden sie zu wenig

gegeben, geht der Hektarertrag zurück.

In diesem Düngungsjahr soll die Produktion von etwas mehr als 1 Mio. t Phosphordünger möglich sein, womit man aber die Dörfer noch nicht bedarfsgerecht versorgen kann. Dazu müßten wenigstens 1,3 Mio. t vorhanden sein. Also ist es geboten, bis zum nächsten Düngungsjahr 1,3 bis 1,5 Mio. t Phosphordüngemittel zu produzieren.

Das macht durchgreifende Maßnahmen erforderlich. Da die diesjährige Düngungsperiode nahezu vorbei ist, könnte es vorkommen, daß man sich nicht anstrengt und die Herstellung von Phosphordüngern monatelang vernachlässigt, was aber nicht sein darf. Ihre Produktion muß vorangebracht werden. Für die Erzeugung von 1,3 bis 1,5 Mio. t Phosphordünger sind große Mengen Schwefelsäure und Phosphorerzkonzentrat herzustellen.

Ferner gilt es, das Wasserproblem zu lösen.

Um die durch die arktische Kaltluft bedingte Trockenheit überwinden und das Wasserproblem lösen zu können, ist es sehr wichtig, daß wir eine Revolution in der Verwendung des Grundwassers herbeiführen.

In weiser Voraussicht hat unsere Partei auf einem ZK-Plenum im letzten Jahr auf einen revolutionären Umschwung bei der Nutzung des Grundwassers orientiert, indem Schacht- und Rohrbrunnen angelegt werden sollten. Dieser Kurs ist sehr richtig.

Es gibt aber niemanden, der die Arbeit zur Durchsetzung dieses Kurses verantwortungsbewußt organisiert und ausführt. Flüchtig betrachtet, scheint man sich darum zu kümmern, aber in Wirklichkeit tut dies niemand. Diese Arbeit hängt in der Luft. Demzufolge kommt dieser Kurs der Partei nicht wie erwünscht zum Durchbruch.

Brunnen werden nicht in erforderlichem Maße ausgehoben. Mehr als einmal wurde betont, daß tiefe Brunnen anzulegen sind, aber das hat man kaum getan.

Aus den Materialien geht hervor, daß die Stadt Pyongyang 1030 Brunnen mit einer Tiefe bis zu 5 m, 1824 mit einer von 5 bis 10 m und keinen einzigen mit einer über 10 m gebaut hat. Im Bezirk Süd-Phyongan gibt es von den genannten Tiefen jeweils 10623, 7200 und 180 Brunnen. Von diesen werden, wie mir berichtet wurde, z. Z. zwar

15 400 Brunnen genutzt, es ist aber nicht sicher, ob das tatsächlich stimmt. Der Bezirk Nord-Phyongan hat 23 159 Brunnen gebaut, darunter 13 636 mit einer Tiefe bis zu 5 m, 9494 mit einer von 5 bis 10 m und 29 mit einer von mehr als 10 m. Man macht zur Zeit aber nur von 9200 dieser Brunnen Gebrauch. Es wurden zwar 3618 Rohrbrunnen angelegt, wirklich genutzt werden aber nur 1700.

Von den gebohrten Brunnen kommen nur sehr wenige zur Anwendung. Brunnen, aus denen während einer Dürre kein Wasser entnommen wird, sind zu nichts nütze. Man hat für ihren Bau lediglich Arbeitskräfte und Material verschwendet.

Die Bezirke Nord- und Süd-Hwanghae setzten den Kurs der Partei auf die Nutzung von Grundwasser sehr formal durch.

Der erstgenannte Bezirk rang nicht genug darum, Schachtbrunnen auszuheben und Rohrbrunnen anzulegen, man vertraute nur auf den Fluß Ryesong und blieb tatenlos.

Der zweitgenannte Bezirk behauptete nach dem Anlegen des Stausees Unpha mit einem Fassungsvermögen von 30 000 Jongmi, daß sich das Wasserproblem lösen läßt, wenn er voll angestaut ist, und konzentrierte die Kräfte lediglich auf den Bau von Tunneln und Kanälen für die Ableitung des Wassers aus diesem See und schenkte der Nutzung des Grundwassers wenig Aufmerksamkeit. Obwohl er nach Abschluß dieses Vorhabens darauf wartete, daß sich der See füllte, stauten sich nur knapp 4 000 Jongmi Wasser an. Deshalb konnte er bisher wegen Wassermangels auf 30 000 Hektar die diesjährige Reisumpflanzung noch nicht beenden. Hätte er laut dem Kurs der Partei eine energische Revolution für die Nutzung von Grundwasser entfaltet, so gäbe es keine solch ernsthaften Folgen.

Der Bezirk Süd-Hwanghae wird deswegen dieses Jahr nicht geringe Getreideverluste einstecken müssen, die sich aber noch erhöhen würden, wenn man den durch die verspätete Reisumpflanzung verursachten Rückgang des Ertrages hinzurechnet.

Die Bezirksparteikomitees haben darum zu ringen, die Getreideverluste von Süd-Hwanghae wettzumachen. Die Naß- und Trockenfelder sind besser zu pflegen und das Unkraut konsequenter zu bekämpfen. In Nord-Hamgyong steht die Saat gegenüber dem Vorjahr

besser, und auch der Bezirk Ryanggang hat, wie ich hörte, bei Weizen, Gerste und Kartoffeln einen sehr hohen Ertrag zu erwarten. Verrichten diese beiden Bezirke die bevorstehenden Feldarbeiten sorgfältig, werden sie dieses Jahr eine reiche Ernte einbringen können.

Ryanggang ist wirksam zu helfen, damit der Bezirk rechtzeitig die Herbsternte bewältigen kann. Die von ihm angeforderten 50 Weizenerntemaschinen müssen importiert werden, was bei gründlichen Verhandlungen mit dem Ausland möglich sein wird. Das Ministerium für Außenhandel hat sie schnellstmöglich einzuführen. Dieser Bezirk befindet sich in einer kalten Gegend, weshalb die Kartoffelernte in kürzester Zeit mit Maschinen vorgenommen werden muß. Die Erntemaschinen soll er selbst herstellen, wofür ihm das benötigte Stahlgut zu liefern ist. Auf diesem Wege könnten wir die Getreideverluste im Bezirk Süd-Hwanghae ohne weiteres wettmachen.

Jetzt macht es sich bemerkbar, wie formal unsere Funktionäre den Beschluß des ZK-Plenums, für die Nutzung von Grundwasser eine Revolution zu entfalten, durchgesetzt haben. Nach wie vor kommt es bei ihnen vor, daß sie sich gegenüber den Beschlüssen der Partei gleichgültig verhalten.

Alle Parteiorganisationen und die zuständigen Bereiche sollten sich einer ernsthaften Selbstkritik unterziehen, weil der genannte Beschluß nicht umfassend verwirklicht worden ist.

Das Problem der Nutzung von Grundwasser auf dem Lande darf keinesfalls bagatellisiert werden.

Zahlreiche Länder der Welt leiden gegenwärtig aufgrund der polaren Kaltluftmassen unter einer großen Wasserknappheit. In den letzten Jahren war in Großbritannien die Trockenheit dermaßen verheerend, daß sogar ein Kapitalist wehmütig geklagt haben soll, das Wasser in Großbritannien sei ausgetrocknet, und es seien nur noch die Tränen übriggeblieben.

Niemand kann es als sicher erachten, daß in unserem Land nicht auch einmal solch eine Situation entsteht. Infolge der Einflüsse der polaren Kaltluft könnten auch bei uns bis zum Herbst, ja sogar selbst im kommenden Jahr die Niederschläge ausbleiben. Das würde die Landwirtschaft ruinieren.

Die Geschichte unseres Landes liefert Beispiele, wo unzählige Menschen infolge von Dürreschäden den Hungerstod sterben mußten. Der Chronik nach geschah das z. B. im Jahre 1919 – dem 56. Jahr des 60-Jahres-Zyklus – als eine verheerende Trockenheit eine große Mißernte verursachte.

Nach dem Krieg begab ich mich zur Vor-Ort-Anleitung in den Kreis Pukchong, wo mich die dortigen etwa 50 Greise aufsuchten und sich bei mir dafür bedankten, daß der Staat den Einwohnern ihres Kreises Nahrungsmittel hatte zukommen lassen, als sie von Hochwasserschäden betroffen und dem Verhungern nahe waren. Und sie sagten: „Hochverehrter General, all die unzähligen Gräber dort auf dem Berg vor uns stammen aus dem Jahr 1919.“

Da die Auswirkungen der arktischen Kaltluft voraussichtlich noch lange andauern werden, müssen wir neben dem Bau von Stauseen auch weiterhin noch Schacht- und Rohrbrunnen anlegen. Es ist nichts Schlechtes daran, bei jeder Arbeit zwei Linien im Auge zu behalten. Eine Linie allein birgt stets einen großen Unsicherheitsfaktor in sich. Nur wenn man den Bau von Stauseen mit dem Graben von Schacht- und Rohrbrunnen verbindet, ist es möglich, auch im Falle lang andauernder Einflüsse der massiven polaren Kaltluft das Wasserproblem zuverlässig zu lösen.

Die ungenügenden Ressourcen an Oberflächenwasser veranlassen uns dazu, augenblicklich auf den Bau von Stauseen und die Errichtung und Ausbesserung von Fangdämmen zu verzichten und in breitem Maße darum zu ringen, Brunnen zu bohren.

Zwar ist schon eine große Anzahl davon entstanden, aber das ist sozusagen fast alles Ausschuß. Mit ihrer Hilfe kann man das Wasserproblem nicht klären. Daher ist es unerläßlich, eine weitere Revolution für die Nutzung von Grundwasser zu vollziehen, mit anderen Worten, neue Schacht- und Rohrbrunnen zu schaffen. Damit meinen wir nicht, daß wir die vorhandenen nicht mehr zu nutzen brauchen. Statt sie abzuschreiben, ist auch aus ihnen Wasser abzupumpen, wenn sie sich damit füllen.

Von nun an ist jeder Brunnen breit bzw. tief anzulegen. In einem flachen Brunnen sammelt sich nur wenig Wasser an, so daß er schnell

austrocknet. Der Aufwand für einen Brunnen, der nur etwa einen Hektar bewässert, lohnt nicht. Dann müßten allein für die Bewässerung unserer Reisfelder 600 000 Brunnen entstehen, denn unsere Reisanbaufläche beträgt fast 600 000 Hektar. Daher müssen die Brunnen so groß sein, daß sie jeweils einige Dutzend Hektar Land bewässern können. Das betrifft auch die Rohrbrunnen.

Es erweist sich als notwendig, gründlich zu untersuchen, wie tief die Schacht- und Rohrbrunnen zu bohren sind.

Die Mitarbeiter der Hauptverwaltung für Geologie sagen, bei uns träfe man überall auf Grundwasser, wenn man 20 bis 30 m tief grübe. Das stimmt sicherlich, aber dort wird es nur wenig Wasser geben. Den Angaben anderer Länder zufolge staut sich in einer Tiefe bis zu 30 m das Wasser an, das von der Erdoberfläche einsickert, so daß die Wassermenge bis dahin nur gering ist, in einer Tiefe von 100 bis 200 m soll man jedoch auf große Mengen von fließendem Wasser stoßen. Chinesischen Verlautbarungen zufolge bohrt man in China mit Erdbohrmaschinen 100 bis 200 m tiefe Trichter und pumpt große Mengen Wasser ab.

Je nach der konkreten Beschaffenheit der Erdrinde kommt das Grundwasser in den verschiedenen Gebieten auch in unterschiedlichen Tiefen vor. In einer Region stößt man bei einer maschinellen Bohrung schon in 50 m Tiefe auf reiche Wasserressourcen, woanders dagegen erst bei 100, 150 oder 200 m Tiefe. Jedenfalls ist so tief zu graben, bis man große Wasserlagerstätten vorfindet.

Die Agrarfunktionäre sollten durch Beratungen mit den Mitarbeitern der zuständigen Bereiche und die Auswertung der Materialien anderer Länder festlegen, in welcher Abmessung und Tiefe die Schacht- und Rohrbrunnen anzulegen sind. Ich schlage vor, bis zu einer Tiefe von 30 bis 40 m Schachtbrunnen und von 40 bis zu 200 m Rohrbrunnen zu bauen.

Es empfiehlt sich, den Kampf für die Nutzung von Grundwasser auf verschiedenen Wegen zu führen. Ausländischen Materialien zufolge sprudelt viel Wasser aus den Felsrissen hervor, die entstehen, wenn man nach einer Tiefbohrung in einem Bohrloch eine Sprengung vornimmt. Kürzlich stellte das Schwermaschinenwerk Taeon Erkundungen nach

Grundwasser an und berichtete, es gäbe keine Wasserressourcen. Da riet ich ihm, sich dieser Methode zu bedienen. Es folgte meinem Rat und spricht nun von großen Wasservorkommen. Diese Erfahrung gilt es zu verallgemeinern.

Alle Bezirke sind dazu aufgerufen, tatkräftig um den Bau von Schacht- und Rohrbrunnen zu ringen.

Das betrifft Süd- und Nord-Hwanghae ebenso wie die Gegenden um Onchon, Nampho, Jungsan, Ryonggang und Taeon im Bezirk Süd-Phyongan, wo das Wasserproblem wegen des Salzwassers sehr ernst ist.

Dieses Vorhaben gilt auch für den Bezirk Jagang. Bislang blieb man dort, nachdem Brunnen mit einer Tiefe von etwa 5 m entstanden waren, auf halbem Wege stehen, weil man angeblich auf kein Wasser stieß. Das ist bar jeder Logik, denn in diesem Bezirk gibt es die Flüsse Amnok und Tokno. Wenn man bis zu 200 m tiefe Rohrbrunnen anlegt, müßte Wasser hervorsprudeln.

Ich halte es für richtig, auch im Bezirk Ryanggang Schacht- und Rohrbrunnen anzulegen. Kürzlich wandte er sich an uns, weil er Bauarbeiten vorzunehmen gedenkt, um das Wasser des Flusses Tuman zur Bewässerung der Felder des Staatlichen Komplexen Landwirtschaftsbetriebes Nr. 5 hochzupumpen. Dem vorliegenden Entwurf nach zu urteilen, ist dieses Vorhaben dermaßen umfangreich, daß es uns schwerfällt, die für den Bau notwendigen Finanzmittel und Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Daher habe ich dieses Projekt, das auch keinen Nutzen bringen würde, abgelehnt. In den betreffenden Gebieten dieses Bezirkes findet man Bimssteinböden, so daß das Wasser im Kanal so gut wie gänzlich im Boden versickern würde, selbst wenn man es vom Fluß Tuman über ein mehrstufiges Pumpstationensystem durch den Kanal hochpumpte. Statt sinnlose Bauarbeiten auszuführen, sollte man um die Nutzung des Grundwassers ringen. Im Hochland muß es Wasser geben, denn es hat sich ja sogar im Krater des Gebirges Paektu angesammelt. In der Nähe des Staatlichen Komplexen Landwirtschaftsbetriebes Nr. 5 könnte man ebenfalls auf stets fließendes Wasser stoßen, das weder im Winter vereist noch in der Dürrezeit austrocknet. Wenn man in solchen Gegenden mit Hilfe von

Erdbohrmaschinen tiefe Löcher bohrt, könnte man große Mengen Wasser zutage fördern.

Der Verwaltungsrat hat konkret zu berechnen, wie viele Schacht- und Rohrbrunnen im Landesmaßstab zu bohren sind.

Den heute morgen von ihm eingereichten Entwurf mit den entsprechenden Maßnahmen finde ich sehr passiv. Er geht von dem Standpunkt aus, mit den bereits vorhandenen Anlagen die Lage so zu belassen, wie sie ist. Es wurde nicht detailliert festgelegt, wie viele Schacht- und Rohrbrunnen jeder Bezirk zu bauen hat.

Dem Entwurf nach sieht es ganz so aus, als würden unsere Funktionäre die Einflüsse der polaren Kaltluft immer noch nicht berücksichtigen und im Vertrauen auf den Himmel auf einen glücklichen Zufall hoffen. Die Kommunisten dürfen beim Ackerbau keinesfalls auf „Gott“ vertrauen. Wie kann man nur so vorgehen, da doch die Unwetterauswirkungen voraussichtlich noch lange andauern! Die Landwirtschaft wird ruiniert, wenn man sie „Gott“ überläßt.

Dem Verwaltungsrat obliegt es, die Kräfte nochmals gründlich zu kalkulieren und den Plan zu korrigieren. Meines Erachtens wäre es gut, allein den Bau von etwa 10 000 Rohrbrunnen mit einer Tiefe von mehr als 100 m einzuplanen, und diese Zahl auf die Bezirke aufzuschlüsseln. Nur dann ist es möglich, das Wasserproblem zu lösen und den Beschluß des Plenums des ZK der Partei, für die Nutzung von Grundwasser eine Revolution zu entfalten, in die Tat umzusetzen.

Auf der Basis eines exakten Plans müssen wir uns ein Jahr lang, von jetzt bis Ende Mai des kommenden Jahres, dafür einsetzen, Schacht- und Rohrbrunnen zu bauen. Durch ein intensives Ringen werden wir dieses Vorhaben bis zu diesem Zeitpunkt abschließen können.

Die umfassende Nutzung von Grundwasser setzt voraus, die Erkundungsarbeit in den Vordergrund zu stellen.

Gegenwärtig denken manche Leute nicht daran und suchen Stellen, wo es früher Flüsse gegeben hat. Das ist zu unterlassen. Zweifellos würde man an solchen Stellen viel Wasser gewinnen können, wenn man dort entsprechende Anlagen errichtete, aber sie sind leider nicht sehr zahlreich.

Es ist unerlässlich, die Kräfte des Bereiches geologische Erkundung

einen Monat lang zum Auffinden von Grundwasservorkommen zu mobilisieren. Dafür kann auch ein Teil der Erkundungskräfte der Kohleindustrie eingesetzt werden.

Die Nutzbarmachung des Grundwassers bedarf staatlicher Investitionen. Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, die für den Bau von Schacht- und Rohrbrunnen erforderlichen Ausrüstungen und Materialien bereitzustellen.

Hierbei kommt es vor allem auf die Produktion von Bohrmaschinen an. Die Erdbohrmaschinen aus den Betrieben, die der Hauptverwaltung Geologie unterstehen, reichen nicht aus, um die erforderlichen Rohrbrunnenlöcher zu bohren. Daher müssen sie überall dort, wo die Möglichkeit dazu besteht, hergestellt werden, so auch in den dem Bergbaukomitee unterstehenden Maschinenfabriken. Zum Anlegen von Rohrbrunnen mit einer Tiefe von mehr als 100 m sollen Traktoren vom Typ „Phungnyon“ notwendig sein. Der Verwaltungsrat muß die zum Bau dieser Brunnen benötigten Traktoren vom Typ „Chollima“ und „Phungnyon“ zur Verfügung stellen. Ferner hat er auch für die Produktion von Pumpen zu sorgen, damit das Wasser abgepumpt werden kann.

Die Kräfte der Stadt- und Dorfbautrupps der Kreise sind für den Brunnenbau einzusetzen. Da es gegenwärtig in den Kreisstädten und Dörfern keine Obdachlosen gibt, wird es ohne nachteilige Folgen bleiben, wenn sie eine Zeitlang für dieses Vorhaben mobilisiert werden. Sie sind unbedingt hierfür und nicht anderweitig einzusetzen.

Der Bau von Stauseen und Fangdämmen ist einstweilig einzustellen, und die dort gebundenen Kräfte des Bewässerungsanlagenbaus müssen zum Anlegen von Schacht- und Rohrbrunnen mobilisiert werden.

Dieser Kampf muß im Verwaltungsrat von einem Stellvertreter seines Vorsitzenden und in den Bezirken, Städten und Kreisen jeweils von einem Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungskomitees voller Verantwortung geleitet werden.

Die Mitarbeiter der zuständigen Abteilung des ZK der Partei, des Verwaltungsrates, des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee und des zuständigen Bereiches sollten auf einer Zusammenkunft die Frage des Materials und der Produktion der für die

Grundwassernutzung erforderlichen Ausrüstungen erörtern und gewissenhaft dementsprechende Aufträge erteilen.

Ferner sind viele Wasserbecken anzulegen. Die Bezirke sollten entsprechend ihren realen Verhältnissen schöpferische Aktivität an den Tag legen und intensiv um die Errichtung dieser Anlagen ringen.

Die wichtigsten Aufgaben bei der Vorbereitung der kommenden Ackerbausaison bestehen, wie gesagt, darin, erstens 100 % Plastfolien zur Verfügung zu stellen, zweitens genügend Humusboden vorzubereiten, drittens Maßnahmen einzuleiten, damit keine Arbeiter für die Unterstützung des Dorfes eingesetzt werden müssen, viertens durch die gründliche Wartung und Instandsetzung der Ausrüstungen der Düngemittelwerke zu sichern, damit in der nächsten Düngungssaison ausreichend Dünger zur Verfügung steht, und fünftens das Wasserproblem auf dem Wege eines nochmaligen revolutionären Umschwungs in der Nutzung von Grundwasser zu lösen.

Im folgenden komme ich auf die Terrassenfelder zu sprechen, deren Anlage kraftvoll voranzubringen ist.

Bei uns gibt es noch 62 000 Hektar Felder an Berghängen, die sich in Terrassenfelder verwandeln lassen. Im voraus müssen wir lückenlose Vorbereitungen treffen, damit dieses Vorhaben von der zweiten Hälfte des nächsten Jahres an konzentriert in Angriff genommen werden kann.

Mit der Verwandlung der genannten Flächen in Terrassenfelder läßt sich der Getreideertrag bedeutend steigern.

Wie ich hörte, hat man früher auf Hangschlägen bei Mais einen Hektarertrag von 800 kg erzielt, in den letzten Jahren hingegen durch eine optimale Düngergabe 1,2 t. Eine Ernte von 2 t Mais auf solchen Feldern ist schwer erreichbar. Die Terrassierung von Hangschlägen und die Installierung eines Bewässerungssystems machen einen Maisertrag von 6 bis 8 t pro Hektar möglich. Wenn man 62 000 Hektar Hangfelder mit einem Hektarertrag von 6 t terrassiert, können dort insgesamt 372 000 t Mais eingebracht werden. Dieser Ertrag auf Feldern, auf denen man früher nur 1,2 t je Hektar erntete, bedeutet eine Steigerung um 4,8 t auf der gleichen Flächeneinheit und schließlich eine zusätzliche Produktion von 300 000 t Mais. Das ist eine enorme Menge. Mit 300 000 t Mais kann man 100 000 t Schweinefleisch produzieren.

Die terrassierten Hangschläge sind effektiv zu nutzen. Das ist eine Voraussetzung, um das gesteckte Ziel der Produktion von 10 Mio. t Getreide zu erreichen. Da seit einigen Jahren auf den Feldern Fabriken und Straßen entstehen, gehen die Anbauflächen immer mehr zurück. Folglich kann man weder den Getreideertrag erhöhen noch die Bevölkerung genügend mit Nahrungsgütern versorgen, wenn die terrassierten Hangschläge nicht effektiv genutzt werden.

Solche Felder bieten einen besseren Anblick und machen die Mechanisierung der Feldarbeiten möglich, wodurch die Arbeit der Bauern erleichtert wird. Die Verwandlung der Felder an Berghängen in Terrassenfelder ist vorteilhafter als das Urbarmachen von Marschland. Man ist aber gegenwärtig nicht darum bemüht, weil mit dem Heranfahen von Steinen ein großer Transportaufwand verbunden ist. Die derzeitigen Terrassierungsmethoden machen den Einsatz vieler Arbeitskräfte und Transportmittel erforderlich. Wenn man sie aber zu diesem Zweck abzieht, kann andererseits der Ackerbau nicht gesichert werden.

Der Kreis Kangdong hat zum Anlegen von 100 Hektar Terrassenfeldern des GLB Hari fast alle Arbeiter seines Kreises und darüber hinaus noch etliche Kräfte aus anderen GLB eingesetzt. Obwohl das Mauern der Steindämme dieser Felder sehr arbeitsaufwendig war, sind sie nicht breit genug und stürzen immer wieder ein.

Das verbietet es uns, die derzeitige Methode weiterhin anzuwenden. Maßnahmen sind einzuleiten, um dieses Vorhaben mit industriemäßigen Verfahren leichter zu bewältigen. Das ist ohne große Mühe möglich, wenn das Ministerium für Baustoffindustrie große Mengen Zement produziert.

Das Anlegen von Terrassenfeldern durch Aufschichten von Betonfertigteilen ist sehr zu begrüßen. Das Verschalen, um betonieren zu können, bringt einen großen Verbrauch an Holz mit sich. Deshalb können Terrassen auch mittels vorgefertigter Betonteile oder in steinreichen Gegenden auch mit Steinen gemauert werden. Diese Methoden machen es möglich, breite Terrassenfelder anzulegen und das Einstürzen ihrer Treppen zu verhindern.

Der Entwurf über das Anlegen von Terrassenfeldern mit Zement ist mit der gebotenen Gründlichkeit zu erarbeiten. Der von den Agrarfunktionären ausgearbeitete Entwurf besagt, daß für die Schaffung von 1 Hektar Terrassenfeld mehr als 100 t Zement benötigt werden. Demzufolge würde man für das Anlegen von 62 000 Hektar Terrassenfeldern eine Unmenge Zement aufwenden müssen. Da dieser Entwurf nicht auf konkreten Kalkulationen basiert, können wir uns nicht nach ihm richten.

Er muß der Realität entsprechen. Im Staatsplan ist vorzusehen, im Herbst in einigen Ortschaften versuchsweise Terrassenfelder anzulegen, wofür von nun an lückenlose Vorbereitungen zu treffen sind. Auf industriemäßigem Wege, also mit Zement, soll man 15 bis 20 Felder verschiedener Größe, so z. B. von 20, 30, 50, 60 und 100 Hektar Fläche, schaffen und auf diese Weise in Erfahrung bringen, wieviel von diesem Baumaterial für ein Hektar benötigt wird und wie die Projektierungen am rationellsten anzufertigen sind. Auf dieser Grundlage muß man ab der zweiten Hälfte des nächsten Jahres – nach Abschluß des Baus von Brunnen – die Kräfte des Bewässerungsanlagenbaus und der Dorfbautrupps für die Terrassierung einsetzen und dieses Projekt kraftvoll voranbringen.

Da 62 000 Hektar Hangschläge nicht in einem Jahr terrassiert werden können, muß die Realisierung dieses Vorhabens planmäßig erfolgen. Im Staatsplan hat man vorzusehen, jährlich 12 000 bis 20 000 Hektar Terrassenfelder anzulegen. Dann wird es uns gelingen, im zweiten Planjahrsiebt die gesamten 62 000 Hektar Hangschläge zu terrassieren.

Die Erweiterung der Anbaufläche setzt voraus, in großem Maßstab Marschland zu erschließen. Von nun an sind gründliche Vorbereitungen zu treffen, damit wir dieses Vorhaben ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres voller Kraft anpacken können.

Abschließend möchte ich noch auf einige andere Probleme eingehen.

Der Bezirk Süd-Hwanghae bat uns, die Einsatzzeit der Saisonkräfte zu verlängern, was bei den Angestellten, Studenten und Armeeingehörigen zwar möglich, bei den Arbeitern aber ausgeschlossen ist.

In der Leichtindustrie läuft gegenwärtig die Textilproduktion wegen Mangels an Arbeitskräften nicht normal. Die Arbeiter müssen zurück, sobald ihre Einsatzzeit abgelaufen ist.

Wir müssen viele Pferdebohnen anbauen.

Dabei handelt es sich um eine nützliche Kultur, die früh reift, sehr ertrag- und eiweißreich ist. Heute morgen stellte ich auf dem Versuchsfeld für diese Kultur im Landwirtschaftsbetrieb Nr. 7 fest, daß sie bereits ausgewachsen ist und mit dem Reifen begonnen hat.

Auch im Kreis Onchon, Bezirk Süd-Phyongan, wo diese Kultur ebenfalls versuchsweise angebaut wird, steht die Saat gut. Ich hatte ihren Anbau schon einmal getestet; damals waren die Ergebnisse aber schlecht, so daß ich darauf verzichtete. Diesmal sieht es aber gut aus, womöglich hat man das Saatgut gut vorbehandelt. Ich dachte, daß Pferdebohnen nur im Bezirk Ryanggang gut gedeihen, aber das ist nicht zutreffend. Man wird bei dieser Pflanze einen hohen Ertrag erzielen können, wenn man das Saatgut in diesem Bezirk vermehrt und es dann in der Umgebung von Pyongyang anbaut.

Eine Dichtpflanzung bringt bei diesem Hülsenfrüchtler eine reiche Ernte, weil er sich eigentlich nicht bestockt. Der Landwirtschaftsbetrieb Nr. 7 baute bei dieser Kultur 133 Pflanzen je Phyong an, also etwa 400 000 Pflanzen je Hektar, die jeweils durchschnittlich 14 Hülsen ansetzten. Wenn die Pflanzen 10 Hülsen haben, soll ein Hektarertrag von mehr als 5 t möglich sein. Bei einem Anbau von 400 000 Pflanzen je Hektar, die jeweils 14 Hülsen mit jeweils 4 Körnern bilden, ergeben sich über 22 Mio. Körner. Die Pferdebohne wiegt zweimal mehr als andere Bohnen. Da 1000 Körner anderer Bohnen etwa 200 g wiegen, kann bei dieser Pflanze also ein Hektarertrag von über 8 t erzielt werden. Das ist sehr viel.

Die Bestellung mit diesem Hülsenfrüchtler macht einen zweimaligen Anbau im Jahr möglich. Da die Pferdebohnen im Juli geerntet werden, können als Folgefrucht noch Rettiche und andere Kulturen angebaut werden.

Die Pferdebohne wird in China, in der Gegend um Kunming, und in europäischen Ländern viel kultiviert.

Allem Anschein nach hat man diese Kultur bei uns früher nicht

angebaut. Ich halte es für richtig, daß unsere Biologen einmal feststellen, seit wann dies bei uns geschieht. Während des Krieges gab ich ihr den heutigen Namen „Borakhong“.

Sie enthält wenig Öl und ist sehr eiweißreich. Die Eiweißfrage harret bei uns gegenwärtig noch einer Lösung, und zwar sowohl für die menschliche Ernährung als auch für die Weiterentwicklung der Viehwirtschaft. Um dieses Problem zu klären, befaße ich mich mit Experimenten für den Anbau von verschiedenen Bohnen, und die Pferdebohne erweist sich dabei als nützlichste Art. Nach Abschluß verschiedener Anbauversuche ist sie künftig in großem Maßstab zu kultivieren.

Die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirksparteikomitees sollten, sobald sie zurückgekehrt sind, die Landwirtschaft und die zentralgeleitete Industrie unter Kontrolle nehmen und wirksam anleiten. Natürlich sind sie für die gesamte Arbeit ihrer Bezirke zuständig. Für das Bildungs- und Kulturwesen sowie die mit dem Leben des Volkes in Verbindung stehende örtliche Industrie sind die Vorsitzenden der Bezirksvolkskomitees gemeinsam mit den Vorsitzenden der Bezirks-, Stadt- und Kreisverwaltungskomitees verantwortlich, während die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirksparteikomitees in der einen Hand die Landwirtschaft und in der anderen die Industrie, insbesondere die zentralgeleitete Industrie, in den Griff zu nehmen und voranzubringen haben.

**GESPRÄCH MIT EINER  
DELEGATION DES INTERNATIONALEN  
VERBINDUNGSKOMITEES ZUR SELBSTÄNDIGEN  
FRIEDLICHEN VEREINIGUNG KOREAS**

*15. Juni 1978*

Ich danke Ihnen, daß Sie die große Entfernung zurückgelegt haben, um die DVRK zu besuchen, und heiße Sie herzlich willkommen.

Sie sagten soeben, Herr Delegationsleiter, daß Sie sich noch lange gesellschaftlich betätigen könnten, da man in Korea heutzutage nicht mehr den 60., sondern erst den 90. Geburtstag als Beginn des Lebensabends betrachtet, so daß Ihnen noch viele arbeitsame Jahre verbleiben. Ich denke, Ihre Äußerung ist sehr zutreffend, und wünsche Ihnen sowie allen Ihren Begleitern beste Gesundheit.

Ich möchte mich bei Ihnen auch im Namen des ganzen koreanischen Volkes dafür bedanken, daß Sie in der internationalen Arena in jeder Hinsicht leidenschaftlich für die Unterstützung der großen Sache unseres Volkes, der Vereinigung des Vaterlandes, wirken.

Die Frage der Vereinigung Koreas ist keineswegs einfach. Gegenwärtig stehen wir unmittelbar den US-Imperialisten gegenüber, die Südkorea besetzt halten und nicht aufgeben wollen. Das Problem der Vereinigung Koreas hängt direkt mit diesen Ewiggestrigen zusammen, die die Weltherrschaft zu erlangen beabsichtigen.

Aus diesem Grunde ist Ihre nachhaltige Unterstützung unseres Volkes in seinem Ringen um die Vereinigung seines Landes eine gerechte Sache, und unser Kampf kann erst dann den Sieg davontragen, wenn er von den fortschrittlichen Menschen der Welt wie Ihnen aktiv unterstützt wird.

Die demnächst in Tokio, Japan, stattfindende Zweite Internationale Konferenz zur Unterstützung der selbständigen friedlichen Vereinigung Koreas ist von überaus großer Bedeutung.

Wenn sie dank Ihrer unermüdlichen Bemühungen ergebnisreich verlief und viele andere Weltforen stattfänden, könnten weltweit gewichtige Meinungen über die Frage der Vereinigung Koreas erweckt werden. Das wäre eine große Hilfe für den Kampf unseres Volkes und ermöglichte es ferner, die südkoreanische Bevölkerung stärker aufzurütteln sowie die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft zu beschleunigen.

Die bevorstehende Zweite Internationale Konferenz zur Unterstützung der selbständigen friedlichen Vereinigung Koreas wird besonders stark das Erwachen des japanischen Volkes beeinflussen. Außerdem wird sie den japanischen Reaktionären vor Augen führen, welche Meinung die Völker vertreten, die für die selbständige friedliche Vereinigung Koreas eintreten.

Wie ich immer wieder hervorhebe, gleicht das Park-Chung-Hee-Regime – bildlich gesprochen – der Roßhaarkappe, die früher die koreanischen Greise trugen. Diese Kappe wird nur durch zwei Schnüre auf dem Kopf gehalten. Das Park-Chung-Hee-Regime greift in die Luft, ohne sich am Volke festzuhalten, und wird wie diese Kappe nur durch zwei Schnüre gehalten. Eine Schnur stellen die US-Imperialisten und die andere die japanischen Reaktionäre dar. Das Park-Chung-Hee-Regime kommt zu Fall, falls nur eine von ihnen durchgeschnitten wird. Mit anderen Worten, dieses Regime geht zugrunde, wenn sich die US-Imperialisten aus Südkorea zurückziehen oder die japanischen Reaktionäre nicht mehr hinter ihm stehen.

Die südkoreanische Bevölkerung unterstützt das Park-Chung-Hee-Regime nicht und will die Vereinigung des Landes. In letzter Zeit demonstrierten in Südkorea die Studentinnen und Studenten der Frauenhochschule Rihwa, der Hochschule Yonse und der Universität Seoul gegen diese „Macht“. Das beweist, daß sie nicht die Unterstützung der Bevölkerung hat.

Während der Okkupation unseres Landes durch die japanischen Imperialisten diente Park Chung Hee als Offizier in der japanischen

Armee. Er war, ist und bleibt ein Lakai Japans. Er ist zugleich Helfershelfer der USA. Die südkoreanische Bevölkerung weiß wohl, daß er ein historischer Landesverräter ist.

Sie weiß auch genau, daß wir die wahren Patrioten sind.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in unserem Lande sind eher ein Kampf zwischen Vaterlandsliebe und Landesverrat als einer zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

In Südkorea treten heute nicht nur die Kommunisten gegen Park Chung Hee auf. Von seiner Marionettenclique grausam unterdrückt, gingen sie in die Illegalität. Diejenigen, die sich derzeit dort legal diesem Verräter widersetzen, sind einstige namhafte Persönlichkeiten, unter denen sich u. a. ein ehemaliger Präsident, Geistliche und Intellektuelle befinden. Sie begehren nicht etwa deshalb gegen die Park-„Macht“ auf, weil sie Kommunisten sind. Sie fordern die Vereinigung, weil sie wissen, daß die Teilung Koreas zur Verewigung seiner Spaltung führt. Die südkoreanische Bevölkerung sehnt die Vereinigung des Landes herbei und kämpft gegen das Park-Regime.

Jetzt versuchen die USA, die Teilung Koreas zu verewigen. Das ist ihr strategischer Kurs.

Sie wollen in Korea die gleiche Lage schaffen wie in Deutschland. Aber die Situation in Korea ist anders als die in Deutschland.

In meiner Rede auf der Massenkundgebung zur Begrüßung des Generalsekretärs der SED während seines Besuches bei uns wies ich klar darauf hin, daß sich die Korea- und die Deutschlandfrage voneinander unterscheiden.

Deutschland überfiel als ein faschistischer Staat andere Länder und wurde besiegt. Die Länder Europas könnten bei seiner Wiedervereinigung von ihm bedroht werden. Deshalb sind viele von ihnen gegen diese Wiedervereinigung.

Unser Land war aber eine Kolonie, und unser Volk war der Unterdrückung ausgesetzt. Wir haben niemals ein anderes Land überfallen. Das koreanische Volk lebte als eine homogene Nation 5000 Jahre zusammen. Es gibt keinen Grund, die Spaltung unseres Landes zu verewigen.

Selbst unser vereinigtes Land wird für das Ausland keine Gefahr sein.

Unsere Nachbarstaaten sind alle großen Länder. Könnte es selbst ein vereinigtes Korea denn wagen, China und die Sowjetunion oder auch Japan und die USA zu bedrohen?

Im Gegenteil, unser Land wird von anderen Ländern bedroht. Korea ist in Gefahr, von ihnen zergliedert zu werden. Südkorea ist schon das Opfer großer Länder. Deshalb muß unser Land unbedingt wieder vereinigt werden.

Manche Leute bestehen gegenwärtig auf der „Theorie der kreuzweisen Anerkennung“. Sie besagt, daß die USA und Japan uns anerkennen werden, wenn China und die Sowjetunion Südkorea anerkannt haben. Wir sind dagegen.

Zur Verhütung der „Überkreuzanerkennung“ der Feinde erläutern wir den uns unterstützenden Japanern, daß wir vor der Vereinigung unseres Landes keine staatlichen Beziehungen zu Japan anknüpfen werden. Denn das würde bedeuten, daß wir den USA, die danach trachten, „zwei Korea“ zu etablieren, tatsächlich ins Garn ihrer aggressiven Strategie gehen.

Auch die französische Regierung will, wie mir berichtet wurde, unser Land anerkennen, wenn die sozialistischen Länder Beziehungen zu Südkorea aufgenommen haben. Auf solch eine Anerkennung mit Vorbedingungen verzichten wir. Wir haben auch nicht die Absicht, unverzüglich zwischenstaatliche Beziehungen mit Frankreich aufzunehmen. Gegenwärtig genügt es uns, mit den Franzosen Handel zu treiben und gegenseitige Besuche zu verwirklichen.

Das Eingehen auf die „Theorie der kreuzweisen Anerkennung“ brächte eine Verewigung der Spaltung unseres Landes mit sich und wäre ein unauslöschliches Verbrechen gegen unsere Nation und unsere Nachfahren.

Gegenwärtig gibt es in unserem Land keinen „drohenden Überfall auf den Süden“, sondern einen drohenden Überfall auf den Norden. Wie ich schon heute morgen dem Präsidenten der Republik Ruanda sagte, gibt es in Südkorea z. Z. eine Marionettenarmee von einer Million Mann und mehr als 40 000 US-Soldaten, die über Atombomben und unzählige Flugzeuge verfügen. Und in Japan befinden sich viele Militärbasen.

Wir aber haben zahlenmäßig nur eine kleine Armee. Die Feinde selbst haben eine Angabe veröffentlicht, der zufolge unsere Armee nur 400 000 Mann zählt. Die Zeitschriften der USA, Japans und Großbritanniens brachten die gleiche Angabe. Unsere Bevölkerungszahl erlaubt uns keine größere Streitmacht. Die Feinde aber schwafeln von einem „drohenden Überfall auf den Süden“.

Im allgemeinen muß die angreifende Seite ein doppelt so starkes Kontingent wie die verteidigende haben. Trotzdem behaupten die Feinde, daß wir beabsichtigen, mit unserer 400 000 Mann starken Streitkraft Südkorea anzugreifen, wo sich 1 040 000 Söldner eingenistet haben. Selbst jemand mit wenig Militärwissen wird sofort feststellen können, daß dies eine Erfindung ist.

Die südkoreanischen Marionetten schwafeln lautstark davon, daß die US-Truppen in Südkorea verbleiben müßten, weil die kommunistische Armee des Nordens angreifen könnte. Das ist nichts anderes als eine Ausrede.

Wir erklärten mehrmals, daß wir nicht die Absicht haben, den Süden zu überfallen und Südkorea den Kommunismus aufzuzwingen.

Wir wollen die beiden Ordnungen in Nord- und Südkorea unverändert belassen und nach der Bildung einer konföderativen Regierung unter einer einheitlichen Staatsbezeichnung der UNO beitreten.

Nur eine Handvoll von Reaktionären Südkoreas ist für den Eintritt unseres Landes als „zwei Korea“ in die UNO, was zur Verewigung seiner Spaltung führen würde. Dem können wir keinesfalls beipflichten.

Wir Koreaner können unser Land selbst friedlich vereinigen, wenn in Südkorea eine demokratische Macht errichtet wird. Solch eine Macht setzt den Abzug der US-Truppen voraus. Anderenfalls läßt sich die südkoreanische Gesellschaft nicht demokratisieren. Solange diese Truppen dort verbleiben, wird Park Chung Hee unter deren Schirmherrschaft die südkoreanische Bevölkerung weiter unterdrücken. Nur auf die Yankees und Japaner gestützt, spielt er sich auf.

Zur Aufrechterhaltung seines Regimes betrügt er die Bevölkerung und betreibt Lügenpropaganda, der zufolge der Norden angeblich den Süden überfallen und ihm den Kommunismus aufdrängen will. Wir

haben den Amerikanern mehrmals vorgeschlagen, einen Friedensvertrag zwischen unserem Land und den USA abzuschließen. Wir können den Waffenstillstand, der weder Frieden noch Krieg ist, ja nicht ewig aufrechterhalten! Kommt ein Friedensvertrag zwischen unserem Land und den USA zustande und ziehen die US-Truppen aus Südkorea ab, kann die Koreafrage von den Koreanern selbst auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden. Aber die US-Amerikaner gehen auf unsere Vorschläge nicht ein. Das zeugt davon, daß sie Südkorea weiterhin besetzt halten wollen.

Carter hält nicht sein Wahlversprechen. Jetzt ist davon die Rede, daß die US-Truppen erst nach der Modernisierung der südkoreanischen Marionettenarmee abgezogen werden. Ich weiß nicht, bis zu welchem Grade sie diese Armee noch modernisieren und vergrößern wollen. Gegenwärtig zählt sie schon eine Million Mann, vielleicht soll sie in Zukunft auf 2 Mio. oder gar 3 Mio. Mann erweitert werden.

Meiner Meinung nach läuft auch die Äußerung Carters über den Abzug der US-Truppen aus Südkorea darauf hinaus, die Völker der Welt hinters Licht zu führen. Wozu läßt er denn ununterbrochen Militärmanöver durchführen, wo er doch vom Abzug seiner Truppen redet?

Auch in diesem Jahr fanden in Südkorea großangelegte militärische Übungen statt, eine von ihnen war die größte ihrer Art nach dem Krieg in Korea. In dem einen Jahr nach Verlautbarung der Absicht Carters über den Abzug der in Südkorea stationierten US-Soldaten flogen die Bombenflugzeuge der US-Armee aus Okinawa, Japan, 29 Mal zum Training des Bombenabwurfs nach Südkorea. Ihren Worten nach sollten sie sich mit dem Luftweg nach Südkorea vertraut machen, was aber eine Heuchelei ist. Die modernen Flugzeuge können ihre Ziele auch ohne vorheriges Üben erreichen, wofür sollten Flugübungen also noch notwendig sein? Weshalb veranstalten sie das Bombenabwurftraining gerade in Südkorea, gibt es doch auch in der Umgebung von Okinawa viele entsprechende Übungsplätze? Mit ihren fortgesetzten Kriegsübungen in Südkorea verfolgen sie das Ziel, uns sowie die südkoreanische Bevölkerung einzuschüchtern. Sie erhalten in unserem Lande nach wie vor die Spannungen aufrecht und bedrohen uns.

Aus diesem Grunde ist es zur Entspannung in Korea notwendig, die Weltöffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam zu machen.

Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie sich trotz Ihres Alters aktiv um die Unterstützung der Vereinigung Koreas bemühen.

Ich denke, Ihre Anstrengungen für die Vereinigung unseres Landes werden nicht vergebens sein. Der Tag, an dem die südkoreanische Bevölkerung wachgerüttelt sein wird und die Koreaner selbst den Weg der Vereinigung Koreas finden, wird unbedingt kommen.

Verzeihen Sie bitte, daß meine Ausführungen so lange gedauert haben.

Wenden Sie sich bitte künftig an unsere Genossen, wenn Sie sich mit der Situation in unserem Land und anderen Fragen vertraut machen möchten.

Es freut mich sehr, Sie, als Freunde, heute kennengelernt zu haben.

Aus Zeitmangel konnten wir diesmal kein langes Gespräch führen. Ich bitte Sie, sich künftig mehr Zeit für Ihren Besuch bei uns zu nehmen. Dann werden wir uns viele Stunden unterhalten können.

Ich danke Ihnen.

## **ÜBER EINIGE AKTUELLE WIRTSCHAFTSAUFGABEN DES BEZIRKES NORD-PHYONGAN**

**Rede auf der erweiterten Tagung des Parteikomitees  
des Bezirkes Nord-Phyongan der PdAK**

*25. bis 26. Juli 1978*

An der heutigen erweiterten Tagung des Parteikomitees des Bezirkes Nord-Phyongan nehmen Mitglieder des Bezirksparteikomitees, verantwortliche Funktionäre Ihres Bezirkes, Mitarbeiter des ZK der PdAK, die für die Leitung der ökonomischen Angelegenheiten und der örtlichen Parteiorganisationen zuständig sind, verantwortliche Mitarbeiter der Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates wie auch des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee teil.

Während des diesmaligen Aufenthalts in Ihrem Bezirk bildete ich Leitungsaktivs aus Mitarbeitern des ZK und des Wirtschaftskomitees des Zentralen Volkskomitees, um mich mit den ökonomischen Angelegenheiten Ihres Bezirkes vertraut zu machen. Ich informierte mich einerseits über die Landwirtschaft und andererseits über den Bau des Chemiewerkes Ponghwa, die Errichtung eines Eisenhüttenwerkes, den Ausbau des Erzbergwerkes Tokhyon sowie über das Werk „8. August“, die Maschinenfabrik Rakwon, das Werk „3. April“, das Erzbergwerk Changsong wie auch die Produktion von Waren des täglichen Bedarfs und die Entwicklung der örtlichen Industrie.

Auf der Grundlage der Untersuchungen der ökonomischen Angelegenheiten des Bezirkes Nord-Phyongan möchte ich auf seine Hauptaufgaben eingehen.

Als erstes zum Bereich Landwirtschaft.

Gegenwärtig steht in Ihrem Bezirk die Saat sehr gut. Während meiner Anreise hier nach Nord-Phyongan konnte ich feststellen, daß es um den Ackerbau besser bestellt ist als in den vorangegangenen Jahren. Auch die Funktionäre, die mit Pkw hierher kamen, sagen einmütig, daß die Felder ausgezeichnet gedeihen. Diese Meinung teilten alle, sowohl die, die aus Richtung Thaechon, als auch die, die aus Richtung Unsan angereist sind. Am Tag, als ich hier eintraf, beauftragte ich per Telefon den stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee damit, sich nach der Lage der Landwirtschaft des Bezirkes insgesamt zu erkundigen. Auch seinem Bericht nach steht das Getreide zweifelsohne gut, was sehr zu begrüßen ist.

Gewöhnlich wüteten in Nord-Phyongan jedes Jahr um den 30. Juli heftige Stürme, die Schäden anrichteten. Ich denke, daß Ihr Bezirk im laufenden Jahr eine hohe Ernte erzielen wird, wenn in den nächsten Tagen diese nicht losbrechen. Bei guter Arbeit scheint Ihr Bezirk dieses Jahr das Ziel der Getreideproduktion von 1,5 Mio. t, das ich ihm gestellt habe, erreichen zu können.

Verpflichtet haben sich in diesem Jahr der Kreis Unjon mit seinen 8600 Hektar Reisfeldern zur Steigerung des Hektarertrages von 7 t im Vorjahr auf 8,5 t, der Kreis Ryongchon (12 000 Hektar) von 6 t im Vorjahr auf 8 t, der Kreis Jongju (7900 Hektar) von 6,3 im Vorjahr auf 8 t und der Kreis Yomju (9800 Hektar) von 6 t im Vorjahr auf 7,6 t. Diese Kreise haben einen ausgezeichneten Reisanbau gesichert.

Im Kreis Ryongchon, wo es um den Reisbau besonders gut steht, erwartet der Genossenschaftliche Landwirtschaftsbetrieb (GLB) Yangso auf seinen 1300 Hektar einen Hektarertrag von 8,5 t, der GLB Sinam 9 t und der GLB Jangsan 8,7 t. Es rechnet im Kreis Yomju der GLB Tobong, der über 628 Hektar Reisfelder verfügt, mit einem Hektarertrag von 8,5 t und der GLB Samgae mit 8,4 t, im Kreis Cholsan der GLB Thongchon mit 9,1 t, im Kreis Tongnim die GLB Moksadae und Ansan mit 9,5 t bzw. 9,4 t, im Kreis Kwaksan der GLB Wonpho mit 8,5 t, im Kreis Jongju die GLB Chimhyang und Osan mit 9,5 t bzw. 8,5 t, im Kreis Unjon der GLB Unha mit 9,1 t sowie die GLB Posok und Songhak mit je 9,2 t und im Kreis Pakchon die GLB

Ryulgok und Tansan mit 8,5 t bzw. 9 t.

Der GLB Yaksu, Kreis Changsong, hat die Verpflichtung übernommen, dieses Jahr pro Hektar 7 t Reis zu ernten. Dieser Kreis sieht vor, im laufenden Jahr im Kreismaßstab einen Hektarertrag bei Reis von 6 t zu erzielen, was bedeutet, daß er in diesem Punkt das Flachland einholt.

Da sich die Bauern dieses Kreises früher im Reisbau nicht zurechtfinden, konnten sie auf einem Hektar nur 2,5 t ernten. Es gelang ihnen jedoch, die Reiserträge stufenweise zu erhöhen, weil sie getreu meinen Hinweisen auf die Felder reichlich neue Erde auffuhren, Reissetzlinge in Frühbeeten auf Trockenfeldern aufzogen und den Reisfeldern Wasser zuführten, das sich während des Flusses in langgestreckt angelegten Gräben erwärmt hat. Insbesondere in jüngster Zeit konnten sie sich dank der konsequenten Einführung der einheimischen Ackerbaumethode hoher Erträge erfreuen, die denen im Flachland nicht nachstehen.

Der Maisbau ist Ihrem Bezirk ebenfalls gelungen. In diesem Jahr erwarten im Kreis Nyongbyon der GLB Ryonghwa einen Hektarertrag von 7,5 t, im Kreis Uiju die GLB Taehwa und Ryongun 7,2 t bzw. 8 t, im Kreis Thaechon der GLB Hakdang 7,5 t, in der Stadt Kusong der GLB Namsan 7 t, im Kreis Pihyon der GLB Samsang 7 t und im Kreis Sakju der GLB Kumbu 8 t sowie im Kreis Changsong der GLB Kumya 6,5 t. In diesen GLB, die sich meistens in einem Gebiet der mittleren Höhenlage befinden, lag früher die Feldarbeit im argen; in diesem Jahr aber steht es damit sehr gut.

Die im laufenden Jahr in Ihrem Bezirk zu erwartende hohe Ernte ist darauf zurückzuführen, daß das Bezirksparteikomitee und die ihm unterstehenden Parteiorganisationen die Agrarpolitik und die einheimische Ackerbaumethode der Partei hervorragend verwirklicht haben. Das verdient meine hohe Anerkennung.

Ferner danke ich den Mitarbeitern der Parteikomitees und der Komitees zur Leitung der GLB jener Kreise, die ich wegen ihrer zufriedenstellenden Leistungen im Feldbau weiter oben besonders erwähnt habe, sowie den anderen Agrarfunktionären, den Leitungsmitgliedern der GLB und allen Genossenschaftsbauern, ja auch

sämtlichen Werktätigen, die der Landwirtschaft aktiv geholfen haben.

Es ist von großem Belang, in Ihrem Bezirk einen guten Ackerbau zu sichern. Er hat schon allein deshalb die Pflicht, einen hohen Getreideertrag zu erzielen, weil er zu den wichtigen Getreideanbaugebieten unseres Landes gehört. Darüber hinaus stellt er ein Gebiet dar, das im Kriegsfall zu einer bedeutenden Basis unseres Hinterlandes werden soll. Dieser Mission kann er nur dann voll gerecht werden, wenn er von nun an die Landwirtschaft gut betreibt.

Dieses Jahr wurde der Termin der Frühbeetaussaat vorverlegt, was allem Anschein nach zu einem wichtigen Wendepunkt bei der Weiterentwicklung der Agrarproduktion geworden ist. Als ich in diesem Frühjahr, nachdem ich mich mit den Verhältnissen der Landwirtschaft des Bezirkes Nord-Hamgyong vertraut gemacht hatte, den Termin für die Reis- und Maisaussaat festlegte, ergriff ich gleichzeitig Maßnahmen dafür, auch in den Gebieten an der Westküste diesen Termin vorzuverlegen. Das übte einen starken Einfluß auf das Gelingen des diesjährigen Ackerbaus aus.

Die Untersuchungen in diesen Tagen ergaben, daß die GLB Ihres Bezirkes gemäß der von mir gestellten Aufgabe die Frühbeetaussaat bei Reis rechtzeitig vorgenommen haben. Als Ergebnis konnte man resistente Setzlinge züchten und frühzeitig umpflanzen, die auch bedeutend mehr Seitentriebe als in den üblichen Jahren bildeten. Beim Mais wurde das Wachstum anfangs zwar wegen der hereingebrochenen Trockenheit ein wenig behindert, nun aber steht es damit im allgemeinen gut, weil es zur Zeit der Blütenbildung geregnet hat.

Das Parteikomitee Ihres Bezirkes hat dieses Jahr die Beschlüsse und Direktive der Partei gewissenhaft durchgesetzt.

Weil bisher im Bezirk die Frühbeetaussaat bei Reis nicht rechtzeitig erfolgte, war es ihm nicht möglich, widerstandsfähige Setzlinge zu ziehen. Bislang soll man sie in der Zeit von Anfang April bis zum 20. April vorgenommen haben. Angeordnet wurde aber, die Reisumpflanzung bis zum 25. Mai abzuschließen. Also betrug die Wachstumszeit der Setzlinge in den Frühbeeten nur 35 bis 40 Tage. Weil man solche Jungpflanzen umpflanzen mußte, war weder eine volle Sicherung ihrer Vegetation noch eine starke Bestockung möglich. Im

laufenden Jahr aber brachte man das Saatgut um den 15. März in den Boden und begann etwa vom 5. bis 10. Mai mit der Auspflanzung von Reissetzlingen, die so durchschnittlich 50 bis 55 Tage in den Frühbeeten heranwachsen konnten.

Wenn wir durch einen guten Ackerbau viel Getreide produzieren, können wir ohne große Sorgen leben, selbst wenn z. B. ein Mangel an Textilien herrschen sollte. Das ist der Grund, weshalb ich bereits unmittelbar seit der Befreiung in der Landwirtschaft die wichtigste Frage beim ökonomischen Aufbau sah, mich für deren Lösung einsetzte und schon vor langer Zeit die Losung „Düngemittel bedeutet Reis und Reis bedeutet Sozialismus!“ ausgab. Schon seit eh und je betrachteten unsere Vorfahren den Ackerbau als die Hauptsache auf Erde und maßen der Landwirtschaft große Bedeutung bei.

Es ist sehr wichtig, hohe Ernten zu erzielen, da die Welt insbesondere infolge der Auswirkungen der polaren Kaltluft von einer tiefgreifenden Lebensmittelkrise heimgesucht wird. Unzählige Menschen müssen hungern, weil gegenwärtig in vielen Ländern der Ackerbau unbefriedigend betrieben wird. Angaben zufolge gibt es in einem Land 500 000 und in einem anderen Land 1,5 Mio. Menschen, die dem Verhungern nahe sind. Ich habe mir sagen lassen, daß die Welt 500 Mio. Unterernährte zählt. Bei uns aber ißt sich jeder satt.

Dieser Tage äußert man in den Bezirken immer wieder die Meinung, daß wegen Nichtentleerung der Speicher in den GLB große Schwierigkeiten entstehen, weil bald das frisch geerntete Getreide eingefahren wird, aber der Staat das Lagergetreide nicht schnell genug abtransportiert. Da die staatlichen Getreidelager nicht rechtzeitig entstehen und Benzin knapp ist, wird das in den Speichern der GLB angehäuften verjährte Korn nicht kurzfristig abtransportiert. Trotz allem: Wie gut ist es, daß wir jetzt noch in den Speichern große Vorräte an Getreide von früheren Jahren haben! Wir werden gesamtstaatlich noch größere Getreidevorräte anlegen können, wenn wir dieses Jahr den Ackerbau mit einem guten Ergebnis abschließen und viel Getreide erzeugen.

Aufgabe Ihres Bezirkes ist es, die beim diesjährigen Ackerbau gewonnenen Erfahrungen zum Tragen zu bringen und künftig die

Agrarproduktion ununterbrochen zu steigern.

Die Erhöhung der Getreideerträge setzt voraus, beizeiten gründliche Vorbereitungen auf den Feldbau zu treffen und in der geeigneten Zeit die Frühbeete zu bestellen.

Obwohl in Ihrem Bezirk dieses Jahr eine hohe Ernte zu erwarten ist, traten bei den Saisonvorbereitungen Unzulänglichkeiten auf. Da der Termin für die Frühbeetaussaat von Reis plötzlich vorverlegt wurde, mußte man sie ohne vollständige Vorbereitung der Beete vornehmen und in manchen Gebieten wegen Mangels an Strohmatte die Jungpflanzen bisweilen ohne Abdeckung züchten. Hätte man in Ihrem Bezirk ausreichend Strohmatte, Windschutzstrozäune, Saatgut und Saatgutbeizmittel angeschafft und im voraus genügend Beete angelegt, wäre es dieses Jahr um den Ackerbau noch besser bestellt.

Es ist unerläßlich, aus dem diesjährigen Feldbau Lehren zu ziehen und entsprechende Vorarbeiten für das kommende Jahr zu leisten. Wenn man von nun an u. a. Humusboden, Plastfolie, Strohmatte und Windschutzstrozäune in vorbildlicher Weise bereitstellt, kann man nächstes Jahr in den Frühbeeten gesunde Jungpflanzen aufziehen und auf einem Hektar 10 t Reis ernten.

Während der Untersuchungen in diesen Tagen mußte ich feststellen, daß manche GLB Ihres Bezirkes die Vorbereitungen für die kommende Saison vernachlässigen. Pfähle und ähnliche Dinge könnten auch schon von jetzt an ohne weiteres beschafft werden, was man aber, wie mir mitgeteilt wurde, erst im kommenden Frühjahr zu tun beabsichtigt. Pfähle, Bogenstangen u. s. w. müssen ab sofort angefertigt werden, statt im bevorstehenden Frühjahr alles in Hektik bereitstellen zu wollen.

Der Termin für die Reisaussaat in Frühbeeten ist möglichst vorzuverlegen, und sie ist kurzfristig zum Abschluß zu bringen.

Die diesjährigen Erfahrungen zeigen, daß das von ausschlaggebendem Vorteil ist. Dem Berichtmaterial zufolge sind die Bauern in der Lage, die Frühbeetaussaat vorfristig, also in etwa 10 Tagen, zu schaffen.

Die bisherige lange Dauer dieser Saatbestellung hängt in nicht geringem Maße davon ab, daß das Landwirtschaftskomitee keine exakte Anleitung gegeben hat.

Es hat weder eine einwandfreie diesbezügliche Vorschrift an die unteren Ebenen geschickt noch eine richtige Anleitung gesichert. In der von ihm verschickten Vorschrift heißt es, daß die Frühbeetaussaat bei Reis vom 20. März bis 10. April, also innerhalb von 20 Tagen, erfolgen müsse. Da zudem keine wirksame Anleitung erfolgte, zog sich diese Saatbestellung rund einen Monat in die Länge und dauerte bis zum 20. April. Weil die vorzeitige Umpflanzung der Reissetzlinge nach dem verspäteten Abschluß dieser Aussaat Eile hatte, mußte man Jungpflanzen versetzen, die nur 3 bis 4 Blätter hatten. Geeignet sind eigentlich Reissetzlinge mit 5 bis 6 Blättern.

Es war ein großer Erfolg, daß im laufenden Jahr dieser Fehler korrigiert und die Reisaussaat rechtzeitig vorgenommen wurde. Durch die diesjährigen Erfahrungen haben sich die Bauern von dem Vorteil frühzeitiger Saatbestellung überzeugt und sich verpflichtet, künftig damit ab 15. März anzufangen. Sie erkennen erst dann die Überlegenheit der fortgeschrittenen Ackerbaumethoden und führen sie ein, wenn sie in der Praxis davon überzeugt sind. Anderenfalls, also nur durch gutes Zureden, übernehmen sie sie kaum. Da sie es aber in diesem Jahr selbst erlebt haben, wissen sie nun genau darüber Bescheid, daß es besser ist, die Reisaussaat in Frühbeeten zeitig zu beginnen und so schnell wie möglich zu beenden.

Meiner Meinung nach ist es am besten, in Ihrem Bezirk diese Arbeit in der Zeit vom 15. bis 25. März zu verrichten. Sie muß spätestens Ende März abgeschlossen sein. Dann ist es möglich, die Jungpflanzen 50 Tage lang im Frühbeet aufzuziehen und deren Umpflanzung bis zum 20. Mai zum Abschluß zu bringen. In manchen Bezirken will man damit vom 10. März an beginnen, was problemlos geschehen kann, wenn jedem Phyong Frühbeet 35 bis 40 kg Humus zugeführt werden. Für Ihren Bezirk ist es aber sicherer, mit dieser Aussaat erst am 15. März anzufangen.

Der Bezirk Nord-Phyongan muß also ab nächstes Jahr die Frühbeetaussaat bei Reis vom 15. März an beginnen und in 10 bis 15 Tagen abschließen.

Es ist sehr wichtig, auch beim Maisbau das Prinzip – geeignete Kulturen zur rechten Zeit – konsequent einzuhalten.

Die getopften Maisjungpflanzen sind im Prinzip nach dem späten Frühjahrsreif zu versetzen. Auch dann tritt in Ihrem Bezirk noch keine Unreife des Maises auf. Also ist es überflüssig, die Umpflanzung von Maissetzlingen vorzeitig vorzunehmen. Man darf sie aber auch nicht zu sehr verschieben. Insbesondere ist es in den Gebieten, wo Schäden durch Taifune entstehen können, von Vorteil, die Verpflanzung möglichst frühzeitig durchzuführen. Das ist eine Voraussetzung dafür, die durch Taifune bedingten Schäden zu verhüten und einen sicheren Maisbau zu garantieren. In manchen Gebieten, darunter auf der Halbinsel Cholsan, setzen Ende August oder Anfang September Taifune ein. Um in diesen Gegenden derartigen Verlusten vorzubeugen, müssen die Maissetzlinge möglichst zeitig ausgepflanzt werden.

Ihr Bezirk sollte sich nicht in Sicherheit wiegen, nur weil es in den letzten Jahren keinen Taifun gegeben hat. Man muß voraussehen, daß er zu jeder Zeit eintreten könnte, und Maßnahmen einleiten, um die dadurch verursachten Schäden zu verhindern. Es ist auch nicht in Ordnung, daß man weder Schritte zur Verhütung von Hochwasserschäden ergreift noch einen einzigen Wassergraben aushebt, nur weil es in den jüngsten Jahren nicht zu Überschwemmungen gekommen ist und man sich daher sicher fühlt. Niemand weiß, wann es Regengüsse gibt, die zu Überschwemmungen führen, obwohl jetzt die Trockenheit andauert. Wenn man tatenlos herumsitzt und keine Wassergräben am Rande der Felder aushebt, können diese bei Hochwasser überflutet werden und dadurch große Schäden entstehen. Von alters her zieht man Wassergräben an den Feldern. Das sollte man im Jahr dreimal – im Frühjahr, im Sommer und im Herbst – wiederholen. Die Funktionäre in der Landwirtschaft richten aber darauf kaum ihr Augenmerk und geben keine wirksame Anleitung.

Im laufenden Jahr hat Ihr Bezirk beim Maisbau in umfassendem Maße getopfte Setzlinge verpflanzt, was zu begrüßen ist. Deshalb gedeihen die Maisfelder sehr gut. Da gegenwärtig die Wirkungen der polaren Kaltluft sehr stark sind, ist eine sichere, hohe Maisernte erst dann erreichbar, wenn getopfte Setzlinge umgepflanzt werden. Man sollte im kommenden Jahr diesen Anteil weiter erhöhen. Da noch nicht alle Feldarbeiten mechanisiert sind, ist der Maisbau mit getopften

Setzlingen noch mit großem Aufwand an Mühlen und Arbeitskräften verbunden. Trotzdem muß dieses Verfahren weiterhin gefördert werden. Es ist nicht schlecht, für die Auspflanzung der Setzlinge auch mal die Studenten und Schüler zu mobilisieren.

Beim Reisbau kommt es darauf an, die Setzlinge maschinell auszupflanzen.

Zur Steigerung des Reisertrags je Hektar ist es erforderlich, gesunde Setzlinge aufzuziehen und deren Umpflanzung in der Zeit vom 5. bis 20. Mai abzuschließen. Bei Umpflanzung nach dem 20. Mai nimmt dementsprechend der Ertrag ab. In den letzten Jahren durchgeführte Versuche ergaben bei einer eintägigen Verspätung der Auspflanzung nach dem 20. Mai einen Rückgang des Hektarertrages um 100 kg, nach dem 25. Mai um 200 kg und um den 30. Mai um 1 t im Vergleich zum 25. Mai.

Es gibt zwei Wege zum saisongemäßen Abschluß der Umsetzung der Reissetzlinge. Der eine besteht in dem Einsatz vieler Arbeitskräfte und der andere in der Mechanisierung. Der Einsatz vieler Arbeiter behindert aber die Industrieproduktion und erschwert die erfolgreiche Erfüllung des zweiten Siebenjahrplans. Deshalb müssen ab nächstes Jahr die Reissetzlinge mit Maschinen verpflanzt werden, anstatt wie in diesem Jahr dafür eine große Anzahl von Arbeitern zu mobilisieren. Die Maschinen ermöglichen es, mit wenigen Arbeitskräften die Auspflanzung schneller und in guter Qualität zu beenden.

Wenn man die manuelle mit der maschinellen Umpflanzung vergleicht, so ist die letztere zweifelsohne überlegen, weil dabei die Setzlinge nicht so tief in den Boden gesteckt und ein gutes Wachstum sowie die exakte Staudenzahl je Phyong gewährleistet werden. Das wurde beim diesjährigen Reisbau in Ihrem Bezirk eindeutig bewiesen. Im kommenden Jahr muß der Anteil der Mechanisierung bei der Auspflanzung der Setzlinge um jeden Preis bedeutend erhöht werden.

Es ist schon eine große Leistung, wenn im nächsten Jahr dieser Anteil im Landesmaßstab auf 75 bis 80 Prozent steigen würde. Erreichen wir durch ein unermüdliches Ringen dieses Ziel, so können wir einen stabilen Reisbau sichern.

In den ausgedehnten Ebenen der Kreise Unjon, Jongju, Kwaksan

und Ryongchon in Ihrem Bezirk sind die Reispflanzmaschinen mit Maschinen zu versetzen.

Für die Mechanisierung dieses Vorhabens muß man das Verhältnis zwischen Traktoren und Reispflanzmaschinen exakt festlegen und dementsprechend diese Arbeitsmittel bereitstellen. Nach den diesjährigen Versuchen im GLB Chongsan in der Stadt Taean ist es am rationellsten, einer Reispflanzmaschine einen Traktor zuzuteilen. Deshalb wurde auf der Beratung der Agrarfunktionäre, die im vorigen Monat stattfand, die Anordnung erteilt, die GLB mit diesen Arbeitsmitteln nach dem Prinzip 1 zu 1 zu versorgen, das künftig strikt einzuhalten ist.

In Ihrem Bezirk soll im kommenden Jahr die maschinelle Umpflanzung auf 90 Prozent der gesamten Reisbaufläche möglich sein, wofür er zusätzlich 2800 Traktoren anfordert. Es wird offensichtlich schwierig sein, ihm soviel Traktoren zur Verfügung zu stellen.

Selbst wenn dieses Jahr deren Produktion wie geplant verläuft, können wir nur 2400 Traktoren nach Nord-Phyongan liefern. Das Problem besteht jedoch darin, ob die Fertigung wie geplant vor sich gehen kann. Vorgesehen ist, im Traktorenwerk „Kum Song“ bis zum Nationalfeiertag am 9. September jeden Monat 1200 Traktoren zu bauen. Aufgrund von Stockungen bei der Stahllieferung hat es aber Planrückstände. Diese Stückzahl ist unbedingt zu produzieren, selbst wenn dafür Stahl importiert werden müßte.

Da anscheinend die Traktoren nicht wie geplant hergestellt werden können, dürfen wir nicht nur einem Bezirk so viele bereitstellen. Nord- und Süd-Hamgyong wie auch andere Bezirke müssen unterschiedslos Traktoren erhalten. Daher schlage ich vor, Ihren Bezirk mit 2000 Stück zu beliefern.

Im Interesse der Mechanisierung der Reisumpflanzung müssen gleichzeitig mehr Reispflanzmaschinen hergestellt werden. Ich schlage vor, allen Betrieben, die sie bauen können, zu gestatten, deren Produktion aufzunehmen. In Ihrem Bezirk gibt es einen Betrieb, der Reispflanzmaschinen herstellt. Er hat Motoren von auswärts zu beziehen und viele solche Maschinen zu produzieren und auch zu reparieren.

In großer Stückzahl selbst herzustellen hat Ihr Bezirk auch Setzlingsstechmaschinen.

Es erweist sich als notwendig, viele Traktoristen und Maschinisten für Reispflanzmaschinen auszubilden und ihr technisch-fachliches Niveau zu heben.

Wenn die Maschinisten sehr geschickt sind, können sie mit einer Reispflanzmaschine pro Tag auf 3 Hektar Jungpflanzen setzen. Deshalb muß man dafür sorgen, daß sie auf diese Arbeit festgelegt bleiben, und eine lückenlose Erziehungs- und Versorgungsarbeit leisten, damit sie ihren Dienst gut zu versehen vermögen.

Ihr Bezirk will die Kapazität des Kleintraktorenmontagewerkes erweitern und fordert viele Werkzeugmaschinen an. Eine Kapazitätserweiterung dieses Betriebes sollte momentan jedoch noch nicht erfolgen.

Auch die großen Traktorenwerke mit hohem technischem Niveau können ihre Produktionskapazitäten nicht auslasten, weil ihnen unzureichend Stahlgut geliefert wird. Unter diesen Umständen ist es doch überflüssig, das Kleintraktorenmontagewerk, das ein niedriges technisches Niveau hat, unter großem Einsatz von vielen Maschinen und Arbeitskräften auszubauen und ihm Stahlmaterial bereitzustellen, damit es Erzeugnisse von niedriger Qualität fertigt. Ihr Bezirk braucht nur Kleintraktoren zu erhalten, die im Bezirk Süd-Phyongan gebaut werden. Außerdem ist es auch schwierig, Ihrem Bezirk die angeforderten Werkzeugmaschinen sofort zur Verfügung zu stellen. Also sollte man auf den Ausbau des Kleintraktorenmontagewerkes verzichten.

Wir wollen diesmal Ihrem Bezirk keine gesonderte Montageaufgabe für Kleintraktoren erteilen. Diese Aufgabenstellung würde ohnehin keinen großen Nutzen bringen.

Es ist von großem Belang, die Betriebe für Traktorenersatzteile modern auszustatten und deren Herstellung zu steigern. Den Bezirken sind für diesen Zweck Ausrüstungen und Material zur Verfügung zu stellen. Das entlastet die Traktorenwerke und ermöglicht ihnen, die Produktion zu erhöhen.

Zur Steigerung des Nutzungsgrades der Traktoren müssen mehr

Anhängegeräte gebaut werden. Wie viele Traktoren die Dörfer auch besitzen mögen – sie können nicht effektiv eingesetzt werden, wenn ihnen keine solchen Landmaschinen zur Verfügung stehen. Verschiedene Anhängegeräte, darunter zum Düngen und Versprühen von Pflanzenschutzmitteln, sind in großer Stückzahl herzustellen.

Ihr Bezirk verlangt Elektromotoren, Transformatoren, Pumpen, Stromleitungen und andere für die Bewässerung notwendige Ausrüstungen und Materialien. Es ist zu empfehlen, ihn damit zu versorgen, wenn diese im Staatsplan vorgesehen sind.

Des weiteren ist es unumgänglich, Humusboden und Düngemittel in ausreichender Menge vorzubereiten und wissenschaftlich fundiert anzuwenden.

Da das Frühjahrswetter kühl ist und die Aussaat zeitig erfolgt, muß man zur Gewährleistung der Temperatur in den Frühbeeten viel Humusboden aufschütten. In den Gebieten nördlich von Jongju sollte man bei der Reisaussaat in Frühbeeten am 15. März pro Phyong 35 kg Humus zuführen und am 10. März 40 kg. Je früher die Aussaat erfolgt, desto mehr Humusboden ist notwendig.

Nachdem man durch frühzeitige Frühbeetbestellung resistente Jungpflanzen gezogen und rechtzeitig umgesetzt hat, ist ein wissenschaftlich fundiertes Düngungssystem konsequent einzuführen.

Hierbei geht es darum, die Düngemittel entsprechend den Vegetationsbedingungen von Reis auf mehrere Male verteilt zuzuführen.

Den Vorteil dieser Methode haben die praktischen Erfahrungen klar bewiesen. Bei mehrmaliger Düngung kommt es darauf an, das Düngerverhältnis in der vegetativen und generativen Wachstumsperiode richtig festzulegen. Das trägt dazu bei, daß der Reis sich stark bestockt, schnell wächst und alle Seitentriebe große Ähren mit vielen Körnern ansetzen, die gut ausreifen, weshalb auch das Gewicht von 1000 Körnern groß ist.

Die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees, die Vorsitzenden der Bezirkslandwirtschaftskomitees und der Kreiskomitees zur Leitung der GLB sollten eine gewissenhafte Anleitung dahingehend leisten, so daß in den GLB in der

vegetativen und generativen Wachstumsperiode richtig gedüngt wird.

Ferner ist die rechtzeitige Düngung von Bedeutung.

Die Düngung ist unbedingt zur rechten Zeit vorzunehmen; ist der richtige Zeitpunkt verpaßt, nützt sie überhaupt nichts. Das ist, übertragen auf den Menschen, damit gleichzusetzen, daß er zur jeweiligen Mahlzeit rechtzeitig essen muß. Ebenso wie man sich Verdauungs- oder Magenbeschwerden zuziehen kann, wenn man die Nahrung nicht beizeiten, sondern verspätet zu sich nimmt, übt auch das Düngemittel auf die Reispflanze keine Wirkung aus, wenn es nicht rechtzeitig, sondern verspätet ausgebracht wird.

Da man dieses Jahr kräftige Jungpflanzen gezüchtet und sie frühzeitig versetzt hat, bildeten sie viele Seitentriebe. Während bei Reis im Landesmaßstab die durchschnittliche Zahl der Seitentriebe je Phyong im Vorjahr 1200 bis 1300 betrug, beläuft sie sich in diesem Jahr in fast allen Bezirken auf über 1500. Aus Mangel an Düngemitteln zur Förderung der Rispenbildung konnte aber nicht dementsprechend gedüngt werden, weswegen die gebildeten vielen Seitentriebe womöglich keinen gewaltigen Beitrag zur Ertragssteigerung leisten werden.

Wie zehn Menschen Nahrungsmittel für zehn und hundert Menschen welche für hundert brauchen, so benötigt die Reispflanze mit vielen Seitentrieben dementsprechend mehr Dünger. Man hat Hunger, wenn das Essen, das für zehn Menschen zgedacht ist, von hundert verzehrt wird. Ebenso setzt die stark bestockte Reispflanze, wenn sie ungenügend gedüngt wird, wegen Unterernährung immer weniger Rispen an, die obendrein eine geringe Zahl von Körnern aufweisen und schlecht reifen.

Aufgrund ungenügender Zuführung von Düngern, die das Rispentreiben fördern, muß nun der Reisbau in diesem Jahr große Verluste hinnehmen, die allem Anschein nach mindestens 500 000 t betragen werden. Es ist sehr schade und bedauerlich, daß wir das feststellen müssen, wo doch die Saat sehr gut steht, weil die Bauernschaft emsig gearbeitet und das gesamte Land vom Frühjahr an zugepackt und die Dörfer tatkräftig unterstützt hat.

Selbst wenn es etwas verspätet scheint, müssen wir von nun an

darum ringen, diese Dünger zusätzlich zuzuführen. Sämtliche Düngemittel, über die wir gegenwärtig verfügen, sollten zu diesem Zweck eingesetzt werden, und wir müssen uns auch anstrengen, um die Dünger zur Förderung der Kornbildung durch althergebrachte Mittel zu ergänzen. Urin und Mist von Rindern enthalten viel Stickstoff. Auf die Reisfelder sind diese Ausscheidungen wie auch ausgehobener Boden aus Viehställen zu fahren.

Als Dünger zur Förderung der Rispenbildung gelten nicht nur Stickstoffdüngemittel. Zu empfehlen ist, sie ein wenig mit Phosphordüngern gemischt zuzuführen. Wenn man jetzt Phosphordüngemittel zur Verfügung hat, so sollten sie in der genannten Weise zur Förderung der Rispenbildung eingesetzt werden.

Die ungenügende Düngung für die Rispenbildung in diesem Jahr rührt vor allem daher, daß der Plan für die Düngemittelproduktion aufgrund verantwortungsloser Arbeit des Ministeriums für Chemieindustrie und des Verwaltungsrates nicht erfüllt wurde.

Zur Erfüllung dieses Plans hätten die beiden Leitungsgremien bereits im Vorjahr den Zustand der Ausrüstungen des Vereinigten Düngemittelwerkes Hungnam bis ins Detail untersuchen und Maßnahmen einleiten müssen, um Kompressoren und andere veraltete Ausrüstungen auszutauschen. Hätte man in diesem Betrieb importierte neue Kompressoren installiert, selbst wenn dafür einige zehntausend Tonnen Reis hätten exportiert werden müssen, wäre der diesjährige Düngemittelproduktionsplan erfüllt worden und es nicht vorgekommen, daß aus Mangel an Düngemitteln keine Düngung zur Förderung der Rispenbildung erfolgen konnte.

Bereits unmittelbar nach der Befreiung hob ich in der Düngemittelfabrik Hungnam die Frage der Düngemittelproduktion mit Nachdruck hervor. Der Verwaltungsrat maß ihr jedoch keine Bedeutung bei und ergriff keinerlei Schritte für die Rekonstruktion der alten Kompressoren. Folglich arbeitete dieses leistungsfähige Werk nicht ständig und hat nun Planrückstände.

Die Kompressoren im Vereinigten Düngemittelwerk Hungnam sind, hergestellt in den zwanziger Jahren, überholt und deshalb durch neue zu ersetzen. Ohne Umtausch der alten Ausrüstungen, vor allem der

Kompressoren, kann das besagte Werk seinen Plan nicht erfüllen.

Das Harnstoffwerk des neu erbauten Vereinigten Chemiewerkes „Jugend“ hat ihren diesjährigen Plan überboten. Sie kann bei guter Leitungstätigkeit über ihre Kapazität hinaus Düngemittel erzeugen, da sie gänzlich mit neuen Ausrüstungen versehen ist. Die leitenden Mitarbeiter dieses Betriebes sorgen ständig dafür, daß die Ausrüstungen mit Voraussicht gut gewartet und instand gesetzt werden.

Die ungenügende Düngung zur Rispenbildung in diesem Jahr ist ferner darauf zurückzuführen, daß das Ministerium für Außenhandel verantwortungslos gearbeitet hat.

Es hatte sich verpflichtet, in diesem Jahr aus dem Ausland Düngemittel einzuführen, und exportierte 25 000 t Harnstoff, importierte aber nicht beizeiten die Dünger, die wir benötigen. Diese Menge Harnstoff übersteigt 50 000 t Standarddüngemittel, was eine enorme Menge ist. Mit 50 000 t Düngemittel kann man gegenwärtig schon eine ganze Menge anfangen.

Es war durch und durch falsch, daß das Ministerium für Außenhandel Dünger exportierte, aber nicht rechtzeitig importierte. Dafür müssen seine Mitarbeiter die Verantwortung tragen. Wenn keine klaren Maßnahmen zur Einfuhr von Düngemitteln getroffen waren, hätte es unsere Dünger nicht ausführen dürfen. Es kommt ja auch vor, daß wir selbst die Waren in unseren Lagern in der Zeit, in der wir sie gerade brauchen, nicht beliebig verwenden können, weil sie nicht beizeiten herantransportiert werden, geschweige denn, daß es nicht einfach ist, in der landwirtschaftlichen Hochsaison Düngemittel für den Eigenbedarf zu importieren. In der Arbeit dieses Ministeriums macht sich der Subjektivismus immer noch stark bemerkbar.

Die unzureichende Düngung für die Rispenbildung im laufenden Jahr ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß der Plan für die Düngemittelproduktion aufgrund unbefriedigender Tätigkeit des Verwaltungsrates und des Ministeriums für Chemieindustrie nicht erfüllt und vom Ministerium für Außenhandel Dünger lediglich ausgeführt, aber nicht rechtzeitig eingeführt wurde. Die verantwortungslose Arbeit von Funktionären zieht, wie man sieht, solche großen Folgen nach sich. Es ist eine überaus gefährliche Sache,

daß man mit Düngemitteln sein Spiel betreibt.

Die Verantwortung für die mangelhafte Zuführung der genannten Dünger in diesem Jahr tragen auch die Bezirke.

Die dort erfolgte überflüssige mehrmalige Gabe von Düngemitteln zur Förderung der Bestockung führte zu großen Verschwendungen. Beispielsweise hat Ihr Bezirk mehrmals diese Dünger eingesetzt, obwohl das umsonst war, weil resistente Jungpflanzen rechtzeitig umgesetzt worden waren, so daß sich auch ohne Düngung viele Seitentriebe gebildet hätten. Wozu war diese Gabe also notwendig? Mehr noch: Es war nicht in Ordnung, daß Düngemittel durch unüberlegte Zuführung, für die keine Notwendigkeit bestand, vergeudet wurden, zumal ja sogar eine Versammlung per Telefon darüber abgehalten wurde, mit Düngemitteln sparsam umzugehen, weil die Lage in diesem Bereich angespannt ist. Es wäre richtig gewesen, sich bei der Düngung nach der Düngemittellage des Landes zu richten, selbst wenn im Staatsplan vorgesehen war, Dünger geliefert zu bekommen.

Die Bezirke Nord-Phyongan und Nord-Hamgyong erhielten weniger Dünger als andere Bezirke, weil der Transport nicht rechtzeitig abgewickelt wurde.

Die Bezirke Süd-Phyongan und Süd-Hamgyong bekamen dieses Jahr mehr Dünger als die anderen Bezirke, was aber keinesfalls davon herrührt, daß für sie mehr Dünger kontingentiert wurde. Manche Funktionäre denken, man hat diesen beiden Bezirken mit dem Ziel mehr Dünger geliefert, deren Landwirtschaft schneller voranzubringen. Sie irren sich aber. Die Düngemittelfabriken haben in diesem Jahr eine Zeitlang viel produziert. Allein das Harnstoffwerk des Vereinigten Chemiewerkes „Jugend“ stellte täglich 2500 t Stickstoffdünger her. Manchmal bestand sogar die Gefahr, daß die Düngerproduktion wegen des schleppenden Transports behindert würde. Deshalb riet ich telefonisch den Verantwortlichen Sekretären der Parteikomitees der beiden Bezirke, in denen es Düngemittelfabriken gibt, unter Mobilisierung aller Transportmittel ihre Produkte schnell zu befördern. Das ganze Jahr über, also auch im Winter und Frühjahr, haben die beiden Bezirke dafür LKW und Traktoren eingesetzt. So konnten sie

sich mehr Dünger beschaffen als die übrigen Bezirke, und der Kreis Anju z. B. holte sich mehr als ihm eigentlich zustand.

Die Bezirke Nord-Phyongan und Nord-Hamgyong aber beförderten keine Düngemittel, während die anderen Bezirke dabei waren. Obwohl ihnen dazu angeraten wurde, taten sie das nicht mit der Begründung, ihnen fehlen Strohsäcke und Fahrzeuge, und begannen sich erst in der Düngungssaison damit zu beeilen. Kann man denn ihrem Wunsch nachkommen, wenn sie in der Zeit, als die Dünger angehäuft dalagen, mit verschränkten Armen nichts taten und erst in der Düngungssaison, als keine Düngemittel mehr zur Verfügung standen, welche verlangten!

Künftig sollten die Bezirke genügend Strohsäcke herstellen und andere organisatorische Arbeiten leisten, damit die Düngemittel beizeiten befördert werden können. Auf diese Weise muß jeder Bezirk sein monatliches Kontingent herantransportieren und bei sich lagern. So können alle Bezirke gleichmäßig Düngemittel erhalten.

Es ist unerlässlich, von nun an die Produktion von Düngemitteln, die für die kommende Saison bestimmt sind, fest in die Hand zu nehmen und voranzubringen.

Vor allem sind umgehend Maßnahmen für den kontinuierlichen Betrieb des Vereinigten Düngemittelwerkes Hungnam einzuleiten.

Die Ausrüstungen, die für dessen Instandsetzung erforderlich sind, müssen durch den Abschluß eines entsprechenden Vertrages schnellstens importiert werden. Dazu sollen etwa 5 Mio. Pfund Sterling notwendig sein, wofür man nur 40 000 t Reis zu exportieren braucht. Das ist keine große Menge. Die durch die Steigerung der Düngerproduktion ermöglichte ausreichende Düngung versetzt uns in die Lage, nicht nur 40 000 t, sondern sogar Hunderte Kilotonnen Reis mehr zu ernten. Hätten wir dieses Jahr den Pflanzen ausreichend Dünger zur Förderung der Rispenbildung zugeführt, so würden wir bei Reis den Hektarertrag um 1,5 t erhöhen können. Das bedeutet im Landesmaßstab eine Steigerung der Reisernte um nahezu 1 Mio. t.

Neben den Maßnahmen für den Import neuer Ausrüstungen sind die vorhandenen gewissenhaft zu warten und zu überholen. Wenn bis zur Einfuhr neuer Anlagen – selbst wenn wir sie jetzt sofort bestellen würden – anderthalb Jahre vergehen, können wir mit deren Hilfe die

Düngemittel, die für die kommende Saison Verwendung finden sollen, kaum herstellen. Daher ist es dringend notwendig, die jetzigen Ausrüstungen gut zu warten und zu reparieren, damit ihre Betriebsfähigkeit gesichert ist.

Wie hervorragend das Vereinigte Düngemittelwerk Hungnam dies auch tut, es wird ihm zweifellos schwerfallen, eine kontinuierliche Produktion voll zu garantieren. Da seine Ausrüstungen zu sehr veraltet sind, wird es kaum Havarien wie Betriebsstörungen und korrosionsbedingte Rohrleitungsbrüche verhindern können und Schwierigkeiten haben, im kommenden Jahr die Düngemittelproduktion wie geplant zu sichern. Weil aber gegenwärtig die Stauseen in den Küstengebieten des Ostmeeres voll angestaut sind, wird es im nächsten Jahr nicht mehr vorkommen, daß die Düngemittelproduktion wie im laufenden Jahr unter Elektroenergieknappheit leidet.

Die Funktionäre des zuständigen Bereiches sollten, statt nur von der Normalisierung der Produktion durch sorgfältige Reparatur und Wartung der Ausrüstungen der Düngemittelwerke zu reden, dies in die Praxis umsetzen. Darauf kommt es an. In den die Landwirtschaft betreffenden Fragen müssen Wort und Tat übereinstimmen. Das Unrealisierbare hat man von Anfang an als solches zu betrachten und dafür andere Maßnahmen zu treffen. Sonst kann der Ackerbau zugrunde gerichtet werden.

Die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates sind verpflichtet, dem Vereinigten Düngemittelwerk Hungnam das nötige Material in ausreichendem Umfang bereitzustellen, damit es seine Ausrüstungen optimal warten und instand setzen kann.

Der Ausbau des Chemiewerkes Aoji ist zu beschleunigen.

Da es schwierig ist, die Produktion im Vereinigten Düngemittelwerk Hungnam kontinuierlich zu gewährleisten, kann das Harnstoffwerk des Vereinigten Chemiewerkes „Jugend“ allein die ganze Menge Düngemittel, die für den Ackerbau im nächsten Jahr erforderlich ist, nicht herstellen. Es wäre ein großes Problem, wenn dazu noch an Ausrüstungen dieser Fabrik Defekte auftreten oder andere Zwischenfälle passieren würden. Daher müssen wir weitere Düngemittelfabriken errichten.

Der Ausbau des Chemiewerkes Aoji muß durch einen Sturmangriff schnellstens zum Abschluß gebracht werden, denn die dazu benötigten Anlagen sind bereits importiert worden.

Dieses Vorhaben ist im Plan des nächsten Jahres, der einer erneuten Überprüfung bedarf, vorgesehen und muß um jeden Preis durch die Konzentration der Kräfte schnell vorangebracht und beendet werden, obwohl der Bezirk Nord-Hamgyong auch andere Bauobjekte hat, die ebenfalls kurzfristig fertigzustellen sind.

Die Kapazität der Düngerproduktion des Chemiewerkes Aoji ist nicht gering, weshalb die Beendigung seines Ausbaus es gestattet, die Instabilität in diesem Bereich zu beseitigen und Düngemittel zu bevorraten. Ein Vorrat von 400 000–500 000 t gibt den Bauern die Möglichkeit, eine ausreichende Düngung zu sichern.

Die Steigerung der Getreideproduktion im kommenden Jahr setzt eine lückenlose Vorbereitung für den bevorstehenden Ackerbau voraus.

Die Kraft ist vor allem auf die Gewinnung von Humus zu richten.

Zur Anlage von Frühbeeten für Reissetzlinge und zur Herstellung von Nährtöpfen für Maisjungpflanzen bewährte sich Mull am besten. Um ihn qualitätsgerecht und in großer Menge herzustellen, muß man u. a. viel Gras und Strauchwerk absicheln und verrotten lassen. Manche GLB befassen sich kaum damit, indem sie sich darauf berufen, daß es kein Gras usw. gäbe und es ihnen an Arbeitskräften mangle. Eine solche Einstellung kann nicht gutgeheißen werden. Selbst wenn sie Aushilfskräfte einsetzen müssen, haben sie das Gras- und Strauchscheiden in großem Maßstab voranzubringen. Man wird ohne weiteres die benötigte Menge Humus vorbereiten können, wenn man mehrmals im Frühling und Sommer Gras mäht. Recht viel Humus läßt sich schon allein dadurch gewinnen, daß man des öfteren das Gras an Feldrainen und auf Wasserkanaldämmen absichelt, wodurch diese Anlagen einen schönen Anblick bieten. Die GLB sollten tatkräftig eine Massenaktion für das Mähen von Gras und das Schneiden von Strauchwerk entfalten und große Mengen qualitätsgerechten Humus herstellen.

Die Plastfolien sind besser aufzubewahren und zu behandeln.

Es darf nicht vorkommen, daß man mit diesen gegen viel Valuta

importierten Folien nachlässig umgeht und sie dadurch unbrauchbar macht. Die GLB sind verpflichtet, dieses Material selbst zu inventarisieren, erforderlichenfalls auszubessern und sorgfältig aufzubewahren.

Es erweist sich als unerlässlich, Strohmatte und Windschutzstrohzeune, die im nächsten Jahr zum Abdecken bzw. Umspannen der Frühbeete gebraucht werden, zu 100 Prozent bereitzustellen und darüber hinaus alles, was zum Anlegen dieser Beete notwendig ist, gründlich vorzubereiten.

Ferner hat man konsequente Maßnahmen für den Schutz der Agrarkulturen vor Unwetterschäden einzuleiten und ab sofort lückenlose Vorbereitungen für die rechtzeitige Ernte zu treffen.

Des weiteren möchte ich auf die Frage des Baus von Getreidespeichern zu sprechen kommen.

Ihr Bezirk liegt im Hinterland, weshalb es von Belang ist, hier viele Getreidespeicher zu errichten.

Jedes Jahr wird diese Frage mit Nachdruck hervorgehoben. Ihr Bezirk und andere Bezirke machen zwar im Herbst immer viel Aufhebens davon, daß sie Speicher aufbauen, bleiben aber im darauffolgenden Frühjahr auf halbem Wege stehen. Der Verwaltungsrat und die Hauptverwaltung Erfassung und Getreidewirtschaft des Komitees für Dienstleistungen schenken der Errichtung von Getreidespeichern ebenfalls keine Aufmerksamkeit. Dieses Vorhaben darf keinesfalls vernachlässigt werden. Entstehen bis zum kommenden Herbst keine weiteren Speicher, wird sich die Lagerung von Getreide als ein Problem erweisen.

Die Funktionäre unterschätzen nicht nur deren Bau, sondern vernachlässigen auch die organisatorische Arbeit für den raschen Transport von Nahrungsgütern. Den einzelnen Gebieten stehen LKW zur Verfügung, weswegen das Getreide rechtzeitig befördert werden kann, wenn sie mit Kraftstoff versorgt werden. Solche Maßnahmen bleiben aber aus. Folglich schlagen manche GLB Lärm, daß Mais verdirbt, während die Getreideverarbeitungswerke wegen fehlender Rohstoffe die Gewinnung von Speiseöl für die Bevölkerung nicht wie erforderlich sichern können.

Man spricht vom Mangel an Lacken und organischen Lösungsmitteln und schlägt mir vor, für deren Herstellung Sojaöl zu importieren. Das wird aber überflüssig sein, wenn durch vorbildliche Arbeitsorganisation die Reiskleieölfabriken planmäßig betrieben werden. Aus Kleieöl können ohne weiteres u. a. Lacke, Lösungsmittel und Seifen erzeugt werden. Organisatorische Arbeit ist zu leisten, um diese Betriebe voll auslasten zu können.

Ehe das neue Getreide eingefahren wird, sollten die entsprechenden Speicher der GLB schnell entleert werden. Aufgabe des Verwaltungsrates ist es, auf einer Sitzung seines Präsidiums die Fragen der Errichtung von Speichermöglichkeiten und des Transports von Getreide zu erörtern und entsprechende konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Als nächstes möchte ich über die Weiterentwicklung der Viehwirtschaft durch die Nutzung des Berglandes sprechen.

Schon vor langer Zeit wies ich darauf hin, daß man im Kreis Changsong, der von Bergen umgeben ist, Pfeilwurz anbauen und auf dieser Grundlage in großem Maßstab Haustiere halten müsse. Nach dem Krieg mußte ich in diesem Kreis feststellen, daß das Leben der dortigen Einwohner kaum in Worte zu kleiden war. Trotz mühevoller Feldarbeit konnten sie sich nicht einmal die Nahrungsgüter für ein Jahr beschaffen. Deshalb siedelten wir sie ins Flachland, darunter nach Jongju, um. Sie kamen aber mit der Begründung zurück, daß das Wasser und die Luft schlechter seien als in ihrem Kreis. Da sie nun wieder in ihrer angestammten Heimat sind, leiteten wir im Interesse der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse eine Reihe von Maßnahmen ein, um die Agrarproduktion zu stimulieren und die Viehwirtschaft voranzubringen. Der Staat lieferte ihnen viele Gänse, Rinder und Schafe. Als sie dann aber kein Futter mehr hatten, haben sie sie alle geschlachtet. Ihnen noch so viele Tiere zur Verfügung zu stellen nützte gar nichts, ehe man ihnen nicht das Futterproblem lösen half. Daher stellte ich während der Vor-Ort-Anleitung dieses Kreises im Juli 1961 den dortigen Funktionären die Aufgabe, Pfeilwurz anzubauen und so die Futtermittelfrage zu lösen.

Auch die Kreise Sakju, Taegwan und Pyokdong erhielten die gleiche

Aufgabe. Um diese Methode zur Lösung der Futtermittelfrage im ganzen Land zu verallgemeinern, wurde sogar mit den Funktionären, die zur Teilnahme an der gemeinsamen Tagung der örtlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre gekommen waren, im August 1962 in der Gemeinde Kumya, Kreis Changsong, ein methodisches Seminar abgehalten.

Die Pfeilwurz ist ein Schmetterlingsblütler, dessen Wurzel sehr stärkehaltig ist. Seinerzeit stellten die antijapanischen Partisanen, wenn ihnen ihr Proviant ausging, daraus Stärke her und bereiteten damit Fladen und Klöße zu. Da sie auch den Menschen als Nahrung dienen kann, steht es fest, daß sie für Tiere als Futtermittel gut geeignet ist.

Ausländischen Materialien ist zu entnehmen, daß viele Staaten der Erde seit einigen Jahren das Bergland mit Pfeilwurz bestellen und sie in breitem Maße als Futtermittel anwenden. Diese Aufgabe habe ich bereits vor langer Zeit gestellt. Hätten unsere Funktionäre sie bewältigt, wäre unser Land reich geworden. Aber niemand hat ihr Bedeutung bemessen.

Die vor wenigen Tagen angestellten Untersuchungen zum Stand der Schaffung von Pfeilwurzwäldern im Kreis Changsong ergaben, daß selbst die angelegten Flächen unbrauchbar gemacht wurden. Deshalb unterzog ich den Verantwortlichen Kreispartei sekretär einer Kritik. In der gleichen Situation befinden sich die Kreise Sakju, Taegwan und Pyokdong. Unmittelbar nach dem Erhalt der Aufgabe legte der Kreis Taegwan zwar eine große Fläche Pfeilwurzwälder an, besitzt aber jetzt aufgrund einer nachlässigen Pflege in der Folgezeit nur 50 Hektar davon.

Die Parteiorganisationen der Kreise Changsong und Taegwan sollten sich ideologisch damit auseinandersetzen, daß die Aufgabe zur Schaffung von Pfeilwurzwäldern nicht erfüllt wurde.

In gebirgigen Kreisen wie den vier genannten ist es schwierig, das Futtermittelproblem durch den Anbau der Futterpflanzen Aeguk oder Kukhwa zu lösen, da dort die landwirtschaftliche Nutzfläche bemessen ist. Will man dieses Problem lösen, ohne dabei die Ackerflächen anzutasten, gibt es keinen anderen Weg, als daß man viel Pfeilwurz anbaut. Sie gedeiht gut auf niedrigen Bergen, auf Freiflächen an

Abhängen und auf Feld- und Wasserkanaldämmen.

Die Pfeilwurz ist sehr eiweißreich. Bei ihrer Verfütterung an Ziegen geben diese mehr Milch. Außerdem ist sie ein gutes Futtermittel für Hühner. Sie wächst auch beim Dichtanbau schnell und kann in einem Jahr mehrmals abgemäht werden, weshalb ihr Hektarertrag sehr hoch ist. Ausländischen Angaben zufolge erntet man bei Umsetzung von 1500 bis 2000 Jungpflanzen auf einem Hektar 70 t Grünfutter, aus denen sich 17 t Trockenfutter ergeben.

Getreu dem Kurs der Partei, in den Gebieten mit Bergen deren Gaben zu nutzen, sollte Ihr Bezirk in großem Maßstab Pfeilwurzwälder anlegen.

Der vorläufigen Erfassung nach beträgt im Kreis Changsong die Fläche, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden kann, 2400 Hektar. Wenn man diese Fläche mit Pfeilwurz bestellt, wird sich das Futterproblem in nicht geringem Maße lösen lassen. Vorausgesetzt, daß ein Hektar Pfeilwurzfeld 60 t Grünfutter liefert, kann dieser Kreis auf seine 2400 Hektar 144 000 t Grünfutter, das sind 38 000 t Trockenfutter, gewinnen. 1 kg getrocknete Pfeilwurz entspricht 280 g Futtereinheiten. Für die Erzeugung von 1 kg Hühnerfleisch verbraucht man 2 kg Futtereinheiten. Daher können aus 38 000 t Pfeilwurz mehr als 5000 t Hühnerfleisch produziert werden. Das ist sehr viel. Der Kreis Changsong sollte darum ringen, 2400 Hektar Pfeilwurzfelder anzulegen.

Der Kreis Taegwan soll über etwa 2800 Hektar verfügen, wo Pfeilwurzbestellung möglich ist. Wenn das verwirklicht ist, lassen sich damit die im Kreis befindliche Hühner- und Kaninchenfarm verwalten. Er hat bis zum kommenden Frühjahr 2800 Hektar mit Pfeilwurz zu bebauen, wie sich sein Verantwortlicher Parteisekretär verpflichtet hat.

Wie ich hörte, sei der Kreis Sakju in der Lage, 3400 Hektar Pfeilwurzfelder zu schaffen; bei Nutzung der Feldraine könnte sich diese Fläche sogar noch vergrößern. Aber auch nur 3400 Hektar wären schon ein recht gutes Ergebnis.

Der Kreis Pyokdong hat – wie sein Verantwortlicher Parteisekretär die Verpflichtung übernommen hat – auf 2200 Hektar Pfeilwurz anzubauen.

In den Kreisen Sakju und Pyokdong sieht man vor, die Schaffung dieser Felder innerhalb von 3 Jahren abzuschließen. Dieses Vorhaben sollte jedoch nicht derartig in die Länge gezogen werden. Bei einer guten organisatorischen Arbeit kann es kurzfristig beendet werden. In den Bergen dieser beiden Kreise gibt es viel Pfeilwurz, weshalb die Beschaffung der Wurzeln leicht ist, die für das Anlegen von besagten Feldern notwendig sind. Es geht nur darum, wie sie ihre Kräfte mobilisieren. Sie werden die Schaffung von Pfeilwurzwäldern innerhalb kurzer Zeit zum Abschluß bringen können, wenn sie den Fabriken, Institutionen, GLB und Lehranstalten jeweils einige Hektar zuweisen.

Die übrigen Kreise sollten sich ebenfalls aktiv dafür einsetzen. Zweifellos wird es den Kreisen im Flachland, wie z. B. dem Kreis Ryongchon, schwerfallen, große Flächen Pfeilwurz anzulegen. Die Kreise in den mittleren Höhenlagen wie Phihyon und Uiju vermögen ohne weiteres Pfeilwurzwälder zu schaffen.

Der zuständigen Abteilung des ZK der Partei und dem Landwirtschaftskomitee obliegt es, gut abgestimmte organisatorische Arbeit zu leisten, damit der Bezirk Süd-Hwanghae und alle anderen Bezirke den Kampf um die Schaffung dieser Wälder in breitem Maßstab entfalten.

Die Parteiorganisationen und die Agrarfunktionäre Ihres Bezirkes haben die Aufgabe, nach dem jetzigen erweiterten Plenum Schritte für die Verhinderung von Unwetterschäden bei den landwirtschaftlichen Kulturen einzuleiten, gründliche Vorbereitungen für die Ernte zu treffen und sich lückenlos für den nächstjährigen Ackerbau zu rüsten.

Die Probleme, die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft zentral zu lösen sind, wollen wir Mitte August bei der Zwischenauswertung der diesjährigen Saison zusammen erörtern und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dabei werden wir auch den Stand der Experimente zur Methode der Wasserwirtschaft auf wassergesättigten Reisfeldern auswerten.

Diese Methode ist überaus vorzüglich und entspricht den biologischen Prinzipien des Reises. Wenn die Reisfelder wassergesättigt sind, ohne sie ständig tief zu bewässern, dringt in den

Boden viel Sauerstoff ein, weshalb die Reispflanzen tiefe Wurzeln schlagen, die nicht verfaulen, und viele Seitentriebe hervorbringen. Diese Methode ist auch ein bewährtes Verfahren zur Einsparung von Wasser.

Bei dieser Methode geht es darum, die Reisfelder so zu bewässern, daß sie nicht austrocknen und ständig wassergesättigt bleiben.

Dieses Jahr wurde die Frage der Reisaussaat auf mit Folien abgedeckten Frühbeeten gelöst. Im kommenden Jahr haben wir vor, die genannte Methode der Wasserwirtschaft allgemein einzuführen.

Sie wurde im laufenden Jahr in einigen Gegenden ausprobiert, wobei die Ergebnisse nicht schlecht sind. Es wäre ratsam, in Ihrem Bezirk den Chefagronomen der Kreiskomitees zur Leitung der GLB die Experimente zu dieser Methode zu zeigen, die der Kreis Unjon durchführt.

Als zweites möchte ich auf die Industrie eingehen.

In Ihrem Bezirk gibt es viele Großbetriebe. Wir haben hier Maschinenfabriken und viele andere wichtige Werke angesiedelt. Diese Betriebe aber haben Planrückstände. Die Elektroenergielage des Landes hat sich entspannt, und Stahlgut wird auch in großer Menge hergestellt. Die Produktion in den Betrieben Ihres Bezirks jedoch steigert sich kaum. Das zeugt davon, daß die Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees die Anleitung dieser Betriebe vernachlässigen und die Betriebspartei Komitees die Produktion nicht wirksam lenken.

Ihr Bezirk ist dabei, viele neue Bauvorhaben, darunter die Errichtung des Chemiewerkes Ponghwa und den Ausbau des Werkes „8. August“, zu verwirklichen. Durch die Konzentration der Kräfte auf die laufenden Bauobjekte müssen die vorgesehenen Bauarbeiten schnell zum Abschluß gebracht werden.

Vor allem ist die erste Baustufe des Chemiewerkes Ponghwa bis Ende August zu beenden.

Allein durch seine Inbetriebnahme lassen sich die angespannte Kraftstofflage und andere Probleme vollständig überwinden. Nur wenn das besagte Werk schnell fertiggestellt wird, kann man das aus dem Ausland bezogene Erdöl wie erforderlich verarbeiten.

Die Errichtung dieses Betriebes stößt gegenwärtig auf

Verzögerungen beim Verlegen von Hochspannungsleitungen und Anschlußgleisen. Das müßte eigentlich zuerst vor allen anderen Arbeiten geschehen, ging aber umgekehrt vor sich, so daß es nun Behinderungen zur Folge hat.

Die Fertigstellung des Werkes ist von keinerlei Nutzen, solange es nicht an das Strom- und Eisenbahnnetz angeschlossen ist, denn weder die Produktion noch der Transport der Erzeugnisse können dann gewährleistet werden.

Ein weiterer Fehler bei der Errichtung des besagten Werkes besteht darin, daß die Bauarbeiten auf halbem Wege verändert wurden, statt sie wie geplant voranzubringen.

Im Vertrag, der im Zusammenhang mit der Errichtung dieses Betriebes mit einem anderen Land abgeschlossen wurde, ist vorgesehen, zur Gewährleistung der Kontinuität der Produktion und der Sicherheit des Betriebes eine Doppelleitung zu verlegen. Dieser Tage erfuhr ich aber, daß in erneuter Absprache mit den ausländischen Experten zunächst nur eine Stromleitung angeschlossen werden soll, und zwar aus dem Grund, daß es an einigen Materialien und Ausrüstungen, darunter Aluminiumdraht und 100-MW-Transformatoren, mangelt.

Hinsichtlich des Verlegens von Hochspannungsleitungen sollte man nicht mit den Ausländern feilschen, sondern sich nach dem anfänglichen Plan richten. Unsere Funktionäre hätten – statt selbst weniger arbeiten zu wollen – erwirken sollen, daß die Ausländer mehr schafften. Wenn sie so handeln, wird die Ehre des Chollima-Korea vor den Ausländern preisgegeben.

Das schleppende Vorankommen des Baus des Chemiewerkes Ponghwa ist darauf zurückzuführen, daß die Mitarbeiter des Verwaltungsrates und die zuständigen Funktionäre darauf kein Augenmerk richten und ihre Leitungstätigkeit vernachlässigen.

Angesichts der angespannten Kraftstofflage des Landes habe ich im Vorjahr wie auch in diesem Jahr mehrmals mit Nachdruck über den zu beschleunigenden Bau des Chemiewerkes Ponghwa gesprochen. Die Funktionäre haben aber überaus verantwortungslos gearbeitet. Verantwortliche Mitarbeiter des Verwaltungsrates wie auch viele andere

Funktionäre besuchten die Baustelle, konnten aber die schleppenden Bauarbeiten für das Verlegen der Stromleitungen nicht in die richtige Bahn bringen, ja berichteten uns nicht einmal von der tatsächlichen Lage. Eine solche Anleitung, bei der die Funktionäre wie Touristen eine Rundfahrt machen und zurückkehren, hat keinen Zweck, auch wenn sie noch so oft stattfindet.

Das Parteikomitee Ihres Bezirkes hat es ebenfalls versäumt, den Bau des Chemiewerkes Ponghwa wirksam anzuleiten und uns über die Schwierigkeiten beim Anlegen der Stromleitungen genau zu informieren. Über die auftauchenden Probleme bei diesem Vorhaben hätte es uns rechtzeitig Bericht erstatten sollen. Es tat dies aber erst in der letzten Bauetappe.

Große Anstrengungen sind für die schnelle Fertigstellung des genannten Werkes zu unternehmen.

Das Ministerium für Elektroenergie ist verpflichtet, durch die Konzentration all seiner Kräfte zuerst das Verlegen der Stromleitungen für das Chemiewerk Ponghwa zu beenden, selbst wenn artgleiche Arbeiten an anderen Bauobjekten zurückgestellt werden müßten.

Statt diese und jene Meinung im Zusammenhang mit dem Verlegen der Stromleitungen vorzubringen, hat man bedingungslos wie geplant Doppelleitungen vom Kraftwerk Suphung aus zu legen.

Aluminiumdrähte, die für den Bau der Hochspannungsleitungen notwendig sind, müssen so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt werden. Die erforderlichen Mengen von 270 t Aluminiumdraht für den Anschluß der Stromleitungen an das Chemiewerk Ponghwa sind aus dem Ausland zu beziehen, auch wenn wir dafür eine gewisse Summe an Valuten ausgeben müssen. 250 000 Pfund Sterling zu diesem Zweck wären in etwa angemessen. Sollte etwas von diesem Importmaterial übrigbleiben, könnte es zum Verlegen der Stromleitungen anderer Bauobjekte verwendet werden. Eine vertrauenswürdige Handelsgesellschaft ist damit zu beauftragen, binnen kurzer Zeit Aluminiumdraht zu importieren.

Stahlgut und anderes Material, das für das Verlegen von Stromleitungen notwendig ist, muß ebenfalls beizeiten zur Verfügung gestellt werden.

Wie mir mitgeteilt wurde, will jeder Kreis mehrere hundert Arbeitskräfte einsetzen, um die für den Bau der Stromleitungen erforderlichen Anlagen, darunter Gittermasten, und Materialien zu transportieren. Das muß aber mit Hubschraubern geschehen, und zwar bis zum Bergrücken. Die von den Kreisen mobilisierten Arbeitskräfte sollten diese Lasten nur bis dorthin befördern, wo die Hubschrauber landen. Auf diese Weise ist ein schneller Bauabschluß bei gleichzeitiger Erleichterung der Arbeit möglich.

Ein Transformator ist ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Zum Verlegen der Hochspannungsleitungen für das Chemiewerk Ponghwa soll noch ein 100-MW-Transformator erforderlich sein. Der leistungsgleiche Transformator, den das Schwermaschinenwerk Taean verwenden will, muß diesem Chemiebetrieb übergeben werden. Für das besagte Maschinenwerk ist ein neuer Transformator herzustellen.

Das Ministerium für Maschinenbau hat die zum Verlegen der Freileitungen benötigten Unterbrecher und Hängeisolatoren zu produzieren. Das Ministerium für Baustoffindustrie muß ihm 120 t Zement der Marke 200 liefern, der für die Herstellung von Hängeisolatoren notwendig ist. Es ist zu empfehlen, hierfür nicht Zement vom Zementwerk Chonnaeri, sondern in erster Linie den aus Komusan zu nutzen. Durch eine gute Organisation muß dieses Baumaterial schnell befördert werden.

Der Bau der Hochspannungsleitungen ist bis Ende August dieses Jahres bedingungslos abzuschließen, wobei die Ausrüstungen und Materialien erforderlichenfalls zu importieren, möglichst selbst zu produzieren und gegebenenfalls zu verlagern sind.

Zur Gewährung der Sicherheit des Chemiewerkes Ponghwa müssen neben dem Verlegen einer Doppelleitung vom Kraftwerk Suphung aus zusätzlich Maßnahmen für den Bau einer Reserveleitung ergriffen werden.

Da dieser Betrieb nicht von einem Stromausfall betroffen werden darf, muß er sicherheitshalber an mehrere Hochspannungsleitungen angeschlossen sein. Selbst wenn man eine Doppelleitung vom Kraftwerk Suphung aus verlegt, kann sie durch Blitzschlag in einen Freileitungsmast unterbrochen werden, weil beide Leitungen über ein

und denselben Gittermast gezogen sind. Deshalb kann die Sicherheit des Chemiewerkes Ponghwa selbst bei einer Doppelleitung nicht völlig gewährleistet werden. Gäbe es in der Nähe des besagten Betriebes ein Wärmekraftwerk, wäre es eigentlich besser, ihn durch eine weitere Stromkreisleitung mit diesem Werk zu verbinden. Da dies aber nicht der Fall ist, muß man Untersuchungen anstellen, um vom Wärmekraftwerk des Chemiefaserwerkes Sinuiju aus eine Freileitung für einen neuen Stromkreis zu verlegen. Hierbei würden keine großen Probleme auftreten, da das Chemiewerk Ponghwa nicht weit von diesem Kraftwerk entfernt liegt.

Werden die zwei 6-MW-Generatoren, über die das besagte Kraftwerk verfügt, voll ausgelastet, können 12 MW Strom erzeugt werden. Aus diesem Grunde muß man konkret berechnen, wieviel Strom zur ununterbrochenen Versorgung der bei Stromausfall explosionsgefährdeten Objekte im Chemiewerk Ponghwa benötigt wird, und Vorschläge erarbeiten, um von dem genannten Kraftwerk aus Freileitungen zu verlegen. Der Bau einer weiteren Hochspannungsleitung kann die Sicherheit des Chemiewerkes Ponghwa vollauf garantieren.

Das Chemiewerk Ponghwa hat seinerseits auch Maßnahmen zu ergreifen, um mit eigener Kraft Strom zu erzeugen. Da es über drei 65-Tonnen- Dampferzeuger verfügt, wird es, wenn man dort Generatoren montiert, nicht wenig Strom produzieren können. Stehen keine Generatoren zur Verfügung, so ist notfalls durch Importe dafür zu sorgen, daß welche aufgestellt werden.

Die Generatoren, die im Chemiewerk Ponghwa installiert werden sollen, sind unbedingt zur Verfügung zu stellen, ganz gleich, welcher Methode man sich dabei bedient, des Imports oder der Übernahme aus anderen Betrieben.

Ich betone noch einmal nachdrücklich: Zur Gewährleistung der Sicherheit dieses Werkes muß die autonome Stromversorgung durch das Verlegen von separaten Freileitungen als eine bedeutende Frage betrachtet werden, die richtig zu lösen ist.

Die zuständigen Bereiche haben dieses Problem ernsthaft zu erörtern und umgehend rationelle Maßnahmen einzuleiten. Der

Vorsitzende des Verwaltungsrates sollte sich in das Chemiewerk Ponghwa begeben, um diese Angelegenheit noch einmal zu überprüfen.

Rasch zu beenden ist auch der Bau der Eisenbahnanschlußgleise. Ich verstehe nicht, warum er nicht kurzfristig abgeschlossen, sondern in die Länge gezogen wird, obwohl er nicht mit so einem großen Pensum an Arbeit verbunden ist. Auf diesen Bau sind die Kräfte zu konzentrieren, damit er rasch zum Abschluß gebracht wird.

Dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen obliegt es, das Verlegen der Nachrichtenleitungen zwischen Sinuiju und dem Chemiewerk Ponghwa bis Ende August dieses Jahres abzuschließen.

Dem Chemiewerk Ponghwa sind die notwendigen Arbeitskräfte unbedingt bereitzustellen.

Ihm müssen zuallererst Baukräfte zur Verfügung gestellt werden, falls es daran mangeln sollte. Ferner sind auch die Arbeitskräfte beizeiten vorzubereiten, die für den Betrieb dieses Werkes erforderlich sind.

Die Einstellung der in diesem Werk benötigten Arbeitskräfte darf man nicht als eine mystische Angelegenheit betrachten. Man braucht nur einige wenige technische Kräfte von anderen Betrieben abzuziehen und die übrigen Stellen mit Oberschulabsolventinnen zu besetzen. Mädchen können in chemischen Fabriken feinfühlig, exakte, vorbildliche Arbeit leisten.

Das Ministerium für Materialversorgung hat auf schnellstem Wege das Sojaöl zu liefern, das zur Herstellung von Anstrichmitteln für die Anlagen des Chemiewerkes Ponghwa benötigt wird.

Das ganze Land muß für die Errichtung dieses Betriebes mobilisiert werden. Die dafür nötigen Ausrüstungen und Materialien sind konzentriert zu liefern. Insbesondere hat das Parteikomitee Ihres Bezirks das Baugeschehen dieses Betriebes verstärkt anzuleiten. Auf diesem Wege sind die Arbeiten der ersten Baustufe unbedingt bis Ende August abzuschließen.

Des weiteren erweist es sich als notwendig, den Ausbau des Erzbergwerkes Tokhyon schnellstens zu beenden.

Das Magnetit-Konzentrat, das in diesem Erzbergwerk gewonnen wird, ist hochprozentig. Hierbei kann man sagen, daß die Beschickung eines Hochofens mit solchem Konzentrat der Ernährung eines

Menschen mit Reis gleicht.

Folglich gilt es, die Produktionskapazität des genannten Bergwerkes rasch zu erhöhen und mehr Magneteisenerz-Konzentrat zu erzeugen.

Die rapide Steigerung der Abbauleistungen in dieser Erzgrube ist auch aus der Sicht eines Krieges von großer Bedeutung. Die Wirtschaftsfunktionäre jedoch schenken ihr nur wenig Aufmerksamkeit.

Bisher hat das Bergwerk viel geleistet, um eine kontinuierliche Produktion zu sichern und die Abbaukapazität zu vergrößern. Es hat den Bau von Seigerschächten vorangebracht, die Bauarbeiten für die Erweiterung der Aufbereitungskapazitäten durchgeführt und beachtliche Erfolge beim Einsatz von großen Abbau- und Transportausrüstungen unter Tage erzielt. Diese Ergebnisse resultieren daraus, daß die Parteimitglieder und die anderen Kumpel dieses Bergwerkes gut gearbeitet haben und das Bezirksparteikomitee wirksame Hilfe geleistet hat. Da aber die verantwortlichen Mitarbeiter der Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates diesem Bergwerk wenig Beachtung beigemessen haben, blieben noch größere Erfolge aus, die hätten erreicht werden können.

Alles, was es für die Normalisierung des Abbaus und die Erweiterung seiner Produktionskapazität benötigt, muß zur Verfügung gestellt werden.

Wenn dem Bergwerk einige Ausrüstungen und ein paar Arbeitskräfte bereitgestellt werden, kann es seine Abbauleistung rapide steigern. Die leitenden Mitarbeiter der Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates sollten verantwortungsbewußt dafür sorgen, daß es die vorgesehenen Arbeitskräfte und Anlagen wie Fördermaschinen, Kegelbrecher und Großmühlen sowie die angeforderten Ausrüstungen wie Kompressoren und Pumpen geliefert bekommt. Das Bezirksparteikomitee muß ebenfalls dieses Werk wirksam unterstützen. Auf diese Weise soll es zu einem starken Zentrum der Eisenerzproduktion werden, das in großer Menge hochprozentiges Magneteisenerz-Konzentrat liefert.

Zu beschleunigen ist ferner der laufende Bau eines Eisenhüttenwerkes.

Weil im Bezirk Nord-Phyongan ein solches Bauvorhaben lief,

begaben sich selbst die Funktionäre aus der Hauptstadt an die Basis und machten eine Zeitlang viel Aufsehens darum. In den letzten Jahren ist es jedoch völlig still geworden. Niemand kümmert sich gegenwärtig so richtig um dieses Eisenhüttenwerk. Folglich sind nicht einmal die erbauten Elektro- und Agglomerationsöfen in Betrieb.

Die US-Imperialisten greifen nach wie vor zu Machenschaften, um in unserem Land einen neuen Krieg zu entfesseln und ihre Besatzungstruppen in Südkorea zu belassen. Unter diesen Umständen dürfen wir keinesfalls die Vorbereitungen für den Fall eines Krieges vernachlässigen. Bei Kriegsausbruch müssen Bomben, Granaten und verschiedene Waffen hergestellt werden. Dafür brauchen wir in großer Menge Roheisen und Stahl. Für die Produktion von Handgranaten wie auch von Granaten für Granatwerfer und Bomben muß Roheisen vorhanden sein.

Das Eisenhüttenwerk, das sich jetzt im Bau befindet, ist dem Ministerium für Metallurgie zu übergeben, das es selbst fertigzustellen hat. Das Ministerium ist dazu ohne weiteres imstande, wenn es die Kraft der vielen Abteilungen für Instandsetzung und Energieversorgung der ihm unterstehenden Werke einbezieht. Dieses Ministerium wird das Eisenhüttenwerk in kürzester Zeit errichten können, wenn es die Kräfte des Vereinigten Stahlwerkes Kangson und des Vereinigten Eisenhüttenwerkes Hwanghae mobilisiert und die Maschinenfabriken Ihres Bezirkes ein wenig Hilfe leisten. Es sollte einen exakten Plan erarbeiten, wann der Bau dieses Eisenhüttenwerkes zu beginnen und wann er zu beenden ist.

Da viele andere Bauobjekte im Gange sind, wird es schwer sein, dieses Werk noch im laufenden Jahr fertigzustellen. Sein Bau darf aber nicht verlangsamt werden. Er ist spätestens bis zum ersten Quartal oder bis zum ersten Mai kommenden Jahres zum Abschluß zu bringen. Das ist eine Voraussetzung dafür, im nächsten Jahr die Produktion im Vereinigten Stahlwerk Kangson zu sichern und die Schwankungen in der Stahlerzeugung zu beseitigen. Wenn dieser Bau bis zur erwähnten Frist abgeschlossen und genügend Rohstoff bereitgestellt wird, kann das besagte Stahlwerk seine Produktion bedeutend steigern. Deshalb hat das zuständige Ministerium seine Kräfte auf die Errichtung des

Eisenhüttenwerkes zu konzentrieren.

Die Baukräfte, die im Vereinigten Stahlwerk Kangson und im Vereinigten Eisenhüttenwerk Hwanghae an der Rekonstruktion des Drehofens für die Luppenherstellung mitwirken, müssen für den Bau des Eisenhüttenwerkes eingesetzt werden. Natürlich könnte man dafür die Kräfte, die jetzt im Vereinigten Eisenhüttenwerk Hwanghae Bauarbeiten durchführen, auch erst nach deren Abschluß bis zum Nationalfeiertag am 9. September dieses Jahres abziehen. Ich schlage aber vor, diese Kräfte abzuziehen und den Bau des Eisenhüttenwerkes kurzfristig zu beenden, da in den beiden genannten Betrieben in Kangson und Hwanghae zum gegenwärtigen Zeitpunkt gerade erst die grundlegenden Arbeiten durchgeführt worden sind.

Die Maschinenfabriken Ihres Bezirkes sollten ebenfalls zupacken und dem Bau des Eisenhüttenwerkes Hilfe erweisen, also Verpflichtungen übernehmen, einige dafür notwendige Ausrüstungen zu produzieren.

Es gilt, durch die Beschleunigung dieses Bauvorhabens bis Jahresende die Technologie für die Produktion von nichtgerösteten Pellets – vor allem die Abteilungen Pelletisierung und Erhärtung – einzurichten und im nächsten Jahr neue Eisengewinnungsöfen zu errichten. So sind diese Öfen künftig mit Erzkonzentraten aus dem Erzbergwerk Dokhjon zu beschicken und aus dem Rest nichtgeröstete Pellets zu produzieren.

Die Facharbeiter, die im neu zu erbauenden Eisenhüttenwerk tätig sein werden, sind zielgerichtet heranzubilden.

Die perspektivische, niveauevolle Ausbildung der Facharbeiter für die neu entstehenden Betriebe ist von entscheidender Bedeutung. Ein großer Fehler ist es, daß dies nicht geschieht, weshalb die Fabriken selbst nach ihrer Fertigstellung aufgrund des niedrigen technischen und fachlichen Niveaus der Arbeiter nicht wie erforderlich in Gang gesetzt werden können und wertvolle Maschinen und Ausrüstungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine wichtige Ursache dafür, daß gegenwärtig die überall erbauten zahlreichen Maisverarbeitungs- und Reisölbetriebe nicht so arbeiten, wie es sein sollte, ist eben im niedrigen technischen und fachlichen Niveau der Arbeiter zu suchen. Um einen

ordnungsgemäßen Produktionsanlauf in einer neuen Fabrik zu gewährleisten, müssen die Arbeiter mindestens 6 Monate oder ein Jahr lang ausgebildet werden.

Ich habe vor, die Frage Facharbeiterausbildung mit den Funktionären des Ministeriums für Arbeitsorganisation und des Bildungskomitees zu besprechen.

Der zuständige Bereich hat konsequent Maßnahmen einzuleiten, um ab sofort Facharbeiter für das neue Eisenhüttenwerk auszubilden. Erst dann wird es einwandfrei arbeiten können.

Auch die Anschlußbahn für dieses Werk muß verlegt werden. Nachdem der Bau eines Anschlußgleises für das Chemiewerk Ponghwa abgeschlossen ist, müssen die dafür eingesetzten Kräfte zum Verlegen der Anschlußbahn für das Eisenhüttenwerk mobilisiert werden. Dennoch wird dadurch die Realisierung dieses Vorhabens nicht zu spät erfolgen.

Ferner ist das Werk „8. August“ in eine Fabrik umzugestalten, die Ausrüstungen für Schwerpunktoobjekte herzustellen hat.

Die erfolgreiche Erfüllung des zweiten Siebenjahrplanes setzt voraus, mehr Betriebe für solche Ausrüstungen zu errichten. Die Maschinenfabrik Ryongsong allein kann den Bedarf daran nicht voll decken.

Im Juni dieses Jahres machte ich mich während meiner Anleitung der Bezirke Nord- und Süd-Hamgyong sowie der Stadt Chongjin vor Ort mit dem Stand des Baugeschehens der Fabriken vertraut und mußte dabei feststellen, daß viele von ihnen aufgrund fehlender Ausrüstungen nicht fertiggestellt werden konnten. Die alleinige Errichtung von Fabrikgebäuden, ohne die notwendigen Anlagen zu installieren, ist von keinerlei Nutzen. Nur die Bereitstellung von Ausrüstungen für Schwerpunktoobjekte macht es möglich, die im Bau befindlichen Werke fertigzustellen, in Betrieb zu nehmen und so den zweiten Siebenjahrplan erfolgreich zu erfüllen.

Bei uns gibt es nur einen Betrieb, der auf die Produktion solcher Ausrüstungen spezialisiert ist, nämlich die Maschinenfabrik Ryongsong. Deshalb werden vielen Maschinenfabriken derartige Auflagen erteilt, was aber wiederum deren Serienproduktion behindert.

Daher ist es sehr wichtig, das Werk „8. August“ in eine Stätte zur Produktion von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte zu verwandeln.

Derzeit gelingt es ihm nicht, große Erzeugnisse herzustellen. Es gehört zu den Maschinenfabriken unseres Landes, die keinen Gewinn abwerfen. Mit der Umgestaltung dieses Werkes zu einem Betrieb für den Bau von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte ist es gleichzeitig wieder auf Vordermann zu bringen.

Dieses Vorhaben darf aber nicht dem Bezirk allein überlassen werden. Dabei sollten alle mit anpacken.

Das Werk hat gegenwärtig eine geringe Kapazität, die durch stufenweisen Ausbau zu erweitern ist.

Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, das bestehende hohe Werksgebäude als Produktionsstätte von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte zu benutzen und einige niedrige Gebäude neu zu errichten, in denen ein Teil der Abteilungen, die ihren Sitz im Hochgebäude haben, unterzubringen ist. Die flachen Hallen könnten durch Arbeitseinsätze erbaut werden. Ihre Errichtung ist nicht schwierig, da man dort keine Laufkrane zu installieren braucht. Es genügt, mit Ziegelsteinen Wände hochzuziehen und mit einem Dach zu versehen.

Die zur Produktion von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte notwendigen Maschinen und Ausrüstungen sind in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

Die Maschinenfabriken, die den Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates unterstehen, verfügen gegenwärtig über nicht wenige ungenutzte Maschinen und Ausrüstungen. Allein die 6-Meter-Zahnradwälzfräsmaschine in einem dieser Betriebe z. B. hat einen sehr niedrigen Auslastungsgrad. Sie darf nicht unbenutzt gelassen werden, denn die anderen Maschinenfabriken haben nur geringe Fräskapazitäten. Meines Erachtens wäre es nicht schlecht, diese Maschine im Werk „8. August“ aufzustellen.

Aufgabe der Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates ist es, die über den eigenen Bedarf hinaus gelagerten und stillstehenden Ausrüstungen ausfindig zu machen und diesem Werk bereitzustellen. Ferner haben die Maschinenfabriken energisch die Bewegung „Jede

Werkzeugmaschine bringt neue hervor“ zu entfalten und so dem besagten Werk Maschinen und Anlagen zu liefern, die es zur Herstellung von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte braucht. Außerdem sind dort auch einige großdimensionale Werkzeugmaschinen aufzustellen, die die Maschinenfabrik Ryongsong ausstößt. Auf diesem Wege ist das Werk „8. August“ binnen kürzester Frist in einen Betrieb zum Bau von Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte umzugestalten, der von der Bedeutung her der Maschinenfabrik Ryongsong gleichkommt.

Das Arbeitskräfteproblem ist ebenfalls zu lösen.

Im Werk „8. August“ soll eine starke Fluktuation der Arbeitskräfte herrschen, was ich darauf zurückführe, daß weder das Ministerium für Maschinenbau noch das Bezirksparteikomitee sie unter Kontrolle halten. Einschneidende Maßnahmen sind zu treffen, um diese Fluktuation zu beseitigen. Ferner sollten diesem Betrieb in dem Maße seines Ausbaus nach und nach Arbeitskräfte zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Exakt zu erarbeiten ist der Plan dafür, ihn als eine Fabrik einzurichten, die Ausrüstungen für Schwerpunktobjekte herstellen soll, und zwar, bis wann die niedrigen Hallen fertigzustellen sind, die zu verlegenden Werkabteilungen das hohe Produktionsgebäude zu räumen haben und bis wann welche Maschinen und Anlagen dort aufzustellen sind, ferner bis wann diese Produktionsmittel von welchen Fabriken zu bauen und bis wann unter wessen Verantwortung welche Maschinen und Ausrüstungen von welchen Fabriken diesem Betrieb zu liefern sind.

Ferner muß der Standort für die neu zu errichtende Synthesekautschukfabrik richtig festgelegt werden.

Das ist sehr wichtig, da es sich hier um einen Großbetrieb handelt, dessen Bau ab nächstes Jahr beginnen soll.

Bezüglich des Standortes dieser Fabrik gibt es gegenwärtig verschiedene Meinungen, und zwar schlagen manche Chongsu und wieder andere die Gebiete Sunchon oder Namhung vor.

Entstände sie in Chongsu, müßte man Kalkstein, Anthrazit und andere Rohstoffe von auswärts beziehen. Dann müßten enorme Umschlagmengen bewältigt werden. Außerdem ist ihr Grundbau mit einem gewaltigen Aufwand verbunden. Bei deren Errichtung in

Namhung würde man ebenfalls auf verschiedene Probleme stoßen, darunter auf das des Kühlwassers. Auch der Vorschlag, sie im Gebiet Sunchon zu erbauen, bedarf einer weiteren Diskussion. Der Bau eines Chemieindustriezentrums würde sich dort allem Anschein nach nicht günstig auswirken, da sich Sunchon am Oberlauf des Taedong befindet.

Es empfiehlt sich, durch weitere Beratungen in der Folgezeit den Standort der zu erbauenden Synthesekautschukfabrik festzulegen.

Im voraus sind eingehende Forschungen durchzuführen, damit während ihres Betriebes keine Chlorgase entweichen, ganz gleich, wo ihr Standort festgelegt wird.

Ferner gilt es, in den Betrieben die Produktionskapazitäten rationell zu nutzen und eine kontinuierliche Produktion zu gewährleisten.

Wir sind nicht in der Lage, ihnen sofort zahlreiche Ausrüstungen und Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, außer denen, die sich im Auf- bzw. Ausbau befinden. Daher sind die Maschinenfabriken verpflichtet, in diesem wie auch im nächsten Jahr keine Erweiterungen vorzunehmen, sondern die vorhandenen Anlagen rationell zu nutzen, die Produktionsorganisation, Arbeitskräfte lenkung und Materialversorgung zu verbessern sowie die Produktion auf hohem Niveau zu normalisieren.

Vor allem ist eine kontinuierliche Produktion im Werk „30. Oktober“ zu sichern.

Es ist die einzige Fabrik unseres Landes, die eine jährliche Produktionskapazität von mehreren Millionen Lagern hat. Zwar gibt es in Pjöngjang eine Lagerfabrik, aber deren Leistung ist gering.

Das Werk „30. Oktober“ kann Lager aller Art herstellen. Wenn es gut arbeitet, sind wir in der Hinsicht von Importen unabhängig.

Ihm schenken aber weder die Mitarbeiter des Bezirksparteikomitees noch die Wirtschaftsfunktionäre Aufmerksamkeit. Infolge der Nichtbereitstellung von einer Tonne Freon ist es gegenwärtig nicht möglich, die Feuchtigkeit in den Werkshallen zu beseitigen und das Rosten der wertvollen Maschinen und Ausrüstungen zu verhindern. Außerdem können wegen Mangels an Arbeitskräften diese Produktionsmittel nicht voll ausgelastet werden. Das Bezirks- und Kreispartei-Komitee hätten,

wenn sie die Arbeitskräftefrage nicht selbst lösen konnten, sich beispielsweise an das Ministerium für Arbeitsorganisation wenden sollen, um eine Klärung herbeizuführen. Beide Parteikomitees ergriffen jedoch keinerlei Maßnahmen.

Zwar gibt es viele, die Lager anfordern, aber kaum welche, die ihr Augenmerk auf einen normalen Produktionsablauf im Werk „30. Oktober“ richten. Das war auch der Grund, weshalb dieser Betrieb mit seiner Produktionskapazität von einigen Millionen Lagern im Vorjahr die Herstellung nicht so sichern konnte, wie es sein sollte. Auf diese Weise kann man den Bedarf an diesen Teilen nicht decken.

Dem Werk müssen die benötigten Arbeitskräfte in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden, damit die Produktion normalisiert werden kann. Das ist unbedingt durchzusetzen, selbst wenn aus den Kreisen Ihres Bezirkes jeweils einige Kräfte abgezogen werden müßten. Hat man absolut keine Arbeitskräfte zur Verfügung, so sollte man sogar welche aus der Landwirtschaft abwerben. Auf diese Weise ist zu garantieren, daß dieser Betrieb ständig im Dreischichtsystem arbeitet.

Der Einsatz der Arbeitskräfte hat konzentriert zu erfolgen. Wenn die wenigen Arbeitskräfte noch auf mehrere Betriebe verteilt werden, wird keiner von ihnen seine Produktion sichern können. Also sind auf der Grundlage exakter Untersuchungen kühne Maßnahmen einzuleiten, um erforderlichenfalls Arbeitskräfte abzuziehen und sie in den wichtigen Fabriken konzentriert aufzunehmen, selbst wenn z. B. einige örtliche Industriebetriebe, die wegen Rohstoff- und Materialmangels nicht ständig arbeiten, vorübergehend ihre Produktion einstellen müßten. Nur so ist in den wichtigen Werken eine kontinuierliche Aufrechterhaltung der Produktion möglich.

Das Werk „30. Oktober“ muß ferner ausreichend mit Material versorgt werden. Das Ministerium für Metallurgie ist verpflichtet, ihm die für die Lagerproduktion erforderlichen Materialien, darunter Stahl, unbedingt bevorzugt zu liefern.

Das Werk hat seinerseits konsequente Schutzmaßnahmen gegen Feuchtigkeit zu treffen, damit weder Maschinen rosten noch die Produktion behindert wird. Korrosionsschutz der Maschinen setzt nicht

nur die Verhinderung von Feuchtigkeitsansammlung, sondern auch ihr ständiges Betreiben voraus. Wenn die Maschinen ständig laufen, rosten sie selbst bei einer gewissen Luftfeuchtigkeit nicht.

Auch das Werk „3. April“ hat mit den gegenwärtig vorhandenen Ausrüstungen die Produktion zu normalisieren.

Ihm könnte man höchstens einige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, aber keine Ausrüstungen. Diesem Werk obliegt es, die vorhandenen Ausrüstungen voll auszulasten und so mehr Werkzeugmaschinen herzustellen. Es muß energisch darum ringen, insbesondere deren Qualität zu erhöhen.

Aufgabe des Bezirksparteikomitees ist es, Schritte dafür einzuleiten, daß dieser Betrieb schnell wieder in Ordnung gebracht wird.

Mit dem Ziel, die auf diesem erweiterten Plenum des Bezirksparteikomitees besprochenen Probleme erfolgreich zu lösen, ist exakt abzustimmen, welchem Objekt welche Ausrüstungen und Materialien bis zu welchem Zeitpunkt in wessen Verantwortung zu liefern sind. Anderenfalls würden sich diese Probleme nicht lösen lassen, und diese Tagung würde sich nicht auszahlen.

Dieses erweiterte Plenum Ihres Bezirksparteikomitees ist in der Tat so gut wie eine Tagung des Verwaltungsrates. Im Beisein aller verantwortlichen Mitarbeiter des Verwaltungsrates, seiner Komitees und Ministerien wurden die aufgeworfenen Fragen diskutiert. Deshalb darf die Lösung der auf dieser Tagung erörterten Probleme nicht nur dem Bezirk überlassen werden.

Die Vorsitzenden der Komitees und Minister des Verwaltungsrates und die Funktionäre der zuständigen Bereiche sollen sich, wie ich hörte, verpflichtet haben, welchen Objekten sie welche Ausrüstungen und Materialien bis zu welchem Zeitpunkt verantwortungsbewußt liefern wollen. Darüber freue ich mich sehr. Sie sollten auf jeden Fall ihr Wort halten.

Zur raschen Fertigstellung neuer Bauobjekte muß die Anleitung verstärkt werden. Allein die Verpflichtungen der erwähnten Funktionäre bedeuten nicht, daß die Bauarbeiten von selbst vorankommen. Daher ist es notwendig, für jedes Bauobjekt Leitungsmitglieder zu ernennen, damit sie es verantwortungsbewußt leiten können.

Die Leitung des Baus des Chemiewerkes Ponghwa obliegt dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der sich gegenwärtig an Ort und Stelle aufhält. Er soll bis zu dessen Fertigstellung dort bleiben und dafür sorgen, daß der Bau so schnell wie möglich abgeschlossen wird.

Im neu zu errichtenden Eisenhüttenwerk ist eine Leitungsgruppe zu bilden. Ich schlage vor, sie unter Leitung eines stellvertretenden Ministers für Metallurgie zu stellen und ihr jeweils einen Mitarbeiter des Ministeriums für Maschinenbau und des für Materialversorgung zuzuordnen. Der Mitarbeiter des erstgenannten Ministeriums sollte für die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen, der des zweitgenannten für die von Material sorgen, ja auch von Materialien, die vom Erzbergwerk Tokhyon angefordert werden.

Die organisatorische Arbeit für den Ausbau des Werkes „8. August“ ist noch nicht abgeschlossen. Daher sollten der für die 1. Wirtschaftsabteilung zuständige Sekretär des ZK der Partei, der für Schwerindustrie zuständige stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee, der Leiter des 1. Sekretariats beim Verwaltungsrat und die Minister für Maschinenbau und für Materialversorgung nach dieser Tagung einen diesbezüglichen konkreten Maßnahmeplan ausarbeiten.

Es sind Schritte einzuleiten, um die von den Betrieben angeforderten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Das Werk „30. Oktober“ und andere Betriebe Ihres Bezirkes sollen 1950 Arbeitskräfte verlangt haben, dem man unbedingt nachkommen muß. Den Forderungen entsprechend sind dem Werk „30. Oktober“ 800, dem Werk „3. April“ 200, dem Erzbergwerk Tokhyon 250 und dem Werk „8. August“ 700 Kräfte bereitzustellen. Nachdem er in den Betrieben die benötigten Arbeitskräfte eingestellt hat, sollte der Minister für Arbeitsorganisation nach Pyonyang zurückkehren.

Das Montage- und das Ersatzteilwerk für Traktoren, die sich in Jongju befinden, müssen zu einem Betrieb zusammengelegt werden, in dem die Traktorenersatzteilproduktion rapide zu steigern ist.

Der Montagebetrieb baut zwar mit den aus einem anderen Werk bezogenen Zulieferteilen Traktoren vom Typ „Jonjin“, arbeitet aber

wegen deren stockender Lieferung nicht so, wie es sein müßte. Allein die volle Auslastung des Traktorenwerkes „25. September“ würde es ermöglichen, große Stückzahlen dieses Typs herzustellen. Also ist es für das besagte Montagewerk überflüssig, aus Zulieferteilen Traktoren zu fertigen. Um Ihrem Bezirk das Selbstvertrauen auf die eigenen Kräfte anzuerziehen, hatte ich eigentlich angeordnet, das heutige Montagewerk vom Traktorenersatzteilwerk zu trennen. Das Montieren scheint aber immer noch seine Kraft zu übersteigen. Unter den heutigen Verhältnissen braucht Ihr Bezirk aber nicht selbst Traktoren zu bauen.

Der zuständige Bereich ist verpflichtet, die beiden genannten Werke zu einem Betrieb zusammenzufassen und schnellstens Maßnahmen für dessen rationelle Leitung zu ergreifen.

Das Traktorenersatzteilwerk Jongju hat sich künftig auf die Herstellung von Traktorenzubehör- und -ersatzteilen zu spezialisieren. Falls noch Kapazitäten vorhanden sind, sollte es auch LKW-Ersatzteile produzieren.

Die Produktion von Gußerzeugnissen ist zu spezialisieren.

Diese Frage warf ich schon vor langer Zeit auf und hob sie auch auf dem Landestreffen der Aktivisten der Maschinenbauindustrie, das im Vorjahr stattfand, erneut mit Nachdruck hervor. Unsere Funktionäre versäumen es aber immer noch, diese Aufgabe gebührend zu bewältigen.

Die Herstellung von Gußerzeugnissen muß unbedingt die Richtung der Spezialisierung einschlagen. Das ist ohne weiteres möglich, wenn man einen präzisen Kooperationsplan erarbeitet und ein exaktes Liefersystem organisiert.

Ich halte es für gut, im Bezirk Nord-Phyongan zunächst eine Gießerei in einer der Maschinenfabriken, die sich in Jongju, Kusong und Tongnim befinden, modern auszustatten und sich dort auf die Produktion von Gußerzeugnissen zu spezialisieren, mit denen die Maschinenfabriken in ihrer Umgebung zu versorgen sind. Dann würde die Belieferung der Betriebe mit diesen Erzeugnissen kein Problem mehr sein.

Parallel dazu muß in den Maschinenfabriken in breitem Maße das Preßverfahren eingeführt werden.

Es gilt, die Produktion von Bergbaumaschinen und -ausrüstungen zu spezialisieren und noch mehr leistungsfähige Anlagen dieser Art zu liefern.

Bei uns gibt es nicht wenige Fabriken, die darauf spezialisiert sind. Aber aufgrund mangelhafter Arbeitsteilung gelingt es ihnen nicht, unseren Gegebenheiten entsprechende leistungsstarke Maschinen und Ausrüstungen für Erz- und Kohlenbergwerke in großer Stückzahl herzustellen. Das werden wir aber erreichen können, wenn wir den zuständigen Maschinenfabriken exakte Aufträge zuweisen und die Fertigung dieser Produktionsmittel spezialisieren.

Dieser Tage verlassen leistungsstarke Kohleabbaumaschinen das Werk „10. Mai“, und zwar als Ergebnis dessen, daß fehlende Ausrüstungen für bestimmte Arbeitsgänge bereitgestellt wurden und das Werk sich auf die Produktion dieser Fördergeräte spezialisiert hat. Sie sind jetzt im Kohlenkombinat Anju im Einsatz und werden als sehr gut eingeschätzt. Mit der gelungenen Herstellung leistungsfähiger Abbaumaschinen sind wir nun in der Lage, die Lagerstätten dieses Kombinates in großem Maßstab zu erschließen. Das Kombinat ringt jetzt darum, die Tageskohleförderung auf das 10 000-t-Niveau zu heben, wird aber bei guter Arbeit künftig das 30 000-t-Niveau erreichen können. Wenn uns, wie man sieht, durch Spezialisierung der Produktion die Herstellung einer Bergbaumaschine nach der anderen gelingt, ist das eine überaus erfreuliche Sache.

Das Bergbaukomitee muß den Bergbaumaschinenfabriken exakte Produktionskennziffern vorgeben, so z. B. was das Werk „28. August“, das Werk „10. Mai“ und die Erzbergbaumaschinenfabrik Tanchon herzustellen haben, und dafür sorgen, daß die Produktion von Bergwerksmaschinen und -ausrüstungen immer weiter spezialisiert wird. Die betreffenden Werke sind mit den fehlenden Ausrüstungen für bestimmte Arbeitsgänge zu beliefern. Die Parteiorganisationen sollten dem Bau von Bergwerksmaschinen und -ausrüstungen ihre entsprechende Aufmerksamkeit widmen.

Aufgabe Ihres Bezirkes ist es, sein Augenmerk auf das Werk „28. August“ zu richten, damit es noch mehr solche Produktionsmittel herstellt. Die Fertigung von Erzbergbaumaschinen verlief einst, als sie

noch in einem anderen Betrieb vorgenommen wurde, zufriedenstellend, läßt aber zu wünschen übrig, seitdem sie einem anderen Komitee untersteht. Ihr Bezirk hat das Werk „28. August“ gut auszustatten und die Produktion von Erzbergbaumaschinen schnellstens zu erhöhen.

Des weiteren ist es notwendig, in den Kreisen viele kleine Betriebe zu errichten und die örtlichen Industriebetriebe gewissenhaft zu verwalten.

Ihr Bezirk hat zwar viele Großbetriebe zu bauen, aber ebenso viele Kleinbetriebe, die weiter im Binnenland entstehen sollten. Das würde es ermöglichen, auch im Kriegsfall die Produktion fortzusetzen, selbst wenn die Großbetriebe in Pyongyang und den Küstengebieten zerstört werden würden. Wenn es in vielen Gegenden Ihres Bezirkes zahlreiche kleine Betriebe für die Produktion von Bleistiften, Zahnbürsten, Zahnpaste u. dgl. gibt, können diese im Kriegsfall einen großen Anteil leisten.

Zweifellos wird die Qualität der Erzeugnisse aus diesen Kleinbetrieben anfangs ein wenig zu wünschen übrig lassen, kann sich aber im Laufe der Zeit nach und nach erhöhen.

Bereits vor langer Zeit stellte ich die Aufgabe, bei der Errichtung der Fabriken zwei Linien zu verfolgen, um durch den Bau zahlreicher Kleinbetriebe in den nördlichen Inlandsgebieten auch im Falle eines Krieges dort die Herstellung fortsetzen zu können, selbst wenn die Großbetriebe in den Städten und Küstengebieten zerstört werden würden, und unterstrich nachdrücklich, diese Aufgabe im Bezirk Nord-Phyongan bestens zu erfüllen.

Ihr Bezirk machte eine Zeitlang viel Aufhebens davon, daß Betriebe für Bleistifte, Zahnbürsten und Zahnpaste gebaut werden würden. In jüngster Zeit aber warf man all diese Pläne über Bord, so daß es sehr still darum geworden ist. Ein Fehler unserer Funktionäre besteht darin, daß sie anfangs, wenn sie eine Aufgabe erhalten haben, Elan entfalten, aber kurz danach darin nachlassen. Mit solch einem Arbeitsstil können sie keine einzige Arbeit befriedigend lösen.

In Ihrem Bezirk sollte man die Absicht der Partei, im Binnenland viele örtliche Industriebetriebe zu schaffen, richtig begreifen und in den Kreisen zahlreiche Kleinbetriebe errichten.

Außerdem ist den bereits vorhandenen örtlichen Industriebetrieben Beachtung zu schenken und ihre Leitung zu verbessern.

Ferner muß das Problem, das das Erzbergwerk Changsong angeht, richtig behandelt werden.

Ihm gelang es im Vorjahr nicht einmal, die Produktionskosten zu erwirtschaften. Da Zinnerz und Wolfram zweifelsohne kostbar und selten sind, muß man sich intensiv um die Erschließung von Bergwerken für deren Abbau bemühen. Es ist aber nicht notwendig, ein Bergwerk weiter zu unterhalten, das nicht einmal die Produktionskosten bestreiten kann.

Ich schlage vor, das genannte Erzbergwerk zu schließen und die Arbeitskräfte anderswo einzusetzen.

Zur Zeit gibt es viele Betriebe, die wegen Mangels an Arbeitskräften eine mögliche Produktionssteigerung nicht realisieren können. Aus dem gleichen Grund müssen wir auch viele Dinge, zu deren Herstellung wir selbst imstande wären, gegen Valuten einführen. Der Arbeitskräftemangel macht es uns ferner unmöglich, die Erschließung neuer Bergwerke in großem Maßstab voranzubringen.

Angaben zufolge könnte das Erzbergwerk „26. Juli“ mehr Erz fördern, wenn es weitere 3000 Arbeitskräfte erhielte. Falls die Arbeitskräfte, über die das Erzbergwerk Changsong verfügt, in das Bergwerk „26. Juli“ umgesetzt und dort selbst nur ein Drittel der Menge abbauen würden, die von 3000 Kräften gewonnen werden könnte, wäre dies ökonomisch schon weitaus vorteilhafter.

Eigentlich müßten unsere Funktionäre solche Dinge ökonomisch richtig berechnen; sie tun dies aber nicht und verwalten die Bergwerke nach Gutdünken.

Im Unterschied zu früher, als unserem Land durch die Blockadepolitik der Imperialisten der Zugang zu den Außenmärkten versperrt war, können wir nun mit Valuten überall, z. B. auf dem südostasiatischen Markt, das kaufen, was wir benötigen. Warum sollte man also das weiter tun, was ökonomisch unrentabel ist. Deshalb bin ich dafür, das Erzbergwerk Changsong zu schließen und seine Arbeiter in das artgleiche Bergwerk „26. Juli“ zu schicken, um dort die Lagerstätten in großem Maßstab erschließen zu können. Es wäre

ratsam, wenn die zuständigen Funktionäre dieses Problem weiter erörterten.

Das Erzbergwerk Changsong sollte die Förderung einstellen und erst dann wieder eröffnet werden, wenn durch gründliche Tief- und Peripherieerkundung eine sichere Perspektive nachgewiesen worden ist. Über seine Ausrüstungen hat das Bergbaukomitee zu befinden, und die Werterhaltung seiner Gebäude sollte dem Kreisvolkskomitee Changsong übertragen werden.

Des weiteren sind zuverlässige örtliche Baumaterialbasen zu schaffen.

Sie gibt es gegenwärtig in Nord-Phyongan nicht. So ist keine einzige Kreisstadt anzutreffen, die ansehnlich gestaltet ist. Das betrifft die Kreise Pakchon, Unjon, Jongju wie auch Ryongchon, ja alle Kreise Ihres Bezirkes, obwohl hier die Kreisstadt Sakju eine gewisse Ausnahme bildet. Einst machte man einen großen Lärm um das Baugeschehen in der Stadt Kusong, der sich auch in letzter Zeit völlig gelegt hat.

Es war ein Beschluß der erweiterten Changsonger Tangung von 1962, die Kreise schön zu gestalten, deren Rolle zu verstärken und sie in einen Stützpunkt zu verwandeln, der dem Dorfe die fortgeschrittene Kultur vermittelt. Seitdem sind 15 Jahre vergangen, die Kreise im Bezirk Nord-Phyongan aber haben sich kaum spürbar verändert.

Unlängst hatte ich den Bezirk Nord-Hamgyong wegen des unbefriedigenden Baugeschehens einer Kritik unterzogen, wobei er sich aber diesbezüglich kaum von Ihrem Bezirk unterscheidet.

Bereits vor einigen Jahren hatte ich Ihrem Bezirk die Aufgabe gestellt, eigene Baumaterialzentren zu schaffen. Sie wurde jedoch nicht entsprechend realisiert. Natürlich hat man sich in Ihrem Bezirk in der Vergangenheit in gewisser Weise darum bemüht. Kein einziges Projekt wurde allerdings bis jetzt ordentlich fertiggestellt. Es entstand zwar ein Zementwerk mit einer Kapazität von 200 000 t, aber selbst dieses arbeitet zur Zeit nicht kontinuierlich. Die Schaffung von Baumaterialbasen hätte eine nach der anderen erfolgen müssen, und dabei hätten das Bezirks- und Kreispartei-Komitee diesem Vorhaben Aufmerksamkeit schenken und die Komitees und Ministerien des

Verwaltungsrates ein bißchen mithelfen sollen. Da man aber auf einmal viele Objekte in Angriff genommen hat, konnte kein einziges ordnungsgemäß abgeschlossen werden.

Das Ministerium für Bauwesen konzentriert seine Kräfte nur auf die großen Bauobjekte, für die es direkt zuständig ist, und kann kaum sein Augenmerk auf die örtlichen Bauvorhaben richten. Angesichts dieser Verhältnisse vermögen die Bezirke ihr Wirtschaftsleben kaum zum Pulsieren zu bringen, wenn sie nicht über eigene Baumaterialzentren verfügen. Außerdem kann dann das Wohnungsproblem der Werktätigen nicht gelöst werden. Die Bezirke haben nicht nur Wohnungs-, sondern auch viele andere Bauvorhaben zu verwirklichen. Also müssen sie unbedingt selbst eigene Baumaterialzentren schaffen.

Ihrem Bezirk obliegt es, augenblicklich die in Angriff genommenen Objekte fertigzustellen und noch fehlende Technologien in den bereits vorhandenen Baustoffbetrieben zu ergänzen.

Es ist nicht möglich, auf einen Schlag die Schaffung von Baumaterialbasen zu bewältigen. Dieses Jahr sollten Objekte, die leicht zu errichten sind, fertiggestellt werden, und die perspektivisch zu realisierenden Objekte sind zum Teil in den Staatsplan aufzunehmen und Schritt für Schritt zu erbauen.

Die Schaffung von Baumaterialbasen stellt sich als eine Aufgabe nicht nur in Nord-Phyongan, sondern auch in anderen Bezirken.

Da es im Bezirk Süd-Phyongan darum schlecht bestellt ist, mußte er bisher große Mengen Baustoffe aus Pyongyang beziehen. Zwar hat er einige Städte und Kreise, darunter die Städte Nampho, Phyongsong und Taean sowie die Kreise Anju, Sunchon und Tokchon, ausgestaltet, dies aber fast ausschließlich mit Baustoffen aus Pyongyang bewältigt. Da er keine eigenen Baumaterialbasen besitzt, kann das Baugeschehen derzeit keine weiteren Fortschritte machen. Das betrifft auch die Bezirke Nord-Hamgyong und Jagang.

Bei Pyongyang und dem Bezirk Süd-Hamgyong steht das etwas besser. Während des Wiederaufbaus nach dem Krieg ließ ich unter meiner persönlichen Kontrolle in Pyongyang Baumaterialbasen errichten, denen das fortschreitende Baugeschehen in der Hauptstadt zu danken ist. Sie muß aber künftig weitere solche Zentren schaffen. Der

Bezirk Süd-Hamgyong hat zwar auch Baumaterialbetriebe, darunter Ziegeleien für Mauer- und Dachsteine, kommt aber damit nicht aus.

Es ist vorgesehen, künftig im Politkomitee des ZK die Frage der Schaffung örtlicher Baumaterialzentren zu erörtern und nötige komplexe Maßnahmen zu ergreifen. Bei dieser Gelegenheit braucht man dann nur das diesbezügliche Problem, das Ihren Bezirk betrifft, ebenfalls zu besprechen und entsprechende Schritte einzuleiten.

Da die Bezirke mit der Errichtung von Baumaterialbasen begonnen haben, werden sie dieses Vorhaben hervorragend meistern können, wenn es im Politkomitee des ZK diskutiert wird und die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates eine gewisse Unterstützung leisten.

Künftig darf es nicht vorkommen, daß diese Gremien die örtlichen Baustoffbetriebe an sich reißen.

Beim geringsten Anlaß unterstellt der Verwaltungsrat diese Betriebe einem anderen oder legt sie mit anderen Betrieben zusammen. Das macht den Bezirken die Schaffung ordentlicher Baumaterialzentren unmöglich. Die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates sollten nicht versuchen, den Bezirken die Baumaterialbetriebe wegzunehmen, sondern ihnen intensiv helfen, daß solche stabilen Zentren entstehen.

Die Baustoffbetriebe, die dem Ministerium für Baustoffindustrie unterstehen, dürfen keinesfalls unüberlegt einem anderen Komitee oder Ministerium übergeben werden. Unlängst soll der Verwaltungsrat bei der Neubildung des Ministeriums für Schiffbau das Metallbau-beschlägewerk, das sich in Hamhung befindet, von dem Ministerium für Baustoffindustrie getrennt und dem erstgenannten Ministerium übergeben haben. Deshalb habe ich angeordnet, die ursprüngliche Unterstellung dieses Werkes zu belassen, da es der größte der Betriebe dieser Art ist, über die das Ministerium für Baustoffindustrie verfügt.

Um das Problem der örtlichen Baumaterialindustrie zu lösen, sollten wir – so denke ich – in diesem Ministerium eine dafür zuständige Abteilung bilden.

Zentral gibt es gegenwärtig keinen Hausherrn, der sich einheitlich um die lokale Baumaterialproduktion kümmert. Folglich ist keine Stelle da, die konkret die Baumaterialproduktion der einzelnen Gebiete anleitet. Wenn man im Ministerium für Baustoffindustrie eine

Abteilung schafft, die für die einheitliche Leitung der lokalen Produktion von Baumaterial zuständig ist, wird sich auch das Problem der Schaffung örtlicher Baumaterialbasen reibungslos lösen lassen.

Als nächstes ist die Produktion von Fahrrädern zu steigern, damit das Problem des Berufsverkehrs befriedigend gelöst werden kann.

In jüngster Zeit nimmt die Zahl der Betriebe in den einzelnen Gebieten zu. Demnach ergibt sich der Berufsverkehr als ein überaus wichtiges Problem. Er wird aber gegenwärtig hauptsächlich mittels Zügen und Bussen abgewickelt. Wenn man jedoch nur daran festhält, kann dieses Problem nicht völlig überwunden werden. Die Zahl der Züge und Busse läßt sich unmöglich vergrößern, da bei uns die Situation bei der Eisenbahn und die Kraftstofflage angespannt sind.

Die Klärung dieser Frage setzt voraus, in den Bezirken die Produktion von Fahrrädern rapide zu steigern. Auf diese Weise sollte man dafür sorgen, daß die Werktätigen auf dem Weg von und zur Arbeit das Fahrrad benutzen. Das würde sich auf ihre Gesundheit günstig auswirken und auch die Atmosphäre auf den Straßen verbessern.

Kürzlich erhielt der Kreis Anju, Bezirk Süd-Phyongan, etwa 8000 Fahrräder, und fast alle dortigen Arbeiter benutzen jetzt dieses Fortbewegungsmittel für ihren Weg von und zur Arbeit. Wenn die neue Brücke über den Fluß Chongchon fertiggestellt sein wird, soll es per Fahrrad von Anju bis zum Vereinigten Chemiewerk „Jugend“ nur 15 Minuten dauern. Dann kann das Problem Berufsverkehr in Anju auch ohne Einsatz weiterer Eisenbahnzüge vollständig gelöst werden.

Entstünden in der Nähe dieses Betriebes mehr Wohnhäuser für die Werktätigen, so würde dieses Problem natürlich entfallen. Das ist aber keine so einfache Sache. Die Errichtung eines neuen Wohnviertels setzt nicht nur den Bau von Wohnhäusern, sondern auch das Verlegen von Strom- und Wasserleitungen wie auch von Kanalisation voraus, wofür wiederum in diesem Gebiet eine eigene solide Baumaterialbasis zu schaffen ist. Außerdem würde sich dies über einen langen Zeitraum erstrecken.

Ein Wohnviertel, das nicht mit den nötigen Einrichtungen versehen ist, würde seinen Einwohnern große Unbequemlichkeiten bereiten. Vor einigen Jahren hat der Kreis Taegwan in der Nähe eines Werkes etliche

mehrstöckige Wohnhäuser erbaut, die zwar einen attraktiven Anblick bieten, aber wegen unvollständiger Ausstattung mit Trink- und Abwasserleitungen auch jetzt noch den Alltag ihrer Bewohner nicht wenig erschweren. Zehn Jahre sind vergangen, seitdem in der Stadt Taean, Bezirk Süd-Phyongan, ein Arbeiterwohngebiet entstanden ist, und noch immer nicht ist es gänzlich an das Trink- und Abwassernetz angeschlossen.

Für die Bezirke wäre es vorteilhafter, die Produktion von Fahrrädern zu erweitern, damit die Werktätigen auf dem Weg von und zur Arbeit – auch bei etwas größeren Entfernungen – diese benutzen können, statt neue Wohnviertel anzulegen. Stehen ihnen Fahrräder zur Verfügung, dann können sie auch auf dem Lande wohnen, obwohl sie in einer Fabrik arbeiten.

Künftig sollten in den Bezirken die Mütter mit Säuglingen von Bussen, die übrigen Werktätigen aber von Fahrrädern Gebrauch machen.

Bereits seit langem betone ich mit Nachdruck, daß die Bezirke für diesen Zweck Fahrräder in großer Stückzahl herstellen müssen. Bis jetzt jedoch hat niemand dem entsprochen. Ab sofort ist diese Aufgabe mit aller Konsequenz zu bewerkstelligen.

Auf der jüngsten Beratung der Verantwortlichen Sekretäre der Bezirksparteikomitees wurde beschlossen, in diesem Jahr zuallererst in den Industriebezirken Süd- und Nord-Phyongan sowie Süd- und Nord-Hamgyong Basen für die Produktion von Fahrrädern zu errichten. Diese Aufgabe muß konsequent durchgesetzt werden.

Ihr Bezirk hat das Fahrradwerk Kusong gut auszustatten.

Dort sollen bereits Gebäude sowie ein Teil der Maschinen und Ausrüstungen vorhanden sein. Deshalb könnte es schon bei einer wenigen Unterstützung zuverlässig eingerichtet werden.

Von wenigen Tagen sah ich mir ein Erzeugnis seiner Versuchsproduktion an. Es hatte zwar ein ziemliches Gewicht, und die Räder drehten sich etwas schwer, aber man kann, finde ich, damit fahren. Ihr Bezirk ist verpflichtet, diesen Betrieb solide auszustatten und viele Fahrräder zu produzieren.

Das ist durchaus möglich, wenn die Funktionäre die Sache

entschlossen anpacken, denn in Ihrem Bezirk gibt es das Werk „3. April“ und zahlreiche andere Maschinenfabriken. Wenn diese Betriebe die Bewegung „Jede Werkzeugmaschine bringt neue“ entfalten und die für die Fahrradproduktion benötigten monofunktionalen und anderen Maschinen und Ausrüstungen, wie z. B. Pressen, herstellen würden, könnte das Fahrradwerk Kusong hervorragend eingerichtet werden.

Ihr Bezirk sollte aktiv darum ringen, dieses Werk gut auszustatten, die Produktion zu normalisieren und mehr Fahrräder in guter Qualität herzustellen.

Des weiteren erweist es sich als notwendig, die Wirtschaftsabteilungen des Bezirksparteikomitees zielbewußt zu festigen und deren Rolle zu verstärken.

Gegenwärtig kommen sie ihrer Arbeit nur unbefriedigend nach. Etwa anderthalb Jahre nach der Abschaffung dieser Abteilungen hatten wir sie erneut gebildet; sie erwiesen sich jedoch als wirkungslos. Die 1. Wirtschaftsabteilung Ihres Bezirksparteikomitees steht der früheren Abteilung Schwerindustrie nach. Diese wurde zwar wegen Mißbrauchs der Parteiautorität und bürokratischen Vorgehens ab und zu einer Kritik unterzogen, kannte aber die Sachlage in den Betrieben und war stets darüber auf dem laufenden, wie die Wirtschaftspolitik der Partei durchgesetzt wird. Bei der 1. Wirtschaftsabteilung Ihres Bezirksparteikomitees aber vermißt man das. Der Verantwortliche Sekretär Ihres Bezirksparteikomitees wußte nicht darüber Bescheid, daß das Werk „30. Oktober“, das einzige große Lagerwerk unseres Landes, wegen Mangels an Arbeitskräften nicht so arbeitet, wie es sein sollte, was ebenfalls auf die nachlässige Tätigkeit dieser Wirtschaftsabteilung zurückzuführen ist. Wäre sie ihrer Arbeit voll nachgegangen, wären der Verantwortliche Sekretär des Bezirksparteikomitees wie auch das zuständige zentrale Gremium von der Sachlage dieses Betriebes in Kenntnis gesetzt worden, so daß entsprechende Schritte hätten eingeleitet werden können.

In Ihrem Bezirk gibt es viele Fabriken. So gut auch die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates die ihnen unterstehenden Betriebe unter Kontrolle halten mögen – es wird ihnen schwerfallen, auch die Kleinbetriebe in den einzelnen Bezirken konkret im Blick zu

haben. Daher müssen diese stets von den 1. Wirtschaftsabteilungen der Bezirksparteikomitees als deren Hausherrn eingehend erfaßt, angeleitet und kontrolliert werden. Gegenwärtig ist das jedoch nicht der Fall. Insbesondere die kleinen Betriebe ab der dritten Kategorie hängen in der Luft, da ihnen weder die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates noch die Bezirksparteikomitees gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Als ich mich einst in einem Bezirk aufhielt, sagte mir ein Betriebsleiter, daß die Direktoren kleinerer Betriebe, wenn sie an einer vom Bezirk oder Kreis einberufenen Versammlung teilnehmen, ohne Mitspracherecht in einer Ecke sitzen, nur zuhören und dann wieder auseinandergehen, weil dort nur die Fragen, die lediglich die Großbetriebe angehen, erörtert werden. In Ihrem Bezirk gibt es jetzt viele solche Kleinbetriebe. Tritt bei ihnen ein Problem auf, wird es von keiner Stelle verantwortungsbewußt gelöst, weshalb die Funktionäre geschäftig hin und her laufen und dann, wenn es ungeklärt bleibt, letztendlich die Sache aufgeben mit der Begründung, es ginge sie nichts an. Folglich muß die Arbeit im argen liegen.

Selbst die schöpferische Aktivität der Betriebsfunktionäre verschwindet nach und nach, weil die Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilungen des Bezirksparteikomitees ihr politisches Wirken in den Betrieben vernachlässigen.

Kurzum, die Wirtschaftsabteilungen der Bezirksparteikomitees kommen ihrer Rolle gegenwärtig nur unbefriedigend nach.

Auch die Arbeit des für Wirtschaftsfragen zuständigen Sekretärs Ihres Bezirksparteikomitees läßt zu wünschen übrig, obwohl der früher als Direktor eines Werkes gute Arbeit geleistet hat.

Ausschlaggebend für die intensivere Anleitung der ökonomischen Angelegenheiten im Bezirk durch die Partei ist es, die Wirtschaftsabteilungen des Bezirksparteikomitees zu festigen und deren Rolle zu verstärken.

Auf dieser Tagung sind viele Kader des ZK der Partei anwesend. Einige von ihnen sollten unter Leitung des stellvertretenden Leiters der Abteilung Organisation und Anleitung einige Tage im Bezirk zurückbleiben und helfen, die Wirtschaftsabteilungen des

Bezirksparteikomitees mit zuverlässigen Kadern aufzufüllen.

Das ist zu sichern, selbst wenn erforderlichenfalls Funktionäre der zentralen Stellen wieder zurück an die Basis versetzt werden müssen, denn die zentralen Gremien sollen viele Funktionäre von den Bezirken abgeworben haben. Nur wenn die Wirtschaftsabteilungen des Bezirksparteikomitees mit zuverlässigen Kräften besetzt sind, werden sie in der Lage sein, eine bestimmte Wirkung auszustrahlen und die ökonomischen Angelegenheiten im Bezirk genau zu erfassen und anzuleiten.

Dem Bezirksparteikomitee ist anzuraten, sich wegen seiner bisherigen mangelhaften Leitungstätigkeit gegenüber den Betrieben in ideologischer Hinsicht auseinanderzusetzen.

Auch die Betriebsparteikomitees haben ihrerseits die eigenen Unzulänglichkeiten zu kritisieren.

Die Verantwortlichen Sekretäre der Kreisparteikomitees sollten ihre Aufmerksamkeit den Industriebetrieben zuwenden und diese verantwortungsbewußt anleiten.

Sie begeben sich zwar häufig in die Dörfer, aber selten in die Fabriken. Folglich sind sie z. B. über die Zahl der Maispflanzen je Phyong informiert, aber nicht genau über die Produktionsmenge von Kugellagern und versäumen es, die Betriebe sachgemäß anzuleiten. Selbstverständlich müssen sie aufs Land gehen und hier eine wirksame Anleitung leisten, dürfen sich aber nicht allein darauf beschränken.

Wie ich immer wieder hervorhebe, ist unsere Partei eine Partei der Arbeiterklasse. Die Verantwortlichen Sekretäre der Kreisparteikomitees müssen sowohl die Bauern als auch die Arbeiter aufsuchen und die Landwirtschaft wie die Industrie führen. An Betrieben ist absolut nichts Mystisches. Wenn sie sich dort des öfteren mit Arbeitern unterhalten und z. B. Versammlungen der Parteizellen beiwohnen, können sie automatisch die Industrie und die realen Verhältnisse in den Betrieben kennenlernen.

Schon vor langer Zeit verwies ich darauf, daß es ein großer Fehler sei, daß die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirksparteikomitees selten in die Hochschulen und die der Kreisparteikomitees in die Fabriken gehen. Die letztgenannten haben diese Unzulänglichkeit noch

immer nicht korrigiert.

Sie sollten des öfteren die Betriebe ihres Kreisgebietes aufsuchen und verantwortungsbewußt anleiten. Die Anleitung der Betriebe obliegt natürlich auch den Wirtschaftsabteilungen der Bezirksparteikomitees sowie den zuständigen Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates. Die Verantwortlichen Sekretäre der Kreispartei-Komitees müssen aber als Herren ihres Kreises die Betriebe verantwortungsbewußt anleiten. Sie haben die Pflicht und das Recht darauf, alle Betriebe ihres Kreises, ganz gleich, ob sie klein oder groß sind, anzuleiten und zu kontrollieren.

Sie müssen die realen Verhältnisse in den Betrieben gut kennen und die auftretenden Probleme bei deren Arbeit rechtzeitig den übergeordneten Stellen berichten.

Manchen Verantwortlichen Sekretären der Kreispartei-Komitees in ihrem Bezirk tut es nicht weh, auch wenn die Arbeit in den Betrieben im argen liegt, ja sie informieren nicht einmal die übergeordneten Organe beizeiten darüber.

Der Verantwortliche Sekretär des Kreispartei-Komitees Phihyon wußte zwar genau Bescheid darüber, daß nicht wenige Maschinen im Werk „30. Oktober“ wegen Mangels an Arbeitskräften stillstanden, ergriff aber keinerlei Maßnahmen und erstattete dem übergeordneten Organ nicht einmal Meldung. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie verantwortungslos die Verantwortlichen Sekretäre der Kreispartei-Komitees arbeiten. Hätte sich der Verantwortliche Sekretär des Kreispartei-Komitees Phihyon darüber Sorgen gemacht, daß im besagten Werk aufgrund des Mangels an Arbeitskräften Maschinen stillstehen und die Produktion stockt, hätte er dies rechtzeitig dem Bezirkspartei-Komitee mitteilen und – wenn dieses Problem immer noch ungelöst geblieben wäre – sogar das Zentralkomitee davon unterrichten sollen, um eine Klärung herbeizuführen. Er aber saß mit verschränkten Armen da und traf keinerlei Maßnahmen. Die Verantwortlichen Sekretäre der Kreispartei-Komitees sind Vertreter unserer Partei, die mit dem Mandat der Partei in die Kreise entsandt wurden, um dort ihre Arbeit zu verrichten. Deshalb dürfen sie dabei auf keinen Fall Verantwortungslosigkeit an den Tag legen.

Anläßlich dieser erweiterten Tagung des Parteikomitees Ihres Bezirkes rufe ich die Kreisparteisekretäre noch einmal dazu auf, die Betriebe verantwortungsbewußt anzuleiten.

## **ÜBER EINIGE ERFAHRUNGEN BEI DER LÖSUNG DER AGRARFRAGE IN UNSEREM LAND**

**Gespräch mit Funktionären der Staats- und Wirtschaftsorgane**

*28. Juli 1978*

Heute möchte ich zu Ihnen über einige Erfahrungen sprechen, die unsere Partei im Kampf für die Lösung der Agrarfrage gesammelt hat.

Bei der Agrarfrage handelt es sich, mit einem Wort, um die Bauern- und die Landwirtschaftsfrage. Bei der Bauernfrage geht es darum, die Bauern für immer von jeglicher Ausbeutung und Unterjochung zu befreien und sie im weiteren nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen; bei der Landwirtschaftsfrage geht es um die vollständige Befreiung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln der überlebten Produktionsverhältnisse und die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Die richtige Lösung der Agrarfrage ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Revolution und beim Aufbau. Besonders große Bedeutung erlangt die Agrarfrage für die Länder, in denen die Bauern die absolute Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und die landwirtschaftliche Produktion das Fundament der Nationalwirtschaft ist.

Während der ganzen Zeit der Führung der Revolution und des Aufbaus schenkte unsere Partei der Agrarfrage große Aufmerksamkeit. In jeder Etappe der Entwicklung der Revolution stellten wir eine richtige Linie und einen richtigen Kurs zu ihrer Lösung auf und setzten sie konsequent durch; somit haben wir die Bauern- und die Landwirtschaftsfrage bestens gelöst und dabei in vieler Hinsicht

wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Für die Hebung der politischen und fachlichen Qualifikation der Funktionäre hat es große Bedeutung, die von unserer Partei in der Revolution und beim Aufbau gesammelten Erfahrungen tiefgründig zu untersuchen und zu studieren. Unsere Funktionäre müssen sich durch gründliches Studium der bisherigen wertvollen Erfahrungen unserer Partei im Kampf um die Lösung der Agrarfrage zuverlässig mit der auf der Juche-Ideologie beruhenden revolutionären Theorie ausrüsten und ihr politisches und fachliches Niveau weiter erhöhen.

## **1. ÜBER DIE BODENREFORM**

In der Etappe der antiimperialistischen und antifeudalen demokratischen Revolution besteht die Hauptaufgabe zur Lösung der Agrarfrage in der Lösung der Bodenfrage.

Sie ermöglicht es, auf dem Dorf die feudalen Grundeigentumsverhältnisse zu liquidieren, die Bauern von der Ausbeutung und Unterdrückung der Gutsbesitzer zu befreien und die landwirtschaftlichen Produktivkräfte rasch zu entwickeln. Wird die Bodenfrage nicht gelöst, ist es ausgeschlossen, den reaktionären Kräften auf dem Land das wirtschaftliche Fundament zu entziehen und die demokratische Entwicklung der Gesellschaft zu sichern.

Deshalb war dies die vordringlichste revolutionäre Aufgabe, die nach der Befreiung vor unserer Partei und Volksmacht stand.

Früher war unser Land eine rückständige koloniale und halbfeudale Gesellschaft, und nahezu 80 % der Bevölkerung waren Bauern. Auch nach der Befreiung blieben auf dem Dorf die feudalen Grundeigentumsverhältnisse und das Pachtsystem erhalten, und die Gutsbesitzer, die im Komplott mit dem japanischen Imperialismus die Bauern grausam ausplünderten, besaßen nach wie vor viel Boden. Unmittelbar nach der Befreiung besaßen die Gutsbesitzer, die im nördlichen Teil nur 4 % aller Bauernhöfe ausmachten, 58,2 % der

gesamten Anbaufläche, während den Kleinbauern mit 56,7 % der Bauernhaushalte nur 5,4 % der Anbaufläche zur Verfügung standen.

Angesichts dieser Verhältnisse mußte die Bodenfrage mit Hilfe einer Bodenreform gelöst werden, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Bauernschaft von der Ausbeutung und Unterdrückung der Gutsbesitzer zu befreien und sie dazu zu bewegen, aktiv an der Neugestaltung des Vaterlandes mitzuwirken.

Außerdem konnte man nur durch eine Bodenreform die rückständige Landwirtschaft rasch fördern und die Entwicklung der gesamten Nationalwirtschaft stark vorantreiben. Mehr noch: Da das Land gespalten wurde und der US-Imperialismus den südlichen Teil okkupierte, hätte ein Weiterbestehen der Klasse der Gutsbesitzer dazu führen können, daß die reaktionären Elemente, dieses ausnutzend, den Aufbau eines demokratischen, souveränen und unabhängigen Staates behinderten.

Deshalb stellte sich unsere Partei, als sie nach der Befreiung an die Verwirklichung der antiimperialistischen und antifeudalen demokratischen Revolution heranging, die Bodenreform als erstrangige Aufgabe und rang beharrlich um deren Durchsetzung.

Zu ihrer erfolgreichen Realisierung war es vor allem wichtig, sich gut darauf vorzubereiten und hinreichende Voraussetzungen zu schaffen.

Die Bodenreform ist eine tiefgreifende sozioökonomische Umwälzung, bei der die feudalen Ausbeutungsverhältnisse und die Klasse der Gutsbesitzer, die Jahrhunderte hindurch über die Dörfer geherrscht haben, liquidiert werden und die daher mit einem scharfen Klassenkampf einhergeht. Folglich kann man sie allein mit subjektivem Willen und ohne genügende Vorbereitungen nicht erfolgreich durchführen.

In erster Linie wandte unsere Partei große Kraft auf, um die Volksmacht zu stärken und ihre Diktatur zu konsolidieren, damit der Widerstand der Klassenfeinde niedergehalten und die Errungenschaften der Revolution geschützt werden konnten. Die Gutsbesitzer und die anderen Reaktionäre waren in gewisser Hinsicht noch nicht völlig entmachtet, und folglich konnte man allein mit der Verkündung des

Gesetzes über die Bodenreform weder die Gutsbesitzer enteignen noch jene Elemente niederhalten, die Widerstand leisteten. Aus diesem Grunde konzentrierten wir unsere Kraft zunächst darauf, die revolutionäre Streitmacht und die Organe der Diktatur, darunter Organe für Sicherheit und für Justiz sowie die Staatsanwaltschaft, zu schaffen, die nötig waren, um den Widerstand der Gutsbesitzer und der anderen reaktionären Kräfte zu zerschlagen.

Im Interesse der erfolgreichen Sicherung der Bodenreform kam es ferner darauf an, die breite Masse der Bauern, darunter die Leibeigenen und die Kleinbauern, politisch wachzurütteln, sie zu organisieren und somit aktiv zum Kampf gegen die Gutsbesitzer zu mobilisieren.

Es ist die breite Masse der Bauern, darunter auch die Leibeigenen und die Kleinbauern, die ein lebenswichtiges Interesse an der Bodenreform hat. Die Bodenreform ist eine Revolution für die Befreiung der Bauernschaft von der feudalen Ausbeutung und Unterjochung, sie ist eine Sache der Bauern selbst, die sie zu übernehmen und zu bewältigen haben. Ohne die aktive Beteiligung der breiten Bauernmassen ist es also ausgeschlossen, den Kampf gegen die Klasse der Gutsbesitzer siegreich zu führen und das System der feudalen Grundeigentumsverhältnisse abzuschaffen.

In der ersten Zeit nach der Befreiung war der politische Reifegrad unserer Bauern jedoch noch nicht sehr hoch. Infolge der langen verruchten Kolonialherrschaft des japanischen Imperialismus und seiner auf die Verdummung unserer Nation gerichteten Politik waren sich viele Bauern ihrer Klassenlage nicht bewußt, und sie hatten nicht die revolutionäre Entschlossenheit, die Gutsbesitzer zu zerschlagen und zu enteignen. Es gab auch nicht wenige Bauern, die ihr Dasein in Hunger und Armut unter der grausamen Ausbeutung der Gutsbesitzer für ihr angeborenes Schicksal hielten. Die Bauern hatten außerdem keine Gelegenheit, in Organisationen erzogen und gestählt zu werden.

Unsere Partei sorgte nach der Befreiung dafür, daß in allen Dörfern Bauernvereinigungen geschaffen, die Bauern in ihnen zusammengeschlossen und revolutionär erzogen und gestählt wurden.

Wir haben die ideologische Erziehung der Bauern zur Hebung ihres Klassenbewußtseins intensiviert und sie zugleich im praktischen Kampf

gegen die Gutsbesitzer klassenmäßig wachgerüttelt und gestählt.

Der Kampf um den neuen Pachtzins im Verhältnis 3:7 hatte darauf in bedeutendem Maße Einfluß. In Widerspiegelung der bäuerlichen Forderung nach Senkung des Pachtzinses legte unsere Partei im Oktober 1945 fest, daß nur noch 30 % der Ernte als Pachtzins an den Gutsbesitzer abzugeben und die verbleibenden 70 % den Pächtern zur Verfügung zu stellen sind und daß die Bodensteuern, die bis dahin vom Pächter getragen werden mußten, den Gutsbesitzern aufzuerlegen sind.

Der Beschluß unserer Partei über die Einführung des neuen Pachtzinses im Verhältnis 3:7 wurde von den Bauern mit Begeisterung aufgenommen und unterstützt, und sie erhoben sich zum Massenkampf für seine Durchsetzung. Als die Bauern dieses System forderten, waren die Gutsbesitzer anfangs nicht gewillt, es bedingungslos zu akzeptieren. In manchen Gebieten versuchten sie, auf hinterlistige Weise die noch nicht wachgerüttelten Bauern zu betrügen oder zu bedrohen, um von ihnen den alten Pachtzins zu bekommen. Die Bauern wurden von unserer Partei dazu aufgerufen, überall im Lande Massenkundgebungen abzuhalten, wo die Ausbeutungspraktiken der Gutsbesitzer angeprangert und verurteilt wurden, sowie einen Beschluß über die Einführung des neuen Pachtzinses zu fassen. In einigen Kreisen des Bezirkes Süd-Phyongan haben damals die Bauern auf ihren Protestkundgebungen die Untaten der Gutsbesitzer entlarvt und verurteilt, und es kam sogar vor, daß die Bauern einigen Gutsbesitzern, die den alten Pachtzins erhalten hatten, die zuviel entrichtete Abgabe wieder wegnahmen. Eingeschüchert durch den Massenkampf der Bauern und ihre gehobene Stimmung, waren die Gutsbesitzer gezwungen, dieses System zu akzeptieren.

Der Kampf um das neue Pachtzinsverhältnis war der erste Kampf der Bauern nach der Befreiung gegen die Klasse der Gutsbesitzer, in dessen Verlauf viele Bauern begannen, Klassenbewußtsein zu erlangen und ihre Augen zu öffnen. Sie erkannten ganz klar, wie verrucht und raffiniert die Gutsbesitzer sind, und sie gewannen die Überzeugung, daß sie für ihre Befreiung von der Ausbeutung und Unterjochung der Gutsbesitzer in vereinter Kraft den Kampf gegen diese entfalten müssen und ihn auch zum Sieg führen können.

Wir entwickelten den im Ringen um den neuen Pachtzins angestiegenen revolutionären Geist der Bauern zum Kampf für die Enteignung der Gutsbesitzer weiter.

Durch das siegreiche Ende des ersten Kampfes ermutigt, hielten die Bauern überall im Lande Massenkundgebungen ab und forderten eine Bodenreform. Die bei diesen Kundgebungen angenommenen Briefe, Resolutionen und Anträge, in denen der Wunsch geäußert wurde, noch vor der Frühjahrsbestellung die Gutsbesitzer zu enteignen und ihr Land unter den Bauern zu verteilen, die es bestellten, wurden an das Zentrale Organisationskomitee der Partei und an das Provisorische Volkskomitee Nordkoreas gesandt. Das Stellen der Anträge, in welchen die Bauern eine Bodenreform forderten, ging weiter. Ende Februar 1946 suchten über 300 Vertreter der Bauern aus allen Teilen Nordkoreas das Provisorische Volkskomitee Nordkoreas auf, um die Forderung der Bauern nach Boden vorzubringen. Am Tage der Festveranstaltung aus Anlaß der Bewegung des 1. März fanden in allen Teilen Nordkoreas Massendemonstrationen unter der Losung „Den Boden den Bauern, die ihn bearbeiten!“ statt, an denen mehr als 2 Millionen Bauern teilnahmen. Das zeigt, daß die Zeit zur Durchführung der Bodenreform herangereift war.

Wir verkündeten das Gesetz über die Bodenreform, als hinreichende Voraussetzungen dafür geschaffen waren und sie allgemein gefordert wurde.

Bei ihrer Durchführung erhob unsere Partei die Losung „Den Boden den Bauern, die ihn bearbeiten!“ zum Grundprinzip der Reform und machte die Bauern auf dieser Grundlage zu den Herren des Landes.

Überhaupt sind der Boden und alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel Errungenschaften auf Kosten des Blutes und des Schweißes der Bauern. Es ist also ganz natürlich, daß die Felder auch den Bauern gehören, die sie bestellen. Nur wenn man bei der Bodenreform von dem Prinzip ausgeht, daß die Bauern zu Eigentümern der Felder werden, die sie bebauen, ist es möglich, die Bodenfrage richtig zu lösen und die werktätigen Bauern von der feudalen Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Mit dem Ziel, die Bauern, die die Felder bearbeiten, zu wahren

Herren des Bodens zu machen, stellte unsere Partei den Kurs auf, ausgehend von dem Prinzip der entschädigungslosen Enteignung und der unentgeltlichen Verteilung, die Bodenreform durchzuführen und den enteigneten Boden nicht in Eigentum des Staates, sondern in Privateigentum der Bauern zu verwandeln.

In jener Zeit, als wir uns auf die Bodenreform vorbereiteten, schlugen manche vor, den Boden gegen eine Entschädigung zu enteignen und entgeltlich zu verteilen, während andere vorschlugen, den beschlagnahmten Boden ausnahmslos in Staatseigentum zu überführen. Das waren jedoch auf alle Fälle subjektivistische Meinungen jener Leute, die unsere realen Verhältnisse nicht gut kannten.

Hätten wir den Boden gegen Bezahlung enteignet und verteilt, so hätten die Gutsherren Geld für den Boden erhalten und wären entweder Großbauern oder Kapitalisten geworden, und sie hätten die Bauern und Arbeiter weiter ausgebeutet. Die Bauern wären erneut zum Objekt der Ausbeutung der Großbauern und Wucherer geworden, weil sie außerstande gewesen wären, den Boden zu bezahlen. Dann hätte die Bodenreform keine Früchte getragen, und die feudalen Ausbeutungsverhältnisse wären durch kapitalistische ersetzt worden. Deshalb sorgten wir bei der Bodenreform dafür, daß sie konsequent nach dem Prinzip der entschädigungslosen Enteignung und unentgeltlichen Verteilung verwirklicht wurde.

Die Frage, ob das enteignete Gutsbesitzerland Eigentum des Staates oder Privateigentum der Bauern werden sollte, war dabei äußerst wichtig. In einem anderen Land, in dem damals die Revolution bereits durchgeführt worden war, hatte man den enteigneten Boden der Gutsbesitzer in Eigentum des Staates überführt.

Wir aber konnten das nicht tun. In unserem Lande, in dem das feudale Grundeigentum lange Zeit existiert hatte, war der Wunsch nach Bodenbesitz stark ausgeprägt, und die Bauern waren unter der grausamen Ausbeutung der Gutsbesitzer zum Elendsdasein verdammt, weil sie kein Ackerland besaßen. Demzufolge strebten sie ein Leben lang danach, auf eigenem Boden nach Herzenslust Ackerbau treiben zu können.

Hätte man unter Mißachtung dieses glühenden Wunsches der

Bauern den enteigneten Boden verstaatlicht, so wäre es nicht möglich gewesen, ihren revolutionären Elan zu heben und die Erfolge der Bodenreform zu sichern. Darum hat unsere Partei das enteignete Gutsbesitzerland nicht zum Eigentum des Staates, sondern zum Privateigentum der Bauern gemacht. Das bereitete den Bauern große Freude und spielte eine bedeutende Rolle bei der Hebung ihres revolutionären Enthusiasmus und ihrer Aktivität.

Die wichtigste Frage bei der Bodenreform bestand darin, genau festzulegen, wessen Boden zu enteignen ist und gegen wen sich der Kampf hauptsächlich zu richten hatte. Hätte man das nicht richtig bestimmt, so wäre es nicht möglich gewesen, die feudalen Ausbeutungsverhältnisse vollständig zu beseitigen, oder hätte sich die Zahl der feindlichen Kräfte vergrößert und wäre die Durchführung der Bodenreform erschwert worden.

Bei der Ermittlung derjenigen, deren Boden beschlagnahmt werden mußte, war es für unsere Partei maßgebend, zu wissen, ob sie den Boden selbst bearbeitet oder verpachtet hatten. Es wurde angeordnet, den Boden, den man nicht selbst bebaute, sondern verpachtete, ausnahmslos und unabhängig von seiner Größe zu enteignen. Dadurch war es möglich, die feudalen Ausbeutungsverhältnisse und das Pachtsystem auf dem Lande ein für allemal zu beseitigen und die Bodenreform mit aller Konsequenz zu verwirklichen.

Es waren die japanischen Imperialisten, projapanischen Elemente, nationalen Verräter und Gutsbesitzer, die in unserem Land viel Boden besessen und die Bauern grausam ausgebeutet hatten. Mit der Befreiung des Landes wurden die japanischen Imperialisten verjagt, und deren Lakaien, die projapanischen Elemente und die nationalen Verräter, flüchteten nach Südkorea oder wurden vom Volk hingerichtet. Von denjenigen, die viel Boden besessen und aus den Bauern Blut und Schweiß ausgepreßt hatten, waren also nur die Grundbesitzer übriggeblieben. Sie wurden folglich das Hauptobjekt des Kampfes und mußten bei der Bodenreform enteignet werden.

Dabei war es in strategischer und taktischer Hinsicht eine überaus wichtige Frage, anhand welcher Kriterien man wen als Gutsbesitzer definierte.

Die Grundeigentumsverhältnisse in unseren Dörfern waren damals, wie eine Analyse zeigte, äußerst kompliziert. Manche Leute hatten ihre eigenen kleinen Ländereien verpachtet und dafür den Boden eines anderen in Pacht genommen. Andere bestellten einen Teil ihres Bodens selbst und verpachteten den anderen Teil. Unter denjenigen, die verhältnismäßig viel Land, d. h. über 5 Hektar, besaßen, gab es Gutsbesitzer, die als Nichtsteuer ihr gesamtes Ackerland verpachtet hatten, aber auch Großbauern, die einen Teil ihres Bodens verpachteten, den Großteil aber selbst mit leibeigenen Bauern bearbeiteten. Es gab auch wohlhabende Mittelbauern, die zwar mehr als 5 Hektar Boden besaßen, aber diese gesamte Fläche in Eigenwirtschaften bestellten. Unter diesen Umständen konnte man nicht all diejenigen zum Gutsbesitzer abstempeln, die ihr Ackerland verpachtet hatten oder viel Boden besaßen. Hätte man, ohne die Grundeigentumsverhältnisse genau zu prüfen, alle gleichermaßen als Gutsbesitzer behandelt – egal, ob sie nur kleine Flächen verpachtet hatten oder viel Boden besaßen –, und wäre man undifferenziert gegen sie vorgegangen, dann hätte sich der Kampf sowohl gegen die gerichtet, die man bei der Bodenreform für sich gewinnen wollte, als auch gegen diejenigen, die isoliert werden sollten, und das hätte den Klassenkampf erschwert und komplizierter gemacht.

Wir haben uns vor der Bodenreform selbst aufs Land begeben, dort mit den Bauern mehr als einen Monat zusammen gelebt und uns mit den konkreten Verhältnissen des Dorfes vertraut gemacht, um diese Probleme richtig lösen zu können. Die Bauern als die unmittelbar von Ausbeutung und Unterdrückung Betroffenen wußten am besten, wer bei der Bodenreform zu enteignen und wer zu isolieren ist und wer mit uns Hand in Hand gehen sollte.

Wir erkundigten uns allseitig nach den dörflichen Grundeigentums- und Ausbeutungsverhältnissen und analysierten sie. Auf dieser Grundlage erklärten wir diejenigen, die mehr als 5 Hektar Land besaßen und es ausnahmslos verpachtet hatten, die Nichtsteuer also, zu Gutsbesitzern. Es wurde angeordnet, daß deren ganzes Vermögen, also neben dem Ackerland auch das Zugvieh, die Ackergeräte, Wohnhäuser und Bewässerungsanlagen, zu beschlagnahmen sei.

Den Bauern mit mehr als 5 Hektar Boden, die einen Teil des Ackerlandes selbst bebaut und den anderen Teil verpachtet hatten, wurde lediglich das verpachtete Land genommen, während diejenigen, die mehr als 5 Hektar Land besaßen, es aber selbst bearbeiteten, alles behalten durften.

Wenn jemand beispielsweise von seinem 8 Hektar Land 4 Hektar selbst bestellte und 4 Hektar verpachtet hatte, so wurden ihm nur die 4 Hektar Pachtland beschlagnahmt; die andere Hälfte des Bodens durfte er weiter selbst bebauen. Aber einem ausgesprochenen Müßiggänger, der zum Beispiel 7 Hektar Land besaß, davon 4 Hektar verpachtet hatte und 3 Hektar von seinen leibeigenen Bauern bebauen ließ, wurden die ganzen 7 Hektar Boden genommen.

Zur Zeit der Bodenreform standen in unserem Land 44 000 Haushalte von Gutsbesitzern, die alle mehr als 5 Hektar Boden verpachtet hatten und als Müßiggänger lebten, über 720 000 Familien von landlosen oder landarmen Bauern gegenüber. Deshalb war der Kurs unserer Partei, alle diejenigen, die mehr als 5 Hektar Land verpachtet hatten, zu Gutsbesitzern zu erklären und als Klasse zu liquidieren, äußerst volksverbunden und zielte darauf ab, durch die Auflösung von 44 000 Gutshöfen mehr als 720 000 Bauernhaushalte von feudaler Ausbeutung und Unterjochung zu befreien. Das war ein höchst revolutionärer Kurs, der es ermöglichte, das entscheidende Übergewicht der revolutionären Kräfte über die konterrevolutionären Kräfte zu erreichen und die Offensive auf den Kampf gegen die zahlenmäßig geringen Gutsbesitzerkräfte zu konzentrieren.

Unsere Partei traf eine Reihe von taktischen Maßnahmen und verfolgte eine richtige Klassenpolitik, um die feindlichen Kräfte zu zersplittern und zu schwächen und die Bodenreform reibungslos zu verwirklichen.

Im Ringen um die Enteignung der Gutsbesitzer wurde den nicht im Dorf ansässigen Gutsherren, die in der Stadt lebten, nur der Boden genommen; das übrige Hab und Gut durften sie behalten. Nahezu 20 % der 44 000 Gutshöfe gehörten zum Zeitpunkt der Bodenreform Gutsherren, die in der Stadt lebten und auf dem Dorf ihre Ländereien hatten. Sie konzentrierten sich in der Stadt auf Handel und Gewerbe

und nahmen von ihren Ländereien Pachtzinsen ein. Infolgedessen waren sie weder in den Dörfern verwurzelt noch hatten sie dort einen großen Einfluß. Unter Berücksichtigung dieser Lage ließen wir von ihnen nur den Boden beschlagnahmen. Diesem Kurs unserer Partei entsprechend, wurden den nicht im Dorf ansässigen Gutsbesitzern einige Hektar große Ländereien genommen. Sie hielten dies jedoch noch für ihr Glück, denn ihre Läden oder Fabriken in der Stadt wurden nicht konfisziert, weshalb sie im Gegensatz zu den im Dorf ansässigen Gutsherren keinen größeren Widerstand leisteten.

Selbst den auf dem Lande ansässigen Gutsbesitzern, die als Klasse liquidiert wurden, gab unsere Partei eine Existenzmöglichkeit. Diejenigen, die ohne Widerstand und bereitwillig ihre Ländereien abgaben, wurden an andere Orte umgesiedelt, wo sie mit ihrer eigenen Hände Felder bestellen konnten. Diese Umsiedlungsmaßnahme war gut, nicht nur um die Kräfte der Gutsbesitzer zu zersplittern und zu schwächen, sondern um auch zu verhindern, daß manche Bauern mit geringerem Bewußtsein mit ihnen sympathisierten oder von ihnen negativ beeinflußt wurden. Nach ihrer Umsiedlung wurden die Gutsbesitzer selbstverständlich streng vor dunklen Machenschaften gewarnt.

Wir verkündeten neben dem Gesetz über die Bodenreform das „Gesetz über die provisorischen Maßnahmen zur Durchführung der Bodenreform“, damit die Gutsherren und anderen Reaktionäre während ihrer Realisierung keine subversiven Manöver verüben konnten.

Man mußte durchaus damit rechnen, daß die Gutsbesitzer, die mit Verkündung des Gesetzes über die Bodenreform als Klasse liquidiert werden sollten, und die mit ihnen verbündeten Reaktionäre und böswilligen Schieber alle möglichen Intrigen anzettelten, um die Reform zu vereiteln. Deshalb wurde angeordnet, diejenigen Gutsbesitzer als Feinde des Volkes streng zu bestrafen, die von dem Zeitpunkt der Verkündung des Gesetzes über die Bodenreform an Arbeitsrinder, Pferde, Ackergeräte, Wohnhäuser, Lagergebäude und anderes verkauften oder beschädigten, und auch jene Spekulanten gesetzlich zur Verantwortung zu ziehen, die solche Dinge aufkauften. Die örtlichen Machtorgane und die Dorfkomitees registrierten das

ganze Vermögen dieser Gutsherren, darunter die Arbeitsrinder, Pferde, Ackergeräte, Wohnhäuser, Sämereien und Bewässerungsanlagen, ließen sich von ihnen einen Aufbewahrungsschein unterschreiben und machten die Gutsbesitzer für die provisorische Verwaltung dieser Dinge verantwortlich. Durch diese strengen Maßnahmen war es möglich, die großen Reichtümer, die mit dem Blut und Schweiß der Bauern geschaffen worden waren, vor einer Zerstörung durch die Gutsbesitzer und andere Reaktionäre zu schützen und die Bodenreform erfolgreich zu Ende zu führen.

Die Großbauern wurden mit der Bodenreform noch nicht bekämpft. Sie gehörten zwar, da sie Leibeigene und Kleinbauern ausbeuteten, ebenso wie die Gutsbesitzer zur Ausbeuterklasse, aber die antiimperialistische und antifeudale demokratische Revolution richtete sich noch nicht gegen sie. Unter den Großbauern unseres Landes gab es allerdings nicht wenige, die für den Ackerbau leibeigene Bauern eingestellt und einen Teil ihres Ackerlandes verpachtet hatten. Dieser verpachtete Boden wurde bei der Bodenreform beschlagnahmt, was auch einen Schlag der Reform gegen die Großbauern bedeutete. Folglich gab es auch für sie Gründe, dagegen aufzutreten. Unsere Partei erlaubte es ihnen jedoch, das Ackerland, das sie nicht verpachteten, sondern selbst bebauten, zu behalten. Damit wurde verhindert, daß die Großbauern offenen Widerstand gegen die Bodenreform leisteten. Unsere Partei verfolgte eine Politik der Isolierung der Großbauern und hinderte sie somit daran, für die Gutsbesitzer Partei zu nehmen.

Die Mittelbauern hatten keinen Grund, sich der Bodenreform zu widersetzen, da sie ihre Interessen nicht im geringsten schmälerte. Ganz im Gegenteil: Auch sie wurden von den Gutsherren unterdrückt und waren der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt; sie waren für die Enteignung der Gutsbesitzer und die Verteilung ihres Landes an die Leibeigenen und Kleinbauern sowie für die Beseitigung des feudalen Ausbeutersystems. Die Mittelbauern waren folglich unsere Verbündeten, mit denen wir bei der Bodenreform Hand in Hand gehen mußten.

Die Klassenpolitik unserer Partei war darauf gerichtet, sich fest auf die Leibeigenen und Kleinbauern als die am stärksten an der

Bodenreform interessierten Schichten zu stützen, ein Bündnis mit den Mittelbauern einzugehen und die Großbauern zu isolieren. Dem war es zu danken, daß der Kampf für die Liquidierung der Gutsbesitzer als Klasse erfolgreich verlief.

Eine weitere wichtige Frage bei der Bodenreform bestand darin, das enteignete Ackerland richtig zu verteilen.

Wir legten fest, daß das konfiszierte Gutsbesitzerland an die leibeigenen, landlosen und landarmen Bauern zu verteilen sei, und sorgte dafür, daß an die leibeigenen Bauern und landlosen Pächter, die früher unter Erniedrigungen und Demütigungen in Armut gelebt hatten, die besten der von ihnen bearbeiteten Felder vergeben wurden.

Wir orientierten ferner auf eine gerechte Verteilung des Bodens entsprechend der Zahl der Familienangehörigen und Arbeitskräfte. Dazu ordneten wir an, die Zahl der Familienangehörigen und Arbeitskräfte jener Bauern, an die der Boden verteilt werden sollte, in einem Punktreger zu erfassen und danach die Ackerflächen zu berechnen. Das Punktsystem baute sich wie folgt auf: jeweils 1 Punkt für Männer im Alter von 18–60 Jahren und Frauen im Alter von 18–50 Jahren, 0,7 Punkte für Jugendliche im Alter von 15–17 Jahren, 0,4 Punkte für Kinder von 10–14 Jahren, 0,1 Punkt für Kinder bis zu 9 Jahren und jeweils 0,3 Punkte für Männer über 61 und Frauen über 51 Jahre. Auf dieser Grundlage hatte man entsprechend der Zahl der Familienangehörigen und Arbeitskräfte eines jeden Bauernhofes die Punktzahl auszurechnen und dementsprechend die Felder zu verteilen.

Des weiteren ließen wir auch auf die Fruchtbarkeit des Bodens achten. Dadurch wurde verhütet, daß es zu Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Äcker kam. Die einheitliche Aufteilung des Landes in Übereinstimmung mit der Zahl der Familienangehörigen und Arbeitskräfte war von großer Bedeutung für die gleichmäßige Hebung des Lebensstandards der Bauern.

Unsere Partei übertrug ihnen das Besitzrecht an den zugewiesenen Bodenanteilen, untersagte es ihnen jedoch, diese zu verkaufen, zu verpfänden oder zu verpachten. Im Falle, daß sie das Ackerland nicht selbst bebauten, sollten sie es wieder dem Staat zur Verfügung stellen. Auf diesem Wege wurde eine erneute Konzentration des Bodens in den

Händen einzelner Personen bzw. dessen Ausnutzung als ein Mittel der Ausbeutung verhindert.

Unsere Partei sorgte dafür, daß im Ringen um die Bodenreform die Bauern selbst die Initiative ergriffen.

Es waren die leibeigenen und Kleinbauern, die am stärksten an der Lösung der Bodenfrage interessiert waren; sie kannten die Grundeigentums- und sonstigen Verhältnisse auf dem Land am besten. Darum mußten sie die Initiative ergreifen, um die Gutsbesitzer konsequent bekämpfen und all die mit der Bodenreform zusammenhängenden Probleme richtig lösen zu können.

Damit die Bauern selbst bei der Bodenreform die Hauptrolle spielten, ließen wir Dorfkomitees aus leibeigenen und Kleinbauern schaffen. Diese sollten die Reform unmittelbar durchführen.

Das Gesetz über die Bodenreform wurde verkündet, und in den Dörfern wurden Bauernkongresse abgehalten und mehr als 11 500 Dorfkomitees gebildet. Sie waren Exekutivorgane, die sich direkt mit der Realisierung der Bodenreform befaßten. Sie legten fest, wessen Boden enteignet und wer liquidiert werden sollte, verteilten an die Bauern das beschlagnahmte Ackerland und bewältigten alle bei der Verwirklichung des Gesetzes über die Bodenreform auftauchenden Probleme. Dadurch verlief die Bodenreform konsequent im Einklang mit den Interessen der Bauernmassen, und in ihrem Verlauf wuchsen auf dem Dorf zahlreiche protagonistische Kräfte heran.

Um die Bodenreform zu einem erfolgreichen Ende zu führen, rief unsere Partei die Arbeiterklasse und das ganze Volk zur aktiven Unterstützung des bäuerlichen Kampfes auf. Vor allem schickten die Arbeiter Gruppen für die Hilfeleistung bei der Durchführung der Bodenreform aufs Land, die den Bauern wirkungsvoll bei ihrem Kampf halfen. Im Düngemittelwerk Hungnam, in der Sadonger Kohlengrube in Pyongyang und in zahlreichen anderen Fabriken, Erzbergwerken, Kohlengruben und Eisenbahnbetrieben des ganzen Landes wählte man damals viele der besten Arbeiter aus und sandte sie in die Dörfer. Sie begaben sich unter die Bauern und leisteten den Dorfkomitees aktive Hilfe, indem sie ihnen intensiv die Bedeutung der Bodenreform und die Methoden ihrer Durchführung erläuterten. In vereinter Kraft mit den

Sicherheitsorganen und den auf dem Dorf organisierten Selbstschutztruppen entfalteten sie in erster Linie einen intensiven Kampf, um die verschwörerischen Machenschaften der Gutsbesitzer und der anderen Reaktionäre, die sich der Bodenreform widersetzen, zu entlarven und zu vereiteln. Die Unterstützung durch die Arbeiterklasse gab den Bauern im Kampf gegen die Gutsbesitzer große, anspornende Kraft und festigte das Klassenbündnis der Arbeiter und Bauern.

Bei der Bodenreform wandte unsere Partei auch große Kraft für die Stabilisierung der Einheitsfront mit allen Parteien und Massenorganisationen und ihre Mobilisierung für den siegreichen Kampf im Verlauf der Reform auf. Im Ergebnis dessen unterstützte die breite Masse der in den Parteien und Massenorganisationen vereinten verschiedenen Bevölkerungsschichten die Bodenreform und leistete tatkräftige Hilfe bei ihrer Realisierung. Das war ein wichtiger Faktor dafür, daß die Bodenreform in unserem Land in der kurzen Frist von nicht einmal einem Monat erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Dann begann unsere Partei sofort damit, ihre Erfolge zu festigen. Wenn man sich nur darauf beschränkt, das Gutsbesitzerland zu beschlagnahmen und es an die Bauern zu verteilen, ohne gleichzeitig die notwendigen organisatorischen Arbeiten zu leisten, ist es nicht möglich, die Errungenschaften der Bodenreform zu sichern und weiterzuentwickeln.

Deshalb bemühten wir uns intensiv darum, die Position der Partei auf dem Dorf zu konsolidieren. Manche gestürzten Gutsbesitzer und Reaktionäre verbreiteten nach der Bodenreform alle möglichen üblen Gerüchte und verübten hartnäckig Wühltätigkeit und Diversionsakte, um die Erfolge der Reform zu untergraben. Unter diesen Bedingungen war es ohne die Festigung der Klassenposition auf dem Land nicht möglich, die Machenschaften der Gutsbesitzer und der anderen Reaktionäre konsequent zu vereiteln und den Sieg der Bodenreform zu stabilisieren.

Unsere Partei nahm die Mitglieder der Dorfkomitees und andere während der Bodenreform gestählte und erprobte Leibeigene und Kleinbauern in großem Ausmaß in ihre Reihen auf und verstärkte ihre Zellen auf dem Dorf. Außerdem wurden die Dorfkomitees und die Bauernvereinigung zusammengelegt und die Reihen der Kader der

Bauernvereinigung mit den protagonistischen Kräften in den Dörfern verstärkt. Die ideologische Erziehung der Bauern zur Erhöhung ihres Klassenbewußtseins ging ebenfalls intensiver voran. Zugleich wurde dafür gesorgt, daß die Sicherheitsorgane und die Selbstschutztruppen weiter gefestigt wurden und ihre Rolle noch mehr verstärkten. Dank dieser Maßnahmen unserer Partei hatte sich ihre Position auf dem Land weiter gefestigt. Das war ein wichtiges Unterpfand für die erfolgreiche Bekämpfung der Wühltätigkeit feindlicher Elemente aller Schattierungen auf dem Dorf und die Sicherung der Erfolge der Bodenreform.

Der Staat unterstützte tatkräftig die Bauern, damit sie im ersten Jahr von den ihnen zugeteilten Feldern eine gute Ernte einbringen und somit die Erfolge der Bodenreform stabilisieren konnten. Das war ein bedeutsamer Kampf für die materielle Veranschaulichung der Errungenschaften der Bodenreform. Hätten die Bauern nach der Reform das ihnen zur Verfügung stehende Ackerland nicht bearbeitet oder eine schlechte Ernte eingebracht, wäre es unmöglich gewesen, ihr Leben zu verbessern und die Früchte der Bodenreform zum Tragen zu bringen. Unter der Losung „Kein Fußbreit Boden darf brachliegen!“ riefen wir die Bauern zum Kampf für eine gute Feldbestellung im ersten Jahr nach der Bodenreform auf.

Die Bauern hatten zwar dank der Reform Land erhalten, konnten es aber im ersten Jahr nur schwerlich mit eigener Kraft bebauen, da sie weder über Zugvieh noch über Ackergeräte oder Saatgut verfügten. Diese Lage hinterlistig ausnutzend, versuchten die als Klasse liquidierten Gutsbesitzer und andere Reaktionäre, die Bauern ins Schwanken zu bringen, indem sie alle möglichen üblen Gerüchte verbreiteten und davon schwätzten, daß diejenigen, die den Boden erhielten, sich nicht darüber zu freuen bräuchten, weil ein Ackerbau ohne Gutsbesitzer unmöglich sei.

Damit die Neubauern Zugvieh, Ackergeräte und Saatgut etc. beschaffen konnten, schuf der Staat die Bauernbank und gab ihnen langfristige Kredite für den Ackerbau. Besonders den Mangel an Zugvieh versuchte er zu überwinden, indem er trotz seiner sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage zehntausende Rinder in den Gebirgsgebieten kaufte, um sie an die Bauern im Flachland zu

verteilen. Die Frage des Saatgutes wurde gelöst, indem der Staat die während der Bodenreform von den Gutsbesitzern beschlagnahmten Sämereien an die Bauern ausgab; gleichzeitig führte er unter den Mittelbauern eine Aufklärungskampagne durch und rief sie dazu auf, ihr Saatgut mit den Leibeigenen und Kleinbauern zu teilen. Der Staat versorgte die Neubauern mit chemischen Düngemitteln und erlaubte ihnen, diese im Herbst gegen Getreide zu verrechnen.

Ferner wurden aus Arbeitern, Angestellten und Studenten gebildete Gruppen für die Unterstützung der Aussaat und Reisauspflanzung aufs Land geschickt, die den Bauern bei ihrer Arbeit tatkräftig halfen.

Dank der aktiven Hilfe des Staates wurden die landwirtschaftlichen Arbeiten im ersten Jahr nach der Bodenreform – von der Aussaat bis zur Ernte – rechtzeitig und gut verrichtet.

Zum Zwecke der Festigung der Ergebnisse der Bodenreform beseitigte unsere Partei die früher von den Bauern eingetriebenen Zwangsablieferungen und verschiedenen untragbaren Steuern, wie z. B. die Boden- und Ertragssteuer, und führte das System der landwirtschaftlichen Naturalsteuer ein.

Die Bauern, denen der japanische Imperialismus und die Gutsbesitzer ehemals immer den größten Teil der Ernte in Form von Zwangsablieferungen und hohem Pachtzins geraubt hatten, freuten sich über die ihnen unentgeltlich zugeteilten Ländereien, in einem Winkel ihres Herzens barg sich jedoch der Zweifel, ob der Staat ihnen das Getreide nach der Ernte nicht doch wegnehmen würde, so wie es unter der Herrschaft des japanischen Imperialismus gewesen war. Das Gesetz über das landwirtschaftliche Naturalsteuersystem wurde verkündet, als die Bauern mit großem Interesse auf politische Maßnahmen des Staates nach der Ernte warteten.

Diesem Gesetz zufolge hatten sie nur 25 % ihrer Ernte an den Staat abzuliefern, und über die übrigen 75 % konnten sie selbst verfügen. Bei der Bekanntmachung des Gesetzes freuten sich die Bauern ebenso wie bei der Bodenreform, und sie begrüßten es von ganzem Herzen.

Die Einführung der landwirtschaftlichen Naturalsteuer im Anschluß an die Bodenreform bedeutete eine weitere Festigung der Errungenschaften der Bodenreform.

Dank der erfolgreichen Reform und der Stabilisierung ihrer Ergebnisse wurde in unserem Land die Bodenfrage in der Etappe der antiimperialistischen und antifeudalen demokratischen Revolution bestens gelöst. Das war eine revolutionäre Umwälzung von gewaltiger historischer Bedeutung bei der Entwicklung der Revolution in unserem Land und beim Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Durch die Bodenreform wurden die Bauern unseres Landes, die absolute Mehrheit der Bevölkerung, von der feudalen Ausbeutung und Unterjochung befreit und günstige Bedingungen für die Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebens geschaffen; der revolutionäre Elan und die schöpferische Aktivität der Bauernmassen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft erhöhten sich außerordentlich.

Die Bodenreform befreite ferner die landwirtschaftlichen Produktivkräfte von den feudalen Fesseln und schuf damit eine Basis für die rasche Entwicklung der Agrarproduktion. Das ermöglichte wiederum eine befriedigende Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, wodurch die Wiederherstellung und die Entwicklung der nationalen Industrie und der gesamten Volkswirtschaft stark vorangetrieben wurden.

Durch die Bodenreform wurden die feudalen Produktionsverhältnisse, die den Fortschritt der Gesellschaft versperrten, und die Klasse der Gutsbesitzer, die reaktionärste Klasse, enteignet. Im Ergebnis dessen erfuhr das Antlitz der Dörfer unseres Landes eine grundlegende Veränderung, und es wurden günstige sozial-ökonomische Bedingungen für die Sicherung der demokratischen Entwicklung des Landes geschaffen.

## **2. ÜBER DIE VERGENOSSENSCHAFTLICHUNG DER LANDWIRTSCHAFT**

Die einzelbäuerlichen Wirtschaften müssen vergenossenschaftlicht werden, um ein nationales Gedeihen zu erreichen und eine neue

Gesellschaft aufzubauen, in der das gesamte Volk ein glückliches Leben führt.

Die Bodenreform ist nur der erste Schritt bei der Lösung der Bauern- und der Landwirtschaftsfrage. Sie schafft zwar das feudale Pachtsystem ab und befreit die Bauern von der feudalen Ausbeutung, vermag jedoch nicht die Ursachen der Ausbeutung und der Armut auf dem Dorf ein für allemal zu beseitigen. Auch nach der Bodenreform bleiben auf dem Dorf das Großbauerntum und die bäuerlichen Einzelwirtschaften weiter bestehen. Einige von ihnen haben viel, die anderen wenig Boden, die einen haben Zugvieh und Ackergeräte, während die anderen diese nicht besitzen. Unter diesen Bedingungen läßt es sich nicht verhindern, daß manche wohlhabenden Bauern auf die eine oder andere Weise die ärmeren ausbeuten und daß auf dem Dorf eine soziale Differenzierung entsteht. Folglich müssen die bäuerlichen Einzelwirtschaften vergenossenschaftlich werden, um auf dem Land die Ausbeutung vollständig zu beseitigen.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Einzelbauernwirtschaft ist auch unentbehrlich für die Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft sowie die zügige Entwicklung ihrer Produktivkräfte. Das Weiterbestehen der Einzelbauernwirtschaft, klein und zersplittert, macht es unmöglich, die Landwirtschaft planmäßig zu entwickeln, moderne Ackerbaumethoden umfassend einzuführen und die landwirtschaftlichen Arbeiten zu mechanisieren.

Außerdem kann man erst nach der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf einer neuen Basis weiter festigen und das politische Fundament der Revolution stärken.

Deshalb müssen Partei und Staat der Arbeiterklasse beim Aufbau einer neuen Gesellschaft die Agrarrevolution durchführen, im weiteren deren Erfolg stabilisieren und auf dieser Grundlage Schritt für Schritt die Landwirtschaft sozialistisch umgestalten.

Bei der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft ist es wichtig, den richtigen Zeitpunkt dafür abzapassen.

Versäumt man ihn, d. h., nimmt man dieses Vorhaben zu früh oder zu spät in Angriff, kann es genau wie bei jeder beliebigen Revolution

zu Komplikationen kommen.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Einzelbauernwirtschaft ist zwar eine wichtige Aufgabe der sozialistischen Revolution, sie stellt sich aber nicht gleich in den ersten Tagen nach ihrem Beginn.

In den ersten ein bis zwei Jahren nach der Befreiung wurde in unserem Land die demokratische Revolution verwirklicht, und dann begann der schrittweise Übergang zum Sozialismus. Die Aufgabe, die Landwirtschaft zu vergenossenschaftlichen, ergab sich jedoch nicht schon zu Beginn der Übergangsperiode als eine herangereifte Forderung. Die Bauern wurden dank der Bodenreform nach der Befreiung Herren des Bodens, und sie unterstützten aktiv die Politik unserer Partei und der Regierung der Republik. Ihr patriotischer Enthusiasmus und Produktionselan waren außerordentlich hoch. Die Liebe der Bauern zu ihrem Boden war sehr groß, denn sie hatten es sich ein Leben lang gewünscht, eigenes Land zu bearbeiten. Wäre ohne Berücksichtigung dieser Sachlage sofort mit der Vergenossenschaftlichung der bäuerlichen Einzelwirtschaften begonnen worden, so hätte man nie die aktive Unterstützung der Bauern für diesen Kurs erlangt. Mehr noch: Man hätte möglicherweise den durch die Bodenreform erhöhten Produktionselan der Bauernmassen wieder zunichte gemacht und die Entwicklung der Agrarproduktion behindert. Zu Beginn der Übergangsperiode wurde also die Frage der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft noch nicht aufgeworfen.

In jener Zeit konzentrierten wir unsere Kräfte auf die Festigung der Erfolge der Bodenreform und die Entfaltung ihrer Lebenskraft und trafen gleichzeitig Vorbereitungen für die künftige sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft.

Diese Vorbereitungen gingen in unserem Land schon seit der Zeit der demokratischen Reformen teilweise vor sich.

Bei der Bodenreform verfolgten wir die Politik der Einschränkung der Großbauernwirtschaft, um günstige Bedingungen für die künftige Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft zu schaffen. Das Hauptobjekt des Kampfes dabei waren die Großbauern, und folglich war es notwendig, ihren Wirtschaften rechtzeitig Beschränkungen

aufzuerlegen, damit sie keine starke Entwicklung nehmen konnten. Zu diesem Zweck untersagten wir den Bauern, die ihnen bei der Bodenreform zugeteilten Ländereien zu verkaufen, zu kaufen oder zu verpfänden, und wiesen die Großbauern dazu an, ihre Felder unbedingt selbst zu bebauen und keine ständigen leibeigenen Bauern einzustellen.

Wir schufen auch die Bauernbank, um einer Ausbeutung durch Wuchergeschäfte seitens der Großbauern und der ländlichen Wucherer entgegenzuwirken.

Nach der Bodenreform war es ein aktuelles Erfordernis für unsere Dörfer, den Bauern Geld für den Ackerbau zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheit der Bauern, die bei der Bodenreform Ackerland erhielten, waren ehemalige Leibeigene und Kleinbauern, die keine finanziellen Mittel besaßen. Es herrschte damals eine sehr schwierige wirtschaftliche Lage im Land, und es gab keinen Fonds, um den Bauern ausreichend Geld zu geben. Diese Situation versuchten die Großbauern und Wucherer auszunutzen, um die Bauern wieder mit hohen Zinsen auszubeuten.

Ein vernünftiger Weg, um die verarmten Bauern mit Geld unterstützen und sie somit vor der Ausbeutung der Wucherer behüten zu können, bestand in der maximalen Mobilisierung und optimalen Nutzung der in den Dörfern ruhenden Finanzmittel. Man sagt, die Masse bringt es, und so konnte also mit den vielen kleinen Summen der Einzelbauern ein großes Fundament für die Beschaffung der beim Ackerbau benötigten Mittel gelegt werden. Auf dieser Grundlage gründeten wir im April 1946 die Bauernbank, in die breite Bauernmassen einbezogen wurden.

Die Bauernbank war ein genossenschaftliches Kreditorgan, dessen Grundfonds sich aus den Einlagen der Bauern, den Spareinlagen der Landbevölkerung und dem Darlehen des Staates zusammensetzte. Mit diesem Geld bestritten die Bauern die Ausgaben für den Ackerbau und zum Teil auch für ihren Lebensunterhalt. Die Wucherer liehen ihnen damals Geld zu hohen Zinssätzen, während die Zinsen für ein Darlehen der Bauernbank nur 9,2 Prozent betragen. Auf diesem Wege verhütete die Bauernbank die Ausbeutung der Bauern durch Wucherer und ließ sie die Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaft im

praktischen Leben erkennen.

Auch die Konsumgenossenschaft spielte eine wichtige Rolle bei der Überzeugung der Bauern von der Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaft.

In der ersten Zeit nach der Befreiung waren auf den Märkten unseres Landes die Privathändler vorherrschend, und sie befaßten sich, den Mangel an Waren ausnutzend, mit Wuchergeschäften. Die Waren, die sie in der Stadt billig kauften, setzten sie auf dem Land zu hohen Preisen ab, während sie die dort zu niedrigen Preisen gekauften Agrarerzeugnisse in der Stadt teuer verkauften. Auf diese Weise beuteten sie die Landbevölkerung aus.

Wir organisierten mit Bauern Konsumgenossenschaften, um die Wucher- und Spekulantengeschäfte in den Dörfern zu beseitigen und die Bauern besser mit Waren zu versorgen.

Die Konsumgenossenschaft war ein Genossenschaftsbetrieb im Bereich der Warenzirkulation, für dessen Gründung die Bauern Geld zusammenlegten.

Sie belieferte die Dörfer rechtzeitig mit den für das tägliche Leben unentbehrlichen Waren, darunter Salz, Textilien, Schuhwerk und Streichhölzern, und kaufte in großem Maße landwirtschaftliche und nebenwirtschaftliche Produkte der Bauern auf, die in der Stadt verkauft wurden. Der durch diese Handelstätigkeit erarbeitete Gewinn wurde entsprechend der Höhe ihrer Geldeinlagen einheitlich unter ihren Mitgliedern verteilt.

Die Konsumgenossenschaft leistete durch die Warenlieferungen und Aufkaufstätigkeit einen großen Beitrag zur Festigung der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Stadt und Land, zur Ausmerzung der Ausbeutung durch Wucherer und Spekulanten und zur Stabilisierung und Verbesserung des Lebens der Bauern. Indem die Konsumgenossenschaft die Interessen der Bauern schützte und die Dienstleistungen für deren Alltagsleben gewährleistete, führte sie ihnen die Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform vor Augen.

In Vorbereitung auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft schuf unsere Partei auf dem Dorf auch staatseigene Feldbau- und Viehzuchtbetriebe sowie Landmaschinen- und

Zugviehausleihstationen. Solche Formen der Zusammenarbeit, beispielsweise die gemeinsame Nutzung des Zugviehs und die gegenseitige Hilfe bei der Feldarbeit, von denen die Bauern von alters her Gebrauch machten, wurden von unserer Partei umfassend angewandt und gefördert. Besonders in der Zeit des Vaterländischen Befreiungskrieges, in der es auf dem Dorf an Arbeitskräften, Zugvieh und Ackergeräten mangelte, wurden in großem Umfang Gruppen für die gegenseitige Hilfe bei der Feldarbeit und Gruppen für die gemeinsame Nutzung des Zugviehs organisiert und somit unter den Bauern der Geist der gegenseitigen Hilfe und das Streben nach einer genossenschaftlichen Wirtschaftsform geweckt.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in unserem Lande wurde in der Nachkriegsperiode zur herangereiften Forderung erhoben.

Durch den dreijährigen Krieg war unsere Landwirtschaft stark zerstört. In den Dörfern gab es nur wenig Zugvieh und Ackergeräte, die für den Ackerbau dringend notwendig sind, und es mangelte auch an Arbeitskräften. Manche Bauern hatten Vieh und Ackergeräte, aber nur wenig Arbeitskräfte, während die anderen Ackerland und Arbeitskräfte besaßen, aber nur wenig Zugvieh und landwirtschaftliche Geräte. Folglich waren sie nicht in der Lage, ihre Felder gut zu bestellen. Mit einem Wort, die Situation der Bauern war so, daß sie, ohne auf diese oder jene Weise ihre Kräfte zu vereinen und zusammenzuarbeiten, keinen Ackerbau betreiben konnten.

Nach dem Krieg lebten unsere Bauern ebenfalls unter sehr schweren Bedingungen. Ihre Haushaltsgeräte waren fast völlig zerstört, und es mangelte an Kleidung und Nahrung. Der Krieg hatte nahezu 40 % der Bauern ruiniert.

Unter diesen Umständen war es bei Weiterbestehen der Einzelbauernwirtschaft nicht möglich, die landwirtschaftliche Produktion rasch zu entwickeln und die nach dem Krieg vor uns stehenden Probleme – die Lösung des Ernährungsproblems für die Bauern und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen – zu lösen. Das Fortbestehen der Einzelbauernwirtschaft barg auch die Gefahr in sich, daß zwischen der Industrie, die planmäßig schnell wiederaufgebaut und

entwickelt wurde, und der sich schleppend erholenden Landwirtschaft eine Disproportion entstand und die Entwicklung der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft stark gehemmt wurde. Die reale Lage in unserem Land nach dem Krieg forderte also dringend die Vergenossenschaftlichung der Einzelbauernwirtschaft.

In der Nachkriegszeit bestanden in unseren Dörfern dafür bereits günstige Bedingungen.

Der dreijährige erbitterte Krieg hatte zwar die Landwirtschaft grausam zerstört, aber trotz alledem wurden unsere Bauern revolutionär gestählt und wacherüttelt. In den Prüfungen des Krieges erkannten die Bauern zutiefst, wie richtig die Politik unserer Partei und wie kostbar die Volksmacht ist, und sie schlossen sich fest um die Partei und die Regierung zusammen. Sie gewannen die feste Überzeugung, daß sie nur siegreich und glücklich sein können, wenn sie den von der Partei gewiesenen Weg beschreiten.

Auf der einen Seite wurden also die Bauern politisch bewußter und ehern um die Partei geschart, auf der anderen Seite waren hingegen die Kräfte der Großbauern stark geschwächt. Nicht nur die Kleinbauern erlitten im Krieg Schaden. Auch die Mittelbauern und die wohlhabenden Mittelbauern hatten Wohnhäuser, Ackergeräte und Zugvieh verloren und waren ruiniert. Die Großbauernwirtschaft war ebenfalls fast völlig zerstört und spielte keine Rolle mehr. Den Großbauern war im Grunde genommen nichts weiter geblieben als ihre Ländereien und ihre Träume, andere auszubeuten.

Der Wunsch der Bauern, Eigentümer des Bodens zu sein, war nach dem Krieg sehr schwach. Unmittelbar nach der Bodenreform war er wesentlich ausgeprägter gewesen, denn sie konnten in der Nachkriegszeit die Ländereien, selbst wenn sie über sie verfügten, infolge des Mangels an Zugvieh, Ackergeräten und Arbeitskräften nicht richtig bearbeiten.

Die Nachkriegszeit war sowohl in bezug auf die klassenmäßigen Kräfteverhältnisse und die Lage der Bauern als auch ihren ideologischen Reifegrad günstig für die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft. Hätten wir so einen guten Zeitpunkt verpaßt und noch gewartet, um eventuell auch die Groß- und Mittelbauern nach ihrem

Wiedererstehen in die Genossenschaften einzubeziehen, so wären daraus sehr große Probleme erwachsen. Deshalb erachteten unsere Partei und die Regierung der Republik die Nachkriegszeit als den geeignetsten Zeitpunkt für die landwirtschaftliche Vergenossenschaftlichung und stellten den Kurs für den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Einzelbauernwirtschaft auf.

Als unsere Partei erstmals diesen Kurs aufstellte, fragte so manch einer, wie man ihn ohne Entwicklung der Industrie und ohne moderne Landmaschinen realisieren sollte, und versagte ihm seine Unterstützung. Darauf zu bestehen, daß vor der Industrialisierung des Landes kein genossenschaftlicher Zusammenschluß möglich sei, war eine dogmatische Auffassung, die unserer Wirklichkeit nicht entsprach. Bis dahin war natürlich allgemein bekannt – das zeigten sowohl die Erfahrungen anderer Länder als auch die bestehenden Theorien –, daß die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft nur auf der Basis der sozialistischen Industrialisierung möglich sei.

Wir hielten sie jedoch auch trotz eines relativ niedrigen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und der Technik für durchaus realisierbar, wenn die Wirklichkeit die Umgestaltung der alten Produktionsverhältnisse dringend erforderte und die revolutionären Kräfte reif genug waren, um diese Umgestaltung bewältigen zu können.

Die Volksmassen sind der entscheidende Faktor für den Sieg sowohl im revolutionären Kampf als auch beim Aufbau. Unter den Bedingungen, unter denen die Bauernmassen, die Träger und die Herren der Landwirtschaft, die Vergenossenschaftlichung dringend forderten, war es nicht notwendig, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bis zum Zeitpunkt der Industrialisierung aufzuschieben, nur mit der Begründung, daß es keine modernen Landmaschinen gibt.

Außerdem gewannen wir in der Praxis die Erfahrung, daß man mit der Klugheit und den vereinten Kräften vieler Menschen Bewässerungsanlagen bauen, die Felder einebnen und somit die Agrarproduktion rasch entwickeln kann, woran ein Einzelbauer nicht einmal zu denken vermag. In einigen Gebieten organisierten wir in der Kriegszeit landwirtschaftliche Genossenschaften (LWG) zu Versuchszwecken, um eine Orientierung auf den Wiederaufbau der

Landwirtschaft nach Beendigung des Krieges festzulegen. Sie hatten nur die Ländereien und kleine Ackergeräte zusammengelegt. Sie zeigten aber, daß sie der einzelbäuerlichen Wirtschaft vielfach überlegen sind.

Aufgrund der Analyse der Wirklichkeit unseres Landes und der praktischen Erfahrungen trieben wir in der Überzeugung, daß die Landwirtschaft auch ohne eine entwickelte Industrie und ohne moderne Landmaschinen vergenossenschaftlicht werden kann, die Genossenschaftsbewegung ohne Wankelmut kraftvoll voran. So erfolgte in unserem Land die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Unterschied zu anderen Ländern vor der technischen Umgestaltung.

Unsere Partei und die Regierung der Republik sorgten bei der Anleitung dieser Bewegung dafür, daß das Prinzip der Freiwilligkeit konsequent eingehalten wurde.

Dieses Prinzip ist ein Erfordernis, das aus dem Wesen dieser Bewegung entspringt. Bei der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft geht es darum, die Interessen der Bauern zu schützen und ihren Wohlstand zu sichern, und folglich ist es keinesfalls zulässig, die Bauern beispielsweise zum Eintritt in die LWG zu zwingen.

Das Prinzip der Freiwilligkeit bedeutet jedoch durchaus nicht, Spontaneität zu dulden; es bedeutet also nicht, den Eintritt der Bauern in die LWG dem Selbstlauf zu überlassen. Es müssen eine Reihe von Maßnahmen zur Durchsetzung dieses Prinzips getroffen werden, so daß die Bauern freiwillig den LWG beitreten.

Als die beste Methode dafür erweist sich die Erziehung anhand von praktischen Beispielen.

Die Einzelbauern fristeten von Generation zu Generation, gebunden an ihre kleine Wirtschaft, ein Dasein in ständiger Unsicherheit, und darum ist es kennzeichnend für sie, daß sie sehr konservativ und engherzig sind und erst dann eine Sache bereitwillig annehmen, wenn sie sie selbst gesehen und sich durch eigene Erlebnisse von deren Vorzügen überzeugt haben. Unter Berücksichtigung dieser Charakterzüge der Bauern propagierten wir unter ihnen in starkem Maße die Überlegenheit der LWG. Andererseits wurde veranlaßt, ein Versuchsstadium der landwirtschaftlichen Vergenossenschaftlichung

festzulegen und den Bauern anhand von praktischen Beispielen die Vorzüge dieser Wirtschaftsform zu zeigen.

Das war von sehr großer Bedeutung, um den Bauern den genossenschaftlichen Zusammenschluß mit Hilfe von konkreten Beispielen zu veranschaulichen. Unsere Partei beschloß, der Entfaltung der Massenbewegung für die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft ein Versuchsstadium vorhergehen zu lassen, damit die Funktionäre Erfahrungen bei der Organisierung und Führung von Genossenschaften sammeln konnten, die den realen Verhältnissen unseres Landes und den Besonderheiten der einzelnen Gebiete entsprachen, und den Bauern die Überlegenheit der Genossenschaften gegenüber der Privatwirtschaft praktisch vor Augen zu führen vermochten.

Als wir unsere Bewegung für die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft ins Leben riefen, haben wir natürlich die Erfahrungen anderer Länder aus dem genossenschaftlichen Zusammenschluß studiert und auch berücksichtigt. Solch eine tiefgreifende und komplizierte sozioökonomische Umwälzung wie die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft konnte jedoch keineswegs ohne eigene Erfahrungen, nur auf die Erfahrungen der anderen gestützt, verwirklicht werden. Außerdem konnte man die Bauern, die gar nicht wußten, was eine Genossenschaft ist, nicht nur anhand von Beispielen aus anderen Ländern von ihren Vorzügen überzeugen.

Die Schicht der ehemaligen Leibeigenen und Kleinbauern stellte kein Problem dar, als die Bauern zum freiwilligen Eintritt in die Genossenschaften angehalten wurden. Sie hatten früher fast keine Ländereien und anderen Produktionsmittel besessen. Erst dank der Bodenreform waren sie Herren des Bodens geworden. Daher unterstützten sie die Linie und Politik unserer Partei von ganzem Herzen. Mehr noch: Aufgrund ihrer ökonomischen Lage forderten sie die Vergenossenschaftlichung dringend.

Bei den Mittelbauern war es jedoch anders. Sie waren Werktätige, die mit ihrer eigenen Kraft Ackerbau betrieben, und gleichzeitig waren sie Kleineigentümer, die eigenes Ackerland und Zugvieh besaßen. Am

Scheideweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zögerten sie zu entscheiden, welchen Weg sie gehen sollten. Ihre Einstellung zur Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft war folgende: diejenigen, die erst nach der Bodenreform Mittelbauern geworden waren, stimmten für die Vergenossenschaftlichung, während die ehemaligen Mittelbauern eine abwartende Haltung einnahmen. Da die Mittelbauern eine Schicht darstellten, die in den Dörfern eine große Rolle spielte, hing Sieg oder Niederlage in der Genossenschaftsbewegung zum großen Teil davon ab, ob man die Mittelbauern für sich gewinnen konnte oder nicht.

Man mußte ihnen in der Praxis die Überlegenheit der Genossenschaft gegenüber der Privatwirtschaft zeigen, um sie für sich zu gewinnen und zum freiwilligen Eintritt in die Genossenschaft anzuhalten. So richtete unsere Partei in jedem Kreis einige Mustergenossenschaften ein, bestehend aus den früheren Leibeigenen und Kleinbauern sowie aus den ländlichen protagonistischen Kräften, die die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft aktiv unterstützten.

Im Versuchsstadium der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft kam es darauf an, die Überlegenheit der neu organisierten Genossenschaften so schnell wie möglich zu veranschaulichen. Es wurde von uns eine Reihe von staatlichen Maßnahmen eingeleitet, um sie zu stärken und ihre Vorzüge voll zur Geltung zu bringen.

Die ökonomische Basis der aus den Kleinbauern bestehenden LWG war schwach, und ihre Mitglieder hatten es sehr schwer im Leben. Der Staat ließ ihnen die fehlenden Lebensmittel und Sämereien und belieferte sie bevorzugt mit Düngemitteln und Ackergeräten. Andererseits wurden ihnen langfristige Darlehen gewährt, damit sie sich Zugvieh sowie landwirtschaftliche Geräte und Materialien kaufen konnten. Es wurden ferner Landmaschinen- und Zugviehausleihstationen errichtet, die in erster Linie die Felder der LWG pflügten und deren Transportbedarf deckten.

Dank der aktiven Anleitung und Unterstützung seitens der Partei und des Staates und als Ergebnis der aufopferungsvollen An-

strengungen der Genossenschaftsmitglieder begannen die LWG Schritt für Schritt ihre Vorzüge an den Tag zu legen. Im Jahre 1954 lag in der Genossenschaftswirtschaft der Getreideertrag je Flächeneinheit 10–50 % höher als in der Einzelbauernwirtschaft, und die Geldeinnahmen waren mehr als das 2–7fache.

Als es bewiesen war, daß die Genossenschaften große Vorzüge gegenüber den Privatwirtschaften haben, traten ihnen auch mehr und mehr Mittelbauern bei. Auf diese Weise nahm die Bewegung für die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft in unserem Land die Form einer Massenbewegung an.

Auch gegenüber den Großbauern wandte unsere Partei das Prinzip der Freiwilligkeit an. In einem anderen Land hatte man bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft die Großbauern als solche durch Enteignung liquidiert. Die Politik unserer Partei in der Periode der landwirtschaftlichen Vergenossenschaftlichung bestand jedoch darin, die Großbauern nicht zu beseitigen, sondern sie in ihrer Entfaltung zu beschränken und allmählich umzuformen.

Die soziale Zusammensetzung unserer Dörfer sah damals so aus, daß die Kleinbauern etwa 40 % und die Großbauern nur 0,6 % ausmachten. Und diese wenigen, in der Zeit des Krieges fast völlig ruinierten Großbauern hatten nur eine unbedeutende ökonomische Basis. Unter Berücksichtigung dieser realen Verhältnisse ordnete unsere Partei an, alle Großbauern, die den auf Vergenossenschaftlichung gerichteten Kurs akzeptierten und als Genossenschaftsmitglieder mit den eigenen Händen ihren Lebensunterhalt verdienen wollten, in die genossenschaftlichen Wirtschaften aufzunehmen und zu sozialistischen Werktätigen umzuformen, die Elemente hingegen, die die Genossenschaftsbewegung behinderten, streng zu bestrafen. Die Mehrheit der Großbauern, die der Vergenossenschaftlichung anfangs den Rücken kehrten, traten in dem Maße von selbst den Genossenschaften bei, wie die sozialistische Umgestaltung in Stadt und Land rasch voranging und die Objekte ihrer Ausbeutung nach und nach verschwanden. In unserem Land ging also die Bewegung für die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft ohne große Unruhen reibungslos vonstatten.

Für den freiwilligen Eintritt der Bauern in die LWG und die erfolgreiche Führung der Bewegung für die landwirtschaftliche Vergenossenschaftlichung war es sehr wichtig, daß die Formen der Genossenschaften richtig festgelegt wurden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Boden noch Privateigentum der Bauern blieb und sie sich in den wirtschaftlichen Verhältnissen und im ideologischen Bewußtseinsgrad unterschieden, legten wir drei Formen von LWG fest, von denen sie nach ihrem Willen und ihren Erfordernissen eine wählen konnten.

Bei der ersten Form der LWG handelte es sich um die Brigaden für gegenseitige Hilfe bei der Arbeit. Sie verrichteten, ohne die Ländereien und Ackergeräte zusammenzulegen, nur die landwirtschaftlichen Arbeiten gemeinsam.

Die Brigaden für gegenseitige Hilfe bei der Arbeit sollten den Bauern die Vorzüge der Vergenossenschaftlichung zeigen und sie dafür interessieren.

Ihr Prinzip bestand darin, das Zugvieh und die Ackergeräte bei der gemeinschaftlichen Bearbeitung der Felder gemeinsam zu nutzen und dafür nach der Ernte landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Geld als Benutzungsgebühr zu entrichten. Die Arbeitskräfte, die man als Hilfe erhielt, wurden im Grunde genommen mit ebensoviel Arbeitskraft entgolten. Nur für den Teil der Arbeitskräfte, für den man nicht in dieser Weise aufkommen konnte, wurden Naturalien oder Geld als Gegenleistung geliefert. Jede einzelne Brigade für gegenseitige Hilfe bei der Arbeit hatte den Tarif für die Bezahlung in Form von Naturalien oder Geld entsprechend der vom Staat vorgeschriebenen Norm und unter Berücksichtigung der eigenen Verhältnisse selbst festzulegen. Die Brigaden für gegenseitige Hilfe bei der Arbeit hatten unter anderem die Aufgabe, einen Gemeinschaftsfonds zu schaffen, womit sie Zugvieh und Ackergeräte kaufen, Viehzucht, Seidenbau und andere gemeinsame Nebengewirtschaften organisieren, Felder urbar machen und Pumpstationen bauen und somit die Basis der Gemeinwirtschaft schrittweise ausbauen konnten.

Bei der zweiten Form der LWG legte man die Ländereien zusammen und führte die Wirtschaft gemeinsam, während die

Verteilung nach der geleisteten Arbeit und nach dem eingebrachten Ackerland vorgenommen wurde.

Die Aufteilung der gemeinsam erarbeiteten Naturalien und Geldmittel erfolgte hierbei auf der Grundlage der Arbeitstage, die sich aus der Bewertung der Quantität und Qualität der im Kollektiv geleisteten Arbeit ergaben, sowie der Punkte für die Felder, die bei der wertmäßigen Einschätzung der den Genossenschaften zur Verfügung gestellten Naß- und Trockenfelder und ihrer Fruchtbarkeit ermittelt wurden. Das Verhältnis der Verteilung nach Arbeit und Ackerfläche war so festgelegt, daß der Anteil der Arbeit mindestens 80 % betrug und der Anteil des eingebrachten Landes sich mit maximal 20 % niederschlug. Zugvieh und Ackergeräte wurden im Prinzip zum Gemeineigentum gemacht, man konnte sie aber auf Wunsch auch als Privateigentum belassen und nur gemeinsam nutzen. Kurzum, die erste Form war der Keim des Sozialismus und die zweite eine halbsozialistische Form.

Die dritte Form der LWG war die höchste Form, bei der das Ackerland und die Hauptproduktionsmittel ausnahmslos zum Gemeineigentum gemacht wurden. Hier erfolgte die Verteilung einzig und allein nach der geleisteten Arbeit.

In der dritten Form wurden das Zugvieh und die wichtigsten landwirtschaftlichen Geräte – vom Ackerland ganz zu schweigen – ausnahmslos in Gemeineigentum verwandelt. In Privateigentum durften verbleiben: Hofland bis zu 50 Phyong je Familie, Obstbäume im eigenen Garten sowie Haustiere zu nebenwirtschaftlichen Zwecken, wie z. B. Schweine, Schafe, Hühner und Kaninchen, aber nur in dem Maße, daß dadurch die Gemeinwirtschaft nicht beeinträchtigt wurde. Es wurde dafür gesorgt, daß die Zusammenlegung von Zugvieh und Ackergeräten sowie anderen Produktionsmitteln als Gemeineigentum ausnahmslos gegen entsprechende Entschädigung erfolgte. Diesen Maßnahmen unserer Partei ist es zu danken, daß die verschiedenen Schichten der Bauern den Kurs der Vergenossenschaftlichung schnell unterstützt haben.

Was die Einteilung der LWG in drei Formen betrifft, so ist das nicht in dem Sinne zu verstehen, daß man bei der Schaffung der Genossenschaften auf alle Fälle von der ersten zur zweiten und von der

zweiten zur dritten Form übergehen mußte. Zu jener Zeit hatten jedoch manche Funktionäre eine falsche Vorstellung davon und glaubten, daß man wie in der Schule, wo die Schüler von der ersten Klasse in die zweite und von dieser in die dritte versetzt werden, auch die LWG etappenweise von der ersten bis zur dritten Form durchlaufen müsse. Andererseits gab es aber auch Funktionäre, die die höheren Formen begrüßten und ohne jede Rücksicht versuchten, lediglich Genossenschaften der dritten Form zu schaffen.

Wir erkannten diese Abweichungen rechtzeitig und wiesen darauf hin, daß bei der Schaffung der LWG unbedingt der Reifegrad der Bauern und ihre Anforderungen konkret zu berücksichtigen seien. So verhüteten wir, daß man den Bauern, die einer höheren Form beitreten wollten, eine niedrigere Form aufzwang oder jenen Bauern, die infolge ihres Reifegrades nur erst eine niedrigere Form annehmen konnten, von Anfang an eine höhere Form aufzwang.

In der Bewegung für die landwirtschaftliche Vergenossenschaftlichung war es auch wichtig, die Größe der Genossenschaften richtig zu bestimmen.

In Anbetracht der wesentlichen Erfordernisse der sozialistischen Gemeinwirtschaft sollten die LWG natürlich so groß wie möglich sein. Je größer ihre Flächen sind, desto besser lassen sich die Mechanisierung und Bewässerung verwirklichen und desto höhere Leistungen können auch bei der Einebnung der Felder vollbracht werden. Man muß jedoch auf alle Fälle das bestehende Niveau der Mechanisierung und den Reifegrad der Bauern berücksichtigen und darf demzufolge kein zu großes Ausmaß wählen. Wenn eine Genossenschaft mit niedrigem Mechanisierungsgrad, ideologischem Bewußtsein der Bauern und Leitungsniveau der Funktionäre zu weit ausgedehnt wird, können ihre Wirtschaft nicht richtig geführt und ihre Vorzüge nicht stark genug zur Geltung gebracht werden.

Bei der Festlegung der Größe der LWG sorgte unsere Partei dafür, daß der Stand der technischen Ausstattung, der Reifegrad der Funktionäre und die Besonderheiten der einzelnen Gebiete gebührende Beachtung fanden. Zu Beginn der Genossenschaftsbewegung umfaßte eine Genossenschaft 15–20 Bauernhaushalte. Dann wurde sie

entsprechend den heranreifenden Bedingungen nach und nach vergrößert, so daß sie später jeweils etwa 40–100 Bauernhaushalte in sich vereinte.

Der kleinere Umfang der Genossenschaften zu Beginn der Genossenschaftsbewegung ermöglichte es, sie trotz des niedrigen Niveaus der Leitungsfunktionäre ordnungsgemäß aufzubauen und rationell zu führen. Nachdem im Versuchsstadium gewisse Erfahrungen gesammelt worden waren und sich das Leitungsniveau der Funktionäre erhöht hatte, wurden die Genossenschaften je nach Größe der Dörfer aus 40–100 Bauernfamilien gebildet. In den Gebirgsgegenden waren die Dörfer damals kleiner, und die Bauernhaushalte lagen zerstreut. Deshalb wurden dort nur etwa 40–50 Bauernhaushalte zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen, während sie in den mittleren Höhenlagen und im Flachland entsprechend der Größe der dortigen Dörfer bis zu 100 Bauernhaushalte umfaßten. Wie zu sehen ist, entsprach das Ausmaß der Genossenschaften dem Reifegrad der Funktionäre und den zonalen Besonderheiten, und dadurch war es möglich, sie effektiv zu leiten.

In der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung achteten wir sowohl auf das quantitative Wachstum der Genossenschaften als auch auf deren qualitative Stärkung.

Seit den ersten Tagen der Schaffung der LWG schenkten unsere Partei und die Regierung unserer Republik ihrer qualitativen Festigung große Aufmerksamkeit. Das war besonders in der Zeit sehr wichtig, als sehr viele bis dahin wankelmütige Mittelbauern den Genossenschaften beizutreten begannen. Da viele Mittelbauern bereits aufgenommen wurden, bevor die neu geschaffenen LWG organisatorisch und ökonomisch stabil waren, hätte ein Unterbleiben von qualitativen Konsolidierungsmaßnahmen dazu führen können, daß das Kleineigentümergeist der Mittelbauern in die Genossenschaften eindringt. Dann wäre auch keine gesunde Entwicklung der Genossenschaften möglich gewesen.

Vor allem investierte unsere Partei große Kraft in die politisch-ideologische Festigung der LWG.

Um sie zu stärken und ihre Vorzüge richtig entfalten zu können, war

es dringend erforderlich, das ideologische Bewußtsein der Genossenschaftsmitglieder schnellstens zu heben. Unsere Partei sorgte dafür, daß sie in Übereinstimmung mit der veränderten Wirklichkeit intensiv klassenmäßig und sozialistisch erzogen wurden und sich ihr Klassenbewußtsein und ihre sozialistische Einstellung somit erhöhten.

Bei der Konsolidierung der LWG war es von großer Bedeutung, daß die Klassenposition auf dem Dorf gefestigt wurde. Nur dadurch konnte man die breiten Massen auf dem Land unbeirrbar für die Revolution gewinnen, das Bündnis der Arbeiter und Bauern stärken und die Genossenschaften gesund entwickeln.

Die ehemaligen Leibeigenen und Kleinbauern und besonders die Hinterbliebenen der gefallenen Patrioten, die Familien der Angehörigen der Volksarmee und die demobilisierten Soldaten waren der protagonistische Kern auf dem Dorf, auf den sich unsere Partei stützen konnte: Sie bildeten das Rückgrat, das für den Triumph der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft mit größter Opferbereitschaft tätig sein konnte. Unsere Partei half ihnen aktiv, den Leibeigenen und Kleinbauern, den Hinterbliebenen der gefallenen Patrioten und den Familien der Angehörigen der Volksarmee, damit sie in der Arbeit der Genossenschaften ihrer avantgardistischen Rolle gerecht werden konnten. Die besten von ihnen wurden in die Leitungsorgane der Parteiorganisationen und der Organisationen der Werktätigen sowie in die Verwaltungsorgane der Genossenschaften eingesetzt. Außerdem entsandten wir viele demobilisierte Soldaten, die im Krieg gestählt worden waren, aufs Land, und sie bildeten den protagonistischen Kern in den Genossenschaften.

Große Kraft wandten unsere Partei und die Regierung unserer Republik auch für die ökonomische und technische Stärkung der LWG auf.

Die materielle Unterstützung seitens des Staates spielte eine entscheidende Rolle bei der ökonomischen Stärkung der schwachen LWG, die aus Kleinbauern bestanden.

In Übereinstimmung mit der raschen Wiederherstellung und Entwicklung der Industrie und entsprechend der Festigung der ökonomischen Basis des Landes versorgte der Staat die Dörfer mit größeren Mengen von chemischen Düngern, Landmaschinen und

Baumaterialien. Den LWG mit schwacher ökonomischer Basis wurden Nahrungsmittel, Saatgut und umfangreiche Finanzmittel für den Ackerbau geliehen. Mit dem Ziel, die Bürde der Bauern zu verringern und deren Produktionselan zu erhöhen, beschlossen wir, von 1956 an das System der festgelegten Naturalsteuer einzuführen und den Prozentsatz dieser Steuer wesentlich herabzusetzen. Vor allem hatten wir angewiesen, daß die LWG 5 % weniger Naturalsteuer als die Einzelbauern zahlen sollten. Zugleich sorgten wir dafür, daß durch eine Erhöhung des Aufkaufspreises der Erzeugnisse der LWG deren Einnahmen gesteigert wurden und die Genossenschaftsmitglieder größeres Interesse für die Gemeinwirtschaft zeigten als für die individuellen Nebenwirtschaften.

Außerdem entsandte der Staat nach dem Krieg Zehntausende demobilisierte Soldaten und Mittelschulabgänger in die Dörfer, um das angespannte Arbeitskräfteproblem auf dem Land zu lösen. In der landwirtschaftlichen Hochsaison wurden jedes Jahr Arbeiter, Angestellte, Studenten und Soldaten eingesetzt, um die Genossenschaften mit Arbeitseinsätzen zu unterstützen.

Dank dieser tatkräftigen Hilfe durch den Staat und die Gesellschaft festigte sich die ökonomische Basis der LWG und verbesserte sich das Leben ihrer Mitglieder schnell.

Ihre Leitungstätigkeit zu verbessern war eine sehr dringende Frage bei der Festigung der neu organisierten Genossenschaften.

In der Anfangszeit der LWG gab es dort niemanden, dem man die Planung, die Einteilung und Verwaltung der Arbeitskräfte, die Buchführung und die Arbeit der Jahresabschlußverteilung hätte anvertrauen können. Als Folge davon fehlte eine sozialistische Ordnung und Disziplin in der Führungstätigkeit der Genossenschaften, und es waren nicht selten verworrene Erscheinungen in der kollektiven Arbeit und in der Verwaltung des Gemeineigentums zu beobachten. Die eben erst organisierte genossenschaftliche Wirtschaft konnte ohne eine Verbesserung der Führungstätigkeit nicht gestärkt und entwickelt werden.

Die erstrangige Aufgabe dabei bestand darin, die Reihen der Verwaltungskader zu festigen und ihr Niveau schnellstens zu heben.

Das traditionelle Vorherrschen der rückständigen kleinbäuerlichen Wirtschaften hatte zur Folge, daß niemand über Erfahrungen bei der Führung von Großwirtschaften verfügte, und zudem waren nicht wenige der besten Funktionäre, die seit der Bodenreform mit großem Eifer in den Dörfern gearbeitet hatten, während des Krieges gefallen, so daß es nur wenige Kader gab, die die LWG verantwortungsbewußt leiten konnten. Unter Ausnutzung dieser Gelegenheit bekleideten in manchen Gebieten „einflußreiche Personen“ auf dem Dorf und sogar die in den LWG verborgenen aufsässigen Elemente einen leitenden Posten. Als Folge davon waren mancherorts negative Erscheinungen zu beobachten: An die Genossenschaftsmitglieder wurde eine größere Fläche Hofland als die festgesetzte verteilt, und die in der Genossenschaft zusammengelegten Zugtiere und Ackergeräte wurden zu teuer bezahlt. Zur Gewährleistung der Erfolge der Genossenschaftsbewegung war es sehr wichtig, daß die Reihen der Verwaltungsfunktionäre zuverlässig mit den protagonistischen Kräften unserer Partei aufgefüllt wurden.

Die Lösung des Problems der Verwaltungskader wurde zu einer noch dringenderen Forderung, als die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung ein Stadium der Massenbewegung erreichte und viele neue Genossenschaften gegründet wurden.

Von unserer Partei und Regierung wurden die besten Mitarbeiter der staatlichen Organe auserwählt und in den LWG eingesetzt. Andererseits wurden an den Hoch- und Fachschulen sowie an anderen Ausbildungsstätten für landwirtschaftliche Kader neue Klassen zur Schulung des Verwaltungspersonals der LWG eingerichtet. In den einzelnen Gebieten wurden Kurzlehrgänge für ihre Aus- und Weiterbildung geschaffen. Auf diesem Wege bildeten wir eine große Zahl von LWG-Verwaltungskadern heran, und so wurde dieses sehr ernste Problem gut gelöst.

Die Hebung des Niveaus der Leitungstätigkeit der LWG erfordert die konsequente Durchsetzung einer demokratischen Verwaltungsordnung. Deshalb ordneten wir an, die Vollversammlungen der Genossenschaftsmitglieder und die Sitzungen des Verwaltungsvorstandes regelmäßig durchzuführen, alle in der Arbeit der

Genossenschaften auftretenden Probleme kollektiv zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen und die Genossenschaftsmitglieder regelmäßig über den Stand der Tätigkeit und den Vermögensstand der Genossenschaften zu informieren.

Für die Leitungstätigkeit war es ebenfalls wichtig, die Arbeitsorganisation zu verbessern und das sozialistische Verteilungsprinzip richtig zu verwirklichen. Man kann erst dann das Interesse der Genossenschaftsmitglieder an der Produktion wecken und die Agrarproduktion schnell entwickeln, wenn man die Arbeitskräfte rationell organisiert, die Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit rechtzeitig und richtig bewertet und eine dementsprechende Verteilung vornimmt.

Vom Staat wurden für alle Produktionszweige – Feldbau, Viehzucht, Obstbau und Seidenbau – klassifizierte Arbeitsnormen-Vorgaben erteilt, auf deren Grundlage die Genossenschaften ihre Arbeitsnormen entsprechend den jeweiligen Verhältnissen festsetzen konnten.

Um in der Arbeit Disziplin durchzusetzen und die Genossenschaftsmitglieder zur aufrichtigen Teilnahme an der gemeinschaftlichen Arbeit zu bewegen, wurden obligatorische Arbeitseinheiten festgelegt, die innerhalb des Jahres von allen Genossenschaftsmitgliedern geleistet werden mußten.

Den LWG wurde ein Standardstatut zugeschickt, das wir zwecks Intensivierung ihrer Leitungstätigkeit ausgearbeitet hatten. Es beinhaltete: Charakter und Ziel der Genossenschaften, Pflichten und Rechte der Genossenschaftsmitglieder sowie Methoden der Organisierung und Führung der Verwaltungsorgane der Genossenschaften. Es legte auch klar und eindeutig die Prinzipien und Verfahrensweisen der genossenschaftlichen Leitung fest, zum Beispiel, wie man die Hauptproduktionsmittel und das Gemeingut nutzt und verwaltet, die Produktion und die Arbeit organisiert, die Arbeitseinheiten ermittelt und die Verteilung vornimmt. Auf der Grundlage des vom Staat ausgearbeiteten Standardstatuts entwarfen die LWG ein ihren Verhältnissen entsprechendes Statut, beschlossen es auf der Vollversammlung ihrer Mitglieder und hielten es genau ein. Das ermöglichte es allen LWG, ihrer Leitungstätigkeit eine Norm zugrunde

zu legen, und die Genossenschaftsmitglieder arbeiteten und lebten in Übereinstimmung mit den Verhaltensregeln der Gemeinschaft.

Als Ergebnis der politischen und ökonomischen Stärkung der LWG entfalteten sich die Vorzüge der genossenschaftlichen Wirtschaft noch mehr. Die neu organisierten LWG erstarkten, und ihre Vorzüge kamen klar zum Ausdruck, und nun begannen die wohlhabenden Bauern, die bis dahin der Genossenschaftsbewegung den Rücken gekehrt hatten, in die Genossenschaften einzutreten. So erreichte die Genossenschaftsbewegung in unserem Land die Etappe ihres Abschlusses.

Die Schichten, die bis zu jener Zeit den Genossenschaften nicht beigetreten waren, waren meistens wohlhabende Bauern und jene, die in der Nähe einer Stadt sowohl Ackerbau als auch Handel betrieben, einzelne Gehöfte in Gebirgsgegenden sowie die Bauern in den neu befreiten Gebieten. Unter Berücksichtigung der konkreten Lage jener Bauern trafen wir Maßnahmen, um sie ihren Besonderheiten und den zonalen Bedingungen entsprechend auf verschiedene Weise in die Genossenschaften aufzunehmen.

Diejenigen, die in der Nähe einer Stadt sowohl Ackerbau als auch Handel betrieben, wurden entsprechend ihrem Wunsch entweder in die LWG oder in die Produktions- und Absatzgenossenschaften aufgenommen. Für die einzelnen Gehöfte in den Gebirgsgegenden wurden folgende Maßnahmen ergriffen: Entsprechend den zonalen Bedingungen wurden so rationell wie möglich Brigaden organisiert, und die Wohnhäuser wurden an bestimmten Orten konzentriert gebaut. Dadurch konnten sie alle in die Genossenschaften aufgenommen werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Bauern in den neu befreiten Gebieten in ihrem ideologischen Bewußtsein hinter den Bauern anderer Gebiete zurückstanden, veranlaßten wir, die Politik unserer Partei bezüglich der landwirtschaftlichen Vergenossenschaftlichung zu erläutern und zugleich die Erziehung anhand von praktischen Beispielen zu intensivieren.

Dank der richtigen Maßnahmen und der aktiven Anleitung unserer Partei und der Regierung unserer Republik schritt die Genossenschaftsbewegung immer schneller voran und wurde im August 1958 landesweit abgeschlossen.

Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung in unserem Land verlief ohne große Windungen und reibungslos. Das heißt aber nicht, daß diese Bewegung ohne Klassenkampf vonstatten gegangen ist.

Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung wird gemeinhin von scharfen Klassenkämpfen begleitet, denn sie bedeutet die Umgestaltung der kleinen Warenproduktion und der kapitalistischen Wirtschaftsform auf dem Dorf in eine sozialistische Wirtschaftsform.

Auch unsere landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung wurde im Umfeld eines harten Klassenkampfes verwirklicht. Von den ersten Tagen ihrer Realisierung an mußten wir die Störmanöver der Feinde bekämpfen, weil die gestürzten Ausbeuterklassen den wahnwitzigen Traum, die überlebte Ordnung wiederherzustellen, nicht aufgegeben hatten, unser Land zudem in einen Süd- und Nordteil gespalten blieb und die Okkupation der einen Hälfte des Vaterlandes durch den US-Imperialismus andauerte.

Zu jener Zeit, als unsere Partei den Kurs auf die landwirtschaftliche Vergenossenschaftlichung aufgestellt hatte, versuchten die Klassenfeinde durch die Verleumdung der Politik der Partei und die Verbreitung reaktionärer Gerüchte, den Eintritt der Bauern in die Genossenschaften zu verhindern. Sie bemühten sich krampfhaft, die neu organisierten Genossenschaften in ihrer Wiege abzuwürgen.

In dem Maße, wie sich die LWG weiter stabilisierten und entwickelten, verschärften sich auch die verzweifelten Machenschaften der Feinde. Zu ihren Stör- und Subversionsmanövern gehörte es unter anderem, daß sie in den Genossenschaften das Zugvieh töteten, die Ackergeräte zerstörten und die Kader und anderen protagonistischen Kräfte umbrachten.

Unsere Partei setzte ihre Klassenpolitik, sich fest auf die Kleinbauern zu stützen, das Bündnis mit den Mittelbauern zu stärken und die Großbauern in ihrer Entfaltung zu beschränken und umzuformen, konsequent durch und mobilisierte voller Kraft die Massen der Bauern zum Kampf gegen die Konterrevolution. Auf diesem Wege nahm sie dem Feind die Möglichkeit, Fuß zu fassen und Sabotage zu treiben, und sicherte zuverlässig den historischen Sieg der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung, indem sie

auf Schritt und Tritt die Stör- und Subversionsmanöver der Feinde entlarvte und durchkreuzte.

Diese Bewegung in unserem Land wurde in der kurzen Zeit von nur 4 bis 5 Jahren nach dem Krieg siegreich zu Ende geführt.

Der erfolgreiche Abschluß dieser schwierigen und komplizierten Aufgabe in solch einer kurzen Frist war möglich, weil der Kurs unserer Partei auf die Bewegung zur landwirtschaftlichen Vergenossenschaftlichung richtig war und sie für dessen Durchsetzung trotz aller Entbehrungen und Hindernisse ohne Schwankungen beharrlich kämpfte und weil unsere Bauern, indem sie die Politik der Partei hinsichtlich der Vergenossenschaftlichung tatkräftig unterstützten, mit großem Eifer an dieser Bewegung teilnahmen.

Der Abschluß der Vergenossenschaftlichung in unserem Lande war ein leuchtender Sieg des von unserer Partei aufgestellten Kurses auf die landwirtschaftliche Vergenossenschaftlichung und eine große Umwälzung in unseren Dörfern. Damit wurde gezeigt, daß man auch unter den Bedingungen, daß eine handwerkliche Technik vorherrschend ist, die Landwirtschaft vergenossenschaftlichen kann und daß selbst eine solche genossenschaftliche Wirtschaft unvergleichlich große Vorzüge gegenüber der Privatwirtschaft hat.

Als Ergebnis des Abschlusses der landwirtschaftlichen Vergenossenschaftlichung haben sich unsere Dörfer in sozialistische Dörfer verwandelt, in denen die Ursachen der Ausbeutung und Armut endgültig ausgeremert wurden und alle Werktätigen gemeinsam arbeiten und gleichermaßen glücklich und gut leben. Die Bauern unseres Landes, die Kleineigentümer von gestern, sind Herren der genossenschaftlichen Großwirtschaften, ruhmreiche sozialistische Werktätige geworden.

Eine wichtige Aufgabe unserer Partei und unseres Staates nach dem Abschluß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bestand darin, die genossenschaftliche Wirtschaft weiter zu festigen, ihre Vorzüge in hohem Maße wirksam werden zu lassen und die landwirtschaftlichen Produktivkräfte schnell zu entwickeln.

Zur Stabilisierung und Entwicklung der sozialistischen Genossenschaftswirtschaft vergrößerten wir die LWG durch

Zusammenlegung mehrerer kleinerer, wobei eine Gemeinde eine Genossenschaft bildete.

Diese Maßnahme war dringend notwendig, um die Leitung der Genossenschaftswirtschaft zu verbessern und die landwirtschaftlichen Produktivkräfte durch Beschleunigung der technischen Revolution weiter zu entwickeln, und deshalb wurde sie 1958 von uns angeordnet. Im Ergebnis dessen wuchs die Zahl der zu einer Genossenschaft gehörenden Bauernhaushalte durchschnittlich von 80 auf 300 und ihre Anbaufläche von 130 auf 500 Hektar.

Diese Vergrößerung ermöglichte es, die Bodeneinebnung umfassend zu beschleunigen, die modernen Landmaschinen und die fortgeschrittene Ackerbautechnik umfassend einzuführen, die natürlichen und ökonomischen Bedingungen noch effektiver auszunutzen und somit die genossenschaftliche Wirtschaft vielseitig zu entwickeln. Außerdem wurde es möglich, die Vergeudung von Arbeitskräften und Materialien zu beseitigen und die Bauarbeiten auf dem Dorf planmäßig und in großem Maßstab voranzubringen.

Wir trafen ferner entschiedene Maßnahmen zur Umänderung des Leitungssystems für die Landwirtschaft entsprechend der veränderten Wirklichkeit, um die sozialistische Genossenschaftswirtschaft zu festigen und voranzubringen.

Früher leitete das Kreisvolkskomitee die Landwirtschaft hauptsächlich mit administrativen Methoden. In der Zeit der Einzelbauernwirtschaft war dies noch möglich, und bis zu der Zeit, da die ersten LWG organisiert wurden und sie noch relativ klein waren, konnte man diese Leitungsmethoden noch dulden. Als aber die genossenschaftlichen Wirtschaften erweitert und die materiell-technischen Grundlagen der Landwirtschaft verstärkt wurden sowie die technische Revolution auf dem Dorf in eine entscheidende Phase eintrat, war es keineswegs mehr möglich, die Landwirtschaft weiter mit administrativen Methoden anzuleiten.

Die sozialistische Landwirtschaft, deren Leitungstätigkeit einen größeren Umfang einnahm und die mit moderner Technik ausgestattet wurde, erforderte ebenso wie die Industrie eine industriemäßige Leitung.

Aber das Kreisvolkskomitee verfügte weder über die technischen Kräfte, die die Landwirtschaft industriemäßig anzuleiten vermochten, noch über die erforderlichen materiell-technischen Mittel, wie z. B. Landmaschinen und Bewässerungsanlagen. Als das unterste administrative Organ hatte es außerdem die Aufgabe, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch den Handel, das Bildungswesen, die Kultur, das Gesundheitswesen und die Kommunalwirtschaft, also die gesamte Arbeit innerhalb eines Kreises, zu organisieren und zu leiten. Deshalb war das Kreisvolkskomitee außerstande, die Landwirtschaft im Einklang mit den Forderungen der sich entwickelnden Wirklichkeit mit industriemäßigen Methoden zu führen.

Dafür war es notwendig, ein spezielles landwirtschaftliches Leitungsorgan zu schaffen, damit die technische Leitung der Agrarproduktion intensiviert und die Wirtschaftstätigkeit geplant und organisiert werden konnte. Demzufolge organisierten wir 1962 die Kreiskomitees zur Leitung der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) sowie die Bezirkslandwirtschaftskomitees und wandelten das Ministerium für Landwirtschaft in das Landwirtschaftskomitee um. Somit entstand das neue Leitungssystem für die Landwirtschaft.

In diesem neuen System nimmt das Kreiskomitee zur Leitung der GLB den wichtigsten Platz ein.

Die günstigste Einheit für eine industriemäßige Leitung der Landwirtschaft ist unter den Verhältnissen unseres Landes der Kreis. Ein GLB ist seinem Umfang nach zu klein dafür, weil er weder über genügend Leitungs- und technische Kader noch über ausreichend technische Mittel verfügt; im Gegensatz dazu ist ein Bezirk seinem Umfang nach zu groß. Aus diesem Grunde wählten wir den Kreis als die Grundeinheit, trennten von dem Kreisvolkskomitee die Funktion der Leitung der Landwirtschaft ab und organisierten somit das Kreiskomitee zur Leitung der GLB, das spezielle Leitungsorgan für die Landwirtschaft.

Die Hauptsache bei der industriemäßigen Leitung der Landwirtschaft ist die technische Leitung der Produktion. Diese war in der Zeit, als der Ackerbau manuell betrieben wurde, kein großes

Problem, aber in dem Maße, in dem auf dem Dorf die Bewässerung, Mechanisierung, Elektrifizierung und Chemisierung voranschrritten und die Agrarproduktion sich in einen technischen Prozeß verwandelte, nahm sie an Bedeutung zu.

Um die technische Leitung der landwirtschaftlichen Produktion zu intensivieren, unterstellten wir Agronomen und staatliche Betriebe der Kreise, die mit der Landwirtschaft zu tun hatten, wie z. B. Landmaschinenstationen, Fabriken für Ackergeräte und Bewässerungsverwaltungen, dem Kreiskomitee zur Leitung der GLB und betrauten dieses Komitee mit der einheitlichen Leitung der GLB und der staatlichen Betriebe, die mit der Landwirtschaft im Zusammenhang standen.

Dank der Gründung der Kreiskomitees zur Leitung der GLB und ihrer industriegemäßen Leitungsmethoden vollzog sich in der Entwicklung der Agrarwirtschaft eine entscheidende Wende.

Nach der Organisierung dieser Kreiskomitees wurde ein effektives System zur technischen Leitung der Landwirtschaft geschaffen, und alle Produktionsprozesse, wie die Standortverteilung der Kulturen, die Auswahl des Saatgutes, die Aussaat und die Düngung, wurden entsprechend den wissenschaftlich-technischen Forderungen geleitet, während in der Vergangenheit die Agrarproduktion von den Funktionären der Kreisvolkskomitees und den Verwaltungsfunktionären der GLB ohne wissenschaftliche Grundlagen und aufs Geratewohl geführt worden war. Dadurch nahm die Agrarproduktion einen rapiden Aufschwung.

Als Ergebnis der Schaffung der Kreiskomitees zur Leitung der GLB sind die GLB organisatorisch und ökonomisch wie auch materiell-technisch stärker geworden.

Vorher hatten die GLB und die mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehenden Betriebe ohne eine einheitliche Koordination gearbeitet. Infolgedessen entwarfen die GLB Pläne, ohne genau zu wissen, inwieweit die wichtigen Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion wie Landmaschinen, Wasser, Düngemittel und Agrochemikalien bereitgestellt werden können, und folglich waren diese Pläne nicht real. Mit der Gründung der

Kreiskomitees zur Leitung der GLB ist es jedoch möglich geworden, realisierbare Pläne aufzustellen, da sie die GLB und die für die Landwirtschaft zuständigen staatlichen Betriebe im Kreis einheitlich leiten und ihre Pläne aufeinander abstimmen. Außerdem leistete das Kreiskomitee den GLB unmittelbare Hilfe bei den verschiedenen komplizierten Arbeiten der Wirtschaftstätigkeit, unter anderem bei der Arbeits- und Finanzverwaltung, wodurch das Leitungsniveau der GLB beträchtlich erhöht wurde.

Dadurch, daß die für die Landwirtschaft zuständigen staatlichen Betriebe der einheitlichen Verwaltung durch das Kreiskomitee untergeordnet wurden, ist es möglich geworden, die technischen Ausrüstungen und das technische Personal des Staates noch besser für die Entwicklung der Landwirtschaft einzusetzen und die materiell-technische Basis der GLB zu stabilisieren.

Die Bildung des Kreiskomitees zur Leitung der GLB stärkte die produktive Verbindung der Industrie mit der Landwirtschaft, erhöhte weiter die führende Rolle des staatlichen Eigentums gegenüber dem genossenschaftlichen und beschleunigte somit die Entwicklung des genossenschaftlichen Eigentums zum Volkseigentum.

Wir haben von dem Bezirksvolkskomitee die Funktion der Leitung der Landwirtschaft abgetrennt und das Bezirkslandwirtschaftskomitee als ein spezielles Leitungsorgan für die Landwirtschaft gebildet.

Die wichtigste Aufgabe des Bezirkslandwirtschaftskomitees besteht darin, Pläne für die Agrarproduktion auszuarbeiten und deren Ausführung anzuleiten und zu kontrollieren. Wir sorgten dafür, daß es die Entwicklung der Landwirtschaft innerhalb des Bezirkes insgesamt anleitet, besonders die Kreise ausreichend mit Landmaschinen und Ersatzteilen, Düngemitteln, Agrochemikalien und verschiedenen anderen Materialien für den Ackerbau versorgt und sich mit technischen Fragen befaßt, wie z. B. der Standortverteilung der Kulturen sowie der Auswahl und Verbesserung des Saatgutes. Die Bildung der Bezirkslandwirtschaftskomitees ermöglichte es, die Anleitung der Dörfer durch den Staat weiter der Produktion anzunähern und eine wissenschaftlich fundierte Entwicklung der Landwirtschaft innerhalb des Bezirkes den Besonderheiten des jeweiligen Ortes

entsprechend zu sichern.

Wir erreichten, daß das Landwirtschaftskomitee die Agrarwirtschaft insgesamt führt und dabei den Schwerpunkt auf die verantwortungsbewußte Organisation und Anleitung der Erforschung verschiedener technischer Fragen für die perspektivische Entwicklung der Landwirtschaft legt.

Ihm unterstand die Forschungsarbeit für die Mechanisierung in der Landwirtschaft und zur Entwicklung neuer Landmaschinen, für die Verbesserung und Züchtung von Saatgut, die Melioration und die Erarbeitung von Düngungsmethoden, für die Verbesserung von Zuchtrassen und für die Festlegung der Entwicklungsrichtung der Viehzucht sowie für andere Probleme der Entwicklung der Landtechnik. Es war auch verantwortlich für die großen Vorhaben zur Umgestaltung der Natur und für die Ausbildung der Agrarfunktionäre und erfüllte diese Aufgaben; dadurch ist es möglich geworden, die Landwirtschaft in unserem Land auf der Grundlage der modernen Wissenschaft und Technik vorausschauend und schnell zu entwickeln.

Wir haben auf diese Weise ein neues Leitungssystem für die Landwirtschaft geschaffen und ihre Leitung von Grund auf verbessert, wodurch es uns gelang, die Führung der Bauern durch die Arbeiterklasse, die Hilfe der Industrie für die Landwirtschaft und die Unterstützung des Dorfes seitens der Stadt effektiv zu realisieren, die genossenschaftliche Wirtschaft materiell und technisch zu festigen und alle Probleme beim Aufbau des sozialistischen Dorfes noch besser zu lösen.

### **3. ÜBER DIE IDEOLOGISCHE, DIE TECHNISCHE UND DIE KULTURELLE REVOLUTION AUF DEM LAND**

Für die erfolgreiche Lösung der Agrarfrage ist es notwendig, neben der Durchführung der Bodenreform und der sozialistischen Umgestaltung der Einzelbauernwirtschaft auch den Kampf für die

Liquidierung der Überreste der alten Gesellschaft auf allen Gebieten der Ideologie, der Technik und der Kultur tatkräftig zu entfalten.

Die Überbleibsel der alten Gesellschaft auf dem Dorf sind auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, der Ideologie und der Moral erhalten geblieben. Daher ist man allein mit der Umgestaltung der überholten Produktionsverhältnisse nicht in der Lage, die landwirtschaftlichen Produktivkräfte rasch zu entwickeln und den Bauern eine wahrhafte Freiheit und ein glückliches materiell-kulturelles Leben in vollem Maße zu gewährleisten.

Die tatkräftige Entfaltung der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution auf dem Lande ist eines der Grundprobleme, die die Erfolge bei der Lösung der Agrarfrage garantieren. Wenn es versäumt wird, das politisch-ideologische Bewußtsein der Bauern durch die ideologische Revolution zu erhöhen, ist es unmöglich, sozioökonomische Reformen mit Erfolg zu vollziehen und die Errungenschaften der Revolution zuverlässig zu schützen. Ohne die technische und die Kulturrevolution auf dem Lande ist man außerstande, die Bauern von körperlich schweren und ermüdenden Arbeiten zu befreien und ihre materiell-kulturellen Bedürfnisse vollauf zu befriedigen.

Unsere Partei betrachtete in jeder Periode der Entwicklung der Revolution seit den ersten Tagen des Aufbaus der neuen Gesellschaft nach der Befreiung die ideologische, die technische und die Kulturrevolution als eine wichtige Aufgabe für die Lösung der Agrarfrage und setzte sie konsequent durch.

Die Hauptaufgabe bei der Lösung der Agrarfrage in der Periode der demokratischen und der sozialistischen Revolution bestand darin, die Bodenreform durchzuführen und die Einzelbauernwirtschaft zu vergenossenschaftlichen. Deshalb wurden die ideologische, die technische und die Kulturrevolution in der Zeit der demokratischen und der sozialistischen Revolution hauptsächlich in der Richtung verwirklicht, die Bodenreform und die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft erfolgreich zu sichern und deren Errungenschaften zu festigen.

In der Periode nach der Vollendung der Vergenossenschaftlichung

der Landwirtschaft stellen sich die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution als die Hauptaufgabe der Revolution, die auf dem Dorf zu erfüllen ist. Nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung zeigt sich die Rückständigkeit des Dorfes gegenüber der Stadt darin, daß die Landwirtschaft hinsichtlich der materiell-technischen Basis schwächer ist als die Industrie, daß das kulturelle Niveau der Dorfbewohner niedriger liegt als das der Stadtbevölkerung und daß die Bauern im ideologischen Bewußtsein hinter den Arbeitern zurückbleiben. In der sozialistischen Gesellschaft bleiben die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die Klassenunterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft noch bestehen, und das hängt eben mit der ideologischen, der technischen und der kulturellen Rückständigkeit des Dorfes zusammen. Deshalb legte unsere Partei die ideologische, die technische und die kulturelle Umgestaltung als Hauptinhalt der Revolution, die in der sozialistischen Gesellschaft fortzusetzen ist, und als Hauptaufgabe der Revolution für die endgültige Lösung der Agrarfrage fest und kämpfte aktiv für die Verwirklichung der Revolution in diesen drei Bereichen – der Ideologie, der Technik und der Kultur.

Unsere Partei legte in den „Thesen zur sozialistischen Agrarfrage in unserem Lande“ die Grundprinzipien und Wege zur endgültigen Lösung der Bauern- und der Landwirtschaftsfrage in der Periode nach der Schaffung der sozialistischen Ordnung dar und rief die gesamte Partei, den ganzen Staat und das ganze Volk zu deren Durchsetzung auf. Dadurch wurden bei der Durchführung der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution bereits große Erfolge erreicht, und heute werden sie auf einem sehr hohen Niveau vorangetrieben.

Nun möchte ich kurz über die von unserer Partei durchgeführte ideologische, technische und kulturelle Revolution in jeder Entwicklungsstufe der Revolution sprechen.

Unsere Partei hält sich hierbei immer an den Kurs, der ideologischen Revolution unbeirrbar den Vorrang einzuräumen.

Die ideologische Revolution auf dem Dorf ist eine Arbeit zur ideologischen Umformung, die zum Ziel hat, die alte Ideologie, die im

Bewußtsein der Bauern verblieben ist, mit ihren Wurzeln auszurotten und sie durch die revolutionäre Ideologie der fortschrittlichen Arbeiterklasse zu ersetzen. Nur wenn die Bauern durch eine gute Arbeit der ideologischen Umformung mit der fortschrittlichen Ideologie gewappnet worden sind und ihr revolutionärer Enthusiasmus gehoben wird, können sowohl die Umgestaltung der Wirtschaftsform als auch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte erfolgreich gewährleistet werden.

In der Periode der antiimperialistischen und antifeudalen demokratischen Revolution nach der Befreiung bestand die Hauptaufgabe der ideologischen Revolution auf dem Dorf darin, die Überbleibsel der feudalen Ideologie und der Ideologie des japanischen Imperialismus mit ihren Wurzeln auszureißen und die Bauern mit dem fortschrittlichen demokratischen Gedankengut zu wappnen.

Im Bewußtsein der Bauern waren die Ideen der sklavischen Unterwerfung, der Untertanengeist und andere Arten der alten Ideologie tief verwurzelt, weil sie infolge der langen Feudalherrschaft stark von der feudalen Gesinnung und ebensolchen überlieferten Gewohnheiten befallen waren und noch dazu von den Aggressoren des japanischen Imperialismus reaktionäre Denkweisen aller Schattierungen verbreitet worden waren. Die Überreste der feudalen Ideologie und der Ideen des japanischen Imperialismus waren große Hindernisse dafür, die Bauern mit dem demokratischen Gedankengut auszurüsten und sie somit zur Neugestaltung des Vaterlandes zu mobilisieren.

In der Vergangenheit waren unsere Bauern einer grausamen Ausbeutung und Unterdrückung durch den japanischen Imperialismus und die Grundbesitzer ausgesetzt und fristeten ihr Leben unter blutigen Tränen. Dennoch sympathisierten manche von ihnen auch nach der Befreiung des Landes mit den Grundbesitzern und katzbuckelten vor ihnen, was auf das niedrige Niveau ihres ideologischen Bewußtseins und ihres Klassenbewußtseins zurückzuführen war. Ohne die Bauern klassenmäßig aufzurütteln, war es unmöglich, den Kampf gegen die Grundbesitzer erfolgreich zu führen und die Bodenreform ergebnisreich zu verwirklichen. Unsere Partei entlarvte vor den Bauern die Verbrechen der Grundbesitzer, erläuterte ihnen eindeutig deren

Klassennatur und erreichte dadurch, daß die Bauern sich mutig zum Kampf gegen die Grundbesitzer erhoben. Wir verwendeten außerdem große Kraft darauf, die Relikte der alten Ideologie des japanischen Imperialismus im Bewußtsein der Bauern und deren dekadente Lebensgewohnheiten von Grund auf auszumerzen, sie mit dem Bewußtsein, Herren des neuen Korea zu sein, und mit der Ideologie für den Aufbau des Staates auszurüsten sowie unter ihnen eine gesunde Lebensatmosphäre zu schaffen.

Für die Umformung des ideologischen Bewußtseins der Bauern war die Bewegung der ideologischen Generalmobilmachung für den Aufbau des Staates von großer Bedeutung. Diese Bewegung war eine Massenbewegung für die ideologische Umformung mit dem Ziel, die ideologischen Rudimente des japanischen Imperialismus und des Feudalismus zu liquidieren, die Werktätigen mit dem Bewußtsein, Herren des Landes zu sein, und mit der Ideologie für den Aufbau des Staates zu wappnen und unter ihnen eine revolutionäre Atmosphäre zu schaffen. Diese Bewegung wurde von uns kraftvoll entfaltet, dadurch wappneten wir die Bauern mit der demokratischen Ideologie und mit dem Patriotismus und riefen sie nachdrücklich zur Neugestaltung des Vaterlandes auf.

In der Etappe der sozialistischen Revolution bestand der Hauptinhalt der ideologischen Revolution in der Intensivierung der sozialistischen Erziehung.

Unsere Partei legte den Inhalt der ideologischen Erziehung der Bauern im Einklang mit den Erfordernissen der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft fest und führte sie in enger Verbindung mit der Umgestaltung der Wirtschaftsform durch.

Die dringendste Frage bei der sozialistischen Erziehung in der Zeit der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft bestand in der Intensivierung der klassenmäßigen Erziehung. Die Vergenossenschaftlichung der Einzelbauernwirtschaft stellte eine grundlegende soziale Umwälzung dar, die den Herd aller Arten der Ausbeutung auf dem Dorf völlig liquidierte, und daher war der Klassenkampf in jener Periode tiefgreifender und verwickelter als jemals zuvor. Wenn unter diesen Bedingungen die Bauern nicht klassenmäßig aufgerüttelt worden

wären, hätte man nicht einmal die bereits erkämpften Errungenschaften der Revolution verteidigen können, von der erfolgreichen Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft ganz zu schweigen.

Unsere Partei verstärkte die klassenmäßige Erziehung unter den Bauern, damit sie tiefgehend die Vorzüge der sozialistischen Ordnung und die üble Natur des Ausbeutersystems begreifen, die Ausbeuterklassen und das Ausbeutersystem hassen und standhaft gegen die Klassenfeinde kämpfen sollten.

Bei der sozialistischen Erziehung war es auch wichtig, die Bauern mit dem Geist des Kollektivismus zu wappnen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind eine Form der Gemeinwirtschaft, in der alle Menschen arbeiten und gleichermaßen gut leben und die auf dem Kollektivismus beruht. Aus diesem Grunde müssen sich alle Genossenschaftsmitglieder, um die genossenschaftliche Wirtschaft zu stärken und zu entwickeln, mit dem Geist des Kollektivismus ausrüsten, der darin zum Ausdruck kommt, daß die kollektiven Interessen höher geschätzt werden als die persönlichen und mit Hingabe für die Gesellschaft und das Kollektiv gearbeitet wird.

Um die Bauern mit dem Geist des Kollektivismus zu wappnen, setzte unsere Partei große Kraft für ihre Erziehung ein, so daß sie von der richtigen Erkenntnis aus, daß die kollektiven Interessen die persönlichen einschließen und im Gemeineigentum der persönliche Anteil enthalten ist, sorgfältig und liebevoll mit dem Gemeingut der Genossenschaften umgingen, sich aufrichtig an der gemeinsamen Arbeit beteiligten und die Arbeitsdisziplin bewußt einhielten.

Die ideologische Revolution auf dem Land wurde nach dem Abschluß der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft aktiv und auf einem noch höheren Niveau vorangetrieben.

Ihre Hauptaufgabe in der Periode nach der sozialistischen Umgestaltung besteht darin, die Bauern zu revolutionieren und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen und sie somit zu wahrhaften Kommunisten zu erziehen.

Nur dann, wenn die Bauern sich revolutioniert und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umgeformt, die Überbleibsel der alten Ideologie völlig überwunden und sich fest mit der revolutionären

Ideologie der Arbeiterklasse und mit der kommunistischen Ideologie gewappnet haben, ist es möglich, die Klassenunterschiede zwischen den Arbeitern und Bauern zu beseitigen, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen und die Bauernfrage endgültig zu lösen.

Um die Bauern zu revolutionieren und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen, wurden entsprechend den neuen Erfordernissen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus die kommunistische Erziehung, deren Hauptinhalt die klassenmäßige Erziehung ist, und die Erziehung im Geiste des sozialistischen Patriotismus von unserer Partei noch mehr vertieft. Sie wandte besonders große Kraft dafür auf, die Bauern fest mit ihrer Juche-Ideologie zu wappnen, damit sie beharrlich für die Vollendung der großen Sache, des Sozialismus und Kommunismus, kämpfen und mit dem hohen Bewußtsein, Herr des Staates und der Gesellschaft zu sein, auf revolutionäre Weise arbeiten und leben.

Als Ergebnis der kraftvollen Entfaltung der ideologischen Revolution auf dem Dorf vollzog sich eine große Wende in den ideologischen und geistigen Charakterzügen der Bauern. Unsere Werktätigen in der Landwirtschaft sind heute alle fest mit der revolutionären Ideologie unserer Partei ausgerüstet, ehern um die Partei und Regierung geschart und arbeiten mit großer revolutionärer Begeisterung und schöpferischer Initiative, um den Sieg der großen Sache, des Sozialismus und Kommunismus, näherzurücken.

Die technische Revolution auf dem Land ist eine revolutionäre Aufgabe, die zum Ziel hat, die Landwirtschaft mit modernen Maschinen und moderner Technik auszurüsten, die Produktivkräfte der Landwirtschaft durch umfangreiche Nutzung der Ergebnisse der Agrarwissenschaft zu entwickeln und die Bauern von körperlich schwerer Arbeit zu befreien.

Unsere Partei stellte die technische Revolution auf dem Dorf nicht einfach als eine wirtschaftlich-technische Frage für die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft, sondern als eine gesellschaftspolitische für die Befreiung der Bauern von körperlich schwerer und ermüdender Arbeit und trieb sie voller Kraft voran.

Das Wichtigste bei ihrer Verwirklichung ist die richtige Bestimmung

ihres Hauptinhalts und der Reihenfolge. Unsere Partei legte die Bewässerung, Elektrifizierung, Mechanisierung und Chemisierung als Hauptinhalt der technischen Revolution fest und orientierte darauf, der Bewässerung den Vorrang einzuräumen.

Die Besonderheiten der Agrarproduktion und die Natur- und Klimabedingungen in unserem Land erforderten, daß bei der technischen Revolution auf dem Dorf zuerst die Bewässerung vollzogen wurde. Im Unterschied zur Industrie wird die Landwirtschaft vielfach von Natur- und Klimafaktoren beeinflusst. Die Landwirtschaft, die mit lebenden Organismen zu tun hat, kann ohne Wasser keine Produktion gewährleisten. Das Wasser in der Landwirtschaft ist im wahrsten Sinne des Wortes das belebende Naß. Insbesondere in unserem Land, wo ein großer Anteil auf den Reisbau entfällt, die Frühlinge durch anhaltende Dürren und die Sommer oft durch Überschwemmungen gekennzeichnet sind, ist es für die Sicherung der Agrarproduktion von entscheidender Bedeutung, ein Bewässerungssystem für Naß- und Trockenfelder zu bauen und Schäden durch Überschwemmungen und Dürren zu verhüten.

Vor der Befreiung belief sich die bewässerte Fläche bei uns alles in allem auf kaum hunderttausend Hektar, und die meisten Reisfelder entbehrten einer stabilen Bewässerung. Demzufolge schauten die Bauern bei ihren Arbeiten oft zum Himmel und litten viel unter Wassermangel. Ich besuchte im Frühling des Jahres der Bodenreform die Dörfer verschiedener Gebiete und sah, daß die Bauern die Reissetzlinge in die vertrocknete Erde steckten, daß sie seufzend auf den durch Trockenheit verkrusteten Reisfeldern saßen. Angesichts dieser Tatsache spürte ich zutiefst, daß die Probleme in der Landwirtschaft allein durch die Verteilung des Bodens an die Bauern nicht zu lösen waren und daß es unerlässlich ist, die Bewässerung zu verwirklichen.

Um das Problem des für die Agrarproduktion unentbehrlichen Wassers zu lösen, sorgten wir dafür, daß der Bau von Bewässerungsanlagen in Form einer Massenbewegung durchgeführt wurde. Auf diese Weise wurden im Jahre 1946 19 solcher Anlagen fertiggestellt, und 1948 nahmen wir mit staatlichen Investitionen den

Bau des großen Bewässerungsobjektes Phyongnam in Angriff; gleichzeitig gab es bei der Errichtung weiterer 88 kleinerer Projekte Fortschritte.

Auch in der Periode der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft trieben wir neben der Organisierung der Genossenschaften den Bau von Bewässerungsanlagen energisch voran.

Das Hauptgewicht legten wir auf die Bewässerung der Reisfelder, aber gleichzeitig kümmerten wir uns um die anderen Felder, die Regulierung von Flüssen und den Bau von Anlagen zur Verhütung von Bergrutschen. Wir stellten den Kurs auf, neben den großen Bewässerungsobjekten und Flußdeichen auch mittlere und kleine Anlagen zu bauen, und sorgten dafür, daß die ersteren mit staatlichen Mitteln und die mittleren und kleinen mit technischer Unterstützung des Staates von den GLB selbst errichtet wurden.

Die Bewässerung der Landwirtschaft ist ein enormer Beitrag zur Umgestaltung der Natur, und deshalb ist es nicht möglich, diese allein mit der Kraft der Bauern erfolgreich zu verwirklichen; das muß durch die Mobilisierung der Massen in Form einer Volksbewegung erfolgen. Unsere Partei setzte sich auf der Plenartagung des ZK im September 1958 das große Ziel, eine Million Hektar Land zu bewässern, und rief das gesamte Volk zum Kampf zur Verwirklichung dieses Ziels auf. Die Arbeiterklasse unterstützte den Aufruf der Partei voller Begeisterung und erzeugte für die Dörfer in großen Mengen Wasserpumpen, Zement, Stahl und andere erforderliche Ausrüstungen und Materialien. Die Angestellten, Schüler, Studenten und Armeeingehörigen halfen mit Arbeitseinsätzen bei den Bauarbeiten. Dank der richtigen Mobilisierung und Organisierung der Kraft und Klugheit der Volksmassen wurde der Bau von Anlagen zur Bewässerung von 370 000 Hektar Land schon 6 Monate nach dem Septemberplenium des ZK abgeschlossen, und so konnte das Wunder vollbracht werden, die Bewässerung einer Million Hektar Land in einigen wenigen Jahren zu bewerkstelligen.

Auf der Grundlage des vorrangigen Abschlusses der Bewässerung der Reisfelder ergriff unsere Partei in den wichtigsten Gebieten der Reisproduktion Maßnahmen zur Verhütung von Schäden durch Stauwasser und ließ überall in großem Umfang Flüsse und Wasserläufe

regulieren und Wälder aufforsten. Auf diese Weise wurde in unserem Land die Bewässerung im Siebenjahrplanzeitraum im wesentlichen vollendet, wodurch die Bauern nunmehr den Ackerbau stabil und ohne Dürre- und Überschwemmungsschäden betreiben können.

Durch den Abschluß der Bewässerung ist das Wasserproblem, nach dessen Lösung sich unsere Bauern Jahrtausende hindurch geseht hatten, völlig gelöst worden, und unser Land ist ein „Land der Bewässerung“ geworden, in dem überall auf dem Lande das Bewässerungswasser strömt.

Ferner ist es bei der technischen Revolution auf dem Dorf wichtig, die Elektrifizierung zu verwirklichen.

Das ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Beschleunigung der Bewässerung und Mechanisierung in der Landwirtschaft und dafür, die Kulturrevolution auf dem Dorf erfolgreich zu gewährleisten. In unserem Land wäre es ohne die Elektroenergie unmöglich gewesen, die Bewässerung zu verwirklichen, weil die meisten derartigen Anlagen mit elektrischem Antrieb arbeiten. Nur wenn alle Dorfgemeinden und Bauernhaushalte durch die Elektrifizierung an das Stromnetz angeschlossen sind, ist es auch möglich, das Dreschen und verschiedene andere landwirtschaftliche Arbeiten zu mechanisieren. Allein auf diesem Wege können die Bauern elektrisches Licht benutzen, Rundfunksendungen empfangen und ein kulturvolles Leben führen.

Zwecks Lösung der Stromfrage für die Elektrifizierung in den Dörfern stellte unsere Partei den Kurs auf, große Kraftwerke und gleichzeitig in einer Volksbewegung mittlere und kleine zu errichten.

Mittlere und kleine Kraftwerke lassen sich ohne großen Aufwand an Mitteln einfach und schnell bauen und können neben der Wasserkraft auch andere vielfältige Energieressourcen, an denen die einzelnen Gebiete reich sind, effektiv nutzen. Kraftwerke dieser Größe sind günstig für die Stromversorgung der verstreuten Dorfgemeinden und Bauernhaushalte, denn sie können überall im ganzen Lande entstehen.

Für die Elektrifizierung im Dorf trafen wir auch die Maßnahme, die hier und dort verstreuten ländlichen Wohnhäuser abzuschaffen und jeweils an einem Ort konzentriert neu entstehen zu lassen.

Die Aufgabe der Elektrifizierung in unseren Dörfern wurde dank des

richtigen Kurses unserer Partei und der aktiven Unterstützung des Staates in einer sehr kurzen Zeitspanne gut erfüllt.

Einen wichtigen Platz in der technischen Revolution auf dem Dorf nimmt die Mechanisierung ein.

Die Mechanisierung in der Landwirtschaft ist der wichtigste Weg zur Befreiung der Bauern von körperlich schwerer und ermüdender Arbeit und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Nur durch sie ist man in der Lage, das kulturelle und technische Niveau der Bauern zu heben und auch die Umformung ihres ideologischen Bewußtseins mit Erfolg zu verwirklichen.

Die materiell-technische Basis unserer Dörfer war vor der Befreiung sehr rückständig. Die Bauern hatten noch nie in ihrem Leben etwas von Landmaschinen gehört, und sie verrichteten sämtliche Feldarbeiten mit primitiven kleinen Ackergeräten; sie trugen die Lasten auf dem Rücken und machten alles mit der Hand. Als Folge davon konnte sich die Agrarproduktion nicht entwickeln, und die Landarbeit gehörte zu den schwersten und mühevollsten Tätigkeiten.

Eine der wichtigsten revolutionären Aufgaben unserer Partei war es, die Bauern von schwerer Arbeit zu befreien. Da uns der japanische Imperialismus jedoch eine einseitige und zudem völlig zerstörte koloniale Industrie hinterlassen hatte, waren wir außerstande, unverzüglich nach der Befreiung die Dörfer mit modernen Landmaschinen zu versorgen. Außerdem hatte zu jener Zeit auch das kulturelle und technische Niveau der Bauern noch nicht solch einen Stand erreicht, daß sie die modernen Landmaschinen hätten bedienen können.

Unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Landes und des technischen Niveaus der Bauern begannen wir nach der Befreiung damit, die herkömmlichen kleinen landwirtschaftlichen Geräte zu verbessern. Wir errichteten überall Fabriken für kleine Agrargeräte und sicherten somit, daß diese dort in verbesserter Form und in großer Stückzahl hergestellt und den Dörfern bereitgestellt wurden.

Daneben schufen wir als Vorbereitung auf die Mechanisierung in der Landwirtschaft in den wichtigsten Getreideproduktionsgebieten Landmaschinenausleihstationen. Vor dem Krieg gab es diese Stationen

in Ryongchon und Jongju, Bezirk Nord-Phyongan, in Anju, Bezirk Süd-Phyongan, in Jaeryong, Bezirk Süd-Hwanghae, und in Hamju, Bezirk Süd-Hamgyong; sie nahmen den Bauern das Pflügen der Felder ab und trugen dadurch wesentlich dazu bei, in ihnen das Interesse an der modernen Mechanisierung zu wecken.

Die Mechanisierung in der Landwirtschaft erhob sich mit der Verwirklichung der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft als eine dringende Forderung.

Da sich bei uns die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft vor ihrer technischen Umgestaltung vollzog, war es ohne Beschleunigung der Mechanisierung unmöglich, die Vorzüge der neu organisierten genossenschaftlichen Wirtschaft vollauf zur Geltung zu bringen und die Agrarproduktion rasch zu entwickeln.

Da es zur Zeit der Vergenossenschaftlichung noch nicht möglich war, viele moderne Landmaschinen herzustellen, wurde der Kurs aufgestellt, den Einsatz der motorisierten Landmaschinen mit dem der Gespannzugackergeräte zu verbinden. Der Staat stellte moderne Landmaschinen bereit, und die Genossenschaften verbesserten ihrerseits – so gut sie konnten – die mittleren und kleinen Landmaschinen und setzten in großem Maße landwirtschaftliche Gespannzugackergeräte ein.

Die Mechanisierung in unserer Landwirtschaft kam erst zu der Zeit voll in Gang, da die Basis einer selbständigen nationalen Wirtschaft geschaffen worden war und Traktoren und verschiedene andere Landmaschinen in großer Anzahl hergestellt werden konnten.

Es war äußerst wichtig, bei der Mechanisierung in der Landwirtschaft die Reihenfolge richtig festzulegen und Traktoren und andere Landmaschinen rationell einzusetzen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Reisbau bei uns eine große Rolle spielt und sich die natürlichen geographischen Bedingungen einzelner Gebiete voneinander unterscheiden, orientierten wir darauf, daß die Mechanisierung vom Flachland mit seinen vielen Reisfeldern ausgehen und auf die Gebiete der mittleren Höhenlage und die Berggegenden ausgedehnt werden soll und daß allmählich alle Arbeiten, mit den schweren und zeitraubenden Arbeiten beginnend, komplex mechanisiert

werden sollen. Somit wurden in der Agrarproduktion die Effektivität und der Auslastungsgrad der Landmaschinen bedeutend erhöht.

Um die Mechanisierung in der Landwirtschaft erfolgreich verwirklichen zu können, schenken wir dem Ausbau der Landmaschinenausleihstationen und der Verstärkung ihrer Rolle große Aufmerksamkeit.

In einigen Ländern wurde die Mechanisierung in der Landwirtschaft auf dem Wege des Verkaufs von Traktoren und anderen Landmaschinen an die Genossenschaften vollzogen. Diese Methode widersprach jedoch unseren realen Verhältnissen sowohl hinsichtlich der ökonomischen Basis der Genossenschaften und der Entwicklungsperspektiven der genossenschaftlichen Wirtschaften als auch hinsichtlich des technischen Einsatzes der Landmaschinen.

Wir beauftragten die staatlichen Landmaschinenausleihstationen damit, die Traktoren und anderen modernen Landmaschinen einheitlich zusammenzufassen und die Ackerbauarbeiten der Genossenschaften zu sichern. Wir sorgten dafür, daß diese Stationen nicht einfach die Rolle von Unternehmen, die die landwirtschaftlichen Arbeiten für die Genossenschaften verrichten und dafür Geld erhalten, sondern die Rolle von Stützpunkten erfüllen, die die Maschinenteknik und fortschrittliche, industrielle Verwaltungsmethode und Produktionskultur in die Dörfer einführen. Dadurch übten die Landmaschinenausleihstationen in unserem Lande einen starken Einfluß auf die Verstärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und die Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern aus.

Das Wesentliche bei der Mechanisierung in der Landwirtschaft besteht darin, eine große Anzahl von Traktoren und anderen Landmaschinen zu produzieren. Wir errichteten in vielen Gebieten zahlreiche moderne Werke für Traktoren, Kraftwagen und Traktorenersatzteile, Werke für landwirtschaftliche Anhängemaschinen und andere Betriebe, die der Mechanisierung in der Landwirtschaft dienen, und bildeten im Maße des Wachstums des Traktoren- und Lastkraftwagenparks viele Fahrer aus. Auf diesem Wege wurde die in den Thesen zur Agrarfrage gestellte Aufgabe, im Jahre 1974 den Traktorenpark auf dem Lande auf 70 000–80 000 Stück zu erhöhen,

bestens verwirklicht.

Wir lieferten neben den Traktoren auch viele verschiedene Landmaschinen neuen Typs, die den Bedingungen unseres Landes entsprechen, wodurch es möglich wurde, nicht nur das Pflügen der Naß- und Trockenfelder, sondern auch das Auspflanzen von Reissetzlingen, die Unkrautbekämpfung und viele andere Feldarbeiten maschinell auszuführen.

Gegenwärtig ist der Kampf um die Mechanisierung in der Landwirtschaft in unserem Lande in ein neues Stadium eingetreten. Wir ringen darum, durch eine Steigerung der entsprechenden Produktion die Belieferung der Landwirtschaft mit verschiedenen Groß- und Kleintraktoren, Reispflanzmaschinen, Vollerntemaschinen und anderen neuen, modernen Landmaschinen zu ermöglichen und somit zu erreichen, daß in absehbarer Zeit auf je 100 Hektar Anbaufläche 8 bis 10 Traktoren und 3 bis 4 LKW entfallen. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird die komplexe Mechanisierung der Agrarproduktion in unserem Lande vollständig verwirklicht sein.

In der technischen Revolution auf dem Lande ist die Chemisierung neben der Mechanisierung außerordentlich wichtig. Die Chemisierung ermöglicht es, durch einen intensiven Ackerbau die Getreideproduktion entschieden zu steigern und die Bauern von schwerer Arbeit zu entlasten.

Die Chemisierung setzt die Herstellung großer Mengen verschiedenartiger chemischer Düngemittel voraus.

Dünger sind für die landwirtschaftlichen Kulturen eben Nährstoffe. Daher stellten wir beim Wiederaufbau der von den japanischen Imperialisten zerstörten Werke nach der Befreiung wie auch beim Nachkriegsaufbau zunächst die Düngemittelfabriken wieder her. Unter der Losung „Düngemittel bedeuten Reis, und Reis bedeutet Sozialismus“ wandte unsere Partei große Kraft auf die Düngerproduktion auf. Im Ergebnis dessen, daß diese ständig erweitert wurde, entfielen bei uns bereits vor langer Zeit 1 t chemischer Dünger auf jeden Hektar Land, und jetzt ringen wir um das Ziel, diese Menge auf mehr als 2 t zu erhöhen.

Durch die Produktion großer Mengen Herbizide und verschiedener

anderer hochwirksamer Agrochemikalien tilgen wir mit Hilfe der Chemie das Unkraut und verhüten Schäden durch Krankheiten und Schadinsekten.

In der Chemisierung in der Landwirtschaft ist es wichtig, ein wissenschaftlich fundiertes Düngungssystem durchzusetzen. Man kann keinen Effekt erzielen, wenn man die Düngung wahllos, ohne Berücksichtigung der Beschaffenheit der Böden und der Besonderheiten der Kulturen vornimmt.

Wir führten im ganzen Lande Bodenuntersuchungen durch und sorgten dafür, daß alle GLB für jedes Feld genaue Bodenkomponenten ermitteln und dementsprechend die Düngung ausführen. Zugleich legten wir je nach den Vegetationsstadien einzelner Kulturen die Düngungsmengen und -methoden fest und sicherten eine wissenschaftlich und technisch fundierte Düngung.

Wir sehen vor, die komplexe Mechanisierung und Chemisierung in der Landwirtschaft bald zu vollenden und somit sämtliche Ackerbauarbeiten mit der Kraft von Maschinen und der Chemie zu betreiben, um die Bauern von schwerer Arbeit zu befreien und die Landwirtschaft zu industrialisieren und zu modernisieren. Das eben ist unser Ziel in der technischen Revolution auf dem Lande.

Bei der Lösung der Agrarfrage kommt es ferner auf die Verwirklichung der kulturellen Revolution an.

Nur dann ist es möglich, durch Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Bauern die landwirtschaftliche Arbeit wissenschaftlich und technisch zu betreiben, die Bauern von den überlebten Lebensgewohnheiten zu befreien und die kulturelle Rückständigkeit auf dem Lande vollständig zu beseitigen.

Die erstrangige Aufgabe in der kulturellen Revolution auf dem Lande bestand in der Überwindung des Analphabetentums.

Aufgrund der auf die Verdummung unserer Nation gerichteten Politik des japanischen Imperialismus führten unsere Bauern in der Vergangenheit, des Rechtes auf Bildung beraubt, ein Leben in Unwissenheit und Finsternis. Unmittelbar nach der Befreiung gab es im nördlichen Teil unseres Landes unter den Erwachsenen mehr als 2,3 Millionen Analphabeten, die meisten davon waren Bauern. Ohne das

Analphabetentum auf dem Lande zu beseitigen, war es unmöglich, die Bauern aktiv für die Neugestaltung des Vaterlandes zu organisieren und zu mobilisieren, von ihrer Ausrüstung mit den fortschrittlichen Ideen ganz zu schweigen.

Unsere Partei legte die Beseitigung des Analphabetentums als eine primäre Aufgabe der kulturellen Revolution auf dem Lande fest und sorgte dafür, daß ihre Lösung nach einem einheitlichen Plan des Staates und unter seiner einheitlichen Führung in Form einer Volksbewegung in Angriff genommen wurde.

Wir organisierten von der Hauptstadt bis hin zu den Bezirken Leitungskomitees zur Beseitigung des Analphabetentums, schufen überall „Schulen für Koreanisch“ und riefen das ganze Volk dazu auf, unter der Losung „Beginnt die Hebung der Volkskultur mit der Beseitigung des Analphabetentums!“ an der Bewegung zur Liquidierung des Analphabetentums teilzunehmen.

Im Ergebnis dessen, daß diese Volksbewegung tatkräftig voranschritt, wurde schließlich im März 1949 der historische Sieg der völligen Beseitigung des Analphabetentums auf dem Lande errungen. Dieser hervorragende Erfolg der kulturellen Revolution machte es möglich, das Kultur- und Wissensniveau der Bauern immer mehr zu heben und die ideologische wie auch die technische Revolution auf dem Lande energisch voranzutreiben.

Durch die Abschaffung des auf Versklavung gerichteten kolonialen Bildungssystems des japanischen Imperialismus und durch die Demokratisierung des Bildungswesens eröffnete unsere Partei den Söhnen und Töchtern unserer Bauern den Weg zum Lernen. Durch die Schaffung des Bildungssystems, bei dem das Studium ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit erfolgt, und durch die Einrichtung von Erwachsenenschulen in allen ländlichen Siedlungen gab sie auch den Bauern, denen in der Vergangenheit der Weg zum Lernen versperrt gewesen war, die Möglichkeit, sich systematisch das Allgemeinwissen eines Grundschulabgängers anzueignen.

Zur Erhöhung des Kulturniveaus der Bauern ordnete unsere Partei auch an, Kabinette für die demokratische Propaganda in den ländlichen Gemeinden und Siedlungen einzurichten und, diese Kabinette als

Stützpunkte nutzend, die Arbeit zur Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie verschiedene andere kulturelle Aufklärungstätigkeiten breit zu entfalten. Dadurch befreiten sich die Bauern in kurzer Frist von der mittelalterlichen Unwissenheit und Finsternis.

Die Vergenossenschaftlichung der Einzelbauernwirtschaft und die stürmische Entwicklung der Agrarwissenschaft und Agrotechnik erforderten dringend eine Erhöhung des Allgemein- und wissenschaftlich-technischen Wissens der Bauern.

Ohne Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Bauern im Einklang mit den sich entwickelnden realen Verhältnissen war es unmöglich, die Mechanisierung und die Chemisierung in der Landwirtschaft rasch voranzutreiben und die ackerbaulichen Arbeiten wissenschaftlich und technisch zu gestalten.

Unsere Partei stellte die Aufgabe, das kulturelle und technische Niveau der Bauern auf das eines Mittelschulabgängers zu erhöhen, und ermöglichte es allen Werktätigen der Landwirtschaft, die keine Mittelschule absolvieren konnten, sich in den Mittelschulen für Werktätige Allgemeinwissen und Kenntnisse über die Agrotechnik anzueignen. Zugleich ließ sie in allen Gemeinden Kabinette für die Verbreitung agrarwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse einrichten und führte unter den Bauern eine systematische Arbeit zur Vermittlung von wissenschaftlichem und technischem Wissen durch.

Als Ergebnis der intensivierten Erwachsenenbildung und Vermittlung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse auf dem Lande haben alle Erwachsenen, die in der Vergangenheit nicht lernen konnten, die Mittelschulen für Werktätige absolviert, und das kulturelle und technische Niveau unserer Bauern erreichte allgemein das eines Mittelschulabgängers.

Unsere Partei setzte neben der Erhöhung des kulturellen und technischen Niveaus der Bauern große Kraft für die Arbeit zur Heranbildung von zahlreichen fähigen agrotechnischen Kadern ein.

Entsprechend dem Kurs der Partei, in den Bezirken eine komplexe Basis der Kaderausbildung zu schaffen, errichtete sie in jedem Bezirk eine Landwirtschafts-, eine medizinische und eine pädagogische Hochschule, so daß die Bezirke selbst viele Agrotechniker, Mediziner, Pädagogen und

andere Kader ausbilden konnten. Dadurch gibt es heute in jedem unserer GLB Dutzende von Technikern und Spezialisten, die bei der Verwirklichung der kulturellen, der technischen und der ideologischen Revolution auf dem Land die Rolle des protagonistischen Kerns spielen.

Unsere Partei hat bei der Erhöhung des kulturellen und technischen Niveaus der Bauern und der Heranbildung von agrotechnischen Kadern bereits Erfolge erreicht. Auf dieser Grundlage ringt sie um die Erfüllung der Aufgabe, daß sich jeder Bauer in absehbarer Zeit das Allgemeinwissen des Abgängers einer Oberschule und die Fähigkeiten zur Meisterung mindestens eines technischen Faches aneignet, und setzt sich das weitreichende Ziel, in Zukunft alle Bauern zu intellektualisieren.

Eine weitere wichtige Frage in der Kulturrevolution auf dem Lande besteht darin, die Lebensbedingungen und das Lebensmilieu der Bauern in hygienisch-kultureller Hinsicht zu verbessern.

In der Vergangenheit führten die Bauern unseres Landes ein Leben unter äußerst schmutzigen und unhygienischen Bedingungen, und sie hatten infolge verschiedener Epidemien und anderer Krankheiten unermessliches Unglück und alle Qualen zu ertragen. Es war nicht möglich, den Bauern ein glückliches und zivilisiertes Leben zu sichern, ohne die Dörfer hygienisch und kulturvoll umzugestalten und die Ursachen der Epidemien und anderer Krankheiten zu beseitigen.

Durch intensive hygienische Aufklärung unter den Bauern sorgte unsere Partei dafür, daß sie ständig auf die persönliche Hygiene achten und ihre Wohnungen und Dörfer gut pflegen und sauber halten. Zugleich wurden die Einrichtungen für Hygiene auf dem Land durch eine Massenbewegung verbessert.

Zur Beseitigung verschiedener epidemischer und endemischer sowie anderer Krankheiten auf dem Land wurden im Zentrum, in den Bezirken, Städten, Kreisen und Gemeinden Vorbeugungskomitees geschaffen und die epidemischen Krankheiten stark bekämpft. Wir ließen auch in allen Dorfgemeinden größere und kleinere Kliniken errichten. Besonders zu erwähnen ist, daß ungeachtet der schweren Bedingungen des Krieges das System der allgemeinen kostenlosen medizinischen Betreuung eingeführt wurde. Es ermöglichte den

Bauern, die früher selbst bei einer Erkrankung kaum die Möglichkeit einer ärztlichen Untersuchung hatten, sich einer modernen medizinischen Behandlung zu unterziehen.

Mit der Stärkung der ökonomischen Basis des Landes verbesserte unsere Partei ständig die medizinischen Dienstleistungseinrichtungen für die Bauern, und auf unserem V. Parteitag wurde der Kurs aufgestellt, die Dorfkliniken in Krankenhäuser zu verwandeln. Dank der erfolgreichen Durchsetzung dieses Kurses haben jetzt die Bauern, ebenso wie die Stadtbewohner, die Möglichkeit, regelmäßig in den Fachabteilungen medizinisch betreut zu werden.

Das Verlegen der Trinkwasserleitungen hat große Bedeutung für die kulturelle Gestaltung der Dörfer und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung. Damit die Bauern im Flachland keine Not mehr wegen Trinkwasserknappheit zu leiden haben und die Frauen auf dem Land nicht mehr mit dem Krug auf dem Kopf Wasser holen müssen, wurde von unserer Partei die Maßnahme eingeleitet, in den Dörfern Trinkwasserleitungen zu verlegen. Als Ergebnis der Durchsetzung dieses Kurses sieht man heute in den Dörfern unseres Landes keine Frau mehr mit einem Wasserkrug auf dem Kopf, was Jahrtausende hindurch eine große Belastung für sie war. In keiner Gegend kennt man nun noch Not infolge von Trinkwasserknappheit.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern setzte unsere Partei große Kraft für die Einführung des Linienbusverkehrs auf dem Lande ein. Dadurch sind heute alle Gemeinden unseres Landes miteinander verbunden, sogar die in den abgelegenen Gebirgsregionen. Dadurch ist das Leben der Bauern bequemer geworden, und die Verbindung zwischen Stadt und Land hat sich weiter gefestigt.

Unsere Partei schenkte der Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bauern stets große Aufmerksamkeit und veranlaßte, daß auf Kosten des Staates viele moderne Wohnhäuser in den Dörfern gebaut wurden. Heute gibt es in unseren Dörfern keine strohgedeckten Hütten mehr, und überall sind schöne moderne Wohnhäuser, Kinderkrippen und Kindergärten, Badeanstalten, Friseursalons und andere Kultur- und Dienstleistungseinrichtungen entstanden, so daß die Bauern unter

ebensolchen kulturellen Bedingungen leben wie die Stadtbewohner und diese nicht zu beneiden brauchen.

Unsere Partei unternahm unermüdliche Anstrengungen, um die Versorgung der Dörfer mit Presseerzeugnissen und die Arbeit des Rundfunks zu verbessern. Heute sind bereits alle Dörfer unseres Landes an das Netz des Drahtfunks angeschlossen, und die Bemühungen, jeden Haushalt mit einem Fernsehempfänger zu versorgen, zeitigen sichtbare Erfolge. Jeder Haushalt erhält Zeitungen und Zeitschriften.

Als Ergebnis der erfolgreichen Beschleunigung der Kulturrevolution auf dem Lande haben unsere Dörfer, in denen Finsternis und Unwissenheit herrschten, ihr Antlitz von Grund auf verändert. Sie haben sich in kulturvolle sozialistische Dörfer verwandelt, in denen man ein sinnerfülltes Leben führt.

#### **4. ÜBER DIE STELLUNG UND ROLLE DER KREISE BEIM AUFBAU DES SOZIALISTISCHEN DORFES**

Für die erfolgreiche Lösung der Agrarfrage ist es erforderlich, ein bestimmtes Gebiet als eine geschlossene Einheit der einheitlichen und komplexen Leitung der Dörfer festzulegen und von ihm als Stützpunkt aus deren Arbeit zu führen.

Die Arbeit auf dem Land, deren Objekt die über das ganze Land verteilten Dörfer, die über ausgedehnte Flächen verstreuten Arbeitsplätze sowie die in kleinen Kollektiven arbeitenden Bauern sind, ist sehr schwierig und kompliziert. Obwohl die Zersplitterung der Dörfer im Ergebnis der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft im Vergleich zur Zeit der Einzelbauernwirtschaft in erheblichem Maße geringer geworden ist, bleibt sie nach wie vor ein wesentliches Merkmal der Dörfer. Daher ist es ohne einen regionalen Stützpunkt nicht möglich, die Landwirtschaft wie auch die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution auf dem Dorf mit Erfolg zu leiten.

Außerdem wird die Agrarproduktion, im Gegensatz zur Industrieproduktion, von natürlichen und geographischen Bedingungen stark beeinflußt, die jedoch von Gebiet zu Gebiet verschieden sind, und diese Unterschiede sind besonders in unserem Land sehr groß. Das erfordert, die Landwirtschaft gestützt auf einen Stützpunkt als eine territoriale Einheit entsprechend ihren Besonderheiten konkret anzuleiten.

Ausgehend von den konkreten Verhältnissen des Landes, legte unsere Partei von den Verwaltungseinheiten – Bezirk, Kreis und Gemeinde – den Kreis als Stützpunkt zur komplexen Leitung der Arbeit auf dem Land fest.

Der Kreis ist in bezug auf seine Größe, seine natürlichen und ökonomischen Bedingungen und auch im Hinblick darauf, daß er mit Kadern, Leitungsorganen sowie mit materiell-technischen und kulturellen Mitteln ausgestattet ist, die geeignetste Einheit zur einheitlichen und komplexen Leitung der Arbeit auf dem Land.

Jeder Kreis unseres Landes hat im Durchschnitt 20–30 GLB und etwa 10 000 Hektar Anbaufläche. Das ist eine günstige Größe für die industriemäßige Leitung der Landwirtschaft und für die effektive Nutzung der modernen Technik.

Die einzelnen Gebiete eines Kreises haben mehr oder weniger übereinstimmende natürliche und geographische Bedingungen, sind ähnlich in dem wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsniveau sowie in den Lebensbräuchen der Bevölkerung.

Der Kreis hat Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane zur einheitlichen, komplexen Leitung aller seiner Bereiche wie auch Institutionen für Handel, Kultur und Gesundheitswesen, die für das materiell-kulturelle Leben des Volkes erforderlich sind. Dort gibt es Landmaschinenstationen, Betriebe für Ackergeräte, Verwaltungen für Bewässerungsanlagen, veterinär-prophylaktische Einrichtungen und andere staatliche Betriebe, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, wie auch Fabriken der örtlichen Industrie.

Unsere Kreise bilden die unterste Einheit im staatlichen Verwaltungssystem zur direkten Anleitung der Dörfer und die komplexe Einheit der örtlichen ökonomischen und kulturellen

Entwicklung. Das Voranschreiten der örtlichen Industrie und der Landwirtschaft wie auch der Aufbau und die Versorgung der Dörfer erfolgen mit den Kreisen als Verwaltungseinheit, und die Bildung, die Kultur und das Gesundheitswesen entfalten sich ebenfalls mit dem Kreis als Zentrum.

Der Kreis ist der Stützpunkt, der die Städte und Dörfer in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Kultur miteinander verbindet. Die Linie der Partei und alle Maßnahmen, die man auf deren Grundlage einleitet, werden ausnahmslos über die Kreise in die Dörfer getragen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft unterhält man über ihn. Die fortschrittliche, die sozialistische Kultur und die technische Zivilisation werden ebenfalls über den Kreis in die Dörfer weitergeleitet.

Aus diesem Grunde muß der Kreis gefestigt und dessen Rolle allseitig verstärkt werden, um Wirtschaft und Kultur in den einzelnen Gebieten gleichmäßig zu entwickeln und durch starke Beschleunigung der ideologischen, die technischen und die kulturellen Revolution auf dem Land die Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu überwinden und die Agrarfrage mit Erfolg zu lösen.

Bereits 1952 hatte unsere Partei, als das staatliche Verwaltungssystem umgeändert wurde, den Unterkreis, der zwischen einem Kreis und einer Gemeinde die Rolle einer Brücke spielte, abgeschafft und dafür die Kreise detailliert und zur unmittelbaren Leitung der Gemeinden bestimmt. Auch in der Folgezeit wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Festigung der Kreise getroffen. Im Ringen um die Erfüllung der auf der 1962 abgehaltenen Gemeinsamen Tagung der örtlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre in Changsong gestellten Aufgaben und um die Verwirklichung der „Thesen zur sozialistischen Agrarfrage in unserem Lande“ wurden große Erfolge bei der Konsolidierung der Kreise und der Verstärkung ihrer Rolle erreicht.

Unsere Partei setzte große Kraft vor allem dafür ein, die Kreise als politisch-ideologische Stützpunkte der betreffenden Gebiete zu gestalten und ihre Rolle zu verstärken.

Unser Kreis ist die unterste Leitungseinheit der Partei und

Verwaltung und der politische Stützpunkt, der die Linie und Politik der Partei in die Dörfer trägt und deren Durchführung unmittelbar organisiert und übernimmt. Die Bauernschaft empfängt die Linie und Politik der Partei und Regierung über ihn und setzt sie unter seiner Leitung durch. Darum hängt die Frage, ob die Linie und Politik der Partei richtig durchgesetzt wird oder nicht, in entscheidendem Maße davon ab, wie der Kreis als ein politisch-ideologischer Stützpunkt die politische Arbeit organisiert und leitet.

Das Wichtigste bei der Verstärkung der Rolle des Kreises als politischer Stützpunkt besteht in der Stärkung der führenden Funktion des Kreispartei Komitees.

Dieses ist der politische Stab, der die organisatorische und ideologische Arbeit der Partei auf dem Land direkt organisiert und die Angelegenheiten sämtlicher Bereiche des Kreises einheitlich erfaßt und leitet. Wir sorgten dafür, daß das Kreispartei Komitee durch gute Erfüllung seiner Aufgaben als Steuermann das Kreisvolkskomitee, das Kreiskomitee zur Leitung der GLB und andere Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane des Kreises dazu bewegt, die wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit auf dem Land auf der Grundlage der Politik der Partei richtig zu organisieren und zu verwirklichen und durch eine gute Arbeit mit den Kadern und Parteimitgliedern auf dem Dorfe sowie anderen Genossenschaftsmitgliedern alle Funktionäre und Werktätigen in der Agrarwirtschaft voller Kraft zur Durchsetzung der Landwirtschafts-politik der Partei zu mobilisieren. Es wurde von uns veranlaßt, besonders unter den Funktionären der Kreisorgane die ideologische Erziehung zu intensivieren und zu erreichen, daß sie alle die Politik der Partei gründlich kennen und solche revolutionären Charakter-eigenschaften haben, daß sie immer und überall im Geiste der Forderungen der Politik der Partei denken und handeln und mit hohem Verantwortungsbewußtsein und Elan darum ringen, die Politik der Partei bis zuletzt zu verwirklichen. Ferner riefen wir alle Funktionäre auf, sich in Übereinstimmung mit dem Chongsanri-Geist und mit der Chongsanri-Methode stets unter die Massen zu begeben, deren Forderungen zu beachten und nachzukommen und sie mit eigenem Beispiel zu führen.

Die Arbeit des Kreispartei Komitees wurde intensiviert und das Verantwortungsbewußtsein und der Elan der Funktionäre wurden erhöht, und dadurch ging der Aufbau des sozialistischen Dorfes in einem sehr schnellen Tempo voran.

Unsere Partei rang auch aktiv darum, die Kreise als ökonomischen Stützpunkt, als Versorgungsbasis für die Dörfer zu festigen.

Hierbei kam es vor allem auf die umfassende Entwicklung der örtlichen Industrie an.

Sie ermöglicht es, durch Steigerung der Warenproduktion mit geringen Investitionen das Leben des Volkes rasch zu verbessern. Der Bau eines großen Werkes erfordert große Mittel, Kinderkrippen und Kindergärten und viele andere zusätzliche Einrichtungen, und man muß auch Arbeitskräfte von anderen Gebieten werben. Baut man aber mittlere und kleine Fabriken der örtlichen Industrie, dann ist so etwas überflüssig. Mobilisiert man effektiv die Reserven in den einzelnen Gebieten, so ist es möglich, ohne große Mühe Fabriken der örtlichen Industrie zu schaffen und unverzüglich mit der Produktion zu beginnen.

Die Entwicklung der örtlichen Industrie ist auch in der Beziehung günstig, daß sich auf dem Lande die fortgeschrittenen Methoden der Betriebsführung in der Industrie und die Produktionskultur und Technik ausbreiten und daß der politische und ideologische Einfluß der Arbeiterklasse auf die Bauernschaft zur Geltung kommt. Das ermöglicht es außerdem, bis hin zu den abgelegenen Gebirgsgegenden eine gleichmäßige Standortverteilung der Fabriken vorzunehmen, somit sämtliche Gebiete des Landes allseitig zu entwickeln, die Verbindung der Industrie mit der Landwirtschaft zu festigen und die Unterschiede zwischen Stadt und Land so schnell wie möglich zu beseitigen.

Auf dem Juniplenium des ZK im Jahre 1958 stellte unsere Partei den Kurs darauf auf, die örtliche Industrie stark zu entwickeln und in jedem Kreis durch eine Massenbewegung mittlere und kleine Fabriken der örtlichen Industrie für die Konsumgüterproduktion zu bauen.

Unsere Partei orientierte darauf, das Fundament der örtlichen Industrie auf dem Wege der starken Förderung der Schöpferkraft der Massen und der örtlichen Initiative sowie der aktiven Mobilisierung der ungenutzten Materialien und Ausrüstungen sowie der handwerklichen

Technik in den einzelnen Gebieten zu legen. Alle Werktätigen des Landes unterstützten tatkräftig den Kurs der Partei und erhoben sich wie ein Mann zum Kampf für den Bau der Fabriken der örtlichen Industrie. Auf diese Weise entstanden binnen kurzer Zeit ohne große staatliche Investitionen in jedem Kreis mehr als 10 Fabriken der örtlichen Industrie, darunter auch Fabriken für Textilien, Lebensmittel und Möbel.

Bei der Entwicklung der örtlichen Industrie setzte unsere Partei den Kurs durch, entsprechend den örtlichen natürlichen und geographischen Bedingungen in den Gebirgsgegenden die Berge und im Küstengebiet das Meer effektiv zu nutzen und den Konsumgüterbedarf in den einzelnen Gebieten aus eigener Produktion zu decken. Dieser Kurs entfaltete stark die Initiative in den einzelnen Gebieten und ermöglichte es, durch aktive Mobilisierung der Reserven und des Potentials dieser Gebiete die Konsumgüterproduktion zu steigern und somit den Kreis als Versorgungsbasis für das Dorf weiter zu festigen.

Gestützt auf die geschaffene Basis der örtlichen Industrie, rang unsere Partei beharrlich darum, sie auf eine höhere Stufe zu heben.

Nur wenn man die rückständige Technik der Fabriken der örtlichen Industrie durch moderne Technik ersetzt und eine stabile materiell-technische Basis schafft, ist es möglich, die Qualität der Erzeugnisse zu heben, die Sortimente zu erweitern und somit den Bedarf der Bevölkerung befriedigend zu decken. Mit der weiteren Stärkung der örtlichen Industrie und der Entwicklung des Maschinenbaus gingen wir dazu über, die Produktionstechnologien der örtlichen Industriefabriken schrittweise zu mechanisieren und zu automatisieren.

Bei der Entwicklung der örtlichen Industrie machte unsere Partei es zu einem wichtigen Prinzip, die Produktion auf der Grundlage der eigenen Rohstoffe des jeweiligen Ortes zu gewährleisten.

Wir sorgten dafür, daß alle Fabriken der örtlichen Industrie entsprechend den regionalen Besonderheiten sich eine eigene solide Rohstoffbasis schufen und effektiv nutzten. Andererseits wurden sie damit beauftragt, die landwirtschaftlichen und nebenwirtschaftlichen Erzeugnisse der Bauern rechtzeitig aufzukaufen und zu verarbeiten.

Auf diesem Wege wurde erreicht, daß die Fabriken der örtlichen

Industrie ohne Mangel an Rohstoffen die Produktion normalisierten und daß außerdem die Entwicklung der Agrarproduktion in den GLB und der ländlichen Nebenwirtschaft gefördert wurde.

Wir verfügen heute über eine relativ moderne, niveauvolle örtliche Industrie, die in großen Mengen verschiedene gute Konsumgüter erzeugt. Sie leistet einen großen Beitrag zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Bevölkerung. In allen Gebieten wird der Konsumgüterbedarf der Bevölkerung in der Hauptsache aus eigener Produktion gedeckt.

Bei der Verstärkung der Rolle des Kreises als Versorgungsbasis für die Dörfer ist es sehr wichtig, daß man das Handelsnetz zweckmäßig ausbaut und die Warenzirkulation intensiviert.

Die Versorgung der Dörfer mit den in den Städten erzeugten Industriewaren erfolgt über das Handelsnetz, und die landwirtschaftlichen und nebenwirtschaftlichen Erzeugnisse der Landbevölkerung gelangen über den gleichen Weg in die Städte. Daher muß man das Handelsnetz effektiv gestalten und die Arbeit der Warenzirkulation intensivieren, um einen regen wirtschaftlichen Austausch zwischen Stadt und Land und zwischen der Industrie und der Landwirtschaft sichern, den Bedarf der Landbevölkerung an Industriewaren und den der Stadtbewohner an Agrarerzeugnissen decken sowie die Industrie und die Landwirtschaft weiterentwickeln zu können.

Mit dem raschen Voranschreiten der Landwirtschaft und der Steigerung der Einnahmen verlangten die Bauern nach mehr verschiedenen guten Waren, und dank der entwickelten sozialistischen Industrie wurden Voraussetzungen für die vollkommeneren Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern nach Industriewaren geschaffen. Die neu entstandene Situation erforderte, durch eine Verstärkung der Rolle des Kreises die Handelsbeziehungen zwischen Stadt und Land weiter zu festigen und den Handel auf dem Dorf entschieden zu verbessern.

Unsere Partei stellte den Kurs auf, den Kreis zur Versorgungsbasis für die Dörfer und die Landgemeinden zu Zellen für die Versorgung zu machen, und traf Maßnahmen, um das System des Handels dementsprechend rationell umzuändern.

Wir unterstellten den Einzelhandel der örtlichen Leitung und Verwaltung.

Zur intensiven örtlichen Verwaltung des Einzelhandels leiteten wir folgende Maßnahmen ein: Bildung einer Abteilung für Handel im Kreisvolkskomitee, Schaffung einer Verwaltung für Einzelhandel im Kreis als Dienstbetrieb der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Unterordnung der Kaufhäuser der Landgemeinden, Dorfkommmissionsläden und Baustoffläden des Kreises unter diese Einzelhandelsverwaltung. Das ermöglichte eine verstärkte verwaltungsmäßige und wirtschaftlich-technische Leitung des Handels und bot besonders die Möglichkeit, die Warenversorgung der Bevölkerung entsprechend den spezifischen örtlichen Gegebenheiten und schöpferisch zu organisieren, das Verantwortungsbewußtsein der örtlichen Machtorgane für das Leben des Volkes und deren Rolle zu erhöhen.

Ferner veranlaßten wir, den Handel auf dem Land von den GLB zu trennen und zu verstaatlichen.

Nach dem Abschluß der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft legten wir die Genossenschaften zusammen, wobei eine Gemeinde als Maßeinheit für eine Genossenschaft festgelegt wurde. Wir beauftragten die Genossenschaften damit, Produktion, Verteilung und Umsatz einheitlich zu erfassen und zu organisieren. Diese Maßnahmen trugen zur Festigung der ökonomischen Basis der Genossenschaften und zur Verbesserung des Lebens der Bauern bei. Mit der Erhöhung des Lebensstandards der Bauern und der allmählichen Annäherung ihres Warenbedarfs an das Niveau der Stadtbevölkerung hielten wir es jedoch für geboten, den Handel auf dem Land auf das Niveau des Handels in den Städten zu heben. Außerdem war es aufgrund der Tatsache, daß der Produktionsumfang der GLB größer und ihre Führungstätigkeit komplizierter wurde, notwendig, die GLB von einer solchen Bürde wie der Verwaltung der Kaufläden zu befreien und es ihnen zu ermöglichen, alle Kraft auf die Entwicklung der Agrarproduktion zu konzentrieren. Deshalb verstaatlichte unsere Partei den Handel auf dem Land und schuf in Stadt und Land ein einheitliches staatliches Handelssystem.

Damit erhielt der Kreis die Möglichkeit, das Handelsnetz auf dem Land noch zweckmäßiger zu gestalten und die Bauern noch besser mit Waren zu versorgen.

Um dabei noch weitere Verbesserungen zu erlangen, organisierten wir verschiedene Formen des Handelsnetzes und sorgten für seine maximale Annäherung an die Dorfsiedlungen. Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir der befriedigenden Versorgung der Bauern in den schwer zugänglichen Gebirgsgegenden mit Industriewaren. Somit wurde erreicht, daß der sozialistische Handel maßgeblich zur Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land und im Lebensniveau der Bauern im Flachland und in den Gebirgsregionen beitrug. Im Bereich der Warenzirkulation gibt es in unserem Land heute keine Unterschiede mehr zwischen Stadt und Land. Auch die entlegenen Gebirgsgegenden werden zu ebensolchen Preisen wie die Städte mit Waren versorgt.

Es ist wichtig, neben einer reibungslosen Warenbelieferung der Dörfer seitens des Kreises ein effektives, mit der schnellen Steigerung der Agrarproduktion und der vielseitigen Entwicklung der Landwirtschaft übereinstimmendes Aufkaufsystem zu schaffen und die Ankaufstätigkeit zu intensivieren. Dafür schufen wir in den Kreisen eine stabile Basis, unter anderem die Aufkaufstellen sowie die Läden für den An- und Verkauf von Gebrauchsartikeln und Lebensmitteln. Mittels verschiedener Methoden – Aufkauf an Ort und Stelle, ambulanter Aufkauf, Kommissionsaufkauf und vertragsmäßiger Aufkauf – wurden die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und nebenwirtschaftlichen Produkte rechtzeitig auf den Dörfern angekauft. Außerdem wurde angewiesen, entsprechend den Erfordernissen der sich entwickelnden Wirklichkeit das System und die Art und Weise des Aufkaufs zu verbessern und den Kundendienst der Aufkäufer und deren Verantwortungsbewußtsein ständig zu heben.

Nun sind heute die Kreise unseres Landes eine stabile Versorgungsbasis für die Dörfer geworden. Ihrer Verantwortung als Stützpunkt, der die Wirtschaftsverbindungen zwischen Stadt und Land sichert, werden sie ausgezeichnet gerecht.

Der Kreis muß als Stützpunkt der Kulturrevolution gefestigt werden,

um seine Rolle beim Aufbau des sozialistischen Dorfes verstärken zu können.

Nur auf diese Weise kann man die moderne Kultur der Städte ergebnisreich in die Dörfer tragen, die Überreste der feudalistischen Ideen und die rückständigen Lebensgewohnheiten auf dem Land überwinden und das ideologische Bewußtsein und die Lebensweise der Bauern sozialistisch umformen.

Bei der Stärkung des Kreises als Stützpunkt der Kulturrevolution konzentrierte unsere Partei ihre Kraft in erster Linie auf die Festigung der Bildungsorgane und die Intensivierung der Bildungstätigkeit.

Alle Angehörigen unserer heranwachsenden Generation erhalten eine obligatorische Bildung, und nach dem Schulabschluß gehen sie in die Fabriken der örtlichen Industrie und in die GLB. Folglich hängt der Erfolg der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution auf dem Land in starkem Maße davon ab, wie die Schüler in den Lehranstalten ausgebildet werden. Verlassen sie diese als ideologisch gesunde, gebildete und höfliche Menschen, so werden sie auf dem Land eine ausgezeichnete Rolle als Erbauer des sozialistischen Dorfes spielen.

Heute gibt es in jeder Gemeinde unseres Landes eine Grundschule und eine Oberschule, jeder Kreis hat eine technische Fachschule. Wir weisen darauf hin, daß die Leitung der Arbeit in den Schulen seitens der Partei intensiviert und in der Bildungstätigkeit das Prinzip der sozialistischen Pädagogik konsequent durchgesetzt werden muß, die Schüler wachsen zu Menschen neuen Typs heran, die ein gutes Wissen und eine hohe Moral haben und körperlich gestählt sind, sie werden hervorragend zu Erbauern des Sozialismus herangebildet. Zusammen damit sind in den Kreisen Kreisparteischulen und andere Institutionen zur Kaderausbildung entstanden; hier werden auch Kader der untersten Ebene für die Dörfer aus- und weitergebildet. Auf diese Weise wird in beachtlichem Maße das Problem der für den Aufbau des sozialistischen Dorfes erforderlichen Kader im Kreis selbst gelöst.

In den Kreisstädten gibt es außerdem noch verschiedene Einrichtungen zur ideologisch-kulturellen Erziehung, darunter auch Kulturhäuser, Buchhandlungen, Bibliotheken und Drahtfunksender, mit

deren Hilfe diese Erziehung der Einwohner der Kreisstädte und der Landbevölkerung verstärkt wird.

Zur intensiven medizinischen Betreuung der Landbevölkerung haben wir unter Einsatz großer Kräfte die Kreiskrankenhäuser modern ausgebaut und die Dorfkliniken in Krankenhäuser verwandelt. Ganz besonders wurde dafür gesorgt, daß überall auf dem Land in allen Kreisen Entbindungsstationen und ein System geschaffen wurden, wonach die Geburtshelferinnen für ein bestimmtes Gebiet zuständig sind.

Die schöne Gestaltung der Kreisstädte hat sehr große Bedeutung für die Beschleunigung der Kulturrevolution auf dem Land.

Die Bauern haben nicht oft Gelegenheit, eine Großstadt aufzusuchen, aber sie können häufig eine Kreisstadt besuchen. Dabei machen sie sich in vieler Hinsicht mit der fortschrittlichen Kultur und der sozialistischen Lebensweise vertraut. Demzufolge ist die Kreisstadt zu einer schönen und sauberen Stadt zu machen, woran sich die Dörfer ein Beispiel nehmen können.

Unsere Partei schuf für sämtliche Kreise ländliche Bauabteilungen, die die Bauarbeiten in den Dörfern des jeweiligen Kreises und in den Kreisstädten selbst übernahmen. Außerdem wurde dafür gesorgt, daß durch eine Massenbewegung die Schulen, Krankenhäuser, Kulturhäuser, Kaufläden, Restaurants, Badeanstalten, Friseursalons und andere Kultur- und Dienstleistungseinrichtungen zweckentsprechend gebaut und die Wohnhäuser und Wohnviertel sauber gepflegt werden. Als Ergebnis sind heute sämtliche Kreisstädte unseres Landes schön und sauber, und sie sind ein Muster für die Verwirklichung der Kulturrevolution auf dem Land.

Der Kurs unserer Partei auf die Festigung der Kreise und die Verstärkung ihrer Rolle brachte ein wahrhaft hervorragendes Ergebnis beim Aufbau des sozialistischen Dorfes und bei der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung einzelner Gebiete. Im Ringen um die endgültige Lösung der Agrarfrage und den Aufbau des Kommunismus werden wir auch künftig unentwegt die Kreise stabilisieren und deren Rolle verstärken.

\*

\*

\*

Seit der Befreiung vor 30 Jahren führt unsere Partei einen beharrlichen Kampf für die Lösung der Agrarfrage, und in diesem Zeitabschnitt hat sie wirklich große Siege und Erfolge erreicht.

Heute steht unserer Partei die ehrenvolle, aber auch schwere Aufgabe bevor, auf der Grundlage der bisherigen Errungenschaften beim Aufbau des sozialistischen Dorfes die Bauern konsequent zu revolutionieren und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen, die Landwirtschaft schnellstens zu industrialisieren und zu modernisieren und das genossenschaftliche Eigentum in Volkseigentum zu verwandeln, um somit die Agrarfrage ein für allemal zu lösen.

Den Funktionären der Staats- und Wirtschaftsorgane ist eine schwere Verantwortung im Ringen um die Erreichung dieses Ziels auferlegt. Ich wünsche Ihnen in Ihrem Kampf um die endgültige Lösung der Agrarfrage durch eine starke Beschleunigung der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution – weiterhin viel Erfolg.

# **UNTER DEM HOCH ERHOBENEN BANNER DER JUCHE-IDEOLOGIE DEN AUFBAU DES SOZIALISMUS WEITER BESCHLEUNIGEN**

**Bericht auf der Festveranstaltung anlässlich des  
30. Jahrestages der Gründung der DVRK  
*9. September 1978***

Genossen!

Seit die Demokratische Volksrepublik Korea vor aller Welt ihre Geburt verkündete, sind 30 Jahre vergangen.

In dieser Zeit hielt unser Volk unter dem Banner der Republik sein Schicksal fest in der Hand und legte einen von Sieg und Ruhm gekrönten Weg der Revolution zurück.

Unser ganzes Land kämpft heute tatkräftig für die erfolgreiche Erfüllung des zweiten Siebenjahrplans, des großartigen Programms des sozialistischen Aufbaus, und begeht in dieser erhabenen Atmosphäre, mit großem Nationalstolz und sich der hohen Ehre als Sieger bewußt, würdig den 30. Jahrestag der Gründung der DVRK.

Aus Anlaß dieses historischen Feiertages entbiete ich unserem heroischen Volk, das seine ganze Kraft dem Kampf für das Erstarren und die Entwicklung der Republik und für den Triumph der großen Sache, des Sozialismus und Kommunismus, gewidmet hat, herzliche Glückwünsche.

Gestatten Sie mir, anlässlich dieses bedeutungsvollen Tages herzliche Glückwünsche und Kampfesgrüße auch den Revolutionären, der Jugend und den Studenten, den patriotisch und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten und allen anderen Bevölkerungsschichten in Südkorea

zu übermitteln, die zur Republik als einem Leuchtturm der Hoffnung aufschauen und beharrlich um ihre Rechte auf Existenz, demokratische Freiheiten, die Vereinigung des Vaterlandes und den Sieg der Revolution ringen.

Meine herzlichen Grüße gelten auch den 600 000 Landsleuten in Japan und allen Landsleuten im Ausland, die mit hohem Nationalstolz darauf, Bürger unserer Republik zu sein, in der Fremde mutig für ihre demokratischen nationalen Rechte und für das sozialistische Vaterland kämpfen.

Viele Revolutionäre und Patrioten ließen ihr Leben im harten, aber sinnerfüllten Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes und für die Republik. Ich empfinde für unsere unvergessenen revolutionären Vorkämpfer und Patrioten, die ihr kostbares Leben für die Freiheit und die Befreiung des Vaterlandes und für die Gründung, die Stärkung und die Entwicklung der Republik geopfert haben, die größte Hochachtung. Die Verdienste der antijapanischen revolutionären Vorkämpfer und der Patrioten werden zusammen mit der Republik für immer als leuchtendes Beispiel in die Geschichte unseres Vaterlandes eingehen.

Aus vielen Ländern sind Partei- und Regierungsdelegationen sowie Freunde zu uns gekommen, um gemeinsam mit uns den 30. Jahrestag der Gründung der DVRK zu feiern und unserem Volk zu seinem Nationalfeiertag zu gratulieren. Im Namen der Regierung unserer Republik und des gesamten koreanischen Volkes heiße ich diese Delegationen und Freunde herzlich willkommen.

Genossen!

Die Demokratische Volksrepublik Korea ist eine große Errungenschaft unserer Revolution.

Die Kommunisten und die Patrioten Koreas führten lange Zeit einen schweren Kampf für die Zerschlagung der Kolonialherrschaft des japanischen Imperialismus, für die Unabhängigkeit des Landes und die Errichtung ihrer Macht. Im Feuer des antijapanischen revolutionären Kampfes wurden die leuchtenden Traditionen unserer Revolution und eine stabile Grundlage für die Errichtung der Volksmacht geschaffen.

Nach der Befreiung rief unser Volk unter Führung der Partei der Arbeit Koreas die Volksmacht ins Leben und führte erfolgreich

demokratische Reformen durch, um auf dieser Basis im September 1948 schließlich die DVRK zu gründen.

Die Schaffung der DVRK war in der Entwicklung unserer Revolution und im Leben unseres Volkes ein großes Ereignis von historischer Tragweite. Mit ihr wurde unser Volk der wahre Herr des Staates und der Gesellschaft, wurde es ein starkes und würdiges Volk, das niemand anzutasten wagt. Durch die Entstehung der Republik erhielt unser Volk für die Revolution und den Aufbau eine mächtige Waffe und betrat unter dem hoch erhobenen Banner des souveränen und unabhängigen Staates mit vollem Recht den Schauplatz des internationalen Geschehens. Die Gründung der DVRK bedeutet wahrhaftig das neue Auftreten eines souveränen Volkes und die große Geburt des Juche-Korea.

Die DVRK beschritt in den 30 Jahren seit ihrer Gründung einen Weg harter Kämpfe und stolzer Siege und vollbrachte für Vaterland und Volk unvergängliche Großtaten. Die Regierung der Republik führte die Volksmassen zur intensiven Beschleunigung der Revolution und des Aufbaus, so daß auf diesem Boden, wo einst Ausbeutung und Unterdrückung herrschten, die fortschrittlichste, die sozialistische Ordnung errichtet wurde und sich unser einst armes und rückständiges Land in einen souveränen sozialistischen Staat mit einer stabilen selbständigen Nationalwirtschaft, einer glänzenden Nationalkultur und einer starken Landesverteidigung verwandelte. Die 30 Jahre der Republik sind 30 Jahre des Sieges und Ruhmes, sind 30 Jahre des Schaffens und Erblühens.

Gegenwärtig erfährt unsere Republik eine große Blüte. Mit jedem Tag festigt und entwickelt sich unsere sozialistische Ordnung mehr, und unaufhörlich wächst und erstarkt die Macht der Republik auf allen Gebieten – in der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und im Militärwesen. Unser Volk genießt in der Geborgenheit der Republik in vollem Maße wahre Freiheiten und Rechte und führt sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht ein seinen Wünschen entsprechendes, glückliches Leben. Auf dem internationalen Schauplatz übt unsere Republik ihre vollen souveränen Rechte aus, und überall in der Welt hat sie Freunde und Sympathisanten. Noch niemals hat es in

der fünftausendjährigen Geschichte unseres Landes eine Zeit gegeben, in der unser Vaterland so sehr erblühte und solch ein würdevolles Ansehen in der ganzen Welt genoß wie heute.

In den 30 Jahren ihres Bestehens und ihres Kampfes hat die Republik die absolute Unterstützung und das unbedingte Vertrauen unserer Bevölkerung gewonnen. Das ganze koreanische Volk bringt ihr grenzenlose Liebe entgegen und unterstützt voll und ganz die gesamte Linie und Politik ihrer Regierung. Unser Volk hat infolge seiner praktischen Erfahrungen die feste Überzeugung gewonnen, daß einzig und allein die Republik ihm ein glückliches Leben sichern kann, und es sieht in ihrem Erstarren und in ihrer Entwicklung seine noch glücklichere Zukunft.

Alle unsere Menschen betrachten es als hohe Ehre und Stolz, Bürger unserer Republik zu sein und die Revolution zu verwirklichen, und sie sind fest von der Möglichkeit überzeugt, unter dem Banner der Republik auf der Heimaterde ein Paradies des Sozialismus und Kommunismus aufzubauen. Unser Volk ist heute von dem festen Entschluß erfüllt, die Republik mit aller Entschiedenheit zu verteidigen und zu schützen und alles im Kampf für ihr Gedeihen und ihre Entwicklung einzusetzen.

## **1. DIE JUCHE-IDEOLOGIE IN DER TÄTIGKEIT DES STAATES KONSEQUENT DURCHSETZEN UND DIE DREI REVOLUTIONEN KRAFTVOLL VORANTREIBEN**

Genossen!

Die DVRK ist das Banner der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes und die machtvolle Waffe für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Ausgehend von der gesamten Aufgabe unserer Revolution, rang die Regierung der Republik unermüdlich darum, den sozialistischen

Aufbau im nördlichen Teil der Republik zu beschleunigen, den revolutionären Kampf der südkoreanischen Bevölkerung zu unterstützen und den Zusammenschluß mit den Völkern der Welt zu festigen.

Im Kampf für die Vereinigung und Unabhängigkeit des Vaterlandes und für den Aufbau einer neuen Gesellschaft ließ sich die Regierung der Republik unerschütterlich von der Juche-Ideologie unserer Partei leiten und setzte in allen Bereichen der Tätigkeit des Staates konsequent die revolutionäre Linie der Souveränität, Selbständigkeit und Selbstverteidigung durch.

Die politische Souveränität ist das Wichtigste im Leben eines souveränen und unabhängigen Staates. Nur eine Macht, die sich die Souveränität bewahrt, ist imstande, die Würde des Landes und der Nation zu schützen und die Revolution und den Aufbau tatkräftig zu beschleunigen.

Die Regierung unserer Republik hat die Souveränität von den ersten Tagen ihrer Gründung an unbeirrt behauptet.

Sie hat ihre gesamte Linie und Politik entsprechend unseren realen Bedingungen eigenschöpferisch erarbeitet und gestützt auf die Kraft des eigenen Volkes durchgesetzt. Wir traten gegen Kriechertum und Dogmatismus auf und lösten sämtliche Probleme in der Revolution und beim Aufbau auf der Grundlage unserer eigenen Überzeugung, wobei wir die vorhandenen Theorien und Erfahrungen anderer Länder in Übereinstimmung mit den Interessen unserer Revolution auswerteten.

Die Regierung unserer Republik entwickelt gemäß den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und bringt in die Lösung aller internationalen Probleme ihr eigenes Urteil und ihre eigene Überzeugung ein. Wir beugen uns niemals dem Willen anderer, und wir dulden keine äußere Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Die Autorität unseres Landes, eines souveränen und unabhängigen Staates, und die Würde unseres Volkes kommen gerade darin zum Ausdruck, daß sich die Regierung unserer Republik unbeirrt die Souveränität bewahrt.

Zur Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit des Landes und

zur vollständigen Durchsetzung der Souveränität ist es notwendig, eine selbständige nationale Wirtschaft zu schaffen.

Die ökonomische Selbständigkeit ist die materielle Grundlage der politischen Unabhängigkeit und der Souveränität. Nur eine selbständige nationale Wirtschaft ermöglicht es, die Unabhängigkeit des Landes zu festigen, ihm einen souveränen Status zu verleihen und der Bevölkerung ein reiches materielles Leben zu sichern.

Die Regierung unserer Republik hat die Linie zum Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft aufgestellt und ausgehend vom revolutionären Prinzip, aus eigener Kraft zu schaffen, eine großartige selbständige nationale Wirtschaft erschaffen, die allseitig entwickelt und mit der modernen Technik ausgerüstet ist und auf der Grundlage der eigenen Ressourcen, der eigenen Technik und der eigenen Kader betrieben wird. Unsere Wirtschaft deckt heute den Bedarf an allen Dingen, die für den Aufbau des Sozialismus und das Leben des Volkes notwendig sind, aus eigener Produktion und entwickelt sich ständig mit hohem Tempo, ohne im geringsten von den weltweiten wirtschaftlichen Erschütterungen beeinflusst zu werden.

Ein Grundprinzip beim Aufbau eines souveränen und unabhängigen Staates ist die Gewährleistung der selbständigen Landesverteidigung.

Ohnedem kann man weder die nationale Unabhängigkeit behaupten noch die Errungenschaften der Revolution und die Sicherheit des Volkes schützen. Ein Staat, der sich nicht selbst verteidigen kann, ist unserer Meinung nach faktisch kein vollständig unabhängiger Staat.

Wir haben mit der rechtzeitigen Schaffung einer regulären revolutionären Streitmacht die Verteidigungskraft des Landes gestärkt und so die Unabhängigkeit der Heimat und die Errungenschaften der Revolution im dreijährigen Vaterländischen Befreiungskrieg gegen die imperialistischen US-Aggressoren ehrenvoll geschützt.

Die Regierung unserer Republik verwirklichte die Linie der Partei im Militärwesen, deren Hauptinhalt darin besteht, die ganze Armee in eine Kaderarmee zu verwandeln und sie zu modernisieren, das ganze Volk zu bewaffnen und das ganze Land zu einer Festung zu machen. Sie stärkte dadurch unsere Volksarmee als eine revolutionäre Streitmacht, in der das Prinzip „Einer schlägt hundert“ gilt, und

verwandelte das ganze Land in eine uneinnehmbare Bastion. Wir können heute mit Sicherheit sagen, daß wir eine unbezwingbare Landesverteidigung geschaffen haben, die imstande ist, jedwede Aggression der Feinde entschieden zurückzuschlagen.

Dank der Durchsetzung unserer auf Souveränität, Selbständigkeit und Selbstverteidigung gerichteten Linie im gesamten Prozeß der Revolution und des Aufbaus hat sich unser Land in einen mächtigen sozialistischen Staat verwandelt, der die Souveränität in der Politik, Selbständigkeit in der Wirtschaft und Selbstschutz in der Landesverteidigung bewahrt.

Die bedeutenden Umwälzungen und die großartigen Erfolge, die in den vergangenen 30 Jahren seit der Gründung der Republik bei uns zu verzeichnen sind, beweisen klar und eindeutig die Richtigkeit und die Lebenskraft des auf Souveränität, Selbständigkeit und Selbstverteidigung gerichteten Kurses.

Die Regierung unserer Republik wird auch künftig in allen Sphären der Tätigkeit des Staates folgerichtig die Juche-Ideologie zum Tragen bringen und die große historische Sache, die Umgestaltung der ganzen Gesellschaft getreu der Juche-Ideologie, beschleunigen.

Darin besteht ihr Endziel. Sie ist verpflichtet, alle Mitglieder der Gesellschaft zu kommunistischen Menschen unserer Prägung zu machen und durch die konsequente Umformung der ganzen Gesellschaft entsprechend den Forderungen der Juche-Ideologie die ideologische und materielle Festung des Kommunismus einzunehmen.

Der Kampf für die Umwandlung der Gesellschaft ist dem Wesen nach ein Kampf für die vollständige Verwirklichung der Souveränität der werktätigen Volksmassen. Dafür gilt es, in der Politik, der Wirtschaft, der Ideologie, der Kultur und in allen anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens die Hinterlassenschaft der überlebten Gesellschaft zu liquidieren und alle Bereiche der Basis und des Überbaus revolutionär umzugestalten. Deshalb ist der Staat der Arbeiterklasse verpflichtet, zur Erfüllung der historischen Aufgabe die Souveränität der werktätigen Volksmassen vollständig zu verwirklichen, neben der gesellschaftlichen auch die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution durchzuführen.

Den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien, die die Unabhängigkeit errungen haben und eine neue Gesellschaft aufbauen, stellen sich diese drei Revolutionen als besonders wichtige Vorhaben dar. Als Folge der ideologischen, technischen und kulturellen Rückständigkeit ist die Verwirklichung der drei Revolutionen in den Ländern, denen das koloniale Joch des Imperialismus auferlegt war, äußerst schwierig und kompliziert, und sie müssen daher mehr Kraft und Zeit dafür aufwenden.

Nach der siegreichen demokratischen und sozialistischen Revolution und der Errichtung der sozialistischen Ordnung besteht die revolutionäre Hauptaufgabe des Staates der Arbeiterklasse in der Meisterung dieser drei Revolutionen.

Mit der Schaffung der sozialistischen Ordnung wird zwar die gesellschaftliche und politische Souveränität der werktätigen Volksmassen verwirklicht, aber sie sind noch von den Fesseln der alten Ideologie und der Natur vollständig zu befreien. Aus diesem Grunde muß man durch das kraftvolle Vorantreiben der drei Revolutionen diese Ordnung ununterbrochen festigen und entwickeln sowie die Umformung der Menschen und die Umgestaltung der Natur allseitig beschleunigen. Nur so ist es möglich, in allen Sphären die Souveränität der werktätigen Volksmassen vollständig durchzusetzen.

Die Regierung unserer Republik hat den Kurs auf die Durchführung der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der kulturellen – bereits in den ersten Tagen des Aufbaus einer neuen Gesellschaft beschlossen und ihn bis heute konsequent in die Tat umgesetzt.

Nach dem Sieg der sozialistischen Revolution bestimmte unsere Regierung die drei Revolutionen als den Hauptinhalt der in der sozialistischen Gesellschaft zu meisternden Umwälzungen und als einen Teil des bis zum Aufbau des Kommunismus zu verwirklichenden kontinuierlichen Umschwungs und führte sie voller Kraft durch. Als Ergebnis ihrer starken Beschleunigung gingen die Revolution und der Aufbau in unserem Land mit einem sehr hohen Tempo voran, und in allen Bereichen der Gesellschaft – so in der Politik, Wirtschaft und Kultur – wurden glänzende Siege und hervorragende Erfolge erzielt.

Heute setzt unser Volk unter den drei roten Bannern der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution den kraftvollen Vormarsch zu den hohen Gipfeln des Sozialismus und Kommunismus fort, wobei es gleichzeitig den Chollima-Geist bekundet und den Kampf um ein höheres Tempo entfaltet.

Bei den drei Revolutionen kommt es vor allem auf die ideologische Revolution an.

Sie hat zum Inhalt, die Menschen umzuwandeln, um die Werktätigen zu revolutionieren, nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umzuformen und zu kommunistischen Revolutionären zu entwickeln; sie ist politische Arbeit zur Erhöhung ihres revolutionären Elans und ihrer schöpferischen Initiative.

Bei der Führung des revolutionären Kampfes und der Aufbauarbeit machte es sich die Regierung unserer Republik stets zur wichtigsten Aufgabe, die ideologische Revolution zu verwirklichen, und sie hielt sich fest an das Prinzip, diese Revolution bei allen Arbeiten in den Vordergrund zu stellen.

Dank ihrer erfolgreichen Beschleunigung hat sich das ideologische und geistige Antlitz unseres Volkes stark verändert.

Alle Werktätigen haben sich zuverlässig mit der revolutionären Ideologie unserer Partei, der Juche-Ideologie, ausgerüstet. Die ganze Gesellschaft ist von ihr durchdrungen. Alle Bürger unseres Landes bekunden heute ihre große Treue zu unserer Partei und zur Regierung und gehen im Kampf mutig auch durch Feuer und Wasser, wenn es die Revolution verlangt.

Große Erfolge sind auch bei der Revolutionierung der Werktätigen und bei ihrer Umformung nach dem Vorbild der Arbeiterklasse zu verzeichnen. Alle Werktätigen haben sich fest mit den fortschrittlichen Ideen der Arbeiterklasse gewappnet, und unter der Losung „Einer für alle, alle für einen!“ arbeiten, lernen und leben sie auf kommunistische Weise. Alle unsere Werktätigen sind heute zu einem revolutionären Volk zusammengewachsen, das mit Optimismus arbeitet und kämpft, unaufhörlich Neuerungen vollbringt und voranschreitet.

Durch die ideologische Revolution hat sich die politisch-ideologische Einheit unseres Volkes noch mehr gefestigt. Es ist auf der

Grundlage der Juche-Ideologie verschmolzen und von einem einheitlichen Denken und Wollen durchdrungen; die ganze Gesellschaft hat sich in eine große revolutionäre Familie verwandelt, in der die Menschen einander helfen und mitreißen und einträchtig miteinander leben. Es gibt keine Kraft, die imstande wäre, die politisch-ideologische Einheit unseres Volkes, die auf der Juche-Ideologie beruht, zu zerstören. Diese unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit ist das feste Unterpfand für das Gedeihen und das Aufblühen der Republik und den endgültigen Sieg unserer Revolution.

Die Revolution und der Aufbau in unserem Land haben heute ein neues höheres Entwicklungsstadium erreicht. Es gilt, die ideologische Revolution entsprechend den Forderungen der revolutionären Entwicklung weiter zu intensivieren und dadurch den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus immer mehr zu beschleunigen.

Es ist ein gesetzmäßiges Erfordernis der revolutionären Entwicklung, die ideologische Revolution stets zu intensivieren. Ansonsten können auch in der sozialistischen Gesellschaft die überlebten Ideen im Bewußtsein der Menschen wieder lebendig werden, und die von den Imperialisten verbreiteten kapitalistischen Ideen können eindringen. Ohne Fortführung der ideologischen Revolution kann durch die Erhöhung des Lebensstandards und die damit wegfallenden Sorgen um Ernährung, Kleidung und Wohnung der revolutionäre Elan der Menschen allmählich nachlassen. Nur wenn man die ideologische Revolution immer mehr verstärkt, ist es möglich, die kommunistische Erziehung und Umformung der Menschen – eine schwere, aber wichtige Arbeit – zu meistern und einen steten Aufschwung in der Revolution und beim Aufbau zu erreichen.

Im Mittelpunkt der ideologischen Revolution steht gegenwärtig die Aufgabe, alle Mitglieder der Gesellschaft zuverlässig mit der Juche-Ideologie auszurüsten. Durch verstärkte Erziehung im Sinne der Juche-Ideologie ist zu erreichen, daß alle Werktätigen, fest gerüstet mit den darauf beruhenden revolutionären Anschauungen, tatkräftig um den allseitigen Sieg der Juche-Ideologie ringen.

Unser Volk ist dank des Bestehens des sozialistischen Juche-Vaterlandes zu einem außerordentlich würdevollen und stolzerfüllten

Volk geworden. Jeder Werktätige ist so zu erziehen, daß er mit der glühenden Liebe zum sozialistischen Vaterland beharrlich um dessen Gedeihen ringt.

Unser Kampf ist noch nicht beendet, und wir beschreiten nach wie vor den Weg der Revolution. Das ganze Volk ist dazu anzuhalten, mit hohem revolutionärem Enthusiasmus und unerschütterlicher Siegeszuversicht alle Schwierigkeiten und Hindernisse mutig zu überwinden und unentwegt und beharrlich bis zum endgültigen Sieg der großen revolutionären Sache zu kämpfen.

Die technische Revolution ist ein wichtiger Bestandteil der drei Revolutionen.

Sie besteht in der edlen revolutionären Aufgabe, durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte den materiellen Wohlstand des Volkes unaufhörlich zu verbessern und die Werktätigen von körperlich schwerer Arbeit zu befreien.

Erst durch die technische Revolution kann man eine selbständige sozialistische nationale Wirtschaft aufbauen, die Werktätigen von körperlich schwerer Arbeit entlasten und ihnen eine selbständige und schöpferische Tätigkeit sichern.

Die Regierung unserer Republik hat in der technischen Revolution eine wichtige revolutionäre Aufgabe für den Aufbau einer neuen Gesellschaft und ein edles politisches Vorhaben für die Erhöhung der Souveränität der Werktätigen gesehen, und sie hat sie in allen Zweigen der Volkswirtschaft dynamisch vorangetrieben.

Durch energische Beschleunigung der technischen Revolution haben wir in kurzer Zeit nach der Befreiung die vom japanischen Imperialismus hinterlassene koloniale wirtschaftliche Einseitigkeit und technische Rückständigkeit völlig überwunden, darüber hinaus die Volkswirtschaft allseitig wiederaufgebaut und die historische Aufgabe, die sozialistische Industrialisierung, großartig erfüllt. Danach stellte unsere Regierung das Ziel, in den drei Sphären die technische Revolution durchzuführen, kämpfte intensiv um deren Erfüllung und errang dabei bereits große Erfolge.

Als Ergebnis der erfolgreichen Beschleunigung der technischen Revolution steht unsere Wirtschaft heute auf dem festen Fundament der

modernen Wissenschaft und Technik, und ihre Macht hat sich außerordentlich stabilisiert.

Die Produktivkräfte unseres Landes haben ein sehr hohes Niveau erreicht. Im vorigen Jahr stieg die Industrieproduktion im Vergleich zu 1946 auf das 196fache. In der Zeit von 1946 bis 1977 erhöhte sich der Anteil der Maschinenbauindustrie an der gesamten industriellen Bruttoproduktion von 5,1 % auf 33,7 %. Bei uns werden 98 % des Bedarfs an Maschinen und Ausrüstungen aus eigener Produktion gedeckt, und in der quantitativen Pro-Kopf-Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse zählt unser Land zu den entwickelten Ländern.

Die Werktätigen haben sich in starkem Maße von körperlich schwerer Arbeit befreit, und der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich beträchtlich erhöht. In der extraktiven und metallurgischen Industrie sowie in den anderen Hauptindustriezweigen wurden weitgehend Mechanisierung, Automatisierung und Fernsteuerung eingeführt, und die industriemäßige und moderne Gestaltung der Landwirtschaft ging sehr rasch voran. Auf diesem Wege konnten die Werktätigen in vieler Hinsicht von Arbeiten unter großer Hitze einwirkung, von gesundheitsschädlichen und körperlich schweren Arbeiten entlastet werden. Die entwickelte Lebensmittelindustrie hat die Hausarbeit der Frauen bedeutend vereinfacht. Die Arbeit ist leichter, und die Produktion von materiellen Gütern ist umfangreicher geworden. Dadurch führt das Volk ein sorgloses Leben, das immer reicher und kulturvoller wird.

Die Regierung unserer Republik muß die technische Revolution auf der Grundlage der bereits errungenen Erfolge weiterhin erheblich beschleunigen. Auf diesem Wege sind die Produktivkräfte in hohem Grade zu entwickeln und die Werktätigen endgültig von körperlich schwerer Arbeit zu befreien, damit das kommunistische Verteilungsprinzip – jedem nach seinen Bedürfnissen – verwirklicht werden kann.

Bei der technischen Revolution ist es wichtig, sie in den drei Sphären zügig weiterzuführen und dabei in der Volkswirtschaft die Eigenständigkeit durchzusetzen, sie zu modernisieren und zu verwissenschaftlichen.

Das ist die im zweiten Siebenjahrplan gestellte Hauptaufgabe und der strategische Kurs, der künftig beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft konsequent verfolgt werden muß. Erst wenn man durch tatkräftige Beschleunigung der technischen Revolution die Selbständigkeit der Nationalwirtschaft erhöht, die technischen Mittel verbessert und die Wirtschaft insgesamt auf eine neue, wissenschaftliche Grundlage stellt, ist es möglich, in der Volkswirtschaft die Eigenständigkeit durchzusetzen, sie zu modernisieren und zu verwissenschaftlichen.

Vor allem sind Anstrengungen zur Durchsetzung ihrer Eigenständigkeit zu unternehmen.

Dafür ist es wichtig, die Naturreichtümer des Landes effektiver zu nutzen und die Zweigstruktur der Volkswirtschaft weiter zu vervollkommen. Unser Land ist sehr reich an verschiedenen Bodenschätzen. Durch verstärkte geologische Untersuchungen sind mehr Lagerstätten zu erkunden und die verborgenen Bodenschätze maximal ausfindig zu machen. Unsere Aufgabe ist es, durch die Schaffung neuer Industriebereiche die Zweigstruktur der Industrie ständig zu verbessern und durch eine konsequente Durchsetzung des Prinzips, die Industrie auf der Basis der eigenen Rohstoffe zu entwickeln, die Selbständigkeit und den autarken Charakter unserer Industrie weiter auszuprägen.

Die Volkswirtschaft modern zu gestalten heißt, ihre technischen Mittel zu modernisieren sowie die Produktion zu mechanisieren und zu automatisieren. Es gilt, sich nach besten Kräften um die Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen mit hoher Präzision, großer Leistungsfähigkeit und hoher Drehzahl zu bemühen, noch mehr verschiedene moderne Maschinen und Ausrüstungen zu entwickeln und zu bauen, somit das Niveau der technischen Ausstattung der Volkswirtschaft weiter zu heben und die gesamte Produktion zu mechanisieren und zu automatisieren.

Die Modernisierung des Transports ist ein wichtiges aktuelles Anliegen. In den letzten Jahren wurden zwar die extraktive und die verarbeitende Industrie rasch entwickelt, der Transport blieb jedoch zurück. Durch seine intensive Modernisierung müssen wir die

Transportkapazität bedeutend erhöhen. Es geht darum, die Elektrifizierung der Eisenbahn schnell abzuschließen, das Eisenbahnwesen stärker zu automatisieren und die Be- und Entladearbeiten aktiv zu mechanisieren. Da unser Land an drei Seiten vom Meer umgeben ist und viele Flüsse hat, muß es seine Aufmerksamkeit auf den Bau vieler großer Frachtschiffe und Kanäle richten und somit den Wassertransport beträchtlich entwickeln. Der Bau zahlreicher schwerer, moderner Frachtschiffe und die Förderung des Schiffstransports sind auch für die vielseitige Abwicklung des Außenhandels von großer Bedeutung.

Durch die Entwicklung der Wissenschaft und Technik in allen Volkswirtschaftszweigen müssen wir die produktionstechnischen Prozesse, die Produktionsmethoden und die Wirtschaftsführung immer stärker auf eine neue, wissenschaftliche Grundlage stellen. Die Mitarbeiter der Staats- und Wirtschaftsorgane sowie die Wissenschaftler und Techniker sind verpflichtet, die Forschungsarbeiten für die Verwissenschaftlichung der Volkswirtschaft zu intensivieren, die neuen wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse aktiv in die Produktion zu überführen und auf diesem Wege das Niveau der wissenschaftlichen Gestaltung unserer Volkswirtschaft in den nächsten Jahren auf eine höhere Stufe zu heben.

Besonders große Kraft müssen wir für die wissenschaftliche Gestaltung und die Modernisierung der Landwirtschaft einsetzen. Uns obliegt es, die im Kampf für die Verwirklichung der „Thesen zur sozialistischen Agrarfrage in unserem Lande“ bereits erreichten Erfolge zu festigen und immer stärker eine wissenschaftlich fundierte und intensive Agrarproduktion zu sichern, indem wir unsere Ackerbaumethoden konsequent durchsetzen. Gleichzeitig ist durch umfassende Anwendung moderner technischer Mittel und wissenschaftlicher Arbeitsmethoden die Marschlanderschließung zu beschleunigen und ein energischer Kampf um die Gewinnung größerer Ackerbauflächen zu entfalten.

Die Kulturrevolution gehört zu den drei Revolutionen, die der Staat der Arbeiterklasse meistern muß.

Sie dient dazu, die von der überlebten Gesellschaft hinterlassene

kulturelle Rückständigkeit zu überwinden, eine sozialistische und kommunistische Kultur zu schaffen und alle Mitglieder der Gesellschaft zu allseitig entwickelten Kommunisten heranzubilden.

Dank der Kulturrevolution, die erfolgreich vorangetrieben wurde, erblüht und entwickelt sich die sozialistische Nationalkultur, und unser Volk, das weit hinter der modernen Zivilisation zurückgeblieben war, ist wahrer Herr und Nutznießer der sozialistischen Kultur geworden.

Das Bildungswesen nahm bei uns einen sehr schnellen Aufschwung. In dem Maße, wie die Revolution und der Aufbau vorangingen, wurde in der entsprechenden Etappe die Schulpflicht eingeführt. Heute haben wir die allgemeine 11jährige Schulpflicht, wodurch die gesamte junge Generation eine abgeschlossene allgemeine Mittelschulbildung erhält. Gegenwärtig genießen bei uns 8,6 Millionen Kinder und Schüler – mehr als die Hälfte der Bevölkerung – auf Kosten des Staates Bildung und wachsen zu kommunistischen revolutionären Persönlichkeiten heran. Jeder Werktätige erwarb sich als Ergebnis der erfolgreichen Erwachsenenqualifizierung bereits vor langer Zeit mindestens das Allgemeinwissen eines Mittelschulabgängers und lernt heute eifrig, um sich das Wissen eines Abgängers der Oberschule anzueignen. Unser Land ist heute wahrhaftig ein „Land des Lernens“, ein „Land der Bildung“ geworden, in dem das ganze Volk lernt.

Große Erfolge sind auch in der Ausbildung der nationalen Kader zu verzeichnen. Vor der Befreiung gab es in unserem Land keine einzige Hochschule, heute sind es schon 158, und in den einzelnen Bezirken wurden stabile komplexe Zentren der Kaderausbildung geschaffen. Es ist eine große Formation von einer Million Intellektuellen herangewachsen, von denen die staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen bestens verwaltet und betrieben werden. In unserem Land, wo es früher wegen Mangels an eigenen Nationalkadern sehr große Schwierigkeiten gab, ist nun dieses Problem vollständig gelöst worden.

Literatur und Kunst, die einen hohen Stand erreicht haben, befriedigen ausgezeichnet die wachsenden kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung und inspirieren in starkem Maße den revolutionären Kampf der Werktätigen.

Die Kulturrevolution, die in unserem Land nach der Befreiung mit

der Überwindung des Analphabetentums begann, ist unter dem Banner der Republik weit vorangeschritten, und heute hat sie eine so hohe Stufe erreicht, daß die obligatorische Hochschulbildung zur Aufgabe gestellt wird. Das gehört zu den wertvollsten Verdiensten unserer Republik beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, und darauf ist unser Volk sehr stolz.

Die wichtigste Aufgabe der Kulturrevolution besteht heute darin, die ganze Gesellschaft rasch zu intellektualisieren. Man kann den Sozialismus und Kommunismus erst dann erfolgreich aufbauen, die Unterschiede in der Arbeit endgültig überwinden und die volle Gleichberechtigung der Werktätigen realisieren, wenn durch eine beschleunigte Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft das kulturelle und technische Niveau des gesamten Volkes entschieden gehoben wird.

Die „Thesen über die sozialistische Bildung“ müssen konsequent durchgesetzt und die Bildung weiterentwickelt werden, um die ganze Gesellschaft zu intellektualisieren. Aufgabe der Organe der Volksmacht ist es, die allgemeine 11jährige Schulpflicht in hoher Qualität durchzusetzen und die Erwachsenen- und Hochschulbildung weiter zu verbessern. Auf diese Weise sind alle Angehörigen der jungen Generation zu kommunistischen revolutionären Persönlichkeiten unserer Prägung heranzubilden, die ein solides Wissen und eine hohe Moral haben und körperlich gestählt sind. Wir müssen allen Werktätigen ermöglichen, daß sie sich das Allgemeinwissen, das dem Niveau einer Oberschule entspricht, und Fertigkeiten in mindestens einem technischen Fach aneignen, und die nationalen Kader noch besser ausbilden.

In der Kulturrevolution ist es wichtig, konsequent die Produktionskultur und die Kultur des Alltagslebens sowie die sozialistische Lebensweise durchzusetzen, nur dann ist es möglich, den Werktätigen kulturvolle Arbeits- und Lebensbedingungen und in der ganzen Gesellschaft eine revolutionäre Atmosphäre zu schaffen. Die Mitarbeiter der Volksmachtorgane und alle Werktätigen sollen ihre Betriebe, Dörfer, Straßen und Wohnviertel schöner gestalten und kulturvoll verwalten sowie intensiv um eine höhere Qualität und ein

besseres Aussehen der Erzeugnisse ringen. In der Tätigkeit des Staates und in allen Bereichen der Gesellschaft geht es darum, die sozialistischen Lebensnormen und Verhaltensregeln strikt einzuhalten und in der ganzen Gesellschaft eine gesündere Atmosphäre zu schaffen, in der man auf revolutionäre Weise arbeitet und lebt.

Die Linie für den Aufbau der sozialistischen Nationalkultur muß unermüdlich durchgesetzt werden, um die Kulturrevolution mit Erfolg zu verwirklichen. Bei der Weiterentwicklung der Kultur müssen wir in jeder Beziehung konsequent unser Prinzip zum Tragen bringen, die Verbundenheit mit der Partei und der Arbeiterklasse klar an den Tag legen, die kapitalistischen und feudalistischen Elemente sowie die westlichen Lebensweisen entschieden zurückweisen.

Mit dem Ziel, die drei Revolutionen – die ideologische, die technische und die kulturelle – stärker voranzutreiben, rief unsere Partei die Bewegung der Gruppen für die drei Revolutionen ins Leben und traf Maßnahmen, damit diese politisch und fachlich geschulten Gruppen, die sich aus dem Parteikern und jungen Intellektuellen zusammensetzen, in die Fabriken und die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe sowie in verschiedene andere Volkswirtschaftszweige entsandt wurden.

Die Bewegung der Gruppen für die drei Revolutionen verkörpert die Chongsanri-Methode, und in ihr widerspiegelt sich eine moderne Leitungsmethode, mit der die Revolution geführt wird. Mit anderen Worten, sie ist eine die Revolution leitende Methode neuer Form, bei der es darum geht, die politisch-ideologische Anleitung mit der wissenschaftlich-technischen zu verbinden, die Unterstützung der unteren durch die höheren Stellen zu sichern und durch Mobilisierung der Massen die drei Revolutionen zu beschleunigen.

Als Ergebnis der starken Bewegung der Gruppen für die drei Revolutionen unter Leitung der Parteiorganisationen wurde der Kampf für die Verwirklichung der drei Revolutionen noch besser organisiert und aktiver geführt, und in allen Bereichen des sozialistischen Aufbaus sind große Erfolge erreicht worden. Das Leben zeigt, daß diese Bewegung die eindeutig überlegene und lebensfähigste Leitungsmethode zur Führung der Revolution ist, die es ermöglicht,

durch Erhöhung der Kampfkraft der Parteiorganisationen und ihre sich verstärkende führende Rolle, durch allseitige Festigung der Funktionen der Staats- und Wirtschaftsorgane sowie die Mobilisierung der Funktionäre und Werktätigen die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution zügig voranzubringen.

Wir müssen die Bewegung der Gruppen für die drei Revolutionen, deren Überlegenheit und Lebensfähigkeit in der Praxis bestätigt wurden, ausbauen.

Zur Entwicklung dieser Bewegung sollen deren Angehörige ihr Verantwortungsbewußtsein erhöhen und ihre Rolle verstärken. Sie sind Vorhut der drei Revolutionen und Bannerträger des Kampfes. Ihre Aufgabe ist es, sich fest mit der Juche-Ideologie auszurüsten, stets die hohen revolutionären Merkmale zu wahren, sich unter die Massen zu begeben und deren revolutionären Elan und schöpferische Initiative kräftig anzuspornen und somit die drei Revolutionen immer stärker voranzubringen.

Zur erfolgreichen Verwirklichung der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution muß die Bewegung um das Rote Banner der drei Revolutionen tatkräftig entfaltet werden. Dabei handelt es sich um eine das ganze Volk erfassende Massenbewegung zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus durch eine bedeutende Forcierung der ideologischen, der technischen und der Kulturrevolution. Auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus ist die Flamme der Bewegung um das Rote Banner der drei Revolutionen immer stärker zu entfachen, um den drei Revolutionen neue Impulse zu geben und unsere Revolution immer schneller voranzubringen.

Die Linie der drei Revolutionen zielstrebig durchzusetzen ist heute die revolutionäre Hauptaufgabe der Regierung unserer Republik im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Sie ist verpflichtet, unter dem hoch erhobenen roten Banner der drei Revolutionen die ideologische, die technische und die Kulturrevolution verstärkt zu fördern und so schnell wie möglich das große historische Werk, den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, zu bewältigen.

## **2. LASST UNS DIE MACHENSCHAFTEN ZUR ETABLIERUNG VON „ZWEI KOREA“ VEREITELN UND DAS VATERLAND AUF FRIEDLICHEM WEGE VEREINIGEN**

Genossen!

Seit der Gründung der DVRK sind 30 Jahre vergangen, und unsere Nation befindet sich immer noch in einem Zustand der Spaltung. Die Vereinigung des Vaterlandes ist nach wie vor die größte nationale Aufgabe des ganzen koreanischen Volkes.

Die Regierung unserer Republik hat alle Anstrengungen unternommen, um im Einklang mit dem einhelligen Willen und Wunsch des ganzen koreanischen Volkes die Frage der Vereinigung des Landes selbständig, nach demokratischen Prinzipien und auf friedlichem Wege zu lösen. Infolge der Intrigen der inneren und äußeren Spalter zur Etablierung von „zwei Korea“ stößt jedoch die Frage der Vereinigung unseres Landes auf ernste Hindernisse und verstärkt sich immer mehr die Gefahr der ewigen Spaltung der Nation.

Die US-Imperialisten sehen gegenwärtig in der Politik der Inszenierung von „zwei Korea“ ihre Hauptstrategie gegenüber Korea und veranstalten für deren Realisierung alle möglichen Ränke und Manöver. Auch die japanischen Reaktionäre befürworten die Politik des US-Imperialismus zur Etablierung von „zwei Korea“ und behindern auf verschiedenen Wegen die Vereinigung unseres Landes. Mit Billigung des US-Imperialismus und der japanischen Reaktionäre erklärte die südkoreanische Marionettenclique unverhohlen ihre auf nationale Spaltung gerichteten Ränke als ihre Politik, schwätzt von einem „gleichzeitigen Eintritt in die UNO“ und der „Überkreuzanerkennung“ und manövriert fieberhaft, um „zwei Korea“ zu etablieren.

Durch die Verewigung der Spaltung unseres Landes und die Etablierung von „zwei Korea“ wollen die US-Imperialisten ihre

Okkupation Südkoreas und ihre dortige Herrschaft aufrechterhalten, und die japanischen Reaktionäre trachten danach, in Südkorea ihre ehemalige koloniale Herrscherposition zurückzuerobern. Die südkoreanische Marionettenclique will den jetzigen Zustand der Spaltung in Süd und Nord fixieren, womit sie die finstere Absicht verfolgt, ein luxuriöses Leben zu führen und langfristig an der Macht zu bleiben.

Wir dürfen niemals irgendwelche Ränke und Machenschaften der Spalter zulassen, die auf die Etablierung von „zwei Korea“ gerichtet sind, sondern müssen diese mit vereinten Kräften der ganzen koreanischen Nation konsequent durchkreuzen.

Korea muß vereinigt werden. Die koreanische Nation ist historisch eine Nation, unser Volk wünscht einmütig die Vereinigung. Die dagegen auftretenden Elemente sind die äußeren Kräfte, die Korea erobern und regieren wollen, und es ist nur eine Handvoll Landesverräter im Innern, die das Land und die Nation an fremde Kräfte verkaufen.

Die Koreafrage unterscheidet sich ihrem Charakter nach grundlegend von der Frage jenes Landes, das infolge der Niederlage in einem Aggressionskrieg geteilt wurde. Korea hat weder an einem Aggressionskrieg teilgenommen noch wurde besiegt. Unsere Nation litt einst unter dem kolonialen Joch der imperialistischen Unterdrückung und hat durch den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren ihre Befreiung errungen. Die Vereinigung unseres Landes wird nicht zur Aggression gegen andere Länder oder zur Bedrohung anderer Länder führen. Im Gegenteil, wenn Korea gespalten bleibt, wird dies ein steter Herd der Gefahr für den Frieden in Asien und in der Welt sein. Deshalb widerspricht es nicht nur den Grundinteressen der koreanischen Nation, sondern auch einem dauerhaften Frieden in Asien und in der Welt, wenn Korea in „zwei Korea“ getrennt bleibt. Korea muß sich vereinigen.

Diese Frage muß entsprechend der Forderung unseres Volkes und dem Wunsch der Völker der Welt durch einen Dialog und auf friedlichem Wege gelöst werden.

Die Regierung der Republik unternimmt alle aufrichtigen

Anstrengungen, um den Dialog wieder aufzunehmen, der die friedliche Vereinigung des Vaterlandes bezweckt, und hält die Tore zum Dialog immer offen. Offen halten wir die Tore zum Dialog mit den USA, mit den Vertretern des südkoreanischen Regimes und auch mit allen politischen Parteien in Südkorea.

Damit ein Gespräch im Interesse der Vereinigung Koreas zustande kommt und wirklich zur Vereinigung beiträgt, müssen die beiden Seiten der Verhandlungen die Vereinigung aufrichtig wollen. Wenn man nicht von dem Standpunkt ausgeht, diese Frage durch Verständigung und Zusammenarbeit zu lösen, und hinter den Kulissen des Dialogs einen anderen Zweck verfolgt oder versucht, Gespräche als ein Mittel zur Etablierung von „zwei Korea“ zu mißbrauchen, können sie keinen Erfolg haben und sind völlig bedeutungslos. Wir dürfen keinesfalls einen Dialog für die Spaltung, sondern müssen ihn nur im Interesse der Vereinigung führen.

Dialog und Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd sind wichtige Wege zur Beschleunigung der friedlichen Vereinigung des Vaterlandes.

Das Gespräch zwischen Nord und Süd, das als Ergebnis der aufrichtigen Bemühungen unserer Regierung endlich zustande gekommen war, ist infolge der schändlichen verräterischen Praktiken der südkoreanischen Machthaber abgebrochen und bis heute nicht wieder aufgenommen worden. Die südkoreanischen Behörden schwatzen von einem „Dialog“ und einer „Zusammenarbeit“ zwischen Süd und Nord, beschreiten jedoch in der Praxis weiter den Weg von Konfrontation und Spaltung. Sie behaupten, daß wir die Absicht hätten, unter dem Banner des Kommunismus die Vereinigung zu erreichen, züchten in Südkorea unter dem Vorwand des von ihnen erfundenen „drohenden Überfalls auf den Süden“ eine antikommunistische Einstellung, schüren kriegerische Stimmung und sprechen lauthals von einer „Vereinigung durch den Sieg über den Kommunismus“. Es fragt sich, wie man unter den Parolen „Antikommunismus“ und „Sieg über den Kommunismus“ mit Kommunisten Dialog führen und mit ihnen zusammenarbeiten kann. In jüngster Zeit haben die Vertreter des südkoreanischen Regimes einen „Vorschlag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden“ unterbreitet;

sie wollen „die ökonomische Zusammenarbeit“ mit den Kommunisten, reden aber gleichzeitig lautstark vom „Sieg über den Kommunismus“. Das widerspricht aller Logik und ist nichts anderes als ein ungeschicktes Tarnungsmanöver, womit die Spalter ihr wahres Gesicht zu verschleiern versuchen. Wenn die südkoreanischen Machthaber Dialog und Zusammenarbeit mit uns aufrichtig wünschen, müssen sie ihre Politik, die auf Spaltung der Nation gerichtet ist, durch eine Politik der Vereinigung und ihre antikommunistische Politik durch eine Politik der Koalition mit den Kommunisten ersetzen.

Das wesentliche Unterpfand für die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes besteht im großen nationalen Zusammenschluß. Da es im Norden und im Süden eine unterschiedliche Ideologie und Ordnung gibt, ist die friedliche Vereinigung des Vaterlandes losgelöst von den Ideen und Prinzipien des großen nationalen Zusammenschlusses überhaupt nicht denkbar. Der Kampf unserer Nation für die Vereinigung des Vaterlandes ist keineswegs ein Kampf um Kommunismus oder Kapitalismus, sondern ein Kampf zwischen den Aggressoren und denjenigen, die der Aggression ausgesetzt sind, ein Kampf zwischen Patrioten und Landesverrätern. Das heißt, unser Kampf für die Vereinigung des Vaterlandes ist ein Befreiungskampf für die nationale Souveränität, ein patriotisches Ringen um den nationalen Zusammenschluß. Im Interesse der Vereinigung des Vaterlandes dürfen demnach der Norden und der Süden nicht auf den kommunistischen bzw. den kapitalistischen Ideen bestehen; sie sollen eine gemeinsame Idee, die nationale Idee, in den Vordergrund stellen und auf deren Grundlage den großen Zusammenschluß der ganzen Nation erreichen.

Wir sind nicht gewillt, Südkorea unsere sozialistische Gesellschaftsordnung und die kommunistische Ideologie aufzuzwingen, sondern sind bereit, auf der Grundlage der Ideen des großen nationalen Zusammenschlusses die Geschlossenheit mit jeder Partei Südkoreas zu fördern, ungeachtet der in Südkorea bestehenden Ordnung und der Ideologie, zu der die Südkoreaner sich bekennen. Und wenn eine beliebige Partei Südkoreas ihre Tätigkeit im nördlichen Teil der Republik auszuüben gedenkt, dann werden wir dem zustimmen. Die südkoreanischen Machthaber und alle Parteien Südkoreas sollten auch

bereit sein, sich mit den verschiedenen Parteien Nordkoreas zusammenzuschließen, und es nicht ablehnen, wenn eine beliebige Partei Nordkoreas in Südkorea tätig zu sein wünscht. Erst wenn also der Norden und der Süden, ausgehend von den Ideen des großen nationalen Zusammenschlusses, die Tore in ihre Gesellschaft völlig offen halten und auf verschiedenen Gebieten – in der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und im Militärwesen – eine vielseitige Zusammenarbeit herbeiführen, dann kann die große Sache, die Vereinigung des Vaterlandes, tatkräftig beschleunigt werden.

Um den großen Zusammenschluß der ganzen Nation zu erreichen und das Vaterland friedlich zu vereinigen, muß die südkoreanische Gesellschaft demokratisiert werden.

Heute wird in Südkorea eine in der Geschichte beispiellose, über alle Maßen grausame und unverfrorene faschistische Herrschaft aufrechterhalten. Die südkoreanische Marionettenclique hat das faschistische „neue Reform“ errichtet, sie verletzt mit Hilfe verschiedener faschistischer drakonischer Gesetze und der riesigen Zwangsherrschaftsmaschinerie rücksichtslos die Grundrechte der Volksmassen und unterdrückt barbarisch die Patrioten und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten, die die Demokratie und die Vereinigung des Vaterlandes fordern. Ohne die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft ist es nicht nur ausgeschlossen, daß sich die südkoreanische Bevölkerung aus der heutigen rechtlosen Lage befreit, sondern es ist auch undenkbar, daß der nationale Zusammenschluß erreicht und der Weg zur friedlichen Vereinigung des Vaterlandes gefunden wird.

Die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft setzt vor allem voraus, daß die „neue Verfassung“ abgeschafft und das „Antikommunistengesetz“, das „Gesetz über die Staatssicherheit“ und die anderen faschistischen drakonischen Gesetze außer Kraft gesetzt werden. Die rechtswidrigen Strafen unter Berufung auf die „Notverordnung“ und die anderen faschistischen Willkürgesetze, die über die patriotisch gesinnte Bevölkerung und die demokratisch gesinnten Persönlichkeiten verhängt worden sind, müssen annulliert werden; die Rede- und Pressefreiheit sowie die freie Tätigkeit der

Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen sind zu gewährleisten. Der Revolutionspartei für die Vereinigung und den anderen illegalen Parteien muß es ebenfalls ermöglicht werden, legal tätig zu sein. Die Organisationen der Koreaner und die patriotisch gesinnten Persönlichkeiten, die im Ausland für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes kämpfen, sollen nach ihrem Wunsch nach Südkorea zurückkehren dürfen, um politisch frei wirken zu können.

Die Betätigungsfreiheit der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen zu gewährleisten ist die elementarste Forderung der Demokratie. Im nördlichen Teil der Republik haben alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen das Recht, sich frei zu betätigen. In den meisten Ländern ist heute die Bewegungsfreiheit der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen gesichert; selbst in imperialistischen Ländern sind kommunistische und andere progressive Parteien und gesellschaftliche Organisationen legal tätig. Auch in Südkorea müssen allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die Freiheit und das Recht auf legales Wirken zugesichert werden.

Unter den schweren Bedingungen der fortgesetzten grausamen faschistischen Repressalien entfalten heute die verschiedensten südkoreanischen Bevölkerungsschichten und demokratisch gesinnte Persönlichkeiten Südkoreas einen unbeugsamen, energischen Kampf gegen Faschismus und für Demokratisierung, um demokratische Freiheiten und Rechte. Die koreanischen Landsleute im Ausland, darunter auch diejenigen, die in Japan und in den USA leben, beteiligen sich ebenfalls, sich der erhabenen nationalen Mission bewußt, aktiv an dem gerechten patriotischen Kampf für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes. Die südkoreanische Bevölkerung ist verpflichtet, ungeachtet der Unterschiede in der Ideologie, im religiösen Glauben, in der Parteizugehörigkeit und in den politischen Ansichten eine breite Einheitsfront mit allen demokratischen Kräften im In- und Ausland zu bilden und mit vereinten und organisierten Kräften gegen die faschistischen diktatorischen Elemente zu kämpfen, um die südkoreanische Gesellschaft unbedingt zu demokratisieren und die

selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes zu beschleunigen.

Die selbständige friedliche Vereinigung des Vaterlandes macht es erforderlich, die Einmischung der USA und aller anderen ausländischen Mächte konsequent zurückzuweisen.

Für unser Volk ist die nationale Souveränität lebensnotwendig, und es duldet keine fremde Intervention bei der Lösung der Frage der Vereinigung des Landes. Für die USA ist es an der Zeit, mit ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Nation und die Koreafrage Schluß zu machen.

Sie dürfen das südkoreanische Marionettenregime, das die Demokratie erdrosselt und die südkoreanische Bevölkerung barbarisch unterdrückt, nicht mehr in Schutz nehmen und diese an ihrem Kampf für Demokratie und Vereinigung des Vaterlandes hindern. Wenn die USA von ihrer bisherigen falschen Politik nicht abgehen und die südkoreanischen faschistischen Elemente, die von innen und außen her völlig isoliert sind, weiter beschirmen, werden sie als Verschwörer der Unterdrückung der Menschenrechte einer scharfen Verurteilung unseres Volkes und der Völker der Welt nicht entgehen können.

Die USA müssen auch auf ihre dunklen aggressiven Absichten verzichten, durch Etablierung von „zwei Korea“ ihre koloniale Herrschaft in Südkorea aufrechtzuerhalten und darüber hinaus ganz Korea zu erobern, und sie müssen im Einklang mit der UNO-Resolution und ihrem „öffentlichen Versprechen“ ihre Truppen so schnell wie möglich und vollständig aus Südkorea abziehen.

Wenn sie den Frieden und die friedliche Vereinigung Koreas ehrlich wünschen, müssen sie auch Kontakt mit der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea aufnehmen und nach einem Weg zur friedlichen Regelung der Koreafrage suchen. Wir haben bereits einen Vorschlag für Verhandlungen mit den USA unterbreitet und bemühen uns um dessen Realisierung. Es geht darum, ob die USA ehrlich mit uns in Verhandlungen eintreten wollen und ob sie, falls sie dafür sind, über ein Korea oder „zwei Korea“ zu verhandeln gedenken. Wenn die USA ihre negative Absicht, unser Land in „zwei Korea“ zu trennen, aufgeben und eine vernünftige Haltung zur Vereinigung Koreas einnehmen, werden wir jederzeit zur Regelung aller

notwendigen Probleme Gespräche mit den USA aufnehmen. Dann werden sie, ohne ihre Ehre einbüßen zu müssen, darauf verzichten können, sich in die Koreafrage einzumischen. Das wird nicht nur den Interessen unseres Volkes, sondern auch den Interessen des Volkes der USA entsprechen.

Die Bevölkerung des nördlichen Teils der Republik und Südkoreas werden nach dem Prinzip des großen nationalen Zusammenschlusses noch fester zusammenstehen und somit die Machenschaften der inneren und äußeren Spalter zur Etablierung von „zwei Korea“ unbedingt vereiteln und um jeden Preis die große historische Sache, die Vereinigung des Vaterlandes, erringen.

### **3. MÖGEN DIE AUFSTREBENDEN LÄNDER GESCHLOSSEN GEGEN IMPERIALISMUS UND ALLE ARTEN DES VORMACHTSTREBE NS KÄMPFEN**

Genossen!

Heute entfaltet sich auf dem internationalen Schauplatz ein erbitterter Kampf zwischen den nach Souveränität und den nach Vorherrschaft strebenden Kräften, zwischen den revolutionären und den konterrevolutionären Kräften.

Die neuen und alten Mächte, die nach Vormacht streben und die von Tag zu Tag wachsenden revolutionären Kräfte der Welt fürchten, versuchen in verzweifelter Agonie, ihre Herrschaftssphäre aufrechtzuerhalten.

Die US-Imperialisten, die scheinheilig unter dem Aushängeschild des „Friedens“ die Völker der Welt betrügen, forcieren andererseits die Vorbereitungen eines Krieges, indem sie ihr unverändertes übles Ziel nach Weltherrschaft verfolgen. Sie rüsten unter dem Tarnmantel der „Abrüstung“ weiter auf und setzen hinter dem Schleier der „Einschränkung der Kernwaffen“ Atomtest und hinter dem Rauchvorhang der „Entspannung“ militärische Interventionen fort. Je

weiter sich die Wirtschaftskrise vertieft und je schwieriger ihre Lage wird, um so mehr verstärken die Imperialisten ihre aggressiven und kriegerischen Machenschaften.

Die Imperialisten richten die Speerspitze ihrer Aggression auf die aufstrebenden Länder. Die Hauptmethode bei ihren Aggressionen gegen die Länder der Nichtpaktgebundenheit und die Länder der dritten Welt besteht darin, diese zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen, um sie auf diese Weise einzeln zu vernichten. Mit raffinierten Ränken mißbrauchen die Imperialisten Grenzprobleme, die noch eine Folge der Kolonialherrschaft sind, und verschiedene andere komplizierte Fragen. Damit wollen sie zwischen die nichtpaktgebundenen Länder und die Länder der dritten Welt einen Keil treiben, zwischen ihnen Zwietracht säen, Streite und Konflikte heraufbeschwören und sie auf diesem Wege ermuntern, gegeneinander zu kämpfen. Sie selbst wollen daraus ihre Vorteile ziehen.

Die Imperialisten und die Mächte, die nach Vormacht streben, versuchen krampfhaft, die aufstrebenden Länder unter ihre politische und ökonomische Gewalt zu bekommen. Sie trachten danach, die jungen unabhängigen Staaten durch Drohung und Erpressung, durch Beschwichtigung und Betrug, durch Umsturz und Diversion sowie mit verschiedenen anderen raffinierten und üblen Machenschaften politisch abhängig zu machen und sich unter dem Deckmantel der „Hilfe“ und der „gemeinsamen Erschließung der rückständigen Länder“ der ökonomischen Lebensadern der Entwicklungsländer zu bemächtigen.

Sie bemühen sich fieberhaft um die Ausdehnung ihrer Einflußsphäre und wetteifern untereinander, um die Länder der dritten Welt ihrer Herrschaft unterzuordnen. Unter dem Vorwand der „Unterstützung“ und des „Schutzes“ greifen sie um die Wette in den Streit zwischen den Ländern der dritten Welt ein und verüben unverhohlene Interventionen; sie schlagen einander die Köpfe ein, um diese Länder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Infolge ihrer Machenschaften ist die heutige internationale Lage äußerst angespannt und kompliziert. Von ihnen gelenkt und angestiftet, ereignen sich täglich Umstürze, Diversionen und Attentate, entstehen überall in der Welt Streitfragen; es sind sogar solche tragischen

Ereignisse zu verzeichnen, daß es zwischen Bruderländern zu Schießereien kommt und daß sie sich Gefechte liefern. Folglich entsteht eine Reihe von Schwierigkeiten für die Länder der dritten Welt, und die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit hat eine Bewährungsprobe zu bestehen.

Die gegenwärtige Lage fordert dringend, daß die sozialistischen Länder und die Nichtpaktgebundenen, die Länder der dritten Welt und alle unterdrückten Nationen fest zusammengeschlossen energischer denn je gegen Imperialismus und alle Arten des Vormachtstrebens kämpfen.

Das Streben nach Vormacht ist eine konterrevolutionäre Strömung, die der Tendenz der gegenwärtigen Epoche nach Souveränität entgegengesetzt ist, und muß von den revolutionären Völkern der Welt gemeinsam bekämpft werden. Sein Wesen besteht darin, die Souveränität anderer Länder zu verletzen, die Nationen und Völker anderer Staaten zu unterdrücken und zu kontrollieren. Es zeigt sich sowohl in der Form der offenen Kolonialisierung anderer Länder, ihrer unverhohlenen Unterdrückung und Ausbeutung als auch in der Form, die anderen Staaten mit verschiedenen raffinierten Manövern ins Joch der Abhängigkeit zu spannen und sie ihrer Herrschaft und Kontrolle zu unterwerfen. Vormachtstreben gibt es sowohl in großen als auch in kleineren, sowohl in kapitalistischen wie auch in anderen Ländern. Mit einem Wort, alle Länder, die andere ihrer Kontrolle unterziehen wollen, gehören, ungeachtet ihrer Größe und Gesellschaftsordnung, zu den nach Vormacht strebenden Kräften; und alle Bestrebungen, mit offenen oder verhohlenen Methoden die anderen zu regieren, zeugen vom Trachten nach Vorherrschaft.

Alle Völker der aufstrebenden Länder sollten ihre Angriffspfeile gegen Imperialismus und Vormachtstreben richten. Nur wenn sie diese energisch bekämpfen, können sie die nationale Unabhängigkeit festigen, die selbständige Entwicklung ihrer Länder erreichen und eine neue Welt ohne jede Vorherrschaft und Abhängigkeit aufbauen.

Für einen dynamischen Kampf gegen Imperialismus und Vormachtstreben muß eine breite Einheitsfront der aufstrebenden Länder gebildet werden.

Sie ist ein entscheidendes Unterpfand für den Sieg im Kampf gegen Imperialismus und Vormachtstreben. Die Bildung dieser Einheitsfront ist um so wichtiger, da in der Gegenwart die Imperialisten und die nach Vormacht strebenden Kräfte krampfhaft versuchen, die jungen unabhängigen Staaten zu spalten, Zwietracht zwischen ihnen zu säen und sie an sich zu binden.

Die aufstrebenden Länder sollten auf diese Ränke mit der Strategie des Zusammenhaltens antworten. Die Nichtpaktgebundenen und die Länder der dritten Welt müssen eine breite Einheitsfront bilden und durch ihre Aktionseinheit die Ränke derjenigen, die nach der Vorherrschaft trachten, zum Scheitern bringen.

Um die gemeinsamen Feinde zu bekämpfen, sind die aufstrebenden Länder verpflichtet, ihrem Zusammenschluß erstrangige Bedeutung beizumessen und dem alles unterzuordnen, sich ungeachtet der Unterschiede in den Gesellschaftsordnungen, politischen Anschauungen und Glaubensbekenntnissen fest zusammenzuschließen. Diese Unterschiede dürfen niemals Hindernisse für ihren Zusammenschluß sein. Ihre Gemeinsamkeiten sind größer als die Differenzen zwischen ihnen; die Kraft, die sie zusammenhält, ist stärker als die Macht, die sie zu spalten versucht.

Die Nichtpaktgebundenen dürfen nicht darüber streiten, wer zu den fortschrittlichen oder rückständigen Ländern gehört, sondern müssen sich bemühen, zusammen ihre Gemeinsamkeiten zu finden und zusammenzuhalten. Die Teilung der nichtpaktgebundenen Länder in diese oder jene Seite widerspräche dem Wesen und der Idee dieser Bewegung und würde schließlich zur Bildung eines neuen Blocks innerhalb der Nichtpaktgebundenheit und zur Spaltung dieser Bewegung führen. Was die Fortschrittlichkeit eines Landes betrifft, so ist das Merkmal des Fortschritts die Souveränität, und nur wer sich an die Souveränität hält, kann sich als fortschrittlich bezeichnen. Alle Länder der Nichtpaktgebundenheit bekämpfen die Vorherrschaft und Abhängigkeit und streben nach Souveränität; deshalb können sie sich auf der Grundlage dieser Gemeinsamkeit zusammenschließen.

Die Nichtpaktgebundenen müssen zwischen ihnen auftretende Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen auch nach dem Prinzip der

Geschlossenheit klären. So ernst die unterschiedlichen Auffassungen und umstrittenen Probleme auch sein mögen, sie sind innere Angelegenheiten zwischen Brüdern, die zum gemeinsamen Ziel Hand in Hand voranschreiten, es sind keine Probleme, für deren Lösung die Einbeziehung fremder Kräfte notwendig wäre. Was die Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen zwischen diesen Ländern betrifft, so sollten die betreffenden Seiten diese Probleme ohne jede Einmischung von außen, entsprechend den nationalen Interessen und den gesamten Interessen der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit sowie auf dem Verhandlungsweg bewältigen. Wenn sie sich in die verschwörerischen Machenschaften der nach Vorherrschaft strebenden Kreise verwickeln lassen und gegeneinander Abneigung und Mißgunst hegen oder sich streiten, haben nur die davon Gewinn, die nach der Vorherrschaft trachten, und die nichtpaktgebundenen Länder selbst werden Schaden erleiden.

Um den Imperialismus und alle Arten von Vormachtstreben im Zusammenschluß zu bekämpfen, müssen die aufstrebenden Länder die Souveränität wahren.

Die Länder der Nichtpaktgebundenheit und der dritten Welt sollten jede Einmischung fremder Kräfte konsequent zurückweisen und dürfen nicht blind anderen folgen oder deren Diener sein. Außerdem müssen die aufstrebenden Länder gegenseitig Souveränität achten und dürfen nicht die Angelegenheiten anderer Staaten eigenmächtig beurteilen oder sich darin einmischen. Erst dann wird es den nach Vormacht strebenden Kräften nicht gelingen, in der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit Fuß zu fassen, und erst dann wird auch der Taktstock irgendeines Landes seine Wirkung verfehlen. Die aufstrebenden Länder können dann ihre Geschlossenheit weiter festigen und einen energischen Kampf gegen das Vormachtstreben entfalten.

Die Souveränität eines Landes muß auf einer selbständigen nationalen Wirtschaft beruhen. Ohne eine solide selbständige Nationalwirtschaft kann es keine Souveränität geben, ohne sie kann man weder sagen, was man sagen möchte, noch tun, was man tun möchte.

Für die Schaffung einer selbständigen nationalen Wirtschaft müssen die Nichtpaktgebundenen und die Entwicklungsländer das Potential des

eigenen Landes maximal mobilisieren und gleichzeitig die ökonomische und technische Zusammenarbeit mit den anderen aufstrebenden Staaten intensivieren. Die Länder der dritten Welt besitzen ein riesiges Territorium und sind reich an Naturschätzen; sie haben viele gute Erfahrungen und technische Kenntnisse, die beim Aufbau eines neuen Lebens gewonnen wurden. Sie sollten nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils Rohstoffe und technisches Wissen austauschen, sollten besonders durch den gegenseitigen Austausch technischer Kader einander aufrichtig helfen und voneinander lernen. So ist es möglich, auch ohne Hilfe der Imperialisten und der nach Vorherrschaft Strebenden sich aus der ökonomisch-technischen Rückständigkeit zu befreien, eine feste Basis für eine selbständige nationale Wirtschaft zu schaffen und einen starken, souveränen und unabhängigen Staat aufzubauen.

Die überlebte internationale Wirtschaftsordnung ist ein Produkt des Kolonialsystems und ein Hebel für die Herrschaft und Kontrolle, für die Ausbeutung und Ausplünderung durch die Imperialisten. Wenn diese Wirtschaftsordnung fortbesteht, vermögen die Entwicklungsländer sich nicht vom Elend zu befreien und beim Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft voranzukommen. Diese Länder sollten diese unrationelle Wirtschaftsordnung abschaffen, die nur den Imperialisten und den nach Vormacht strebenden Kräften Nutzen bringt, und sollten aktiv für die Schaffung einer neuen, gerechten internationalen Wirtschaftsordnung kämpfen, die den Interessen der aufstrebenden Völker entspricht.

Die dringendste Frage im Kampf gegen Imperialismus und Vormachtstreben besteht heute darin, die Aggressions- und Kriegsmachenschaften des Imperialismus zu durchkreuzen.

Die aufstrebenden Länder müssen die heimtückischen Aggressions- und Kriegsmanöver des Imperialismus mit aller Konsequenz entlarven und verurteilen; sie müssen auf die Imperialisten überall dort, wo sie ihre aggressiven Krallen ausstrecken, Druck ausüben und ihnen Schläge versetzen. Sie müssen aktiv dafür kämpfen, daß das Wettrüsten der Imperialisten eingestellt und die allgemeine Abrüstung realisiert wird, daß sämtliche imperialistischen Aggressionstruppen von den Territorien

anderer Länder vollständig abgezogen und alle Militärstützpunkte dort beseitigt werden.

Auf einigen Kontinenten gibt es noch Kolonien. Die Imperialisten und diejenigen, die nach Vorherrschaft trachten, versuchen hinterhältig, die jungen unabhängigen Staaten erneut unter ihre Herrschaft und Kontrolle zu stellen. Die aufstrebenden und die unterdrückten Völker müssen noch beharrlicher dafür kämpfen, daß auf allen Kontinenten der Kolonialismus endgültig liquidiert wird und der Neokolonialismus und alle Arten von Vormachtstreben vollständig ausgemerzt werden. Erst wenn in Asien, Afrika und Lateinamerika der Kolonialismus hinweggefegt ist und alle Arten von Vormachtstreben beseitigt sind, wird die Befreiung der Nationen vollständig und endgültig sein.

Die Regierung der DVRK und das koreanische Volk halten es für eine wichtige Seite ihrer Außenpolitik, im Zusammenschluß mit den Völkern der sozialistischen Länder, der nichtpaktgebundenen Länder und der Entwicklungsländer sowie mit allen anderen aufstrebenden Völkern gegen den Imperialismus und das Vormachtstreben zu kämpfen.

Die Regierung unserer Republik wird nach wie vor unermüdlich Anstrengungen unternehmen, um die Einheit und Geschlossenheit der Kräfte des Sozialismus zu festigen und die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Völkern der sozialistischen Länder zu entwickeln.

Die Regierung und das Volk der DVRK werden alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Geschlossenheit und Zusammenarbeit mit den Völkern der Länder der Nichtpaktgebundenheit und der Länder der dritten Welt zu stärken, und stets mit ihnen zusammen auf dem einen Weg des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus und das Vormachtstreben, für sozialen Fortschritt und nationales Gedeihen kämpfen.

Das koreanische Volk unterstützt aktiv den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas um Freiheit und Unabhängigkeit und bringt seine feste Solidarität mit dem Befreiungskampf aller unterdrückten Völker der Welt zum Ausdruck.

Die Regierung der DVRK und das koreanische Volk werden sich mit

allen revolutionären Völkern, die die Souveränität verteidigen, vereinigen und weiter energisch gegen den Imperialismus, gegen sämtliche Arten von Vormachtstreben, für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und für den Aufbau einer neuen Gesellschaft kämpfen.

\* \* \*

Genossen!

Die Demokratische Volksrepublik Korea ist das wahre Vaterland des ganzen koreanischen Volkes. In der Stärkung und Entwicklung der Republik liegen die Quelle des Glücks unseres Volkes und das entscheidende Unterpfand für den Sieg in der Revolution und beim Aufbau.

Das ganze Volk übernimmt die Verpflichtung, aktiv für die weitere Stärkung und Entwicklung der Republik zu kämpfen. Wir müssen unsere revolutionäre Macht noch mehr festigen und auf allen Gebieten der staatlichen Tätigkeit die Juche-Ideologie konsequent verwirklichen, um so die Macht der Republik allseitig zu stärken.

Heute steht vor unserem Volk die schwierige, aber ehrenvolle Aufgabe, den zweiten Siebenjahrplan mit Erfolg zu erfüllen. Wir sind verpflichtet, an allen Fronten des sozialistischen Aufbaus die drei Revolutionen – die ideologische, die technische und die kulturelle – tatkräftig voranzubringen und einen neuen Aufschwung in der Produktion und beim Aufbau herbeizuführen, um den zweiten Siebenjahrplan vorfristig zu erfüllen.

Die große revolutionäre Sache unseres Volkes ist gerecht, die Republik hat eine helle, leuchtende Zukunft. Sieg und Ruhm gehören unserem Volk, das unter dem Banner der Republik für diese Sache kämpft.

Das revolutionäre Banner der Juche-Ideologie, das rote Banner der drei Revolutionen hoch erhoben, fest um die Regierung unserer

Republik geschart, schreiten wir alle voller Kraft für die Vereinigung des Vaterlandes und den Sieg der Revolution im ganzen Land, für die große Sache des Sozialismus und Kommunismus voran!

Es lebe der 30. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea, des ruhmreichen Vaterlandes!

**GRUSSADRESSE  
AN DIE MITARBEITER UND STUDENTEN DER  
TECHNISCHEN HOCHSCHULE „KIM CHAEK“**

*26. September 1978*

Aus Anlaß des 30. Gründungstages der Technischen Hochschule „Kim Chaek“, die bei der Heranbildung der technischen Nationalkader und in der wissenschaftlichen Forschungsarbeit große Erfolge erreicht hat, übermittle ich Euch meine herzlichsten Glückwünsche.

Gemäß dem einzigartigen Kurs unserer Partei für die Heranbildung von Nationalkadern und dem Wunsch unseres Volkes, mit eigenen technischen Kadern eine nationale Industrie zu errichten, wurde Eure Hochschule im September 1948 als erste ihrer Art in unserem Land gegründet.

Damit schuf sich unser Volk erstmals in seiner Geschichte eine Bastion zur Ausbildung technischer Nationalkader, wodurch es uns gelungen ist, die beim Aufbau einer neuen Gesellschaft benötigten Techniker selbst hervorzubringen.

In den dreißig Jahren ihres Bestehens legte die Hochschule einen uns mit Stolz erfüllenden, von Siegen und Ruhm gekrönten Weg zurück und erwarb sich für das Vaterland und das Volk große Verdienste.

Seit dem Tag ihrer Gründung hat sie der Partei und der Revolution grenzenlose Treue bewiesen. In den schweren revolutionären Kämpfen sind ihr Lehrkörper und ihre Studenten stets der Partei gefolgt, haben deren Linie und Politik konsequent verteidigt und verwirklicht und die von ihr gestellten Aufgaben ehrenvoll bewältigt.

Auch während der schweren Jahre des Vaterländischen

Befreiungskrieges setzte sie die Ausbildung von technischen Nationalkadern ununterbrochen fort und ermöglichte somit einen erfolgreichen Nachkriegswiederaufbau sowie den sozialistischen Wirtschaftsaufbau. Zur Bewältigung der historischen Aufgabe der sozialistischen Industrialisierung trug sie maßgeblich bei, indem sie nach dem Krieg den Kurs, entsprechend den Erfordernissen der allseitigen technischen Umgestaltung mehr Techniker schneller und besser auszubilden, mit aller Konsequenz durchsetzte.

In den vergangenen 30 Jahren entließ die Hochschule in die verschiedenen Bereiche der Volkswirtschaft viele befähigte Fachkräfte, die sich fest mit der Juche-Ideologie gewappnet und die moderne Wissenschaft und Technik zu eigen gemacht hatten. Heute bilden die Absolventen der Hochschule in allen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus einschließlich der Betriebe, der Staats- und Wirtschaftsorgane die Avantgarde.

Ihr habt bei der wissenschaftlichen Forschungsarbeit das eigene Denken durchgesetzt, mit dem hohen revolutionären Geist, aus eigener Kraft zu schaffen, die beim Aufbau der selbständigen nationalen Wirtschaft und bei der Verwirklichung der technischen Revolution auftretenden unzähligen wissenschaftlich-technischen Fragen gelöst und Euch dadurch große Verdienste um die Entwicklung unserer Wissenschaft und Technik erworben.

Eure Bildungseinrichtung ist ihrer Rolle als unsere Alma mater des Bereiches Industrie und Technik vorzüglich gerecht geworden und hat wesentlich zur Schaffung von Ausbildungszentren für Kader verschiedener technischer Gebiete, darunter der Schwer- und Leichtindustrie sowie des Bau- und Transportwesens, beigetragen.

Hiermit möchte ich meine große Genugtuung und hohe Wertschätzung darüber zum Ausdruck bringen, daß die Hochschule in den 30 Jahren ihres Bestehens ganz im Sinne der Bildungspolitik unserer Partei zahlreiche befähigte Techniker, Industrieökonomien, Wissenschaftler und Pädagogen herangebildet und den sozialistischen Wirtschaftsaufbau und die Entwicklung unserer Wissenschaft und Technik auf diese Weise in bedeutendem Maße unterstützt hat.

Heute steht vor unserem Volk die historische Aufgabe, durch eine

Beschleunigung der technischen Revolution die Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft, ihre Modernisierung und Verwissenschaftlichung voranzutreiben und den zweiten Siebenjahrplan vorfristig zu erfüllen.

Die technische Revolution auf einer neuen, höheren Stufe erfordert dringend, die Ausbildung von entsprechenden Fachkräften weiter zu verstärken. Hierbei hat die Hochschule eine große Pflicht und Verantwortung.

Sie muß das einheitliche ideologische System der Partei konsequent durchsetzen und ihre Mitarbeiter und Studenten fest mit der einzigartigen Auffassung von der Revolution ausrüsten, damit sie unter allen Schwierigkeiten unbeugsam für die Partei und Revolution sowie für den vollständigen Sieg der Juche-Ideologie kämpfen. Ihr müßt die ideologische Erziehung und das revolutionäre Organisationsleben intensivieren und Euch gründlich mit Individualismus, Egoismus, Technizismus und allen anderen überholten Ideen auseinandersetzen, damit alle Mitarbeiter und Studenten revolutioniert und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umgeformt werden.

Die Hochschule hat in ihrer Tätigkeit die „Thesen über die sozialistische Bildung“ mit aller Konsequenz zu verwirklichen. Sie ist verpflichtet, die Verbundenheit mit der Partei und der Arbeiterklasse sowie das eigene Denken fest durchzusetzen, Theorie und Praxis zu verbinden und die Bildungsmethoden kontinuierlich zu verbessern. Die größten Anstrengungen sind auf die Aktualisierung der Bildungsinhalte zu richten, die selbstverständlich von der Politik der Partei durchdrungen sein müssen. Das heißt, das System und der Inhalt der naturwissenschaftlichen und technologischen Ausbildung sind gemäß den Erfordernissen der Politik der Partei und der technischen Revolution unseres Landes zu verbessern und stets mit den neuesten Ergebnissen von Wissenschaft und Technik zu bereichern. Dadurch sind alle Studenten mit modernsten wissenschaftlich-technischen Kenntnissen zu wappnen und zu befähigten technischen Nationalkadern heranzubilden, die die technische Revolution auf einem hohen Niveau voranbringen können.

Den Wissenschaftlern und Pädagogen der Hochschule obliegt es, durch eine Verstärkung der Forschungsarbeit die technische Revolution in drei Bereichen verwirklichen und die gegenwärtig bei der Durchsetzung der Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft, ihrer Modernisierung und Verwissenschaftlichung auftretenden Probleme lösen zu helfen sowie durch eine breite Erschließung neuer Gebiete der Wissenschaft und Technik zu deren allgemeiner epochaler Entwicklung in unserem Lande aktiv beizutragen.

Das entscheidende Unterpfand zur Qualitätserhöhung bei der Heranziehung von Nationalkadern besteht in der Schaffung einer revolutionären Lernatmosphäre. Ihr müßt Euer politisches, theoretisches, wissenschaftliches und technisches Niveau erhöhen und voller revolutionärem Elan und Forscherdrang fleißig lernen, damit Ihr Euren Wissenschaftsbereich beherrscht.

Eure Aufgabe ist es ferner, Eure theoretischen Kenntnisse und technischen Fertigkeiten in der Praxis zu festigen, Euch revolutionär zu stählen und einen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung der technischen, der ideologischen und der kulturellen Revolution zu leisten, indem Ihr freiwillig am sozialistischen Aufbau teilnehmt.

Den leitenden Mitarbeitern der Hochschule obliegt es, die bildungsadministrative Arbeit zu verstärken, damit in der Erziehung und Ausbildung der für die Heranbildung von revolutionären Persönlichkeiten notwendige pädagogische Prozeß exakt eingehalten wird. Sie haben die Bildungsumwelt revolutionär zu gestalten, die Bildungsbedingungen weiter zu modernisieren und in der Universität eine revolutionäre Ordnung durchzusetzen.

Eurer Hochschule wurde eine ehrenvolle und sinnerfüllte revolutionäre Aufgabe zuteil, und das in Euch gesetzte Vertrauen und die Erwartungen der Partei sind sehr groß.

Ich bin fest davon überzeugt, daß Ihr alle die Euch übertragenen schwierigen, aber ehrenvollen revolutionären Aufgaben hervorragend erfüllen und somit das Vertrauen und die Erwartungen der Partei rechtfertigen werdet.

# **DURCH KONSEQUENTE DURCHSETZUNG DER THESEN ÜBER DIE SOZIALISTISCHE BILDUNG EINE WENDE IM BILDUNGSWESEN HERBEIFÜHREN**

**Rede auf dem Republiktreffen der Pädagogen**

*1. Oktober 1978*

Zunächst erlaube ich mir, im Namen des ZK der Partei der Arbeit Koreas, der Regierung der Republik und des ganzen koreanischen Volkes dem Republiktreffen der Pädagogen meine herzlichsten Grüße zu entbieten.

Ferner möchte ich den Berufsrevolutionären im Bildungswesen, den Konferenzteilnehmern, und allen Pädagogen des Landes, die seit der Befreiung bis zum heutigen Tag in unermüdlichem Ringen unter Führung unserer Partei ihre ganze Kraft für die Heranbildung der Nachfolger beim Aufbau des Kommunismus und der Nationalkader eingesetzt haben, herzlich danken.

Die Wissenschaftler, Pädagogen und anderen Angehörigen der Intelligenz werden seit der Gründung der Partei nach der Befreiung ebenso sehr geschätzt wie zur Zeit des antijapanischen revolutionären Kampfes.

Es ist unbedingt erforderlich, daß auch sie sich am Aufbau einer neuen Gesellschaft beteiligen. Ebendeshalb bildet die werktätige Intelligenz neben den Arbeitern und Bauern die dritte Gruppe, aus denen sich unsere Partei zusammensetzt, was auch im Parteiemblem zum Ausdruck kommt.

Die Angehörigen der Intelligenz in unserer Gesellschaft sind

Werktätige, die geistige Arbeit leisten. Besonders in jenen Ländern, die einst Kolonie oder Halbkolonie waren, sind die Geistesschaffenden von nationaler revolutionärer Gesinnung und hohem patriotischem Geist geprägt. Natürlich bildet die Intelligenz selbst keine Klasse. Sie ist aber ein Teil der Gesellschaft, der dem Volk dient und eine wichtige Rolle in der Revolution und beim Aufbau spielt. Ohne ihn können weder die Gesellschaft entwickelt noch ein souveräner, unabhängiger Staat aufgebaut werden.

Die Arbeit der Geistesschaffenden scheint leicht zu sein. In Wirklichkeit sind sie aber ebenso angestrengt tätig wie die anderen und leisten durch ihre geistige Arbeit einen großen Beitrag zur Revolution und zum Aufbau.

Ich empfinde für unsere Pädagogen und die anderen Angehörigen der Intelligenz, die seit den ersten Tagen nach der Befreiung die Bildungs- und die die Intelligenz betreffende Politik unserer Partei aktiv unterstützt und bei der Bildungstätigkeit keine Mühe gescheut haben, ein Gefühl hoher Wertschätzung.

Nach der Befreiung haben wir aus dem Nichts mit der Bildungsarbeit begonnen. Vor der Befreiung gab es bei uns im Lande keine einzige Hochschule, und jeder Bezirk hatte höchstens ein oder zwei Mittelschulen.

Heute jedoch besitzen wir weit über hundert Hochschulen, in allen Gemeinden gibt es eine Oberschule, und das ganze Volk erhält Bildung.

Unsere Republik ist heute ein Land der Bildung, das in der Welt seinesgleichen sucht.

Bei uns liegt die Zahl der Schüler und Studenten je 1000 Einwohner bei 372, also höher als in anderen sozialistischen oder in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Zählt man noch unsere Lehranstalten hinzu, die von dem Generalverband der Japankoreaner und den anderen koreanischen Landsleuten im Ausland verwaltet werden, so erhöht sich diese Zahl noch. Kein Land der Welt hat sogar im Ausland so viele eigene Lehranstalten wie wir und einen so hohen Prozentsatz an Lernenden. Das beweist anschaulich, welchen Wert unser Volk auf die Bildung legt und welche Anstrengungen unsere Partei und die Regierung unserer Republik für die Bildungsarbeit unternehmen.

In der bisherigen Geschichte unserer Nation haben wir noch niemals solche hervorragenden Siege bei der Bildungstätigkeit errungen wie jetzt. Das gehört zu den ruhmreichsten und leuchtenden Großtaten, die es nur im Zeitalter unserer Partei der Arbeit geben kann.

Daß wir so vielen Schülern und Studenten das Lernen ermöglichen und große Kraft für die Bildung aufwenden, tun wir beileibe nicht, weil wir zu viel Geld haben.

Unser Land ist noch nicht so reich, es gibt bei uns noch viel zu tun, und wir haben auch in anderen Beziehungen große Belastungen zu tragen. Wir müssen die Wirtschaftsbasis weiter stärken und auch große Kraft für die Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit aufbringen. Unter diesen Umständen fällt es nicht leicht, die Schüler und Studenten auf Kosten des Staates auszubilden.

Ihre Zahl beträgt bei uns mehr als 5 Millionen; rechnet man die Kinderkrippen- und Kindergartenkinder hinzu, erhöht sie sich noch auf 8,6 Millionen. Die vielen Schüler und Studenten werden von uns je nach Jahreszeit mit Kleidung und Lehrbüchern versorgt, und die Studenten haben darüber hinaus die Möglichkeit, in einem Internat zu wohnen. Die Vorschulkinder, Schüler und Studenten – das ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung – werden kostenlos gepflegt und ausgebildet, und das ist eine sehr große Bürde für den Staat.

Im Interesse der Zukunft der Nation setzen wir jedoch trotz aller Schwierigkeiten unsere Hauptkraft für die Bildungstätigkeit ein. Erst ihr gutes Gelingen ermöglicht das Aufblühen der Nation und den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Wegen der außerordentlichen Bedeutung dieses Bereiches haben wir ungeachtet der schwierigen Verhältnisse unmittelbar nach der Befreiung mit dem Aufbau einer Universität begonnen. Selbst in den harten Kriegsjahren, inmitten der Kämpfe, setzten wir die Bildungsarbeit fort. Da ließen wir die Studenten von der Front zurückrufen und ihr Studium in Zelten in den Bergen weiterführen. Auch in der Nachkriegszeit, als alles infolge des Kriegs in Schutt und Asche lag, nahmen wir, jeglichen Entbehrungen zum Trotz, den Bau von Lehranstalten in Angriff und gaben viel Geld für die Bildung aus. Selbstverständlich kostete das sehr viel Mühe, die sich nun jedoch auszahlt.

Wir haben eine große Formation von einer Million Intellektuellen, und alle unsere Betriebe sowie Staats- und Wirtschaftsorgane werden von unseren eigenen Kräften bestens geleitet und verwaltet. Es gab und gibt bei uns keine ausländischen Techniker, und es wird auch künftig keine geben.

Besucher aus vielen Ländern beneiden unser Volk sehr darum, daß es mit Liebe zur Arbeit, frischen Mutes und voller Hoffnung ein freudiges Leben führt und im Denken und Wollen einheitlich fest zusammengeschlossen ist. Auch die Tatsache, daß die Menschen der Welt unser Volk darum beneiden, ist auf unsere ausgezeichnete Bildungsarbeit zurückzuführen.

Hätten wir es in den verflossenen Jahren versäumt, all die Schwierigkeiten zu überwinden und uns intensiv für die Bildung einzusetzen, so wäre es uns nicht gelungen, ein großes Heer von einer Million Intellektuellen zu schaffen, unser Volk zu einem arbeitsamen und lebensfreudigen Volk zu machen und die Einheit und Geschlossenheit der ganzen Gesellschaft auf der Grundlage der Juche-Ideologie zu erreichen.

Die heutige Wirklichkeit unseres Landes zeigt anschaulich, wie groß und wie richtig die Bildungs- und die die Intelligenz betreffende Politik unserer Partei von Anfang an war.

Wir müssen in Zukunft die Thesen über die sozialistische Bildung konsequent durchsetzen und eine Wende auf diesem Gebiet herbeiführen.

Nur durch eine intensive Bildungsarbeit kann man alle Mitglieder der Gesellschaft intellektualisieren, um die kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen.

Bei ihr handelt es sich um eine Gesellschaft, in der alle Menschen gut gekleidet und wohlernährt ein gutes Leben führen, wobei sie unter leichteren Arbeitsbedingungen mehr materielle Güter erzeugen. In unserer Gesellschaft gibt es noch zahlreiche körperlich schwere Tätigkeiten und die Unterschiede zwischen der schweren und leichten, zwischen der körperlichen und der geistigen Arbeit. Um alle diese Unterschiede zu überwinden und zu erreichen, daß es die Menschen bei der Arbeit leichter haben, ist es notwendig, durch die Entwicklung der

Produktivkräfte die Produktion maximal zu automatisieren und gleichzeitig das technische Wissensniveau aller Menschen entschieden zu erhöhen. Mit anderen Worten, die ganze Gesellschaft ist zu intellektualisieren.

Dieses Vorhaben bewirkt letzten Endes die Überwindung aller Unterschiede in der Arbeit, und der Kommunismus setzt eben die endgültige Beseitigung dieser Ungleichheiten voraus. Wenn wir durch gute Bildungsarbeit ein hohes technisches Wissensniveau aller Schüler und Studenten und des ganzen Volkes erreichen und somit unser Land in ein Land der Intelligenz, ein Land der Arbeiterklasse verwandeln, wird der Kommunismus Wirklichkeit.

Aus diesem Grunde ist es eine fruchtbringende Sache um des Glücks und der Zukunft der Nation willen, daß wir die Bildung intensivieren und somit die ganze Gesellschaft intellektualisieren, und das ist eine ruhmreiche Aufgabe, die zum Ziel hat, alle Menschen bis zur kommunistischen Gesellschaft zu führen, in der alle gleich gut leben.

Daß wir die Thesen über die Bildung in die Tat umsetzen und uns eingehend mit der Bildungsarbeit befassen, ist auch für die Verwirklichung der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der Kulturrevolution – von großer Bedeutung.

Diese Revolutionen sind die gegenwärtige Generallinie unserer Partei zur Beschleunigung des Aufbaus des Sozialismus und zur Vereinigung des Vaterlandes. Es gilt, die Bildungsthesen konsequent durchzusetzen, um durch eine erfolgreiche Verwirklichung der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen und schneller die Vereinigung des Vaterlandes zu erreichen.

Die Durchsetzung der Thesen über die Bildung ist eng verbunden mit den drei Revolutionen. Ob man diese Revolutionen erfolgreich verwirklicht, ob man die materiell-technische Basis des Sozialismus noch zuverlässiger schafft oder nicht, hängt in bedeutendem Maße von der Bildung und Erziehung der Menschen ab. Erst durch eine intensive Bildungsarbeit können wir die Menschen mit der Juche-Ideologie ausrüsten und auf dem Wege der Beschleunigung des Wirtschafts-

aufbaus den zweiten Siebenjahrplan vorfristig erfüllen sowie die Eigenständigkeit in der Volkswirtschaft durchsetzen, sie modernisieren und verwissenschaftlichen. Die vollständige Durchsetzung der Bildungsthesen gibt uns letzten Endes die Möglichkeit, die drei Revolutionen zu verwirklichen, und dies wiederum macht es möglich, die große Sache, die Vereinigung des Vaterlandes, zu vollenden und den Kommunismus zu realisieren.

Gestern versicherten die Redner in ihren Diskussionsbeiträgen, daß sie die Thesen über die Bildung ganz bestimmt durchsetzen werden. Darüber freue ich mich sehr. Viele Redner haben das selbstsicher erklärt, und das gibt auch mir Zuversicht. Da unsere Pädagogen ein hohes Selbstvertrauen und großen Stolz haben, gibt es also keinen Grund dafür, daß die Thesen über die Bildung nicht verwirklicht werden können.

Unmittelbar nach der Befreiung begannen wir mit der Bildungsarbeit aus dem Nichts, und heute hat sie bereits ein hohes Niveau erreicht. Unter den heutigen Bedingungen ist es deshalb nicht allzu schwierig, die Bildungsthesen durchzusetzen. Heute wird uns das wesentlich leichter fallen als in der Zeit unmittelbar nach der Befreiung, als wir diesen Bereich aus dem Nichts schaffen und voranbringen mußten.

Ohne jede Grundlage würde selbstverständlich die Realisierung der Thesen über die Bildung zu einem Problem werden. Aber heute verfügen wir über eine stabile Basis und Mittel für die Entwicklung der Bildung. Entscheidend ist, wie sich die Pädagogen anstrengen.

Wenn sie alle frischen Mutes und energisch zupacken, ist es durchaus möglich, die Thesen durchzusetzen, und so werden wir die ideologische und materielle Festung des Kommunismus nehmen und die große historische Sache, den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, vollenden.

Im folgenden möchte ich über einige Aufgaben sprechen, die sich bei der Durchsetzung der Thesen über die sozialistische Bildung ergeben.

Vor allem gilt es, die Qualität der Bildung zu erhöhen.

In quantitativer Hinsicht hat die Bildung in unserem Land jetzt im

Weltmaßstab das höchste Niveau erreicht, ihr qualitatives Niveau hingegen ist nicht allzu hoch, insbesondere was die Hochschulbildung anbelangt.

Die Erhöhung der Qualität der Hochschulbildung ist heute eine sehr wichtige Frage. Da die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft mit moderner Technik ausgerüstet sind und die Bewaffnung der Volksarmee insgesamt modernisiert wurde, können wir erst dann den sozialistischen Wirtschaftsaufbau gut voranbringen und die Verteidigungskraft des Landes weiter stärken, wenn wir durch die Erhöhung der Qualität der Hochschulbildung viele fähige wissenschaftlich-technische Persönlichkeiten und politische Funktionäre ausbilden.

Um das zu erreichen, ist es erforderlich, daß einerseits die Hochschulen selbst Anstrengungen für eine gute Bildungsarbeit unternehmen und daß andererseits die Qualität der Ausbildung in den Oberschulen verbessert wird. Erst wenn sich die Schüler dort solide Grundkenntnisse angeeignet haben, können sie gute Studenten werden. Demzufolge muß man in den Oberschulen die Qualität der Lehre heben, alle Schüler so ausbilden, daß sie sehr gute Zensuren haben, und nur die Besten zum Hochschulstudium delegieren. Auf diese Weise müssen wir die Probleme bei der Erhöhung des Niveaus der Hochschulbildung nacheinander von unten her lösen.

Das Wichtigste bei der Hebung der Ausbildungsqualität an den Schulen und Hochschulen ist eine bessere Qualifikation der Lehrer.

Diese ist momentan auf dem Gebiet der Volksbildung nicht sehr hoch. Die wesentliche Ursache hierfür liegt darin, daß die Bildung unseres Landes aus dem Nichts anfang und sich schnell entwickelte. Innerhalb einer sehr kurzen Frist haben wir die Grund- und Mittelschulpflicht sowie die neunjährige polytechnische und die elfjährige Schulpflicht eingeführt. Dementsprechend schnell erhöhten sich die Zahl der Lehranstalten und der Bedarf an Lehrkräften. Infolgedessen waren viele Kräfte als Mittelschul- und Grundschullehrer bzw. als Kinder-gärtnerinnen tätig, die keine pädagogische Hochschule, kein Lehrerbildungsinstitut und keine pädagogische Fachschule absolviert hatten.

In den letzten Jahren ist im Ringen um die Erhöhung der

Qualifikation der Lehrer ihr Niveau, im Vergleich zu früher, beträchtlich gestiegen. Doch im Hinblick auf die Anforderungen der gegenwärtigen Entwicklung haben die Lehrer allgemein immer noch keine hohe Qualifikation, und nicht wenige von ihnen besitzen noch keine Hochschulbildung.

Um hier Abhilfe zu schaffen, müssen erstens die pädagogischen Hochschulen und Lehrerbildungsinstitute gut eingerichtet und die pädagogische Ausbildung intensiviert werden.

Diese Lehranstalten sind das „Saatbeet“ bei der Heranbildung von Lehrern, die den Schülern und Studenten später Unterricht erteilen sollen. Die optimale Gestaltung dieser Lehranstalten und eine intensive pädagogische Ausbildung ermöglichen es, die angehenden Kindergärtnerinnen und Lehrer der Grund- und der Oberschulen bestens auf ihre künftige Arbeit vorzubereiten sowie das Niveau der Volksbildung und darüber hinaus auch die Qualität der Hochschulbildung zu verbessern. Daraus folgt, daß alle Parteiorganisationen und die leitenden Funktionäre im Bildungswesen diesen Faktoren große Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Zur Hebung der Qualifikation der Lehrer ist es zweitens notwendig, ihre Weiterbildung zu intensivieren.

Wollte man die Reihen der Lehrer ausschließlich mit den Absolventen der oben genannten Lehranstalten besetzen, müßte man dafür eine längere Zeit einplanen. Folglich sollte man alle Lehrer, die keine systematische Hochschulbildung erhalten konnten, durch Einbeziehung in das Netz der Fernstudien weiterbilden.

Wir dürfen das Fernstudium nicht formal durchführen, sondern müssen hohe Ansprüche daran stellen und somit erreichen, daß die Absolventen der Fernstudienfakultäten ebensolche Leistungen aufweisen wie die der Hochschulen für Direktstudium. Zugleich sind auch verschiedene Lehrgänge, darunter die Lehrgänge für Unterrichtsmethodik, in großem Umfang zu organisieren.

Für die Qualitätsverbesserung der Bildung ist es notwendig, daß sie mit Hilfe von Experimenten und Praktika intensiviert wird.

Auf diesem Wege können die Schüler und Studenten das aus Büchern erworbene Wissen in der Praxis festigen, daraus lebensnahe,

anwendbare Kenntnisse machen und in der praktischen Tätigkeit große Schöpferkraft entfalten.

Experimenten und Praktika muß man vor allem in der naturwissenschaftlichen Lehre große Bedeutung beimessen. Aber auch für die Gesellschaftswissenschaften ist das Praktikum wichtig. In diesem Bereich muß man regelmäßig Rednertreffen und Diskussionen organisieren sowie aktive Gruppen für die Propaganda der Parteipolitik und verschiedene andere Propagandagruppen ins Leben rufen. Auf diese Weise können die Schüler und Studenten lernen, die in den Lehranstalten erworbenen Kenntnisse in breitem Umfang anzuwenden. Die pädagogischen Hochschulen und die Lehrerbildungsinstitute sollten es den Studenten ermöglichen, in den ihnen unterstehenden Lehranstalten Vorlesungen zu halten und sich mit allen wichtigen pädagogischen Prozessen vollauf vertraut zu machen.

Es kommt bei der Erhöhung der Qualität der Bildung unter anderem auch darauf an, daß sich die Schüler und Studenten Kenntnisse aus der modernen Wissenschaft und Technik aneignen.

Aus dem in diesem Bereich gegenwärtig zu beobachtenden weltweit sehr hohen Entwicklungstempo ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Heranwachsenden, ohne sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben, die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik fleißig studieren und somit unser Land auf diesem Gebiet voranbringen.

Dazu müssen sie auch Fremdsprachen beherrschen. Das ist notwendig, um uns uneingeschränkt mit der wissenschaftlich-technischen Literatur anderer Länder befassen und uns die Kenntnisse, die wir brauchen, aneignen zu können. An den Hochschulen muß der Fremdsprachenunterricht verstärkt werden, damit die Studenten während ihres Studiums von verschiedenen Fremdsprachen, darunter Englisch, Französisch, Russisch, Chinesisch und Japanisch, jeweils eine oder mehrere beherrschen.

Bei der Übernahme der Ergebnisse der modernen Wissenschaft und Technik muß man unser Prinzip konsequent durchsetzen.

Man darf hierbei die wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse anderer Länder nicht unkritisch übernehmen. Beim Essen schluckt man auch nur das hinunter, was einem bekommt. Was unverdaulich ist,

spuckt man wieder aus. Analog dazu sollten wir die neuesten Erkenntnisse aus der Wissenschaft und Technik anderer Länder nur dann übernehmen, wenn sie den realen Verhältnissen unseres Landes entsprechen. Anderenfalls sollte man darauf verzichten.

Das Kriterium ihrer Übernahme ist die Frage, ob wir sie zur Durchsetzung der Selbständigkeit in unserer Volkswirtschaft und zu deren Modernisierung und Verwissenschaftlichung brauchen. Nur wenn sie uns dabei zugute kommen, dürfen wir sie übernehmen.

Unseren Wissenschaftlern und Technikern verdanken wir bereits eine Reihe der verschiedensten wissenschaftlich-technischen Erfindungen, wie z. B. der des Vinalons, die wir zur Durchsetzung der Eigenständigkeit in unserer Volkswirtschaft benötigen. Daran sieht man, daß unsere Intellektuellen ihrem Vaterland ergeben dienen, und das ist sehr zu begrüßen.

Es ist äußerst wichtig, die Industrie auf der Basis einheimischer Rohstoffe zu entwickeln, was wir in der Vergangenheit auch konsequent getan haben. Wie wichtig es war, unsere Industrie auf dieser Grundlage voranzubringen, zeigen eindeutig die jüngsten Erfahrungen beim Aufbau unserer Elektroenergieindustrie.

Einige Wissenschaftler schlugen seinerzeit vor, die Steigerung der Elektroenergieproduktion durch den Bau von Erdölkraftwerken zu erreichen, da sie meinten, daß das weniger Zeit in Anspruch nähme als der Bau von Wasser- oder anderen Kraftwerken. Dazu sagte ich ihnen: Natürlich kann man ein Erdölkraftwerk etwas schneller aufbauen als ein Wasserkraftwerk, aber bei uns ist noch kein Erdöl gefunden worden. Was sollen wir also tun, wenn dessen kontinuierliche Einfuhr nach der Errichtung dieser Kraftwerke nicht gesichert ist? Wir müssen Kraftwerke bauen, für die Wasserkraft und Kohle verwendet werden, an denen unser Land reich ist. Das war meine Empfehlung, und der Vorschlag jener Wissenschaftler, die für Erdölkraftwerke plädiert hatten, wurde nicht angenommen. Einige Jahre später wurde die Welt von einer Brennstoffkrise heimgesucht. Angesichts dieser Tatsache sprechen die Wissenschaftler einmütig davon, daß der Kurs unserer Partei, die Elektroenergieindustrie auf der Basis der eigenen Rohstoffe und Ressourcen zu entwickeln, vollauf richtig ist. Hätten wir hingegen

Erdölkraftwerke gebaut, so wäre auch unser Land von der globalen Brennstoffkrise betroffen gewesen, was die Wirtschaftsentwicklung stark gehemmt hätte.

In der Volkswirtschaft die Selbständigkeit durchsetzen ist die Verkörperung der Juche-Ideologie unserer Partei und bedeutet, die Volkswirtschaft gestützt auf die eigenen Kräfte, Rohstoffe und Ressourcen zu entwickeln. Allein die Durchsetzung der Selbständigkeit ermöglicht eine selbständige und schöpferische Entwicklung der Volkswirtschaft. Deshalb ist dieses Prinzip bei der Übernahme der modernen Wissenschaft und Technik konsequent einzuhalten.

Die Hebung der Qualität der Bildung erfordert, unter den Lehrern, Schülern und Studenten eine Atmosphäre des Lernens zu schaffen und das Lernen zum höchsten Prinzip zu erheben.

Im Sinne der Losung der Partei „Die ganze Partei, das ganze Volk und die ganze Armee müssen lernen!“ soll jeder, Schüler wie Lehrer, fleißig lernen und sich konsequent an das Prinzip halten: „Lernen, lernen und nochmals lernen.“

In den Lehranstalten gilt es, im Interesse der intensiven Durchsetzung des Bildungsprogramms eine straffe Disziplin in der Bildung zu wahren. Das Bildungsprogramm ist die gesetzlich vorgegebene Aufgabe und der ehrenvolle revolutionäre Auftrag, den die Lehrer wie auch die Schüler unbedingt zu erfüllen haben. Die Lehrer müssen den im Bildungsprogramm vorgegebenen Stoff vermitteln, und die Schüler müssen ihn ohne Einschränkungen erlernen. Wenn das Bildungsprogramm nicht realisiert wird, können weder Lehrer noch Schüler davon sprechen, ihre revolutionäre Pflicht erfüllt zu haben. Die Lehrer müssen sich intensiv darum bemühen, den Unterricht und die Bildungsarbeit entsprechend dem Bildungsprogramm durchzuführen und alle Schüler bestens heranzubilden und zu erziehen, und sie müssen erreichen, daß keiner zurückbleibt. Die Schüler und Studenten haben eifrig zu lernen, um den vom Bildungsprogramm geforderten Stoff vollkommen zu beherrschen.

Die Funktionäre der Partei- und Staatsorgane aller Ebenen müssen gute Voraussetzungen für die Lehranstalten schaffen, damit das Bildungsprogramm konsequent durchgesetzt werden kann. In manchen

Gebieten werden die Schüler und Studenten heute eigenmächtig für Arbeitseinsätze mobilisiert, was zu unterlassen ist. Es ist zwar nicht schlecht, wenn die Schüler und Studenten im Interesse ihrer revolutionären Erziehung in ihrer Freizeit in bestimmtem Maße zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Es darf jedoch nicht vorkommen, daß man sie übermäßig dafür einsetzt und dadurch ihr Studium beeinträchtigt oder die richtige Durchsetzung des Bildungsprogramms behindert.

Des weiteren sollte man ausreichende materielle Bedingungen für die Bildung schaffen.

Das Vorhandensein der entsprechenden Anzahl von Lehrern, Schülern und Studenten ist nicht die einzige Voraussetzung für eine gute Bildung. Auch die dazu notwendigen materiellen Bedingungen sind unbedingt zu schaffen. Erst dann kann man die Qualität der Bildung erhöhen und die jungen Menschen zu kommunistischen revolutionären Persönlichkeiten heranbilden, die ein praxis- und lebensnahes Wissen besitzen.

Es müssen mehr Lehranstalten gebaut werden, damit die Schüler gute Möglichkeiten zum Lernen haben.

Natürlich sind in der Vergangenheit schon viele entstanden, und diese gewährleisteten erfolgreich die allgemeine 11jährige obligatorische Schulbildung. Im Zuge der Einführung dieser Schulpflicht hat sich die Zahl der eingeschulten und versetzten Schüler sprunghaft erhöht, und darum müssen noch mehr Schulen gebaut werden. Zur Zeit erfolgt deshalb mancherorts der Unterricht in zwei Schichten.

Der Staat, die örtlichen Partei- und Machtorgane und das ganze Volk sind verpflichtet, den Bau vieler Lehranstalten tatkräftig zu unterstützen und eine gute Versorgungsarbeit zu leisten. Auf diese Weise ist zu ermöglichen, daß in allen Schulen der Lehrbetrieb nach dem Einschichtsystem erfolgt. Nur wenn das erreicht ist, können die Lehrer sich im Anschluß daran dem Selbststudium und der Forschungsarbeit zuwenden, um die Qualität ihres Unterrichts zu erhöhen.

Die Bewegung für den einschichtigen Unterricht sollte von den Schulen auf dem Lande ausgehen. Auch in den Städten gilt es, viele

Schulen zu bauen, damit man überall nach dem Einschichtsystem lehren kann.

Dieses Vorhaben verbietet es uns, Materialien und Gelder, die vom Staat für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, anderweitig zu verwenden.

Der Mangel an Schulgebäuden ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß der Staat zu wenig Materialien und Gelder für ihren Bau bereitstellt. Sie werden planmäßig vom Staat geliefert. Aber anstatt planmäßig Lehranstalten zu errichten, ließen die Funktionäre der örtlichen Machtorgane damit Nudelrestaurants, Hotels und Büros bauen.

Nach den Schulen können durchaus auch solche Gebäude entstehen. Sie können nach und nach gebaut werden. Aber die Schulen haben den absoluten Vorrang. Es ist ein für allemal damit Schluß zu machen, daß die für den Bau von Lehranstalten bestimmten Materialien und Mittel für andere Zwecke verwendet werden. Die Lehranstalten müssen planmäßig errichtet werden.

Für die Schulen sind noch mehr Ausrüstungen für Experimente und Praktika herzustellen.

Ohne sie kann keine qualitätsgerechte Bildung gewährleistet werden.

Die Belieferung der Lehranstalten mit diesen Geräten ist nicht so schwierig. Diese Frage kann man durchaus lösen, wenn die Funktionäre ihre Aufmerksamkeit darauf richten. Die Arbeiter werden noch mehr solcher Ausrüstungen produzieren, wenn man sie aufruft, zu diesem Zweck jeden Tag 10 Minuten länger zu arbeiten. Wenn die Arbeiterklasse aktiviert wird und jede unserer mittlerweile zahlreichen Fabriken nur einige dieser Geräte baut, kann man den Bedarf sämtlicher Lehranstalten vollauf decken.

Alle Betriebe sollten diese Ausrüstungen herstellen. Sie sollten je nach ihren Möglichkeiten Funkgeräte oder Drehbänke produzieren. Die ausreichende Versorgung der Lehranstalten mit solchen Geräten und Anlagen ermöglicht die Durchsetzung des Kurses der Partei, daß jeder Schüler mindestens eine technische Qualifikation besitzt.

Es gilt, die Belieferung der Schulen mit Ausrüstungen für Experimente und Praktika in Form einer Bewegung zu ermöglichen, an der die ganze Partei, das ganze Volk und das ganze Land beteiligt sind.

In den Lehranstalten sind viele Technika zu bauen, und in den Industriebetrieben hat man den Schülern und Studenten Werkstätten für Praktika zu schaffen.

Die Studenten an den Hoch- und Fachschulen können gegenwärtig keine richtigen Praktika absolvieren, weil es in den Lehranstalten an dementsprechenden Einrichtungen mangelt und die Betriebe ebenfalls keine guten Möglichkeiten dafür bieten, da man die Praktika dort als hinderlich für die Produktion ansieht.

Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufbau kann die gegenwärtige Epoche als eine Epoche des Schweißens bezeichnet werden. Sowohl im Maschinenbau als auch im Bauwesen ist die Hauptsache das Schweißen. Doch die Werktätigen in der Maschinenindustrie und im Bauwesen hatten keine hohe Qualifikation in der Schweißtechnik, und das behinderte in nicht geringem Maße die Erfüllung des Sechsjahrplans. Deshalb haben wir überprüft, wie man an der Technischen Hochschule „Kim Chaek“, an der Hochschule für Maschinenbau Pyongyang und an der Hochschule für Bauwesen den Studenten die Technik des Schweißens beibringt. Es stellte sich heraus, daß die Absolventen dieser Hochschulen zwar theoretisches Wissen auf diesem Gebiet besaßen, aber nicht selbst schweißen konnten. Die Ursache dafür liegt in der mangelhaften praktischen Arbeit in den Lehranstalten.

In Zukunft sind in den Lehranstalten viele Technika und in den Betrieben entsprechende Werkstätten zu schaffen, damit die Schüler und Studenten das aus Büchern erworbene Wissen in der Praxis festigen können.

Die Funktionäre der Partei-, Volks- und Verwaltungskomitees der Bezirke, Städte und Kreise sind verpflichtet, sich mit dem Aufruf an die Arbeiter in den Fabriken zu wenden, überall Werkabteilungen oder Brigaden für Praktika der Schüler und Studenten einzurichten. Zum Einrichten entsprechender Werkstätten sollte man keine neuen Gebäude bauen, sondern die vorhandenen rationell nutzen. Wird in einer Maschinenfabrik eine Brigade für Praktika geschaffen, so reicht es, wenn man an einem Platz in dem Gebäude dieser Fabrik Drehbänke, Bohrmaschinen und einige andere Maschinen und Ausrüstungen aufstellt.

Die genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) sollten den Landwirtschaftshochschulen und den Fachschulen für Landwirtschaft eine bestimmte Fläche Land für Praktika zur Verfügung stellen, damit sich die Studenten auch mit dem Ackerbau befassen und dabei lernen können, wie man dem Boden Düngemittel zuführt und wie man mit Landmaschinen umgeht.

Der Bau von Technika in sämtlichen Lehranstalten und die Schaffung von Werkstätten für Praktika in den Betrieben, in denen sich die Schüler und Studenten uneingeschränkt mit der Praxis vertraut machen können, ermöglichen die Heranbildung befähigter, technischer Persönlichkeiten. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß die Absolventen der Hoch- und Fachschulen vom ersten Tag ihres Einsatzes in den Fabriken an ihrer Rolle gerecht werden und dem Volk noch besser dienen.

Es müssen große Neuerungen bei der Papierproduktion vollbracht werden, um für die Lernenden noch mehr Nachschlagewerke herausgeben zu können.

Aufgrund des Mangels an Papier sind wir heute nicht in der Lage, für die Schüler und Studenten technische Publikationen, Bücher, in denen die Politik der Partei erläutert wird, Romane und andere Literatur in großen Auflagen herauszugeben. Infolgedessen haben sie nicht die Möglichkeit, sich entsprechend ihrem Bedarf in Nachschlagewerken zu informieren. Aus diesem Grunde muß das Papierproblem mit aller Entschiedenheit gelöst werden.

Der Hauptweg dabei besteht darin, alle örtlichen Papierfabriken in Betrieb zu setzen. In fast allen Kreisen unseres Landes gibt es Papierfabriken und viel Rohstoff für Papier, wie z. B. Strauchwerk, Maisstengel, Reisstroh und Schilf. Trotzdem werden diese Betriebe nicht wie erforderlich genutzt.

Kurz nach der Gemeinsamen Konferenz von Changsong im Jahr 1962 hat man in allen Kreisen viel Aufhebens darum gemacht, daß man Papierfabriken errichtet und Papier produziert; jetzt aber ist es recht still darum geworden. Es ist ein großer Fehler unserer Funktionäre, daß sie keine Arbeit unermüdlich vorantreiben. Das betrifft sowohl die Partei- als auch die Verwaltungs- und die Wirtschaftsfunktionäre.

Wenn sie durch eine lückenlose organisatorische Arbeit die bestehenden Papierfabriken voll in Gang bringen und jeder Kreis seinen Bedarf an Papier selbst deckt, kann man mit dem Papier, das in der zentralgeleiteten Industrie hergestellt wird, für die Schüler und Studenten in größerer Zahl u. a. Lehrbücher, Nachschlagewerke, technische Literatur, Bücher, in denen die Politik der Partei erläutert wird, und Romane herausgeben. In allen Kreisen gilt es, noch einmal eine Bewegung zur Herstellung von Papier zu entfalten und größere Mengen davon zu produzieren.

Wir müssen gute Bibliotheken und Lesestuben errichten.

Angesichts der Tatsache, daß in unserem Land das ganze Volk lernt, ist es sehr wichtig, zweckentsprechende Bibliotheken zu schaffen. Wie viele Bücher auch herausgegeben werden – es ist unmöglich, jeden mit sämtlichen Büchern zu beliefern, die er braucht.

In den Kreisstädten sollten Bibliotheken und in den Lehranstalten Lesestuben errichtet werden, damit die Schüler und Studenten und alle Bürger noch mehr lesen können.

In Pyongyang werden wir in der kommenden Zeit den Großen Studienpalast des Volkes bauen. Diesen Palast werden wir mit Büchern aller Art versehen, und die örtlichen Bibliotheken werden für die Bücher, die sie nicht haben, Kopien erhalten.

Des weiteren gilt es, aktive Anstrengungen für die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft zu unternehmen.

Die Losung der Partei, die ganze Gesellschaft zu intellektualisieren, ist eine sehr gute Losung. Wenn man die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft verwirklicht, kann man den Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit überwinden und eine kommunistische Gesellschaft aufbauen, in der alle Bürger eine gleichermaßen leichte Tätigkeit ausüben.

Vor allem gilt es, eine richtige Vorstellung von der Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft zu haben, um eine gute Arbeit zur Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft leisten zu können. Die Intellektuellen in der sozialistischen Gesellschaft sind keine Müßiggänger, sondern ebensolche Werktätige wie die Arbeiter und Bauern. Arbeiter sind Werktätige, die in der Fabrik arbeiten, Bauern

sind Werktätige, die auf den Feldern arbeiten, und die Intellektuellen sind Werktätige, die sich am Schreibtisch mit Forschungsarbeiten befassen oder Unterricht erteilen. Darum bezeichnen wir die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft als werktätige Intelligenz.

Der auf Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft gerichtete Kurs unserer Partei hat zum Ziel, das Wissensniveau der Werktätigen, aller nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umgeformten Mitglieder der Gesellschaft auf das Niveau der Intelligenz zu heben.

Die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft ist die Aufgabe im Endstadium der Verwirklichung der Thesen über die Bildung. Besteht die Aufgabe im Endstadium bei der Verwirklichung der Thesen zur Agrarfrage in der Verwandlung des genossenschaftlichen Eigentums in Volkseigentum, so ist die Aufgabe im Endstadium bei der Verwirklichung der Bildungsthesen die Verwandlung aller Mitglieder der Gesellschaft in Intellektuelle.

Dieses Vorhaben macht es erforderlich, entsprechend den Feststellungen in den Thesen über die Bildung das System des Fern- und Abendstudiums zu erweitern und zu entwickeln.

Heute dienen in unserem Land viele Jugendliche bei der Armee, und hinzu kommt, daß die Kinder, Schüler und Studenten, die Kinderkrippen, Kindergärten oder Lehranstalten besuchen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Unter solchen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, mehr Hochschulen für Direktstudium zu errichten und alle Studienbewerber in diese Hochschulen aufzunehmen. Wollten wir das tun, so würde sich die Zahl derjenigen verringern, die arbeiten, was sich negativ auf die Arbeitskräftelage auswirken würde.

Für die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft müssen wir viele Betriebshochschulen in der Industrie, Landwirtschaft und im Fischereiwesen, in denen man ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit lernt, einrichten und diese gut leiten. Das ist der kürzeste Weg zur Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft.

Mehr Betriebshochschulen einzurichten und zu verwalten ist kein besonderes Problem. Wir haben bereits Erfahrungen damit und wir haben auch das materielle Fundament dafür bereits gelegt. Mit den Jahren ist es leichter geworden, in den entsprechenden Industrie-

gebieten mehr Betriebshochschulen einzurichten.

Ein schwieriges Problem bei der Erweiterung und Entwicklung des Fern- und Abendstudien-systems besteht darin, Landwirtschaftsbetriebs-hochschulen einzurichten und zu leiten. Die Jugend auf dem Land hat heute in der landwirtschaftlichen Saison keine Zeit zum Lernen. Es fragt sich also, wie die Landjugend zu immatrikulieren und zu unterrichten ist.

Natürlich wird die Frage der Leitung dieser Hochschulen auch leicht zu lösen sein, wenn künftig die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft vollendet ist und die Bauern genau wie die Arbeiter einen Achtstundentag haben werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte man damit beginnen, einige GLB mit einem hohen Mechanisierungsgrad und einige in der Nähe von Fabriken mit einer Vielzahl von Intellektuellen auszuwählen und für sie versuchsweise Landwirtschaftsbetriebshochschulen zu errichten, in denen im Winter Vorlesungen gehalten werden. Auf diese Weise muß man Erfahrungen sammeln und sie allmählich verallgemeinern.

Die Parteiorganisationen aller Ebenen und die Funktionäre der Volkskomitees, der Verwaltungskomitees, der Betriebe und der GLB müssen sich intensiv bemühen, gute Hochschulen einzurichten, an denen man sich qualifizieren kann, somit allen Werktätigen Bedingungen zum Lernen schaffen und die auf die Intellektualisierung der ganzen Gesellschaft gerichtete Losung der Partei erfolgreich verwirklichen.

Ferner muß die Leitung der Bildungsarbeit durch die Partei intensiviert werden.

In den Thesen über die Bildung ist festgestellt worden, daß die intensive Leitung der Bildungstätigkeit durch die Partei wichtig ist. Für den Aufbau des Kommunismus führt unsere Partei die ideologische, die technische und die kulturelle Revolution, und darum muß sie selbstverständlich auch die Bildungsarbeit richtig anleiten. Die intensive Leitung dieser Arbeit durch die Partei ermöglicht eine gute Bildungstätigkeit gemäß den in den Thesen über die Bildung gestellten Anforderungen und damit auch die erfolgreiche Verwirklichung der drei Revolutionen – der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution.

Das Zentralkomitee richtet stets große Aufmerksamkeit auf die Bildung, aber die Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees leiten diese Arbeit nur mangelhaft an. Manche Funktionäre der örtlichen Partei Komitees ersetzen die Anleitung dieser Arbeit dadurch, daß sie lediglich materielle Bedingungen für die Lehranstalten schaffen, und sie interessieren sich nicht dafür, wie Unterricht und Erziehung dort aussehen.

Die Hauptsache bei der Leitung der Bildungsarbeit durch die Partei besteht darin, die Lehrer wie auch die Schüler und die Studenten fest mit der Politik unserer Partei auszurüsten und die Lehrer zu veranlassen, einen Unterricht von hoher Qualität zu erteilen. Das heißt, die Qualität der Bildung auf hohem Niveau zu gewährleisten. Aus diesem Grunde sollten die Parteiorganisationen genau wissen und festhalten, inwieweit sich die Lehrer, Schüler und Studenten in der Politik der Partei auskennen und wie das Niveau der Schulbildung ist. Ihre Anleitung hat so zu erfolgen, daß Unterricht und Erziehung als sehr gut zu bezeichnen sind.

Zur intensiven Anleitung der Bildungsarbeit durch die Partei müssen die verantwortlichen Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees oft die Lehranstalten aufsuchen. Sie sollten sich häufig dorthin begeben, Vorträge halten und auch mithelfen, die schwierigen Probleme im Unterricht und in der Erziehung rechtzeitig zu lösen.

Die Vortragstätigkeit der Funktionäre ist ein sehr wichtiger Aspekt.

Wenn die verantwortlichen Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees vor den Lehrern, Schülern und Studenten oft mit Vorträgen über die Politik unserer Partei sowie die innen- und außenpolitische Lage auftreten, können sie sich fest mit der Politik unserer Partei ausrüsten und Wissen über die innen- und außenpolitische Lage aneignen. Außerdem hebt das ihr eigenes politisch-theoretisches Niveau. Die Funktionäre können, wenn sie des öfteren zu Vorträgen in den Lehranstalten weilen, auch die bezüglich des Unterrichts und der Erziehung auftretenden schwierigen Probleme rechtzeitig erkennen und lösen. Wenn die verantwortlichen Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees häufig die Schulen

besuchen, um Vorträge zu halten, ist es letzten Endes möglich, die parteiliche Anleitung der Lehranstalten zum Tragen zu bringen.

Da sie alle Absolventen einer kommunistischen Hochschule, der Parteihochschule und der Hochschule für Volkswirtschaft sind, können sie die Vorträge durchaus selbst ausarbeiten. Die Funktionäre können also, wenn sie sich ein wenig anstrengen, Vorträge über die Politik unserer Partei für die einzelnen Zweige, darunter für die Industrie und Landwirtschaft, sowie über die innen- und außenpolitische Lage selbst vorbereiten und damit bestens vor Lehrern, Schülern und Studenten auftreten. Von nun an haben die verantwortlichen Funktionäre der Bezirksparteikomitees einmal im Monat an den Hochschulen und die der Stadt- und Kreispartei-Komitees in den Ober- und Fachschulen zu referieren. Es ist ratsam, daß auch die Funktionäre des Verwaltungsrates und der anderen Verwaltungsorgane vor Lehrern, Schülern und Studenten Vorträge halten.

Die Arbeit der Kinderorganisation und die des Verbandes der Sozialistischen Jugend der Arbeit Koreas (VSJAK) in den Lehranstalten muß richtig angeleitet werden.

Dabei ist es wichtig, das Verbandsleben der Schüler und Studenten intensiv zu gestalten, denn es übt einen sehr starken Einfluß auf die Revolutionierung der Menschen und ihre Umformung nach dem Vorbild der Arbeiterklasse aus. Die ideologische Erziehung und organisatorische Stählung der Schüler und Studenten erfolgt im Verlauf ihrer Mitarbeit in der Kinder- und Jugendorganisation. Mögen die Lehrer die Schüler noch so gut unterrichten – eine richtige Erziehung setzt die Intensivierung des Organisationslebens voraus.

Dabei muß man das Hauptgewicht auf die ideologische Erziehung legen und der Kritik breiten Raum zubilligen. Wir haben im Verlaufe der Anleitung der Bildungstätigkeit selbst erlebt, daß die Kritik großen Einfluß auf die Erziehung der Schüler und Studenten ausübt.

Als ich im September 1972 in der Pyongyanger Grundschule Taedongmun war, fragte ich die achtjährigen Schülerinnen, die kurz zuvor der Kinderorganisation beigetreten waren, ob sie in einer Versammlung ihrer Organisation einmal kritisiert worden seien. Da stand eine Schülerin auf und antwortete, daß sie auf einer Versammlung

kritisiert worden sei, weil sie keine angespitzten Bleistifte hatte und daher im Diktat das vom Lehrer Angesagte nicht richtig mitschreiben konnte. Daraufhin fragte ich sie, wie ihr dabei zumute war. Sie sagte, daß ihr Herz schneller pochte und daß sie ein Zittern überkam. Nachdem sie kritisiert worden war, habe sie diesen Fehler nicht mehr gemacht; sie habe seitdem immer mehrere angespitzte Bleistifte mit. Eine andere Schülerin sagte, daß sie ihre Hausaufgaben nicht gut gemacht habe und deshalb kritisiert worden sei, nun ihre Hausaufgaben aber immer korrekt erledige. Aus den Antworten der unbeschwerten kleinen Schülerinnen kann man gut erkennen, welchen großen Einfluß Kritik im Rahmen des Verbandslebens auf die Erziehung ausübt.

Die Kinder- und Jugendorganisationen sollten unter ihren Mitgliedern stärker Kritik üben und sie dadurch politisch und ideologisch erziehen und stählen.

Die Kinder- und Jugendorganisationen und deren Leiter haben das außerschulische Leben der Schüler verantwortungsbewußt anzuleiten.

Nach dem Unterricht können die Lehrer die Schulkinder kaum noch beeinflussen. Auch den Eltern ist es fast nicht möglich, ihre Kinder bei einer ordentlichen Freizeitgestaltung zu unterstützen, weil sie alle berufstätig sind. Folglich sind es nur die Kinderorganisation und der VSJAK, die das außerschulische Leben der Schüler verantwortungsbewußt zu leiten vermögen. Dieser Aufgabe sollten sie und ihre Leiter sich nach dem Unterricht gewissenhaft widmen.

Die außerschulische Tätigkeit richtig zu organisieren und zu leiten hat große Bedeutung für die Erziehung der Schüler. Wird ihr außerschulisches Leben gut organisiert, so können sie durch das Leben im Kollektiv großartig erzogen werden. Die Freizeitgestaltung zu organisieren und zu leiten erweist sich nicht nur auf dem Gebiet der Volksbildung als eine wichtige Frage, sondern auch im Hochschulwesen.

Bei uns wird dieses Problem richtig geklärt, und dem ist es zu danken, daß alle Schüler und Studenten frischen und frohen Mutes aufwachsen und tatkräftig kollektive Bewegungen für gute Taten entfalten. In den außerschulischen Stunden schufen sie viele Wälder der Kinderorganisation und des VSJAK. Sie entfalten aktiv die Tätigkeit

der Garden für Begrünung und Hygiene und in starkem Maße auch die Bewegung, die Lehranstalten ordentlich zu gestalten und mit ihrem Inventar sorgsam umzugehen.

In bezug auf die ordentliche Gestaltung der Lehranstalten und den sorgsamen Umgang mit ihrem Inventar sind die Schüler der Oberschule Yaksu im Kreis Changsong beispielhaft. Ein Journalist war einmal dort, um Material zu sammeln. Nachdem er sich die Klassenräume angesehen hatte, begann er, seinen Bleistift anzuspitzen, weil er sich etwas aufschreiben wollte. Ein Schüler, der das sah, hielt eiligst die Hände auf, damit die Bleistiftspäne nicht auf den Boden fallen sollten. Der Journalist, der sich beim Anspitzen seines Bleistiftes nichts Besonderes gedacht hatte, soll von der Handlung des Schülers tief bewegt gewesen sein. Das Beispiel dieser Schule wurde im ganzen Land verallgemeinert, und die Schüler aller Lehranstalten entfalten jetzt stark die Bewegung, ihre Lehranstalten ordentlich zu gestalten und mit ihrem Inventar sorgsam umzugehen. Das ist sehr gut.

Das Erziehungssystem, wonach alle Schüler bei uns sich in ihrer Freizeit im Rahmen der Kinder- oder Jugendorganisation einer vielfältigen außerschulischen Tätigkeit widmen, in deren Verlauf sie zum Kollektivgeist erzogen werden, ist ein vorzügliches System, auf das wir mit Recht stolz sein können.

Im Namen des ZK der Partei danke ich den Leitern der Grundorganisationen der Kinderorganisation und des Jugendverbandes, die an diesem Treffen teilnehmen, sowie allen Leitern dieser Organisationen im ganzen Land, die sich intensiv bemühen, das Verbandsleben und das außerschulische Leben der Schüler gut zu organisieren und zu leiten.

In Zukunft müssen die Leiter der Kinder- und Jugendorganisation das außerschulische Leben noch besser gestalten, damit die Schüler in ihrer Freizeit das Gelernte gemeinsam festigen, Spiele machen und die Bewegung für gute Taten auf vielfältige Art und Weise entfalten können. Sie müssen ihre Arbeit mit hohem Verantwortungsbewußtsein beispielhaft durchführen und aktiv dazu beitragen, die Schüler zu Fortführern der Revolution heranzubilden, die voller Hingabe für das Vaterland und das Volk, für die Partei und den Führer kämpfen.

Abschließend gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß sich alle Pädagogen zuverlässig mit der Juche-Ideologie unserer Partei ausrüsten und alles im Kampf für die konsequente Durchsetzung der Thesen über die sozialistische Bildung einsetzen werden.

# **ÜBER DIE HAUPTAUFGABEN DES BEZIRKSPARTEIKOMITEES KANGWON**

**Rede auf der erweiterten Plenartagung des Komitees  
des Bezirkes Kangwon der PdAK**

*5. und 6. Oktober 1978*

An diesem Plenum nahmen Funktionäre der Partei-, Volksmacht-, Staats- und Wirtschaftsorgane, der bedeutenden Betriebe und der GLB im Bezirk Kangwon sowie verantwortliche Mitarbeiter des ZK der Partei, des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee und des Verwaltungsrates teil. Dieser Tage habe ich mich vor Ort mit der Stadt Wonsan und dem GLB Namchang im Kreis Munchon vertraut gemacht; über die Lage der Landwirtschaft, der Industrie und der Fischwirtschaft dieses Bezirkes wurde ich bereits durch die Anleitungsgruppen des ZK informiert.

Mein letzter Aufenthalt hier war im Herbst 1976, liegt also gut zwei Jahre zurück. In dieser Zeit hat das Parteikomitee Ihres Bezirkes viel geleistet.

In seiner Arbeit gibt es jedoch nicht wenige Mängel, die so bald wie möglich zu beseitigen sind.

Ich werde nun über diese Unzulänglichkeiten und die vom Bezirksparteikomitee zu erfüllenden Hauptaufgaben sprechen.

Vor allem gehe ich auf die Agrarfrage ein.

Ihr Bezirk hat in diesem Jahr von allen Bezirken die schlechteste Ernte eingebracht. Von den 17 Kreisen des Bezirkes (einschließlich der Stadt Wonsan) erzielten nur die Kreise im Küstengebiet recht gute Ergebnisse, die anderen haben – verglichen mit dem Vorjahr –

Mißerfolge zu verzeichnen. Der Getreideertrag des Bezirkes ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Manche Funktionäre dieses Bezirkes sagen, das sei auf die feuchtkalten Böden und ungünstigen Witterungsbedingungen im Ostmeergebiet zurückzuführen. Das ist aber nichts weiter als ein Vorwand. Der Bezirk Süd-Hamgyong z. B., der sich ebenfalls am Ostmeer befindet, erfreute sich in den letzten zwei Jahren guter Erträge. In diesem Jahr erzielte seine Pflanzenproduktion die besten Ergebnisse, und auch der Bezirk Nord-Hamgyong hat eine gute Ernte eingebracht, obwohl er früher nicht dazu in der Lage war.

Damals haben sich die Funktionäre des Wirtschaftskomitees beim Zentralen Volkskomitee und des Landwirtschaftskomitees mehrmals in den Bezirk Nord-Hamgyong begeben, um die Ursachen dafür herauszufinden, aber sie konnten sie nicht eindeutig ergründen.

Das gelang mir während eines Gesprächs mit den Agrarfunktionären des Bezirkes Nord Hamgyong, die ich im Frühjahr dieses Jahres zu mir bestellt hatte. Dort wurden dem Ackerbau stets jegliche Erfolgchancen genommen, da man infolge der verspäteten Reisaussaat in die Frühbeete Setzlinge auspflanzte, die nicht die erforderliche Größe erreicht hatten, und die getopften Maissetzlinge vor dem letzten Reiffall aufs Feld gebracht wurden. Deshalb sagte ich ihnen mit Nachdruck, daß man in Nord-Hamgyong den Reis frühzeitig auf die Frühbeete aussäen und gesunde Setzlinge saisongerecht auspflanzen muß und daß die in Nährtöpfen gezogenen Maissetzlinge erst dann verpflanzt werden dürfen, wenn der letzte Reif gefallen ist. Ferner schickte ich Funktionäre, die Erfahrungen mit der Pflanzenproduktion im Westmeergebiet haben, zur Unterstützung in den Bezirk Nord-Hamgyong. 1978 hat man dort schon 100 000 t Getreide mehr als 1977 erzeugt, was darauf zurückzuführen ist, daß sich der Bezirk beim Ackerbau von meinen Hinweisen leiten ließ. Er hat sich verpflichtet, vom nächsten Jahr an die Selbstversorgung mit Lebensmitteln abzusichern. In beiden Bezirken – sowohl in Nord- als auch in Süd-Hamgyong – verläuft der Ackerbau nun reibungslos.

Das vermißt man im Bezirk Kangwon hingegen, was aber keinesfalls den Auswirkungen arktischer Kaltluftmassen oder den

Dürre- und Überschwemmungskatastrophen zuzuschreiben ist. Kangwon hat auch keine besonders ungünstigen Natur- und Klimabedingungen. Die Pflanzenproduktion könnte in den höher gelegenen Regionen wie im Kreis Sepho unter den klimatischen Bedingungen leiden, aber die Kreise Cholwon, Anbyon, Ichon und Kumgang befinden sich in Gebieten, die sich für den Ackerbau gut eignen.

Selbst in den hochgelegenen Kreisen wie Sepho könnten wir ohne weiteres mehr Getreide produzieren, wenn wir die Landwirtschaft dort entsprechend den Erfordernissen der einheimischen Ackerbaumethode verrichteten. Die Boden- und Klimabedingungen in diesem Bezirk sind, so kann man sagen, erheblich günstiger für die Pflanzenproduktion als im Bezirk Nord-Hamgyong. Auch die Arbeitskräftelage sieht besser aus. Nord-Hamgyong verfügt nur über wenige Arbeitskräfte, die man für die Unterstützung der Dörfer einsetzen könnte, während es hier hingegen viele solche Kräfte gibt, darunter die Armeeingehörigen, Arbeiter und Angestellten.

Die Ursache für die unbefriedigenden Ernten im Bezirk Kangwon führe ich vor allem darauf zurück, daß die leitenden Funktionäre des Bezirkes subjektivistisch und bürokratisch vorgegangen sind, statt die landwirtschaftliche Arbeit gemäß den Forderungen der einheimischen Ackerbaumethode zu führen.

Wie ich immer wieder sage, erwächst Bürokratismus aus Subjektivismus, und wo man das eine findet, findet man auch das andere. Welche Arbeit die Funktionäre auch verrichten mögen – Mißerfolge bleiben unausweichlich, wenn sie, anstatt in die Wirklichkeit einzudringen und eingehende Untersuchungen über die Lage an der Basis anzustellen, bürokratisch handeln.

Auch im Bezirk Nord-Hamgyong sind die Funktionäre bei der Anleitung der Landwirtschaft einst bürokratisch vorgegangen, weshalb es um die Ernte schlecht stand. Vor einigen Jahren verhinderte ein verantwortlicher Funktionär des Bezirksparteikomitees gute Ergebnisse in der Pflanzenproduktion, weil er mit der Begründung, im Frühjahr eines Jahres alle Strohütten beseitigen zu wollen, in der landwirtschaftlichen Hochsaison eine Bewegung zum Wohnungsbau

aufoktroyierte. Ein andermal erteilte ein leitender Mitarbeiter des Bezirksparteikomitees die Anordnung, mit dem Verpflanzen der in Nährtöpfen gezogenen Maissetzlinge schon am 22. April zu beginnen, weil es angeblich an Arbeitskräften mangelte. Viele Setzlinge gingen dadurch wegen des Reifes ein. Infolge ihres bürokratischen Verhaltens gab es schließlich unbefriedigende Ernten. Aber dieses Jahr sind wieder gute Erträge eingebracht worden, da wir das bürokratische Vorgehen der dortigen Funktionäre unterbunden haben.

Subjektivismus und Bürokratismus machen sich allem Anschein nach auch bei den Funktionären des Bezirkes Kangwon sehr stark bemerkbar.

Die hiesigen leitenden Mitarbeiter erzwangen dieses Jahr die Schaffung von Reisfrühbeeten auf den an Hängen gelegenen Trockenfeldern, weshalb es trotz frühzeitiger Aussaat in vielen GLB aufgrund ungenügender Bewässerung nicht zur vollen Keimung kam und sogar eine Vielzahl von Trieben verwelkte. Selbst wenn die Direktive vorliegt, die Felder so weit wie möglich mit in Frühbeeten gezogenen Reissetzlingen zu bestellen, darf man dies nicht willkürlich den unteren Ebenen vorschreiben, ohne die konkreten Verhältnisse in den einzelnen GLB berücksichtigt zu haben.

Die Frühbeete für Reissetzlinge müssen auf geeigneten Flächen entstehen, auf denen die Pflänzchen ohne Schwierigkeiten bewässert und gut gepflegt werden können. Wenn man schon wegen des Mangels an solchen Flächen Trockenfelder an Hängen als Frühbeete genutzt hat, so hätte man zumindest Wasserpumpen installieren oder Maßnahmen für den Wassertransport treffen müssen. Im Bezirk Kangwon entstanden die Reisfrühbeete jedoch auf Hangfeldern, die kaum über ein Bewässerungssystem verfügten, und man unternahm auch nichts, um Wasser für die Frühbeete heranzutransportieren. Und wenn es an LKW oder Traktoren gemangelt hat, dann hätte man das Wasser eben mit Fuhrwerken holen müssen, was jedoch auch versäumt wurde. Daher war es nur allzu folgerichtig, daß die Reissetzlinge nicht richtig wachsen konnten. So wie die Gesundheit eines Menschen davon abhängt, ob er von klein auf körperlich gestählt worden ist, kann auch der Reis nur hohe Erträge bringen, wenn gesunde Setzlinge gezogen und ausgepflanzt werden.

Subjektivismus und Bürokratismus haben sich auch bei der Anleitung des Maisanbaus sehr bemerkbar gemacht.

Die leitenden Funktionäre des Bezirkes Kangwon haben dieses Jahr, ohne eine Berechnung angestellt zu haben, angewiesen, sämtliche Maisjungpflanzen in Nährtöpfen aufzuziehen. Das hatte zur Folge, daß viele GLB die Setzlinge in ausgesprochenen Erdtöpfen vorzogen und diese noch dazu derart sorglos behandelten, daß sie zerbröckelten, was zur Auspflanzung von Setzlingen führte, an deren Wurzeln kaum Erdboden haftete. Ein GLB sah sich gezwungen, die Maisblätter vor der Umpflanzung abzuschneiden, weil sie übermäßig groß geworden waren, und ein anderer GLB hat die Jungpflanzen nicht in die aufgeworfenen Reihen, sondern in die Furchen umgesetzt, weswegen sie durch Regenwasser verkamen. Dieses subjektivistische, bürokratische Vorgehen der Funktionäre des Bezirkes Kangwon bei der Anleitung der Pflanzenproduktion hatte verheerende Auswirkungen auf den diesjährigen Ackerbau.

Wir machen keinen Hehl daraus, daß diese Arbeitsweise im laufenden Jahr in Ihrem Bezirk größere Verluste verursacht hat als eine Naturkatastrophe.

Die Mängel im Ackerbau des Bezirkes Kangwon sind außerdem darauf zurückzuführen, daß die Parteiorganisationen und -funktionäre ihre Aufmerksamkeit so gut wie nicht auf die Pflanzenproduktion gerichtet haben.

Obwohl mich meine Arbeit sehr in Anspruch nimmt, habe ich seit 1973 die Landwirtschaft persönlich in die Hände genommen, weil ihr große Bedeutung zukommt. Dadurch bringt unser Land jedes Jahr eine reiche Ernte ein und kennt absolut keine Sorgen in puncto Ernährung, wobei es aber in vielen Ländern infolge der arktischen Kaltlufteinflüsse Mißernten gab und hunderte Millionen Menschen Hunger leiden.

Die Übernahme der agrarwirtschaftlichen Anleitung und Kontrolle durch mich hätte die Parteiorganisationen und -funktionäre dazu veranlassen müssen, ihr größere Aufmerksamkeit zu schenken und dabei die Orientierung der Partei, den Ackerbau über alles zu stellen, zu unterstützen, was man bei ihnen im Bezirk Kangwon aber leider vermissen muß.

Wie Sie heute selbst miterlebt haben, hatte der Sekretär eines Gemeindeparteikomitees des Kreises Kimhwa keine Ahnung davon, wie hoch in diesem Jahr die Hektarerträge bei den einzelnen Reissorten und bei Mais auf den nichtbewässerten Hangfeldern waren. Wenn er sogar die Hektarerträge der verschiedenen Sorten und Felder nicht kennt, wie soll der Ackerbau dann entsprechend den Erfordernissen der einheimischen Ackerbaumethode erfolgen können?

Der Vorsitzende eines GLB im Kreis Phangyo ist nicht einmal darüber informiert, wieviel Hektar Anbaufläche sein GLB zur Verfügung hat. Wie er sagte, war er erst ein stellvertretender Sekretär eines Gemeinde- parteikomitees, bevor er im August dieses Jahres als Vorsitzender jenes GLB eingesetzt wurde. Seitdem sind nun aber schon zwei Monate vergangen, deshalb hätte er über diese und andere Fragen im Bilde sein müssen. Selbst wenn er erst gestern mit dieser Funktion betraut worden wäre, hätte er sich in Vorbereitung auf die heutige Versammlung, wenn nicht mit anderen Problemen, so aber doch zumindest mit der Größe der Ackerfläche vertraut machen müssen.

Unter den Sekretären der Gemeindeparteikomitees und den GLB-Vorsitzenden dieses Bezirkes gibt es viele, die über die reale Lage ihrer GLB so gut wie nicht Bescheid wissen. Kein GLB ist größer als einige hundert Hektar, dennoch verschaffen sie sich weder über die Anbaufläche noch über die Hektarerträge der verschiedenen Sorten und Felder ein klares Bild. Daran sieht man, daß die Parteiorganisationen und -funktionäre dieses Bezirkes der landwirtschaftlichen Arbeit bisher keine Beachtung geschenkt haben. Hier vermisste ich leider die Atmosphäre, in der alle – angefangen bei den Mitarbeitern des Bezirksparteikomitees bis hin zu denen der Gemeindeparteikomitees – beharrlich um einen erfolgreichen Ackerbau bemüht sind, ansonsten wäre es undenkbar, daß sie nicht einmal über die Sachlage ihrer GLB informiert sind. Bisher war es wahrscheinlich so, daß das Bezirksparteikomitee und die Kreisparteikomitees die Funktionäre der unteren Ebene, die zu ihren Versammlungen hinbeordert wurden, nur mit Beschimpfungen und Zurechtweisungen überschüttet haben, anstatt sie eingehend nach dem Stand der Landwirtschaft zu befragen.

Da die Parteiorganisationen Ihres Bezirks auf diesen Zweig kaum

Augenmerk richten und ihn nicht auf der Basis ausführlicher Untersuchungen leiten, sind die hiesigen Funktionäre, verglichen mit dem Niveau der Funktionäre anderer Bezirke, um rund 10 Jahre zurückgeblieben. In den Bezirken Süd- und Nord-Phyongan schenken die Parteiorganisationen der Agrarwirtschaft sehr große Aufmerksamkeit und leiten die landwirtschaftliche Arbeit auf der Grundlage konkreter Analysen an. Deshalb sind die Funktionäre über alles damit im Zusammenhang Stehende bestens informiert und können jederzeit entsprechende Fragen beantworten. Kangwon wird genauso vom Zentralkomitee der Partei angeleitet wie Süd- und Nord-Phyongan. Ich verstehe absolut nicht, warum nur die Parteiorganisationen und -funktionäre von Kangwon so hinterherhinken und überhaupt kein Interesse an der Landwirtschaft zeigen. Dabei haben sie auf dem Lande außer dem Ackerbau keine weiteren großen Probleme zu lösen.

Es versteht sich von selbst, daß die Durchsetzung der einheimischen Ackerbaumethode der Partei im Bezirk Kangwon nur verzögert wurde, weil die Parteiorganisationen und -funktionäre der Landwirtschaft kaum Beachtung schenkten.

Sogar die Melioration der feuchtkalten Böden wurde bisher hier versäumt. Auf dem Landestreffen der Aktivisten der Landwirtschaft im Jahre 1973 brachte eine Studentin der Landwirtschaftshochschule Wonsan, die als Angehörige der Gruppe für die drei Revolutionen im GLB Samhwa des Kreises Munchon tätig war, ihre Erfahrungen bei der Verbesserung solcher Böden und der Erhöhung des Getreideertrages in die Diskussion ein. Damals schätzte ich ihren Beitrag hoch ein und forderte mit Nachdruck, daß in den GLB in großen Dimensionen um die Verwirklichung dieses Vorhabens gerungen werden muß. Das ist nun schon mehrere Jahre her, aber Ihr Bezirk hat nur wenige solche Flächen melioriert.

Auch Wassergräben hat man in den GLB dieses Bezirkes nicht ordnungsgemäß angelegt.

Mein Großvater hat einst in jedem Frühjahr, Sommer und Herbst die Gräben in Ordnung gebracht, obwohl er nur Pachtland vom Gutsbesitzer bestellte. Die GLB Ihres Bezirkes befassen sich jedoch nicht damit.

Als ich gestern die dritte Brigade des GLB Namchang im Kreis Munchon besuchte, stellte ich fest, daß die Reis- und Mohrenhirsefelder vor den modernen Wohnhäusern unter Wasser stehen, weil man es versäumt hat, die Straßen zu befestigen und Wassergräben anzulegen. Obgleich es vorgestern viel geregnet hat, wäre solch eine Überschwemmung nicht vorgekommen, wenn man ordentliche Wassergräben gezogen hätte. Schon 1976 habe ich hier vor Ort die Aufgabe gestellt, dieses Vorhaben zu meistern, weil das angesammelte Wasser zur Versumpfung der Naß- und Trockenfelder in diesem Kreis geführt hatte. Diesen Auftrag hat man aber bis heute noch nicht erfüllt.

Die Funktionäre des Bezirkes Kangwon sind kaum von dem Geist beseelt, sich vorbehaltlos zur Parteipolitik zu bekennen und sie bedingungslos durchzusetzen.

Das Parteikomitee des Bezirkes Kangwon muß darauf hinwirken, die Unzulänglichkeiten, die bisher in der Ackerwirtschaft aufgetreten sind, so schnell wie möglich zu beseitigen und die einheimische Ackerbaumethode konsequent durchzusetzen, um eine grundlegende Wende in der landwirtschaftlichen Produktion herbeizuführen.

Vor allem muß der Reisbau gute Ergebnisse bringen.

Entsprechend dem Prinzip, die geeigneten Kulturen zur rechten Zeit auf den geeigneten Böden anzubauen, muß man beim Saatgut eine richtige Standortverteilung vornehmen. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen, d. h. des anhaltenden Einflusses der arktischen Kaltluft, hohe und stabile Ernten einzubringen. Auf noch so fruchtbarem Boden kann man keine hohen Erträge erzielen, wenn man keine geeigneten Elite-Kulturen anbaut. Aus diesem Grunde ist es zu verbieten, anstatt anerkannten Elitesaatgutes unüberlegt irgendwelche anderen Reissorten zu kultivieren. Früher redete man im Bezirk Kangwon von Kosan Nr. soundso und Hamju Nr. soundso und baute wahllos Reissorten an, auf die kein Verlaß ist. Damit ist man nicht imstande, den Hektarertrag zu erhöhen.

Hätte man in diesem Jahr im Bezirk Süd-Hwanghae „Paechon Nr. 68“ eingeführt, wäre es zu einer Mißernte gekommen. Anfang dieses Jahres redete man dort von den Vorzügen dieser Pflanze und wollte ihre

Anbaufläche erweitern. Deshalb schickte ich den Vorsitzenden des Landwirtschaftskomitees dorthin, damit er darauf hinwirke, die Anbaufläche für „Paechon Nr. 68“ um rund 20 % zu verringern und dafür „Pyongyang Nr. 8“ zu säen. Laut den diesjährigen Ernteergebnissen liegt der Hektarertrag bei „Paechon Nr. 68“ um 0,5 bis 1 t niedriger als bei „Pyongyang Nr. 8“.

Die GLB dürfen auch nicht wahllos solche Reissorten einführen, auf deren Kultivierung die Institutionen der Landwirtschaftswissenschaften nur für Versuchs- oder wer weiß was für Zwecke dringen. Ein GLB im Kreis Sonchon, Bezirk Nord-Phyongan, hatte im hinter uns liegenden Jahr eine Mißernte, weil er diesen Forderungen entsprochen und mehr als 10 Reissorten angebaut hatte.

Die GLB sind aufgefordert, künftig ausschließlich das staatlich anerkannte Elitesaatgut in den Boden zu bringen und auf den Anbau von anderen Sorten zu verzichten. Von jetzt an müssen wir eine rigorose Disziplin insofern herstellen, als daß alle unbedingt den exakten Festlegungen nachkommen, welcher GLB in welchen Mengen Saatgut anbaut, das in den Institutionen der Landwirtschaftswissenschaften versuchsweise gezüchtet wird.

Die Einführung von „Pyongyang Nr. 8“ im Bezirk Kangwon ist nicht unbedingt schlecht. Man sollte sie jedoch nicht undifferenziert aufoktroyieren. Der Bezirk hat noch keine klaren Festlegungen, welches Saatgut in welchem GLB günstig zu kultivieren ist. Anhand eingehender Untersuchungen sind die Sorten für das nächste Jahr zu bestimmen.

Ebenso ist die Saatgutlagerung und -pflege zu verbessern.

Ein ertragreicher Reisbau setzt voraus, die Aussaat auf den Frühbeeten termingerech zu erledigen.

Das hat in der Zeit vom 15. bis 30. März zu geschehen. In klimatischer Hinsicht gibt es zwischen den Bezirken Kangwon und Süd-Phyongan keine großen Unterschiede. Es genügt daher für den Bezirk Kangwon, mit der Frühbeetaussaat am 15. März zu beginnen. Nicht nötig ist es, unter Berufung auf die Direktive über eine frühzeitige Aussaat schon am 10. März damit anzufangen.

Wenn man sich hier den 15. März als Termin stellt, ist es möglich,

die Setzlinge mehr als 50 Tage lang in Frühbeeten vorzuziehen und sie dann saisongerecht – wenn sie groß genug sind – auszupflanzen. In manchen Kreisen Ihres Bezirkes hat sich im laufenden Jahr nicht nur die Aussaat auf den Frühbeeten verzögert, sondern es wurde zudem darauf gedrungen, die Reissetzlinge möglichst früh auf die Felder zu bringen, so daß sie schon nach 35, 30 oder gar 20 Tagen verpflanzt worden sind. Das darf nicht sein.

In den einst vom Landwirtschaftskomitee erlassenen Verordnungen hieß es: 45 Tage alte Setzlinge sind auszupflanzen. Dies entspricht nicht mehr den heutigen Bedingungen, da sich die arktische Kaltluft noch stärker auswirkt. Deshalb ist zu erreichen, daß die Jungpflanzen mindestens 50 Tage in den Frühbeeten verbleiben und erst dann ausgepflanzt werden, wenn sie groß genug sind. Nur so ist es möglich, die Vegetationszeit voll und ganz zu gewährleisten und eine hohe und stabile Ernte einzubringen.

Am besten ist es, die Setzlinge im Alter von 55 Tagen zu verpflanzen. Vergleicht man die Ernteaussichten sowohl im Westmeergebiet als auch in den Bezirken Süd- und Nord-Hamgyong, so stellt man fest, daß die Reisfelder, auf denen die 55 Tage in Frühbeeten vorgezogenen Setzlinge ausgepflanzt wurden, den höchsten Hektarertrag bringen.

Felder mit Jungpflanzen, die nach der Reisaussaat am 15. März 55 Tage in Frühbeeten angezogen worden waren, brachten in diesem Jahr im Bezirk Nord-Hamgyong 8 bis 9 t und in der Stadt Chongjin bis zu 9 t pro Hektar ein. In diesem Bezirk hatte man einst mit Erstaunen auf die Direktive reagiert, einen Reisertrag von 4 t pro Hektar zu erzielen, aber dieses Jahr ist es ihm gelungen, durchschnittlich mehr als 5 t pro Hektar einzubringen, da man den Reis zeitig auf die Frühbeete ausgesät und die Setzlinge in der richtigen Jahreszeit ausgepflanzt hat. Früher erzielte man auch im Bezirk Süd-Hamgyong höchstens 4 t Reis pro Hektar, dieses Jahr aber erbrachte jeder Hektar im Durchschnitt 5,866 t, weil man so wie im Bezirk Nord-Hamgyong vorgegangen ist.

Auch in Kangwon kann man einen Ertrag von 5 bis 6 t pro Hektar erreichen, wenn man den Reis wie die anderen Bezirke zeitig auf die Frühbeete aussät, die Setzlinge mindestens 50 Tage bis zum Erreichen

der erforderlichen Größe aufzieht und sie dann termingerecht auspflanzt. In diesem Jahr hat der GLB Suthae im Kreis Kimhwa 5,5 t Reis pro Hektar geerntet. Das zeigt, daß der Bezirk Kangwon einen Reisertrag von mehr als 5 t pro Hektar zu erreichen imstande ist. Zwar sind 5,5 t im Vergleich zu den anderen Bezirken noch recht wenig, aber innerhalb des Bezirkes Kangwon ist es ein recht gutes Ergebnis.

Die Aussaat des Reises auf die Frühbeete ist auf alle Fälle binnen kurzer Zeit abzuschließen und darf sich nicht über einen Monat hinziehen. Sonst ist es nicht möglich, die Setzlinge 50 bis 55 Tage lang in Frühbeeten aufzuziehen und termingerecht auszupflanzen, selbst wenn man am 15. März mit der Aussaat beginnen würde.

Falls es dabei an Arbeitskräften mangelt, sollte man die Angestellten der staatlichen Institutionen, Schüler, Studenten und Armeeingehörigen dafür mobilisieren, um sie zwischen dem 15. und 30. März unbedingt zu Ende zu bringen.

Für die Anlage von Frühbeetflächen für Reissetzlinge sollte man den bestehenden Festlegungen nachkommen. Dafür wurden in diesem Jahr im GLB Songjong, Kreis Ichon, 300 Phyong pro Hektar genutzt. Das ist jedoch zu viel. Im kommenden Jahr ist diese Fläche entsprechend den Erfordernissen der technischen Vorschriften richtig festzulegen.

Um Reissetzlinge von bester Qualität zu züchten, müssen wir genügend fruchtbaren Humusboden bereitstellen. In den Gebieten, wo der Frühling spät kommt und die Kälte im Frühjahr lange anhält, muß man 35 bis 40 kg Humus pro Phyong auf die Frühbeete bringen, weil die Pflanzen nur so auch bei zeitiger Aussaat gut wachsen können.

In diesem Jahr hat man im Bezirk Nord-Hamgyong den Reis auf den Frühbeeten ausgesät, noch ehe die Erde getaut war. Da man aber je Phyong 40 kg Humus ausbrachte, sind die Setzlinge auch so gut gewachsen. Die Erfahrungen lehren, daß man in einem noch so kalten Gebiet gute Setzlinge züchten kann, wenn man die Frühbeete reichlich mit fruchtbarem Humusboden belegt. Im Bezirk Kangwon muß von jetzt an mit Tatkraft um die ausreichende Bereitstellung von Humus gerungen werden.

Die frühzeitige Aussaat auf diesen Beeten macht es erforderlich, im voraus Plastfolie, Strohmatten zum Abdecken, Windschutzmatten,

Foliestützen und dergleichen zu beschaffen.

Trotz der angespannten Devisenlage hat das Politkomitee des ZK der Partei vor kurzem beschlossen, Plastikfolie aus dem Ausland zu beziehen und den GLB die geforderte Menge 100%ig zu liefern. In den GLB braucht man sich also um Plastikfolie keine Sorgen zu machen. Es genügt, wenn die GLB die vorhandenen Folien ausbessern sowie Abdeckmatten aus Stroh, Windschutzmatten, Foliestützen u. ä. gut vorbereiten.

Die Keimlinge können unter Umständen erfrieren, wenn man es versäumt, sie im Anschluß an die Aussaat mit Reisstrohmatten abzudecken. Von einer solchen Katastrophe war in diesem Jahr eine Vielzahl von Reissetzlingen des GLB Songjong im Kreis Ichon betroffen. Um im kommenden Jahr eine derartige Erscheinung zu verhindern, müssen die GLB im voraus genügend Strohmatten zur Verfügung haben.

Die Bereitstellung von Stützen für die Folienabdeckung wird den Kreisen im Flachland vielleicht Schwierigkeiten hinsichtlich des Materials bereiten. Deshalb ist zu erreichen, daß sie es durch eine gute organisatorische Arbeit Ihres Bezirkes von den Kreisen, die sich in den Gebirgsgegenden befinden, geliefert bekommen. Wir Kommunisten schreiten unter der Losung „Einer für alle, alle für einen!“ auf dem Wege des Kampfes voran und müssen uns daher beim Aufbau des Sozialismus einander helfen und mitreißen.

Im nächsten Jahr hat der Bezirk Kangwon die Reissetzlinge zwischen dem 7. und 20. Mai auszupflanzen. Diese Frist halte ich für die angebrachteste, da nur so eine reiche Bestückung und somit eine Steigerung der Hektarerträge erreicht werden kann.

Um die Setzlinge binnen kurzer Frist auszupflanzen, sind Reispflanzmaschinen einzusetzen. Dazu haben die GLB sowohl die Felder ordnungsgemäß einzuebnen als auch ihre Maschinen im voraus in Ordnung zu bringen.

Zu empfehlen ist ferner, daß man aus den Bezirken im Westmeergebiet rund 100 fähige Mitarbeiter, die über Erfahrungen und technische Kenntnisse beim Reisbau verfügen, in den Bezirk Kangwon schickt, damit es mit dessen Reisbau in Zukunft bergauf geht.

Die Mitarbeiter der Bezirke Süd- und Nord-Phyongan sowie Süd- und Nord-Hwanghae kennen sich in der einheimischen Ackerbaumethode aus und verfügen über reiche Erfahrungen beim Anbau von Reis, weil ich alljährlich häufig zu direkten Anleitungen dorthin fuhr. Die GLB des Bezirkes Kangwon hingegen kommen kaum den Forderungen der einheimischen Ackerbaumethode nach, weil ich hier selten zu Vor-Ort- Anleitungen weilte. Es wäre daher nicht schlecht, wenn die Mitarbeiter aus den Westmeerbezirken, die sich die einheimischen Ackerbaumethode und reiche technische Kenntnisse über den Reisbau angeeignet haben und fähig sind, ihr Wissen den hiesigen Bauern zu vermitteln, in den Bezirk Kangwon geschickt würden.

Die ZK-Abteilungen Organisation und Anleitung sowie Landwirtschaft sind aufgefordert, etwa 100 im Reisbau bewanderte Mitarbeiter der Stadt Pyongyang und der Bezirke Süd- und Nord-Phyongan sowie Süd- und Nord-Hwanghae nach Kangwon zu entsenden. Die GLB Ihres Bezirkes sind verpflichtet, von diesen Agronomen die Reisbaumethode fleißig zu erlernen. Möglicherweise wird man sich hier aus lokaler Eitelkeit gegen die Hilfe wehren wollen. Das darf nicht sein.

Im Frühjahr dieses Jahres wurden rund 200 Agronomen aus den Bezirken im Westmeergebiet abgezogen und in den Bezirk Nord-Hamgyong geschickt. Anfangs sollen sie aber ihre liebe Not gehabt haben, weil man dort der lokalen Selbstgefälligkeit verfallen war und nicht von ihnen lernen wollte.

Nach erfolgreicher Erfüllung ihrer Parteiaufgabe – der qualitäts-gerechten Zucht von Reissetzlingen – sind sie zurückgekehrt. Der Bezirk Nord-Hamgyong jedoch meldete, ohne ihre Hilfe sei bei ihm kaum eine gute Reisernte zu erwarten, und bat uns, etwa 200 Agronomen der Westmeerbezirke, die im Reisbau versiert sind, für ihn auszuwählen. Wir wirkten also darauf hin, daß die entsprechenden Fachleute im Sommer dort seßhaft wurden.

Der Bezirk Kangwon hat einen erfolgreichen Reisbau zu sichern, was von seinen Mitarbeitern verlangt, die lokale Eitelkeit über Bord zu werfen und sich im Denken und Handeln mit den von auswärts

kommenden Agronomen abzustimmen.

Auch im Maisanbau müssen hohe Erträge erzielt werden.

Das setzt voraus, daß die Setzlinge in Nährtöpfen vorgezogen und zum richtigen Zeitpunkt ausgepflanzt werden. Im nächsten Jahr sollte man hier damit beginnen, sobald der letzte Reif gefallen ist, und die Verpflanzung der Setzlinge somit bis zum 20. Mai abschließen. In manchen GLB Ihres Bezirkes wurde die Maisauspflanzung in diesem Jahr allerdings bis zum Juni hinausgezögert, weshalb die Jungpflanzen übermäßig ins Kraut geschossen waren, so daß die Blätter vor dem Umsetzen abgeschnitten werden mußten. In diesem Falle bringt die Aufzucht von Maissetzlingen in Nährtöpfen keinen Nutzen. In Ihrem Bezirk fällt der letzte Reif in der zweiten Aprilhälfte, weshalb die Maisumpflanzung, auch wenn man sie danach in Angriff nimmt, ohne weiteres bis zum 20. Mai abgeschlossen werden kann.

Um den Maisertrag pro Hektar zu erhöhen, muß man darüber hinaus qualitätsgerechte Nährtöpfe für die Setzlinge herstellen. In diesem Jahr wurden jedoch in vielen GLB dieses Bezirkes Nährtöpfe aus reiner Erde zugelassen, die noch nachteiliger als eine Direktaussaat sind.

Zum Maisanbau benötigt man keine spezifischen technischen Kenntnisse. Deshalb darf man dafür nicht die Hilfe anderer Bezirke erbitten, sondern muß ihn mit den eigenen Kräften Ihres Bezirkes betreiben.

Es bedarf der großangelegten Verbesserung der Ackerböden.

Unsere Anbaufläche ist begrenzt, weshalb sich unser Wohlstand nur sichern läßt, wenn wir durch Melioration den Hektarertrag bei Getreide steigern.

Infolge des pazifischen Einflusses bzw. der von Ongjin im Bezirk Süd-Hwanghae herüberziehenden Wolkenfelder gibt es in Kangwon mehr Niederschläge und feuchtkalte Böden als in anderen Bezirken. All diese Böden sollte der Bezirk meliorieren; dann ist es möglich, bedeutend mehr Getreide als jetzt zu produzieren. Die Melioration ist gar nicht so schwer zu bewältigen. Wie ich auf dem Landwirtschaftskongreß der Republik und auf vielen anderen Zusammenkünften mit Nachdruck gesagt und auch bei Präsentationen der Mustereinheiten gezeigt habe, braucht man dafür nur tiefe Gräben

zu ziehen und sie mit Steinen, Strauchwerk oder dergleichen auszulegen. Damit Ihr Bezirk mehr gute Ackerflächen erhält, hat er mit Tatkraft um die Bewältigung dieses Vorhabens zu ringen. Auch für die Schaffung von Wassergräben und die Aushebung von Flußbetten sollten wir uns in Form einer Massenbewegung einsetzen.

Zu verbessern sind ferner die sauren Böden.

In Ihrem Bezirk, vor allem im Kreis Cholwon, gibt es viele Felder, die vor langem erschlossen wurden. Solche Böden sind meistens sauer, weshalb dort das Getreide schlecht gedeiht. Während meiner Vor-Ort-Anleitung im Mai 1965 im GLB Phochon, Kreis Hoeyang, stellte ich fest, daß seine übersäuerten Felder bei Reis nur 1,3 t und bei Mais nur 750 kg pro Hektar erbrachten. Deshalb habe ich damals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß man im Bezirk Kangwon solche Äcker meliorieren muß.

Das hob ich auch während meiner Vor-Ort-Anleitung dieses Bezirkes im März 1972 hervor. Seine Mitarbeiter wollten in Wonsan einen Schweinemastbetrieb errichten, worauf ich anwies, ihn im Kreis Kosan zu erbauen und den Mist auf die sauren, zu meliorierenden Böden auszubringen. Die Verbesserung solcher Flächen würde höhere Maiserträge mit sich bringen. Obwohl seit der Aufgabenstellung schon über 10 Jahre vergangen sind, hat Ihr Bezirk weder umfassende Meliorationsmaßnahmen durchgeführt, noch wird die Schweinefarm in Kosan zufriedenstellend betrieben. Manche Funktionäre behaupten, man könne wegen des Mangels an Dungtanks nicht genug Schweinemist auf die Felder ausbringen. Das ist nichts anderes als ein Vorwand. Der Staat kann doch nicht auch noch das Material für die Herstellung solcher Behälter zur Verfügung stellen.

Schweinedung läßt sich auch ohne Behälter ohne weiteres auffangen: Man hebt eine tiefe Grube aus, vermischt ihn dort mit Erde und führt ihn dann den Feldern zu.

Die Verbesserung der sauren Böden macht es außerdem erforderlich, Löschkalk aus eigener Produktion und zugleich große Mengen Karbidasche auf die Felder zu fahren. Das Ministerium für Eisenbahnwesen sollte rund 100 000 t Karbidasche vom Vereinigten Vinalonwerk „8. Februar“ in den Bezirk Kangwon transportieren.

Den Naß- und Trockenfeldern ist auch Siliziumdünger zuzuführen. Er gehört zu den hochwertigen Düngemitteln.

Neuesten Angaben zufolge fördert er auf Reisfeldern die Aufnahme von Phosphor- und Stickstoffdüngern und somit die Entwicklung starker Halme und die Ausreifung der Körner. Deshalb schlug ich auf einer Beratung mit Agrarfunktionären, die im August dieses Jahres in der Gemeinde Chongsan stattfand, vor, von nun an nicht mehr von NPK-Düngern, sondern von NPKSi-Düngern zu sprechen.

Auch im Ausland wird derzeit viel Siliziumdünger angewandt. Auf einer im August dieses Jahres abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Zentralen Volkskomitees und des Verwaltungsrates erteilte ich die Anweisung, den entsprechenden Betrieben einen Plan für dessen Herstellung vorzugeben. Daher werden wir auch bei uns ab nächstes Jahr den Feldern genügend solche Düngemittel zuführen können.

1979 sollte der im Bezirk Nord-Hamgyong hergestellte Dünger dieser Art in großer Menge an den Bezirk Kangwon geliefert werden. Das Ministerium für Land- und Seetransport hat das für die Küstenkreise per Schiff und das Ministerium für Eisenbahnwesen für die an einer Eisenbahnlinie liegenden Kreise per Schiene zu gewährleisten. Das letztgenannte Ministerium ist verpflichtet, Siliziumdünger bis zum Bahnhof Phyonggang zu befördern, von wo aus ihn die GLB des Kreises Changdo per LKW auf ihre Naß- und Trockenfelder bringen können.

Man muß sich darüber Gedanken machen, ob die Abprodukte aus dem Hüttenwerk Munphyong in der Pflanzenproduktion Verwendung finden könnten. Wegen ihres hohen Blei- und Zinkgehaltes kommen sie z. Z. nicht auf Trockenfeldern zum Einsatz. Bei Senkung dieser Anteile wäre das allerdings möglich und würde der Eröffnung eines neuen Düngemittelwerkes gleichkommen. Der zuständige Bereich sollte die erforderlichen Ausrüstungen bereitstellen, damit die genannten Abprodukte auf die Naß- und Trockenfelder gebracht werden können.

Ferner hat man Magnesiumdünger einzusetzen. Ihr Bezirk könnte 1979 den Getreideertrag pro Hektar merklich erhöhen, wenn diese 5 Düngemittel – Stickstoff, Phosphor, Kalium, Silizium und Magnesium – effektiv genutzt würden.

Es gilt, den Kampf um die konsequente Durchsetzung des Kurses der Partei auf eine revolutionäre Wende bei der Grundwassererschließung weiterhin energisch voranzubringen.

Anderenfalls ist man nicht imstande, Dürrekatastrophen zu verhindern, da die Auswirkungen der polaren Kaltluft andauern. Im Frühjahr und Sommer dieses Jahres gab es in Kangwon eine große Trockenheit, die eine akute Wasserknappheit zur Folge hatte. Wir wissen noch nicht, ob auch im nächsten Jahr wieder eine solche Trockenheit herrschen wird. Der Pegelstand der Staubecken ist momentan zwar recht gut, aber es entstünde ein Unheil, wenn man sich damit zufriedengeben und tatenlos bleiben würde. Deshalb haben alle GLB die Aufgabe, mehr Schacht- und Rohrbrunnen anzulegen.

Wir brauchen tiefe Schachtbrunnen, die selbst bei einer großen Trockenheit nicht versiegen. In anderen Ländern sollen solche Brunnen 150 bis 200 m tief sein, und ein Staat soll über 300 000 Brunnen dieser Tiefe verfügen.

In den Dörfern sind zwar viele Brunnen entstanden, aber nicht wenige davon trocknen schon bei kleineren Dürren aus und werden unbrauchbar, weil man im Brunnenbau formalistisch vorging.

Man sagt, die Schachtbrunnen, die der GLB Kubong des Kreises Phangyo in einer Tiefe von 5 bis 6 m angelegt hat, seien wertlos geworden, weil sie zu wenig Wasser führen. Solche Brunnen sind nutzlos, auch wenn noch so viele davon entstehen. Schachtbrunnen müssen mindestens 20 m tief sein. Die GLB sollten den Formalismus über Bord werfen, um dieses Vorhaben in bester Qualität zu verwirklichen.

Rohrbrunnen müssen tief, und zwar mindestens 30 m tief sein. Sie können bis zu 150 m in die Erde getrieben werden. Brunnen mit einer Tiefe von 30 bis 150 m liefern reines Grundwasser. In den abgelegenen Gebirgsgegenden des Kreises Cholwon soll es keine Wasserquellen geben. Auch dort wird man auf Grundwasser stoßen, wenn man Rohrbrunnen mindestens 30 m tief bohrt.

Im letzten Frühjahr wurde mir berichtet, daß die Soldaten in den Höhenzügen von Phyonggang unter Wassermangel leiden. Deshalb beauftragte ich die Kader des betreffenden Armeekorps, dieses Problem

durch das Graben tiefer Rohrbrunnen zu lösen. Jetzt soll Grundwasser daraus emporsprudeln, so daß die Soldaten mit genügend Trinkwasser über Rohrleitungen versorgt sind. Wir haben überall unterirdische Wasserressourcen. Es geht nur darum, sie mit ausreichend tiefen Rohrbrunnen zu erreichen.

In den Küstengebieten sollte man deshalb nicht auf halbem Wege den Brunnenbau aufgeben, nur weil sich in ihnen Salzwasser stauen könnte, sondern muß sie dementsprechend tiefer ausheben, bis man auf Süßwasser stößt. Im Kreis Unchon, Bezirk Süd-Hwanghae, hat man z. B. dem Salzwasser zum Trotz ca. 150 m tiefe Rohrbrunnen angelegt, aus denen man nun Süßwasser pumpt.

Die nutzbringende Errichtung von Schacht- und Rohrbrunnen setzt die Voranstellung der Grundwassererkundung voraus. Ihr Bezirk hat die Kräfte für die Erkundung zunächst in die wasserarmen GLB zu entsenden, um so eine Vielzahl von unterirdischen Quellen zu erschließen.

Das ist in den GLB an Flüssen und anderen Wasserläufen nicht notwendig, deren Wasserressourcen auch bei Dürreperioden nicht versiegen. Man braucht die Naß- und Trockenfelder nur mittels Pumpen zu bewässern, die an diesen Flüssen und anderen Wasserläufen aufzustellen sind. Nicht schwer zu bewerkstelligen ist auch die folgende Methode: Man sperrt einen Wasserlauf mittels eines Dammes ab und führt das angestaute Wasser den Feldern zu. Soweit es die Möglichkeiten erlauben, sollten die GLB solche Sperrdämme errichten.

Des weiteren sind konsequente Maßnahmen einzuleiten, um Verluste durch Schädlingsbefall an Maisstengeln zu verhüten.

Die GLB haben die Bekämpfung dieser Schädlinge vernachlässigt. Infolgedessen haben wir in diesem Jahr große Verluste erlitten, weil sie sich in den letzten Jahren weit verbreiten konnten.

Nach Aussage der Agrarwissenschaftler erfolgt die Weiterverbreitung dieser Schadinsekten durch in Speichern aufbewahrte Maiskolben. Deshalb müßte man überall Silos errichten und nur die Körner darin einlagern, die Kolben hingegen verbrennen oder verrotten lassen, damit auch das eingedrungene Ungeziefer vernichtet wird. Momentan ist es schwer, dies zu bewältigen. Die Agrarfunktionäre und -wissenschaftler sollten Überlegungen anstellen, wie die Schädlinge,

die sich in den Maiskolben einnisten, getilgt werden können.

Die GLB sind verpflichtet, das Herbstpflügen binnen kurzer Zeit abzuschließen und sämtliche Maiswurzeln zu verbrennen. Das Maisstroh – mit Ausnahme des als Futter für Rinder gedachten – muß man zerkleinern, mit Löschkalk vermischen und verrotten lassen.

Der Bezirk Kangwon sollte zuverlässige Zentren für Tier- und Gemüseproduktion schaffen, um die Erzeugung von Zuspeisen zum Reis erweitern zu können.

Nur dadurch ist es möglich, die Ernährung der Bevölkerung abwechslungsreich zu gestalten und die im Bezirk weilenden ausländischen Gäste mit verschiedensten Lebensmitteln besser zu versorgen. Die Gäste aus anderen Ländern wollen alle nach Wonsan, weil diese schöne Stadt in der Nähe des Kungang-Gebirges gute Erholungsmöglichkeiten bietet. Die Autobahn zwischen Pyongyang und Wonsan ist ihrer Bestimmung übergeben worden, so daß diese Entfernung in gut zwei Stunden mit dem Auto überwunden werden kann. In Wonsan gibt es ein Interhotel und den modern eingerichteten Songdowon-Kulturpark, und wenn noch ein zweites Interhotel entsteht, können wir dort viele ausländische Gäste aufnehmen.

In letzter Zeit fahren viele ausländische Besucher zur Besichtigung nach Wonsan, und ihre Zahl wird sich künftig noch erhöhen. Damit sie einen guten Eindruck bekommen, muß für ein reiches Angebot u. a. an Fleisch- und Fischwaren, Eiern, Milch und Gemüse gesorgt werden. Auf diese Weise lassen sich auch viele Valuten erwirtschaften,

Durch eine großangelegte Bewegung für die Schweine- und Hühnerhaltung ist die Produktion von Fleisch und Eiern zu erhöhen. Zugleich haben wir der Produktionssteigerung bei Milch und verschiedenen Gemüsesorten große Beachtung zu schenken.

Der für Volksdienstleistungen zuständige Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der für die Abteilung Landwirtschaft zuständige Sekretär des ZK der Partei sollten auf einer Beratung mit den betreffenden Mitarbeitern Maßnahmen zur Versorgung der in Wonsan weilenden ausländischen Gäste mit verschiedensten Lebensmitteln einleiten.

Große Mengen Persimonen sind zu produzieren.

Sie gehören zu den regionalen Spezialitäten des Bezirkes Kangwon. Aufgrund seines milden Klimas ist ihr Anbau dort ertragreich. Diese Frucht kann auch eine Mahlzeit ersetzen. Die Bewohner der Provinz Hunan in China sollen verstärkt Persimonenbäume anpflanzen, um eine Abwechslung für ihren Speiseplan zu haben. Aus ihren Blättern kann man auch Tee gewinnen, wovon man in einem anderen Land zur Zeit große Reklame macht.

Auch auf der Halbinsel Ongjin, Bezirk Süd-Hwanghae, ist die Persimonenbaumkultivierung erfolgreich. Die Bezirke Kangwon und Süd-Hwanghae sollten die Produktion dieses Obstes steigern, so daß die Bevölkerung ausreichend damit versorgt werden kann. Aus diesem Grund habe ich schon vor langem mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Bestand an Persimonenbäumen vergrößert und die Ernte gesteigert werden muß. Überdies half ich, viele den Anbau betreffende Schwierigkeiten zu lösen. Infolge mangelhafter Pflege sind jedoch nicht wenige dieser Bäume im Bezirk wegen Kälte und Trockenheit eingegangen. Aufgrund der niedrigen Produktion sind in den Verkaufsstellen derzeit kaum Persimonen im Angebot.

Jeder Bauernhaushalt muß sich an der Volksbewegung zur Kultivierung von ein bis zwei Persimonenbäumen beteiligen. Das ist ohne weiteres möglich, denn sie ist nur mit einem geringen Verbrauch von Agrochemikalien verbunden. Die Bäume bieten zur Blüte- und Reifezeit einen schönen Anblick, und die Kinder können sich auch einmal so richtig an diesen Früchten satt essen.

Wir sollten in großen Mengen Persimonen anbauen, um sie sowohl den Pyonyangern als auch den Ausländern anbieten zu können.

Auch die Produktion von Edelwalnüssen ist zu steigern.

Bei meiner Fahrt hierher über die Autobahn fiel mir auf, daß die Bäume der Edelwalnußplantage Anbyon zwar recht hochgewachsen sind, aber relativ wenige Früchte tragen. Das soll daran liegen, daß ein GLB den für die Walnußbäume bestimmten Dünger zweckentfremdet verwendet hat. Auch Walnußbäume können nur bei ausreichender Düngung gut Früchte ansetzen.

Jetzt sind die Ernte- und Druscharbeiten so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen, da wir uns auf die Ackerwirtschaft des

kommenden Jahres gründlich vorzubereiten haben.

Für die Weiterentwicklung seiner Pflanzenproduktion werden wir dem Bezirk Kangwon ca. 200 LKW zur Verfügung stellen. Er muß große Mengen Güter befördern, wenn er die Ackerböden verbessern und zugleich den Naß- und Trockenfeldern Düngemittel verschiedener Sorten zuführen will, aber ihm mangelt es gegenwärtig an Lastkraftwagen. Wir würden ihm gern mehr bereitstellen, aber das ist nicht möglich, weil uns nur eine kleine Stückzahl neuer LKW zur Verfügung steht und sie auch anderen Bezirken geliefert werden müssen.

Vorerst wollen wir nur die weitab der Eisenbahnlinien gelegenen Kreise Cholwon, Kimhwa, Changdo, Hoeyang, Kosong, Thongchon, Phangyo, Kumgang und Popdong damit versorgen. Im Kreis Phyonggang gibt es einen Bahnhof, weshalb er lediglich seine vorhandenen LKW effektiv einzusetzen braucht.

Die LKW, die der Bezirk Kangwon jetzt erhält, sollten nicht den GLB, sondern möglichst den Landmaschinenstationen der Kreise übergeben werden, die damit jeweils eine gesonderte Transportkolonne für die Beförderung von Frachten der GLB zu organisieren haben. Anderenfalls ist es nicht möglich, die LKW rechtzeitig instand zu setzen und deren Auslastungsgrad zu erhöhen. Diese LKW sind ausschließlich für den Ackerbau einzusetzen.

Zu ergreifen sind auch Maßnahmen zur effektiven Nutzung der LKW, über die die Kreise bereits verfügen. Der Bezirk Kangwon muß Schritte zur Instandsetzung der Kreis- und GLB-eigenen LKW einleiten und ein gesichertes System der Kraftstoffversorgung schaffen.

Wir werden dem Bezirk Kangwon 800 Traktoren vom Typ „Chollima“ und rund 400 vom Typ „Chungsong“ liefern. Dieser Tage konnte ich mich davon überzeugen, daß es in Kangwon noch ausgedehnte Ackerflächen gibt, wo Mechanisierung eingeführt werden kann. Der Einsatz der genannten Stückzahlen von Traktoren wird es den hiesigen GLB ermöglichen, weitere Flächen maschinell zu bestellen und die angespannte Arbeitskräftefrage zu lösen.

„Chungsong“-Traktoren können sowohl zum Pflügen als auch zum Transport von Gütern eingesetzt werden. Als ich vor zwei Jahren im

Kreis Munchon war, konnte ich feststellen, daß eine junge Traktoristin mit einem „Chungsong“ die Felder gut unter den Pflug nahm. Diese Schlepper sind sowohl für Reisfelder, die in kleine Parzellen eingeteilt sind, als auch für die sandigen Naß- und Trockenfelder im Küstengebiet am effektivsten.

Künftig sollte man sie so auslegen, daß sie mit einem Pflug zu koppeln sind. Daß dies bisher nicht geschah, war ein Fehler. Günstiger ist es, sie nicht mit zwei, sondern nur mit einem Pflug zu versehen. Selbst damit würden sich die Pflügearbeiten viel schneller bewältigen lassen als mit einem Ochsen gespannt.

Das Werk, das die „Chungsong“-Traktoren herstellt, hat die Aufgabe, dem Bezirk Kangwon bis zum Frühjahrspflügen des nächsten Jahres unbedingt 400 dieser Maschinen zu liefern.

Die Anhänger für die ihm zugeteilten LKW sowie für die Traktoren der Typen „Chollima“ und „Chungsong“ hat der Bezirk selbst zu produzieren. Wenn sie zum Einsatz gelangen, wird eine beträchtliche Menge von Gütern bewältigt werden können. Um das zu gewährleisten, braucht man nur die Straßen in Ordnung zu bringen.

Die Parteiorganisationen des Bezirkes Kangwon müssen die Produktion von Anhängfahrzeugen sowie die Ausbesserung der Straßen tatkräftig voranbringen.

Nur rund 200 Bulldozer „Phungnyon“ wird Ihr Bezirk erhalten, da sie nicht genug produziert werden und zudem der Bedarf an ihnen allerorts zunimmt. Deshalb sollten sie hier für die Bodeneinebnung eingesetzt werden.

Wir werden ihm ca. 10 Bagger mit einem Fassungsvermögen von 0,5 m<sup>3</sup> kontingentieren. Damit können die Betten großer Flüsse ausgebaggert werden.

Der GLB Songjong im Kreis Ichon wollte gern Spritzgeräte zur Verfügung gestellt bekommen, um Herbizid auf den Beeten der Reissetzlinge ausbringen zu können. Diesem Wunsch können wir ohne weiteres nachkommen, weil deren Bau leicht und mit geringem Verbrauch von Stahl verbunden ist.

Da sich die für die Abteilung Landwirtschaft und für die Wirtschaftsabteilungen zuständigen Sekretäre sowie der stellvertretende

Leiter der Abteilung Organisation und Anleitung des ZK der Partei hier aufhalten, sollte man diese Versammlung um einen Tag verlängern und dabei durch ideologische Auseinandersetzung und eingehende Diskussion konsequente Maßnahmen zu weiteren Neuerungen in der landwirtschaftlichen Produktion ergreifen.

Im folgenden gehe ich auf die Aufgaben ein, die in der Industrie zu lösen sind.

Im Bezirk Kangwon gibt es nicht wenige bedeutende Betriebe, einige von ihnen sind die einzigen Werke ihrer Art in unserem Lande. Sie spielen eine große Rolle bei der Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft und haben einen erheblichen Anteil an der Devisenerwirtschaftung. Aus diesem Grunde muß das Bezirkspartei-Komitee Kangwon enorme Anstrengungen auf die Industriezweige richten, damit alle Betriebe ihre Produktion normalisieren können.

Vor allem muß das Waggonwerk „4. Juni“ noch mehr Güterwagen bauen.

Es ist unser einziges Werk dieser Art und sozusagen eine Lebensader, um die angespannte Lage im Eisenbahntransport zu überwinden. Ohne die Steigerung der Waggonproduktion in diesem Werk kann diese Situation nicht gemeistert werden.

Sie konnte auch durch den „200-Tage-Kampf um die Transportrevolution“, der 1977/78 im Eisenbahnwesen entfaltet worden war, noch nicht beseitigt werden, weil die Waggonproduktion nicht mit dem rasch zunehmenden Transportbedarf Schritt hält. Zur Zeit ist die Eisenbahn wegen der fehlenden Waggons nicht imstande, die Betriebe rechtzeitig mit Kohle und Erz zu versorgen, obwohl diese in den Kohlen- und Erzbergwerken auf Halde liegen.

Dieser Tage mußte ich feststellen, daß das Hüttenwerk Munphyong Probleme mit der Schwefelsäure hat, weil es ihm an Tankwagen zu deren Abtransport fehlt. Unmittelbar nach meinem Eintreffen im Bezirk Kangwon habe ich daher das Waggonwerk „4. Juni“ mit deren Herstellung beauftragt. Es hat die im Bau befindliche Gießerei und die Materialbasis binnen kurzer Frist fertigzustellen, um die Waggonproduktion entschieden erhöhen zu können.

Das Ministerium für Eisenbahnwesen und die Maschinenbau-

industrie sollten diesen Betrieb aktiv unterstützen. Die Maschinenbauindustrie ist verpflichtet, ihm Transformatoren für Öfen, 10 LKW vom Typ „Jaju“, 5 LKW vom Typ „Sungri-58“ und 38 Werkzeugmaschinen bevorzugt zur Verfügung zu stellen. Die angeforderten LKW und Werkzeugmaschinen sind ihm unbedingt zu liefern, selbst wenn andere Werke dafür zurückstehen müßten.

Das Waggonwerk sollte auch mit Stahl ausreichend beliefert werden, damit es die Produktion erweitern kann. Dann ist es auch imstande, die verschiedenen gebogenen Formstähle selbst herzustellen. Möglicherweise werden bei der Steigerung der Waggonproduktion noch verschiedene andere Probleme auftreten. Der zuständige Bereich sollte darüber eingehende Untersuchungen anstellen und dafür sorgen, daß die Schwierigkeiten um jeden Preis überwunden werden. Auf diesem Wege ist zu erreichen, daß der Betrieb ab nächstes Jahr jährlich 3000 Waggon herstellt und 200 Lokomotiven repariert.

Das Hüttenwerk Munphyong gehört zu unseren bedeutenden Zentren für die NE-Metallproduktion und die Devisenerwirtschaftung.

Das Staatliche Plankomitee und das Bergbaukomitee haben bisher jedoch den Schwerpunkt nur auf die laufende Produktion im Hüttenwerk Munphyong gelegt und es dabei versäumt, Maßnahmen zur Sanierung von dessen Gebäuden und Ausrüstungen rechtzeitig in den Plan aufzunehmen und die dafür benötigten Materialien zu liefern. Deshalb kommt es dort häufig zu Störungen an den Anlagen, was wiederum eine Normalisierung der Produktion unmöglich macht. Die genannten Materialien sind dem Hüttenwerk sofort zu liefern, um Gebäude und Ausrüstungen sorgfältig sanieren und in Ordnung bringen zu können. Der zuständige Bereich ist verpflichtet, 700 t nichtrostender Stähle und säurebeständige legierte Werkstoffe zu importieren und damit Rohre für dieses Werk zu erzeugen.

Das Hüttenwerk Munphyong muß die Betriebsleitung und die Reparatur von Ausrüstungen verbessern, da es der Hafenstadt Wonsan nahe liegt, die als Erholungszentrum bekannt ist. Heute werden sogar die landwirtschaftlichen Kulturen der umliegenden GLB von den Schadgasen aus diesem Betrieb negativ beeinflußt. In der Umgebung von Wonsan sind Umweltverschmutzungen zu verhüten. Dieses Werk

entstand eben in der japanischen Herrschaftszeit. Heute würden wir es nicht mehr in der Nähe der Stadt errichten. Aber deswegen kann man es jetzt nicht abreißen. Es hat die Aufgabe, die laufende Produktion tatkräftig voranzutreiben und gleichzeitig enorme Anstrengungen auf die Instandsetzung und Wartung zu richten, damit es sauberer gestaltet und die Emission von Schadgasen in die Atmosphäre verhindert wird.

Den Arbeitskräftemangel hat es im nächsten Jahr durch Einstellung demobilisierter Soldaten abzugleichen.

Das Werk für Traktoren vom Typ „Chungsong“ sollte keine Ausbauprojekte in Angriff nehmen, sondern die Produktion mit den vorhandenen Kapazitäten gewährleisten.

Es braucht seine Produktionskapazitäten zu reduzieren, denn selbst das modern ausgerüstete Traktorenwerk „Kum Song“, in dem jährlich Zehntausende von leistungsstarken und qualitativ guten Traktoren vom Typ „Chollima“ montiert werden können, vermag seine Produktion nicht zu stabilisieren, weil sein Bedarf an Materialien und Arbeitskräften nur unzureichend gedeckt wird. Besser ist es diese Materialien und Arbeitskräfte konzentriert im Traktorenwerk „Kum Song“ einzusetzen, um die Zahl der gefertigten „Chollima“-Traktoren zu erhöhen. Demnach ist eine Massenproduktion von Traktoren vom Typ „Chungsong“ nicht notwendig.

Das Traktorenwerk, das die „Chungsong“ baut, sollte also mit den vorhandenen Kapazitäten seine Produktion steigern. Das betrifft auch die Kapazität zur Herstellung der Motoren, die den Montagebetrieben für die Traktoren vom Typ „Chungsong“ zu liefern sind.

Das Staatliche Plankomitee muß die Leistungsfähigkeit des „Chungsong“-Traktorenwerkes eingehend untersuchen und ihm auf dieser Grundlage den Produktionsplan für das nächste Jahr vorgeben.

Der Betrieb ist ausreichend mit Material zu versorgen, damit er seine Kapazität voll ausschöpfen kann.

Dem Bezirk Kangwon hat er künftig 600 Traktoren des genannten Typs zu liefern.

Ihm obliegt es, seine Ausrüstungen ordnungsgemäß instand zu setzen sowie die technische Leitung und die Produktionsorganisation exakt abzustimmen, um qualitativ hochwertige Traktoren in großer Zahl

herstellen zu können.

Auch die Produktionskapazitäten des Motorenwerkes Wonsan dürfen nicht erweitert werden, wobei es seine Kraft auf die Erhöhung der Qualität der Motoren richten muß.

Manche Funktionäre sollen sich jetzt verpflichtet haben, diesem Betrieb mehr Ausrüstungen, darunter Werkzeugmaschinen, zu liefern, um die Fabrikationsbasis für 4-PS-Motoren zu erweitern. Das bringt jedoch nichts anderes als eine Vergeudung von Material und Arbeitskräften, da der Betrieb seine Produktion wegen fehlender Materialien noch nicht einmal auf einem normalen Niveau stabilisieren kann. Unter den heutigen Bedingungen sind wir nicht imstande, die Kapazitäten dieses Werkes zu erhöhen, selbst wenn wir es wollten, weil es uns noch an den dafür erforderlichen Werkzeugmaschinen mangelt. Momentan sind die Maschinenfabrik Ryongsong und das Werk „8. August“ konzentriert damit zu versorgen, da ihre Ausstattung verbessert werden muß. Es haben zwar etliche Betriebe des Bezirkes Kangwon Lieferanforderungen gestellt, aber wir sollten nur die des Waggonwerkes „4. Juni“ erfüllen. Die anderen Betriebe haben durch die Bewegung „Jede Werkzeugmaschine bringt neue“ ihren Bedarf aus eigener Produktion zu decken. Auch das Waggonwerk „4. Juni“ sollte selbst Werkzeugmaschinen erzeugen, sofern sie leicht zu bauen sind.

Das Motorenwerk Wonsan muß seine Ausrüstungen voll auslasten und Motoren in besserer Qualität herstellen.

Vor einigen Jahren habe ich ihn angesichts seiner Bereitschaft, jährlich 8000 Motoren von 4 PS zu erzeugen, damit beauftragt, bei Kontingentierung weiterer Ausrüstungen jährlich 10 000 dieser Motoren zu bauen. Eine solche Stückzahl durch Vollauslastung der vorhandenen Ausrüstungen zu sichern ist schon ein recht gutes Ergebnis. Das Problem besteht darin, die Qualität der Motoren zu erhöhen.

Früher war dieses Werk nicht daran interessiert. Bei Gesprächen mit Bauern erfuhren wir, daß manche Motoren bald teilweise oder ganz ausfielen.

Es könnte beim Ausbau seiner Kapazität vorkommen, daß das Motorenwerk Wonsan aufs Geratewohl seine Erzeugnisse produziert.

Die für die Bauern bestimmten Maschinen müssen einfach und in hoher Qualität gebaut werden, damit sie viele Jahre ohne Defekt arbeiten. Das betrifft auch den besagten Betrieb. Entsprechend seiner Jahresproduktion von 10 000 4-PS-Motoren sind auch die Pläne für die Produktion von Reispflanz- und Setzlingsstechmaschinen auszuarbeiten.

Wir sollten aktiv das Werk „18. Mai“ unterstützen, damit es eine große Anzahl von Ventilen herstellen kann.

Dieser wichtige Betrieb hat die Aufgabe, verschiedene Ventile zu produzieren. Um den volkswirtschaftlichen Bedarf daran voll zu decken, muß er die jährliche Fabrikation von Niederdruckventilen auf 1,5 bis 2 Mio. Stück erhöhen und gleichzeitig Hochdruck- und Großventile fertigen. Die dafür benötigten 50 Werkzeugmaschinen und 300 Arbeitskräfte sind bereitzustellen.

Der Betrieb soll seine Rohbauten wegen Mangels an Dachmaterialien noch nicht ihrer Bestimmung übergeben können. Wir werden sie zur Verfügung stellen.

Ferner muß er sich intensiv um eine gute Kultur am Arbeitsplatz bemühen, damit in ihm Sauberkeit und Ordnung herrschen.

Es gilt, für das Stahlwerk Munchon ein wohlgeordnetes Leitungssystem zu schaffen und die Stahlproduktion zu normalisieren.

Gegenwärtig vermisse ich ein entsprechendes System für diesen Betrieb. Der Bezirk kümmert sich nicht um ihn und verweist nur darauf, daß er dem Ministerium für Metallurgie unterstellt ist. Dieses Ministerium hingegen ist nur dem Namen nach dafür zuständig und leitet ihn nicht wirksam an. Deshalb treten dort Unregelmäßigkeiten bei der Stahlproduktion auf. Früher, als der Betrieb dem Bezirk unterstellt war, wurden große Mengen Stahl hergestellt. Wenn das Ministerium für Metallurgie unfähig ist, ihn anzuleiten, wäre es meines Erachtens vernünftig, ihn entweder wieder dem Bezirk zu überantworten, damit er von der Bezirkshauptverwaltung für Örtliche Industrie geführt wird, oder ihn zu einem Zweigbetrieb der Maschinenfabrik Wonsan zu machen. Der Verwaltungsrat sollte Überlegungen anstellen, wie man das Leitungssystem dieses Betriebes verbessern kann.

Er hat gemeinsam mit dem Ministerium für Metallurgie dafür zu

sorgen, daß das Stahlwerk Munchon hinreichend mit Materialien – einschließlich Elektroden – und Ausrüstungen versorgt wird, damit die Produktion stabilisiert wird.

In der Werft Wonsan sind Maßnahmen für den Bau von mehr Schiffen einzuleiten.

Sie hat unter dem Vorwand der ungenügenden Ausrüstungen und Materialien die ihr übertragene Aufgabe, bis zur ersten Hälfte dieses Jahres ein 14 000-tdw-Fischverarbeitungsschiff und einen 3750-tdw-Hecktrawler vom Stapel laufen zu lassen, immer noch nicht erfüllt.

Während meiner Vor-Ort-Anleitung im Bezirk Kangwon im Oktober 1976 kritisierte ich die Werft, weil sie zu inaktiv an den Schiffsbau heranging und nur die Zeit totschlug. Auch danach traf sie keine der erforderlichen Maßnahmen. Angesichts der Knappheit an Ausrüstungen und Materialien für den Bau großer Schiffe hätte sie mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten eben kleine Schiffe – und wenn es auch nur welche aus Holz gewesen wären – bauen oder sich wenigstens der Schiffsreparatur widmen müssen, was jedoch auch unterblieben ist.

Die Werft Wonsan verfügt neben Tausenden von Arbeitskräften über die Ausrüstungen zur Schiffsmontage und -reparatur, was ihre Mitarbeiter bei guter Arbeitsorganisation in die Lage versetzt, verschiedene kleine Fischereifahrzeuge zu bauen sowie Schiffe fachmännisch zu reparieren. Die Partei schickte ihr 1000 Demobilisierte, weil sie von einer angespannten Arbeitskräftelage beim Bau von großen Schiffen redete. Diese Werft befaßt sich aber nicht mit dem Schiffbau, sondern mit der Errichtung von Kaianlagen, Eisenbahnanschlußgleisen und was weiß ich alles noch. Die Werft soll einen 3750-tdw-Hecktrawler als ihre Errungenschaft vom Stapel gelassen haben, mit dessen Bau man aber eigentlich in der Werft Chongjin begonnen hatte.

In den letzten vier Jahren machte sie nur aufschneiderische Reklame mit dem Bau von Großschiffen und leistete dabei keine ordentliche Arbeit. Es ist eine ernste Sache, daß man dort in dieser Zeit zwar vom Staat Lebensmittel und Lohngeelder erhielt, aber so gut wie nichts tat. Die Ursachen sehe ich darin, daß das Werftpartei Komitee seiner Rolle

kaum gerecht geworden ist.

Es hätte pflichtgemäß dem Stadt- und Bezirksparteikomitee die beim Schiffbau zu lösenden Probleme vortragen und zugleich das Schöpfertum und die Aktivität der Arbeiter wecken sowie Maßnahmen für den Bau verschiedener Schiffskategorien mit den vorhandenen Ausrüstungen und Materialien ergreifen sollen, was jedoch versäumt wurde. Die Funktionäre der Werft Wonsan arbeiteten in der Weise, daß man sich unter einen Birnbaum hinlegt und darauf wartet, daß einem eine Birne direkt in den Mund fällt.

Ob die Betriebe die ungelösten Fragen klären und die Produktion normalisieren, hängt voll und ganz davon ab, wie die Funktionäre ihre Arbeit verrichten. Dort, wo sie beharrlich um die Durchsetzung der Parteipolitik bemüht sind, steht es um die Produktion gut. Leute, denen diese Qualität fehlt, können wir nicht gebrauchen.

Die Abteilung Organisation und Anleitung des ZK der Partei ist aufgefordert, die Arbeit dieses Werftparteikomitees eingehend zu überprüfen und sich mit den Mängeln, die in der Tätigkeit der Werftfunktionäre und der anderen Parteimitglieder aufgetreten sind, intensiv ideologisch auseinanderzusetzen.

Die in dieser Werft begangenen Fehler erklären sich auch daraus, daß ihre Anleitung durch das Bezirksparteikomitee Kangwon und das Stadtparteikomitee Wonsan zu wünschen übrig ließ.

Schon früher hatte ich auf einem erweiterten Plenum des Bezirksparteikomitees Kangwon die verantwortlichen Funktionäre des Bezirks- und Stadtparteikomitees einer harten Kritik unterzogen, weil sie sich nicht zu dieser Werft begaben. Aber auch danach leiteten sie sie nicht intensiv an.

Das Bezirks- und Stadtparteikomitee hätten Wege zum kontinuierlichen Werftausbau ohne Unterbrechung der Schiffsmontage finden müssen. Sie dachten jedoch nur daran, die Werft zu erweitern, und vernachlässigten derweil den Schiffsbau. Wäre die Werft von den verantwortlichen Funktionären dieser übergeordneten Parteikomitees dazu veranlaßt worden, wenigstens die Zuliefererzeugnisse für das Waggonwerk „4. Juni“ und für die anderen Betriebe des Bezirkes zu produzieren, hätten die Arbeiter nicht ihre Zeit totschiessen müssen.

Obwohl sie genau wußten, daß die Werft keine Schiffe baute, ergriffen sie keine entsprechenden Maßnahmen. Mehr noch: Die 1. Wirtschaftsabteilung des Bezirksparteikomitees unterließ es sogar, sie zielgerichtet anzuleiten.

Auch das Staatliche Plankomitee und das 3. Ministerium für Maschinenbau müssen die Verantwortung dafür tragen, daß sich die Werft Wonsan seit einigen Jahren nicht gebührend dem Schiffsbau widmete.

Angesichts dieser Tatsache hätten die Funktionäre des Staatlichen Plankomitees die Ursache dafür unmittelbar vor Ort ergründen und entsprechende Schritte einleiten müssen. Wenn es an Materialien für die Montage großer Schiffe mangelte, hätten sie der Werft neue Plankennziffern vorgeben müssen, um mit den vorhandenen Ausrüstungen, Materialien und Arbeitskräften Schiffsreparaturen vorzunehmen sowie kleine Fangschiffe, Baggerschiffe und Kräne zu bauen. Das Staatliche Plankomitee hat aber wirklichkeitsfremde Pläne an die Basis gegeben und ihrer Verwirklichung keine Beachtung geschenkt.

Das 3. Ministerium für Maschinenbau hat sich ebenfalls kaum verantwortungsbewußt für die wirksame Anleitung der Arbeit der Werft Wonsan engagiert. Die Funktionäre des Ministeriums ziehen es wahrscheinlich vor, ein Schmarotzerdasein zu führen.

Das Staatliche Plankomitee und das 3. Ministerium für Maschinenbau sollten die Kapazitäten der Werft gründlich untersuchen und einen dementsprechenden Plan für die Schiffsmontage und -reparatur ausarbeiten. Manche Funktionäre fordern die Bereitstellung von Ausrüstungen und Materialien, die für den Bau von Großraumschiffen unentbehrlich sind. Die Werft ist unter den momentanen Gegebenheiten jedoch außerstande, solche Schiffe vom Stapel laufen zu lassen, selbst wenn ihr noch so viele Ausrüstungen und Materialien geliefert würden. Das Staatliche Plankomitee sollte auch die Arbeitskräftelage der Werft eingehend untersuchen. Es wäre besser, die bereits entsandten 1000 Demobilisierten in andere Bereiche umzusetzen, wenn sie in ihr nicht gebraucht werden. Der Werft obliegt es, ihre Hauptkräfte auf den Bau von kleinen Fangschiffen und die Schiffsreparatur zu konzentrieren,

gleichzeitig aber auch den eigenen Ausbau voranzubringen.

Das erstere dürfte ihr keine Probleme bereiten, da sie sowohl über kleine Kaianlagen als auch über kleine Schiffsmotoren verfügt. Sie hat nicht nur die dem Ministerium für Fischereiwesen unterstellten Schiffe, sondern auch die der anderen Bereiche zu reparieren.

Die örtlichen Industriebetriebe sind genügend mit Rohstoff und Material zu versorgen, damit ihre Ausrüstungen voll ausgelastet werden können.

Die unbefriedigende Deckung des Rohstoff- und Materialbedarfs erweist sich in diesen Betrieben gegenwärtig als die größte Schwierigkeit, deren Überwindung das A und O in der Leitungstätigkeit ist.

Die Produktion von Speiseöl im Getreideverarbeitungswerk Wonsan läuft kontinuierlich, was sehr zu begrüßen ist.

Es sind schnellstens Maßnahmen zu ergreifen, falls die Glühlampenfabrik Wonsan wegen fehlenden Schweröls die Produktion von Glühbirnen nicht sichern kann. Sie will zwar ihre mit Schweröl arbeitenden Heizöfen in elektrische umbauen, sollte aber trotz dieses Vorhabens vorläufig die bisherigen Öfen benutzen, da sie in einem Monat nicht mehr als 30 t Öl verbrauchen.

Ihr Bezirk hat die örtlichen Industriebetriebe ausreichend mit Rohstoffen zu beliefern, damit sie ihre Produktion normalisieren können.

Die Leitung der Industrie muß entschieden verbessert werden.

Weder das Partei- und Verwaltungskomitee des Bezirkes noch die zuständigen Abteilungen des ZK der Partei, weder das Wirtschaftskomitee beim Zentralen Volkskomitee noch der Verwaltungsrat mit seinen zuständigen Komitees und Ministerien haben sie richtig angeleitet, weshalb der Bezirk Kangwon bisher eben keinen großen Fortschritt im Bereich der Industrie erreichen konnte. Der Bezirk und die zuständigen zentralen Institutionen haben keine wirksamen Maßnahmen zur Sicherung der Produktion ergriffen, obwohl so bedeutende Betriebe wie das Waggonwerk „4. Juni“, das Hüttenwerk Munphyong, die Werft Wonsan und das Werk „18. Mai“ dabei Rückstände hatten. Mit der Waggonproduktion und der Lokomotivreparatur war das Waggonwerk „4. Juni“ im Verzug, was für

unseren Eisenbahntransport große Hindernisse schuf. Trotzdem sind keine aktiven Schritte zur Beseitigung solcher Mängel eingeleitet worden. Dem Hüttenwerk Munphyong erwuchsen Schwierigkeiten, weil es nicht mit den für die Sanierungsarbeiten erforderlichen Materialien beliefert wurde. Das Staatliche Plankomitee hätte sie ihm bereitstellen müssen, damit es rechtzeitig hätte Reparaturen vornehmen können. Es vergab jedoch nur Plankennziffern für die Produktion und arbeitete keinen Plan für die Versorgung mit Sanierungsmaterialien aus.

Eingedenk dessen, daß die Industrie dieses Bezirkes große Bedeutung für die Weiterentwicklung der gesamten Volkswirtschaft des Landes hat, müssen der Bezirk Kangwon und die zuständigen zentralen Institutionen sie noch intensiver anleiten.

Das betrifft in erster Linie das Partei- und Verwaltungskomitee des Bezirkes.

Sie müssen diese Aufgabe besser als alle anderen erfüllen, da sie die Industrie selbständig und unmittelbar vor Ort zu verwalten haben. Zwar sind auch die zuständigen zentralen Gremien zur Führung der zentralgeleiteten Industrie im Bezirk dazu verpflichtet, aber über die reale Lage wissen sie gewiß schlechter Bescheid als das Bezirksparteikomitee und -verwaltungskomitee, weil sie voneinander weit entfernt sind. Die Leitung der Industrie des Bezirkes liegt im Verantwortungsbereich seiner zuständigen Komitees.

Aus diesem Grunde hat das Bezirksparteikomitee Kangwon den Sektor für Anleitung der Schwerindustriepolitik seiner 1. Wirtschaftsabteilung zu festigen und die Industrie wirksam zu führen. Das Partei- und Verwaltungskomitee des Bezirkes Kangwon sollten die anfallenden Probleme bei der Verwaltung und Leitung der Betriebe rechtzeitig klären und die Fragen, denen sie nicht gewachsen sind, dem ZK der Partei, dem Wirtschaftskomitee beim Zentralen Volkskomitee und dem Verwaltungsrat vorlegen.

Auch den Abteilungen des ZK, dem Wirtschaftskomitee beim Zentralen Volkskomitee sowie den zuständigen Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates obliegt es, die Anleitung der Industrie des Bezirkes Kangwon zu intensivieren.

Die Autobahn zwischen Pyongyang und Wonsan ist mittlerweile

ihrer Bestimmung übergeben worden, was es den verantwortlichen Funktionären zentraler Institutionen erleichtert, ihre Pflicht zu erfüllen. Bei Benutzung dieser Straße kann man aus Pyongyang in gut zwei Autostunden Wonsan erreichen, weshalb sie mit einem PKW morgens sozusagen zu einem Ausflug nach Wonsan starten und abends, nachdem sie dort ihre Anleitungen erteilt haben, wieder zurückkehren können.

Sie sollten sich oft in den Betrieben dieses Bezirkes mit der realen Lage vertraut machen und schwierige Fragen rechtzeitig lösen helfen, indem sie sowohl an der Sitzung des Betriebsparteikomitees und den Parteizellen- als auch an den Vollversammlungen der Belegschaft teilnehmen.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Pongsan–Kowon ist beschleunigt voranzubringen.

Obwohl die neue Eisenbahnlinie Ichon–Sepho, die den östlichen mit dem westlichen Teil des Landes verbindet, vor einigen Jahren fertiggestellt wurde, macht sie sich nicht groß bezahlt, weil sie nicht elektrifiziert ist.

Deshalb können die Züge die Steigungen zwischen Sepho und Kosan nur schwer passieren, obgleich dort ohnehin nahezu nur Personen- und wenige Güterzüge verkehren. Aus diesem Grunde ist die Situation auf der Eisenbahnstrecke Sinsongchon–Kowon nach wie vor angespannt, was zur Folge hat, daß die Transportprobleme zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil des Landes nicht beseitigt werden können und die nach Sepho oder Phyonggang zu befördernden Güter in Kosan entladen werden müssen. Die Kreise in der Umgebung von Phyonggang hingegen sind gezwungen, unter großem Aufwand von Benzin mit LKW nach Kosan zu fahren, um ihren Weitertransport von dort sichern zu können.

Die Strecke Pongsan–Kowon hätte man elektrifiziert dem Verkehr übergeben müssen. Der Verwaltungsrat und das Staatliche Plankomitee sind jedoch beim Eisenbahnbau ohne Überlegung und ohne Blick auf die Perspektive vorgegangen. Die angespannte Lage im Eisenbahntransport zwischen Sinsongchon und Kowon ist zu überwinden und der Güterverkehr im Bezirk Kangwon zu meistern, was die rasche Elektrifizierung der genannten Linie voraussetzt. Um dieses Vorhaben

bis 1979 abzuschließen, müssen das Ministerium für Eisenbahnwesen und die Bezirke Kangwon und Nord-Hwanghae gemeinsam denken und handeln, wobei das Ministerium für Eisenbahnwesen unbedingt die Hauptverantwortung zu übernehmen hat. Damit meinen wir aber nicht, daß die beiden Bezirke ihrer diesbezüglichen Pflichten enthoben werden. Obwohl es im kommenden Jahr im Bezirk Kangwon vieles zu tun gibt, muß er seine Anstrengungen doch vor allem auf das genannte Bauvorhaben richten. Auch die Volksarmee hat dies nachhaltig zu unterstützen.

Die Streckenelektrifizierung ist nicht so schwer zu bewältigen: Man stellt Quecksilber- oder Halbleitergleichrichter bereit, senkt den Eisenbahnkörper in Tunneln etwas ab, stellt Masten auf und zieht die Oberleitungen. Die Halbleitergleichrichter, die für die Elektrifizierung der Strecke Pongsan-Kowon erforderlich sind, wurden schon beschafft. Auch das Problem Kupferdraht kann bald gelöst werden. Das Ministerium für Eisenbahnwesen und die Bezirke Kangwon und Nord-Hwanghae müssen ihre Kräfte auf dieses Bauvorhaben konzentrieren und es um jeden Preis noch 1979 abschließen.

Ferner möchte ich auf die Entwicklung der Fischwirtschaft eingehen.

Ich habe jedesmal, wenn ich in den Bezirk Kangwon kam, mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Fischerei gefördert und somit der Fangertag erhöht werden muß. Bis jetzt ist davon leider nichts zu spüren. Auch dieses Mal stellte ich hier in Wonsan fest, daß in den Läden kaum Fisch im Angebot ist. Wir müssen die Bevölkerung das ganze Jahr über damit versorgen und deshalb unbedingt konsequente Maßnahmen für die Entwicklung der Fischerei ergreifen.

Hohe Fangertäge können nur erzielt werden, wenn Hochsee- und Küstenfischerei, insbesondere der Fang mit einfachen Geräten und Kleinschiffen, gleichzeitig gefördert werden.

Gegenwärtig legen die Funktionäre des Fischereiwesens nur auf die Hochseefischerei Wert und lassen die Fischerei mit einfachen Fanggeräten und Kleinschiffen ziemlich außer acht, was es uns unmöglich macht, die Fischproduktion zu erhöhen, und zudem den Orientierungen, an denen unsere Partei unbeirrt festhält, widerspricht.

Die Folge davon ist, daß die Bevölkerung im Falle von zu geringen Fangertträgen auf hoher See nur unzureichend mit Fisch versorgt werden kann.

Im Fischereiwesen ist mit solch einer spekulativen Tendenz Schluß zu machen und die Fischerei mit Kleinschiffen weiterzuentwickeln.

Hierfür ist es notwendig, die Fischfangbrigaden mit kleinen Schiffen von den Fischereibetrieben abzutrennen und gesondert zu einem neuen Betrieb zusammenzufassen, der auf den Fang mit solchen Fahrzeugen zu spezialisieren ist. Diese Fischereibetriebe haben die Aufgabe, die Treibnetz- und Langleinenfischerei zu betreiben sowie verschiedene andere Fangmethoden, wie z. B. das Angeln, anzuwenden. Auch viele ältere Bürger und Frauen sind in diese Betriebe einzubeziehen.

Ebenso gilt es, die Preise für Fischwaren richtig festzusetzen.

Die Tatsache, daß der Fischerei mit einfachen Fanggeräten und kleinen Schiffen derzeit nur ein geringes Interesse entgegengebracht wird, hängt in gewisser Weise auch damit zusammen, daß die Preise für ihre Fangertträge zu niedrig festgesetzt wurden. Die Preise für Fische, die mit kleinen bzw. großen Schiffen und entsprechenden Geräten angelandet wurden, dürfen nicht undifferenziert festgelegt werden. Wenn die Preise für die Fänge der Fischerei mit Kleinschiffen zu niedrig sind, wird sich niemand mehr damit befassen wollen.

Der zuständige Bereich muß die Preise für alle Fischwaren eingehend prüfen und richtig bestimmen. Dabei muß 1 kg Fisch aus der Fischerei mit einfachen Fanggeräten mehreren Kilogramm Fisch aus dem Fang mit großen Schiffen und entsprechenden Geräten gleichkommen, und in Übereinstimmung damit sind auch die Fischer zu entlohnen.

Die Pläne für die Fischproduktion sind ebenfalls richtig auszuarbeiten.

Den Fischereibetrieben mit großen Schiffen und dementsprechenden Fanggeräten, den Fischfangbrigaden mit kleinen Schiffen und dementsprechenden Fanggeräten, den Fischereigenossenschaften und den Fischfangbrigaden der GLB darf man aber nicht unterschiedslos ein und denselben Plan vorgeben. Der zuständige Bereich sollte auf der Grundlage eingehender Untersuchungen über den erreichbaren Tagesfang dieser Betriebe und Brigaden für jeden einen realistischen

Plan aufstellen.

Das gleiche gilt auch für die Fischereibetriebe mit großen Schiffen.

Zur Zeit kommt es vor, daß sie jährlich neun Monate lang herumtrödeln und die Rückstände in der Erfüllung der Jahrespläne mit den *Myongthae*-Fängen von drei Monaten ausgleichen. Solche Pläne zu vergeben war nicht in Ordnung. Ich kam 1976 zur Vor-Ort-Anleitung in diesen Bezirk und unterzog die hiesigen Fischer wegen eines derartigen Verhaltens einer strengen Kritik. Leider vermisse ich bis heute Fischer, die sich eines Besseren besonnen haben. Der Staat hat ihnen sogar universell einsetzbare Schiffe geliefert, damit sie die Fangträge steigern können, aber in der Fischerei sind keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen.

Der zuständige Bereich sollte den Plan exakt so erarbeiten, daß in allen Jahreszeiten zum Fang ausgelaufen wird. Es geht darum, neben dem Jahresplan auch Monatspläne für den *Myongthae*-Fang im Winter und im Sommer zu erarbeiten und zu erreichen, daß sie unbedingt erfüllt werden. Anderenfalls sollte die Entlohnung gekürzt werden. Heute erhalten schon die Fischer, wenn sie nur zum Fang auslaufen, Lebensmittel, werden voll bezahlt und kommen in den Genuß von Urlaub und Erholung, ungeachtet dessen, ob sie den Fangplan erfüllen oder nicht. Es tut not, über diese Problematik einmal gründlich nachzudenken.

Meines Erachtens wäre es besser, im Fischereiwesen das Wertgesetz exakt anzuwenden. Der zuständige Bereich muß sich über diese Frage Gedanken machen.

Entscheidungen über die Frage der Küstenfischerei werde ich erst treffen, nachdem ich die Fischwirtschaft der Bezirke Süd- und Nord-Hamgyong noch weiter untersucht habe.

Abschließend nun kurz über die Verbesserung der Kommunalwirtschaft.

Wonsan als die Hauptstadt des Bezirks Kangwon und als Hafenstadt stellt ein kulturvolles Erholungszentrum dar. Deshalb ist hier die Kommunalwirtschaft zielstrebig zu vervollkommen. Nur so ist es möglich, den Stadtbewohnern zivilisierte Lebensbedingungen zu sichern und die kulturelle Revolution auf dem Dorf beschleunigt zu

verwirklichen. Andernfalls würde Wonsan einen unansehnlichen Anblick bieten und hätten die Dorfbewohner von dieser Stadt nichts zu lernen.

Es bedarf der Verwirklichung dieses Vorhabens auch deshalb, weil viele Ausländer Wonsan besuchen. Wenn sie dort kein zivilisiertes Leben vorfinden, schmälert das das Ansehen unseres Landes.

Die Kommunalwirtschaft läßt in allen Städten noch zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde wollen wir Mitte November eine Plenartagung des ZK der Partei einberufen, auf deren Tagesordnung die Beratung und Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunalwirtschaft stehen werden. Bis dahin bleiben uns noch anderthalb Monate. In dieser Zeit werden die entsprechenden zentralen Institutionen die gesamten Angelegenheiten der Kommunalwirtschaft von Wonsan untersuchen und Schritte zu ihrer Verbesserung vorbereiten, um aus ihr eine Musterstadt zu machen.

Diese eingehende Untersuchung wird die lückenlosen Vorbereitungen auf die bevorstehende Plenartagung wie auch die Verbesserung der Kommunalwirtschaft von Wonsan begünstigen. Der für die Volksdienstleistungen zuständige Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates sollte diese allseitige Untersuchung und Kontrolle zusammen mit den Funktionären der Kommunalwirtschaft durchführen und über schwierige Probleme, die sich bei der Verbesserung dieses Bereiches ergeben, Bericht erstatten. Wir werden dabei helfen, sie voll und ganz zu lösen.

Da diese erweiterte Plenartagung des Bezirksparteikomitees Kangwon nur oberflächlich die Kommunalwirtschaft der Stadt Wonsan berühren kann, haben wir vor, in der Folgezeit einen gesonderten Beschluß für deren Verbesserung zu erlassen.

Die Untersuchungsgruppe für die Kommunalwirtschaft der Stadt muß vor allem die Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen eingehend überprüfen.

In Wonsan verliefen die Kanalisationsarbeiten bisher nicht in erforderlichem Maße, weshalb die Abwasserbehandlung, wie man sagt, ein großes Problem darstellt. Das macht nun bestimmte Maßnahmen unumgänglich. Die erforderlichen Schleuderbetonrohre für den Bau

von Abwasserleitungen sind von der Stadt Hamhung zu beziehen, weil sie in Wonsan selbst zur Zeit nicht hergestellt werden können. Da der Bezirk Kangwon aber über ein Zementwerk verfügt, können diese Rohre bei guter Arbeitsorganisation durchaus selbst aufgebracht werden.

Es sind auch die Dienstleistungseinrichtungen, darunter die Badeanstalten und Friseursalons, zu untersuchen und entsprechende Schritte zu deren Vervollkommnung einzuleiten.

Mir wurde berichtet, daß in der Bezirkshauptstadt Wonsan nicht genügend Badeanstalten entstanden sind. Es darf nicht sein, daß ihren Einwohnern aus diesem Grunde Unannehmlichkeiten erwachsen, zumal man heutzutage sogar in den Dörfern Badehäuser errichtet und betreibt.

Selbst in Pyongyang gibt es nicht viele moderne Badehäuser. Als ich Vorsitzender des Komitees für den Wiederaufbau der Stadt Pyongyang war, entstand das erste Badehaus neben der Technischen Hochschule „Kim Chaek“. Danach wurden kaum noch solche großen gebaut. Neuerlich veranlaßte das ZK der Partei die Stadt Pyongyang dazu, ein weiteres modernes Badehaus zu errichten, das rund 1000 Personen auf einmal aufnehmen kann.

In der Stadt Wonsan müssen ebenfalls viele solche Einrichtungen entstehen. Derartigen Bauvorhaben ist Priorität einzuräumen, selbst wenn andere dafür etwas zurückgestellt werden müßten.

Man muß sich auch mit dem Wohnen in Wonsan umfassend vertraut machen und Maßnahmen zur komfortablen Einrichtung der Wohnhäuser einleiten. Insbesondere betrifft das die Innenausstattung von Hochhäusern. Diese Häuser sind auf jeden Fall mit Trinkwasserleitungen und WC auszustatten. In manchen Städten sind zwar viele solcher Bauten entstanden, aber deren Trinkwasserversorgung läßt zu wünschen übrig, was den Bewohnern den Alltag erschwert. Deswegen sagt man, daß das Wohnen in den mehrstöckigen Gebäuden nachteiliger ist als in den ebenerdigen. Man muß also ausführlich in Erfahrung bringen, ob die Hochbauten in Wonsan mit Trinkwasser versorgt werden, mit WC und Fensterscheiben versehen sind, über gute Fußbodenheizungen und die notwendigen Möbel verfügen, ob das Regenwasser gut abgeleitet wird und ähnliche Dinge.

Außerdem sind auch alle anderen noch bestehenden Probleme in der Kommunalwirtschaft der Stadt Wonsan voll und ganz herauszufinden und präzise Vorschläge einzubringen, wie sie bis wann zu lösen sind.

Die Kommunalwirtschaft von Wonsan kann binnen kurzer Zeit verbessert werden, wenn der Bezirk die Arbeit gut organisiert. Da sich in dieser Stadt viele große Betriebe wie das Waggonwerk „4. Juni“, die Werft Wonsan, das Werk „18. Mai“ und das Motorenwerk Wonsan befinden, kann die Stadt ohne weiteres gut gestaltet werden, wenn man nur die Arbeitskräfte und Materialien, mit denen man dort verschwenderisch umgeht, effektiv nutzt. Allein mit den Arbeitskräften der Werft Wonsan, die jetzt nur ihre Zeit totschiessen, könnte man wahrscheinlich die Stadt schon schön umgestalten.

Zu lösen sind auch die Fragen des städtischen Nahverkehrs.

Dieser Tage hat das ZK der Partei beschlossen, den Städten Wonsan und Hamhung jeweils 10 Busse zur Verfügung zu stellen. Wir hätten Wonsan gern noch mehr Busse und O-Busse geliefert, aber das ist momentan nicht sofort realisierbar. Die Wonsaner sollten ruhig vornehmlich mit Rädern fahren, weil das gesünder ist und auch keine Umweltverschmutzung verursacht.

Ich habe mir sagen lassen, daß die Luft in Tokio von den Auspuffgasen unzähliger Autos verunreinigt wird und die Menschen, die im 2. Stock oder höher wohnen, meistens unter einer Krankheit leiden.

Ferner hörte ich von der Feststellung eines ausländischen Doktors der Medizin nach dem Besuch in Beijing, daß die Anzahl von Krebs- und Tbc-Erkrankungen in dieser Stadt geringer ist als in New York, weil dort der Autoverkehr noch nicht so große Ausmaße angenommen hat. In Beijing sieht man sehr viele Radfahrer, und nicht nur Männer, sondern auch ältere Frauen. Hier in Wonsan sah ich dieser Tage nur wenige Rad fahren.

Im Kreis Anju ist mit Hilfe von 10 000 Rädern, die bei der Inbetriebnahme der Brücke Chongchon geliefert wurden, die Frage des Berufsverkehrs vollständig gelöst worden.

Den Bewohnern von Wonsan sind viele Räder zu liefern. Wenn das Waggonwerk „4. Juni“ seine Verpflichtung, ihnen jährlich rund 2000

Stück bereitzustellen, erfüllte, wäre das sehr zu begrüßen. Sobald wir genug davon produzieren, sollten die jungen Menschen sie als Fortbewegungsmittel nutzen und nur die Kinder und älteren Bürger mit dem Bus fahren.

Wir brauchen viele Frachtfahräder.

Sie sind für den Transport von 200 bis 300 kg geeignet. Bei einem Besuch in einem anderen Land stellte ich einmal fest, daß solche Räder sogar in Gästehäusern für die Beförderung der benötigten Waren eingesetzt wurden.

Das Waggonwerk „4. Juni“ kann alle notwendigen Teile für ihre Herstellung aus eigener Kraft erzeugen. Deshalb sollte das Werk diese Arbeit auf bewährte Weise organisieren und sie in großer Anzahl produzieren.

Die dafür benötigten Werkzeugmaschinen werden im kommenden Jahr dem Werk zur Verfügung stehen. Im laufenden Jahr sind sie drei Bezirken, darunter Süd- und Nord-Phyongan, zu liefern.

Damit Kangwon seine Aufgaben erfolgreich erfüllt, sollte das Bezirksparteikomitee als Herr des Bezirkes die parteimäßige Anleitung der Staats- und Wirtschaftsangelegenheiten intensivieren. Auf diese Weise ist dafür zu sorgen, daß die Arbeit in diesem Bezirk eine grundlegende Wende erfährt.

# **ÜBER DIE KORREKTUR DES LEITUNGSSYSTEMS IN DER FISCHWIRTSCHAFT UND DIE WEITERE FESTIGUNG IHRER MATERIELL-TECHNISCHEN BASIS**

**Rede auf der Beratung der Mitarbeiter im Fischereiwesen  
des Bezirkes Süd-Hamgyong**

*12. Oktober 1978*

Der schnellste Weg zur Steigerung der Produktion von Zuspeisen zum Reis besteht in unserem Land, das an drei Seiten vom Meer umgeben ist, in der Entwicklung der Fischwirtschaft.

Den starken Auswirkungen der arktischen Kaltluft zum Trotz betreiben wir den Ackerbau gemäß der einheimischen Ackerbaumethode und bringen jedes Jahr eine reiche Ernte ein. Auf diese Weise versorgen wir die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln und Gemüse. Wenn wir künftig nur noch die Fleisch- und Fischproduktion erhöhen, ist es möglich, den Speiseplan des Volkes beträchtlich zu erweitern. Aber es ist nicht leicht, die Viehwirtschaft zu entwickeln, um die Bevölkerung dadurch mit genügend Fleisch zu versorgen. Wir sind noch nicht in der Lage, der Bevölkerung ausreichend Fleisch und Eier bereitzustellen, was darauf zurückzuführen ist, daß die zahlreichen Schweine-mastbetriebe und Hühnerfarmen, die zwar in den vergangenen Jahren überall entstanden sind, nicht im erforderlichen Maße mit Futtermitteln beliefert werden. Wenn wir uns aber für die Entwicklung der Fischwirtschaft einsetzen, können wir der Bevölkerung das ganze Jahr über kontinuierlich ausreichend Fisch liefern.

Aus diesem Grunde kam ich 1976 hierher in den Bezirk Süd-Hamgyong und berief eine Tagung der Aktivisten des Fischereiwesens im östlichen Küstengebiet ein, auf der ich mit Nachdruck forderte, die Fischwirtschaft zu entwickeln und die Bevölkerung das ganze Jahr über mit Fisch zu versorgen.

In den gut zwei Jahren, die seit dieser Tagung vergangen sind, wurden auf diesem Gebiet Fangschiffe universalisiert und eine umfangreiche materiell-technische Basis der Fischwirtschaft geschaffen. Aber wir sind noch nicht imstande, die Fangerträge zu steigern, da es uns nicht gelungen ist, die Fangschiffe zu modernisieren und überall wissenschaftliche Fangmethoden einzuführen.

Die Funktionäre im Fischereiwesen denken zur Zeit nur daran, im Winter *Myongthae* zu fangen, und vergessen fast den Fischfang im Sommer. Sie sind zugleich nur an dem Auslaufen großer Schiffe aufs offene Meer interessiert, nicht aber an einer umfassenden Küstenfischerei. Nach diesmaligen Untersuchungen kümmern sich die Fischereibetriebe nicht darum, daß die Fischer der Küstenfischfangbrigaden für den Fang in die Küstengewässer hinausfahren, sondern setzen sie auf den Großschiffen als Hilfskräfte ein. Die Funktionäre in diesem Bereich meinen, daß der Plan dieser Brigaden dann erfüllt werden könnte, wenn die großen Schiffe so etwa zwei Fangeinsätze mehr machten, und schenken dabei der Küstenfischerei keine Aufmerksamkeit.

Wegen Mangels an Fangschiffen mit Motorantrieb und verschiedenen Fanggeräten, darunter an Netzen und Angelhaken, sind die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) nicht in der Lage, den Fangertrag zu erhöhen, obwohl sie es wollen. Aber niemand bemüht sich darum, ihnen zu helfen. Die Fischereigenossenschaften werden im Gegensatz zu den Fischereibrigaden der GLB noch von der Örtlichen Verwaltung zur Leitung der Fischwirtschaft unterstützt.

Wir müssen diese Unzulänglichkeiten beim Fischfang so schnell wie möglich beseitigen und Maßnahmen für die Weiterentwicklung der Fischwirtschaft ergreifen.

Vor allem ist ein richtiges Leitungssystem des Fischereiwesens

notwendig.

Eine Verbesserung dieses Systems im Einklang mit den Forderungen der gegenwärtigen Entwicklung ermöglicht es, die Leitung der staatlichen und genossenschaftlichen Fischwirtschaften zu intensivieren und damit die Fischwirtschaft noch mehr voranzubringen.

Dabei ist es wichtig, die Leitung dieser Genossenschaften und Brigaden mit industriemäßigen Methoden zu sichern.

Es gibt zur Zeit viele solche Genossenschaften und Brigaden, aber es wurde versäumt, sie verantwortungsbewußt anzuleiten. Daß sie bislang administrativ und nicht industriemäßig geleitet wurden, ist meines Erachtens die Ursache für die unzureichenden Fangerträge. Deshalb muß für ihre Verwaltung ein neues, industriemäßiges Leitungssystem geschaffen werden.

Die Kreise sollten ein Direktorium für die Fischereigenossenschaften bilden, das die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB einheitlich leitet. Im Bezirk Süd-Hamgyong gibt es zehn Küstenkreise. Das Direktorium sollte am besten dort gegründet werden. Wir könnten dieses Kreisdirektorium für Fischereigenossenschaften als „Kreiskomitee zur Leitung der Fischereigenossenschaften“ bezeichnen. Davon ist aber abzuraten, da er dem Namen des Kreiskomitees zur Leitung der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (GLB) zu ähnlich ist. Auch wäre der Name „Kreisverein für Fischereigenossenschaften“ möglich. Aber er wirkt zu veraltet und ist deshalb nicht gut.

Das Kreisdirektorium für Fischereigenossenschaften und das Kreiskomitee zur Leitung der GLB unterscheiden sich in ihrem Charakter. Das letztgenannte ist ein spezielles landwirtschaftliches Leitungsorgan, das die GLB direkt leitet und mit Unterstützung der der Landwirtschaft dienenden Institutionen und Betriebe, darunter des Werkes für Ackergeräte, des Verwaltungsbetriebes für Bewässerungsanlagen und der Landmaschinenstationen, die materiell-technische Hilfe des Staates realisiert. Aber das erstgenannte ist eine genossenschaftliche Wirtschaftsform, die die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB in den Kreisen zentral verwaltet und leitet. Einfach ausgedrückt heißt dies, es entspricht als eine Form der Vereinigung von Fischerei-

genossenschaften in den Kreisen dem GLB-Vorstand.

Sein Eigentum besteht aus dem gemeinsamen Eigentum der Fischereigenossenschaften wie auch der Fischereibrigaden der GLB in den Kreisen. Deshalb könnte man auch davon sprechen, daß das Kreisdirektorium einer Aktiengesellschaft ähnlich ist. Dieses Gremium muß von den Vertretern dieser Genossenschaften und Brigaden gewählt werden, und die gesamte Leitungstätigkeit – von der Organisierung der Produktion bis hin zur Verteilung – muß entsprechend dem Statut durchgeführt werden. Darin sollten konkrete Bestimmungen über dessen Wahlordnung und gesamte Betriebsführung festgelegt und auch die Aufgabe des Vorsitzenden des Kreisdirektoriums umrissen sein.

Seine Verwaltungsmitglieder sollten nicht vom Staat Monatsgehälter bekommen, sondern wie die Mitarbeiter des GLB-Vorstandes an der gemeinsamen Verteilung der Genossenschaften teilnehmen. Das Statut des Kreisdirektoriums muß ebenso festlegen, welche Summe vom Gewinn der Genossenschaften für den gemeinsamen Akkumulationsfonds und für die Abgaben an den Staat bereitgestellt wird und wieviel zur Verteilung zur Verfügung steht. Die Zahlung an den Staat muß verbindlich sein.

Da der Staat die unentgeltliche medizinische Behandlung und die allgemeine obligatorische 11jährige Bildung gewährleistet, sollte man einen Teil des Gewinns der Genossenschaften an den Staat abliefern. Ich halte es für gut, daß sich die Funktionäre der Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB versammeln und beschließen, welche Summen dem Staat zur Verfügung zu stellen sind. Die Auswertung der Leitungstätigkeit muß quartalsweise durchgeführt werden. Dabei ist bekanntzugeben, wieviel man vom Gewinn des entsprechenden Quartals dem Staat zu zahlen hat.

In den Bezirken muß ein Bezirkswirtschaftskomitee für Fischereigenossenschaften, das die Fischereigenossenschaften leitet, gebildet werden.

Diese Komitees müssen zu einer staatlichen Institution werden, die die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB in den Bezirken mit industriemäßigen Methoden anleiten und den Fischereigenossenschaften dienen.

So wie das Kreiskomitee zur Leitung der GLB mit den staatlichen Institutionen und Betrieben, die der Landwirtschaft dienen, die GLB in den Kreisen mit industriemäßigen Methoden leitet, müssen sie auf die gleiche Weise die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB mit den staatlichen Institutionen und Betrieben, die den Fischereigenossenschaften dienen, leiten. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß diesen Komitees Schiffsreparatur-, Fanggeräte- und Netzwerke, Kraftfahrzeuge, Wohnungsbaubetriebe in den Fischersiedlungen, Materialkontore und Tankstellen unterstehen.

Nur dann ist es ihm möglich, die technische Leitung, die Materialversorgung und die Schiffsreparatur für Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB in den Bezirken verantwortlich durchzuführen. Der Staat hat den Funktionären dieser Komitees Monatsgehälter zu zahlen.

Die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB müssen gründlich untersuchen, wie mehr Fisch zu fangen, das Fanggut zu lagern, zu trocknen und zu verkaufen ist, wie die Schiffsreparaturen zu erfolgen haben und wie Fanggeräte bereitzustellen sind.

Bei der Verbesserung des Leitungssystems im Fischereiwesen ist es ferner wichtig, die Küstenfischereibrigaden von den Fischereibetrieben zu trennen und Spezialbetriebe für den Küstenfischfang zu bilden.

Dieser Tage machte ich mich mit dem Fischereiwesen Ihres Bezirkes vertraut und stellte fest, daß die Fischer der Küstenfischereibrigaden nicht auf das Meer hinausfahren, sondern anderen Beschäftigungen nachgehen.

Meiner Meinung nach ist es unmöglich, die Küstenfischerei zu entwickeln, wenn die entsprechenden Brigaden wie jetzt den Fischereibetrieben unterstellt werden. Da diese Brigaden zur Zeit keinen größeren Fangertrag als die Fischereigenossenschaften erzielen, würden sie also den Plan für die Küstenfischerei nicht erfüllen und manchen Schaden erleiden, wenn sie ihr Plansoll im Fischereibetrieb wie vorgesehen um das Dreifache 1978 erhöhen sollten. Deshalb ist es angebracht, die Küstenfischereibrigaden von den Fischereibetrieben zu trennen und in neuen Betrieben zusammenzuschließen, die sich speziell mit der Küstenfischerei beschäftigen. Sie sollten den Namen

„Staatlicher Küstenfischereibetrieb“ erhalten.

Wir müssen ihnen bei der Schaffung einer zuverlässigen materiell-technischen Basis helfen. In den neuen Betrieben hat die Verteilung wie in den Fischereigenossenschaften zu erfolgen, der Fischfang darf jedoch nicht gemeinsam mit den Fischereibetrieben vorgenommen werden, weil alles sonst beim alten bleiben würde. Deshalb müssen wir den staatlichen Küstenfischereibetrieben die erforderliche materiell-technische Basis zur Verfügung stellen, damit sie mit eigener Kraft wirtschaften können.

Bis dahin sollten ihre Fische in den Einsalzbehältern und Kühlanlagen der Fischereibetriebe gelagert werden, deren Kapazität z. Z. nicht voll ausgelastet ist. Die staatlichen Küstenfischereibetriebe haben das Recht, solche Behälter und Anlagen zu benutzen, und die Funktionäre der Fischereibetriebe müssen, wenn sie ihnen diese nicht zur Verfügung stellen, gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden.

Die Verwaltung der staatlichen Küstenfischereibetriebe sollte nicht über allzu viele, sondern wenige Planstellen verfügen.

Sie sollten aus einem Direktor, einem Parteisekretär, einem Hauptbuchhalter und einem Instrukteur, der sich mit Materialfragen befaßt, d. h. aus insgesamt 4–5 Personen bestehen. Würde unter diesen oder jenen Vorwänden der Apparat aufgebauscht, nähme die Zahl der nichtproduktiven Arbeitskräfte zu. Das muß bei der Ausarbeitung der Stellenpläne berücksichtigt werden.

Die Planstellen in der Verwaltung der neu zu bildenden Betriebe sind nicht pauschal, sondern im Einklang mit den jeweiligen Gegebenheiten der einzelnen Betriebe festzulegen, d. h., es ist von Fall zu Fall konkret zu prüfen, aus wie vielen Arbeitskräften und Schiffen die Küstenfischereibrigade eines Fischereibetriebes besteht, wie viele Planstellen der Verwaltung des neuen staatlichen Küstenfischereibetriebes deshalb zur Verfügung stehen müssen und welcher Kategorie der Betriebe angehören soll.

Auch die Schaffung der staatlichen Küstenfischereibetriebe – die von Fischereibetrieben zu trennen sind – muß von Fall zu Fall nach gründlichen Untersuchungen geschehen. In Ihrem Bezirk gibt es elf Fischereibetriebe. Der in Sinpho hat keine Küstenfischereibrigade, und

der in Ryongdae ist so klein, daß er die Küstenfischereibrigade auch weiterhin zur Verfügung haben muß. Die Küstenfischereibrigaden aus den anderen neun Betrieben sind auf der Grundlage gründlicher Untersuchungen in staatliche Küstenfischereibetriebe umzuwandeln.

Diese haben das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu verwirklichen. Sie müssen ihr Realeinkommen, d. h. den Gesamtgewinn abzüglich der Abgaben an den Staat und der Einlagen für den gemeinsamen Akkumulationsfonds, unter den Belegschaften verteilen. Der Anteil am Gewinn sollte jeweils den Fangergebnissen entsprechen. Die Fischer der Betriebe dieser Art würden dann nicht mehr an Land Netze fertigen, sondern aufs Meer hinausfahren wollen, um mehr Fisch zu fangen.

Die Einkommensverteilung setzt voraus, daß ein Limit festgelegt wird. Für die Arbeiter des staatlichen Obstbaubetriebes gilt ein Limit von 120 bis 150 Won pro Monat, und sie werden nach ihren Leistungen entlohnt. Dieses Prinzip haben wir seinerzeit nach langer Forschung eingeführt. Wenn es sich in der Praxis bewährt, sollte man es auch in den staatlichen Küstenfischereibetrieben anwenden.

Es wurde vorgeschlagen, die Gewinne dieser Betriebe für einige Jahre zur Stabilisierung ihrer Basis zu verwenden. Es ist eine andere Frage, zu welchem Zweck sie konkret genutzt werden, wichtig ist, daß sie angelegt werden.

Bei der Verbesserung des Leitungssystems im Fischereiwesen kommt es ferner darauf an, ein richtiges Leitungssystem für die nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden in Institutionen und Betrieben zu schaffen.

Es ist ratsam, in Kreisen, die über mehr als drei solcher Brigaden verfügen, einen Verwaltungsvorstand für nebenwirtschaftliche Fischereibrigaden zu organisieren. Manche vertreten die Meinung, die nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden der Institutionen und Betriebe sollten zu unabhängigen Betrieben gemacht werden, so wie die Küstenfischereibrigaden von den Fischereibetrieben abgetrennt und zu staatlichen Küstenfischereibetrieben umgewandelt werden, was jedoch nicht gutzuheißen ist. Die Zahl der Verwaltungsmitarbeiter eines solchen unabhängigen Betriebes würde dann die der Fischer

übersteigen, weil ein Direktor, ein Chefindgenieur, ein Hauptbuchhalter, ein Materialkontorist und eine Verkaufskraft notwendig wären. Deshalb muß man diese nebenwirtschaftlichen Brigaden so belassen, wie sie sind – mit einem Brigadier, einem Parteisekretär, einem technischen Leiter und einem Statistiker. Die dritte Brigade des Landwirtschaftsbetriebes Nr. 7 praktiziert das ja.

Dieser Brigade stehen nur die erwähnten vier Personen vor. Früher war sie ein GLB mit elf Verwaltungsmitarbeitern, darunter einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem Parteisekretär und einem Chefagronom. Deshalb reduzierten wir ihre Zahl auf vier Personen und verwandelten den Betrieb in eine Brigade. Als eine über den Brigaden stehende Stelle organisierten wir den Vorstand des GLB Jangsuwon und sorgten dafür, daß er sich direkt für die technische Leitung und die Materialversorgung einsetzte. Der Verteilung sollte jeweils eine Brigade als Einheit der wirtschaftlichen Rechnungsführung zugrunde liegen.

Die Städte Hamhung und Sinpho im Bezirk Süd-Hamgyong, die Stadt Wonsan und der Kreis Munchon im Bezirk Kangwon sowie die Stadt Chongjin können Verwaltungsvorstände der nebenwirtschaftlichen Stadt- und Kreisfischereibrigaden gründen. Diese Vorstände könnten u. a. in der Stadt Hamhung durch die Zusammenlegung der nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden der Institutionen und Betriebe, darunter des Vereinigten Düngemittelwerkes Hungnam und der Maschinenfabrik Ryongsong, und in der Stadt Sinpho durch den Zusammenschluß der vier nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden der dortigen Institutionen und Betriebe geschaffen werden. Auf diese und ähnliche Weise können sie auch in der Stadt Wonsan und im Kreis Munchon entstehen.

In den Städten und Kreisen, die jeweils ein oder zwei nebenwirtschaftliche Fischereibrigaden der Institutionen und Betriebe haben, darf man diese nicht so in den Betrieben belassen, wie sie sind. Sonst könnten die Fischer bedenkenlos für andere Beschäftigungen eingesetzt werden, wie das in den Küstenfischereibrigaden der Fischereibetriebe getan wurde.

In solchen Städten und Kreisen könnte man sie durchaus in

Fischereigenossenschaften verwandeln und den Stadt- und Kreisdirektoraten für Fischereigenossenschaften unterstellen.

Die nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden, die von den Institutionen und Betrieben nur in der Saison unterhalten werden, müssen wir so bestehen lassen, wie sie sind. Die Brigaden, die z. B. der Zentralvorstand des Verbandes der Sozialistischen Jugend der Arbeit Koreas im Sommer, wenn die Kinder in Ferienlagern sind, unterhält, um die Fischversorgung zu sichern, spielen die gleiche Rolle wie die Nebenwirtschaften in den Institutionen und Betrieben. Solche Brigaden sollten nach wie vor bestehen bleiben.

Zur Zeit gibt es auch im Westmeergebiet viele nebenwirtschaftliche Fischereibrigaden in den Betrieben. Ich habe vor, sie in anderer Form zu organisieren.

In den Küstenbezirken muß jeweils eine Hauptverwaltung für Fischereiwesen entstehen, die die staatliche Fischwirtschaft verwaltet.

Da die von den Fischereibetrieben getrennten Küstenfischereibrigaden gesondert in einem staatlichen Küstenfischereibetrieb zusammengefaßt werden, braucht die bestehende Generalverwaltung für Fischwirtschaft nicht weiter zu existieren. Die damalige Bildung der Generalverwaltungen für Fischwirtschaft im Ost- bzw. Westmeergebiet zielte darauf ab, in die Leitung beider Fischwirtschaften die gleiche Kraft zu investieren, weil sich die verantwortlichen Funktionäre im Ministerium für Fischereiwesen nur dem Ostmeergebiet widmeten und es dabei versäumten, den Fang im Landesmaßstab zu erfassen und anzuleiten. Diese beiden Generalverwaltungen sind die Organe, die keine Betriebsführung übernommen haben, sondern nur die Produktion anleiten. Deshalb sind sie aufzulösen, und in den Küstenbezirken sind Hauptverwaltungen für Fischereiwesen zu bilden.

Wird die Bezirkshauptverwaltung für Fischwirtschaft in einen Vereinigten Betrieb umgeformt, so könnte das dessen Funktionäre dazu verleiten, bürokratisch und willkürlich vorzugehen. Deshalb wäre es gut, in den Bezirken keine Vereinigten Fischereibetriebe, sondern im Einklang mit den früheren Vorschlägen Bezirkshauptverwaltungen für Fischereiwesen zu bilden.

Diese Betriebshauptverwaltungen für Fischereiwesen sind sowohl

dem Bezirk als auch dem Ministerium für Fischereiwesen zu unterstellen. Ihnen sind Materialkontore wie auch ein Apparat zur Anleitung der Kreisvorstände der nebenwirtschaftlichen Fischereibrigaden zur Seite zu stellen.

Des weiteren ist die materiell-technische Basis der Fischwirtschaft weiter zu verstärken.

Sonst ist es selbst mit einem verbesserten Leitungssystem im Fischereiwesen nicht möglich, das ganze Jahr über zum Fang aufs Meer hinauszufahren. Dazu müssen wir eine stabile materiell-technische Basis der Fischereibetriebe und -genossenschaften wie auch der Fischereibrigaden der GLB schaffen.

Vor allem sind dazu die Fangschiffe zu modernisieren.

In den zwei Jahren nach dem Treffen der Aktivisten des Fischereiwesens im östlichen Küstengebiet wurden zwar viele Fangschiffe universalisiert, aber sie sind noch nicht mit den erforderlichen modernen wissenschaftlich-technischen Ausrüstungen versehen. Es gibt natürlich modern ausgestattete Fischortungsschiffe. Das allein reicht aber nicht, um das ganze Jahr über Fischfang zu betreiben.

Als ich mich dieser Tage hier in Ihrem Bezirk mit Fischern einiger Fischereibetriebe unterhielt, stellte ich fest, daß die Ursache für den niedrigen Fangertrag bei Sardinen im Vorjahr nicht darin bestand, daß die Sardinenschwärme nicht weiter als bis zur militärischen Demarkationslinie kamen. Auch in diesem Jahr durchzogen große Sardinenschwärme unsere Hoheitsgewässer an der Ostmeerküste. Aber es wurden nicht viele von ihnen gefangen, weil den Fangschiffen moderne Ausrüstungen, darunter Loran-Empfänger und Horizontalecholote, fehlten. Mit Echolot machte man die Sardinenschwärme aus und informierte dann die Fangschiffe. Aber die Schwärme waren inzwischen verschwunden. Die Schiffe waren nicht mit Loran-Empfängern ausgerüstet und konnten deshalb Richtung und genaue Stelle nicht mehr ausfindig machen. Die Fangschiffe ohne Horizontalecholot konnten selbst in 15 m Entfernung vorbeiziehende Sardinenschwärme nicht finden.

Hätten wir die Fangschiffe mit modernen Ausrüstungen wie Loran-

Empfängern und Horizontalecholoten ausgestattet, wären wir in der Lage gewesen, in diesem Jahr mehr als 100 000 t Sardinen aufzubringen. Wir sind nicht in der Lage, mehr zu fangen, weil unseren zuverlässig universell einsetzbaren Fangschiffen zu wenig moderne Ausrüstungen zur Verfügung stehen. Das ist sehr bedauerlich.

Eine Ursache für diese Mißerfolge liegt auch darin, daß die Funktionäre im Fischereiwesen weder Kenntnisse über den Fang noch Erfahrungen im Sardinenfang haben.

Sie denken nicht daran, die Liebe der Sardinen zum Licht zu berücksichtigen und diese Eigenschaft beim Fang zu nutzen. Wirft man in der Nacht bei Licht ein Netz aus oder richtet man darauf einen Scheinwerfer, kann man die Sardinen damit ins Netz locken. Wie mir berichtet wurde, beleuchtet man nur die Schiffe, nicht aber das Wasser an der Fangstelle, weshalb die Sardinenschwärme die Schiffe zwar umschwimmen, aber nicht ins Netz gehen.

Natürlich können die Funktionäre im Fischereiwesen nicht genau wissen, welche wissenschaftlich-technischen Einrichtungen und Netze und welche Methoden für den Sardinenfang erforderlich sind, weil sie keine entsprechenden Erfahrungen haben. Sie könnten jedoch durchaus darüber Bescheid wissen, wenn sie entweder die entsprechenden ausländischen Fachbücher oder die in der „Information neue Technik“ veröffentlichten Materialien lesen würden.

Auch diejenigen, die in der Zeit des japanischen Imperialismus beim Sardinenfang halfen, haben keine entsprechenden Erfahrungen. Als ich den Bezirk Kangwon besuchte, traf ich mich mit einem 70jährigen, der schon damals Fischer war, um mich mit der Methode des Sardinenfangs vertraut zu machen. Er war mehrere Male mit einem japanischen Sardinenfangschiff auf See gewesen. Er wußte aber nichts, weil er nur das Schiff gesäubert und die Fänge verarbeitet hatte. Solche Fischer haben keine Erfahrungen im Sardinenfang, die man von ihnen hätte lernen können.

Unsere Aufgabe ist es, auf jeden Fall wissenschaftliche Fangmethoden, die der Realität unseres Landes entsprechen, aktiv einzuführen und verschiedenartige Fische, darunter Sardinen, in großen Mengen zu fangen.

Für die Modernisierung der Fangschiffe werden die entsprechenden verschiedenen Ausrüstungen und Fanggeräte benötigt.

Wir brauchen eine bestimmte Zeit, um alle modernen technischen Ausrüstungen, darunter Loran-Empfänger und Horizontalecholotgeräte, aus eigener Kraft zu schaffen. Es wäre deshalb vernünftig, solche Erzeugnisse zu importieren.

Nicht jedes Fangschiff muß z. B. mit einem Loran-Empfänger ausgestattet werden. Da die Fangschiffe der Fischereibetriebe jetzt als organisierte Flotten in See stechen, ist es ratsam, jeder Flotte einen solchen Empfänger und ansonsten UKW-Funkgeräte zur Verfügung zu stellen, damit die Schiffe untereinander in Verbindung bleiben können. Aufgrund der direkten Konfrontation mit den Feinden sollten die Schiffe nicht mehr einzeln, sondern im Verband auslaufen. Es bedarf keiner großen Importe, um jeder Flotte entweder einen Loran-Empfänger oder ein Horizontalecholot zu liefern.

Auch die Ausrüstungen für die Lichtfischerei müssen eingeführt werden. Hätten wir sie unseren Fangschiffen in diesem Jahr in gewissem Umfang zur Verfügung gestellt, wären wir in der Lage gewesen, etwa 30 000 bis 40 000 t Makrelenhechte aufzubringen. Es gilt, eingehende Untersuchungen über diese Anlagen anzustellen und die benötigten aus dem Ausland zu beziehen.

Einerseits müssen die erforderlichen technischen Ausrüstungen für die Modernisierung der Fangschiffe importiert werden, andererseits sind aber auch Maßnahmen zu ergreifen, um sie mit eigener Kraft herzustellen.

Die Fangschiffe müssen über verschiedene moderne Fanggeräte verfügen.

Das Meer vor unserer Ostmeerküste ist sehr reich an Fischressourcen, sowohl an Stand- als auch an Wanderfischen. Wie ich hörte, haben Armeeangehörige heute in einer kurzen Zeit mit bloßen Händen eine Schüssel voller Fische gefangen. Aber in diesem Jahr konnten wir infolge der mangelhaften Versorgung unserer Schiffe mit verschiedenen Fanggeräten, darunter Netzen und Angelhaken, weder den Fangertag bei Sardinien, die im Sommer unsere Gewässer durchziehen, noch den bei den im Herbst kommenden Sardellenschwärmen erhöhen.

Dem Bericht der Fischer zufolge, die in diesem Jahr auf Sardinienfang waren, zogen zuerst große, dann mittelgroße und zuletzt kleine Sardinen durch unser Ostmeer. Die großen Sardinen sollen im vergangenen Jahr kaum ins Netz gegangen sein, weil man nur ein 20-mm-maschiges Netz lieferte. Als das großmaschige Netz gespannt wurde, gingen die zuletzt kommenden kleinen Fische hindurch. Hätte man solche Besonderheiten der Sardinen berücksichtigt und dementsprechend drei Sorten von Netzen bereitgestellt, wäre man in der Lage gewesen, alle Sardinen, große wie auch kleine, zu fangen.

Das gleiche trifft auch auf Sardellen zu. Man sagt, es sei unmöglich, im Frühjahr und im Herbst die gleichen Netze anzuwenden, da die Schwärme im Frühjahr aus großen und im Herbst aus kleineren Fischen bestehen. Da den Fangschiffen nicht die geeigneten Netze zur Verfügung gestellt wurden, entkamen uns also die Sardellenschwärme im Herbst.

Während des Gespräches, das ich mit Fischern der Fischereibrigade des GLB Sojung im Kreis Thoejo führte, sagten sie mir, daß sie wegen Mangels an Netzen kaum hohe Fangerträge erreicht haben.

Um den Fangertrag zu erhöhen, müssen wir eine Vielzahl von verschiedenartigen guten Netzen und anderen Fanggeräten produzieren, die eine sichere Gewähr dafür sind, sowohl die im Frühjahr und Sommer als auch die im Herbst und Winter durch unsere Hoheits- und Küstengewässer ziehenden großen und kleinen Fische aufzubringen.

Es sollte Nylongarn importiert und damit entsprechend unseren maritimen Bedingungen und Fangmethoden Netze hergestellt werden. Nylonnetze sind salzwasserresistent und deshalb lange Zeit haltbar. Netze aus Vinalongarn hingegen haben nicht diese Eigenschaft und sind deshalb nur einige Jahre verwendbar. Alljährlich werden einige tausend Tonnen Vinalonwolle zu Fischereinetzen verarbeitet. Aber das zahlt sich nicht aus. Es ist besser, diese Wolle den Fabriken der Leichtindustrie zur Verfügung zu stellen, um damit Stoffe zu weben sowie Kleidung herzustellen, um sie zu exportieren und dafür Nylongarn für Fangnetze zu importieren.

Wenn die Polyäthylenfabrik des Vereinigten Chemiebetriebes „Jugend“ arbeitet, müssen die Netze auch aus Polyäthylen hergestellt

werden.

Die Netzfabriken in Hamhung und Sinpho sind ausreichend mit Ausrüstungen und Materialien zu versorgen, damit sie verschiedenartige und gute Netze herstellen können.

Auch die Erfassung alter Netze hat systematisch zu erfolgen. Um dem Fischereiwesen neue zu liefern, müssen die gebrauchten konsequent und pflichtbewußt eingesammelt werden.

Die Stärkung der materiell-technischen Basis der Fischwirtschaft erfordert ferner, daß eine zuverlässige Basis für die Herstellung von Ersatzteilen entsteht.

Ihr Fehlen verhindert zur Zeit die termingerechte Reparatur von Fangschiffen. Damit das Fischereiwesen die verschiedenen erforderlichen Schiffsteile selbst herstellen kann, muß es sich eine zuverlässige Produktionsstätte dafür schaffen.

Sie sollte innerhalb einer Maschinenfabrik – die dann als Stammfabrik fungiert – gegründet werden. Das ermöglicht eine schnelle Realisierung dieses Vorhabens. Im Fischereiwesen gibt es aber zur Zeit keine Maschinenfabrik, die dafür geeignet wäre. Deshalb muß man überlegen, ob das 1. Ministerium für Maschinenbau dem Ministerium für Fischereiwesen eine Maschinenfabrik übergeben kann.

Das Ministerium für Fischereiwesen beansprucht das Werk „5. Dezember“. Dann aber entstehen sofort Schwierigkeiten mit der Produktion von Radialbohrmaschinen. Meiner Meinung nach wäre es gut, eine der in Hamhung, Wonsan, Chongjin oder Sinpho ansässigen Fabriken auf die Produktion von Ersatzteilen für das Fischereiwesen umzustellen.

Das Ministerium für Fischereiwesen muß auch die Möglichkeit prüfen, die dafür erforderliche Produktionsbasis durch die Erweiterung der Abteilung für Instandsetzung und Stromversorgung eines Fischereibetriebes zu schaffen.

Sie könnte zwar in der Nähe der Werft Sinpho entstehen, aber dort gibt es kein Baugrundstück. Als ich 1976 die Werft Sinpho besuchte, konnte ich am Strand schon kaum noch den Platz für den Bau eines Dockes bestimmen.

Die Maschinenfabrik des Fischereiwesens „13. März“ ist zu klein.

Eine große Basis für Ersatzteilproduktion würde entstehen, wenn die Zweigfabrik für Ersatzteile des Fischereibetriebes „Kim Chaek“ als Stammfabrik fungierte. Wenn sie in der Kim-Chaek-Stadt aufgebaut wird, kann sie problemlos mit Stahl aus dem Stahlwerk Songjin beliefert werden. Da das Gebäude der Zweigfabrik für Ersatzteile des Fischereibetriebes „Kim Chaek“ groß ist, wäre es deshalb nicht schlecht, dort eine Basis für die Produktion von Ersatzteilen zu schaffen.

Für die Ausrüstung dieser Basis sollte jede Maschinenfabrik eine Werkzeugmaschine liefern. Es genügt, wenn der Betrieb „18. Januar“ durch die Bewegung „Jede Werkzeugmaschine bringt neue“ einen Kurbelwellenautomaten herstellt.

Wenn die Komitees und Ministerien des Verwaltungsrates dem Ministerium für Fischereiwesen jeweils eine der in der Basis für Ersatzteilproduktion benötigten Maschinen zur Verfügung stellen, sind wir in der Lage, diese auch ohne die Einfuhr von Ausrüstungen in einer kurzen Frist zu schaffen.

Aber einen Teil der dafür notwendigen Ausrüstungen sollten wir importieren.

Ich halte es für wünschenswert, die Maschinenfabrik für Schwachstromtechnik Sinpho als Basis für die Reparatur der in Fangschiffen installierten Schwachstromapparate und für die Produktion von Ersatzteilen auszugestalten. Diese Fabrik wurde als materiell-technische Grundlage des Fischereiwesens aufgebaut. Aber sie untersteht jetzt dem Ersten Ministerium für Maschinenbau. Dieses sollte die Produktionskennziffern, die der Maschinenfabrik für Schwachstromtechnik Sinpho auferlegt wurden, einem anderen Betrieb übertragen und diesen Betrieb wieder dem Ministerium für Fischereiwesen überantworten.

Die Schiffsreparaturbasis ist gut auszustatten. Sonst können wir die Fangschiffe nicht rechtzeitig reparieren, auch wenn wir die benötigten Ersatzteile in großer Menge herstellen. Wir müssen den bestehenden Schiffsreparaturbetrieben und -werkstätten die fehlenden Ausrüstungen liefern, damit sie die Reparaturen rechtzeitig ausführen können.

Die Arbeit der Reparaturwerkstatt für Funkgeräte Pyongyang ist auch zu stabilisieren. Wie ich hörte, plant sie die Herstellung von

Radargeräten. Wenn dies jedoch über ihre Kräfte geht, sollte sie davon Abstand nehmen.

Viele der fischereigenossenschaftlichen Fangschiffe sind aus Holz. Für ihre Reparatur sind Zimmerleute und Sägemaschinen notwendig.

Ebenso gilt es, in großer Anzahl Fangschiffe zu bauen und die vorhandenen unmotorisierten Fangschiffe mit Motorantrieb zu versehen.

Für den Fischfang sind 400-PS-Schiffe sehr günstig. Manche fordern, Fangschiffe mit 1000 oder 800 tdw zu bauen. Dazu sind wir zur Zeit aber nicht sofort in der Lage. Wenn ich jetzt die Aufgabe erteile, 1000-tdw-Schiffe auf Stapel zu legen, können sie erst im Herbst nächsten Jahres oder im übernächsten Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden. Im kommenden Jahr sind deshalb die im Bau befindlichen Fangschiffe mit 3750 tdw und so viel wie nur möglich 400-PS-Schiffe vom Stapel zu lassen.

Über die Montage von mehr Verarbeitungsmutterschiffen sollte man ebenfalls nachdenken.

Ferner sind kleine Fangschiffe mit Motorantrieb zu versehen.

In den Fischereigenossenschaften wie auch in den Fischereibrigaden der GLB gibt es zur Zeit noch viele Schiffe, die nicht maschinengetrieben sind. Das ist der Grund für die niedrigen Fangträge. Die Fischer müssen bis mittags rudern, um den Fangplatz zu erreichen, obwohl sie schon früh aufgebrochen sind. Es fällt ihnen schwer, mit solchen Schiffen in See zu stechen, und es gibt auch keine Garantie für ihre Sicherheit. Sie umgehen es, aufs Meer hinauszufahren, indem sie an Land nur Netze knüpfen. Aber die leitenden Funktionäre des Fischereiwesens ergreifen keine Maßnahmen für die Motorisierung der Küstenfangschiffe. Dabei ist das leicht zu bewerkstelligen: Man braucht sie nur mit LKW- oder Traktormotoren auszustatten.

Die für die Motorisierung erforderlichen Ausrüstungen und Materialien müssen den Fischereigenossenschaften wie auch den Fischereibrigaden der GLB verkauft werden. Solcher Methoden, wie man sie früher bei der Schaffung der Landmaschinenausleihstationen praktiziert hat, bedarf es allerdings nicht.

Die Fischereigenossenschaften wie auch die Fischereibrigaden der GLB dürfen keine Fangschiffe von mehr als 200 PS erhalten. Später ist es vorteilhaft, wenn sie größere Schiffe besitzen. Deshalb darf man jetzt nicht an der Forderung festhalten, daß sie alle großen Fangschiffe, über die sie zur Zeit verfügen, freigeben.

Die Fischverarbeitung ist zu verbessern. Dadurch kann die Bevölkerung das ganze Jahr über kontinuierlich mit Fisch versorgt werden. Trotz der großen Mühe, die wir uns mit dem Fang geben, verdirbt das Fanggut zur Zeit, weil es nicht rechtzeitig verarbeitet wird.

Auch Rogen und andere Innereien werden nicht qualitätsgerecht verarbeitet. Als die Mitglieder des Politkomitees des ZK der Partei in den Fischereibetrieben diese Arbeit angeleitet haben, waren solche Marinaden genügend im Angebot, jetzt hingegen mangelt es daran.

Das Fischereiwesen ist verpflichtet, die Fische qualitätsgerecht zu verarbeiten und damit der Bevölkerung verschiedene schmackhafte und nährstoffreiche Produkte zu liefern.

Durch Einsalzen und Einfrieren ist zu erreichen, daß kein einziger Fisch verdirbt. Sardinen und dergleichen sollten eingesalzen werden. In großen Mengen sind auch Erzeugnisse wie gesalzener Rogen und andere Marinaden zu verarbeiten. Dann können wir sie im Austausch gegen unterschiedliche Fanggeräte exportieren.

Die zentralen Gremien sollten den Fischereibetrieben, die sie mit Fisch beliefern, verantwortungsbewußt Kühlanlagen bereitstellen.

Ferner sind Maßnahmen für die Ausstattung der Fangschiffe mit Ölpresen auszuarbeiten. Sardinen sind im Sommer leicht verderblich. Deshalb muß man sie entölen, wenn das sofortige Einfrieren nicht möglich ist. Die großen Fangschiffe besitzen aber noch keine entsprechenden Anlagen, weshalb man kein Öl aus Sardinen gewinnen kann, selbst wenn der Fangtrag hoch ist.

Es sind also Maßnahmen zu ergreifen, um die Verarbeitungsmutterschiffe mit Kühlanlagen und Ölpresen auszurüsten.

Die Aufzucht von Mollusken und Meerespflanzen ist noch mehr zu entwickeln.

Das obliegt den entsprechenden Betrieben wie auch den Fischereigenossenschaften und Fischereibrigaden der GLB. Sie sollten

in den Küstengewässern sowohl Fischfang als auch Mollusken- und Pflanzenzucht betreiben.

Das Ministerium für Fischereiwesen hat den Fischfangplan zu konkretisieren.

Sieht man sich einmal die Pläne an, die den Fischereibetrieben auferlegt werden, so stellt man fest, daß es nur pauschale Tonnen-Pläne sind, d. h., sie sind nicht nach einzelnen Fischarten aufgeschlüsselt, sondern legen undifferenziert die von einem Schiff zu erbringende Fischmenge anhand des im Jahr zuvor angelandeten Fanges fest, ohne Unterscheidungen zu treffen, welche Fischarten in welchen Mengen zu fangen sind. Deshalb haben zur Zeit viele Fischereibetriebe Planrückstände. Manchen Funktionären in den Fischereibetrieben ist es sogar gleichgültig geworden, ob der Plan erfüllt wird oder nicht.

In Zukunft sind beim Erarbeiten der Fangpläne konkrete Berechnungen darüber anzustellen, welche Arten Fisch in welchen Mengen zu fangen sind, damit die Fischereibetriebe alle Plankennziffern unbedingt erfüllen können. Auch die Fischereigenossenschaften sollten im Winter so viel *Myongthae* wie nur möglich aufbringen. Ferner ist ihnen ein Sommerfangplan vorzugeben, und sie sind dazu zu bewegen, ihn pflichtbewußt zu erfüllen. Bei dieser Gelegenheit sollten sich die Anleitungsguppen zu diesen Betrieben begeben und gemeinsam mit den Fischern gründlich untersuchen, welche Mengen Fisch sie anlanden können, um einen realistischen Fangplan aufzustellen.

Hier in Ihrem Bezirk konnten wir uns mit der Lage der Fischereibetriebe vertraut machen, aber wir haben noch viel zu tun, um konsequente Maßnahmen ausarbeiten zu können. Mir wurde zwar gesagt, daß die den Fischereibetrieben zur Verfügung gestellten modernen Ausrüstungen zur Fischortung und Fanggeräte richtig benutzt werden. Ich bezweifle jedoch, daß das den Tatsachen entspricht. Ferner muß untersucht werden, welche Anlagen und Geräte für den Fang notwendig sind.

In Ihrem Bezirk gibt es elf große Fischereibetriebe. Zur Entwicklung der Fischwirtschaft im östlichen Küstengebiet kommt ihrer Stabilisierung deshalb außerordentlich große Bedeutung zu. Die Partei

setzt in die Fischereibetriebe Ihres Bezirkes überaus große Erwartungen.

Die Anleitungsgruppen müssen sich trotz des höheren Zeitaufwands zu den Fischereibetrieben des Bezirkes Süd-Hamgyong begeben und mit Kapitänen und Fischern sprechen, um sich ein allseitiges Bild vom wirklichen Stand zu verschaffen. Erst dann ist es möglich, die Knoten ungelöster Fragen beim Fischfang ausfindig zu machen. Nur mit den Direktoren, die aus ihren Büros nicht herauskommen, sind die Probleme nicht zu lösen.

Morgen, wenn sie nach der Erfüllung dieser Aufgaben von den Fischereibetrieben zurück sind, werden wir die Frage der Fischerei erneut beraten.

## **GESPRÄCH MIT DEM CHEFREDAKTEUR DER JAPANISCHEN POLITISCH-THEORETISCHEN ZEITSCHRIFT „SEKAI“**

*21. Oktober 1978*

Gestatten Sie mir, Herr Yasue Ryosuke, Ihnen für Ihren Besuch in unserem Land anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der DVRK herzlich zu danken.

Ich freue mich auch sehr über Ihre Glückwünsche zum Feiertag unserer Republik.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie darum bitten, dem Inhaber des Verlags „*Iwanami*“, Herrn Iwanami Yujiro, und dem Verleger, Herrn Midorikawa Dooru, meinen Dank für ihre an mich gerichteten Glückwünsche zum 30. Gründungstag der Republik zu übermitteln.

Nun werde ich, Herr Yasue Ryosuke, Ihre Fragen beantworten.

Sie möchten wissen, welche Gedanken mich beim Gründungstag der Republik bewegten. Die DVRK ist eine wahre Macht des Volkes, die den einmütigen Willen des ganzen koreanischen Volkes verkörpert.

Die Schaffung der DVRK bedeutete für unsere Menschen die Befreiung von einer Herrschaft, die lange Zeit dem Kriechertum verfallen war. Unser Volk übt eine souveräne Macht aus, d. h., es ist Herr über alle Dinge und duldet kein Kriechertum.

Überhaupt ist unsere Republik die erste wahre Macht des Volkes in der Geschichte unseres Landes, die die Interessen der Arbeiter, der Bauern, der werktätigen Intellektuellen und anderer Schichten des Volkes repräsentiert. Es erfüllt unser Volk mit großer Freude, daß es solch eine Macht schaffen konnte. Diese Freude teilen mit uns unsere

Freunde und die Bruderländer.

Unser Volk sieht in dieser seiner wahren Macht, der DVRK, seinen wegweisenden Leuchtturm. Deshalb feierten wir auch den 30. Jahrestag der Gründung der Republik voller Würde. So kamen viele Freunde aller Welt und Delegationen der Bruderländer zu uns und beglückwünschten unser Volk zu seinem Nationalfeiertag. Das hat uns sehr beeindruckt.

Im Zusammenhang mit der Perspektive unserer Republik, nach der Sie fragten, können wir sagen, daß sie verheißungsvoll ist und wir voller Optimismus sind.

Wir mußten manche Schwierigkeiten überwinden, um eine stabile eigene Macht zu schaffen, die Basis der selbständigen nationalen Wirtschaft zu festigen und viele Nationalkader heranzubilden. Das gibt uns auf unserem Vormarsch die Überzeugung, daß es durchaus möglich ist, diese nationale Wirtschaft noch besser auszubauen, den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen und das Vaterland aus eigener Kraft zu vereinigen.

Wir bewahren stets die nationale Souveränität und setzen uns dafür ein, durch die schöpferische Klugheit der Volksmassen das Juche in der Volkswirtschaft durchzusetzen, sie zu modernisieren und wissenschaftlich zu gestalten.

Unser Kampfziel bei der Entwicklung der Wirtschaft besteht darin, in der Volkswirtschaft die Eigenständigkeit zum Tragen zu bringen, sie zu modernisieren und zu verwissenschaftlichen. Unser Volk schreitet unbeirrt und unter dem hoch erhobenen Banner der drei Revolutionen voran, um dieses Ziel zu erreichen. Das ganze Volk beteiligt sich aktiv in allen Bereichen an der ideologischen, der technischen und der kulturellen Revolution.

Das ganze Volk setzt sich für die Erfüllung des zweiten Siebenjahrplans ein, von dessen Verwirklichung wir überzeugt sind. So werden wir uns in die Länder einreihen, die uns vorangehen. Wir blicken also in eine sehr gute Zukunft.

Soweit zum aktuellen Geschehen in unserem Land. Unsere zuständigen Mitarbeiter haben Sie ja über die allgemeine Lage unserer Republik informiert.

Nun gehe ich auf die internationale Lage ein.

Hierzu haben Sie viele Fragen gestellt.

Sie sagten, daß im internationalen Maßstab der Kalte Krieg seinem Ende entgegengeht. Das ist positiv zu bewerten. Das wünscht nicht nur das koreanische Volk, sondern ist ein Anliegen aller friedliebenden Völker. Deshalb begrüßen wir solch einen Wandel außerordentlich.

Ungeachtet dessen üben wir hohe Wachsamkeit. Es hat gegenwärtig den Anschein, als ob der Kalte Krieg endet. Es gibt jedoch viele Erscheinungen, die uns zur Besorgnis veranlassen. Heute stellen wir ein weltweites Streben nach Beendigung des Kalten Krieges und der friedlichen Lösung aller Probleme fest. Es gibt aber auch andere Handlungsweisen. Unter Berufung auf die Beseitigung des Kalten Krieges und hinter dem Aushängeschild des „Friedens“ wird in einzelnen Ländern versucht, die Aufrüstung zu forcieren und andere Länder in ökonomische Abhängigkeit zu bringen. Das zwingt uns, unbedingt auf der Hut zu sein.

Unseres Erachtens ist die gegenwärtige internationale Lage recht kompliziert. Das hängt mit dem Versuch der Großmächte zusammen, ihre Einflußsphäre zu erweitern.

Dieses Streben macht sich deutlich bemerkbar. In den Konkurrenzkämpfen zwischen den Großmächten geht es insbesondere darum, die Länder der dritten Welt, die jungen unabhängigen Staaten unter ihre Kontrolle zu stellen. Davon zeugen viele Fakten. Wir sind der Ansicht, daß sich dieses Manöver zuspitzen könnte.

Wie Sie auch festgestellt haben, entstehen heute zwischen vielen aufstrebenden Ländern nationale Konflikte. Die Ursache hierfür ist das von den Imperialisten aus ihrer Kolonialherrschaft hinterlassene Erbe.

Einige Länder, die unlängst ihre Unabhängigkeit errungen haben, sind noch nicht in der Lage, sich politisch unabhängig zu machen, weil sie über keine selbständige Nationalwirtschaft verfügen. Länder, die erst in jüngster Zeit das Joch der imperialistischen Kolonialherrschaft abgeschüttelt haben, sind wegen Mangel an Nationalkadern außerstande, eine selbständige nationale Wirtschaft zu schaffen. Deshalb sind sie auch unweigerlich bestrebt, sich erneut auf die Staaten zu stützen, unter deren Herrschaft sie sich befanden.

Imperialisten und Großmächte nutzen diese Schwächen der jungen

unabhängigen Staaten aus und schüren insgeheim Streitigkeiten, um ihre Einflußsphäre auszubauen. Die großen Länder geben sich den Anschein, als ob sie mit dem Kalten Krieg Schluß machen und die Probleme auf friedlichem Wege lösen wollten. Tatsächlich aber zwingen sie andere Länder dazu, für sie Kriege zu führen. Dadurch verschärft sich in vielen Gebieten der Welt die Lage.

Die heutige Wirklichkeit zeigt, daß der Kalte Krieg scheinbar einen milderen Charakter annimmt, die Großmächte jedoch hinter den Kulissen einen erbitterten Konkurrenzkampf führen.

Sie wollen die jungen unabhängigen Staaten zu nationalen Konflikten aufhetzen und dabei im trüben fischen.

Den weiteren Gang der internationalen Lage müssen wir aufmerksam verfolgen.

Wie sich die Situation auch immer gestalten mag, Aufgabe der Länder der dritten Welt ist, ungeachtet der Unterschiede in den politischen Ansichten, den Glaubensbekenntnissen und Idealen fest zusammenzuhalten und es den Großmächten unmöglich zu machen, daß sie von ihnen gegeneinander ausgespielt werden. Das hatte ich auch auf der zentralen Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung der DVRK hervorgehoben. Das ist der Weg, Probleme wie die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und einer selbständigen nationalen Wirtschaft, die Wahrung der Souveränität und die Festigung der Unabhängigkeit des Landes entsprechend den Ansprüchen der Länder der dritten Welt zufriedenstellend zu lösen.

Unserer Meinung nach sollten keine Kriege für die Großmächte geführt werden, sondern die Kraft ist besser für die Entwicklung der Nationalwirtschaft einzusetzen.

Im allgemeinen wollen alle aufstrebenden Völker Souveränität und sind bemüht, die Unabhängigkeit des Landes zu behaupten und eine selbständige Nationalwirtschaft ins Leben zu rufen.

Als Ganzes gesehen nimmt die gegenwärtige Entwicklung eine positive, keinesfalls aber eine negative Richtung ein.

In jüngster Zeit ist zwischen China und Japan ein Vertrag über Frieden und Freundschaft abgeschlossen worden. Das betrachten wir als vernünftig, denn mit solch einem Abkommen wird bezweckt, die

zwischenstaatlichen Beziehungen zu normalisieren.

Ich bin der Ansicht, niemand sollte den Abschluß dieses Vertrages mit Vorurteilen betrachten.

Meiner Meinung nach ist das ein Fakt, der sehr hoch zu bewerten ist. Der Vertrag bringt für beide Seiten Vorteile. Japan wird aus China unter anderem Rohstoffe beziehen, und China wird die moderne Technik Japans einführen, um die Nationalwirtschaft künftig schneller voranbringen zu können. Dieses Abkommen dient auch sehr dem Frieden in Asien.

Unseres Erachtens könnte es dazu beitragen, diesem Kontinent eine bessere Perspektive für den Frieden zu eröffnen.

In der heutigen internationalen Lage gibt es also unserer Ansicht nach positive und negative Seiten.

Über die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit werde ich nicht sprechen, denn in meiner Rede auf der zentralen Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung der DVRK habe ich dazu Stellung genommen.

Wir verfolgen, wie auch Sie richtig festgestellt haben, nach wie vor konsequent eine gegen das Vormachtstreben gerichtete Politik.

Seit Beginn unseres revolutionären Kampfes lehnten wir die Kriecherei ab und traten für die Souveränität ein. Das bedeutet unter anderem die Bekämpfung des Vormachtstrebens. Dieses Problem wird also nicht erst seit heute von uns aufgeworfen.

Diese Haltung war und bleibt unser Kurs.

Es gibt Menschen, die fragen, ob wir hierbei ein bestimmtes Land meinen. Das ist jedoch nicht der Fall. Sie haben zu Recht festgestellt, daß unser Staat überhaupt die Souveränität bewahrt und seit jeher das Vormachtstreben zurückweist. Auch in meinen jüngsten Ausführungen habe ich kein bestimmtes Land gemeint.

Wir waren und sind absolut gegen das Vormachtstreben aller Art, ganz gleich, von wem es praktiziert wird, denn das läuft der Souveränität zuwider.

Die Definition des Vormachtstrebens, die ich in der Rede auf der zentralen Festveranstaltung anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der DVRK gegeben habe, werde ich nicht wiederholen.

Darin habe ich auch hervorgehoben, daß die Länder der dritten Welt gegen diese Tendenz vorgehen müssen und zugleich keine Lakaien anderer Staaten werden dürfen. Das ist für den Kampf gegen das Vormachtstreben und die Wahrung der Souveränität von außerordentlich großer Bedeutung. Niemand würde sein Vormachtstreben realisieren können, wenn es keine Unterwürfigen gibt.

Das ist meine Gedanken zur internationalen Lage.

Jetzt gehe ich auf die Probleme der Vereinigung unseres Landes ein.

Sie fragten, was ich von der heutigen Lage in Südkorea unter der Gewaltherrschaft des Park-Regimes halte. Meiner Meinung nach wird unter den gegenwärtigen Bedingungen die Teilung des Landes in Süd und Nord vorläufig fortbestehen, denn die Reaktionäre der USA und Japans leisten der Gewaltherrschaft des Park-Regimes Schützenhilfe.

Auch verstärkte Aktionen gegen die Gewaltherrschaft der Park-Chung-Hee-Clique würden kaum so einfach zum Erfolg führen, solange sie von den USA und von Japan unterstützt wird. Die Bewegung der südkoreanischen Bevölkerung für Demokratie findet unter äußerst harten Bedingungen statt. Wird der Besetzung Südkoreas durch die US-Truppen kein Ende gesetzt, so wird es auch schwierig sein, diese Bewegung zu stärken, daß sie das Park-Regime unverzüglich stürzen kann.

Die südkoreanische Bevölkerung wird ständig von den US-Imperialisten bedroht. Auch unter der Carter-Regierung veranlassen die US-Imperialisten, unter dem Aushängeschild des „Truppenabzugs“ die auf Okinawa stationierten Flugzeuge jeden Monat des öfteren in Südkorea einzusetzen, um Bombenangriffe zu üben. Heuchlerisch erklären sie das damit, Piloten für die Einhaltung der Fluglinien auszubilden. Die modernen Maschinen können ihr Ziel keineswegs deshalb nicht ausmachen, weil sie die Fluglinien nicht finden. Das weiß jeder, auch wenn er keine besonderen militärischen Kenntnisse hat.

In Wirklichkeit wollen sie uns und der südkoreanischen Bevölkerung Angst einjagen. Mit anderen Worten, sie wollen damit demonstrieren, daß ein Aufstand der südkoreanischen Bevölkerung mit solchen Bombenangriffen niedergehalten würde.

Es ist also fraglich, ob die südkoreanische Bevölkerung angesichts dieser Lage das Park-Regime zu stürzen vermag.

Bei der Lösung der Koreafrage kommt es vor allem darauf an, keine äußere Einmischung zu dulden und die Vereinigung des Landes den Koreanern selbst zu überlassen. Solange die US-Truppen aus Südkorea nicht abziehen, ist es ausgeschlossen, unser Land zusammenzuführen.

Sie sagten, Präsident Carter verhalte sich zur Koreafrage bedeutend passiver als zu Beginn seiner Amtszeit. Ich möchte eher davon ausgehen, daß seine Farce durchschaut wurde.

Er redet zwar vom Abzug der Truppen, will aber die Luftwaffe und die Marine in Südkorea belassen. Auch für den Fall, daß es zum Abzug kommt, will er die japanischen Militaristen an die Stelle seiner Truppen setzen, die den Süden unter ihrer Kontrolle halten sollen. Wie gesagt, sein Gerede vom Abzug der US-Truppen aus Südkorea ist eine Farce.

Bei den Präsidentschaftswahlen sprach Carter jedoch nicht nur davon, sondern auch vom „Schutz der Menschenrechte“. Es ist töricht genug, daß dieser Mann, der in den USA selbst die Menschenrechte mißachtet, solch eine Forderung stellt. Noch unsinniger ist es, daß er nach wie vor das in aller Welt bekannte faschistische Marionettenregime Südkoreas unterstützt, obwohl er versprach, keine guten Beziehungen zu den Ländern zu unterhalten, die die Menschenrechte unterdrücken.

Carter sicherte bei den Wahlen zu, er werde sich für den Truppenabzug und den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Das alles ist jedoch nur Heuchelei. Hinter diesem trügerischen Aushängeschild läßt er beispiellos große Kriegsübungen veranstalten und verstärkt die Militärhilfe für das faschistische Regime Südkoreas, obwohl er lautstark vom „Schutz der Menschenrechte“ spricht. Diese unwiderlegbare Tatsache straft seine Versprechungen Lügen.

Meiner Meinung nach bedroht Carter nicht nur uns und die südkoreanische Bevölkerung, sondern auch die japanischen Bürger.

Korea muß einzig und allein von den Koreanern vereinigt werden.

Wie ich auch in meiner Rede auf der zentralen Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung der DVRK festgestellt habe, muß die Vereinigung unseres Landes durch Dialoge zwischen Nord und Süd,

durch die Förderung der nationalen Verständigung und den Zusammenschluß der ganzen Nation erreicht werden.

Die Frage ist nur, worum es bei den Gesprächen gehen soll. Es handelt sich darum, ob man die Vereinigung wünscht und sich dafür einsetzt oder ob man dabei den derzeitigen Zustand fixieren und die Spaltung verewigen will.

Da unser Land geteilt ist, müssen die Dialoge um seiner Vereinigung willen stattfinden. Unter dieser Voraussetzung sollten Nord und Süd die Tore öffnen, den Reiseverkehr ermöglichen und auch ökonomische und kulturelle Verbindungen aufnehmen. Das muß zum vollen Verständnis zwischen den Menschen im Norden und Süden beitragen. Das würde den großen nationalen Zusammenschluß begünstigen. Wir fordern nach wie vor, daß die ganze Nation von den Prinzipien der Gemeinsamen Erklärung des Nordens und Südens vom 4. Juli ausgeht und ungeachtet der Unterschiede in den Ideen, Idealen, politischen Ansichten und Glaubensbekenntnissen zusammenhält.

Wir sind zu Gesprächen bereit und lehnen sie auf keinen Fall ab. Dabei muß es jedoch um die Vereinigung und keineswegs um die Spaltung des Landes gehen.

Die südkoreanischen Machthaber sagen zwar, sie seien ebenfalls für Dialoge. Doch in Wirklichkeit wollen sie die Spaltung aufrechterhalten. In dieser Situation ist es ausgeschlossen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wir können uns mit ihnen an einen Tisch setzen, sobald sie die auf die Etablierung von „zwei Korea“ gerichtete Politik aufgeben. Wenn sie jedoch die Spaltung der Nation wollen und die südkoreanische Bevölkerung weiterhin unterdrücken, können wir nicht miteinander reden.

Unseres Erachtens müssen Gespräche unter der Voraussetzung stattfinden, daß sich alle Koreaner, darunter die aller Parteien und Massenorganisationen in Südkorea und die Landsleute im Ausland, zusammenschließen. Das heißt, hier müssen auch Menschen vertreten sein, die gegen Park Chung Hee sind.

Die Aufnahme von Dialogen zwischen Nord und Süd und der große Zusammenschluß der ganzen Nation würden zur Entspannung auf der Koreanischen Halbinsel beitragen. Dann wird auch der Abzug der US-

Truppen aus Südkorea kein allzu großes Problem mehr sein. Sind die Koreaner gewillt, in Harmonie zusammenzuhalten und das Land zu vereinigen, gibt es keinen Grund mehr, daß US-Truppen Südkorea besetzt halten. Unter dieser Bedingung wird es den demokratischen Kräften im Süden und den sozialistischen Kräften im Norden gelingen, im Zusammenschluß das Vaterland zu vereinigen.

Sind die USA an der Entspannung auf der Koreanischen Halbinsel interessiert, so dürfen sie weder die Aufnahme der Gespräche zwischen Nord und Süd behindern noch die südkoreanischen Machthaber zur Spaltung der Nation aufhetzen.

Der Vereinigung Koreas stellt sich eine Reihe von Hindernissen in den Weg. Ungeachtet dessen wird sich das koreanische Volk unbeirrt für sie einsetzen, denn es wünscht einmütig die Vereinigung des Landes. Das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen.

Nun einige Gedanken zu den Beziehungen zwischen Korea und Japan.

Wir hoffen, daß die japanische Regierung und das japanische Volk zur Entspannung in Korea beitragen. Das habe ich bereits des öfteren hervorgehoben. Das heißt, sie sollten nicht dem Fortbestehen der Teilung unseres Landes das Wort reden, sondern die Vereinigung ihres Nachbarlandes Korea unterstützen.

Obwohl zwischen unserem Staat und der japanischen Regierung keine diplomatischen Beziehungen bestehen, entwickelt sich der kulturelle und ökonomische Austausch zwischen dem koreanischen und dem japanischen Volk recht gut. Wir hoffen, daß er sich belebt und verbessert.

Die weitere Haltung der japanischen Regierung zu unserem Land müssen wir abwarten.

Ich bin der Ansicht, daß Sie und alle japanischen Bürger eine Gesundung der durch die Konfrontation von Nord und Süd entstandenen angespannten Lage in Korea und seine friedliche Vereinigung wünschen.

Ich hoffe auch, daß die japanische Regierung die Forderungen unseres Volkes und des japanischen Volkes nach der Vereinigung Koreas achtet und zum Gelingen dieses Vorhabens beiträgt. Das setzt

voraus, daß sie sich gegen das Fortbestehen der Spaltung Koreas wendet und nicht mehr die Politik der südkoreanischen Machthaber unterstützt, die das Volk unterdrücken. Das erwarten wir von der japanischen Regierung.

Meiner Meinung nach sollte die japanische Regierung solch eine Haltung zu Korea einnehmen, wenn sie den Frieden in Asien wünscht.

Damit habe ich Ihre Fragen zusammenfassend beantwortet. Sie könnten nun weitere Fragen stellen.

**Frage:** Könnte man zu dem Schluß gelangen, daß der Versuch, „zwei Korea“ zu schaffen, vor allem mit der Okkupation Südkoreas durch die US-Truppen, den Beziehungen zwischen der südkoreanischen „Regierung“ und der japanischen Regierung wie auch zwischen der südkoreanischen „Regierung“ und der US-Regierung zusammenhängt?

**Antwort:** Gewiß hängt das auch damit zusammen. Es handelt sich jedoch vor allem um die Forderung Park Chung Hees auf die UNO-Mitgliedschaft von „zwei Korea“. Dieses Ziel steuert er an. Außerdem redet er von der „Überkreuzungsanerkennung“. Das heißt, Japan und die USA sollen die DVRK anerkennen, und als Gegenleistung sollen China und die Sowjetunion Südkorea anerkennen. Damit will er also „zwei Korea“ etablieren. Darum ersucht er die USA um die weitere Besetzung Südkoreas durch ihre Truppen und die japanische Reaktion um die Unterstützung.

**Frage:** Die südkoreanische „Regierung“ versucht krampfhaft, aus ihrer Isolierung herauszukommen. Insbesondere steht die Frage der Beziehungen zwischen Südkorea und der Sowjetunion häufig zur Debatte. Welche Ansicht vertreten Sie, Eure Exzellenz, Herr Präsident, in diesem Zusammenhang?

**Antwort:** Wir haben noch keine stichhaltigen Angaben über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Südkorea. Was Sie soeben erwähnt haben, sind mehr oder weniger Gerüchte, die hinter den Kulissen umhergehen und sicherlich nicht von einem gesunden Menschenverstand zeugen. Denn die Sowjetunion hat als erster Staat

die Demokratische Volksrepublik Korea als den einzig rechtmäßigen Staat auf der Koreanischen Halbinsel anerkannt und weiß sehr wohl, daß die südkoreanische „Regierung“ ein von den USA-Herren geschaffenes Marionettenregime ist, das dem Willen des koreanischen Volkes zuwiderhandelt. Also ist das für einen normal denkenden Menschen unvorstellbar.

**Frage:** In Japan hat sich herumgesprochen, daß der Abschluß des Vertrages über Frieden und Freundschaft zwischen Japan und China großen Einfluß auf die Demokratische Volksrepublik Korea und auf Südkorea ausüben könnte.

Welche Meinung vertreten Sie, Eure Exzellenz, Herr Präsident, zu dieser Angelegenheit?

**Antwort:** Wir betrachten diesen Vertrag als eine normale Gepflogenheit in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Er wird unserer Meinung nach die Koreafrage positiv, keineswegs aber negativ beeinflussen.

Wir wollen, daß China und Japan, die unsere Nachbarländer sind, gute Beziehungen unterhalten. Daher begrüßen wir diesen Vertrag. Auf unser Land, das ein Nachbar dieser beiden Staaten ist, wird diese Abmachung auf jeden Fall einen guten Einfluß nehmen. Ebenso sind wir der Ansicht, daß dieser Schritt für die Erhaltung des Friedens der Völker von Vorteil ist.

Es ist unser Wunsch, daß zwischen den einzelnen Ländern normale Beziehungen bestehen.

Die japanische Regierung hat die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auch mit anderen Nachbarländern gute Kontakte zu pflegen. Das bewerten wir als positiv. Japan mit seiner entwickelten Wirtschaft würden solche Verbindungen zu den anderen Ländern keine Nachteile bringen, insbesondere auch deshalb nicht, weil einige Wirtschaftszweige Japans wegen der weltweiten Rohstoffkrise stagnieren. Demnach ist es günstig, durch die Verbesserung der Beziehungen mit den anderen Ländern eine Lösung zu finden.

Da wir in dem Vertrag eine normale Gepflogenheit in den zwischen-

staatlichen Beziehungen sehen, ruft er bei uns keine Besorgnis hervor.

**Frage:** Im Vorjahr, in diesem Jahr und besonders vom Frühjahr bis Herbst dieses Jahres haben Staatsoberhäupter verschiedener Länder Korea besucht. Wie zu vernehmen ist, soll bei diesen Zusammenkünften der Plan über dreiseitige Verhandlungen beraten worden sein, dem Sie, Eure Exzellenz, Herr Präsident, nicht zugestimmt haben. Verhält sich das so?

**Antwort:** Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann diese Frage nicht auf der Tagesordnung stehen.

Wir haben auch mit keinem der Staatsoberhäupter, die bei uns zu Besuch waren, dieses Problem erörtert.

Meiner Meinung nach sind das nur Gerüchte, und zwar von Leuten, die ihre Nerven allzu sehr strapazieren.

**Frage:** Darf ich annehmen, daß eine ziemlich lange Zeit erforderlich sein wird, bis zwischen den USA und Ihrer Republik Verbindungsbüros eröffnet werden, da die USA ihr Verhalten zu Korea nicht ändern?

**Antwort:** Das ist eine Maßnahme, die weder die Machthaber der USA noch wir wollen. Es hat also keinen Sinn, darüber zu reden, denn ganz offensichtlich denken die USA-Machthaber gar nicht daran. Auch wir haben uns nie darüber Gedanken gemacht. Es ist auch nicht möglich, solche Büros zu eröffnen, denn die USA gehen ja nicht einmal auf Gespräche mit uns ein.

**Frage:** Eure Exzellenz, Herr Präsident, darf ich annehmen, daß Sie, nach all den jetzigen Handlungen der japanischen Regierung zu urteilen, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Japan und Korea als schwieriger ansehen als in den Jahren 1971 und 1972?

**Antwort:** Ich denke, die Haltung der japanischen Regierung zu dieser Frage ist Ihnen besser bekannt als mir.

Wir sehen hierin keine nennenswerten Veränderungen.

Wir können sagen, daß sich die Verschwörung zwischen Japan und

Südkorea vertieft hat. Man kann aber auch nicht behaupten, die japanische Regierung verhalte sich in jüngster Zeit zur Demokratischen Volksrepublik Korea viel negativer.

Allerdings muß festgestellt werden, daß sich die japanische Reaktion nach der Strategie der USA richtet und sich ihrem Manöver zur Etablierung von „zwei Korea“ anschließt. Japan wird in die Strategie der USA von „zwei Korea“ eingespannt. Es verhält sich nach wie vor unfreundlich zu unserem Land und unterstützt immer stärker die südkoreanischen Machthaber, die die ewige Spaltung der Nation zum Ziel haben. Von dieser Warte aus gesehen, hat sich das Verhalten der japanischen Regierung uns gegenüber verschlechtert.

**Frage:** Nach dem Koreabesuch des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans in diesem Frühjahr veröffentlichten japanische Zeitungen viele Beiträge darüber, daß es vor der Vereinigung Koreas schwierig sein würde, die Beziehungen zwischen Japan und Korea zu normalisieren.

Welche Meinung vertreten Sie, Eure Exzellenz, Herr Präsident, dazu?

**Antwort:** Es geht hierbei darum, was man unter Normalisierung dieser Verbindungen versteht.

Eine Normalisierung, wonach die Völker der beiden Länder gutnachbarliche Beziehungen unterhalten, ist zu begrüßen. Positiv zu bewerten sind also der kulturelle Austausch und auch die technische und ökonomische Zusammenarbeit.

Handelt es sich jedoch um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf staatlicher Ebene, wovon manche Leute sprechen, so ist dies meiner Meinung nach verfrüht.

Im „Abkommen zwischen Japan und Südkorea“ heißt es, die südkoreanische „Regierung“ sei die einzig rechtmäßige „Regierung“ in Korea. Von niemandem kann gefordert werden, dieses Abkommen rückgängig zu machen. Solch einem Verlangen würde auch keiner nachkommen. Die USA vertreten in dieser Beziehung die gleiche Ansicht.

Die Partei- und Regierungsdelegation Chinas, die sich unlängst zu einem Freundschaftsbesuch bei uns aufhielt, erklärte zum wiederholten Male, die Demokratische Volksrepublik Korea ist die einzig legitime

Regierung in Korea. Die Sowjetunion hat bereits vor der Gründung der Volksrepublik China die DVRK als die einzig rechtmäßige Regierung auf der Koreanischen Halbinsel anerkannt.

Aus diesem Grunde gibt es komplizierte Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Korea und Japan. Unter den heutigen Bedingungen müßte diese Frage mit der „Überkreuzungsanerkennung“ in Verbindung gebracht werden, wovon manche Leute sprechen. Das ist also eine überaus schwierige und verwickelte Angelegenheit. Folglich ist vorläufig eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Korea und Japan ausgeschlossen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es in den Beziehungen zwischen Korea und Japan zunächst angebracht, daß die japanische Regierung ihre unfreundliche Haltung gegenüber unserem Land aufgibt. Wir würden es also begrüßen, wenn die japanische Regierung die Vereinigung Koreas unterstützt, anstattdessen Spaltung zu fördern. Das hatten wir auch unlängst dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans während seines Besuches bei uns erklärt. Nimmt die japanische Regierung einen Standpunkt ein, die Vereinigung Koreas zu unterstützen, so könnten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern entwickeln.

Kontakte der beiden Länder könnten sich schon verbessern, auch wenn noch kein Botschafteraustausch stattgefunden hat. Auch unter den gegebenen Bedingungen wäre es ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sobald die japanische Regierung die Vereinigung Koreas unterstützt.

In diesem Sinne sollte man die Normalisierung der Verbindungen zwischen Korea und Japan verstehen.

Ein Versuch, die Demokratische Volksrepublik Korea und die „Republik Korea“ als zwei Staaten anzuerkennen, die auf der Grundlage der Koexistenz bestehen, die Spaltung unseres Landes zu vertiefen und von diesem Standpunkt aus die zwischenstaatlichen Beziehungen zu uns zu verbessern, würde nicht zu den erwünschten Ergebnissen führen.

Im Interesse der Normalisierung der Kontakte zwischen Korea und

Japan halten wir Anstrengungen der japanischen Regierung für erforderlich, um in Korea zur Entspannung und zur Vereinigung unseres Landes beizutragen. Unseres Erachtens ist es an der Zeit, daß sich auch die japanische Regierung in diesem Sinne Gedanken macht.

Die Betrachtungsweise entscheidet darüber, wie man den Begriff der Normalisierung der Beziehungen zwischen Korea und Japan auslegt. Auch die Normalisierung hängt damit zusammen, ob man die „Überkreuzungsanerkennung“ bejaht oder von Wunsch nach der Vereinigung Koreas ausgeht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

# ÜBER DIE VERBESSERUNG DER LANDESPFLEGE UND DER KOMMUNALWIRTSCHAFT

**Rede auf der Beratung der verantwortlichen  
Mitarbeiter des Ministeriums für Landespflege und  
des Ministeriums für Kommunalwirtschaft**

*9. November 1978*

Zuerst möchte ich über die Arbeit des Ministeriums für Landespflege sprechen.

Ihre Verbesserung ist sowohl für die schöne Gestaltung und Stärkung des Landes als auch für die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes sehr wichtig.

Unsere Partei hat vom Zeitpunkt der Befreiung an bis heute der Landespflege große Aufmerksamkeit geschenkt. Zwar konnten wir unmittelbar nach der Befreiung diese Arbeit noch nicht so leisten, wie wir es gern gewollt hätten, da es uns an vorbereiteten Kadern, Finanzmitteln und Materialien mangelte. Aber in den folgenden Jahren wurden allmählich Kader ausgebildet sowie materiell-technische Voraussetzungen geschaffen, und wir gründeten das Ministerium für Landespflege.

Für die weitere Erhöhung der Kontrollfunktion über die Landespflege hatten wir das Ministerium für Öffentliche Sicherheit mit dieser Aufgabe betraut. Seitdem hat sich zwar der Schutz der Wälder spürbar verbessert, aber noch nichts dergleichen merkt man bei der Pflege von Böden, Flüssen, Uferdeichen, Straßen u. ä. mehr. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit klammerte sich nur an die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und schenkte der

Landespflege keine Aufmerksamkeit. Aus diesem Grunde bleiben die erwähnten Bereiche so gut wie ohne Herren. Deshalb wurde jetzt die Hauptabteilung für Landespflege vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit getrennt, um sie als Ministerium wieder dem Verwaltungsrat direkt zu unterstellen.

Dieses Gremium ist verpflichtet, das Territorium des Landes besser zu schützen und zu pflegen, damit es für die Erhöhung des Volkswohlstandes effektiv genutzt wird.

Die Hauptaufgabe dieses Ministeriums besteht darin, das Landeskulturgebiet konsequent durchzusetzen und somit die Pflege und den Schutz der Böden, Flüsse, Uferdeiche, Wälder und Straßen zu vervollkommen.

Das Ministerium sollte die Flüsse besser in Ordnung halten.

Zur Zeit werden die dafür erforderlichen Arbeiten, wie das Anlegen von Deichen und die Säuberung der Flußbetten, vernachlässigt. Daher kommt es schon nach relativ geringen Niederschlägen zu Überflutungen, die Reis- und andere Felder in Mitleidenschaft ziehen. Im Bezirk Nord-Phyongan z. B. gab es in diesem Jahr ein Hochwasser, das etliche Äcker überflutet und Getreideverluste verursacht hat.

Das Ministerium für Landespflege muß den Zustand der Flüsse insgesamt untersuchen und entsprechende Maßnahmen treffen. Je nach Notwendigkeit sind neue Deiche zu errichten und bestehende instand zu setzen. Für den Schutz der Deiche wäre es angebracht, sie unter anderem mit vielen Weiden zu bepflanzen. Zur Zeit setzt man dort bedenkenlos andere, anstatt für den Dammschutz geeignete Baumarten auszuwählen.

Um die Flüsse in Ordnung zu halten, muß man den Kohlen- und Erzbergwerken verbieten, Abraum und Berge unüberlegt in sie abzuleiten. Verfährt man weiter in der jetzt üblichen Weise, erhöht sich das Flußbett, wird das Wasser verseucht und verenden die Fische. Das erhöhte Bett des Flusses Chongchon ist auch darauf zurückzuführen, daß bei der Errichtung des Kohlenbergwerkes Joyang der Abraum wahllos beseitigt wurde.

Das Flußbett im Gebiet um den Kreis Kaechon soll fast in seiner ganzen Länge höher liegen als die Erdoberfläche.

Das Ministerium für Landespflege muß die Kohlen- und Erzbergwerke streng unter Kontrolle nehmen, damit sie dort, wo Abraum und Berge nicht in den Fluß getragen werden sollen, eine Halde anlegen.

Auch die Pflege von Uferdeichen ist zu verbessern.

Wenn man die Instandsetzung und Pflege von Uferdeichen und einschlägigen Anlagen vernachlässigt, sind große Schäden unvermeidlich. Im vorigen Jahr standen im Kreis Mundok, Bezirk Süd-Phyongan, viele Reisfelder unter Wasser, weil sich bei Hochwasser die Schleuse nicht öffnen ließ. Die Schleusen der Uferdeiche sind wegen mangelnder Pflege verrostet, so daß sie sich kaum noch öffnen oder schließen lassen.

Das Ministerium für Landespflege muß die rechtzeitige Ausbesserung und regelmäßige Wartung der Uferdeiche und ihrer Anlagen beaufsichtigen und kontrollieren.

Die Aufforstung und die Pflege der Wälder müssen ebenfalls aktiviert werden.

Die Schaffung von mehr Wäldern und deren umsichtiger Schutz sind von sehr großer Bedeutung für die Verhinderung von Erdbeben und Hochwasserschäden, den Schutz des Bodens und die Entwicklung der Wirtschaft unseres Landes.

Es gilt, einen genauen Plan für die Schaffung von Wäldern aufzustellen und im Gebirge mehr nützliche Bäume zu pflanzen. Zugleich ist eine strenge Kontrolle erforderlich, damit Bäume nicht mehr rücksichtslos gefällt, Wälder gerodet und somit unbrauchbar gemacht werden.

Wenn künftig das Ministerium für die Pflege von Wäldern zuständig ist, kann es vorkommen, daß verantwortliche Mitarbeiter der Bezirke, Städte und Kreise von den Mitarbeitern der Landespflege die Genehmigung zum wahllosen Fällen von Bäumen erzwingen, was absolut nicht geschehen darf. Als das Ministerium für Landespflege früher schon einmal für die Pflege der Wälder verantwortlich war, geschahen derartige Dinge, während die Genossenschaftsbauern wegen allzu strenger Kontrolle nicht einmal Axtstiele aus den Wäldern holen durften, als die Organe der öffentlichen Sicherheit dafür zuständig

waren, was auch verkehrt ist. Das Fällen von Bäumen muß jedoch streng überwacht werden.

Das ist auch im Ausland so. Dort übernehmen das die Förster, die den Organen des Innern angehören; man beauftragt auch die Einwohner mit dem Schutz der Wälder.

In Zukunft haben das Ministerium für Landespflege und das für Öffentliche Sicherheit die Arbeiten für den Waldschutz gemeinsam zu leisten. Meiner Meinung nach wäre es ratsam, daß das Ministerium für Landespflege Ausweise für das Betreten der Wälder sowie Erlaubnisscheine zum Baumeinschlag ausgibt und das Ministerium für Öffentliche Sicherheit konsequent kontrolliert, daß nur Bürger mit entsprechender Genehmigung Bäume fällen.

Die Wartung der Straßen ist ebenfalls zu intensivieren.

Da dies heute von keinem verantwortungsbewußt erfaßt und kontrolliert wird, versäumen es die Institutionen, Betriebe und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe, sie ständig in Ordnung zu halten. Die Straßen auf dem Lande sind sehr schlecht. Während der Herrschaft des japanischen Imperialismus konnte man ihrer Instandsetzung nicht fernbleiben, weil man ansonsten von den Polizeischergen geschlagen wurde und Geldstrafen auferlegt bekam. Unsere Ordnung verbietet es, jemanden so dazu zu zwingen wie damals. Das darf jedoch nicht dazu verleiten, sich nur auf das Bewußtsein zu verlassen und die Kontrolle außer acht zu lassen. Das Ministerium für Landespflege hat den Institutionen, Betrieben und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben jeweils eine bestimmte Wegstrecke zur Instandsetzung zuzuteilen, damit sie sie regelmäßig warten.

Das Ministerium muß einen Generalplan zur Landespflege ausarbeiten und diese perspektivisch vornehmen.

Das ist eine Voraussetzung für den Erfolg bei dieser Tätigkeit. Da jetzt solch ein Plan fehlt, wird sie nicht mit Weitsicht, sondern nach Gutdünken durchgeführt. Gegenwärtig errichtet man Institutionsgebäude, Betriebe, Wohnhäuser und Straßen an beliebigen Stellen und stellt Leitungsmaste rücksichtslos auf Reis- und anderen Feldern auf. Deshalb verringert sich alljährlich die landwirtschaftliche Nutzfläche,

und die komplexe Mechanisierung in der Landwirtschaft wird wegen der vielen Masten stark behindert.

Die Grundbesitzer hatten seinerzeit die eigenmächtige Aufrichtung solcher Mäste auf ihren Feldern verboten. Als ich zwölf Jahre alt war, erlebte ich, wie sich ein Grundbesitzer gegen das Aufstellen von Strommasten auf seinem Land wehrte und die japanischen Imperialisten, die zwischen Pyongyang und Nampho Stromleitungen legen wollten, drei Jahre lang das Vorhaben unterbrechen mußten und wie es zuletzt sogar zu einem Streit kam.

Das Ministerium für Landespflege muß einen Generalplan zur Landespflege erarbeiten, darf diese Arbeit aber nicht nach Gutdünken in nur wenigen Tagen abschließen. Damit ein genauer Plan entsteht, müssen vorerst in Verbindung mit den zuständigen Bereichen exakte Einzelpläne für die verschiedenen Landesteile ausgearbeitet werden. Solch ein Generalplan müßte konkrete Kennziffern zum Industriebau, zur Erschließung von Bodenschätzen und Marschland sowie zur Nutzung von Ackerland und dgl. mehr enthalten. Für das Gebiet um das Kohlenbergwerk Anju z. B. müßte der Plan perspektivisch festlegen, wo neue Schächte und entsprechende Siedlungen entstehen werden, wo die Eisenbahnstrecken und die Straßen verlaufen sollen, wie die Naß- und Trockenfelder genutzt und die Marschen erschlossen werden. Es ist wichtig, diesen Plan richtig auszuarbeiten. Die Lagerstätten dieses Gebietes umfassen 2,7 Mrd. t Kohle. Wenn jedes Jahr 10 Mio. t abgebaut werden, reichen die Vorkommen 270 Jahre. Deshalb wollen wir das Gebiet Anju komplex erschließen.

Sobald ein derartiger Generalplan vorliegt, muß durch strenge Kontrollen erreicht werden, daß man sich bei der Realisierung von Bauvorhaben etc. auch unbedingt an ihn hält. Wenn die Komitees und Ministerien Bau- oder Erschließungsprojekte vorlegen, hat das Ministerium für Landespflege zu überprüfen, ob sie dem Plan entsprechen, und sie nur in diesem Fall zu genehmigen. Die Überprüfung muß schnell erfolgen. Wenn künftig von Institutionen und Betrieben Strom- oder Telefonleitungen verlegt werden sollten, muß das Vorhaben auf der Grundlage dieses Planes erst streng geprüft werden.

Die Verbesserung der Landespflege setzt exakte Vorschriften voraus.

Zur Zeit gibt es zwar solche Vorschriften, sie sind aber in vieler Hinsicht mangelhaft.

Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, die vorhandenen Festlegungen zu überprüfen und dem Landeskulturgegesetz entsprechend genaue Bestimmungen über die Aufsicht des Bodens, die Pflege der Wälder sowie die Wartung der Flüsse und Straßen und dgl. auszuarbeiten. Bei den Straßendienstvorschriften sollte man eine Unterteilung in Autobahnen, allgemeine Straßen und Landstraßen vornehmen. Sie müssen auch den Bau von Wohnhäusern an Straßen verbieten, denn der Verkehr würde zu Belästigungen durch aufgewirbelten Staub führen, und durch an der Straße spielende Kinder könnten Unfälle verursacht werden.

Bei der Ausarbeitung neuer Vorschriften über die Landespflege hat man die Arbeit der Komitees und Ministerien, darunter des Ministeriums für Landespflege und des Landwirtschaftskomitees, sowie der dem erstgenannten Ministerium unterstehenden Institutionen und der Organe anderer Bereiche und der GLB strikt voneinander zu trennen. Ferner muß eindeutig aus ihnen hervorgehen, daß im Falle ihrer Verletzung entsprechende Geldstrafen zu zahlen sind.

Neue Vorschriften über die Landespflege müssen vom Verwaltungsrat erarbeitet und beraten, vom Legislativkomitee des Zentralen Volkskomitees überprüft und danach an die Institutionen und Betriebe weitergeleitet werden.

Das Ministerium für Landespflege muß sich aus zuverlässigen Kräften zusammensetzen und seine Rolle verstärken.

Es ist kein rein administratives Organ, sondern auch ein Gremium, das in technischer Hinsicht wirkt. Daher benötigt es sowohl eine Abteilung für die Ausarbeitung des Generalplans als auch eine, die von anderen Institutionen vorgelegte Bau- und Erschließungspläne berät und genehmigt.

Für die Intensivierung der Landespflege muß auch in den Bezirken, Städten und Kreisen jeweils ein Apparat organisiert werden, der für diese Angelegenheiten zuständig ist.

Das Ministerium für Landespflege muß alle Mitarbeiter, die sich bisher im Ministerium für Öffentliche Sicherheit mit der Landespflege befaßten, übernehmen. Wenn zur Zeit die für territorialen Schutz

zuständigen Mitarbeiter der Zweigdienststellen der öffentlichen Sicherheit auch die Bewachung von Getreidelagern übernommen haben, sind sie im Ministerium für Öffentliche Sicherheit zu belassen und mit dem Waldschutz zu beauftragen.

Die Züge für Straßeninstandsetzung der Städte und Kreise müssen dem Ministerium für Landespflege unterstellt werden.

Als Waldhüter sind ältere Bürger besser geeignet als junge. Diejenigen, denen aus Altersgründen körperliche Arbeit schwerfällt, werden solch eine Tätigkeit gern aufnehmen. Darüber, ob für diese Funktion ältere oder junge Personen eingesetzt werden sollen, muß man noch weiter nachdenken.

Disziplin bei der Landespflege setzt voraus, daß die Mitarbeiter dieses Bereiches wie die des Ministeriums für Eisenbahnwesen Uniformen tragen. Bei den Funktionären und Arbeitern der Betriebe, die dem Ministerium für Landespflege unterstehen, ist das jedoch überflüssig. Wie diese Uniformen aussehen sollten, hat der Verwaltungsrat zu beraten und festzulegen.

Die Finanzierung des Ministeriums für Landespflege und der ihm unterstellten Organe hat auf der Basis des Staatsbudgets und die der ihm unterstehenden Betriebe auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu erfolgen.

Diese Betriebe müssen über ihre Lastkraftwagen selbst verfügen und dürfen sie nicht den Kraftverkehrsbetrieben der Kreise überantworten.

Es empfiehlt sich, den Sitz des Ministeriums für Landespflege in dem jetzigen Gebäude zu belassen.

Die Frage der Unterbringung des diesem Ministerium unterstehenden Konstruktionsbetriebes sollte vom Verwaltungsrat untersucht und gelöst werden.

In diesem Bereich gibt es viel zu tun. Die zuständigen Mitarbeiter dürfen nicht danach trachten, müßig zu leben, sondern müssen – sich ihrer Rolle als Hausherrn bewußt – diese Arbeit verantwortungsvoll verbessern.

Im folgenden gehe ich auf die Arbeit des Ministeriums für Kommunalwirtschaft ein.

Zur Verbesserung der Kommunalwirtschaft wurde jüngst die ehemalige

Hauptverwaltung für Kommunalwirtschaft beim Komitee für Dienstleistungen zum Ministerium für Kommunalwirtschaft umgewandelt.

Die Kommunalwirtschaft ist eine sehr wichtige, mit dem Leben des Volkes unmittelbar zusammenhängende Arbeit.

Die Pflicht dieses Ministeriums besteht darin, das Schwergewicht auf die exakte Leitung von Pyongyang, Hamhung, Wonsan sowie anderen Bezirks- und Hafenstädten zu legen und alle anderen Städte des Landes mit Sorgfalt zu verwalten.

Vor allem sind die Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude besser zu pflegen und rechtzeitig zu renovieren.

Die Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude, wie z. B. Schulen, Krankenhäuser und Theater, sind Eigentum des ganzen Volkes und wertvoller Reichtum des Landes. Deshalb müßte der Staat verantwortungsbewußt für deren Instandhaltung sorgen. Das läßt jedoch zur Zeit zu wünschen übrig. Sie werden nicht rechtzeitig ausgebessert, selbst wenn die Dächer undicht sind und der Putz von den Wänden bröckelt. Als ich im vorigen Jahr Changsong besuchte, machte ich mich durch die Entsendung der zuständigen Funktionäre mit den Verhältnissen im Volkskrankenhaus des Kreises Sakju vertraut. Es soll wegen mangelhafter Pflege unbeschreiblich schlecht aussehen. Alljährlich bauen wir zahlreiche Wohnhäuser und öffentliche Gebäude. Wenn sie aber nicht sorgfältig instand gehalten werden, ist das gerade so, als versuchte man, ein bodenloses Faß mit Wasser zu füllen. Mit solch einem Wirtschaften kann unser Land nicht zurechtkommen und niemals die kommunistische Gesellschaft aufbauen.

Im nächsten Jahr wollen wir nur wenige öffentliche Gebäude errichten. Deshalb muß das Ministerium für Kommunalwirtschaft große Kraft darauf verwenden, die bestehenden Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude sorgfältig zu pflegen und zu überholen.

Zu verbessern ist ebenfalls die Pflege der Trinkwasserleitungen und der Kanalisation.

In Stadt und Land sind in der letzten Zeit zwar viele moderne Wohnhäuser entstanden, aber das Leben der Bevölkerung wird erschwert, weil die Trinkwasser- und Kanalisationsanlagen unzulänglich sind.

Vor kurzem stellte ich im GLB Saegil im Kreis Sinchon das gleiche fest, obwohl dort mehrstöckige Wohnhäuser entstanden sind. Deshalb ziehen die Bewohner nicht gern in solche Häuser. Es wäre am besten, auf dem Lande ebenerdige oder eingeschossige Wohnhäuser zu bauen.

Das Ministerium für Kommunalwirtschaft muß die Trinkwasser- und Kanalisationsanlagen sachkundig pflegen, damit die Bevölkerung ausreichend mit Trinkwasser versorgt wird, und für eine rechtzeitige Müllabfuhr sorgen.

Eine weitere Aufgabe dieses Gremiums besteht darin, die Straßen in der Stadt verantwortungsvoll zu warten. Diese Straßen stehen mit dem Leben der Stadtbevölkerung im direkten Zusammenhang, weshalb ihre Pflege nicht dem Ministerium für Landespflege, sondern dem genannten Ministerium obliegen muß. Es hat sie rechtzeitig auszubessern, an ihnen Bäume zu pflanzen und Rasen anzulegen und sie durchdacht zu betreuen.

Zu verbessern ist auch die Pflege von Parks und Grünanlagen.

Deren niveauevolle Gestaltung und Pflege sind von großer Bedeutung für die kulturvolle Erholung der Werktätigen und für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Zur Zeit liegt aber diese Arbeit im argen.

Im Zentralen Zoologischen Garten gibt es viele seltene Tiere, die uns als Geschenke von anderen Ländern geschickt worden sind. Schimpansen, von denen wir vor kurzem welche aus Ruanda bekommen haben, sollen die entwickeltste Affenart sein. Es wäre sehr gut, solche Tiere den Werktätigen, den Kindern und Jugendlichen zu zeigen. Bis vor kurzem starben im Zoo sogar noch wertvolle Tiere, weil die Heizungsanlagen und Wasserleitungen nicht ausreichten.

Das Ministerium für Kommunalwirtschaft muß sich darum kümmern, daß die Parks und Grünanlagen besser gestaltet und sorgfältig gepflegt werden, damit sie als kulturvolle Stätten der Entspannung besser der Bevölkerung dienen.

Auch die Fernheizungsanlagen müssen wirksam gewartet werden.

Die Entwicklung der Kommunalwirtschaft bedarf einer besseren Gestaltung der Renovierungsbetriebe und einer Erhöhung ihrer Rolle.

Der Verwaltungsrat muß den Stellenplan der Kommunalwirtschaft

möglichst vereinfachen, das Personal der Renovierungsbetriebe hingegen erweitern.

Zur Zeit haben die städtischen Bauabteilungen der Kreise so gut wie nichts zu tun; daher wäre es besser, daß das Ministerium für Kommunalwirtschaft sie übernimmt, um sie für die Errichtung von Schulen und für die Sanierung von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden einzusetzen. Die Frage, ob die genannten Abteilungen auf diesem Wege zu Renovierungsbetrieben umgestaltet werden sollen, bedarf weiterer Untersuchungen. Jüngst wurde im Ministerium für Kommunalwirtschaft die Hauptverwaltung für ländliche Gebäudewirtschaft gebildet. Darüber, ob ihr die erwähnten Betriebe unterstehen sollen, muß man nachdenken.

Die Renovierungsbetriebe haben die städtischen Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude, darunter Schulen, Krankenhäuser und Theater, rechtzeitig auszubessern. Solche Bauten können die zuständigen Komitees und Ministerien nicht in der erforderlichen Weise instand setzen.

Für die Erhaltung der ländlichen Wohnhäuser sind die Bauern selbst verantwortlich, man muß ihnen allerdings die entsprechenden Materialien verkaufen.

Wenn künftig ein Betrieb dieser Art an einem Wohnhaus kleine Ausbesserungen vornimmt, müßte das von den Hausherrn bezahlt werden. Für neue Fensterscheiben z. B. ist eine Gebühr zu entrichten. Für die Überholung von öffentlichen Gebäuden, darunter von Schulen, Krankenhäusern und Theatern, sollten die betreffenden Einrichtungen selbst zahlen, auch wenn ihnen letzten Endes der Staat die Gelder dafür zur Verfügung stellt. Wenn für die Ausbesserung von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden Gebühren erhoben werden, kann das die Bürger dazu anregen, sie mit Sorgfalt zu pflegen. Die kommunalwirtschaftlichen Betriebe haben aufgrund dieser Gebühren die wirtschaftliche Rechnungsführung einzuführen. Darüber, ob das auch auf der Basis der Nutzungsgebühren für die Wohnungen möglich ist, muß man Überlegungen anstellen. Wenn Instandsetzungsbetriebe entstehen sollten, die der Hauptverwaltung für ländliche Gebäudewirtschaft beim Ministerium für Kommunalwirtschaft unterstehen,

müßte auch dort die wirtschaftliche Rechnungsführung angewandt werden.

Für die Verbesserung der Kommunalwirtschaft muß ausreichend Material zur Überholung bereitgestellt werden.

Zur Zeit ist die Kommunalwirtschaft unbefriedigend, und das liegt im wesentlichen daran, daß die Lieferung solcher Materialien stockt. Das Staatliche Plankomitee sollte, wie angespannt die Situation auch immer sein mag, die für die Kommunalwirtschaft benötigten Materialien auf jeden Fall zu einem bestimmten Prozentsatz zur Verfügung stellen. Zugleich müssen die Baustoffversorgungen sachkundig verwaltet werden. Diese Stützpunkte wurden zu dem Zweck geschaffen, daß die Bevölkerung ihre Wohnungen selbst ausbessern kann. Da es aber zur Zeit in diesen Geschäften an den dafür benötigten Materialien wie Zement oder Tafelglas sehr mangelt, sind die Einwohner nicht dazu in der Lage, auch wenn sie dies wollten.

Diese Läden haben die Pflicht, Materialien für die Renovierung von Wohnungen, darunter Zement in Papiersäcken, Tafelglas, Fensterverkleidungen und Scharniere, ständig im Angebot zu haben.

Dieses an die Kommunalwirtschaft ausgelieferte Material darf nicht für andere Zwecke aufgewendet werden.

In der Vergangenheit haben die Kreispartei-, Kreisvolks- und Kreisverwaltungskomitees Materialien zur Renovierung von Wohnhäusern und Schulen für den Bau von Bürogebäuden oder Nudelrestaurants eingesetzt. Solche Materialien, die dem Bereich Kommunalwirtschaft geliefert werden, dürfen gemäß dem Plan des Verwaltungsrates und des Ministeriums auf jeden Fall nur für die einschlägigen Arbeiten genutzt werden. Anderenfalls müssen künftig rechtliche Sanktionen angewandt werden.

Ferner müssen wirksame Vorschriften für die Kommunalwirtschaft ausgearbeitet werden.

Sie sind für eine Verbesserung dieser Arbeit erforderlich. Die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten in diesem Bereich resultieren zum großen Teil aus dem Fehlen entsprechender Festlegungen. Das Ministerium für Kommunalwirtschaft muß die benötigten Vorschriften, darunter die über die Wartung und Pflege von Wohnhäusern,

öffentlichen Gebäuden, Trinkwasser- und Kanalisationsanlagen sowie Parks und Grünanlagen, ausarbeiten und zur Grundlage seiner Arbeit machen. Sie sind der Bevölkerung bekanntzugeben, damit sie sie bewußt einhält.

Über die Frage, in welchem Gebäude das Ministerium für Kommunalwirtschaft seinen Sitz haben soll, muß der Verwaltungsrat entscheiden, was eine Koordinierung notwendig macht. Dem Verwaltungsrat mangelt es an Gebäuden, aber der Bau weiterer ist ausgeschlossen. Der Verwaltungsrat sollte sich durch Koordinierungsmaßnahmen auf das momentan von ihm genutzte Haus zu beschränken versuchen, indem er mehrere Personen, die keine Verschlusssachen bearbeiten, in einem Zimmer unterbringt. Er verlangt zwar, den ehemaligen Sitz des Schwerindustriekomitees belegen zu dürfen, aber dieses Gebäude muß von der Fabrik für Leuchtstoffröhren genutzt werden.

Nach der von mir heute angewiesenen Richtung sollten das Zentrale Volkskomitee und der Verwaltungsrat auf einer gemeinsamen Sitzung die Kommunalwirtschaft insgesamt überprüfen und Probleme, die einer Lösung harren, klären helfen.

Geplant war eigentlich, diese Angelegenheit auf einem Plenum des ZK zu besprechen, aber das ist unmöglich geworden, weil dort andere Fragen zu erörtern sind. Dafür ist beabsichtigt, im Dezember ein Landestreffen von Aktivisten im Bereich Kommunalwirtschaft durchzuführen. Auf dieser Zusammenkunft muß über Mängel bei dieser Tätigkeit informiert und die ideologische Auseinandersetzung dazu geführt werden. Auch die Verantwortlichen Sekretäre der Bezirks-, Stadt- und Kreispartei Komitees sowie die Vorsitzenden der Volks- und Verwaltungskomitees der entsprechenden Ebenen müssen an diesem Treffen teilnehmen.

Die erwähnte Aktivistentagung sollte der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Kommunalwirtschaft auf eine höhere Stufe sein.

# **ZUM BESCHLEUNIGTEN AUFBAU DES SOZIALISMUS DURCH EINE GEZIELTE FINANZWIRTSCHAFT**

**Rede auf dem Landeskongreß der Mitarbeiter des  
Finanz- und Bankwesens  
23. Dezember 1978**

Genossen!

Erlauben Sie mir vor allem, im Namen des ZK der PdAK, der Regierung der Republik und des ganzen koreanischen Volkes den Landeskongreß der Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens herzlich zu begrüßen.

Mit der Genugtuung darüber, daß Sie im ersten Jahr des zweiten Planjahrsiebents den Plan der staatlichen Haushaltseinnahmen erfolgreich verwirklicht, dadurch die enormen Ausgaben zur Gewährleistung des wirtschaftlichen und verteidigungsorientierten Aufbaus sowie zur Hebung des Lebensstandards des Volkes befriedigend gesichert und darüber hinaus bis Ende November eine Reserve an Finanzmitteln von 900 Mio. Won geschaffen haben, spreche ich Ihnen, den Teilnehmern dieses Treffens, und allen anderen Mitarbeitern des Finanz- und Bankwesens den herzlichsten Dank aus.

Die Finanzpolitik unserer Partei ist absolut richtig und hat sich bewährt. In den vergangenen zehn Jahren nahmen die Staatseinnahmen unseres Landes schnell zu, und zwar jährlich um durchschnittlich 13 %, so daß das Staatsbudget auf das 3,4fache stieg. Unser Finanzwesen erzielt heute in nur fünf Tagen ebensoviel Einnahmen wie 1949 im ganzen Jahr. Das bestätigt, daß die Finanzpolitik unserer Partei eine

ausgewogene Proportionalität zwischen Akkumulation und Konsumtion sichert und das Gesetz der Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft, die ständig neue Leistungen erreicht und fortschreitet, richtig in sich verkörpert.

Die enorme finanzielle Last, die unser Staat zu tragen hat, findet in der Welt nicht ihresgleichen. Unser Land ist nicht groß. Das wird es natürlich nach der Vereinigung sein – die Bevölkerung wird dann etwa 50 Mio. zählen – aber jetzt, da es in Nord und Süd gespalten ist, kann man eben noch nicht davon sprechen. Trotzdem unterhalten wir eine einige hunderttausend Mann starke Armee ausschließlich mit eigenen Mitteln und lassen über 8,6 Mio. Kindern, Schülern und Studenten auf Kosten des Staates und der Gesellschaft eine Erziehung und Bildung angedeihen. In vielen Ländern der Welt wird unser Staat „Königreich der Bildung“ genannt, und es ist dieser Bezeichnung wirklich würdig. Gegenwärtig wachsen in unseren Kinderkrippen und -gärten 3,5 Mio. Kinder auf Kosten des Staates und der Gesellschaft heran, und insgesamt 5,1 Mio. Schüler und Studenten erfreuen sich einer unentgeltlichen Bildung in Lehranstalten aller Stufen, von der Grund- bis zur Hochschule. Das ist eine ausgezeichnete Sache, auf die man stolz ist.

Da unser Land zweigeteilt ist und Hunderttausende Streitkräfte hat sowie die Kinder und Jugendlichen, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung ausmachen, auf Kosten des Staates erzogen und ausgebildet werden, hat niemand das Recht zu nörgeln, selbst wenn man täglich nur einmal gekochten Reis und zweimal Brei zu essen haben würde. Wir sind jedoch in der Lage, alle Menschen befriedigend mit Reis zu ernähren. Unsere junge Generation kennt heute nicht einmal mehr das Wort „Brei“. Zudem werden alle Bürger vom Staat in jeder Jahreszeit mit Kleidungen versorgt sowie unentgeltlich medizinisch betreut, und sie erfreuen sich einer Sozialversicherung sowie der Erholung auf staatliche Kosten in Sanatorien und Urlauberheimen.

Die dafür benötigten enormen Finanzmittel erwirtschaften wir selbst und in ausreichendem Maße. Wir decken den Bedarf an Geldern nicht durch Steuereinzahlung. Unser Land verzichtet bereits seit langem

darauf. Meines Wissens ist unser Staat der erste auf der Erde, der das Steuersystem abgeschafft hat.

Daß wir trotz der kolossalen Lasten, zu denen u. a. die unentgeltliche Ausbildung aller Schüler und Studenten und die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger gehören, als erstes Land der Bevölkerung keine Steuern mehr auferlegen, zeugt eindeutig von der Größe der Politik unserer Partei und der Kühnheit des Kampfes unseres Volkes.

Ausländische Besucher sagen, unser Volk empfinde sein Glück kaum in ganzer Tragweite, da es stets glücklich sei.

Der Leiter einer Parteidelegation, die ich gestern empfing, betonte, daß von den mehr als 70 Ländern, die er bislang besucht hat, keines Korea gleicht, wo Sauberkeit herrscht, die Menschen lebensfroh, schlicht, voller Vitalität und stolz auf das Leben sind. Unsere Erfolge beim sozialistischen Aufbau bewundernd, fuhr er fort, die Demokratische Volksrepublik Korea sei ein Musterland des Sozialismus, wo der gesündeste, würdevollste und volksverbundenste Sozialismus auf richtigste Weise aufgebaut würde. Darauf erwiderte ich, daß dies zwar zuviel der Ehre sei, unser Volk aber ein glückliches Leben führe und deshalb niemanden zu beneiden brauche.

Wir haben beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft wirklich Großes geleistet. Allein im Zeitraum des Sechsjahrplanes haben wir nicht nur das Steuersystem völlig abgeschafft, sondern auch die Warenpreise beträchtlich herabgesetzt sowie die Löhne und Gehälter der Werktätigen erheblich erhöht.

All diese Erfolge, auf die wir stolz sind, sind ein Resultat dessen, daß unser Volk sich aktiv für die Durchsetzung der Politik der Partei eingesetzt hat, und sie sind auch ein deutlicher Beweis für die Überlegenheit der in unserem Land existierenden sozialistischen Gesellschaftsordnung.

In die großen Errungenschaften reihen sich auch die beachtlichen Leistungen der Mitarbeiter im Finanz- und Bankwesen ein. Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, um ihnen und allen anderen Wirtschaftsfunktionären, die sich tatkräftig für die Verwirklichung der Finanzpolitik unserer Partei einsetzen, nochmals herzlich zu danken.

Die Erfolge, die unser Volk beim Aufbau des Sozialismus erreicht hat, sind großartig und verdienen weltweite Würdigung. Wir sollten mit Recht darauf stolz sein.

Der Aufbau unseres Landes begann aus dem Nichts, wir errichteten auf den Trümmern Industriebetriebe, moderne Wohnungen und andere Hochhäuser anstelle von armseligen Hütten und unterirdischen Behausungen. Heute verfügt unser Staat über unzählige Werke, darunter Maschinenfabriken und Betriebe der Leichtindustrie. Früher gab es nicht einmal ein ordentliches Kulturhaus, heute jedoch befinden sich allerorts Klubs, Kabinette zum Studium der revolutionären Ideen, Theater, Kinos, Kulturpaläste, Schülerpaläste und andere kulturelle und Erziehungseinrichtungen. Das alles ist der Energie und dem Schweiß unseres Volkes zu danken.

Wir haben also das Niveau von heute aus dem Nichts geschaffen und sind in der Lage, uns auf dieser Basis noch schneller zu entwickeln und alles, was wir uns vornehmen, zu erreichen.

Während des Wiederaufbaus nach dem Krieg machten wir Derricks aus Holz, da es keine Kräne gab. Mit solchen Derricks bauten wir sowohl mehrstöckige Wohnhäuser als auch Interhotels und moderne Straßen in Pjöngjang. Heute jedoch stehen auf jeder Baustelle so viele Kräne wie Bäume im Wald.

Da wir ein festes wirtschaftliches Fundament, Erfahrungen beim Aufbau des neuen Vaterlandes aus dem Nichts und fähige Nationalkader, eine gestählte Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen haben, können wir die grandiosen Ziele des zweiten Siebenjahrplanes ohne weiteres erreichen. Da gibt es gar keinen Zweifel.

Das kürzlich abgehaltene 17. Plenum des ZK der Partei in der V. Wahlperiode beriet den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1979 und stellte die Kampfaufgabe, beim sozialistischen Wirtschaftsaufbau eine Wende herbeizuführen. Im nächsten Jahr müssen wir zwecks Lösung der Brenn- und Rohstofffrage die extraktive Industrie entschieden in den Vordergrund stellen, in allen Bereichen die Produktion normalisieren, durch volle Auslastung der Werke der Leichtindustrie das Lebensniveau des Volkes heben und durch das Entlasten des

Transportwesens seinen wachsenden Bedarf befriedigen. Die gute Erfüllung dieser Aufgaben macht es möglich, daß wir wirtschaftlich noch mehr erstarken, den Lebensstandard des Volkes auf eine noch höhere Stufe heben und den zweiten Siebenjahrplan vorfristig erfüllen.

Das wirtschaftliche Potential unseres Landes ist heute zweifellos sehr bedeutend, und das Lebensniveau der Bevölkerung hat einen sehr hohen Stand erreicht. Unsere selbständige Nationalwirtschaft liefert aus eigener Produktion alles, was für den Wirtschaftsaufbau und das Alltagsleben des Volkes nötig ist. Ein jeder hat bei uns eine sinnvolle Arbeit und führt ein glückliches Leben, da er sich nicht um Nahrungsmittel und Kleidung zu sorgen braucht und sich der allgemeinen kostenlosen Schulbildung sowie der unentgeltlichen medizinischen Betreuung erfreuen kann. Wir dürfen jedoch nicht zufrieden damit sein, sondern müssen die selbständige Nationalwirtschaft unseres Landes weiterentwickeln und das Leben des Volkes ständig verbessern. Um das zu erreichen, sind die neuen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, die von unserer Partei gestellt wurden, mit aller Konsequenz durchzusetzen.

Was haben nun bei der Verwirklichung dieser neuen Aufgaben die Mitarbeiter im Finanz- und Bankwesen zu bewältigen?

In erster Linie ist das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung exakt durchzusetzen.

Bei der sozialistischen Wirtschaftsführung ist das von sehr großer Bedeutung. Die Betriebsführung nach den Prinzipien der Rechnungsführung ist eine Forderung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Die Praxis des sozialistischen Aufbaus von den Anfängen bis heute hat uns gelehrt, wie wichtig die exakte Durchsetzung dieses Systems ist.

Hierbei geht es um die wohldurchdachte Anwendung des Wertgesetzes. Erst dann ist es möglich, die Materialverbrauchsnormen je Erzeugniseinheit zu senken, die wertmäßige Produktion je Beschäftigter zu steigern und die Qualität der Produkte zu erhöhen.

In unserer heutigen Wirtschaftsführung kommt dieses Gesetz jedoch kaum zur Geltung, was ein großer Fehler ist.

Wie ich auf dem besagten 17. Plenum gesagt habe, hängt die

niedrige Qualität mancher Erzeugnisse, darunter der Kohle, im wesentlichen damit zusammen.

Wenn z. B. die Kohlengruben nicht die notwendige Qualität ihrer Erzeugnisse gewährleisten, müßte sich das erheblich auf ihre Betriebsführung auswirken. Da das aber nicht der Fall ist, schenken die dortigen Mitarbeiter der Erhöhung der Qualität keine Aufmerksamkeit. Manche Kohlenbergwerke gehen so weit, daß sie, um die geplante Produktionsmenge zu erreichen, von den Kohleaufbereitungsanlagen keinen Gebrauch machen und den Wärmekraftwerken mit taubem Gestein vermischte Kohle liefern. Diese lassen sie sich trotzdem voll bezahlen, so daß der Plan als erfüllt betrachtet wird. In den Wärmekraftwerken kommt es dann aber wegen des Mangels an Wärme zu Beeinträchtigungen bei der Stromerzeugung und infolge von Funktionsstörungen bei den Generatoren zu Unfällen.

Das alles läuft den Bestimmungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung zuwider. Um solche Dinge in Zukunft auszuschließen, muß der Bereich Preisbildung die Kohlepreise exakt nach den verschiedenen Güteklassen festsetzen, und das Finanz- und Bankwesen hat die finanzielle Kontrolle zu verstärken. Es war jedoch ein Fehler, daß dieser Bereich Preisbildung in der Vergangenheit keine gebührenden Qualitätskontrollen durchgeführt und den Kohlengruben einfach entsprechend den Produktionsziffern Geldmittel zur Verfügung gestellt hat.

Die Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens vernachlässigen auch die Kontrolle über die Leichtindustrie und andere Bereiche.

Ich habe mir die Muster der Schüler- und Kinderbekleidung angesehen, die die Leichtindustrie für das kommende Jahr hergestellt hat. Sie waren von guter Qualität. Es reicht jedoch nicht aus, wenn nur die Muster gelungen sind, das muß auf alle Kleidungsstücke zutreffen. Schon früher gab es die Tendenz, daß die Mustererzeugnisse ausgezeichnet waren, die Massenproduktion der gleichen Textilien jedoch nur mäßige Qualität hervorbrachte.

Die Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens bemühen sich allerdings nur darum, die Staatseinnahmen durch die Umsatzsteuer zu vergrößern, und achten kaum darauf, daß die Betriebe infolge einer

intensiveren Finanzkontrolle die Erzeugnisqualität erhöhen und das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung exakt einführen.

Eben an der nachlässigen Anwendung dieses Systems liegt es, daß die wertmäßige Produktion je Beschäftigter als Ganzes einen noch niedrigen Stand aufweist. Obwohl die Aufgabe, diese Produktion auf mehr als 10 000 Won zu steigern, schon vor langem gestellt wurde, gibt es nicht wenige Werke, die dieses Ziel noch nicht erreicht haben, als auch solche, die bei diesem Niveau auf der Stelle treten.

Damit die verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereiche und Betriebe das Wertgesetz effektiv anwenden und die wirtschaftliche Rechnungsführung richtig einführen können, muß sowohl die Rolle der Hauptverwaltung für Preisbildung beim Staatlichen Plankomitee, des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik, der Hauptverwaltung für Gütekontrolle und der die Produktion direkt leitenden Funktionäre als auch die der Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens erhöht werden.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß wegen der Vernachlässigung ihrer Kontrollpflicht die Arbeit derjenigen, die Qualitätswaren hergestellt haben, mit der von jenen, die schlechte Erzeugnisse produziert haben, gleichgestellt und eine kleine Leistung genauso wie eine große vergütet wird. Diejenigen, die im Vergleich mit anderen Waren höherer Qualität erzeugt und mehr geleistet haben, müssen höher eingeschätzt und vergütet werden.

Wenn das Finanz- und Bankwesen gemäß den Forderungen des Wertgesetzes eine gezielte Finanzkontrolle ausübt, kann das die Betriebe dazu anregen, sich um eine größere Materialökonomie zu bemühen, die Pflege und Wartung der Ausrüstungen zu verbessern, die Neuererbewegung zu aktivieren und den schöpferischen Elan der Werktätigen zu erhöhen. Dann ist es möglich, die Materialverbrauchsnormen je Erzeugniseinheit zu senken, die wertmäßige Produktion je Beschäftigter zu steigern und die Warenqualität erheblich zu verbessern. Aus diesem Grunde ist es im Interesse der Beschleunigung des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus und der Hebung des Lebensstandards des Volkes von großer Bedeutung, daß die Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens ihrer Rolle gerecht werden.

Für ihre unzulängliche Kontrolltätigkeit sollten sie auch in Zukunft zur Rechenschaft gezogen werden, falls die Kritik auf diesem Treffen nicht ausreicht. Das Ziel der Kritik besteht nicht darin, jemanden zu tadeln und zu erschrecken, sondern darin, ihm bei der Korrektur seiner Fehler und der Verbesserung seiner Arbeit zu helfen. Kritik ist eine Triebkraft der Entwicklung.

Auch im Bereich Leichtindustrie ist sie verstärkt zu üben, denn dadurch kann man die Erhöhung der Qualität erreichen. Wie ich nach der Begutachtung der Schüler- und Kinderbekleidungsmuster den Funktionären dieses Bereiches schon gesagt habe, ist es ratsam, daß dieser Bereich seine Erzeugnisse zwei- bis dreimal pro Jahr von Arbeitern, Bauern, Jugendlichen, Schülern, Studenten und Kindern einschätzen läßt und sich die kritischen Meinungen der Bevölkerung anhört. Auf diesem Weg können die Materialverbrauchsnormen je Erzeugniseinheit gesenkt und die Warenqualität erhöht werden.

Die Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens sind verpflichtet, die Finanzkontrolle künftig zu intensivieren, damit die Betriebe der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft gemäß den Forderungen des Wertgesetzes die wirtschaftliche Rechnungsführung exakt einführen.

Außerdem sollten sich immer mehr Betriebe dieser Methode der Wirtschaftsführung anschließen.

Es gibt noch viele etatmäßig arbeitende Institutionen und Betriebe. In den Bereichen Landespflege, Kommunalwirtschaft und Aufkauf sollten weitere Institutionen und Betriebe zur wirtschaftlichen Rechnungsführung übergehen.

Ferner muß die finanzielle Disziplin gestärkt werden.

Das Ziel dieser Maßnahme besteht darin, die Vergeudung von Finanzmitteln zu vermeiden.

Zur Zeit stößt man häufig auf die Disziplinlosigkeit, daß Gelder eigenmächtig ausgegeben werden. Noch nicht völlig verschwunden sind pompöse Zeremonien wie überflüssige Bankette, Treffen sowie sinnlose Geschenke und die Überschreitung des Staatsbudgets infolge bedenkenlos finanzierter außerplanmäßiger Bauvorhaben.

Die Mitarbeiter im Finanzwesen haben sich mit diesen Erscheinungen auseinanderzusetzen, sich streng an den Staats-

haushaltsplan zu halten und die Finanzkontrolle zu verstärken.

Alle Ausgaben dürfen nur in Übereinstimmung mit dem Staatshaushaltsplan erfolgen, damit nicht ein Groschen mehr verbraucht wird.

Die Mitarbeiter im Finanz- und Bankwesen sind Diener des Volkes, die sich mittels des vom Volk erwirtschafteten Geldes für sein Wohlbefinden einsetzen. Sie sollten daher immer den Standpunkt vertreten, mit Finanzmitteln des Landes so sparsam wie möglich umzugehen und so dem Staat mehr Gewinn zu bringen.

Ausgaben, die eine staatliche Bestimmung überschreiten oder gegen eine Vorschrift verstoßen, sind eine Verletzung entsprechender Gesetze des Staates. Da der Haushaltsplan des Staates ein Gesetz ist, das die Oberste Volksversammlung als das höchste Machtorgan erlassen hat, ist keiner berechtigt, ihm zuwiderzuhandeln. Korrekte, mit dem Staatset in Einklang stehende Ausgaben sind der erste Schritt zur Verbesserung der Finanzdisziplin.

Dazu bedarf es auch genauer Abrechnungen.

Aufgrund mangelnder Kenntnisse über das Finanzwesen beachtet dies ein Teil der leitenden Wirtschaftsfunktionäre zu wenig. Infolgedessen wird die Realisierung des Staatshaushaltsplanes in den Staatsorganen, Betrieben und Genossenschaften nicht so wie es sein sollte ausgewertet.

Der Stand seiner Erfüllung muß von ihnen beizeiten und exakt überprüft werden. Die Betriebe und Genossenschaften sollten ihre Arbeiter und Angestellten bzw. Mitglieder in jedem Monat und Quartal konkret darüber informieren, wieviel sie erwirtschaftet und ausgegeben und wieviel Gewinn sie dem Staat gebracht haben. Auf diese Art und Weise ist es möglich, die Kontrolle und Aufsicht über die Verwirklichung des Budgetsplanes durch die Massen zu intensivieren und einer strengen Finanzdisziplin zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu reicht die Kraft der Finanzorgane allein nicht aus. Das ist nur dann möglich, wenn das Volk die Finanzwirtschaft überwacht, gegen Fehler vorgeht und sich mitverantwortlich fühlt.

Die Staatsorgane, Betriebe und Genossenschaften müssen den Stand der Finanzführung in jedem Monat, Quartal und Halbjahr auswerten.

Das ist nicht nur in den nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden, sondern auch in den etatmäßig arbeitenden Institutionen und Betrieben nötig. Die letztgenannten können ihre Wirtschaftsführung mit Hilfe der vom Staat bereitgestellten Mittel verbessern, wenn sie es rechtzeitig in Angriff nehmen.

Die zielstrebige Auswertung der Finanzlage wird die Funktionäre und alle anderen Werktätigen dazu anhalten, den Haushalt des Landes gewissenhaft zu führen und sich für die Überbietung ihrer revolutionären Aufgaben beim wirtschaftlichen Aufbau des Sozialismus anzustrengen.

Der Kampf gegen Vergeudung ist zu intensivieren.

Zur Zeit kommt es häufig vor, daß Gemeingut des Staates und der Gesellschaft bedenkenlos verausgabt und verschwendet wird.

Das gesamte Eigentum des Staates und der Gesellschaft wurde vom Volk geschaffen und gehört deshalb ihm. Im Sozialismus wird jedem gemäß dem sozialistischen Verteilungsprinzip so viel zuteil, wie er geleistet hat. Daher ist dort ein Einkommen, das nicht auf Arbeit beruht, undenkbar. Das wird auch im Kommunismus so sein, wo sich die Verteilung nach den Bedürfnissen der Bürger richtet, weil alle arbeiten müssen. Da sich in den Köpfen der Menschen aber noch Reste der alten kapitalistischen Ideen erhalten haben, kommt es nicht selten vor, daß jemand Einkünfte erzielt, die nicht auf seiner eigenen Arbeit beruhen, und es gibt in manchen Betrieben und GLB immer noch Funktionäre, die das gemeinsame Vermögen des Staates und der Gesellschaft nach Gutdünken verbrauchen und verschwenden.

Allein die Vergeudung von Textilien ist immens. Dank der Fürsorge der Partei und des Staates werden die Arbeiter in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft, darunter im Eisenbahnwesen, in den Kohlengruben und Erzbergwerken, mit Bekleidung versorgt. Dabei werden die Textilien aber in enormem Maße verschwendet, weil ihre Arbeitsanzüge schlecht geschnitten und die Versorgungsnormen nicht wie erforderlich eingehalten werden. Ein Teil der Staats- und Wirtschaftsorgane läßt Fenstervorhänge, Stuhlbezüge und dergleichen aus Stoffen fertigen, die für die Bevölkerung bestimmt sind. Obwohl genügend Stoffe produziert werden, ist das Angebot in den Kaufhäusern

unzureichend, weil sie von den Staats- und Wirtschaftsorganen mit staatlichen Geldern, die eigentlich für andere Zwecke bestimmt waren, in großem Umfang aufgekauft und verschwendet werden.

Das liegt hauptsächlich daran, daß die Finanzkontrolle unzulänglich ist und die Warenpreise nicht stimmen.

Wie aus der letzten Untersuchung der Textilverschwendung ersichtlich wurde, stellt man im Bezirk Ryanggang aus Vinalongarn Tauen zum Verbinden von Hopfenstangen her. Diese könnte man durchaus auch aus Rinden von Lindenbäumen, die in unseren Wäldern reichlich vorkommen, oder aus Hanf, der an Feldrändern kultiviert werden kann, produzieren. Auf diese Weise wird Vinalongarn, ein wertvolles Ausgangsmaterial für hochwertige Stoffe, vergeudet, da dieses Garn zu einem niedrigen Großhandelspreis verkauft wird. Unsere Mitarbeiter kümmert es nicht, daß die Textilproduktion dadurch beeinträchtigt wird.

Was die Düngergabe in den GLB anbelangt, so werden die Düngemittel bedenkenlos und ohne jedes Maß eingesetzt, da sie der Staat zu niedrigen Preisen bereitstellt. Daraus erwachsen auch Probleme für den Ackerbau.

Die Mitarbeiter im Finanz- und Bankwesen müssen entschieden gegen die Vergeudung auftreten und die Finanzwirtschaft in allen Zweigen im Auge behalten und kontrollieren.

Die Finanzorgane unseres Landes haben eine grundsätzlich andere Funktion und Rolle als die der kapitalistischen Länder, die hauptsächlich dazu da sind, von der Bevölkerung Steuern einzuziehen und den Staatsbeamten die Gehälter zu zahlen. Unser Finanzwesen gleicht einem Hausherrn, der direkt über die für die sozialistische Industrie und Landwirtschaft und für die Hebung des Wohlstandes des Volkes benötigten Geldmittel verfügt. Daraus erwächst die Pflicht seiner Mitarbeiter, verstärkt gegen die Tendenz vorzugehen, Finanzmittel des Staates zu veruntreuen, zu verschwenden und bedenkenlos auszugeben.

Des weiteren ist das örtliche Haushaltssystem weiter zu verbessern.

Dieses ist ein eigenständiges sozialistisches System, das erstmals in unserem Land realisiert wird.

Vorher hatte der Staat die von den örtlichen Haushalten benötigten Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Einige Jahre nach der Einführung dieses Systems war das jedoch nicht mehr nötig, da alle Bezirke und Kreise ihre Ausgaben seitdem durch ihr eigenes Einkommen decken und überdies noch große Summen erwirtschaften, die sie an den Staat abführen. Letztes Jahr war das eine Milliarde Won, was der erfolgreichen Anwendung dieses Systems zu verdanken ist.

Unser örtliches Haushaltssystem unterscheidet sich in seinem Charakter grundsätzlich vom Budget der kapitalistischen Länder. Da es sich in den Ländern des Kapitals auf die Steuern der Bevölkerung gründet, bedeutet die Steigerung der in ihm vorgesehenen Einnahmen eine Verstärkung der Ausbeutung. Geldmittel, die aus dem örtlichen Etat unseres Landes in die Staatsbank fließen, sind durch die Entwicklung der örtlichen Industrie und durch die Verbesserung der Dienstleistungen zusätzlich erwirtschaftet worden. Sie tragen zur Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs bei und bringen dem Staat Nutzen. Das örtliche Haushaltssystem unseres Landes ist also hervorragend.

Ich bin sehr zufrieden damit, daß die Mitarbeiter der Staats- und Finanzorgane getreu dem Parteikurs auf die Einführung des örtlichen Haushaltssystems großartige Erfolge erzielt haben.

Wir dürfen uns jedoch mit dem Erreichten nicht zufriedengeben, sondern müssen uns aktiv um die weitere Entwicklung dieses Systems bemühen.

Das örtliche Haushaltssystem auszubauen heißt eben, die örtliche Industrie, Landwirtschaft, Fischwirtschaft und Dienstleistungen, den Aufkauf und dergleichen voranzubringen, damit die Bezirke ihre Wirtschaft selbständig gestalten können.

Hierfür ist die Entwicklung der örtlichen Industrie durch eine verbesserte Aufkaufarbeit von großer Bedeutung,

Zur Zeit gibt es dabei Probleme, weshalb es zu keinem schnellen Aufschwung der örtlichen Industrie kommt. Wie ich 1962 auf der Gemeinsamen Konferenz der örtlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre in Changsong unterstrichen habe, besteht die Hauptaufgabe der örtlichen Industrie darin, landwirtschaftliche und andere regionale

Produkte beizeiten von den Bauern aufzukaufen, Gebrauchsgüter und Lebensmittel daraus herzustellen und sie wiederum der ländlichen Bevölkerung anzubieten. Aus diesem Grunde ist eine Entwicklung der örtlichen Industrie ohne eine gute Aufkaufarbeit kaum denkbar. Künftig gilt es, den Einkauf systematisch zu betreiben, ihn insgesamt entschieden zu verbessern und somit die örtlichen Industriebetriebe reichlich mit Rohstoffen zu versorgen.

Die Bezirke sollten große Anstrengungen für die Entwicklung der Fischwirtschaft unternehmen.

In diesem Zweig gibt es noch viele Reserven für eine Steigerung der Produktion. Wenn es mit der Fischerei vorangeht, kann mehr Geld erwirtschaftet und dadurch dem örtlichen Haushaltssystem besser zum Durchbruch verholfen werden. Die Küstenfischerei ist aktiv zu entwickeln, und es sind alle Bedingungen und Möglichkeiten zu nutzen, um mehr Meeresprodukte zu gewinnen.

In den Bezirken muß man auch mehr Hühner halten und die Produktion von Eiern und Fleisch nach Kräften erhöhen, damit sie ausreichend in den Geschäften und auf den Bauernmärkten im Angebot sind. Das würde den Alltag der Bevölkerung erleichtern und zur Steigerung der Einnahmen des Staates beitragen.

Die Mitarbeiter des Finanz- und Bankwesens sind verpflichtet, aktiv darum zu ringen, die Überlegenheit des örtlichen Haushaltssystems besser zur Geltung zu bringen, damit die Bevölkerung aller Gebiete unseres Landes in vollem Maße ein souveränes und schöpferisches Leben genießen kann.

Die Rolle der Banken ist zu verstärken.

Eine Bank ist eine Institution für die Abwicklung von Geldangelegenheiten. In den Betrieben und GLB könnten bei ihrer Betriebsleitung zeitweilig nicht umlaufende Geldmittel oder ein Mangel daran entstehen. Eine Bank hat die Aufgabe, brachliegende Mittel rechtzeitig einzuziehen und sie bereichen, die sie benötigen, bereitzustellen und Branchen, in denen ein Mangel an Finanzmitteln besteht, Darlehen zu gewähren, damit sie den Produktionsablauf in vollem Maße sichern können.

In der ersten Zeit nach der Befreiung des Landes, als die Bauern

Schwierigkeiten wegen Mangels an Mitteln zum Feldbau hatten, schufen wir die Bauernbank und sicherten dadurch, daß sie die benötigten Summen erhielten.

Dank der Bodenreform nach der Befreiung wurden den Bauern Ländereien zugeteilt, ihnen fehlte es jedoch an Zugvieh, Saatgut und an Ackergeräten, die sie sich auch nicht kaufen konnten, da sie kein Geld hatten. Da frohlockten die Gutsbesitzer, daß sie nun mal sehen sollten, wie sie mit leeren Händen den Boden bestellen, und die Großbauern und Wucherer versuchten freudig, die armen Bauern auszubeuten. Wer Zugvieh besaß, wollte es ihnen für ein oder zwei Tage überlassen, verlangte dafür im Herbst jedoch übermäßig viel Reis.

Damals hatten wir noch keine Gelder, die wir ihnen für den Ackerbau hätten zur Verfügung stellen können. Die japanischen Imperialisten hatten die meisten Werke vor ihrer Flucht zerstört, und die übrigen unbedeutenden Fabriken waren Eigentum von Privatunternehmern. Es gab also nirgends eine Einnahmequelle. Wir beschlossen deshalb, das Vermögen der Kreditgenossenschaften, die die japanischen Imperialisten mit dem Ziel, die Dörfer unseres Landes auszuplündern, gegründet hatten, zu beschlagnahmen und mit diesem Grundfonds die Bauernbank zu schaffen. Wir sorgten dafür, daß die Bauern bei dieser Bank sparten, soviel sie nur konnten, selbst wenn es nur ein, zwei oder drei Won waren. Dafür gewannen wir nicht nur Bauern, sondern auch Arbeiter und Angestellte. Wir wirkten darauf hin, daß sie jedes Jahr im Herbst je nach Höhe ihrer Einlagen am Gewinn beteiligt wurden.

Die Bauern stellten sich aktiv hinter den Kurs auf die Gründung dieser Bank und beteiligten sich in einer Art Wettbewerb am Sparen. So konnte ein recht hoher Grundfonds der Bauernbank zustande kommen.

Diese Bank gab den Bauern Darlehen, damit sie sich Saatgut und Ackergeräte wie auch aus dem Bezirk Jagang und anderen Gebirgsgegenden Zugvieh anschaffen konnten. Andererseits ließ der Staat mit den Mitteln der Bank Zugvieh kaufen und so Zugviehausleihstationen schaffen, die den Bauern ihre Naß- und Trockenfelder pflügen halfen. Die entsprechenden Gebühren waren so niedrig angesetzt, daß damit das Zugvieh gerade noch ernährt werden konnte.

Auf diese Weise lösten wir erfolgreich die Frage der Finanzierung des Ackerbaus, ein sehr schwieriges Problem der Bauern unmittelbar nach der Befreiung des Landes, was es den armen Bauern ermöglichte, sich von der Ausbeutung durch die Großbauern und Wucherer zu befreien. Diese Bank wirkte auch bedeutend darauf hin, den Bauern den Geist der Zusammengehörigkeit anzuerziehen und sie von den Vorteilen der Vergenossenschaftlichung zu überzeugen.

Gegenwärtig bestehen in unserem Land zwei Formen des Eigentums an Produktionsmitteln – das Volks- und das genossenschaftliche Eigentum, d. h., es gibt staatliche und genossenschaftliche Wirtschaften. Um jede Wirtschaft, welcher Form sie auch angehören mag, effektiv leiten zu können, muß man die Rolle der Bank verstärken und brachliegende Geldmittel maximal nutzen sowie die finanzielle Kontrolle intensivieren.

Die Banken haben die Arbeit der Sparkassen zu intensivieren und die ruhenden Gelder aktiv zu mobilisieren, wobei das Darlehenssystem zu verbessern ist.

Zur Zeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses hatten die Banken gemäß der Klassenpolitik unserer Partei den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den armen Bauern langfristige, den Mittelbauern kurzfristige und den Großbauern überhaupt keine Kredite gewährt. Heute stellt sich eine solche Frage kaum noch, aber die Banken sind nach wie vor sehr wichtig. Sie müssen eine strenge Disziplin bei der Zahlung und Einkassierung durchsetzen und so die Arbeit der Kreditgewährung verbessern. Sie sollten die betreffenden Industriebetriebe, GLB und Produktionsgenossenschaften gründlich überprüfen und ihnen das Darlehen, wenn es gerechtfertigt ist, in der benötigten Höhe gewähren. Einem Betrieb, dem es wegen Rückstände bei der Planerfüllung in Kennziffern an Geld mangelt, darf nur ein kurzfristiger Kredit gegeben werden.

Die Arbeit der Finanzorgane ist unlösbar mit der der Banken verbunden, weshalb sie gut kooperieren müssen.

In diesen Institutionen sind Rechenoperationen ausnahmslos maschinell durchzuführen.

Künftig sind sie mit Hilfe von Computern zu erledigen, wodurch

Berechnungen schneller bewältigt und Arbeitskräfte eingespart werden können. Die Banken sollten mehr Devisen erwirtschaften, damit sie sich mit moderner Rechentechnik ausstatten können.

In diesen Organen sind mehr weibliche Mitarbeiter einzusetzen.

Betrachtet man die Arbeitskräftestruktur der Volkswirtschaft, so ist rund die Hälfte aller Beschäftigten weiblichen Geschlechts, aber in den Banken und anderen Finanzorganen ist ihre Zahl nicht groß. Das beweist, daß die Geringschätzung der Frauen immer noch nicht ganz überwunden ist. Es gibt keinerlei Gründe dafür, daß sie auf diesem Gebiet nicht arbeiten können. Im Gegenteil, sie können besser als Männer ihre Arbeit verrichten. Es ist ratsam, künftig dort mehr weibliche Mitarbeiter einzusetzen.

Der bisherige Weg der Mitarbeiter dieses Bereiches war schwer, aber sie haben viele Erfolge erreicht. Auf dem Weg unseres Voranschreitens könnte es auch künftig verschiedene Schwierigkeiten geben, die aber nicht so kompliziert sein können, wie wir es früher erlebt haben. Da jetzt in diesem Bereich stabile Fundamente gelegt worden sind, wird die Arbeit gewiß erleichtert.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Mitarbeiter in diesem Bereich auftretende Schwierigkeiten mit Erfolg überwinden und die von der Partei gestellten Aufgaben in Ehren erfüllen werden.

